UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

SCHRIFTEN

herausgegeben von der

Gesellschaft zur Förderung

der Wissenschaft des Judentums

Neueste Geschichte des Jüdischen Volkes

von

Prof. Dr. Martin Philippson

Band II

SCHRIFTEN
herausgegeben von der
Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums.

GRUNDRISS
der
Gesamtwissenschaft des Judentums.

NEUESTE GESCHICHTE
DES
JÜDISCHEN VOLKES

von

PROFESSOR DR. MARTIN PHILIPPSON.

Band II.

LEIPZIG.
BUCHHANDLUNG GUSTAV FOCK, G. m. b. H.
1910.

Neueste Geschichte des jüdischen Volkes

von

Professor Dr. Martin Philippson.

Band II.

LEIPZIG.
BUCHHANDLUNG GUSTAV FOCK, G. m. b. H.
1910.

Die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums überlässt den Herren Autoren die Verantwortung für die von ihnen ausgedrückten wissenschaftlichen Meinungen.

Vorbemerkung.

Der zweite Teil der „Neuesten Geschichte des jüdischen Volkes" ist zum Bedauern des Verfassers nicht zugleich ihr letzter geworden. Die Vorarbeiten zur Geschichte der Juden in Polen und Russland, für die leider keine genügenden Hilfsmittel in den mir bekannten mittel- und westeuropäischen Sprachen vorhanden sind, und für die ich deshalb auf fremde Beihilfe angewiesen war, nehmen eine unerwartet lange Zeit in Anspruch. Anderseits durfte nicht ein allzu langer Zwischenraum zwischen dem ersten und dem zweiten Bande eintreten, um das Interesse und Verständnis des Lesers nicht zu schädigen. So habe ich die Darstellung der Entwickelung in Russland und Russisch-Polen einem dritten Teile des Werkes vorbehalten, in dem zweiten nur die Geschichte der Israeliten West- und Mitteleuropas von 1875 bis 1908, sowie des Orients von 1830 bis 1908 geschildert.

Hier setzten mich glücklicher Weise die höchst schätzenswerten Veröffentlichungen des Bureaus für Statistik der Juden in den Stand, auch die ökonomische und biotische Seite des jüdischen Wesens zu behandeln, so dass das Werk seiner Aufgabe, dieses nach allen Seiten zu schildern, näher kommen konnte. Ausserdem hat die gütige Mitwirkung autoritativer und kundiger Männer mir hierbei die wesentlichsten und dankenswertesten Dienste geleistet. Die Namen der hochgeehrten Herren, die sich mir dabei mit grosser Opferwilligkeit zur Verfügung stellten, werden an den betreffenden Orten genannt werden. Ich bin noch ferner den bereitwilligen Bemühungen der Herren Beamten der jüdischen Bibliothek der jüdischen Gemeinde in Berlin, besonders des Bibliothekleiters Herrn Dr. Moritz Stern, zum lebhaftesten Danke verpflichtet, den ich hier mit wahrer Freude abstatte. Mögen fachkundige Leser meinen Versuch, ein bisher in seiner Gesamtheit und in vielen Einzelgebieten noch ganz unbeackertes Feld anzubauen, mit Nachsicht würdigen!

Berlin, den 3. Oktober 1909.

M. Philippson.

2114278

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorbemerkung V

Inhaltsverzeichnis VII

Fünftes Buch. Der Antisemitismus.

Kapitel Eins. Deutschland 1

Ursprung des Antisemitismus, S. 1. — Protestantischer Antisemitismus, S. 5. — Ursachen des Antisemitismus, S. 6. — Stöcker, S. 13. — Beginn der Abwehr, S. 15. — Erste Blüte des Antisemitismus, S. 17. — Gewalttaten, S. 25. — Rückgang des Antisemitismus, S. 27. — Antisemitismus der Konservativen und Beamten, S. 33. — Liebermann von Sonnenberg und Böckel, S. 35. — Neuer Feldzug der Antisemiten, 1889, S. 39. — Neue Hochflut des Antisemitismus, S. 42. — Abwehrvereine, S. 44. — Ritualmordbeschuldigung in Xanten, S. 45. — Ahlwardt, S. 47. — Gegenbestrebungen der Juden, S. 50. — Zweiter Niedergang des politischen Antisemitismus, S. 55. — Pückler, S. 56. — Ritualmordlüge, Konitz, S. 57. — Judentag, S. 60. — Offizielle Zurücksetzung der Juden, S. 63. — Verband der deutschen Juden, S. 64. — Jüdische Jugendvereine, S. 65. — Allmähliche Besserung, S. 66.

Kapitel Zwei. Oesterreich-Ungarn 69

Erstarkung des Antisemitismus in Oesterreich-Ungarn, S. 69. — Schönerer, S. 71. — Wien, S. 73. — Die Deutsch-Oesterreicher, S. 74. — Ungarn: Tisza-Eszlar, S. 76. — Wien: Lueger, S. 81. — Abwehrverein, S. 83. — Regierung und Antisemitismus, S. 84. — Herrschaft des Antisemitismus in Wien, S. 86. — In Böhmen und Galizien, S. 88. — Hilsner, S. 90. — Erfolge der Antisemiten, S. 91. — Niederlage des Liberalismus in Ungarn, S. 93.

Kapitel Drei. Frankreich und andere Länder 96

Antisemitismus in Frankreich, Drumont, S. 96. — Die Affäre Dreyfus, S. 101. — Algerien, S. 105. — Umschwung zum Besseren in Frankreich, S. 109. — Ausgang der Dreyfus-Affäre, S. 111. — Sieg der Republikaner über die Antisemiten, S. 116. — Holland, S. 118. — Belgien, S. 119. — Griechenland, S. 120. — Kapland, S. 121. — Vereinigte Staaten, S. 121.

Kapitel Vier. Die Schächtfrage 123

Antisemitismus und Schächtfrage, S. 123. — Verbot des Schächtens in Sachsen und der Schweiz, S. 125. — Agitation und Gegenwehr, S. 126.

Kapitel Fünf. Judentaufen 129

Abfall vom Judentume, S. 129. — Dessen Ausdehnung, S. 132. — Kindertaufen, S. 135.

Sechstes Buch. Das europäische und amerikanische Judentum an der Wende des neunzehnten Jahrhunderts 137

Kapitel Eins. Praktisches Judentum 139

Ersatz der idealen Bestrebungen durch praktische Arbeit, S. 139. — Soziale Gesichtspunkte, S. 141. — Vereine, S. 142. — Gemeindebund, S. 142. — Hilfsverein der deutschen Juden und Jewish Colonization Association, S. 143. — Zentralverein, S. 144. — Intellektuelle Veranstaltungen, S. 145. — Jüdische Frauen, S. 148. — Unterstützung der russischen Juden, S. 150.

Kapitel Zwei. Der jüdische Nationalismus 153

Der Zionismus, S. 153. — Herzl, S. 157. — Anhänger und Gegner des Zionismus, S. 158. — Zionistenkongresse, S. 160. — Enttäuschungen u. Schwierigkeiten, S. 161. — Zersplitterung S. 164. — Wirkungen des Zionismus, S. 165. — Wiedergeburt der hebräischen Sprache, S. 167. — Das Jiddisch, S. 171.

Kapitel Drei. Reformbewegung 175

Abflauen der Reformbewegung in Europa, S. 175. — Gegensatz von Lehre und Leben, S. 179. — Orthodoxe und Liberale in Deutschland, S. 179. — Reform in Frankreich, S. 180, u. England, S. 181. — Reformbewegung in Nordamerika und ihre Gegner, S. 182.

Kapitel Vier. Äussere Erlebnisse 185

Reaktion in Preussen, S. 185. — Umschwung zum Besseren, S. 188. — Die kleineren deutschen Staaten, S. 190. — Oesterreich, S. 191. — Ungarn, S. 196. — Schweiz, S. 199. — Holland, S. 200. — Belgien, S. 200. — Skandinavien, S. 201. — Finland, S. 202. — Grossbritannien, S. 202. — Die jüdische Einwanderung in England, S. 204. — Frankreich, S. 209. — Italien, S. 212. — Spanien, S. 214. — Portugal, S. 215. — Nordamerika, S. 215. — Kanada, S. 218. — Südamerika, S. 220. — Südafrika, S. 222. — Australien, S. 225.

Kapitel Fünf. Lebensbedingungen des jüdischen Stammes 227

Germ. Zunahme in Mitteleuropa, S. 227. — Die Juden und die Krankheiten, S. 232. — Zug nach den grösseren Städten, S. 236. — Anteil der Juden an Straftaten, S. 239. — Juden und Geistesbildung, S. 247.

Kapitel Sechs. Die Juden im Leben der Völker 255

Berufswahl der Juden in Deutschland, S. 255. — Ausgezeichnete deutsche Juden, S. 258. — Die Juden der Provinz Posen, S. 262. — Die hessischen Juden, S. 263, die badischen, S. 264, die württembergischen, S. 266, die bayrischen, S. 267, die sächsischen, S. 269. — Öffentliche Wirksamkeit der Juden in Oesterreich, S. 270. — In Galizien, S. 275. — In Ungarn, S. 277. — In Italien, S. 281. — In Frankreich, S. 282. — In England, S. 284. — Die rumänischen Juden, S. 284. — Die russischen Juden, S. 285. — Die jüdische Einwanderung in Nordamerika, S. 287. — Die alt-amerikanischen Juden, S. 295.

Siebentes Buch. Der Orient, 1830–1908 297

Kapitel Eins. Damaskus 300

Lage im Orient um 1830, S. 300. — Ritualmordbeschuldigung in Damaskus, S. 301. — In Rhodus, S. 302. — Politische Umstände, S. 303. — Crémieux und Montefiore, S. 304. — Kampf der Mächte in der orientalischen Frage, S. 306. — Sieg der guten Sache, S. 307. — Erste zivilisatorische Einwirkungen auf die Juden des Orients, S. 308.

Kapitel Zwei. Der Mohammedanische Orient 310

Günstige Vorgänge in der Türkei, S. 310. — Schulen, S. 312. — Die Juden und die Verfassung, S. 315. — Palästina, S. 315. — Tripolis, S. 319. — Persien, S. 320. — Yemen, S. 321. — Afghanistan, S. 321. — Tunesien, S. 322. — Marokko, S. 324.

Kapitel Drei. Der christliche und heidnische Orient 328

Rumänien, S. 328. — Bulgarien, S. 340. — Serbien, S. 343. — Griechenland, S. 345. — Kaukasus, S. 346. — Abessinien, S. 346. — Indien, S. 347. — China, S. 349. — Japan, S. 350.

Anmerkungen 351

Fünftes Buch.

Der Antisemitismus in West- und Mitteleuropa.

Kapitel Eins.

Deutschland.

Der Antisemitismus beherrscht direkt und mittelbar die gesamte Geschichte der jüdischen Gemeinschaft im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts. Äusserlich brachte er über sie und ihre Angehörigen Kränkungen, Zurücksetzungen, ja — was man nicht mehr für möglich gehalten hätte — blutige Verfolgungen. Im Innern der Judenheit aber löste er Gegenwirkungen von bleibender Bedeutung aus. Die Angegriffenen scharten sich um so fester zusammen, begründeten Vereinigungen zur Abwehr und zur Neugestaltung, betonten ihre Zugehörigkeit zum Judentume mit wachsender Stärke, erfüllten sich zum Teile mit jüdisch-nationalistischer Gesinnung. Kurz, die Wiedergeburt und Wiedererhebung des Judentums in den letzten Jahrzehnten ist von dem Antisemitismus wenn nicht verursacht so doch veranlasst. Deshalb muss die Darstellung des Ursprungs und der Entwickelung des Antisemitismus auch im Vordergrunde unserer Geschichte des jüdischen Volkes vom Jahre 1875 bis auf die Gegenwart stehen.

Die kräftigste Entwickelung des zeitgenössischen Antisemitismus aber zeigte sich zunächst in Deutschland.

Nach den glorreichen Siegen des Jahres 1870 schien eine glänzende Zukunft dem deutschen Volke beschieden zu sein: innen Friede und Versöhnung, glückliches und reiches Dasein auf ökonomischem wie auf geistigem Gebiete; nach aussen Macht und Einfluss. Der Hader in der Nation schien verstummt, der Gegensatz der Stämme, religiösen Bekenntnisse und politischen Parteien bis zur Unschädlichkeit abgeschwächt. Auch den Israeliten kam dies zu gute; das alte Vorurteil gegen sie verstummte und wagte es nicht mehr, sich geltend zu machen. Einer der hervorragendsten und beliebtesten Schriftsteller, Gustav

Freytag, nahm in freimütigster Weise die Vorwürfe zurück, die er ihrem Gebaren in seinem berühmten Jugendroman „Soll und Haben“ gemacht hatte. Nicht mit Unrecht nennt der Antisemit Dühring jene Jahre „die Jubelzeit der Juden“.

Da eröffnete der „Kulturkampf“, der Streit der Staatsgewalt gegen die katholische Kirche und deren Millionen von Anhängern in Deutschland, die Ära der Missgunst und des Haders von neuem. Die religiösen Leidenschaften erwachten abermals, besonders bei den katholischen Massen, die ihren Glauben für bedroht hielten. Diese Erbitterung wurde geschickt von den kirchlichen und weltlichen Leitern der katholisch-politischen Partei, des „Zentrums“, benutzt, um die katholische Bevölkerung Deutschlands völlig in die Hand zu bekommen und deren Religionseifer für ihre eigene Herrschaft zu benutzen. Dabei mussten sie freilich erfahren, dass die grosse Mehrheit des deutschen Volkes, die dem Protestantismus oder der freien Denkart anhing, sich für die Regierung gegen das „Zentrum“ und die Ansprüche der katholischen Kirche erklärte; und so fiel durch die Gesetzgebung Schlag auf Schlag gegen diese Kirche und deren Geistlichkeit. Ja selbst viele patriotische Katholiken begannen zu wanken, und die Zahl der sogenannten Staatskatholiken, d. h. der katholischen Gegner des Zentrums, wuchs allmählich.

Da fassten die geistlichen Führer des Zentrums den ebenso geschickten wie hinterlistigen Plan, den „Kulturkampf“ als einen Krieg des Judentums und jüdischen Einflusses gegen das Christentum, des „fremden“ jüdischen Elementes gegen germanisches Wesen darzustellen. Sie richteten also ihre Batterien mit aller Wucht gegen Judentum und Judenheit. Das Signal dazu gab die höchste Stelle der katholischen Christenheit, gab Papst Pius IX. Das war die Geburtsstunde des modernen Antisemitismus.

Kurz vor Weihnachten 1872 hielt der greise Papst vor den Beamten der Kurie eine heftige Schmähredе gegen die Juden, die so viele Obszönitäten und Lästerungen in die Zeitungen schreiben. Diesen auffallenden, ganz unbegründeten Angriff gegen die jüdischen Journalisten verallgemeinerte er in einer Ansprache, die er am 23. März 1873 an eine Menge römischer Weiber aus den untersten Volksklassen richtete, und in der er

die Juden als Feinde Jesu, als zur Hölle verdammt, als einzig der Liebe zum Gelde hingegeben, als Beförderer aller Lügen und Beleidigungen gegen die Kirche bezeichnete.

Die leidenschaftlichen Anklagen des verbitterten Greises übten grossen Einfluss auf die Gläubigen. Sie waren in der Tat auf ganz Europa berechnet, denn auch in Italien, Frankreich, der Schweiz war der Kampf zwischen den Bestrebungen kirchlicher Allmacht und deren Gegnern ausgebrochen. Es lässt sich nicht in Abrede stellen, dass die Sucht mancher jüdischer Individuen, sich in die Kreise der Aristokratie einzudrängen, die sittliche und religiöse Gleichgültigkeit mancher jüdischer Finanzleute, die Prunksucht ihrer Frauen und Töchter den Anklagen eine gewisse Volkstümlichkeit verschafften. In französischen Romanen und Novellen spielten solche Juden und Jüdinnen eine widerwärtige Rolle. So war der Boden vorbereitet. Die klerikale Regierung des Marschalls Mac Mahon in Frankreich entliess demonstrativ mehrere jüdische hohe Beamte; die katholische Presse dieses Landes gab eine dauernde Feindschaft gegen die Juden, allerdings auch gegen die Protestanten, kund. In Italien stellten die kirchlichen Blätter die Entrechtung der Israeliten als den Preis für die Aussöhnung der Kirche mit dem Staate dar. Auch die katholische Presse Englands stiess in dasselbe Horn.

Besonders aber in Deutschland wucherte der von dem Papste ausgestreute Samen. Die Führer des Zentrums ergriffen hier eifrig die Handhabe, um den Kulturkampf als eine jüdische Tat nicht nur den Katholiken sondern auch den gläubigen Protestanten darzustellen und verhasst zu machen. So hofften sie die Reihen ihrer Gegner zu sprengen, die Mehrheit des Volkes und zumal alle konservativ Gesinnten, bis zu den höchsten Kreisen des Staates, auf ihre Seite zu ziehen. Das „Vaterland“ in Wien eröffnete den Reigen. Die jüngeren Geistlichen, die „Kapläne“, suchten das katholische Volk gegen die Juden aufzuhetzen. Ein Professor der katholischen Theologie in Prag, Rohling, gab eine Schrift heraus: „Der Talmudjude“ (1874), die durch verfälschte und aus dem Zusammenhange gerissene Zitate aus dem Talmud — Rohling verstand kein Wort dieses Buches — solches als Lehrer scheusslicher Gehässigkeit gegen alle Andersgläubigen

nachweisen will. Widerlegungen von jüdischer Seite blieben einfach unbeachtet. Der Publizist Konstantin Frantz veröffentlichte ein Buch „Der Nationalliberalismus und die Judenherrschaft", das das später so oft nachgesprochene Schlagwort ausgab: „Der Liberalismus ist lediglich Sache der Juden und Judenknechte." Die „Kölnische Volkszeitung" stimmte jubelnd ein: „Das deutsche Reich ist leider ganz verjudet"; ähnlich die „Deutsche Reichszeitung" in Bonn, der „Liberiusbote" in Paderborn, das „Fränkische Volksblatt" in Würzburg, dessen Redakteur wegen seiner Verleumdungen der Juden von den Geschworenen zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Die eifrigste und beständigste Anklägerin aber alles dessen, was jüdischen Ursprungs ist, wurde das Zentrumsblatt in Berlin, die „Germania".

An aller dieser Gegnerschaft war nur zweierlei begründet: erstens dass die katholische Kirche jederzeit die Juden als Feinde betrachtet hat, weil sie sich ihr nicht unterwarfen und deshalb ihren Anspruch auf allgemeine Gültigkeit des Christentums widerlegten; und zweitens, dass die Juden in ihrer grossen Mehrheit zur liberalen Partei gehören — nicht als ob sie nicht im Grunde, wie ihre dreitausendjährige Geschichte erweist, ein durchaus konservativer Volksstamm wären, sondern weil der Liberalismus allein ihre Gleichberechtigung erkämpft hat und aufrecht erhält. Sonst aber hatte die katholische Partei keinen Grund, den Kulturkampf den Juden in die Schuhe zu schieben. Hervorgerufen hatte ihn ausschliesslich Fürst Bismarck, der sich wahrlich nicht von Juden beraten liess, ausser etwa in finanziellen Fragen. Die Juden, mit Ausnahme einiger unbedeutender Zeitungsschreiber, sind nicht in die Reihe der Vorkämpfer des Kulturkampfes, in Wort und Schrift, getreten. Fast an keiner der kirchenpolitischen Debatten im deutschen Reichstage oder preussischen Abgeordnetenhause haben die jüdischen Mitglieder sich beteiligt. Davon hielten sie ein richtiges Taktgefühl und die Erinnerung an die am eigenen Leibe erlittenen Verfolgungen zurück. Ja sie haben geradezu gegen die einschneidendsten der kulturkämpferischen Akte der Gesetzgebung, gegen die sogenannten „Maigesetze", gestimmt.

Es war also bewusste Unwahrheit, wenn die ultramontane Presse und die „Kapläne" die Juden zu Trägern des Kulturkampfes

stempelten: sie scheuten vor solcher Beugung der Wahrheit nicht zurück, indem sie wider ihn das populäre Vorurteil gegen die Juden wachriefen, bestärkten und ausnutzten. Das Jahr 1875 setzte hier fort, was 1873 und 1874 begonnen hatten. Es war dies aber um so verderblicher, als Zahl und Verbreitung der Zentrumsblätter in der steigenden Hitze des Kulturkampfes mit ungeheurer Schnelligkeit anwuchs. Aus Österreich, Frankreich, ja Amerika stimmte ihnen eine gleichgesinnte Presse zu und suchte auch hier den Antisemitismus gründlich einzubürgern. Die lauteste Ruferin im Streit, die „Germania", forderte auf, alle Verfehlungen einzelner Juden sorgfältig aufzuzeichnen, um sie der ganzen Judenheit anhängen zu können; anderseit die Juden zu boykottieren, bei ihnen weder zu kaufen noch Geld zu leihen: Schlagworte, die später der Antisemitismus allerwegen wiederholt und ausgebeutet hat.

Dieser unheilvolle Feldzug, der die Gemüter des katholischen Volkes vergiftete, sollte dann eine überaus gefährliche Ausdehnung erfahren.

Lange Zeit hindurch hatte die protestantisch-pietistische Partei den katholischen Eiferern den Streit gegen die Juden überlassen; nämlich so lange sie die katholische Kirche als die allein vom Kulturkampf bedrohte ansah. Aber die Sachlage änderte sich, als dieser allgemeine gesetzliche Massregeln veranlasste, wie z. B. die Einführung der Zivilehe, durch die sich die protestantische Hierarchie und deren Anhänger gleichfalls bedroht glaubten. Sie machten seitdem mit den Ultramontanen gemeinsame Sache, und das erste für sie war, ebenfalls die ganze kulturkämpferische Richtung als eine Ausgeburt des verderblichen jüdischen Wesens zu schildern und dieses mit allen Mitteln zu verunglimpfen. Das Beispiel hierzu gab, einer früheren lieben Gewohnheit folgend, die Berliner „Kreuzzeitung", im Juni 1875: der jüdische Grossbankier Bleichröder beherrsche die deutsche volkswirtschaftliche Politik, ein Trio jüdischer Abgeordneter — Lasker, Bamberger, Oppenheim — den deutschen Reichstag; die deutsche Politik sei überhaupt eine „Judenpolitik": die „Reformjuden" — und darunter verstand sie alle diejenigen Israeliten, die nicht nach Palästina zurückzukehren wünschen — seien allen guten Christen „ekelhaft". Lasker habe nur deshalb

die christlichen „Gründer“ angegriffen, um den jüdischen den Weg frei zu machen. Mit den elf Artikeln, die die Kreuzzeitung diesem reiflich vorbereiteten und methodisch ausgeführten Angriffen widmete,[1]) war die Bahn auch für den protestantischen Antisemitismus eröffnet, der sich nunmehr dem katholischen getreulich zugesellte.

Die allgemeine Überzeugung nicht nur der Juden sondern auch der frei denkenden Christen war gewesen, dass in diesem Zeitalter der Aufklärung, des Wissens, der Humanität die judenfeindliche Bewegung etwas Künstliches sei und weder einen grossen Umfang annehmen noch lange Dauer haben könne. Aber gerade das Gegenteil trat ein. Die vereinzelten Ölflecken des Judenhasses dehnten sich bald über ganz Europa aus und trübten allerorten die Oberfläche des öffentlichen Lebens. Zehnmal sagte man in Hoffnungsseligkeit: Endlich sehen wir Zeichen des Niederganges des Antisemitismus, er wird schnell verschwunden sein — und immer erhob er sich von neuem und lebt noch heute fort, wenn auch vielenorts im Stillen, aber um so tiefer und giftiger.

Dafür muss es starke und allgemein wirkende Ursachen geben.

Als solche ist zunächst der Niedergang des Liberalismus in ganz Europa anzusetzen. Diese politische Richtung hat den Völkern ungemein viel Gutes gebracht, sie von dem fürstlichen Absolutismus und dem Klassenstaat befreit, ihnen die persönliche, Rede-, Press- und Versammlungsfreiheit gegeben. Aber nunmehr war ihre Rolle so ziemlich ausgespielt, es war nichts mehr von ihr zu erwarten, und die allgemeine Glückseligkeit und Friedlichkeit, die sie von ihrem Siege in optimistischem Vertrauen auf die Unfehlbarkeit des „Volkes“ verheissen, hatte sie nicht schaffen können. So verlor sie ihre Volkstümlichkeit, und die Hoffnungen der Nationen wandten sich von ihr ab. In Deutschland namentlich machten sich die noch nicht bezwungenen überlieferten Gewalten: Bureaukratie, Junkertum, Militarismus, Pfaffentum, den Rückschlag des Volksgeistes gegen den Liberalismus zu nutzen, um die Menge mit Erfolg zu ködern. Diese

[1]) Fünf waren überschrieben: „Die Ära Bleichröder-, Delbrück-Camphausen“; sechs: „Lasker-Bamberger-Oppenheim“.

reaktionären Richtungen sind aber stets Gegner der Gleichstellung der Juden gewesen: die Pfaffen, weil die Juden sich dem Christentum entziehen; die Junker, weil sie in ihnen die Vertreter des beweglichen Kapitals, des Geldinteresses im Gegensatze zum Landinteresse, erblicken; die Beamten, weil sie für ihre Stellungen den Wettbewerb der zahlreichen jüdischen Intelligenz fürchten.

Ebenso trat eine Gegenwirkung ein wider den hohlen und trockenen Materialismus, wie er seit den Sechziger Jahren von den Naturwissenschaften ausgegangen war und der Gebildeten sich bemächtigt hatte. Das ewige religiöse Sehnen und Bedürfen des Menschenherzens machte sich wieder geltend, und zwar mit immer stärkerem Nachdrucke. Diese religiöse Wiedergeburt konnte aber nur den positiven Kirchen zugute kommen, besonders denjenigen, die an sich eine ungeheure Übermacht besassen: der katholischen und der protestantischen, und mit ihnen ihrer Hierarchie. Das Priestertum beider Bekenntnisse ist aber, wie erwähnt, den hartnäckigen Leugnern der Gottheit Christi, den Juden, immer feind gewesen. Indem es unter den Massen, auch der Gebildeten, wieder stärkeren Einfluss gewann, nahm es sie gegen die Juden ein, die man — um den Abfall einer ganzen Generation vom Christentume zu entschuldigen und zu beschönigen — als ein den Glauben und die Moral zersetzendes Element, als die eigentlichen Mikroben der Irreligiosität betrachtete und darstellte.

Zu beiden Momenten kam ein drittes, und zwar das wichtigste, da es nicht allein in Deutschland, sondern auch in den anderen Ländern den Ausschlag gab: das nationale. Überall waren, seit dem italienischen Einigungskriege des Jahres 1859, das Nationalitätsprinzip, die Begeisterung für die eigene Nationalität und, leider als unausbleibliche Folge, Hass und Eifersucht gegen die übrigen Nationalitäten erwacht. Ein übertrieben chauvinistisches Empfinden machte sich geltend, das in seiner leidenschaftlichen Ausschliesslichkeit und Rücksichtslosigkeit die Welt zur Barbarei längst entschwundener Zeiten zurückzuführen drohte. Und hierbei kamen die Juden allerorten ins Gedränge. Trotz ihrer aufrichtig gemeinten, oft allzu weit gehenden Bemühungen, sich mit ihren Wirtsvölkern zu „assimilieren", wurden sie von diesen zumeist als etwas Fremdes, nicht mit der eigenen Nationalität Übereinstimmendes empfunden — und so richtete sich gegen sie der

nationale Chauvinismus, als gegen einen nicht zugehörigen, andersgearteten, minderwertigen Bestandteil der Staatsbevölkerung. Wenn man als Beweis die Zeremonialvorschriften und besonders die Speisegesetze anführte, die die Juden verhinderten, mit den Christen zu verkehren, so war das ein blosser Vorwand, denn das chauvinistische Vorurteil wandte sich gegen die „Reformjuden" ebenso stark wie gegen die orthodoxen. Nicht stichhaltiger war die Behauptung, die Hinneigung der Juden zum Handel sei ihnen vorzuwerfen, denn gerade die jüdischen Landbebauer auf der einen, die jüdischen Akademiker auf der anderen Seite begegneten der schlimmsten Gegnerschaft. Die Juden erlitten noch einmal Ähnliches, wie sie schon im Mittelalter durchgemacht hatten. Damals hatten sie ausserhalb der alles beherrschenden Klassen-, Zunft- und Gilde-Ordnung gestanden und waren deshalb rechtlos geworden. Jetzt befanden sie sich ausserhalb jeder Nationalität und wurden deshalb von allen Völkern zurückgestossen. Dieser „Rassen-Antisemitismus" hat sich als der gefährlichste herausgestellt. Denn er trug ein wissenschaftliches und zugleich ein patriotisches Kleid; er konnte darum selbst von ruhig Denkenden und Gebildeten ohne Erröten geteilt werden, auch von solchen, die willig die Vorzüge der „jüdischen Rasse" anerkannten, aber sie um so mehr als einen dem eigenen Volkstume gefährlichen Fremdkörper ansahen. Der Rassen-Antisemitismus hat in den oberen Schichten der europäischen Völker und unter den Regierungen — besonders in Russland — den grössten Schaden angerichtet und erklärt zumeist die Allgemeinheit und Fortdauer der ganzen Bewegung.

In Deutschland gab es für diese noch eine besondere Veranlassung.

Die Siege von 1870 und die von Frankreich an Deutschland bezahlten Milliarden hatten in diesem Lande ein ungezügeltes Selbstvertrauen, auch auf geschäftlichem Gebiete, und eine Geldflüssigkeit geschaffen, die zusammenwirkend zu ausgedehnten und gewagten spekulativen Unternehmungen Anlass und Mittel gaben. Das betörte Publikum wähnte, dass dieser Aufschwung keine Grenzen habe, und vertraute sein Vermögen neben den reellen auch den schwindelhaften Gründungen an. Die Kurse selbst der schlechtest fundierten Aktiengesellschaften erreichten eine

Höhe, die die mühelose allgemeine Bereicherung in Aussicht stellte. Um so schmerzlicher wurde die Enttäuschung, als im Sommer 1873 der Krach eintrat, der zahlreiche Aktiengesellschaften vernichtete, auch die soliden erschütterte, Hunderttausende eines beträchtlichen Teiles oder gar der Gesamtheit ihres Vermögens beraubte. Man suchte nach einem Sündenbock und fand ihn in den Juden. Glagau veröffentlichte damals in der „Gartenlaube" eine Reihe von Artikeln über den „Gründungsschwindel in Berlin", in denen er heftige Anschuldigungen gegen die jüdische Finanz erhob und anscheinend zahlenmässig erwies; dasselbe Verfahren dehnte er dann auf das ganze Reich aus in seinem Buche: „Der Gründungsschwindel in Deutschland" (1877). Es konnte danach angenommen werden, dass die Juden tatsächlich eine Verurteilung als Wucherer, Ausbeuter, Schwindler verdienten.

Dass unter den Börsenspekulanten, Gründern und Schwindlern sich eine Anzahl von Juden befand, und zwar in einem das Bevölkerungsverhältnis übersteigenden Umfange, ist unbestreitbar, erklärt sich aber aus der Tatsache, dass seit annähernd einem Jahrtausend die Juden ausschliesslich in den Handelstand gedrängt waren und also dessen charakteristische Vorzüge und Schwächen teilten. Aber nicht neunzig Prozent der Gründer, wie Glagau behauptet hatte, waren Juden, sondern nur vierzig Prozent, also noch bei weitem nicht die Hälfte.

Allein tatsächliche Gründe verschlugen nichts gegen das dröhnende, zuversichtliche Geschrei der Widersacher. War man doch in Deutschland und Deutsch-Österreich froh, sich von Selbstvorwürfen frei zu machen, das Germanentum rein und unbefleckt zu fühlen, indem man den ganzen Unrat auf die Juden wälzte. Traf doch auch die ganze Bewegung auf die stille, aber hartnäckige Abneigung, die in den Seelen so vieler Deutschen gegen das Fremde, Unzugehörige lebt, als welches sie die Juden empfinden. Dieses Gefühl wirkt um so bedenklicher, als ihm weder mit Vernunftgründen nach mit tatsächlichen Darlegungen beizukommen ist, als es auch den besseren Charakteren nicht als verwerflich sondern als von der Natur gegeben erscheint und sich sogar mit der vollen Hochachtung der einzelnen israelitischen Persönlichkeiten verträgt.

Der Umfang, die Tiefe und Dauer der antisemitischen Bewegung hat aber auch tatsächliche Gründe innerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Die herbe Gewaltsamkeit ihrer Geschicke während so vieler Jahrhunderte hat Unsicherheit, Mangel an Gleichmass, schroffe Gegensätzlichkeit in ihren Stammescharakter gebracht. Deshalb die Unruhe, die Formlosigkeit, das laute hastige Wesen, das Haschen nach äusserer Auszeichnung und dem Beifalle anderer; deshalb der schnelle Wechsel zwischen tiefer Niedergeschlagenheit und übermässigem Glücksgefühl; deshalb neben der innigsten Familienliebe, der lautersten Wohltätigkeit, wahrhaft idealem Opfermut, schrankenlose Selbst- und Genusssucht. Vor allem hat die so lange andauernde Missachtung und Versklavung in manchen Kreisen desjenigen Teiles des jüdischen Stammes, der sich erst seit kurzem zur Emanzipation emporgerungen hat, einen gewissen Mangel an festem Ehrgefühl erstehen lassen. Diese Tatsache beruht nicht auf angeborenen Charakterfehlern des jüdischen Stammes, sie ist vielmehr die beklagenswerte Folge des tausendjährigen Unrechtes und der Schmach, die Andersgläubige ihm angetan haben; aber sie ist da und untergräbt immer wieder die Stellung, die sich die weit überwiegende Zahl der Israeliten durch Fleiss, Ehrenhaftigkeit, Nüchternheit und Begabung errungen hat. Von der grossen Menge redlicher und verdienter Juden hört man wenig; die Namen der einigen Wucherer, Betrüger und Falschspieler gehen durch alle Zeitungen. Eine Minorität muss, um geachtet dazustehen, nicht ebenso gut, sondern viel besser sein als die Mehrheit, zumal wenn ein jeder einzelne in jener durch Wesen, Äusseres und Namen leicht als zu ihr gehörig kenntlich wird und auffällt.

Zunächst stand der katholische Antisemitismus noch im Vordergrunde. Der Paderborner Bonifaziusverein veröffentlichte 1876 ein Hetzblatt schlimmster Art, des Priesters Professor Rebbert „Nicht Judenhetz sondern Christenschutz“, das in seinen Beschimpfungen des Talmuds und der Juden noch über das von dem Kollegen Rohling Gebotene hinausging und in Rheinland und Westfalen massenhaft verbreitet wurde. Auch die „Germania“ begann ihre Schimpfreden von neuem mit der komisch wirkenden Begründung: „weil die Juden wieder üppig zu werden beginnen“ —

wahrscheinlich weil der Deutsch-israelitische Gemeindebund eine gerichtliche Bestrafung des Besitzers der Bonifazius-Druckerei, des Domvikars Schröder, zu sechs Monaten Gefängnis herbeigeführt hatte. Bischof Konrad von Paderborn rächte seinen Domvikar durch eine neue Schmähschrift. Das in dem Verlage der „Germania“ erscheinende „Schwarze Blatt“ sah seine Hauptaufgabe in der Verunglimpfung der Juden. Auch andere volkstümliche katholische Zeitungen, sowie die Abgeordneten Cremer, Majunke und Schröder-Bergstadt setzten noch zwei Jahre lang gelegentlich diesen Feldzug fort.

Auf die höheren Stände war ein Pamphlet der ultramontanen „Schlesischen Volkszeitung“ berechnet: „Der jüdische Referendar“, das die Juden gesellschaftlich in der Richterlaufbahn unmöglich machen sollte, und dessen schädigende Wirkungen bis auf den heutigen Tag fortdauern. Es wurde unter den richterlichen Beamten in Tausenden von Exemplaren kolportiert. Ganz ungenügend war die Geldstrafe von Einhundert Mark, die gerichtlicherseits gegen den Herausgeber dieser infamen Schrift verhängt wurde. Überhaupt zeigten Staatsanwälte und Richter befremdende Lauheit in der Verfolgung der antisemitischen Schmähartikel und Schmähschriften, eine Milde, die von ihrer Strenge bei Majestätsbeleidigungen und sozialistischen Meinungsäusserungen grell abstach.

Denn allmählich trat der katholische Antisemitismus weit hinter den protestantischen zurück. Der Zweck der Bewegung war auf katholischer Seite erreicht: nicht mehr die Ultramontanen, sondern die Juden erschienen als Gegner des Staates und der Gesellschaft. Man konnte nun mit frommem Augenaufschlag sich wieder in den Mantel der Religiosität und Menschenliebe, „der Freiheit und des Rechts“ — die Devise des Zentrums — hüllen und die anderen gewähren lassen. Der bisher als eifriger Antisemit bekannte Abgeordnete Cremer sprach das im Oktober 1879 in einer Sitzung des Berliner Zentrumsvereins offen aus: die Katholiken Preussens sollten nie vergessen, dass sie selber eine Minderheit bildeten und sich deshalb hüten müssten, provokatorisch aufzutreten. Es sei klüger, die Arbeit der „bewährten Hand“ des Hofpredigers Stöcker und seiner Anhänger zu überlassen. Das wurde also fürderhin das Programm der

Ultramontanen. Sie hatten den Kampf entzündet, er hatte ihnen den Sieg über die Regierungsbestrebungen herbeiführen helfen. Jetzt konnten sie seine Fortsetzung den protestantischen Pietisten und Reaktionären überlassen.

Diese glaubten die Zeit gekommen für Aufnahme der antisemitischen Bewegung. Das Volksgemüt war durch die ultramontanen Hetzereien genügend vorbereitet. Der Kaiser und Bismark hatten sich aus Abneigung gegen den Liberalismus und seine konstitutionellen Forderungen entschlossen, gegen ihn aufzutreten und sich dazu mit allen reaktionären Strömungen in Kirche und Politik, mit den Ultramontanen, Pietisten und Konservativen zu verbünden; im Einvernehmen mit dem Umschwunge, der sich damals, aus den schon angedeuteten Gründen, in der Stimmung weiter Kreise der Nation vollzogen hatte. Bismarck verstand es, gegen die allgemeinen Fortschrittsideen die partikularen Interessen ständischer und gewerblicher Natur ins Feld zu rufen. Im Sinne dieser letzteren aber erschienen die Juden den christlichen Grundbesitzern, Gewerbetreibenden, Kaufleuten und Beamten als lästige und gefährliche Mitbewerber, die man möglichst einzuschränken und zu beseitigen habe. Gewissenlose Streber meinten, da ihnen Straflosigkeit und stille offiziöse Unterstützung von oben sicher sei, Ehrgeiz und Geldgier auf leichte Weise durch möglichst lärmende Angriffe auf die wehrlosen Juden befriedigen zu können. Man erwarb Namen Stellung und Geld durch derartige Betätigungen.

Der Judenhass zündete zunächst in der Presse Sachsens, des „protestantischen Spanien“. Ihr sekundierte die fromme „Evangelische Kirchenzeitung“ in Berlin, die das hundertmal widerlegte Märchen auftischte, die Presse, und zumal die Berliner, befinde sich fast ausschliesslich in den Händen der Juden — tatsächlich wurden von 362 Berliner Blättern nur 48 von Juden redigiert oder herausgegeben. Ein Richter, Wilmans, unterstützte Glagaus unwahre Darstellungen durch noch weniger begründete Behauptungen in dem Buche mit geschickt erfundenem Titel „Die Goldene Internationale“. Auch er wiederholte die Geschichte von der jüdischen Gefangenschaft der Berliner Presse, indem er christliche Redakteure einfach zu Juden umstempelte. Eine ungeheure Menge von Flugschriften derselben Art, zum

grossen Teile offenbar aus Geschäftsinteresse verfasst, ergoss sich über die protestantischen Gegenden Deutschlands.

Das Entscheidende aber wurde die Begründung des „Christlich-Sozialen Vereins". Pfarrer Todt hatte die Entdeckung gemacht, dass die berechtigten Grundsätze und Forderungen des Sozialismus bereits im Neuen Testamente zu finden seien, dass man also befugt und verpflichtet sei, den Sozialismus seines reaktionären, staatsgefährlichen Charakters zu entkleiden und ihn in das christlich monarchische Fahrwasser zu leiten. Er verfocht diese Entdeckung und diesen Plan in einem umfangreichen Buche „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft" (1878), und er gab ihnen sofort eine judenfeindliche Spitze, indem er „bewies", dass das moderne Judentum durchaus unfähig sei, die soziale Frage zu lösen, ja nur sie zu verstehen. Das Judentum rede zwar von der Nächstenliebe, kenne sie aber in Wahrheit nicht. Übrigens seien die Juden auch sämtlich Pantheisten oder Materialisten und entchristlichten dadurch die germanischen und romanischen Völker — Behauptungen, die, lediglich aus judenfeindlichen Schriften geschöpft, von Todt mit kecker Unverfrorenheit vorgetragen wurden. Da das Buch bei der herrschenden Strömung vielfachen Anklang fand, stiftete Todt bald den „Christlich-Sozialen Verein", der seinen Bestrebungen zum Siege verhelfen sollte. Ihn unterstützte ein ehemaliger radikaler Journalist, Wilhelm Marr, der Sohn eines jüdischen Schauspielers, also ein doppelter Renegat, in einem wahnsinnig gehässigen, mit allen Mitteln der Reklame angekündigten und verbreiteten Pamphlet „Der Sieg des Judentums über das Germanentum, vom nicht konfessionellen Standpunkt aus betrachtet" (1879). Er stiftete eine „Antisemiten-Liga", und, als diese nicht verfing, einen „Deutschen Reformverein", für den er als Wanderredner eifrig wirkte, und der in Konkurrenz mit dem „Christlich-Sozialen Verein" trat.

Aber dieser wirkte bei weitem einflussreicher durch den Mann, der bald als die Verkörperung des Antisemitismus erschien, den Hofprediger Stöcker.

Adolf Stöcker, geboren 1838 in Halberstadt, ein Theologe von hinreissender volkstümlicher Beredtsamkeit, war 1878 als Hofprediger nach Berlin berufen worden. Voll glühenden Ehr-

geizes, nahm er für sich den Plan Todts auf, die Arbeiter dem religiös und politisch radikalen Sozialismus zu entreissen und sie der Kirche wieder zuzuführen; er erweiterte also den Christlich-sozialen Verein zu einer Christlich-Sozialen Partei. Dabei erkannte er, dass er die Arbeiter ohne kräftige demagogische Schlagworte nicht gewinnen werde, und bei der damaligen Strömung schien ihm dafür der Antisemitismus der geeignetste Boden. Sittliche Bedenken kannte er bei dem Kampf für seine Ziele nicht, Unwahrheit und bewusste Übertreibung waren ihm willkommene Waffen. Man hat ihn von hoher Stelle her nicht gerade positiv unterstützt; aber da man in ihm ein wirksames Werkzeug zur Bekämpfung des Liberalismus und der Sozialdemokratie erblickte, liess man ihn unbehindert seine mit dem Amte eines Hofpredigers wenig übereinstimmende Rolle als Demagoge und Volksverhetzer spielen. Polizei und Gerichte brachten gegen Stöcker und seine Anhänger die bestehenden Strafgesetze nicht in Anwendung.

Stöcker verquickte also sozialistische Forderungen und Judenhass. Er schlug Gesetze vor, die einesteils die Arbeit der Herrschaft des spekulierenden Kapitalismus entziehen, andererseits die Juden im Staatsleben unmöglich machen, das heisst der staatsbürgerlichen Rechte berauben sollten. Die Prediger de la Roi, Krafft, Distelkamp und andere redeten im gleichen Sinne, wenn auch mit weniger Talent. Ein eigenes Blatt der neuen Partei, die „Deutsche Volkswacht", wurde begründet, das aber schon nach vier Wochen aus Mangel an Abonnenten und Geldmitteln wieder einging. Bei den Arbeitern fiel Stöcker überhaupt gänzlich ab — diese zu gewinnen, haben der Hofprediger und sein Anhang niemals erreicht. Die Führer der Sozialdemokratie vermochten es, ihre Leute von Unruhen gegen die Juden — worauf Stöcker und seine Nachbeter indirekter Weise hinarbeiteten — abzuhalten. Aber der vornehme Pöbel und die wirtschaftlich in Not geratenen und deshalb unzufriedenen Mittelklassen gingen auf den Antisemitismus ein. Unter ihnen gelang die Schürung des Judenhasses, die Verbreitung der Überzeugung, dass Juden, Liberale und Umstürzler identisch und die Urheber alles Übels in der Welt seien. Sie wurden dabei bestärkt durch die heftigen Angriffe, die ein hochbegabter,

aber leidenschaftlich nationalistisch gesinnter Publizist, Heinrich von Treitschke, in Wort und Schrift gegen die Juden richtete. In der angesehenen Monatsschrift „Preussische Jahrbücher“ sprach er schon im November 1879 von dem das Volkswohl gefährdenden schlimmen Treiben vieler Juden, zumal der Zeitungsschreiber. Der Antisemitismus sei so lange berechtigt, wie die Juden sich nicht den deutschen nationalen Eigenschaften angepasst hätten. Von solchem Manne an solcher Stelle geäussert, übten diese Angriffe auf die gebildeten Kreise eine tiefgehende Wirkung. Und dann, Treitschkes Pamphlet „Ein Wort über unsere Juden“ (1880) bereicherte die antisemitische Sprache mit den Schlagworten von den „hosenverkaufenden polnischen Jünglingen“ und „Die Juden sind unser Unglück“ als dem angeblich einmütigen Rufe der gebildetsten und vorurteilslosesten Kreise der deutschen Nation. Als Geschichtsprofessor an der Berliner Universität verstand er es, durch seine glänzenden und überaus wirksamen Vorlesungen die studentische Jugend gegen alles Jüdische dauernd zu verstimmen. Treitschke fand wunderbarer Weise einen Genossen in dem radikal pantheistischen und sozialistischen Berliner Privatdozenten der Philosophie Eugen Dühring, der seinen grimmigen Hass gegen das Christentum auf dessen Mutterreligion übertrug, schon längst (1875) in seinen Büchern gegen die Juden geeifert hatte als gegen die Vertreter der Gottesidee und des Kapitalismus, und der nun — im Dezember 1879 — in einem populär-wissenschaftlichen Vortrage von neuem gegen die Juden, die Bibel und Lessing loszog. Also Christentum, Sozialismus, Unglaube, Nationalismus — alles musste wider die Juden in die Schranken treten. Die entgegengesetztesten Richtungen einigten sich in dem ebenso schönen wie originellen Grundsatze: „Der Jude wird verbrannt“.

Selbstverständlich liessen die deutschen Israeliten alle diese Feindschaft, diese Angriffe und Verdächtigungen nicht ohne den Versuch der Abwehr über sich ergehen. Abgesehen von den jüdischen Blättern, die freilich nur auf die eigenen Glaubensgenossen aufklärend und ermutigend wirken konnten, und unter denen sich wiederum Ludwig Philippsons „Allgemeine Zeitung des Judentums“ durch sorgfältige Beobachtung aller bedeutsameren Erscheinungen sowie durch Schärfe und Treffsicherheit

das grösste Verdienst erwarb, erschienen zahlreiche Schriften jüdischer Autoren zu kräftiger Verteidigung. Die Rabbiner Kroner und Bloch sowie Jakob Emanuel Fränkel widerlegten Rohlings „Talmudjuden". J. Wiener, der sich allerdings als konfessionslos bezeichnete, aber jedenfalls ein geborener Jude war, veröffentlichte ein unparteiisches, verständiges und gelehrtes Buch „Judentum und Christentum" (1877) „zur Klärung einer religiös-sozialen Streitfrage". Jüdische Lehrer und Prediger traten vielfach mit Erfolg gegen die Verleumdungen der antisemitischen Lokalblätter auf.

Allein im ganzen betrachtete doch das christliche Publikum die jüdischen Bekämpfer des Antisemitismus als parteiisch, als voreingenommen und schenkte ihnen deshalb nur in sehr beschränktem Masse Glauben. Aus den Reihen gewissenhafter und unbefangen denkender Christen selbst mussten den mit Unrecht Angegriffenen Verteidiger erwachsen. Den Anfang dazu machte schon in Beginne des Jahres 1876 Kreisrichter Dr. Josef Kolkmann in Löbau mit der einfachen, aus dem Herzen kommenden, den Geist der Billigkeit und Menschenfreundlichkeit atmenden Schrift: Die gesellschaftliche Stellung der Juden. Dann rechtfertigte der gründlich gelehrte Orientalist Dr. Wünsche in Dresden den Talmud gegen die Verleumdungen unwissender Lästerer, wie Rohlings und Rebberts. Franz Delitzsch, der streng lutherisch gläubige Professor der orientalischen Sprachen in Leipzig, geisselte die antijüdischen Brandstifter mit der ganzen Kraft seiner hohen wissenschaftlichen Bedeutung und Autorität. Gegen Marr schrieb 1879 Friedrich Sailer mit Witz und Ironie, die auch die Schwächen der Juden nicht schonte. Der bekannte Schriftsteller Gerhard von Amyntor, durch Nachdenklichkeit und tiefes Gemüt ausgezeichnet, trat im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit für die Israeliten ein. Und so noch andere wackere und wohlmeinende Autoren.

Ihre Bemühungen konnten jedoch gegen die einmal in Fluss geratene Bewegung um so weniger aufkommen, als diese den Interessen der herrschenden Mächte in Staat und Volk entsprach. Auch die entschiedenen Verurteilungen des Antisemitismus durch die Kaiserin Augusta und den Kronprinzen Friedrich Wilhelm wurden von denjenigen Kreisen geringgeschätzt, die jene beiden

hohen Persönlichkeiten als „Liberale“ oder Gegner Bismarcks mit Abneigung betrachteten. Die mächtige konservative Partei warf den Antisemitismus ausdrücklich als Schlagwort in die Wahlbewegung für Reichstag und Abgeordnetenhaus. Die Satzungen des im Juni 1878 gebildeten konservativen Zentralvereins schlossen geradezu die Juden von der Mitgliedschaft aus. In den Provinzen wie in Berlin wetteiferte die konservative Presse mit den Christlich-Sozialen in Judenfeindschaft. Und der Minister nach ihrem Herzen, der ungleiche Nachfolger Falks im Kultusministerium, von Puttkammer (1879), begünstigte die konfessionellen Schulen, erklärte es für völlig gerechtfertigt von christlichem Standpunkte, wenn in Schulbüchern die Juden mit Kain auf eine Stufe gestellt wurden, brachte wieder das lange Zeit verschwundene Stichwort vom „christlichen Staat“ zum Vorschein. Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gab den Antisemiten recht, indem sie am 10. Mai 1880 nicht nur die fortschrittliche „Firma Lasker-Bamberger-Wolffson“ angriff, sondern auch die Juden überhaupt, die der Reichsregierung soviel verdankten, des Undankes zieh. Einige Monate später — am 28. November 1880 — bekämpfte das Blatt des Reichskanzlers von neuem die Juden als Parteigenossen Rickerts und Eugen Richters und sprach sich wohlwollend über die Antisemiten aus. Kurz, die Juden sahen sich, in Hinsicht ihrer Religion wie ihrer persönlichen Stellung, von den leitenden Elementen des Staatslebens mit der schlimmsten Reaktion bedroht. Ja, selbst ihre Sicherheit war nicht länger verbürgt.

Fast keine Provinzzeitung wagte mehr, gegen den wilden, reissenden Strom des Antisemitismus anzukämpfen. Kleine, giftige Witzblätter im Lande und in der Hauptstadt schürten den Judenhass an vielen Orten bis zum Wahnwitz. Die sonst so gesetzlich gesinnte Bevölkerung beging die schlimmsten Ausschreitungen gegen die Juden. Besonders im linksrheinischen Hessen hetzten des kläglichen, später im Elende verkommenen Windeckers „Wucherpillen“ die Landleute zu förmlichem Aufruhr, zu tätlichen Misshandlungen der Juden; man deckte ihre Häuser ab, durchsägte ihre Fruchtbäume, verheerte ihre Weinberge und Saatfelder. Ähnliches kam in anderen Gegenden Deutschlands vor. In den kleinen Orten sahen die Israeliten sich

gesellschaftlich, oft auch geschäftlich in den Bann getan. Offiziere und Beamte trugen antisemitische Blätter offen zur Schau, die Studenten verhöhnten und verprügelten ihre jüdischen Kommilitonen, wobei es häufig zu Duellen kam; in Turn- und Kriegervereinen, in Ressourcen und Honoratiorengesellschaften ertönte der Ruf: „Juden raus". Wirts- und Gasthäuser suchten das antisemitische Publikum anzulocken, indem sie sich als „judenrein" auftaten. Manche Bäder und Sommerfrischen machten den Israeliten den Aufenthalt unmöglich.

Nationalismus, missleitete soziale Empfindung, persönliche Abneigung, Verschuldungen einzelner Juden, aber auch religiöser Fanatismus, Geschäftsneid, dann Herrschsucht, verbrecherischer Ehrgeiz, Habgier und Eitelkeit der antisemitischen Führer hatten ein Chaos geschaffen, das jedes Recht, alle Billigkeit und Gesetzlichkeit, die staatliche Sicherheit und Ordnung selbst ernstlich bedrohte. Dühring spielte dann die ganze Bewegung auf ein noch gefährlicheres Feld hinüber, indem er auf das entschiedenste die Rassenfrage betonte und die Juden als eine minderwertige für die menschliche Kultur bedrohliche und sie schädigende Rasse hinstellte in seinem im November 1880 zu Berlin erschienenen Buche: „Die Judenfrage als Frage der Rassenschädlichkeit".

Endlich rafften sich die verständigen und wohlgesinnten Männer in Deutschland dazu auf, diesem trüben und heftigen Strome des Rassenhasses tätigen Widerstand entgegenzusetzen. Der bekannte jüdische Philosoph und Völkerpsycholog Professor Moritz Lazarus schrieb mit der ihm eigenen hinreissenden Beredsamkeit eine Abhandlung: „Was heisst Nationalität?" in der er diese als geistige Gemeinschaft beruhend auf gleichem Volksbewusstsein und gemeinsamer Sprache definierte. Es ist klar, dass diese Angriffserklärung die deutschen Juden der deutschen Nationalität zuteilt. Aber noch mehr Eindruck als diese Schrift eines Juden, also eines gewissermassen Parteiischen, machte das Auftreten hoch angesehener Christen gegen den Antisemitismus. Vor allem der deutsche Kronprinz liess keine Gelegenheit vorübergehen, um seine gerechte Gesinnung gegenüber den schwer bedrängten Israeliten und seinen Abscheu wider den Antisemitismus darzutun, den er als „die Schmach des Jahrhunderts" brandmarkte, indem er hinzufügte, er habe sich im

Auslande als Deutscher dieser Agitation geschämt. Seine Gattin, Kronprinzessin Viktoria, seine Mutter, Kaiserin Augusta, seine Schwester, die edle Grossherzogin von Baden, und deren ritterlicher Gemahl gaben wiederholt und laut gleicher Überzeugung Ausdruck. Friedrich Wilhelm belobte durch eigenhändiges Schreiben die Darlegung des Pastors Gruben zu Reichenbach in Schlesien: „Christ und Israelit", die zum interkonfessionellen Frieden mahnte. Selbst inmitten des Ausbruches der ultramontanen Judenfeindschaft ist der vornehmste Führer des Zentrums in den Parlamenten, Windhorst, stets ein Verteidiger der Juden und ein Vorkämpfer für deren Gleichberechtigung gewesen. Mehr noch als diese vereinzelten Kundgebungen wirkte es, als am 12. November 1880 fünfundsiebzig geistig und sozial hochstehende, allgemein angesehene Christen eine gemeinsame Erklärung gegen den Antisemitismus veröffentlichten: Universitätsprofessoren, Gymnasialdirektoren, Abgeordnete, Richter, Rechtsanwälte. Unter den vielen glänzenden Namen, die derart offen gegen Unduldsamkeit und Volksverhetzung auftraten, waren solche ersten Ranges, wie der Berliner Oberbürgermeister und ehemalige Reichstagspräsident von Forkenbeck, die Historiker Mommsen und von Sybel, der Staatsrechtslehrer Gneist, der grosse Elektriker Siemens. Die Magistrate oder die Stadtverordneten-Versammlungen, sowie eine Reihe der angesehensten Bürger von Berlin, Breslau, Hannover, Dresden, Kassel, Darmstadt und anderen Städten sprachen sich ebenfalls in amtlichen Beschlüssen gegen den Antisemitismus aus. Die ganze noch liberale Bevölkerung trat für die bedrohte israelitische Minderheit ein. Die freisinnige Partei unter Führung des Kieler Professors Hünel interpellierte im preussischen Abgeordnetenhause die Regierung über deren Stellungnahme gegenüber den Ausschreitungen des Antisemitismus, was dann freilich nur zu leidenschaftlichen Debatten ohne rechtes Ergebnis führte.

In diesen Rahmen der Abwehr des Antisemitismus gehörte auch der Plan, dem grossen Vorkämpfer der Denkfreiheit, dem Verfasser „Nathan des Weisen", Gotthold Ephraim Lessing, in der Reichshauptstadt ein Denkmal zu setzen. Konservative, Klerikale und Pietisten bekämpften diese Absicht, die wiederum von dem preussischen Kronprinzen und seiner Gemahlin lebhaft unterstützt wurde. Die Sammlung hatte einen vollständigen

Erfolg: binnen weniger Monate kamen 132000 Mark zusammen. Die Vollendung und Aufstellung des Denkmals standen freilich noch mehrere Jahre aus, da einflussreiche Kreise sich letzterer nach Möglichkeit widersetzten.

Im Grunde waren viele christliche Verteidiger der Juden nicht recht mit dem Herzen bei der Sache. Einer der Hervorragendsten unter ihnen, Theodor Mommsen, zeigte dies deutlich durch seine Schrift: „Auch ein Wort über unser Judentum". Er bekämpfte darin zwar die antisemitische Bewegung, bezeichnete indess die Juden als ein „Element der Dekomposition" und forderte sie auf, ihre „Eigentümlichkeiten" so durchaus abzulegen, dass sie die Religion des deutschen Volkes, das Christentum, annähmen. Also eine tiefe Verbeugung des berühmten Geschichtschreibers vor dem Nationalitätschauvinismus, dem die Israeliten ihre dreitausendjährige Religion opfern sollten! Kein Wunder, dass solche ungeheuerliche Zumutung scharfe Gegenerklärungen von ihrer Seite hervorrief.

Und die preussische Regierung? Sie hob zwar gelegentlich hervor, dass sie die Juden in ihren verfassungsmässigen Rechten schützen werde, aber sie machte doch dem Antisemitismus recht starke Zugeständnisse. Auf ihre Veranlassung lehnte es der Reichstag ab — gegen den Widerspruch des Zentrums — den jüdischen Geistlichen dieselben Vorrechte, wie den christlichen, bei der Ableistung der militärischen Dienstpflicht einzuräumen. Der durchaus reaktionäre Kultusminister von Puttkamer verweigerte die Anstellung jüdischer Gymnasiallehrer. Öffentliche Beleidigungen der Juden durch Flugschriften und Karrikaturen wurden von der Polizei und den Staatsanwälten geduldet, beinahe beschützt. Man wollte eben in den Juden die Liberalen treffen. So bildete sich begreiflicher Weise die Meinung aus, dass die Regierung die Anschauungen der Antisemiten teile und deren Forderungen möglichst zu berücksichtigen gewillt sei.

Die orthodoxe protestantische Geistlichkeit aber übernahm die Rolle, die früher die katholische gespielt hatte. In ihrer Berliner Pastoralkonferenz vom 27. Mai 1880 griff sie die Juden als Feinde des Christentums und des kirchlichen Sinnes an, die sie angeblich durch Presse und Rede, durch ihr Geld und ihren Einfluss bekämpften. Das war eine wesentliche Förderung

des Antisemitismus, der gerade infolge der verschiedenen Gegenwirkungen der liberalen Christen einen um so leidenschaftlicheren Charakter annahm. Er machte sich immer mehr in den studentischen Kreisen geltend. In Berlin, Leipzig, Breslau, Greifswald und an anderen Universitäten bildeten sich „Vereine deutscher Studenten", mit ganz offen antisemitischem Programm. Die Führer der Bewegung aber entwarfen Petitionen an den Reichskanzler, die nicht nur Verhinderung jeder jüdischen Einwanderung, sondern auch gesetzliche Ausschliessung der Juden von allen obrigkeitlichen Ämtern und Befugnissen forderten, sowie eine abnorm hohe Besteuerung von Börse, Bank- und Zeitungswesen als Beschäftigungen, vermittelst deren die Juden das christliche Volk ausbeuteten. Sie begründeten zahlreiche antisemitische Vereine, wie den „Deutschen Volksverein", den „Deutsch-sozialen Reichsverein", mit Filialen an den verschiedenen Orten, in denen und durch die einzelne Matadore sich eine hervorragende Stellung in der Welt zu schaffen hofften.

Mit solchen Veranstaltungen wirkten sie dauernd auf den kleinen Bürger- und den Bauernstand, die sich infolge der schnellen Entwickelung der Macht des Grosskapitals und des Grossgrundbesitzes zum Teil in materiell bedrängter Lage befanden, und denen sie die Juden fälschlicher Weise als die eigentlich Schuldigen schilderten. Die geistig Beschränkten und wenig Gebildeten nahmen diese mit grossem Nachdruck und unter zahlreichen unwahren Behauptungen aufgestellte Lüge als Tatsache an. Vor allem aber wollten die verbündeteten Antisemiten und Konservativen ihre Macht bewähren durch den Sturm auf die Hauptburg des Liberalismus, das „Rote Haus", das Rathaus von Berlin, das „Freisinnigen und Juden" entrissen werden sollte. Es gelang ihnen, in der dritten Wahlabteilung eines Berliner Bezirkes den bisherigen Stadtverordneten-Vorsteher, den Juden Dr. Strassmann, zugunsten eines Antisemiten zu Falle zu bringen. Allerdings wurde er in zwei anderen Bezirken gewählt — aber jenes Ergebnis war doch ein Vorgang, den man in der demokratischen Hauptstadt für unmöglich gehalten hatte. Von Bezirk zu Bezirk wurde mit um so grösserem Eifer und mit Unterstützung durch die hohen wie die niederen Beamten gegen die Juden und die Fortschrittler gewühlt. In dem Lehrer Henrici

gewann der Berliner Antisemitismus einen Agitator von extremster Gesinnung und unverwüstlicher Lungenkraft, der für seine wahnwitzigen Brandreden ein nach Tausenden zählendes Auditorium um sich versammelte, von dem viele nur aus Lust am Skandal kamen, aber doch antisemitisch beeinflusst wieder fortgingen. Die Entsetzung Henricis von seinem Posten an der städtischen Viktoriaschule goss Öl ins Feuer. Immer schlimmer sah es in Berlin aus. Persönliche Beleidigungen von Juden auf offener Strasse, in Restaurationen und Kaffeehäusern waren an der Tagesordnung. Die Juden liessen sich das nicht immer gefallen, und eine der traurigsten Folgen des Antisemitismus waren zahlreiche Duelle, meist mit tötlichem Ausgange für die eine oder andere Partei. In der Neujahrsnacht 1881 beging dann eine Bande von fünfhundert Antisemiten die ernstesten Ruhestörungen.

Gegen dieses wüste demagogische Treiben unternahmen endlich die Liberalen und Sozialdemokraten systematische und dauernde Gegenmassregeln; denn sie sahen ein, dass die Fadenzieher der antisemitischen Bewegung es nicht sowohl auf die Juden wie auf die links stehenden, dem Fürsten Bismarck opponierenden Parteien abgesehen hatten. Es wurden nunmehr abwehrende Flugblätter von Berlin aus versandt, gegen-antisemitische Versammlungen einberufen, die oft dreitausend bis dreitausendfünfhundert Zuhörer anlockten. Die fortschrittlichen Bezirksvereine wurden zur Bekämpfung der Rückschrittler mobil gemacht. Das Entscheidende aber war, dass die Arbeiter gegen Stöckers Lockungen und dessen ganze „Bewegung“ offen Partei nahmen. Sie bissen auf den christlich-sozialen, antisemitischen Köder nicht an. Das Zeichen gab eine von 3500 Arbeitern besuchte Versammlung in den Berliner Reichshallen am 11. Januar 1881, die mit allen gegen zehn Stimmen einen Aufruf an die Arbeiter beschloss, sich gegen den Antisemitismus zu wenden, und nicht nur gegen jede neue Ausnahmegesetzgebung, sondern auch für Aufhebung der schon bestehenden zu wirken. Später, 1893 hat der sozialdemokratische Parteitag eine eingehende Resolution gegen den Antisemitismus angenommen. Wenn — gegen die Absichten der Stöckerianer — grössere Ausschreitungen wider die Juden in den bedeutenderen Städten nicht vorgekommen sind, so ist das vor allem den sozial-

demokratischen Führern, wie Bebel und Liebknecht, zu danken, die alle antisemitischen Regungen unter ihren Parteigenossen mit eiserner Hand niederhielten. Dem gesamten Kapitalismus, nicht nur der Handvoll jüdischer Kapitalisten, galt ihr Kampf, und sie waren durchaus nicht gewillt, sich hierbei in das Garn der Reaktion locken zu lassen. Damit entging den antisemitischen Agitatoren die Truppe, deren sie sich zur Vergewaltigung der Juden zu bedienen gedacht hatten. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten begannen, die antisemitischen Versammlungen gewaltsam zu sprengen.

Die Rückschritte des Antisemitismus in der Hauptstadt bewogen Stöcker und Henrici, die Agitation mehr in die Provinz zu tragen. Sie fanden dabei erneuten Beistand bei den Kollegen Stöckers, den orthodoxen evangelischen Pastoren. Der Divisionsprediger Rocholl brachte bei der Rheinischen Pastoralkonferenz Anträge gegen die Juden und zugunsten des christlichen Staats ein; in gleichem Sinne sprach sich die Thüringische kirchliche Konferenz aus, lauter waschechte Orthodoxe. Pastor Matthes entblödete sich nicht zu sagen: „Die Juden muss man mit eisernen Haken ausrotten“. Die orthodox-evangelische Geistlichkeit trat allerorten, in Versammlungen, Broschüren und sogar auf der Kanzel, eifrig für Aufhebung der Gleichberechtigung der Juden ein. Unter ihrem Segen einigten sich die untereinander streitenden Parteien der Antisemiten zu gemeinsamem Kampfe, in Dresden tagte ein Kongress, sowohl aus dem „Reformverein“ wie von den Christlich-Sozialen beschickt; freilich waren nur vierzehn Mann zugegen.

Endlich brachten die Antisemiten ihre seit Monaten eifrig herumgetragene Petition bei dem Reichskanzler ein. Der Erfolg war allerdings nur ein recht mässiger. Gegenüber einem Bestand von zehn Millionen Wählern hatte die Petition nur eine Viertelmillion Unterschriften gefunden, die überdies mit den bedenklichsten Mitteln zusammen gebracht worden waren, und wegen deren Rechtmässigkeit sehr begründete Zweifel herrschten. Sie erhielt vom Reichskanzleramt eine trockene Empfangsbescheinigung — sonst blieb sie vergeblich.

Aber trotz ihres mangelnden Einflusses auf die Gesetzgebung begannen die steten Bemühungen der Antisemiten auf die Ge-

sinnung auch der gebildeten Kreise nun eine immer verderblichere Wirkung zu üben. Bei den sächsischen Landtagswahlen des Jahres 1880 erhielt der hochverdiente bisherige jüdische Abgeordnete, Rechtsanwalt Emil Lehmann in Dresden, ein Führer des liberalen Judentums, lange Zeit hindurch stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher seiner Heimatstadt, kein Mandat mehr. Überhaupt Offiziere, Beamte, Richter, Lehrer an Universitäten und höheren Schulen fanden es sehr angebracht, dass diesem „fremden" Elemente, dessen Regsamkeit und Intelligenz sie und die Ihrigen persönlich mit scharfer Konkurrenz bedrohte, der Wettbewerb — trotz Gesetz und Verfassung — auf dem Verwaltungswege unmöglich gemacht werde. Die Rassenfrage und der, obwohl gänzlich unbewiesene, so doch gern geglaubte, „zersetzende" Charakter des Judentums gaben den willkommenen Vorwand, solche selbstischen Beweggründe mit einem wissenschaftlichen und ethischen Mäntelchen zu umkleiden. Das öde, jeden Idealismus verhöhnende Strebertum, das durch die Waffenerfolge des preussischen Heeres, durch die grundsatzlose und gewaltsame innere Politik Bismarcks sowie durch sein stetes Berufen an das eigennützige Interesse sich der studierenden und studierten Jugend bemächtigt hatte; die Vorherrschaft des konservativen bigotten Elementes in der Leitung und Verwaltung des Staates; der angebliche Gegensatz des „jüdischen" Liberalismus wider den vergötterten Reichskanzler — alle diese Elemente verstärkten und verbreiteten den Antisemitismus in den gebildeten Klassen und besonders in dem Beamten- und Richtertume. Die Duldung, die die Polizei den wüstesten antisemitischen Hetzereien gewährte, und die zu der äussersten Strenge, die sie gegen jede sozialdemokratische Äusserung entfaltete, in schreiendem Widerspruche stand, ja die offenbare Begünstigung, die Staatsanwaltschaft und Gerichte dem Antisemitismus erwiesen, bezeugten genügsam diese Tatsache. Nahmen doch die Juristen bereits die „allgemein herrschende (antisemitische) Gesinnung" als Milderungsgrund bei antisemitischen Beleidigungen und Gewalttaten an! Sie forderten, dass bei Beleidigungen gegen die Juden oder bei Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen diese den Urhebern das Bewusstsein und die Absicht rechtswidrigen Handelns nachgewiesen werde — was selbstverständlich unmöglich war und mit der Konstruierung eines

dolus eventualis bei Anklagen gegen polnische, freisinnige oder sozialdemokratische Äusserungen einen auffallenden Gegensatz bildete. Beleidigung des Talmud sollte nicht strafbar sein, weil der Talmud nicht von allen Juden als religiös verbindlich anerkannt werde; Beleidigung des heiligen Rocks in Trier wurde als Beleidigung der katholischen Religion bestraft, obwohl viele Katholiken ihn nicht für den richtigen hielten. Das Stärkste aber war wohl, dass ein Berliner Gericht einen Gastwirt, der die ärgsten Verhöhnungen und Beschimpfungen der Juden als Karrikaturbilder in die Schaufenster gehängt hatte, freisprach, weil „das Plakate seien, die nur bezweckten, das Gewerbe des Angeklagten zu fördern". Wehe den Gewerbetreibenden anderer Parteien und Bekenntnisse, die die Konsequenzen derartiger Ansichten hätten ziehen wollen!

Und so ging es weiter mit der „Unparteilichkeit" des damaligen preussischen Richterstandes in dem Kampfe des Antisemitismus gegen Recht, Ehre und Erwerb der jüdischen Staatsbürger. Staatsanwaltschaft und Gerichte entschieden, dass die gegen die Juden als solche ausgesprochenen Beleidigungen sich nicht auf alle Juden bezögen, dass also der einzelne Jude keinen Grund zur Klage habe; anderseits dass keine jüdische Körperschaft das Recht besitze, im Namen der ganzen Judenschaft zu klagen. Diese juristische Zwickmühle liess offenbar die antisemitischen Verläumder der Juden, wenn sie sich nur nicht an einem bestimmten Einzelnen vergriffen, straflos ausgehen. Schon verliessen wohlhabende Juden Berlin und Frankfurt am Main, um im Auslande die Rücksicht und die soziale Gleichberechtigung zu geniessen, deren sie in der Heimat entbehrten. Und jeder neue Tag gab ihnen Recht.

Denn die „herrschende Gesinnung" machte sich bei den unteren Klassen in wildem Aufruhr geltend. Der Pöbel, von höher stehenden Agitatoren aufgehetzt, glaubte bei Misshandlung der Juden straffrei zu bleiben, ja im Sinne und mit Gutheissung der Regierung zu handeln. Besonders im Ostteile der Provinz Brandenburg, sowie in Pommern und Westpreussen, wo der echte Konservatismus zu Hause war, übten die Brandreden Henricis ihre Wirkung, und es kam zu antisemitischen Unruhen. Das Beispiel gab das Städtchen Neustettin, wo in der Nacht vom

17. zum 18. Juli 1881 fünfhundert Mann die Strassen durchtobten, „um die Juden totzuschlagen". Bürgermeister und Polizei, die die Lärmenden zurückzuhalten suchten, wurden misshandelt. Sonst schonte die im Grunde gutmütige Bevölkerung die Person der Juden, warf aber in deren Häusern und Geschäften die Fenster ein, zerstörte die Fassaden und die Möbel, plünderte die Ladenkassen. In der folgenden Nacht wiederholten sich die wüsten Vorgänge. Noch ärgere Exzesse fanden in Hammerstein statt, wo die Synagoge zu dreien Malen beschädigt wurde. Ähnliches ging in Bublitz, Jastrow, Konitz, Falkenburg, Rummelsburg, Lauenburg, Polzin, Pollnow, Baldenburg, Schivelbein vor. In Stolp rotteten sich am 1. September bis zu 2000 Menschen zusammen, die Angriffe auf die Häuser der Juden machten, aber von dem Militär zurückgetrieben wurden. Viele jüdische Familien flüchteten aus Hinterpommern. Auch die Blutbeschuldigung spielte wieder ihre verderbliche Rolle. Alles vollzog sich ganz systematisch, infolge von Aufhetzung durch „bessere" Bürger, die versicherten, dass die Regierung und Bismarck den Aufrührern für ihre Untaten dankbar sein würden. Sogar in der pommerschen Provinzialhauptstadt Stettin versuchte man derartige Pöbelexzesse, die freilich baldigst unterdrückt wurden.

Diese Ereignisse klärten denn doch die Regierung und selbst die besonneneren Elemente unter den Konservativen über den gemeingefährlichen Charakter der antisemitischen Hetze auf. Wenn einmal die gewalttätigen Bestandteile der unteren Volksklassen an Aufruhr und Plünderung Gefallen fanden, mussten sie sich notwendiger Weise bald gegen Recht, Gesetz und Besitz im allgemeinen wenden. Wie sollte man auch Sozialdemokratie und sogar Anarchismus bekämpfen, wenn derart die öffentliche Ordnung verhöhnt und vergewaltigt wurde? Selbst die Kreuzzeitung musste feststellen, dass die wilden Szenen das Werk einiger Hetzer, die Lärmmacher lediglich die Verführten seien. Die Regierung schritt kräftigst ein. Der Minister des Innern erliess eine Verfügung an die Regierungen in Pommern und Westpreussen, in der er die Veranstaltung agitatorischer antisemitischer Vorträge zu verhindern befahl. Die Plünderer wurden in Massen verhaftet und von den Gerichten streng bestraft.

Die Stadtgemeinden mussten ihren geschädigten jüdischen Bürgern vollen Ersatz geben — so die Stadt Schivelbein allein neuntausend Mark. Die offizielle „Provinzialkorrespondenz“ bedrohte die heimlichen Rädelsführer mit scharfer Ahndung. So verschwand wenigstens das Märchen, dass die Regierung derartige Ausschreitungen gegen die Juden gern sehe. Bismarck selber sprach sich einem Privatmanne gegenüber mit Bitterkeit gegen den Antisemitismus aus und gestattete die Veröffentlichung seiner Worte. In dem Ordnungsstaate Preussen durften Greueltaten nicht geduldet werden.

Die gerecht Denkenden unter den Christen wurden mit stärkerem Abscheu gegen die antisemitische Bewegung erfüllt. Ein Professor der evangelischen Theologie in Rostock, Baumgarten, veröffentlichte eine Schrift: „Das Christentum Stöckers“, in der er den Hofprediger als einen Unchristen hinstellte, und hielt Vorträge in dem gleichen Sinne. Auch ein berühmter katholischer Theologe, Stiftpropst von Döllinger in München, sprach sich in einer akademischen Rede auf das schärfste gegen den Antisemitismus aus. Sehr wirksam war dann die auf zweifellosen statistischen Angaben beruhende Widerlegung der von Treitschke aufgebrachten Fabel der Masseneinwanderung östlicher Juden, „hosenverkaufender Jünglinge“, in Deutschland durch die vortreffliche Veröffentlichung des Berliner Arztes Dr. Salomon Neumann: „Die Fabel von der jüdischen Masseneinwanderung.“

Vergebens suchten die „nur theoretisch“ wirkenden Antisemitenführer sich von den Folgen dieser Vorgänge zu erholen, durch Agitation für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Diese fielen nicht in ihrem Sinne aus. Acht Juden zogen wieder in das Parlament ein, darunter so hervorragende Männer, wie der Grossindustrielle Ludwig Löwe, die Politiker Lasker, Bamberger, und Sonnemann, der Sozialpolitiker und Nationalökonom Max Hirsch. Vier jüdische Kandidaten unterlagen, aber nicht gegen Antisemiten sondern gegen andere Fortschrittsmänner oder gegen Sozialdemokraten. Besonders in Berlin, dem Hauptsitze der „Bewegung“, war deren Niederlage eine vollständige, und wütende, von Schmähreden gegen die Juden ertönende Versammlungen konnten daran nichts ändern. Nur Stöcker wurde in Siegen und in Minden gewählt, und zwar nicht wegen seines

Antisemitismus, sondern wegen seiner Verdienste um kirchliche Frömmigkeit und Wohltätigkeit. Im ganzen ergaben die Wahlen eine Stärkung der entschieden Liberalen, eine Schwächung der Konservativen und damit des politischen Antisemitismus. Ein Nachspiel dieser Ereignisse waren die studentischen Wahlen in Berlin und Leipzig, bei denen dieses Mal der „Verein deutscher Studenten" unterlag.

Derartige Schläge entmutigten für einige Zeit die Führer der Berliner „Bewegung". Sie hielten sich einstweilen im Hintergrunde; auch auf dem ersten internationalen Antisemiten-Kongresse in Dresden, der von 300 Teilnehmern besucht war: neben den Deutschen waren da einige Österreicher, Ungarn und Russen. Er beschloss ein „Manifest an die Regierungen und Völker der durch das Judentum gefährdeten christlichen Staaten."

Es übte gar keine Wirkung, und zwar um so weniger, als gerade damals — Ende 1881 und Anfang 1882 — die entsetzlichen Judenverfolgungen in Russland die ganze gebildete Welt gegen den Antisemitismus erregten und eine lebhafte Strömung für Duldung und Menschlichkeit hervorriefen.

Das Beispiel gab das stets für hochherzige humanitäre Regungen empfängliche England, wo Lords, Bischöfe, Politiker, Redakteure mit grossem Nachdruck das Einschreiten Europas gegen die russische Barbarei forderten. Am 2. Januar 1882 fand im Londoner Rathause (Mansion House) unter dem Vorsitze des Lord-Mayor eine überaus zahlreiche, von den Spitzen der englischen Kirche und Gesellschaft gebildete Versammlung statt, die die russischen Greuel scharf missbilligte und von der heimischen Regierung Einschreiten in St. Petersburg verlangte. Ein Fond zugunsten der russischen Juden wurde gestiftet, für den in der Versammlung sofort 300000 Mark gezeichnet wurden. Gleiche Vorgänge ereigneten sich in mehreren grossen britischen Provinzialstädten, wie Manchester und Southampton. Ähnliche Versammlungen in New-York, unter dem Vorsitze des Bürgermeisters dieser Stadt, in New-Orleans, Boston, Philadelphia und an anderen Orten zeigten Nord-Amerika von denselben Empfindungen beseelt. In England missbilligten weiter Regierung und Parlament amtlich die russischen Judenverfolgungen, und die Universitäten Oxford und Cambridge sprachen sich in

demselben Sinne aus. In Frankreich verlangten die tonangebenden Blätter die laute Kundgebung der Nation gegen die russischen Schandtaten und den Anschluss an England zur Verteidigung der Menschlichkeit und Zivilisation. Angesehene Christen in Holland veröffentlichten einen Aufruf zur Bildung eines Fonds für die russischen Juden. In Brüssel trat der erste Bürgermeister Buls an die Spitze des Hilfskomitees. Ebenso wurde in Wien auf Veranlassung christlicher Hochadliger und Notabeln ein Komitee für Beschaffung von Geldmitteln zugunsten der russischen Juden begründet.

Auch das von der ganzen Welt als Heimat des Antisemitismus gekennzeichnete Deutschland blieb bei diesen Entsetzen erregenden Greueln nicht still; trug es doch für deren Vorkommen einen guten Teil der Verantwortung! Wie in Frankfurt, so vereinigten sich in Berlin Bürger aller Bekenntnisse zur Schaffung eines Hifskomitees für die Verfolgten; und dieses Berliner Komitee wurde durch Beschickung seitens der anderen deutschen, sowie der englischen und amerikanischen Veranstaltungen gleicher Art zum Mittelpunkte für die Versorgung der jüdischen Auswanderer aus Russland. Der altjüdische Wohltätigkeitssinn bewährte sich auf das glänzendste; zur Abwehr des Unrechts und zur Linderung des Elends vereinigten sich die Israeliten aller Länder und aller religiösen Schattierungen in rühmlicher Gemeinsamkeit. Die besten christlichen Elemente gewährten ihnen dabei hochherzige Unterstützung.

In Frankreich wollten zwar die offiziellen Kreise die Freundschaft der russischen Regierung, um die sie sich glühend bewarben, nicht durch humanitäre Kungebunden verscherzen. Aber inoffiziell bildete sich ein grosses Hilfskomitee, unter dessen 141 Unterzeichnern sich nur 33 Juden befanden: sein Vorsitzender war der geniale Dichter Victor Hugo. Es ist zu bemerken, dass auch die anderen Regierungen es nicht wagten, in amtlicher Weise gegen das mächtige Zarentum einzuschreiten und ihm Vorstellungen gegen seine grausame Unduldsamkeit zu machen. Aber die öffentliche Meinung aller zivilisierten Länder sprach sich mit um so grösserer Schärfe und Deutlichkeit aus.

Unter dem Eindrucke dieser Vorgänge verhielten die deutschen Antisemiten sich eine Zeit lang still. Sie begnügten sich damit, alle öffentlichen Orte, Restaurationen, Eisenbahnabteile, Badeanstalten mit judenfeindlichen Stempelabdrücken zu verunreinigen oder derartige Zettel an jüdische Geschäfte zu kleben. Die Ultramontanen rückten immer weiter von ihnen ab, und sogar die frühere Vorkämpferin des katholischen Antisemitismus, die „Germania", zeigte eine rührende Vorliebe für die staatlichen Rechte der Juden. Stöcker selber beschäftigte sich ausschliesslich mit der Stärkung der positiven Richtung innerhalb der evangelischen Kirche, ja er wandte sich in seinem Blatte „Der Reichsbote" gegen die demagogisch rohe und leidenschaftliche Weise Henricis und seiner Anhänger. Es war offenbar ein Stichwort von massgebender Stelle ausgegeben worden. Der zweite internationale Antisemitenkongress, der im September 1882 in Dresden tagte, und der ausser von Deutschland nur von Österreich-Ungarn beschickt war, hielt sich auffallend zahm, und Stöcker machte das Eingeständnis: „Wenn es in Deutschland zur Volksabstimmung käme, ob die Semiten oder die Antisemiten ausgetrieben werden sollten, würde diese zweifellos für die Austreibung der Antisemiten ausfallen".

Die erste grosse Sturmperiode des deutschen Antisemitismus war vorüber. Vertrauende Gemüter glaubten schon an dessen baldiges Ende. Wie sehr sollten sie sich über die Macht des Vorurteils, des Eigennutzes und des Nationalitätschauvinismus getäuscht haben!

Einstweilen holten sich zwar die Antisemiten nur neue Niederlagen. Ein Prediger Hapke in Berlin weigerte sich, aus Gewissensbedenken vor einem jüdischen Amtsrichter einen Eid abzulegen. Sein Einwand wurde von dem Gericht zurückgewiesen und der Eidweigerer zu einer Geldstrafe verurteilt. Aber nicht allein Stöcker und die Seinigen nahmen für ihn Partei; auch die Konservativen im Reichstage brachten einen Antrag ein, dass ein jeder nur vor einem Richter seiner Religion einen Eid abzulegen habe. Damit wollte man die Anstellung jüdischer Richter einfach unmöglich machen — und hierauf zielte wohl das ganze Vorgehen Hapkes und seiner Freunde hin. Allein der Antrag kam nicht einmal zur Verhandlung, und Hapke half

sich damit, den Eid vor dem jüdischen Richter mit dessen Genehmigung abzulesen, anstatt ihn auf dessen Vorsprechen nachzusagen. So lächerlich verlief der einzige Vorstoss der Antisemiten, auf gesetzgeberischem Wege die Rechte der Israeliten zu beschränken!

Eine weitere Niederlage erlitten sie bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen, obwohl Stöcker, der Nationalökonom Professor Adolf Wagner und ein Oberlehrer Dr. Irmer nach Kräften wühlten und besonders sich nochmals um die Arbeiter bemühten. Im Oktober 1883 kamen nur fünf Antisemiten durch, unter 121 Erwählten.

In den Provinzen rührte sich der antisemitische Geist nur in dem stets derart gesinnten pommerschen Städtchen Neustettin, als dortige Juden, der Brandstiftung an ihrer eigenen Synagoge angeklagt und zuerst von dem Schwurgerichte in Köslin verurteilt, von dem in Konitz, vor das sie wegen eines Formfehlers des ersten Verfahrens gestellt waren, einstimmig freigesprochen wurden. Am 8. März 1884 fand die Enttäuschung der Antisemiten einen Ausdruck in Misshandlungen der Freigesprochenen, in Schmährufen, Steinwürfen gegen Judenhäuser, Plünderungen und Räubereien. Zur Entschuldigung behaupteten die gerichtlich zur Rechenschaft gezogenen Aufrührer und ihre Freunde, ein jüdischer Kaufmann Flater habe zuerst mit Steinen auf die Menge geworfen — aber die gerichtliche Verhandlung erwies die vollkommene Schuldlosigkeit des Mannes und die Lügenhaftigkeit seiner Ankläger. Die Fortschrittspartei machte diese Vorgänge zum Gegenstande einer Interpellation im preussischen Abgeordnetenhause, um die Regierung abermals zur Stellungnahme gegenüber dem Antisemitismus zu nötigen. Indes so leidenschaftlich erregt sich auch die Debatte gestaltete, die Minister antworteten ausweichend.

In jeder Beziehung zeigte sich sonst das Abflauen des Antisemitismus. Stöckers Versuch, den Antisemitismus nach England zu übertragen, scheiterte kläglich. Der Lord-Mayor von London verweigerte ihm einen Saal im Mansion-House (Rathause); als er dann — 11. November 1883 — im Memorial-Hall redete, wurde ihm durch den Lärm zahlloser Gegner das Sprechen unmöglich gemacht; das waren nur Christen, da die

Juden sich an der Versammlung nicht beteiligt hatten. Daheim, in Deutschland, standen die Reichstagswahlen im Herbst 1884 viel weniger als die von 1881 unter dem Zeichen der „Bewegung". Fünf Juden wurden gewählt, unter ihnen Löwe und Bamberger — Lasker war am 5. Januar 1884 gestorben — sowie von den Sozialdemokraten Singer. Von Antisemiten kamen nur Stöcker und dann der Dresdner Hartwig in das hohe Haus — ein Mann, der später unlauterer Schiebungen im Grundstückhandel überführt wurde.

Die Juden wollten sich mit jenen äusseren Erfolgen nicht begnügen, sondern den Antisemitismus auch innerlich überwinden. Eine Rabbinerversammlung — in Deutschland die fünfte — die im Jahre 1884 vom Berliner Rabbinat nach der Reichshauptstadt einberufen wurde, stellte ein System der israelitischen Sittenlehre in ihrer idealen Grösse auf, und 103 deutsche Rabbiner traten ihrer Erklärung bei. Leider lehnten 35 orthodoxe Rabbiner ihre Beteiligung ab und beeinträchtigten dadurch nach aussen stark die Wirksamkeit der Erklärung. Als erster tatsächlich jüdischer Studentenverein war schon 1882 der Akademische Verein für jüdische Geschichte und Literatur entstanden — ein erfreuliches Zeichen des erwachenden Selbstbewusstseins unter der jüdischen Jugend!

Allein der Antisimitismus war nur geschwächt, nicht tot. Am heftigsten unter allen deutschen Staaten ist die antisemitische Gesinnung stets in Sachsen gewesen. Die sächsische Regierung selber machte aus ihrer dementsprechenden Richtung kein Hehl. An der Universität Leipzig wurde kein Jude angestellt, auch wenn er wissenschaftlich noch so bedeutend war und sein Wegzug der sächsischen Hochschule noch so sehr zum Schaden gereichte. Die akademischen Vereine an dieser Anstalt schlossen immer mehr die jüdischen Kommilitonen aus. Tausend Leipziger Studenten beteiligten sich im November 1885 an einem Kommers zu Ehren Stöckers.

So zeigte es sich, dass im Stillen die antisemitische Gesinnung fortwucherte. Desto mehr bemühten sich auch in Preussen die Führer der „Bewegung", äusserlich ihren Einfluss wieder zur Geltung zu bringen. Sie reisten unaufhörlich, hetzend und verleumdend, in den Provinzen umher. Besonders in der

westfälischen Stadt Witten errichtete der Agitator Dr. König ein Hauptquartier für einen andauernden Feldzug gegen die Juden. Die Feier des siebzigsten Geburtstags Bismarcks am 1. April 1885 wurde an vielen Orten — selbst in Süddeutschland — Anlass nicht nur zu antiliberalen sondern auch zu antisemitischen Veranstaltungen. Sogar die Erklärung eines Gerichtshofes in einem Beleidigungsprozesse Stöckers, dass dieser einen Meineid geleistet habe, schlug den „modernen Luther" nicht nieder. Er brauchte auch trotz dieser Brandmarkung den Mut nicht zu verlieren, denn so war der in der damaligen Staatsleitung Preussens herrschende Geist, dass der überführte Hofprediger weder vom Staatsanwalt verfolgt noch selbst seiner Stellung bei Hofe entsetzt wurde — was sogar streng konservative Zeitungen als selbstverständlich gefordert hatten. Bismarck wollte den Mann als wirksames Werkzeug im Kampfe gegen den verhassten Liberalismus nicht verlieren. Die orthodoxe Pastoralkonferenz aber tröstete den teuren Bruder: „Der Herr wird die Wunde, die Sie davon getragen, selbst heilen". Gott als Beschützer des Meineids! Man sammelte 60000 Mark, um ihn finanziell zu stützen. Diese Vorgänge bilden ein hässliches Blatt in der Geschichte einer Partei, die Religion und Sittlichkeit an die Spitze ihres Programms gesetzt hatte.

Bei den Landtagswahlen im Herbste 1885 gewannen die Antisemiten neue Kraft, indem sie sich gegen den Fortschritt mit Konservativen und Nationalliberalen verbündeten. Dadurch kamen der Katholik Cremer und der Protestant Stöcker in das Abgeordnetenhaus — letzterer allerdings mit nur einer Stimme Mehrheit in Bielefeld. Aber unter den Konservativen, die nicht weniger als 140 Abgeordnete zählten, waren viele von antisemitischer Gesinnung. Die Fortschritte, die diese im stillen bei der fortdauernden Hetzarbeit gemacht hatte, zeigte sich darin, dass nur ein einziger Jude — Ludwig Löwe — in das Haus gelangte. Der Antisemitismus, der draussen weniger hervortrat, war doch im Volke so weit verbreitet, dass bei keiner Wahl zum Land- oder Reichstage, mit Ausnahme der wenigen altbewährten Politiker, ein Jude mehr als Kanditat aufgestellt wurde; auch die Fortschrittspartei wagte dies nicht mehr, um ihre ohnehin geringzähligen Mandate nicht zu verlieren. Nur

die Sozialdemokratie wählte noch Juden, aber diese waren es lediglich dem Namen nach, keine gläubigen oder tätigen Bekenner ihrer angestammten Religion. Was half es, dass sich die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einen Streit mit den Antisemitenführern verwickelte? dass Stöcker diese sogar als „Judenblatt“ bezeichnete und sich bitter über die angebliche Gegnerschaft der Regierung „in seinem dreifachen Kampfe gegen Fortschritt, Judentum und Sozialdemokratie“ beklagte? Das waren alles Spiegelfechtereien. Im Grunde gab die Regierung den Antisemiten recht, indem sie keine Juden mehr anstellte oder beförderte, und die Konservativen schwelgten mehr denn je in Feindschaft gegen die wehrlosen Juden.

Solche sprach sich auch fortgesetzt in dem aus diesen Kreisen hervorgegangenem Beamtentume aus. Die Gerichte verurteilten die Beleidiger von Juden nur zu unbedeutenden Geldstrafen, „weil der Beleidiger von antisemitischer Gesinnung sei und die Auswüchse des Judentums zu geisseln sich zur Aufgabe gemacht habe“. Selbst tätliche Misshandlungen von Juden hatten nur geringfügige Geldbussen zur Folge. Die Gerichte trugen also der offenbarsten Gehässigkeit Rechnung, das heisst, sie erklärten die Juden an ihrem Leibe und in ihrer Ehre für vogelfrei. Noch viele Jahre lang dauerte die Begünstigung Stöckers und der Antisemiten überhaupt durch Gerichte und Polizei, wofür zahlreiche Beispiele anzuführen wären.

Auch die Verwaltungsbehörden traten immer offener mit einer Gesetz und Verfassung verhöhnenden Feindschaft gegen die Juden hervor. In Hessen-Darmstadt wurden Jüdinnen „vorläufig“ von dem öffentlichen Schuldienste ausgeschlossen, ohne jede Begründung; dort konnten auch jüdische Assessoren keine Anstellung im Justizdienste mehr erhalten. Dasselbe fand in Mecklenburg statt. Allmählich verschlossen sich in den meisten deutschen Staaten die Verwaltungs-, Justiz-, Lehr- und Offizierkarrieren tatsächlich denjenigen Juden, die nicht weitherzig genug waren, sich den Zugang zu ihnen durch einen äusserlichen Glaubenswechsel, durch das Heucheln einer Überzeugung zu erkaufen, die sie in Wahrheit nicht besassen. So waren die „Sittlichkeit“, das „praktische Christentum“ beschaffen, für deren Förderung die Staatsregierungen zu kämpfen behaupteten. Was

sie dem ehrenhaften Juden versagten, das gewährten sie dem gewissenlosen Streber. Und wie Gerechtigkeit, Gesetzlichkeit und Wahrheit, so wurde auch die Menschlichkeit bei der Behandlung der Juden von den höchsten Stellen des Staates aus verleugnet. Die unglücklichen jüdischen Flüchtlinge aus Russland, selbst die besten, arbeitsamsten und sogar die besitzenden, wurden grundsätzlich als „lästige Ausländer“ ausgewiesen, nur weil sie Juden waren — eine Praxis, die zugleich eine schwere Beleidigung ihrer deutschen Glaubensgenossen ausmachte.

Deutsche Professoren fuhren fort, den Antisemitismus in ein „wissenschaftliches System“ zu bringen und damit zu dessen Gunsten die Gebildeten zu beeinflussen. Zu Treitschke und Adolf Wagner gesellte sich 1886 der hoch angesehene Orientalist Paul de Lagarde in seinen „Deutschen Schriften“. Der Idealismus, der sich in ihnen aussprach, tüchtige wissenschaftliche Kenntnisse, eine aufrichtige, wenn auch keineswegs kirchliche Religiosität, ein glänzender, scharf pointierter Stil machten sie um so eindrucksvoller. Lagarde war dabei aber ein schroffer Individualist und von chauvinistischem Nationalitätsgefühl erfüllt. So wurde er ein eifriger Gegner alles speziell jüdischen Wesens; er forderte, noch nachdrücklicher als Mommsen, das völlige Aufgehen der Juden in das Deutschtum oder ihr gänzliches Ausscheiden aus Staat und Volk. Dem entsprachen spätere Schriften: „Juden und Indogermanen“ und „Purim, ein Beitrag zur Geschichte der Religion“ (1887), sowie scharfe Angriffe auf jüdische Gelehrte, besonders Leopold Zunz. Der Wiener Orientalist Professor Adolf Wahrmundt schilderte in seiner Abhandlung „Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenschaft“ (1887) die zeitgenössischen Juden gar als echte Nachkommen der räuberischen Nomaden, die sich plündernd auf das angesessene, arbeitende Ariertum stürzen.

Die demagogischen Elemente des Antisemitismus gingen daneben auf ihre Weise vor. Während der vielfach angefeindete Stöcker einstweilen mehr im Hintergrunde blieb, übernahmen Liebermann von Sonnenberg, ein ehemaliger Offizier, der die „Deutsch-soziale Partei“ leitete, und der Hesse Böckel, der die „Antisemitische Volkspartei“ begründete, die Führung. Beide stritten sich untereinander, waren aber einig in den leidenschaft-

lichsten Angriffen auf das Judentum. Böckel stiftete in Berlin den „Deutschen Antisemitenbund" und feierte in dessen Namen „Antisemitische Volksfeste", bei denen die Militärkapellen mitwirkten, die bei Veranstaltungen der Freisinnigen, ja sogar bei Begräbnissen allgemein geehrter freisinniger Ehrenmänner nicht spielen durften. In Hessen rief Böckel gleichfalls einen „Antisemitischen Volksverein" ins Leben, zu dessen Versammlungen ausländische Agitatoren, wie Schönerer in Wien, eingeladen wurden. Diese volkstümlichen Antisemiten waren viel folgerichtiger als die Regierungen: denn sie huldigten dem Dogma des Rassengegensatzes, erklärten deshalb, keinen Unterschied zwischen getauften und ungetauften Juden anzuerkennen, und schlossen auch erstere von ihren Vereinen aus. Dass Böckel und Liebermann von Sonnenberg im Februar 1887 mit Stöcker als einzige Antisemiten in den Reichstag gewählt wurden, unterstützte sie bedeutend in ihrem Kampfe. So wurde der während mehrerer Jahre erloschene „Radau-Antisemitismus" kräftiglich erneuert. Eine grosse Anzahl von Zeitungen, Witzblättern, Korrespondenzen, Karrikaturen erschien, die in Verhöhnung und Verleumdung der Juden Unerhörtes leisteten, von Polizei und Gericht durchaus geschont. Es wurde schlimmer als vor 1884.

Stöcker war durch den Mitbewerb der „wilden" Antisemiten nicht wenig erzürnt. Aber auch seine Gestirn war wieder im Aufsteigen. Der zukünftige Kronerbe, Prinz Wilhelm, dessen Thronbesteigung durch die schwere Erkrankung seines Vaters, des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, bedeutend näher gerückt war, veranstaltete bei dem frommen Generalstabschef Grafen Waldersee am 28. November 1887 eine Versammlung, an der hohe Beamte, angesehene Geistliche und Abgeordnete — auch aus der nationalliberalen Partei — teilnahmen, und in der er zur Unterstützung der religiösen Bestrebungen der unter der Leitung Stöckers stehenden Stadtmission aufforderte. Einen eigentlich politischen Charakter trug die Versammlung nicht, noch weniger einen speziell antisemitischen, aber sie musste doch das Ansehen und den Einfluss Stöckers bedeutend stärken und schien ein scharfes Licht auf die nächste Zukunft zu werfen. Der Hofprediger begann sofort wieder Versammlungen abzuhalten, in denen er einerseits Böckel bekämpfte, anderseits aber triumphierend

ausrief: „Der Antisemitismus ist im Vorschreiten begriffen“, und „die Juden zittern vor mir“ — letzteres eine lächerliche Behauptung, die jedoch von dem neu erwachten Selbstvertrauen des „Gottesstreiters“ Zeugnis ablegt.

Nur neunundneunzig Tage, vom März bis zum Juni 1888, dauerte die Herrschaft des schwer kranken Kaisers Friedrich III. Alle seine öffentlichen Kundgebungen trugen den Stempel seines hohen und freien Geistes, seiner unparteiischen Güte für seine Untertanen aller Bekenntnisse. Trotz des Widerstandes des Fürsten Bismarck beseitigte er den Hort der Reaktion und des Stöckertums, den Minister von Puttkamer; seine Absicht, Stöcker selbst vom Hofpredigeramte zu entfernen, scheiterte an dem offenen Widerstreben des Reichskanzlers. Wenigstens durfte jener nicht vor dem Kaiser amtieren. Die „königstreuen“ Antisemiten demonstrierten deshalb gegen den kranken Herrscher in Versammlungen, wo Beamten- und Studententum reichlich vertreten war. In gröberer Weise tat das Gleiche der Böckelsche Antisemitenbund. Flugschriften, die auf den Strassen unbehindert verbreitet werden durften, wiesen auf den künftigen Kaiser Wilhelm II. als eine Geissel der Juden hin, und solches verkündeten auch die antisemitischen Blätter. Sie erhofften von der neuen Herrschaft das goldene Zeitalter des Hasses und der Verfolgung.

Sie wurden darin freilich enttäuscht. Der junge Kaiser begann seine Regierung, indem er „allen Religionsbekenntnissen“ seinen königlichen Schutz verhiess. Eine Erklärung und Bekräftigung dieser Zusage wurde bald durch einen persönlichen Vertrauten Wilhelms II., den freikonservativen Grafen Douglas, gegeben, der in einer Rede an seine Wähler darlegte, wie der Kaiser nur die religiösen und humanitären Bestrebungen Stöckers begünstige, sonst aber dessen extremen politischen und konfessionellen Anschauungen keineswegs beipflichte und am wenigsten den Antisemitismus billige. Er sei vielmehr der Meinung, dass die Preussen jüdischen Glaubens ebenso gut seine Untertanen seien, wie die christlicher Religion.

Diese Kundgebung von massgebender Stelle brachte einen grossen Eindruck hervor. Die Konservativen verzichteten, trotz „Kreuzzeitung“ und „Grenzboten“, als offizielle Partei auf

die Forderung der gesetzgeberischen Beseitigung der Gleichberechtigung der Juden — es genügte ihnen, sie tatsächlich unberücksichtigt zu lassen und durch stete Schmähungen die Juden weit und breit verhasst zu machen. Der Kunstgriff war und blieb, diese als Angreifer, als Feinde des Christentums und des deutschen Wesens hinzustellen, deren kecke Offensive abzuwehren jeder echte Deutsche und Christ in seinem Gewissen verpflichtet sei. Das ganze öffentliche und private Leben wurde von Grund aus vergiftet. Die Aera der Duelle zwischen gekränkten Juden und ihren Beleidigern eröffnete sich von neuem.

Das war die Lage der Israeliten in Deutschland bei dem Regierungsantritte Kaiser Wilhelms II. Der Monarch unparteiisch, aber im Herzen den Pietisten geneigt. Die Gefahr einer gesetzgeberischen Beeinträchtigung der Juden beseitigt; aber im ganzen das christliche Volk durch die unablässige Hetzarbeit gegen die Juden im hohen Masse eingenommen. Die höheren und massgebenden Klassen, im Namen des Nationalismus, diesen feindlich. Der Eintritt der Juden in Staatsämter erschwert, zum Teile unmöglich gemacht. Daneben ein roher Radau-Antisemitismus in Wort und Schrift, der dem ganzen Judentum und jedem seiner Bekenner die schwersten Kränkungen zufügte, dem einzelnen oft die Existenz unerträglich, ja durch geschäftlichen und gesellschaftlichen Boykott unmöglich machte. Die kleine jüdische Minderheit war von dem sozialen Leben des deutschen Volkes so gut wie völlig ausgeschlossen — für sie immerhin ein schwerer Verlust!

Einige Zeit lang blieb der radikale Antisemitismus nach seiner Verleugnung durch den Herrscher still. Ja, die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wandte sich im Beginn des Jahres 1889 sogar gegen Stöcker, und endlich wurde dieser von dem evangelischen Ober-Kirchenrat vor die Wahl gestellt, ob er das Hofprediger-Amt aufgeben oder auf seine demagogischen Hetzereien, die dessen unwürdig seien, verzichten wolle. Er wählte das letztere und zog sich von der Agitation zurück. Sein Genosse im Streit, Dr. Förster, wurde seiner Stellung als Lehrer tatsächlich enthoben und wanderte grollend nach dem südamerikanischen Staate Paraguay aus, um dort der deutschen Kolonisation zu dienen. Anderseits machte es allerorten einen

vortrefflichen Eindruck, als der „Deutsch-israelitische Gemeindebund“ als der Vertreter aller deutschen Juden in deren Namen „Grundsätze der jüdischen Sittenlehre“ veröffentlichte, die abermals den hohen und unantastbaren Wert der israelitischen Moral überzeugend für jeden Unbefangenen darlegten.

Allein es waren zu viele Unruhige und Ehrgeizige an der Fortdauer der „Bewegung“ interessiert, als dass diese lange hätte feiern dürfen. Im Juni 1889 eröffneten „Germania“ und „Kreuzzeitung“ im schönen Vereine einen neuen Feldzug gegen die angebliche Weltherrschaft der Juden. Die radikalen Antisemiten schlossen auf ihrem Kongresse in Bochum, am 11. Juni 1889, im Gegensatze zu Stöckers Christlich-Sozialen, sich in der umfassenden Deutsch-sozialen Partei zusammen: Rassen- gegen konfessionellen Antisemitismus. Ihr Programm rief zum Kampfe gegen die „Judengefahr“ auf; die Juden sollten sämtlicher staatlicher und kommunaler Ehrenrechte und Ämter beraubt und vom Heere ausgeschlossen werden. Man wollte also nicht nur hinter die Verfassung, sondern auch hinter das Gesetz von 1812 wieder zurückgehen. Ganz auf dem linken Flügel standen Böckel und sein damaliger Genosse Liebermann von Sonnenberg. Sie wollten weder das Christentum noch soziale Fragen mit dem Antisemitismus verbinden, der ihnen der alleinige Zweck war; und so nannten sie sich die „reinen Antisemiten“.

Selbst die Jugend sollte durch diese wüsten Hetzereien befleckt werden. Die Vorsteherinnen mehrerer höherer Privat-Töchterschulen in Berlin verweigerten die Aufnahme jüdischer Schülerinnen; und als die städtische Schuldeputation sie zur Rücknahme dieser Anordnung zwingen wollte, fanden sie Halt und Stütze bei dem königlichen Provinzialschulkollegium.

Und doch konnte der politische Antisemitismus nicht solche Erfolge erringen, wie der soziale. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin, im November 1889, unterlag er von neuem, trotz der Unterstützung, die ihm nicht nur die Konservativen, sondern, aus Hass gegen die Fortschrittspartei, auch die Nationalliberalen gewährten. Und nicht besser schnitt er bei den im Beginne des Jahres 1890 stattfindenden Reichstagswahlen ab.

Die vier Antisemiten, die bei diesen allein aus der Urne hervorgingen, kamen aus dem Grossherzogtum und der Provinz

Hessen. Hier hatte die antisemitische Gesinnung sich besonders stark unter der ländlichen Bevölkerung verbreitet, und zwar aus allgemeinen ökonomischen Gründen. Die Juden waren dort bis zum Jahre 1866 in sehr gedrückter Lage gewesen und hatten sich vornehmlich dem Vieh- und Kleinhandel auf dem flachen Lande widmen müssen. Der ländliche Kleinbesitz war aber durch die Zeitverhältnisse sehr in Rückgang gekommen und dadurch den Juden stark verschuldet. Begreiflicher Weise, wenn auch fälschlich, schob man deshalb das Missliche der Umstände den Juden in die Schuhe, indem man Ursache und Wirkung verwechselte. Denn immer sollen einzelne an den grossen Übeln schuld sein. Es half wenig, dass der aufrichtig liberal gesinnte, durchaus aufgeklärte Grossherzog Ludwig IV. von Hessen, auf die Klagen einer Deputation aus den wichtigeren jüdischen Gemeinden seines Landes, am 29. Oktober 1890 eine Kundgebung erliess, in der er seine ernstliche Missbilligung und sein Bedauern aussprach wegen der „gehässigen, von aussen hineingetragenen Anfeindungen seiner israelitischen Untertanen". Er konnte damit nicht einmal seine eigenen Minister beeinflussen, die dem Antisemitismus damit huldigten, dass sie die Juden von allen Staatsämtern ausschlossen.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1890 lebten die antisemitischen Angriffe auf Judentum und Juden mit erneuter Heftigkeit auf. Gerade der Mangel an dauernden politischen Erfolgen liess die Hetzer die Arbeit auf das soziale und wirtschaftliche Gebiet übertragen. Indem man hier die Stellung der Juden untergrub, Geringschätzung und Hass gegen sie immer mehr steigerte und verbreitete, konnte man auch auf politischen Boden für die Zukunft bessere Ergebnisse erhoffen. Denn wenn erst der Gesinnungsantisemitismus allgemein und gewissermassen selbstverständlich geworden, mussten solche den Antisemiten von selbst in den Schoss fallen. Die Rechnung war richtig, wie sich das ja später in ziemlichem Umfange bewährt hat, durch das Anwachsen der antisemitischen Fraktion im Reichstage.

Stöcker musste Ende 1890, auf den persönlichen Entschluss Kaiser Wilhelms II. hin, doch seine Entlassung als Hofprediger nehmen, allerdings nicht wegen seines Antisemitismus, sondern wegen seines anmassenden Auftretens gegenüber der kaiserlichen

Familie. Der Verpflichtung durch das Amt ledig, trat er wieder in die Agitation ein, mit um so grösserem Erfolg, als ihn jetzt die Aureole des Märtyrers umgab. Und neben ihm erschien der echte, schmutzige Demagoge auf der Wahlstatt: der Berliner Schulrektor Ahlwardt. Aus trübseliger materieller Lage suchte er Rettung im Antisemitismus der gröbsten Art, von dem er klingenden Lohn erwartete. Er veröffentlichte ein überaus heftiges und unwahres Buch: „Der Verzweiflungskampf der Arier mit dem Judentum", das eben wegen seiner unreinen Leidenschaftlichkeit die weiteste Verbreitung fand. Als Ahlwardt wegen Untreue im Amte einer Disziplinaruntersuchung verfiel, die seine Entlassung zur Folge hatte, wurde er von seinen Anhängern — gerade wie Stöcker — als Märtyrer gefeiert. Seine Kampfesweise fand zahlreiche Nachfolger. In jeder Art, durch Flugschriften, die in den Strassen ausgerufen wurden, durch die an Gebäuden und Eisenbahnwagen angeklebten Zettel und Marken, durch Anschläge an den Littfasssäulen ward Hohn und Hass gegen die Juden gepredigt, die sich allerorten beleidigt und gekränkt sahen. Unaufhörlich rief man antisemitische Volksversammlungen zusammen, bei denen Tausende, des Skandals froh, gern Eintrittsgelder zugunsten der Veranstalter zahlten. Die Verurteilung einiger der ärgsten Schimpfer zu Geldstrafen blieb bei der hohen Einträglichkeit des Geschäftes wirkungslos. In Thüringen trat ein eigener Antisemitenbund ins Leben, der die im Grunde gutmütige und freidenkende Bevölkerung tief durchseuchte. Auch nach der Provinz Hannover, nach Hamburg, Stuttgart und vielen andern Orten wurde diese mit den niedrigsten Mitteln arbeitende Agitation verpflanzt. Böckel und Liebermann von Sonnenberg, die in den Reichstag gewählt wurden, brachten sie auch in diese hohe Körperschaft; freilich hatte ihr rohes Poltern hier keinen Erfolg, aber sie wirkten dadurch auf Hunderttausende von Lesern. Die Antisemiten behandelten Judentum und Juden, als ob diese vogelfrei seien, denn sie meinten Gerichte und Polizei auf ihrer Seite zu haben. Der damals veröffentlichte „Antisemiten-Katechismus", der in zahlreichen Auflagen erschien, lehrte solche Kampfesweise ganz ohne Scheu.

Der sittliche Unwert dieser Hetzer wurde durch die entehrenden gerichtlichen Verurteilungen gekennzeichnet, denen

überaus viele von ihnen wegen gemeiner und ehrenrühriger Verbrechen verfielen, aber das Gift, das sie ausgestreut, ging nichts desto weniger im Gemüte des Volkes auf. Es war vergebens, dass die gerichtlichen Verhandlungen nachwiesen, dass die meisten und rührigsten der Antisemiten-Häuptlinge verbrecherische Naturen waren, die von Ehrgeiz und, noch mehr, von Gewinnsucht beseelt ihr Handwerk trieben. Man pries sie noch als edle Dulder für die nationale Sache, wie Karl Paasch, der gegen einen deutschen Gesandten und die höchsten Beamten des Auswärtigen Amtes als von den Juden bestochen die schamlosesten Verleumdungen aussprach und deshalb angeklagt wurde, aber endlich als wahnsinnig und deshalb unverantwortlich der Strafe entging. Es war auch vergebens, dass man den Antisemiten nachwies, dass die von ihnen gebrachten angeblichen „Aktenstücke", die die Verschwörung der Juden gegen die Christenheit beweisen sollten, gefälscht oder ganz erlogen waren; dass die Antisemiten gewohnheitsmässig christliche Lumpen und Verbrecher kurzweg zu „Juden" stempelten — das blieb alles unbeachtet.

Die neue Hochflut des Antisemitismus trug Spaltung und Hass in alle Kreise. Es bildeten sich „nationale" Turnvereine, die ausser den Juden auch die „Judensprösslinge", d. h. die getauften Juden und deren Nachkommen, ausschlossen. Die Studentenschaft an der Technischen Hochschule in Charlottenburg verlangte von dem Rektor Reuleaux und, als dieser sie kurzerhand abwies, von dem Kultusminister die Zurückweisung aller auswärtigen jüdischen Studierenden — freilich hatten sie damit auch bei dem Minister kein Glück. Der „Verein deutscher Studenten" in Berlin war schamlos genug, gegen die Feier des siebzigsten Geburtstages des weltberühmten Gelehrten Rudolf Virchow zu agitieren, wegen seines Freisinns und seiner gerechten Haltung auch den Juden gegenüber.

Das Schlimmste war, dass die Antisemiten tatsächlich auf die Zustimmung vieler staatlichen Behörden zählen konnten. Der Präsident des Oberlandesgerichts der Provinz Schlesien in Breslau erliess im Mai 1891 an die Landgerichtspräsidenten seines Bezirkes eine Verfügung: Es habe sich gezeigt, dass in wiederholten Fällen Geschworene israelitischen Bekenntnisses nicht

diejenige Entschlossenheit und Festigkeit bei Ausübung des Geschworenenamtes gezeigt hätten, die zu verlangen sei. Im Interesse der Justizverwaltung und der Rechtspflege sei darauf Bedacht zu nehmen, ungeeignete jüdische Elemente von dem Hineingelangen in die Geschworenenliste auszuschliessen, selbstverständlich ohne grundsätzliche Zurückweisung der Israeliten.

Diese letztere Klausel war offenbar nur eine formale Vorbeugung vor dem Gesetze; im Grunde bedeutete der Erlass die völlige Beseitigung der schlesischen Israeliten aus dem Geschworenendienste. Die Verfügung war dabei völlig gegenstandslos, da die Beratung und Abstimmung der Geschworenen geheim ist, man also von der speziellen Haltung jüdischer Geschworenen gar nichts wissen kann. Aus diesen Gründen sprach der preussische Justizminister amtlich seine Missbilligung des Erlasses aus. Allein die richterlichen Organe Schlesiens, deren Beförderung von dem Oberlandesgerichtspräsidenten abhängt, wussten doch, in welcher Weise sie zu verfahren hätten, um dessen Gunst nicht einzubüssen; und überhaupt, dessen amtliche Verunglimpfung der jüdischen Geschworenen musste bei der ohnehin herrschenden Stimmung den verderblichsten Eindruck hervorbringen. An vielen Orten in Norddeutschland kam kein Jude mehr auf die Geschworenen- oder auch nur die Schöffenliste.

Die Lehren der antisemitischen Führer, man müsse das Vermögen der Juden konfiszieren, „natürlich auf gesetzlichem Wege“, wie sie zur Deckung ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit hinzusetzten, fielen bei gewaltsamen Naturen auf fruchtbaren Boden. In Berlin selbst durchraste im Februar 1889 eine Rotte von 4—500 Burschen unter Führung eines „Arbeiters“ Rohde die Strassen des Südostens, um mit dem Ruf „Juden raus“ Geschäftslokale zu verwüsten und zu plündern. Gerichtlich wurde dann die Zugehörigkeit dieser Verbrecher zur antisemitischen Partei nachgewiesen.

Vielfach mussten die Lehrer erst amtlich ermahnt werden, nicht in der Schule den Kindern den Antisemitismus einzuprägen — welche Bildner der Jugend!

Bei den preussischen Abgeordnetenwahlen, die ja mit öffentlicher Abstimmung vorgenommen werden und deshalb zu kontrollieren sind, stellte es sich heraus, dass die Beamten aller

Klassen, von den höchsten bis zu den untersten, sowie die pensionierten Offiziere — die aktiven besitzen kein Wahlrecht — zum ganz überwiegenden Teile für die Antisemiten stimmten. Man wird nicht fehlgehen, diese Haltung von Elementen, deren pekuniäre Lage meist ihren gesellschaftlichen Ansprüchen durchaus nicht angemessen war, in erster Linie dem Neid gegen den vermeintlichen Reichtum der jüdischen Geschäftsleute zuzuschreiben.

Allen diesen traurigen Erscheinungen gegenüber machte sich denn doch in zahlreichen Kreisen der deutschen Höchstgebildeten der alte Idealismus, die alte bürgerliche Freiheitsliebe geltend, verbunden mit dem Ekel vor den greulichen Entartungen der antisemitischen Demagogie. Sie wollten deren Bekämpfung nicht allein der Sozialdemokratie überlassen. Im Januar 1891 erschien, von fünfhundert der führenden Männer in Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Industrie und Handel unterzeichnet ein Aufruf zur Bildung eines Vereins zur Abwehr des Antisemitismus. Bald traten ihm in allen Teilen Deutschlands zahlreiche hervorragende Mitglieder sämtlicher Berufsklassen und Parteien — auch der konservativen — bei, so dass er schon nach einem Jahre deren zwölftausend zählte. Der berühmte Staatsrechtslehrer Rudolf von Gneist wurde sein Vorsitzender. Und es blieb nicht bloss bei papiernen Demonstrationen. In Berlin und in Frankfurt am Main errichtete er Bureaus, die zahlreiche Flugschriften herausgaben und gewandte Redner aussandten, die durch Auftreten in öffentlichen Versammlungen der antisemitischen Agitation wirksam entgegenarbeiteten. Diese Abwehrbewegung zog immer weitere Kreise. Ein so hochangesehener Rechtslehrer, wie Geheimer Justizrat Professor Berner in Berlin, trat in einem Vortrage „Christentum und Judentum und ihre Zukunft“ mit warmer Anerkennung für den hohen philosophischen und ethischen Wert des Judentums ein, das als einziger Verkünder des reinen Monotheismus noch bis zu dessen endlichem Siege in der Menschheit fortdauern müsse. Der edle religiös-ethische Schwärmer Oberst von Egidy verfocht in zahlreichen und gut besuchten Versammlungen eifrigst und beredt die Sache der Menschlichkeit und Glaubensfreiheit. Solche Hilfe von berufenen und hochgeachteten Männern tröstete einigermassen die schwer gekränkten Juden und flösste ihnen neuen Mut ein,

während sie wenigstens in den Kreisen der gebildeten Christen dem Einfluss der Antisemiten ein Gegengericht bereitete.

Allein da trat ein Zwischenfall ein, der, von den Antisemitenführern mit gewohnter Gewissenlosigkeit ausgebeutet, die Leidenschaften zumal in den untern Volksklassen gewaltig erregte.

Das Märchen vom Ritualmord, das seit einigen Jahren in Ungarn und Böhmen viel Unheil angerichtet und besonders in dem Falle von Tisza-Esslar die beklagenswertesten Folgen gezeitigt hatte, wurde auch nach dem angeblich mit seiner Volksbildung an der Spitze Europas marschierenden Deutschland übertragen. Auch hier hielt man es für möglich, dass die Juden oder doch eine fanatische Sekte unter ihnen christliche Kinder töteten, um deren Blut zu religiösen Opfern zu geniessen. Am streng katholischen Unterrhein, in Xanten, wurde am 29. Juni 1891 die Leiche eines fünfjährigen Knaben gefunden, dem der Hals völlig durchschnitten war. Sofort klagten die Antisemiten die Juden des „Schächtschnittes", des Ritualmords an dem Knaben an; als Täter wurde besonders der Schächter Adolf Buschoff bezeichnet, obwohl er sich bisher des besten Leumundes erfreut hatte. Man musste eben einen Juden finden, und da hatte man ihn — so gross ist die Macht der Suggestion in den Massen! Das Geschrei gegen Buschoff wurde so laut und so allgemein, dass die Behörden sich davon beeinflussen liessen und ihn sowie seine Angehörigen im Oktober 1891 in Untersuchungshaft nahmen. Es konnte ihnen indes nicht das mindeste nachgewiesen werden, und deshalb erfolgte gegen Jahresschluss ihre Entlassung. Diese Enttäuschung flösste den Antisemiten die grösste Wut ein; sie wollten sich das Opfer, das ihren Anklagen gegen die Juden einen so starken Boden verleihen sollte, nicht entgehen lassen und entfesselten eine wilde Agitation, in der sie die richterlichen und Verwaltungsbehörden beschuldigten, sich bei der Leitung des Verfahrens jüdischem Einflusse gebeugt zu haben. Ja, ihre Vertreter im Abgeordnetenhaus formulierten dort diese Bezichtigung am 7. Februar 1892 in einer Interpellation, und Stöcker war schamlos genug, sie offen gegen Juden, Judentum und Richterstand auszusprechen. Justizminister von Schelling und der Minister des Innern Herrfurth nahmen selbstverständlich die Unparteilichkeit und Pflichttreue der ihnen unterstellten Beamten

in Schutz. Aber der Eindruck der antisemitischen Beschuldigungen war doch so gross und allgemein, dass Buschoff alsbald von neuem verhaftet und dem Schwurgerichte überwiesen wurde. Elf Tage dauerten vor diesem die Verhandlungen, vom 4. bis zum 14. Juli 1892. Es stellte sich im klaren Lichte der Öffentlichkeit heraus, dass alle Anklagen gegen den Schächter auf leerem Geschwätze beruhten und mit den erwiesenen Tatsachen in unversöhnlichem Widerspruche standen. Die Medizinalbehörden sagten einstimmig aus, dass von Blutentziehung und also von Ritualmord bei dem getöteten Knaben nicht die Rede sein, dass ferner die Tat nicht von einem gelernten Schächter vollzogen sein könne. Der gelehrte Strassburger Orientalist Nöldeke bezeugte, dass im Talmud vom Ritualmord nicht das Mindeste enthalten sei. Der Staatsanwalt selber beantragte also die Freisprechung Buschoffs, die von den Geschworenen einstimmig ausgesprochen wurde. Selbstverständlich fügten die Antisemiten sich diesem Urteil nicht, und sie konnten ihre lügnerischen Behauptungen um so eher erneuern, als durch die von ihnen angegebene falsche Fährte die Spuren des wahren Täters längst verwischt waren und der Mörder nie entdeckt worden ist. Buschoff und viele andere Israeliten mussten vor der erregten Stimmung der Xantener Bevölkerung aus der Stadt weichen. Noch viele Monate lang dauerte infolge dieses Prozesses die antisemitische Erregung am Niederrhein, bis der Weihbischof von Köln, Dr. Fischer, dort gegen die Unduldsamkeit und die falschen Anklagen in ebenso schöner wie wirksamer Weise predigte und damit die katholische Geistlichkeit wider das antisemitische Lügengewebe in Bewegung brachte. Seitdem verschwand der Spuk binnen kurzem. Ein wissenschaftliches Nachwort gab der Berliner Theologie-Professor Hermann Strack in seinem Buche „Der Blutaberglaube bei Christen und Juden“ (1891), das die Entstehung dieser Lüge, die sich zuerst gegen die Christen wandte, von Beginn an schilderte.

Die Keckheit, mit der die Antisemiten bei Gelegenheit der Xantener Vorfälle wieder die Volksleidenschaften aufgestachelt und unmittelbar die königlichen Behörden angegriffen hatten, zwang endlich die preussische Regierung, offen mit jenen zu brechen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung beschuldigte

am 17. April 1892 den Antisemitismus als unkonservativ im höchsten Grade, als demagogisch und noch weniger berechtigt denn selbst die Sozialdemokratie. Das war freilich der schlimmste Vorwurf, den ein offiziöses preussisches Blatt einer Partei machen konnte. — Zur selben Zeit sprach sich auch der Herzog von Anhalt missbilligend über diese Richtung aus; eine antisemitische Volksversammlung wurde in Dessau polizeilich verboten.

Nur eine deutsche Regierung blieb noch dem Antisemitismus freundlich: die königlich sächsische. Ein Kammerherr, v. Friesen, hatte sich in ihrem Lande längst zum Vorkämpfer der staatsbürgerlichen Entrechtung der Juden gemacht. Die offizielle „Leipziger Zeitung" stiess in dasselbe Horn, wie dieser Hofwürdenträger. Als die Regierung hierüber in der sächsischen Abgeordnetenkammer interpelliert wurde, gab Staatsminister von Metzsch eine sehr gewundene Antwort, die, mit einigen Einschränkungen, auf eine Anerkennung des Antisemitismus hinauslief.

Allein sonst war offener Krieg zwischen diesem und den Regierungen. Der wüsteste der antisemitischen Propheten, Ahlwardt, veröffentlichte eine Broschüre „Judenflinten", in der er die Löwesche Fabrik beschuldigte, mit Konnivenz des Kriegsministeriums dem preussischen Heere minderwertige Gewehre zu liefern. Die Behauptung war durchaus unwahr. Der Präses der königlichen Gewehrablieferungskommission erklärte. „Die von der Löweschen Fabrik gelieferten Gewehre haben in jeder Beziehung den an sie gestellten Anforderungen entsprochen. Unter den 425000 Löweschen Gewehren ist nur bei einem einzigen der Lauf gesprungen." Die Verleumdungen hatte Ahlwardt aus den Aussagen dreier wegen gemeiner Verbrechen aus der Löweschen Fabrik entfernter Arbeiter Gans, Strack und Scherf geschöpft. Aber das alles verschlug ihm und seinen Freunden nichts. Die „Judenflinten" sowie andere Schandschriften ähnlichen Inhalts wurden öffentlich, ohne dass die Polizei einschritt, in den Strassen der grossen Städte ausgerufen und feilgeboten. Allein die Regierung konnte die immer schamloseren Angriffe der Antisemiten auf ihre eigene Unbescholtenheit nicht länger dulden. Auf eine Vorstellung des Vorstandes der jüdischen Gemeinde in Berlin gegen diese öffentlichen Verunglimpfungen

versprach ihm Minister Herrfurth den Schutz der Regierung innerhalb der gesetzlichen Grenzen und verbot die öffentliche Anpreisung der antisemitischen Schmutzliteratur. Der Berliner Magistrat untersagte die antisemitischen Plakate an den Littfasssäulen. Die „Judenflinten" wurden, nachdem sie freilich in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet waren, im Mai 1892 mit Beschlag belegt, gegen Ahlwardt ein Verleumdungsprozess begonnen und er selber verhaftet. Er ist dann zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das offizielle Organ der konservativen Partei, die „Konservative Korrespondenz", musste sich zu einer Absage an die demagogische Antisemitische Volkspartei entschliessen. Selbst Stöcker erklärte sich in einer Versammlung am 21. Oktober 1892 in der Berliner „Tonhalle" gegen den lauten Radau-Antisemitismus. Im Reichstage erweckten die ehrenrührerischen Anklagen Ahlwardts gegen Behörden und hochangesehene Abgeordnete — Beschuldigungen, die er in keiner Weise zu beweisen vermochte — einen Sturm des Unwillens bei allen Parteien, auch bei den Konservativen, und der „Rektor aller Deutschen" wurde von den verschiedensten Seiten für einen jämmerlichen Verleumder erklärt, der der schlimmsten Niedertracht überführt sei. Noch niemals war im hohen Hause ein Mitglied so einstimmig und vollständig gerichtet worden. Aber die Verwilderung war bereits so weit gediehen, dass Regierung, Parlament, Magistrate, Gerichte, Parteivorstände ihr nicht mehr Halt gebieten konnten. Zu lange hatte man ihr Vorschub geleistet. Ahlwardt ward durch seine Verurteilung nur um so volkstümlicher, zählte nur um so fanatischere Anhänger. Der wüste Krieg gegen die Juden tobte überall in Norddeutschland, bedrohte deren Ehre und soziale Stellung und sogar, zumal in den kleineren Städten, ihre materielle Existenz. Dergleichen war seit den Hepp-Hepp-Krawallen siebzig Jahre früher nicht dagewesen. In der Weihnachtszeit 1892 wurden allerorten Zettel verteilt und Marken angeheftet mit der Inschrift: „Kauft nicht bei Juden!" Die persönliche Verhöhnung und Misshandlung einzelner Juden durch antisemitische Raufbolde, unter denen sich oft auch sogenannte Gebildete befanden, war an der Tagesordnung. Ebenso die Ausschliessung von Israeliten aus geselligen und sportlichen Vereinen, ja von öffentlichen und

privaten Anstellungen. Viele Badeorte, besonders an der Ost und Nordsee, wiesen den Besuch jüdischer Gäste geradezu zurück. Selbst vor der Majestät und dem Schmerze des Todes machte der Antisemitismus nicht halt: jüdische Leichenbegängnisse wurden verspottet, jüdische Friedhöfe von Bubenhand geschändet. Jüdische Häuser wurden mit Unflat beschmutzt, schmutzige Postkarten — natürlich anonym — an Juden abgesandt. Die Schaufenster vieler Buchhandlungen und Papierläden strotzten von Karrikaturen und Schmähschriften auf die Juden. Kurz, diese schienen von der schmutzigen Flut erstickt werden zu sollen. Die warnende Stimme Gustav Freytags, dieses echt deutschen Dichters und Schriftstellers, der im Mai 1893 den Antisemitismus als „eine Erkrankung des deutschen Volksgemütes“ bezeichnete, verhallte ungehört.

Es stellte sich auch bald heraus, wie wenig aufrichtig die Absage der Konservativen an die Antisemiten gewesen war. Bei den im Herbst 1892 stattfindenden Reichstagswahlen verwarf das Programm jener Partei nur die „Ausschreitungen“ des Antisemitismus, nicht aber seine Grundsätze; und die Wahl des pöbelhaften, gerichtlich wegen Verleumdung des Kriegsministeriums verurteilten Ahlwardt in dem brandenburgischen Bezirke Arnswalde-Friedeberg kam nur mit Hilfe der Konservativen zustande. So heuchlerisch war deren Absage auch nur an die „Ausschreitungen“ des Antisemitismus! Vergebens tadelte der Reichskanzler von Caprivi am 11. Dezember 1892 im Reichstage auf das schärfste den Antisemitismus und dessen konservative Helfer: „Es ist mir unmöglich zu verstehen, wie patriotische Männer solche Dinge mitmachen.“ Die „Kreuzzeitung“ bestritt kühl den Standpunkt des leitenden Staatsmanns und forderte grundsätzlich die Rücknahme der Gleichstellung der Juden. Mit grosser Bestimmtheit ging der konservative Parteitag des folgenden Jahres in das antisemitische Lager über, indem er selbst die Verwerfung der „Ausschreitungen“, auf Antrag des Rechtsanwalts Klasing aus Bielefeld, mit allen gegen sieben Stimmen ablehnte. Die Konservativen liehen dementsprechend im Reichs- und Landtage der an Zahl zu schwachen antisemitischen Fraktion die notwendige Unterstützung, damit diese die „Judenfrage“ möglichst oft zur Verhandlung an einer Stelle

bringe, von wo sie im ganzen Reiche gehört wurde und ihre Lügen und Verleumdungen ohne Furcht vor dem Strafrichter verbreiten durfte.

Es soll nicht vergessen werden, dass die sogenannten Konservativen Preussens sich hier zu Mitschuldigen wüster Pöbelexzesse machten und in dem Kampf der Barbarei gegen Duldung und Aufklärung für die Barbarei Partei ergriffen. Und dann klagten sie die Juden an, weil diese Gegner des Konservatismus seien!

Ebenso verbündete dieser sich mit den Antisemiten bei den preussischen Landtagswahlen im Oktober 1893. Der Judenhass in Preussen war aber so weit gediehen, dass auch die „Nationalliberale Korrespondenz" die wenigstens teilweise Berechtigung der antisemitischen Behauptungen anerkannte. In Sachsen waren die Amtsblätter die hauptsächlichsten Förderer des Antisemitismus. Die Gefahr wuchs unaufhörlich, nicht nur für die Gleichberechtigung, die ja in Wahrheit nur mehr auf dem Papiere stand, sondern auch für das Dasein der Juden in Deutschland. Auf dem Norddeutschen Antisemitentage, der in Berlin am 18. September 1893 von tausend Personen besucht war, forderte man den Staat auf, das jüdische Kapital einfach zu konfiszieren, da es ja nur aus Raub am deutschen Volke hervorgegangen sei.

Der Sturm wehte immer heftiger durch das ganze Reich. Bei den Landtagswahlen in Sachsen erhielten die „Deutsch-Sozialen" vier Sitze; bei denen in Hessen die Antisemiten drei. Es zeigte sich die betrübende Tatsache, dass bei Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie nicht nur Nationalliberale, sondern auch die Fortschrittler dem Antisemiten ihre Stimme gaben. Selbst in dem liberalen Musterlande Baden hatten es die Antisemiten bei den letztverflossenen Reichstagswahlen auf 7500 Stimmen gebracht.

Und die Juden selber, was taten sie zur Abwehr gegen die Beschimpfung ihrer Religion, die Verdächtigung ihrer Ehrenhaftigkeit, die Bestreitung ihrer staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit?

Man darf es kühnlich sagen, die deutschen Juden haben sich als tapfere und feste Männer bewährt. Der Sturm bricht den schwachen Baum, den starken kräftigt er und macht ihn widerstandsfähiger. Das Judentum bewies hier abermals, dass es

ein lebenserfüllter, zäher Stamm war, wie es ein solcher durch die drei Jahrtausende gewesen. Wohl fielen schwache Herzen, unsittliche Gemüter, eitle oder gierige Streber von der bedrohten Sache ab — allein die Masse der Juden hielt um so fester zu ihrer uralten Gemeinschaft, schaarte sich um so mutiger um das gefährdete Banner. Sogar Tausende von bisher Gleichgültigen und Lauen wurden sich ihrer Eigenschaft als Juden bewusst und traten mit Entschiedenheit, ja mit Begeisterung für Religion und Glaubensgenossenschaft in den Kampf. Der Antisemitismus hat zwar die Entwickelung der religiösen Reform innerhalb der deutschen Judenheit zurückgedrängt, ist aber sonst — gegen seinen Willen — ein Element ihrer Wiederbelebung, Einigung und inneren Kräftigung geworden.

Sie liess es nicht allein auf ihre Verteidigung durch christliche Freiheitsfreunde ankommen, sondern legte selber Hand ans Werk. Nachdem sich schon früher in Berlin ein mit bedeutenden Geldmitteln ausgestattetes jüdisches Abwehrkomitee gebildet hatte, das im Stillen gegen die Agitation der Antisemiten wirkte, wurde im Mai 1893 der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ begründet, der „durch Wort und Schrift, durch öffentliche Versammlungen und Vorträge den einzelnen mit den Waffen auszurüsten beabsichtigt, die ihn befähigen, den aufgedrungenen Kampf im Geiste der Wahrheit zu bestehen, damit an der Besserung nach innen und aussen alle mitarbeiten, die aus der Not der Zeit die Pflicht der Selbstverteidigung erkannt haben — im Lichte der Öffentlichkeit“. Der „Zentralverein“ hat seine Aufgaben wacker erfüllt, zumal nachdem — einige Jahre später — Rechtsanwalt Dr. Maximilian Horwitz seine Führung übernommen hatte. Ein Rechtsschutzbureau wurde eingesetzt, eine Zeitschrift „Im deutschen Reich“ herausgegeben, die dem Zwecke des Vereins grosse Dienste leistete, eine erhebliche öffentliche Propaganda veranstaltet, die Zweigvereine in allen Teilen Deutschlands entstehen liess. Jedes einem Juden angetane Unrecht wurde den betreffenden Behörden vorgetragen, mit der Aufforderung um gesetzmässige Abstellung oder auch mit Verfolgung der Angelegenheit vor Gericht, nötigenfalls durch alle Instanzen. Damit erhielt die antisemitische Keckheit allmählich eine recht empfindliche Abdämpfung.

Mit rein geistigen Waffen kämpften die jüdischen Geistlichen, bei denen vor der gemeinsamen Gefahr endlich die innere Zwietracht verstummte. Von den 250 deutschen Rabbinern erliessen 220, aus dem orthodoxen wie aus dem reformfreundlichen Lager, in rühmlicher Einigkeit eine Erklärung, die die Grundlagen der jüdischen Religion auf Bibel und Talmud beschränkte, jede Geheimlehre abwies, die hauptsächlichen Vorschriften der israelitischen Moral kurz aber schlagend entwickelte. Sie brachte einen sehr guten Eindruck hervor, sogar im Auslande, auch in russischen Kreisen. Der mutige und unermüdliche Verteidiger der Juden in den Parlamenten, Heinrich Rickert, konnte sich alsbald im Abgeordnetenhause auf die überzeugende Kundgebung der Rabbiner berufen.

Freilich, wer nicht überzeugt werden wollte, dem war mit den einleuchtendsten Gründen nicht beizukommen. Damals sonderte sich von den „Deutschsozialen" Liebermanns von Sonnenberg die „Deutsche Reformpartei" schärferer, demokratischer Tonart unter Führung Böckels. Bei den Reichstagswahlen im Juni 1893 stimmte nur wenig mehr als eine viertel Million für die Antisemiten, und diese erlangten bei den Hauptwahlen nur drei Mandate. Aber in den Stichwahlen standen ihnen doch alle bürgerlichen Parteien, sogar die Freisinnigen, gegen die Sozialdemokraten bei und verhalfen ihnen damals zu weiteren zehn Sitzen, besonders in Sachsen und Hessen — weit mehr als die Antisemiten jemals gehabt; und die Mehrzahl dieser Sitze gehörte der radikalen deutschen Reformpartei. Schlechter schnitten sie bei den Landtagswahlen einige Monate später ab. Der Widerwille der gebildeten Klassen, die hier den Ausschlag geben, gegen den Radau-Antisemitismus schadete hier der ganzen Sache. Es wurden nur drei christliche Soziale, kein einziger „reiner" Antisemit gewählt. Aber was half das im Grunde den Juden, da die Konservativen im Reichstag und im Abgeordnetenhause ausserordentlich zahlreich waren und diese nur in den Mitteln gemässigte und deshalb um so gefährlichere Antisemiten darstellten! Gingen sie doch soweit, in ihrem offiziellen „Konservativen Handbuch" den Boykott aller jüdischen Geschäfte zu empfehlen, selbst solcher, deren Inhaber „sich in ihrem bürgerlichen und geschäftlichen Leben nichts zuschulden kommen

liessen.“ Sie haben es also geradezu auf die wirtschaftliche Vernichtung der Juden abgesehen. Diese bösartige Empfehlung wirkt noch bis auf den heutigen Tag, zumal in kleineren Orten, und sogar in denjenigen Provinzen des preussischen Staates, wo es ausser den jüdischen nur polnische Geschäfte gibt. Der konservative Beamte kauft da lieber bei dem polnischen Nationalfeinde als bei dem Juden, der stets für das Deutschtum in jenen Gegenden eingetreten ist. Der rechte Flügel der Konservativen, der „Bund der Landwirte“, beschloss im Februar 1894, keinen Juden als Mitglied aufzunehmen. Einige Jahre später (1900) stellte er als sein Programm auf: den Juden müsse die Verwaltungslaufbahn und der Richterstand verschlossen bleiben: zur Rechtsanwaltschaft seien sie zuzulassen, aber nur in einer Anzahl, die ihrem Prozentsatze in der Bevölkerung entspreche. Und alles dies in striktem Gegensatze zu Verfassung und Gesetz.

Unter diesen bedrohlichen Umständen war es ein Glück, dass im katholischen Zentrum, das in den Parlamenten den Konservativen an Zahl der Mitglieder am nächsten kam, der Geist Windhorsts in dessen Nachfolger bei der Parteileitung, Lieber, mächtig blieb und damit auf die ganze Fraktion einwirkte. Lieber sprach im Jahre 1899 als seinen Grundsatz aus: „Die Emanzipation der Juden ist eine geschichtliche Tatsache, damit rechnen wir und lassen auch an ihren religiösen Gebräuchen nicht rühren.“ So äusserte gleichfalls der katholische Kölnische Abgeordnete Dr. Bachem auf eine Hetzrede Liebermann von Sonnenbergs im Reichstage sich in schöner Weise: „Wir bedauern es im höchsten Masse, dass in einem solchen Geiste hier geredet werden darf, der in schroffer Weise mit den Grundsätzen der christlichen Liebe im Widerspruche steht“. In Westfalen und am Rhein bekämpften deren Führer — Schorlemer-Alst und Orterer — aufs lebhafteste, auch im Namen der Religion, den Antisemitismus, den sie mit der Sozialdemokratie auf gleiche Stufe stellten. Damit machte das Zentrum einigermassen die Schuld wieder gut, die es durch die ursprüngliche Anfachung des Antisemitismus auf sich geladen hatte. Auch die mächtige Sozialdemokratie fuhr fort, diesem im privaten und öffentlichen Leben, zumal in Versammlungen, kräftig entgegenzuarbeiten. Selbstverständlich tat dies ebenfalls der Freisinn, der freilich an

äusserem Einfluss und an innerer Festigkeit viel eingebüsst hatte.

Von so mannigfachen Seiten angegriffen, suchten die Antisemiten sich durch Einigung zu kräftigen. Auf ihrem Eisenacher Parteitage, im Oktober 1894, fanden sie sich zu einer „Deutschsozialen Reformpartei" zusammen, unter dem Vorsitz Liebermann von Sonnenbergs und des Sachsen Zimmermann. Nur den Ex-Rektor Ahlwardt wagte die neue Partei, die sich als „streng monarchisch" bezeichnete, doch nicht aufzunehmen; er sollte lediglich als Hospitant gelten.

Die neuen Deutsch-Sozialen Reformer brachten im Dezember 1894 im Reichstag den dreifachen Antrag ein: das Schächten zu untersagen, die konfessionelle Eidesformel vor Gericht wieder einzuführen und die Einwanderung ausländischer Juden zu verbieten. Dieser letzteren Forderung schlossen sich die Konservativen an. Aber es kam von allem dem nichts zu Stande.

Eine bedeutende Ermutigung musste es dagegen für die Antisemiten sein, dass der höchste Gerichtshof Deutschlands, das Reichsgericht in Leipzig, alle Verleumdungen gegen Einrichtungen der israelitischen Religion beharrlich als nur gegen die nicht gesetzlich geschützte jüdische Rasse und nicht gegen die Religion gerichtet bezeichnete — eine für den Nichtjuristen unerklärliche Auffassung, die aber selbstverständlich auch von den unteren Gerichtsinstanzen befolgt wurde und damit das Höchste und Heiligste, was der Jude besass, seine Religion, nun ebenso wehr- und schutzlos machte, wie es die Ehre und das Interesse des einzelnen Juden schon waren. In der Tat, eine traurige Folge des Antisemitismus, dass die höchsten Richter des Reiches sich unbewusst von dieser Empfindung zu offenbarer Rechtsverweigerung bestimmen liessen — noch schlimmer und ethisch verderblicher als die ärgsten Missetaten der Radaubrüder. Denn wo gibt es dann noch Recht und Gerechtigkeit auf Erden?

In Verfolgung dieses Standpunktes fand das Berliner Landgericht I im Februar 1896 auch in der Behauptung eines Antisemiten, dass der Judengott die Verwendung von Christenblut bei den Ostergebräuchen erheische, keine Beleidigung der jüdischen Religion; um so weniger, als die Frage des Ritualmordes eine offene sei und der Angeklagte den Kampf gegen

das Judentum als eine sittliche Pflicht betrachte. Dieses eigentümliche Urteil sprach denn doch die Ächtung des Judentums als einer unsittlichen, ja mörderischen Religion allzu offen aus. Endlich schritt das Reichsgericht ein, hob das Urteil auf und verwies die Angelegenheit vor das Berliner Landgericht II. Dieses verurteilte dann den Angeklagten zu der scharfen Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Der Ausspruch dieses Gerichtshofes wirkte befreiend auf die deutschen Juden. Immerhin war nunmehr ein Rechtsboden gewonnen, wo eine der nichtswürdigsten Verleumdungen, die bisher gegen eine Religion und deren gesammte Bekenner von jedem Antisemiten ausgesprengt und einer urteilslosen Menge vorgeredet werden konnte, zur Rechenschaft gezogen zu werden vermochte.

Allmählich kam der laute Antisemitismus, der so gar nichts Positives zu schaffen und nur zu verleumden und zu hetzen imstande war, in Misskredit. Die persönliche Unwürdigkeit vieler seiner Führer, wie sie sich in den Verurteilungen eines Hammerstein, Sedlyczek und Paasch, eines Hartwig, Leuss und Ahlwardt und zahlreicher anderer wegen gemeiner Verbrechen deutlich kundgab, hat schliesslich die anständigen und besseren Menschen seiner Partei entfremdet. Der immer wieder ausbrechende innere Zwist dieser Sekte, deren einzelne, aufeinander eifersüchtige Leiter sich wechselseitig mit Kot bewarfen, musste recht abstossend wirken. Ehemalige Antisemiten, wie Wilhelm Marr, verliessen die Partei mit lautem Eingeständnis ihres Irrtums. Bei den badischen und selbst bei den sächsischen Landtagswahlen des Herbstes 1895 fielen die deutschsozialen Kandidaten sämtlich durch. In Preussen brachten die Landtagswahlen des November 1895 zum ersten Male wieder seit langen Jahren zwei Juden in dieses Haus; sie betätigten ihr warmes Herz für die Sache ihrer Glaubensgenossen mehrfach in den parlamentarischen Verhandlungen.

Auch Kaiser Wilhelm II., den die Antisemiten einst für sich in Anspruch genommen hatten, erklärte sich in bestimmten Worten gegen diese Richtung. „Politische Pastoren“, schrieb er am 28. Februar 1896 an einen vertrauten Diplomaten, mit namentlicher Hinweisung auf Stöcker, „sind ein Unding. Wer

Christ ist, der ist auch »sozial«; christlich-sozial ist Unsinn und führt zur Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum zuwiderlaufend". So sprach der Kaiser ganz im Geiste seines edlen Vaters.

Seit dem Jahre 1895 flaute offenbar der laute Antisemitismus zum zweiten Male ab, er ging an seiner eigenen Roheit und Leere zu Grunde. Das Geld wurde knapp in der Parteikasse, die Zeitungen gingen ein, Versammlungen wurden seltener gehalten, Volksfeste nicht mehr gefeiert. Bei den Reichstagswahlen im Juni 1898 verloren die Antisemiten fünf Sitze und 40000 Wahlstimmen. Selbst bisher ausgesprochen antisemitische Organe, wie die „Grenzboten", sagten sich von ihnen los. Aber das seit zwei Jahrzehnten so oft und nachdrücklich gepredigte Vorurteil, als seien die Juden ein dem deutschen Wesen fremdes, dem deutschen Volkstum und Staat schädliches Element, hatte sich tief in den Gemütern festgesetzt und überdauerte den wilden Lärm. Das Gefühl des Hasses, das immer nur in gewalttätigen und rohen Naturen auf die Dauer wirkt, machte der stillen aber um so festeren und mit Gründen gar nicht zu widerlegenden Abneigung Platz. Der Deputiertenkonvent der deutschen Burschenschaften empfahl diesen, keinen Juden mehr aufzunehmen — und alle trugen dem Rechnung, mit Ausnahme der Burschenschaft „Franconia" in Bonn. Der Protest der „alten Herren" hatte gegen die Unduldsamkeit der Jugend keinen Erfolg. Und so ging es auf allen Gebieten. Überall ausgeschlossen und verdrängt, verfielen die Juden der Vereinsamung. Mit einer gewissen Berechtigung für weite Kreise konnte ein hervorragender Führer der Konservativen sagen: „Im Grunde ist jeder anständige Mensch Antisemit." Die „Akademischen Blätter", das Organ der „Vereine deutscher Studenten", schrieben: „Bei dem Misserfolge des offen politischen Antisemitismus ist es um so mehr unsere Pflicht, die Augen offen und das Feuer warm zu halten, damit der immer weiter sich verbreitende gesellschaftliche und sonstige politisch latente Antisemitismus rüstig fortschreite, bis er stark genug ist, auch politisch die Entscheidungsschlacht zu schlagen."

Die Tragödie hatte dann ein Satyrspiel: ein verrückter schlesischer Adliger, ein Graf Pückler auf Klein-Tschirne, begann einen grotesken Kreuzzug gegen die Juden, zumal in Berlin.

Er predigte dort die Vernichtung aller Juden, „der roten Manasse“, und rief dazu seine „lieben Kerls“, die Sozialdemokraten, auf — selbstverständlich fruchtlos. Zwar die Regierung tat ihre Pflicht: der tolle Graf, der auch sonst allerlei Gewalttätigkeiten beging und deshalb „der Dreschgraf“ zubenannt wurde, ward seines Postens als Amtsvorsteher entsetzt, und seine Versammlungen wurden meist von der Polizei aufgelöst. Aber die Richter zeigten wieder die Frucht der antisemitischen Erziehung in den Vereinen deutscher Studenten: während sie Sozialdemokraten gegenüber jeden Versuch der Klassenaufhetzung streng bestraften, erklärten sie die Aufforderungen des edlen Grafen zum Totschlagen der Juden für „nur bildlich gemeint“ und sprachen ihn wiederholt frei.

Ein Seitenstück zu der Pücklergeschichte war es, wenn in Süddeutschland — am Rhein und in Franken — eifrig das Märchen verbreitet wurde, dass die Juden nach ausdrücklicher Vorschrift des Talmuds diejenigen Fleischteile der Schlachttiere, die ihnen rituell verboten seien, vor dem Verkaufe an Christen besudelten. Ein auch sonst als sozialer und kunstgeschichtlicher Schriftsteller bewährter katholischer Geistlicher, Dr. Johannes Zanger in Ebrach, widerlegte in einem 1900 erschienenen Werke: „Steht im Talmud etwas über Fleisch- und Fettbesudelung?“ diese nichtswürdige antisemitische Verleumdung, die viele israelitische Fleischer schwer geschädigt hat.

Viel schlimmer jedoch war, dass die Lüge des Ritualmordes — wie einst in Xanten — auch in Norddeutschland auflebte und in Geistern und Gemütern arge Verheerung anrichtete. Sie liess den kaum abgestorbenen Radau-Antisemitismus wieder erstarken und führte zu den schlimmsten Ausschreitungen.

Eigentlich war sie in diesem Jahrzehnt nie ganz verschwunden gewesen, auch nicht in dem auf seine Volksbildung stolzen Deutschland. Sobald ein christliches Kind auf einige Stunden nicht zu finden war, erhob sich der Ruf: „Die Juden haben es geschlachtet“. So 1894 in Berent und Skurz in Westpreussen, so in Königshütte, (Oberschlesien), in Übermatzhofen (Bayern) und an anderen Orten. Aber allerwärts hatte sich durch das Wiedererscheinen des unversehrten Kindes die Unwahrheit der Beschuldigung baldigst herausgestellt. Anders sollte es sich

in dem westpreussischen Orte Konitz verhalten, in einer schon längst vom Antisemitismus durchseuchten Gegend.

Am 11. März 1900 verschwand ein wegen seiner vorzeitigen Liederlichkeit verrufener Konitzer Gymnasiast Ernst Winter; fünf Wochen später fand man an verschiedenen Stellen Teile seiner kunstgerecht zerstückelten Leiche. Der Verdacht wandte sich zuerst gegen den christlichen Fleischer Hoffmann, mit dessen Tochter Ernst Winter intime Beziehungen gehabt und dessen Familie wiederholt Drohungen gegen ihn geäussert hatte. Hoffmann wurde verhaftet. Aber alsbald — am 9. Mai — gab die Berliner antisemitische „Staatsbürgerzeitung" die Parole aus, dass die Tat von Juden verübt sei. Ein wahres Fieber bemächtigte sich darauf der Konitzer Bevölkerung, die sofort in ihren Aussagen Hoffmann zu entlasten, die Juden zu bezichtigen bestrebt war. Der jüdische Fleischer Israelski wurde gleichfalls verhaftet und fünf Monate hindurch im Gefängnisse gehalten, bis seine Schuldlosigkeit sich als zweifellos herausstellte. Aber auch Hoffmann wurde freigesprochen und als Märtyrer der Juden gefeiert; selbst die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden von Konitz gaben durch Taten und Worten deutlich ihre Meinung kund, dass es sich hier um einen jüdischen Ritualmord handle. Um so lauter stimmten nun sämtliche antisemitische und selbst konservative Blätter in diese Anklage ein. Pückler, Liebermann von Sonnenberg und der pommersche Pastor Krösel begannen auf Grund dieser Beschuldigung einen Feldzug zur Vernichtung der Juden. Krösel wurde später wegen unsittlichen Lebenswandels seines geistlichen Amtes entsetzt, trotzdem im Jahre 1903 in den Reichstag gewählt. Es machte keinen Eindruck, dass die Juden den Behörden fünftausend Mark zur Ermittelung des Mörders zur Verfügung stellten.

Die erregten Leidenschaften machten sich in Gewalttaten Luft. In Vandsburg wurden sämtlichen Juden sowie dem Bürgermeister, der sich gegen die Blutlüge ausgesprochen hatte, die Fenster eingeworfen. In Stolp musste gegen die Ruhestörer Militär einschreiten. In Rummelsburg und Czersk kam es gleichfalls zu argen Exzessen. Besonders in Konitz selbst nahmen die Ruhestörungen einen so ernsten Charakter an, dass ein Bataillon Infanterie dahin entsandt werden musste, das mit ge-

fälltem Bajonett die Strassen säuberte. Zahlreiche Verurteilungen fanden statt, aber sie fielen sehr milde aus, während die Juden, die in der begreiflichen Erregung Christen beleidigt oder auch nur sich gegen antisemitische Angriffe zur Wehr gesetzt hatten, strenge Strafen erhielten. Überhaupt war die Meinung, dass eine fanatische Sekte unter den Juden tatsächlich den Ritualmord ausübe, auch unter den Gebildetsten und Höchststehenden verbreitet; sogar die Minister der Justiz und des Innern liessen in amtlichen Erklärungen die Frage in auffallender Weise unentschieden.

Angeklagte Juden, auch die schuldlosesten, waren in Westpreussen und Pommern sicher verurteilt zu werden. Ein angesehener Israelit aus Tuchel, Jakob Jacoby, der so gewissenhaft war, dass er, selbst wenn das Recht zweifellos auf seiner Seite stand, dem gerichtlichen Eid verweigert hatte, wurde, trotz bester Leumundszeugnisse, von den Konitzer Geschworenen auf Grund verdächtigster Aussagen des Meineids schuldig gesprochen und zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Noch schlimmer erging es dem Fleischer Moritz Lewy aus Konitz. Er wurde zuerst auf die Anklage eines gewissen Masloff hin des Mordes an Ernst Winter angeschuldigt. Masloffs Aussagen erwiesen sich als unwahr, und er erlitt für seinen Meineid eine Strafe von achtzehn Monaten Zuchthaus. Aber nun wurde behauptet, die Zeugenaussage Lewys in letzterem Prozesse, er habe Winter gar nicht gekannt, sei gleichfalls unwahr, und dafür diktierte man ihm zwei Jahre Zuchthaus (Februar 1901), von denen ihm nachher der Kaiser auf dem Gnadenwege $1^1/_2$ Jahre erliess. Er und sein Vater mussten selbstverständlich Konitz, wo ihr Geschäft unmöglich geworden war, verlassen; auch viele andere Juden mieden den Ort zum grossen Schaden der Stadt, die überdies die Kosten für die langwierige militärische Besatzung zu tragen hatte.

Die Wendung der Konitzer Morduntersuchung gegen die schuldlosen Juden und die dem entsprechende Stimmung der Bevölkerung haben das Auffinden des wahren Mörders, der offenbar aus Eifersucht oder Rache gehandelt hatte, verhindert. So ist der Fall nie aufgeklärt worden. Das Einzige was festgestellt werden konnte, war, dass es sich keinenfalls um einen Ritualmord gehandelt hatte. Das Königliche Medizinalkollegium

in Danzig stellte am 7. September 1901 fest, dass Winters Tod durch einen Schlag und nicht durch Durchschneidung der Kehle erfolgt war; und das höchste medizinische Kollegium der Monarchie, die Wissenschaftliche Deputation für Medizinalwesen in Berlin, bestätigte am 15. Januar 1902 diese Tatsache. —

Die deutschen Juden setzten sich gegen die Ungerechtigkeiten und Angriffe, die sie damals in verstärktem Masse zu erdulden hatten, mannhaft zur Wehr. Zuerst traten die Israeliten des Grossherzogtums Hessen auf den Kampfplatz. Sie richteten an die Abgeordnetenkammer eine Petition, in der sie, mit Hinweis auf das Reichs- und Landesgesetz, die endliche tatsächliche Gleichstellung, zumal die Ernennung geeigneter Glaubensgenossen zu Ämtern im Justizdienste, forderten. Der Petitionsausschuss der Kammer erkannte grundsätzlich die Berechtigung des Verlangens an und ersuchte den Justizminister um die gesetzliche Begründung seines bisherigen entgegengesetzten Verfahrens. Allein der Minister erklärte (November 1901) im Plenum der Kammer, er könne wegen der auf dem flachen Lande herrschenden antisemitischen Stimmung dorthin keinen jüdischen Richter schicken; und die Kammer billigte diese tatsächliche Gesetzesverletzung, indem sie durch eine lahme und nichtssagende Prinzipienerklärung nur theoretisch den Standpunkt der Gleichberechtigung wahrte. Diese Reservation war so wesenlos, dass sogar der antisemitische Abgeordnete dafür stimmte.

Aber es handelte sich um ein anderes, allgemeineres; es musste eine wohl legitimierte Vertretung aller deutschen Israeliten geschaffen werden, die in deren Namen und mit dem Nachdrucke, die die Stimmen von 600000 Deutschen besassen, die Forderung des wohl erworbenen Rechtes immer wieder laut und beharrlich erheben und bei den massgebenden Faktoren des Reiches und seiner Bundesstaaten zur Geltung bringen sollte. Hierdurch sollte auch das Selbstvertrauen der deutschen Judenheit gestärkt, sollten Entmutigung und Abfall bekämpft werden, die in täglich wachsendem Umfange unter den Israeliten, zumal der Jugend, um sich griffen. Dazu gehörte vor allem, dass sie Selbstgefühl und Festigkeit wiedergewannen und sich, anstatt bettelnd und klagend hinter den politischen Parteien herzulaufen, wieder auf eigene Füsse stellten. Deshalb erliess der Verfasser

dieses Buches im September 1900, auf Anregung des auch sonst um jüdische Angelegenheiten wohl verdienten Berliner Justizrats Bernhard Breslauer, einen Aufruf zur Einberufung eines „Judentages". Man hat später die Absicht Philippsons so darstellen wollen, als habe er nur einen „Tag zum Schreien" im Auge gehabt. Es ist das eine Unwahrheit. In dem Aufrufe wird, neben der Konstantierung unserer Rechte und ihrer Verletzungen, als weitere Aufgabe des Judentages ausdrücklich bezeichnet: „Zweitens aber müsste der deutsche Judentag eine dauernde Organisation zu politischen Zwecken vornehmen . . .: zur Verteidigung der staatlichen Stellung der Juden, sowie zur Einwirkung auf die öffentliche Meinung und die leitenden Kreise der Staaten und des Reiches. Unter anderem: zur Verhandlung mit den Regierungen und den politischen Parteien, zur Erzielung der Wahl solcher Abgeordneten jüdischen Glaubens, die tatsächlich das Interesse und die nötigen Kenntnisse besitzen, um der Sache der Gleichberechtigung und der Freiheit zu unseren Gunsten wirkliche Dienste leisten zu können". Also auf eine bleibende Organisation für politische Zwecke, nicht auf einzelne „Judentage" hatte er es abgesehen.

Der Vorschlag fand Zustimmung bei allen kräftigen Elementen der deutschen Judenheit, zumal im Norden; Widerspruch bei den schwächlicher Gesinnten, die fürchteten, bei den Christen im allgemeinen und namentlich bei den politischen Parteien und bei den Regierungen damit anzustossen, den Verdacht einer jüdischen Verschwörung zu erwecken. Einige glaubten sogar, man dürfe den Antisemiten nicht neuen Stoff zu Angriffen geben. Als ob diese um einen solchen überhaupt verlegen gewesen wären, und als ob nicht gerade das Licht der Öffentlichkeit am ehesten das Dunkel des Vorurteils bannen müsste.

Man sagte auch häufig, dass das Ringen der Juden nur eine Episode des grossen weltumfassenden Krieges bilde, der überall zwischen den Gewalten der Vergangenheit und den Bestrebungen der Gegenwart tobt, und dass, wie der Sieg dieser unzweifelhaft, auch der der Israeliten sicher sei. Das ist an sich wahr, erschöpft aber die besonderen Bedingungen der Lage der Juden nicht. Es wird dabei übersehen, dass deren Fall noch ganz anders steht, als der der freiheitlich und sozial denkenden

Elemente unter den Nichtjuden. Die Israeliten haben als geringfügige Minderheit die Stösse, die von den reaktionären Mächten geführt werden, am ehesten und schmerzlichsten zu empfinden. Sie sind am schwächsten und wehrlosesten, und deshalb können und wollen die Gegner an ihnen am leichtesten und schnellsten ihre Kraft beweisen. Das ist das eine; das andere, dass gegen die Juden seit Jahrtausenden ein mit der Muttermilch eingesogenes, durch zahllose Bücher und Zeitungen erhaltenes, von klerikal-pietistischer Seite sorgfältig genährtes Vorurteil besteht. Selbst der aufgeklärteste und freidenkendste Nichtjude muss, in den weit überwiegenden Fällen, erst an sich selbst eine gewisse Anstrengung vollziehen, ehe er sich zur Verteidigung an die Seite der Israeliten stellt. Die Widersacher aber wissen, dass sie sich zu Gunsten ihrer Sache dieses Vorurteils leicht und mit sicherem Erfolg zu bedienen vermögen — und so ist allerorten das erste und letzte der politischen wie der kirchlichen Reaktion: „Auf gegen die Juden!" Sie sind sicher, damit jedesmal zahlreiche Anhänger zu werben.

Es war also durchaus irrig, wenn man sagte: weil die Sache der Juden mit dem allgemeinen Kampfe um Freiheit und Gerechtigkeit zusammenhängt, könnt ihr ruhig die Hände in den Schoss legen und abwarten, bis dieser Kampf in günstigem Sinne entschieden ist; höchstens helft ihn uns mit ausfechten. Nein, die Juden haben noch einen ganz besonderen, ihnen eigentümlichen Streit zu bestehen und deshalb auch besonders zu arbeiten. Ihre Lage ist viel gefährdeter, viel verlustbringender, als die der grossen Schlachthaufen, da sie eine geringzählige Truppe, von den Feinden in erster Linie bedroht und vor allem anderen der Vernichtung geweiht sind. Sind sie doch daran gewöhnt, sogar von einer beträchtlichen Anzahl ihrer Mitstreiter im Stiche gelassen, ja verräterisch angefallen zu werden. Die Juden dürfen deshalb der alten, in der Geschichte wie in der Natur gültigen Wahrheit nicht vergessen: nur der erhält sich in dem gewaltigen Kampfe ums Dasein, der sich zu verteidigen versteht.

Die Richtigkeit dieses Satzes und seine Anwendbarkeit auf die Verhältnisse der deutschen Juden wurde durch deren Erfahrungen im Beginne des zwanzigsten Jahrhunderts von neuem

bewiesen. Der preussische Justizminister, also der berufene Vertreter von Recht und Gesetz, erklärte offen in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 31. Januar und 8. Februar 1901: die Vorschrift der Staatsverfassung und des Reichsgesetzes, dass der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte von dem Religionsbekenntnisse unabhängig sei, gelte für die Juden nicht und werde in betreff ihrer von der preussischen Staatsregierung systematisch ausser Acht gelassen; und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, auch das von dem schwer erkrankten Lieber nicht mehr beeinflusste Zentrum und der überwiegende Teil der Nationalliberalen, hatte gegen diese verfassungswidrige Praxis der Verwaltung nichts einzuwenden. Freilich, die Tatsache an sich war längst bekannt. Aber neu war, dass ein preussischer Justizminister solches Verfahren in voller Öffentlichkeit für ein grundsätzlich gewolltes erklärte, und es geschah zum ersten Male, seitdem die Verfassung bestand, dass ein preussisches Abgeordnetenhaus derartigen Anschauungen mit grosser Mehrheit zustimmte. So war die Lage mit drohender Schärfe klargelegt.

Dreihundert jüdische Gemeinden Preussens wandten sich sofort wegen der hierbei zutage tretenden Verfassungsverletzung beschwerdeführend an den Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten von Bülow. Allein Antwort erfolgte nicht, vielmehr wurde die angefochtene Verwaltungspraxis unentwegt fortgesetzt. Den jüdischen Richtern wurde jede Beförderung unter der ausdrücklichen Begründung „wegen ihrer Konfession“ rundweg abgeschlagen und diese rechtswidrige Benachteiligung nunmehr auch auf die frisch getauften stammesjüdischen Richter ausgedehnt, um keinen Zweifel darüber zu belassen, dass es sich um Rassenantisemitismus handle.

Trotz allem dem überwogen unter den deutschen Juden wenn nicht an Zahl so doch an Einfluss zunächst die Ängstlichen, und auf einer zur Beratung über den Judentag zusammenberufenen Versammlung von Notabeln wurde der ganze Plan nur dadurch vor Ablehnung gerettet, dass Justizrat Eugen Fuchs mit geschickter Wendung anstatt des provozierend erscheinenden Namens „Judentag“ den der „Gesamtorganisation der deutschen Juden“ setzte — sachlich ganz das gleiche, aber eine friedlichere Form.

Inzwischen machte die verfassungswidrige Ausschliessung der Juden von den Staatsämtern derartige Fortschritte, dass auch dem Optimistischsten und Vertrauensseligsten die Augen geöffnet werden mussten. Im Heere wurden Juden nicht allein als Offiziere, sondern sogar als Unteroffiziere nicht mehr angestellt. An den Universitäten wurde ihnen nicht nur die ordentliche, sondern auch die ausserordentliche Professur versagt, mussten sie sich mit dem leeren Professor-Titel abspeisen lassen, der ohnehin in unendlicher Fülle verschwendet ward. Eine Anzahl angesehener jüdischer Universitätslehrer legte ihre Dozentur nieder, aus Entrüstung und Scham über die ihnen zuteil werdende Behandlung.

Die preussische Regierung verweigerte grundsätzlich auswärtigen Israeliten die von diesen erbetene Naturalisation, ohne Angabe von Gründen, und zwar wenn die Petenten sogar seit Jahrzehnten in Preussen wohnten, hier tadelfrei und nützlich gewirkt, ja öffentliche und staatliche Anerkennung erhalten hatten. Entsprechend dem konservativ-antisemitischen Programme wollte die Regierung offenbar die Zahl der jüdischen Familien sich nicht vermehren lassen.

Die im bayerischen Abgeordnetenhause herrschende klerikale Partei forderte die Beschränkung der Anstellung von Juden im Justizdienste im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Die dortige Regierung entfernte mit grausamer Rücksichtslosigkeit alle jüdischen Lehrer und Lehrerinnen aus der Volksschule.

Solche Vorgänge, die die systematische Zurücksetzung der Juden in Deutschland und sogar die Zunahme dieser Vergewaltigung unwiderleglich bewiesen, machten doch Eindruck auf die grosse Mehrheit der deutschen Israeliten. Sie wollten nicht mehr Staatsbürger zweiter Klasse sein. Nach unablässigen Arbeiten gelang es dem Zusammenwirken Berliner und Frankfurter Männer, im April des Jahres 1904 in Berlin den Verband der deutschen Juden endlich in einer aus fast dem ganzen Deutschland beschickten Versammlung zu begründen. Zum ersten Male vereinigten sich die jüdischen Gemeinden Deutschlands als solche, um in fest und systematisch geregelter Vertretung nicht ihre inneren Angelegenheiten zu besorgen — das geschah ja schon durch den „Gemeindebund“ — sondern ihre bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte gegenüber den

Regierungen und den Parlamenten zu verfechten. Die glänzenden Versammlungen, die der „Verband“ im Oktober 1905 zu Berlin und im Oktober 1907 zu Frankfurt am Main zu veranstalten vermochte, bewiesen seine Lebenskraft. Besonders die Frankfurter Tagung gestaltete sich zur feierlichen Verkündigung der gerechten Anforderungen der deutschen Judenheit an Reich und Staat. Beide Versammlungen bildeten eine imposante Heerschau über die leitenden Elemente der deutschen Judenheit, die sich, ohne Unterschied der konfessionellen Richtungen, hier zu gemeinsamer Verteidigung ihrer Rechte sowie der Ehre ihrer Gemeinschaft und ihrer Religion zusammenschlossen; ein Beweis, dass die deutschen Juden sich ihres Namens und ihrer Abstammung nicht schämten, dass sie stolz darauf waren, Juden zu sein und zu heissen. Ausserdem hat dann der Verband in reger politischer Kleinarbeit bei Volksvertretungen und Regierungen vieles im Sinne der Gleichberechtigung gewirkt und manche Vorurteile beseitigt.

Die jüdische akademische Jugend aber hat ihrerseits mit der Frische ihres Alters dargetan, dass sie sich die ihr angetane Kränkung und Zurücksetzung seitens eines grossen Teiles ihrer christlichen Kommilitonen nicht gefallen zu lassen gesonnen sei und nicht in Gesellschaften sich eindränge, aus denen man sie fortweise. Es bildeten sich an den wichtigsten deutschen und österreichischen Universitäten jüdische Studentenverbindungen, die sich gegen die Missgunst der meisten übrigen Kommilitonen und oft sogar der akademischen Obrigkeiten zu halten wussten. Die erste dieser jüdischen akademischen Korporationen war die 1886 in Breslau entstandene Viadrina. Ähnliche Gründungen in Heidelberg, Berlin, München, Freiburg, Bonn, Darmstadt folgten. Am 8. August 1896 haben sie sich zum Kartell-Konvent zusammengeschlossen. Als Grundlage ihres Strebens betrachten sie die Vereinigung des Deutschtums mit dem Judentume, der auf dem Gefühle der Zugehörigkeit zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft beruhenden Vaterlandsliebe mit dem offenen selbstbewussten Bekenntnisse zum Judentum. Sie standen auch auf dem Fechtboden ihren Mann, und jüdische Studenten gehörten überall zu den gefürchtetsten Rappier- und Säbelfechtern der Universitäten. Sie haben durch ihr kühnes und kräftiges

Auftreten den rohen Übermut der antisemitischen Jünglinge, die sich gegen vereinzelte jüdische Kommilitonen alles für erlaubt gehalten hatten, bestraft und im Zaume gehalten.

Neben den schlagenden jüdischen Studentenverbindungen traten noch die etwas lockerer organisierten „Vereine jüdischer Studenten“ ins Leben, mit ähnlichen Gesinnungen und Bestrebungen. Diese in Berlin, München, Breslau, Strassburg, Freiburg, Königsberg, Marburg bestehenden Vereine haben sich gleichfalls zum „Bunde jüdischer Korporationen“ zusammengetan. Auch national gerichtete jüdische Studentenverbindungen sind entstanden und bildeten das „Kartell zionistischer Verbindungen.“

Diese frische, mannigfach abgetönte Bewegung erstreckte sich dann auch auf die nicht-akademische Jugend. Jüdische Jugendvereine wurden in den letzten Jahren in fast allen grösseren und vielen mittleren Städten begründet und fanden lebhaften Anklang und zahlreiche Mitglieder. Zum gemeinsamen Wirken für jüdische Gesinnung, für Bildung und Sittlichkeit innerhalb der Jugend reichten sie einander jüngst zum „Verbande der jüdischen Jugendvereine“ die Hand.

So ist mit der Jugend die Zukunft des deutschen Judentums gesichert. Nicht Abschliessung gegen das deutsche Volk, sondern innere Festigung streben jene Verbindungen an. —

Die Charakterfestigkeit und die weise Mässigung, die die deutschen Juden gegenüber der Abneigung so vieler herrschender Elemente wie den leidenschaftlichen Angriffen der Antisemiten bewiesen, haben endlich ihre Wirkung auf das Volk, die Behörden und gesetzgebenden Körperschaften nicht verfehlt.

Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1903 gingen die antisemitischen Stimmen abermals um 50000 herunter. Der Grimm, mit dem sich die einzelnen Richtungen der Antisemiten — Neue Deutschsoziale Liebermann von Sonnenbergs mit konservativer Färbung, deutsche Reformpartei Zimmermanns und deutscher Volksbund Paul Försters — unter einander bekämpfen, machte viele ihrer bisherigen Anhänger stutzig. Besonders erfreulich war es, dass aus dem Grossherzogtum Hessen kein Abgeordneter dieser Partei mehr in den Reichstag einzog. Auch Ahlwardt war durchgefallen. Graf Pückler verschwand endlich in dem ihm längst gebührenden Wohnsitze, im Irrenhause.

Die Bemühungen der deutschen Juden sowie einiger gerecht und billig denkender Volksvertreter überzeugten die preussische Regierung in steigendem Masse von der Verfassungswidrigkeit der Ausschliessung der Juden von öffentlichen Ämtern. Einer langen und nachdrücklich geäusserten Beschwerde half der 1906 neu ernannte Justizminister Beseler ab, indem er eine Anzahl ausgezeichneter jüdischer Richter zu Oberlandesgerichtsräten, einen sogar zum Kammergerichtsrat ernannte. Ebenso milderte er die bisherige Hintansetzung jüdischer Rechtsanwälte bei der Verleihung des ehrenvollen und einträglichen Notariats. Selbst das durchaus reaktionäre Unterrichtsministerium wurde durch den herrschenden Mangel an höheren Lehrern gezwungen, vereinzelte Juden an Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen anzustellen. Auch an den Universitäten rückten endlich einige Juden zu ordentlichen Professoren auf.

Ein lebhafter Kampf erhob sich um das Gesetz, das unter dem bescheidenen Namen der „Schulunterhaltung" tatsächlich das preussische Volksschulwesen beinahe vollständig auf konfessioneller Grundlage organisierte. Mit gewollt irrtümlicher Anwendung eines Verfassungsparagraphen wurde dabei der ausschliesslich „christliche" Charakter des Staates betont. Die Folge davon war eine tief einschneidende Zurückdrängung der jüdischen Volksschule, des jüdischen Religionsunterrichtes an ihr, der jüdischen Volksschullehrer, deren Stand geradezu auf den Aussterbeetat gesetzt wurde, eine Entrechtung der jüdischen Gemeinden und der Rabbiner auf dem unterrichtlichen Gebiete. Der Verband der deutschen Juden trat durch Denkschriften, Petitionen und persönliche Verhandlungen mit den einflussreichsten Abgeordneten eifrig für das bedrohte Recht und die Lebensinteressen des deutschen Judentums ein. Von den 1200 jüdischen Gemeinden Preussens schlossen sich tausend den Vorstellungen des Verbandes an. So wurden in der Kommission des Abgeordnetenhauses Ergebnisse erlangt, die im ganzen den Wünschen der Juden entsprachen. Es hat dann die masslose Gegenagitation, die von einer wenig zahlreichen aber sehr lauten ultraorthodoxen jüdischen Seite aus Fulda und Frankfurt am Main bei den Abgeordneten gegen den Verband in Szene gesetzt wurde, dessen Bemühungen zum Teil vereitelt. Erreicht wurde

schliesslich, dass die Verhältnisse des jüdischen Religionsunterrichtes, der jüdischen Schulen und Lehrer nicht verschlechtert und die Rabbiner allgemein in die zu bildenden Schulvorstände berufen wurden. Endlich wurde im preussischen Kultusministerium ein Fonds geschaffen, der zur Unterstützung des jüdischen Religionsunterrichtes in kleinen mittellosen Gemeinden dienen sollte. Damit war der bisher in Preussen herrschende Grundsatz durchbrochen, dass die jüdische Religionsgemeinschaft eine nur geduldete sei, die vom Staate keinerlei Berücksichtigung zu verlangen habe. Zum ersten Male erkannte dieser ihre Geistlichen als solche an, zum ersten Male widmete er ihr dauernd öffentliche Mittel.

Die „Blockpolitik", die die Regierung seit dem Herbst 1907 eingeweiht hatte, nötigte dann jene sowie die konservative Partei zur Berücksichtigung des Liberalismus und damit der berechtigten politischen und religionspolitischen Anforderungen der Judenheit. Auch im Volke zeigte sich ein Umschwung zum Besseren. Bei den Landtagswahlen des Frühjahrs 1908 trugen acht Juden, unter denen nur ein Sozialdemokrat, Mandate davon. Hingegen fiel die antisemitische Partei vollständig aus, ihre beiden früheren Vertreter kehrten nicht mehr in das hohe Haus zurück — ein Beweis, dass der politische Antisemitismus als Partei unter den gebildeten und besitzenden Klassen Preussens abgewirtschaftet hat. Freilich in der Gesinnung ist er, wenn schon in gemässigter Form, allgemeiner als je verbreitet. Und das ist das Ergebnis der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland. Ob er in naher Zukunft auch aus dem Geiste des deutschen Volkes wieder verschwinden wird? Heute ist dazu wenig Aussicht. Mögen die Juden durch strenge Ehrenhaftigkeit, weise Bescheidenheit und Zurückhaltung, aber auch berechtigtes Selbstgefühl dieses Ziel vorbereiten.

Kapitel Zwei.

Österreich-Ungarn.

Eine so ansteckende Volkskrankheit, wie der Antisemitismus, konnte selbstverständlich an den politischen Grenzen keine Schranken finden. Wie Pest und Cholera verbreitete er sich von einem Lande zum anderen. Zuerst sprang er natürlich auf Österreich über, das durch seine zahlreiche deutsche Bevölkerung mit den Bewohnern des deutschen Reiches Gemeinsamkeit der Sprache, der Empfindung, der Kultur und Unkultur besass. Indes so lange die Deutschen Österreichs die Vorherrschaft in ihrem Staate behaupteten und ihr Nationalitätsgefühl nicht gereizt, nicht aufgestachelt war, blieb bei ihnen der Antisemitismus eine Eigentümlichkeit der damals im Volke keineswegs einflussreichen Ultramontanen. Auch hier, wie in Deutschland, war es diese Partei, die den Antisemitismus zuerst gepflegt, die ihm Bürgerrecht verliehen hat. Sie beutete dazu, gleichfalls wie in Deutschland, den finanziellen „Krach“ des Jahres 1873 aus. Und doch sassen während der Gründerepoche in den Verwaltungsräten der Bahnen 13 Fürsten, 1 Landgraf, 64 Grafen, 29 Barone und 21 andere Adlige. In der Leitung der seit 1864 entstandenen Banken fand man 1 Herzog, 24 Grafen, 12 Barone und 4 andere Adlige. 1 Fürst, 16 Grafen, 6 Barone und 2 andere Adlige zierten die Verwaltungsräte der übrigen in Wien emporgeschossenen Industrieunternehmungen. Diese hochadlichen Namen haben zweifellos mehr als alles andere dazu beigetragen, den „Gründungen“ das Vertrauen breiter Volksmassen zu gewinnen und dadurch den Aktienschwindel hervorzurufen und zu halten. Allein das verschlug nichts: den klerikaten Eiferen waren die Juden die Alleinschuldigen. Schon im Jahre 1874 konnte Rauscher, der Kardinal-Erzbischof von Wien, keinen Hirtenbrief schreiben, in dem er nicht die Juden als Urheber aller sozialen

Uebel bezeichnete. Ihrem obersten Hirten folgten viele Wiener Geistlichen, die von der unverantwortlichen Stelle auf der Kanzel offen zu Gewalttaten gegen die Juden, ja zu deren Plünderung aufforderten. Einer der heftigsten, aber auch überzeugtesten und deshalb erfolgreichsten Hetzer war Albert Wiesinger, die Seele der „Wiener Kirchenzeitung", die der geschickte Aufklärungsfeind Sebastian Brunner seit einem Vierteljahrhundert leitete. Wiesingers „Ghettogeschichten" atmeten einen glühenden Judenhass, der sich in den Herzen vieler seiner Leser festsetzte. Rauschers Organ, die Tageszeitung „Der Volksfreund", das „Vaterland", gleichfalls eine klerikale Tageszeitung, die Halbmonatsschrift „Kapistran" stiessen in dasselbe Horn. In Galizien paarte sich mit dem Glaubenshasse der politische Fanatismus zur steten Beschimpfung und Bedrohung der Israeliten durch die in der Provinz unbedingt herrschenden Polen. Kein Staatsanwalt schritt gegen die Hetzer und Verleumder ein, bis der Lemberger Verein „Schomer Israel" sich mit einer Gerechtigkeit und Schutz heischenden Eingabe an den Justizminister wandte. Minister Glaser beauftragte die Statthalterei in Lemberg mit strenger Überwachung der schuldigen Zeitungen. Allein die polnischen Beamten in Galizien liessen solche Weisungen einfach unbeachtet und suchten vielmehr das friedliche Verhältnis, das bisher zwischen der christlichen und jüdischen Bevölkerung geherrscht hatte, durch allerlei gesetzwidrige Massregeln zu stören.

In dem Bruderstaate Ungarn war es der radikal-nationalistische Abgeordnete Csernátony, der durch eine Reihe von Artikeln „Über unsere Juden", im September 1874 eine antisemitische Bewegung anregte. Er fand einen gewalttätigen Schüler in Viktor Jztóczy, der im Abgeordnetenhause einen wilden Judenhass predigte. Für den Augenblick wirkte er freilich nur komisch; aber so lebhafte Missbilligung solche Vorgänge in der offiziellen Welt fanden, sie sollten mit der Zeit einen weiten und verderblichen Widerhall erwecken.

Inzwischen war in Österreich ein völliger Umschwung erfolgt.

Die bisher stets deutsch-freisinnige Hauptstadt Wien hatte sich Jahre lang trotz des Kardinals Rauscher und der klerikalen Blätter vom Antisemitismus freigehalten. Man glaubte wohl, in dem „gemütlichen", in dem „fidelen" Wien werde die zehrende

Säure des Antisemitismus niemals sich einführen können. Allein man war da in schwerer Täuschung befangen. Unwiderstehlich drang die scharf nationalistische Richtung in die Reihen der Deutschen Österreichs ein. Es war die Zeit, wo die liberale deutsch-zentralistische Herrschaft an ihren eigenen Fehlern zugrunde ging, wo, von dem Hofe begünstigt, die slawischen Völkerschaften, im Bunde mit dem feudalen Grossgrundbesitze, im Reichsrat die Mehrheit und im Ministerium Taaffe (seit 1879) die Regierung des Reiches erlangt hatten. Um so leidenschaftlicher ergriffen die Deutschen die „völkische" Richtung, das heisst die chauvinistische, ausschliesslich deutsch-nationale. Den Liberalen machten sie den nicht ungerechtfertigten Vorwurf, durch Unfähigkeit und politische Korruption den Vorrang des Deutschtums verlottert zu haben, und da fand das deutsche Selbstgefühl für alle Sünden des Liberalismus naturgemäss einen Sündenbock in der Judenheit. Was die Deutsch-Liberalen gesündigt, schob man gern den Juden in die Schuhe. Das reichsdeutsche Muster gab dazu das schöne Vorbild und den Namen. Es soll nicht in Abrede gestellt werden, dass sich unter den Wiener Juden viele sittlich gleichgültige, unbedingt nach Glanz, Reichtum, Vergnügen strebende Elemente befanden, deren abstechendes Treiben, deren Ausnutzen ihrer politischen Verbindungen mit dem herrschenden Liberalismus den Gegnern einen Vorwand gewährten, der aber masslos übertrieben und in ganz ungerechter Weise verallgemeinert wurde.

Der Führer der nationalistisch-antisemitischen Richtung wurde Georg Ritter von Schönerer, der Sohn eines in Verbindung mit den Rothschilds reich gewordenen Eisenbahnunternehmers, selber Enkel einer Jüdin, ein glühend ehrgeiziger, unbedenklicher, leidenschaftlicher Streber von hinreissender Beredtsamkeit. Sein Versuch (1882), nach Stöckers Muster die Arbeiter als „Infanterie der Antisemiten" zu gewinnen, scheiterte freilich, ganz wie in Deutschland, an dem gesunden Sinne dieser Klasse. Auf persönliche Veranlassung des wohlmeinenden und gerecht denkenden Kaisers Franz Joseph schritt die Regierung gegen die antisemitischen Hetzversammlungen und deren Hauptpolterer ein. Im Reichsrate vermochte Schönerer auf seine judenfeindlichen Anträge nur einige zwanzig Stimmen zu vereinigen. Allein diese

ersten Misserfolge entmutigten die Antisemiten nicht. Sie trieben, nach bewährtem Berliner Schema, ihre Agitation mit Flugschriften, Siegelmarken, Plakaten. Und wie in Deutschland, stellte sich aus irregeleiteter nationaler Begeisterung ein beträchtlicher Teil der Studentenschaft in den Dienst des Antisemitismus. Diesem schloss sich dann allmählich die Mehrzahl der Kleinbürger — Gewerbetreibenden und Handwerker — mit Leidenschaft an, die unter dem Aufschwung des grosskapitalistischen Wirtschaftsbetriebes zu leiden hatten und diese mit Notwendigkeit sich vollziehende ökonomische Tatsache den Juden zur Last legten. Diese, hiess es, lassen all' unser Geld in ihre Taschen fliessen, sie richten uns zugrunde. Es war das allgemeine Überzeugung, wobei man das gerade unter der grossen Mehrzahl der österreichischen Juden herrschende Elend über die Verschwendung einiger hauptstädtischen Protzen völlig übersah. Auch ein Teil der Konservativen, wie der Freiherr von Vogelsang, ging zu der klerikal gefärbten Sozialreform über, die hauptsächlich, neben den Manchester-Liberalen, die Juden als Vertreter des modernen Kapitalismus angriff.

Der Umschwung in der Stimmung der Wiener Bevölkerung trat bald offen zutage. Die Geschworenen sprachen regelmässig die wegen antisemitischer Skandale Angeklagten frei, ein Ergebnis, das jedesmal zu grossen Freudenbezeugungen der antisemitischen Menge Anlass gab. Die von den Juden vorzugsweise bewohnten Stadtviertel wurden der Schauplatz wüster Lärmszenen. Solche Vorgänge fanden bei der Masse der Wiener vielen Anklang, deren Vorliebe für eine „Hetz", für lärmendes Treiben ja althergebracht ist. Und noch eine andere Eigentümlichkeit der Deutsch-Österreicher hat bei ihnen den Radau-Antisemitismus sehr begünstigt. Das ist ihre Neigung zum „Frozzeln", zum Verspotten und Verhöhnen vorzugsweise wehrloser Persönlichkeiten. Freilich liegen solcher „Frozzelei" meist keine allzu bösen Absichten zugrunde. Gerade in Deutsch-Österreich ist es wohl oft zum Lärmen und zu unflätigster Schimpferei, aber nur selten zu tätlicher Misshandlung von Juden gekommen, und die brüllendsten Antisemiten waren häufig im Privatleben mit Juden herzlich befreundet. Einstweilen stand nun Wien ganz unter der Herrschaft des Antisemitismus.

In den Provinzen fand das Beispiel der Hauptstadt bald Nachahmung. In Böhmen, wo die Juden den Tschechen als Verbündete der Deutschen, diesen als „Nicht-Völkische“ verhasst waren, kam es schon 1881 zu lokalen Ausschreitungen, die auch im Jahre 1882 sich hier und da wiederholten. Des berüchtigten Prager Theologieprofessors Rohling Broschüre „Meine Antwort an die Rabbiner“ wurde massenhaft unter das Landvolk verbreitet. Die Frucht der Hetzereien war im August 1883 ein antisemitischer Putsch in Prag, der aber von der Polizei mit Schnelligkeit und grosser Tatkraft unterdrückt wurde. Auch in Mähren wurden die Juden von den Tschechen bedroht, wenn sie nicht mit ihnen gegen die Deutschen gemeinsame Sache machten.

Am schlimmsten lagen die Dinge in Galizien. Die Aufmunterung durch die Vorgänge in Deutschland und Deutsch-Österreich entwickelte hier den polnischen Judenhass derart, dass er sich offen in den leitenden Zeitungen und im Landtage aussprach. Die Agitation wurde so bedenklich, dass im September 1883 die Statthalterei die Zünfte und Innungen zur Überwachung der Handwerksgesellen und Lehrlinge anweisen musste.

Allein der Hauptsitz der antisemitischen Bestrebungen war und blieb Wien. Es darf nicht verkannt werden, dass das massenhafte Zuströmen jüdischer Elemente aus Galizien, die bisweilen nicht moralisch einwandfrei, in ihrem äussern Gebahren abstossend waren, hier den Antisemitismus nicht wenig förderte. Er trat mit roher Rücksichtslosigkeit auf. Die eifrigen Gegenmassregeln der Behörden, die mit Auflösung von Versammlungen und Konfiskation von Flugschriften vorgingen, fachten das Feuer nur noch mehr an. Bei den Reichsratswahlen am 1. Juni 1885 kam es zu unerhörten Skandalen, bei deren Bekämpfung es dreissig Verwundete gab. Drei Antisemiten wurden in Wien selbst gewählt, darunter der leidenschaftliche Dr. Pattai; drei weitere in sonstigen niederösterreichischen Bezirken; andere in Österreichisch-Schlesien: ein Ergebnis das die wachsende Macht dieser Partei in der Bevölkerung unzweideutig bekundete. Die Deutsch-Nationalen konnten nun im Parlamente einen eigenen Klub bilden, der „Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“

zu einem Hauptsatze seines Programms machte. Antisemitische Roheiten und Lärmszenen wurden seitdem im Reichsrate alltäglich, und die Klerikalen standen dabei den atheistisch gesinnten National-Deutschen eifrig zur Seite. Auch in den zum Schutze des Deutschtums in den national gemischten Gegenden gebildeten „deutschen Schulverein" schleuderte Schönerer die Fackel der Zwietracht, so dass es hier zu erbitterten Kämpfen und zu schwächender Zersplitterung kam. In Deutsch-Böhmen trug „Ritter Georg" mit seinen Agitationsreden glänzende Erfolge davon. Neben Niederösterreich und Nordböhmen wurde dann die Steiermark, vorzüglich deren Hauptstadt Graz, ein Herd des Antisemitismus. In ganz Deutsch-Österreich nahm besonders der Lehrerstand, der die Jugend naturgemäss beeinflusst, die antisemitischen Anschauungen auf und betätigte sie auch im Unterricht.

Durch nichts konnte aber die politische Unfähigkeit der Deutschen in Österreich schlagender bewiesen werden, als durch diese Pflege des Antisemitismus. Ohnehin eine Minderheit in Österreich, von den Slawen übermächtig bedrängt, zerfleischten sie sich untereinander. Im Besonderen stiessen sie damit so wertvolle, rührige, wohlhabende Bundesgenossen, wie die Juden, gewaltsam von sich. Es war wirklich nicht zu verwundern, noch zu tadeln, wenn eine immer wachsende Anzahl von Israeliten zu den Tschechen und Polen überging.

Dieser Gesichtspunkt — einen nützlichen Bestandteil der Partei nicht abzustossen — war es, der im Februar 1887 die Mehrheit des „Deutschen Klubs" des Reichsrats veranlasste, den Antrag Schönerers auf Verbot der Zulassung auswärtiger Juden in den Kaiserstaat abzulehnen. Allein dieser Beschluss hatte zur Folge, dass von 40 Mitgliedern 16 den Klub verliessen und eine eigene „Deutsch-nationale Vereinigung" bildeten, die zu Schönerer und seiner Partei offenbar in starker Gesinnungsgemeinschaft standen. Trotzdem erlitten diese im Reichsrate eine schwere Niederlage, als sie eine Petition im Sinne des Schönererschen Antrages vorbrachten. Sie erhielt nicht die zur Beratung im Plenum notwendige Stimmenzahl und fiel deshalb völlig unter den Tisch.

Die Antisemiten waren der Unterstützung durch die grosse Masse der österreichischen Deutschen allzu sicher, um sich durch einen solchen Misserfolg entmutigen zu lassen. Gerade die gefährdete Lage der Deutschen in Österreich verschaffte hier dem politischen Antisemitismus den Sieg, der ihm im deutschen Reiche stets versagt geblieben ist. Vergebens wiesen viele einsichtige Deutsch-Österreicher auf den schweren Schaden hin, den die Antisemiten der deutschen Sache zufügten. „Was kümmern uns die Tschechen? Kampf den Juden!“ riefen die meisten Mitglieder des Ersten Wiener Turnvereins den freisinnigen Genossen zu und schlossen alle Juden, getaufte und ungetaufte, von ihrer Gemeinschaft aus. Derart brachten sie, wie in die Vertretung der Deutschen im Reichsrate und in den Deutschen Schulverein, so auch in die deutsch-österreichischen Turnvereine einen unheilbaren Riss. Welchen Stoss sie mit dem allen dem Deutschtum versetzten, merkte die Mehrheit der Deutsch-Österreicher in ihrer „völkischen“ Verblendung nicht. Jede neue Wahl für Reichsrat und Landtag brachte den Antisemiten abermalige Erfolge.

Die Liberalen waren über diese Fortschritte ihrer Gegner derart erschreckt, dass sie durch Zugeständnisse an den Antisemitismus ihre eigene Stellung zu stärken versuchten. Der Führer der Liberalen in Niederösterreich, Weitlof, verstieg sich zu dem Ausspruche: es könne keinem vernünftigen Menschen einfallen, an einer zum überwiegenden Teile von christlichen Kindern besuchten Schule einen jüdischen Lehrer anzustellen. Damit wurde — da sämtliche staatliche und städtische Schulen naturgemäss überwiegend christliche Zöglinge besassen — die Anstellung von jüdischen Lehrern an ihnen als „unvernünftig“ bezeichnet. Mehr konnten Klerikale und Antisemiten wahrlich nicht verlangen!

Die Verleugnung seiner fundamentalen Grundsätze half dem österreichischen Liberalismus wenig. Die Flut des Antisemitismus stieg weiter und weiter. Studenten, Lehrer, Beamte, Handwerk- und Handeltreibende bekannten sich in immer grösserer Zahl, beinahe vollständig, zu ihm; eine ausgedehnte hauptstädtische und provinziale Presse verkündete seine Lehren des Neides und Hasses. Soziale und nationale Leidenschaften verbündeten sich in ihm. In den Landtagen und dem Reichsrate waren aufreizende

Reden voll grimmer Schmähungen und Drohungen gegen die Juden an der Tagesordnung. In anderen Ländern hätte man der schlimmsten Ausschreitungen gewärtig sein müssen. In Deutsch-Österreich war die Sache nicht ganz so gefährlich, wie sie aussah, denn gerade dort liebt man kräftige Worte und bedächtige Taten. Nur wo die Alldeutschen sich straflos glaubten, verübten sie allerlei Roheiten und Tumulte. Aber anders, wie damals in Deutschland, schritten die Behörden mit sofortigen Verhaftungen und Freiheitsstrafen gegen die Exzedenten ein. Deren Führer und Anstifter Schönerer wurde 1888 wegen gewaltsamen Eindringens in die Redaktion einer liberalen und deshalb als „Judenblatt" gehassten Zeitung zu vier Monaten schwerer durch Fasten verschärfter Kerkerhaft, dem Verluste des Adels und den Kosten verurteilt. Studenten, die für den „Märtyrer" demonstrierten, erlitten durch den akademischen Senat angemessene Strafen. Aber dem wie ein verzehrendes Feuer um sich greifenden nationalen Fanatismus wurde damit kein Damm gezogen, und bald sollte ihm in seinem grundsätzlichen Gegner, dem internationalen Klerikalismus, ein unerwarteter Bundesgenosse erwachsen.

In dem benachbarten Ungarn hatte der nationale Antisemitismus seit lange unter der Asche geglüht, war niemals ganz erloschen. Jetzt, nach österreichischem Beispiele, loderte er hell auf und nahm, dem leidenschaftlichen, entschlossenen Charakter der Magyaren entsprechend, eine weit gewaltsamere Richtung. Sein Vorkämpfer, der Abgeordnete Istoczy, begründete noch im Jahre 1880 nicht weniger als 78 offen antisemitische Vereine. Eine erste Frucht dieser Verhetzungen war 1881 ein gegen die Juden gerichteter Tumult in dem Städtchen Pásztó, der freilich sofort unterdrückt wurde, wie sich denn Regierung und Abgeordnetenhaus zunächst scharf gegen den Antisemitismus aussprachen. Allein das verhinderte nicht, dass der von Istoczy und seinen Anhängern ausgestreute Samen verderblich in dem meist ungebildeten, hitzigen Volke aufging. Im Bereger Komitat fanden wochenlang Judenkrawalle statt. Die Komitatsverwaltungen Szatmar, Heves, Raab, Somorgy, Hajden, Torontal petitionierten offiziell gegen die Zulassung einwandernder russischer Juden. Aber die Regierung und die Mehrheit des Abgeordneten-

hauses verwarfen diese Petition mit der sehr angemessenen Begründung, dass die bestehenden Gesetze die Niederlassung subsistenzloser Einwanderer hinreichend verhinderten und man anderseits unglückliche Verfolgte nicht mit Kolbenstössen am Aufsuchen einer Zuflucht in Ungarn verhindern dürfe. Infolge dieses Beschlusses trat Istoczy aus der liberalen Partei des Abgeordnetenhauses aus, der er schon seit lange nicht hätte angehören sollen. Die Regierung verbot alle antisemitische Flugschriften und liess solche, soweit sie schon erschienen waren, konfiszieren. Inzwischen hatte sich aber ein Vorfall ereignet, der die Leidenschaften aufs höchste entfesselte und in der ganzen Welt das peinlichste Aufsehen erregte.

In dem an der Theiss gelegenen Örtchen Tisza-Eszlar, wo der dort einheimische Abgeordnete Onody längst den Antisemitismus gepredigt hatte, gab das spurlose Verschwinden einer vierzehnjährigen christlichen Dienstmagd Esther Solymossi, am 1. April 1882, Anlass zur Beschuldigung, die Juden hätten sie geschlachtet, um ihr Blut bei dem bevorstehenden Passahfeste zu gebrauchen. Die Untersuchung wurde von den lokalen Behörden mit geradezu fanatischem Judenhass geführt. Fünfzehn Juden wurden ohne weiteres als der Mitschuld verdächtig gefangen gesetzt. Ein fünfjähriger Sohn des Synagogendieners Josef Scharf musste Zeugnis ablegen und sagte naturgemäss alles aus, was die Ankläger ihm mit Strenge eingeprägt hatten. Sein älterer, vierzehnjähriger Bruder Moritz wurde durch scharfe Drohungen und trügerische Versprechungen dazu veranlasst, seinen Vater und die übrigen verhafteten Juden des Mordes zu beschuldigen. Ein schauerlicher Zwischenfall war, dass man die in ihren Gesichtszügen bereits unkenntliche Leiche eines vierzehnjährigen Mädchens mit den Kleidern der Esther Solymossi in der Theiss auffand. War sie die Vermisste, so fiel offenbar die Anschuldigung des Ritualmordes dahin. Die Mutter aber wurde zu der Erklärung vermocht, dass sei nicht ihre Tochter; die antisemitischen Gerichtsärzte sagten aus, der Körper sei der eines achtzehnjährigen Mädchens; die Juden, behauptete man, hätten der Ertrunkenen die Kleider der Esther angezogen und sie dann wieder in den Fluss geworfen, um die Untersuchung irre zu führen! Letztere wurde in gesetzwidriger Weise ge-

leitet und künstlich in die Länge gezogen, um die Aufregung gegen die Juden zu erhöhen und über das ganze Land auszudehnen. Man folterte sogar die Angeklagten, um von ihnen Geständnisse zu erpressen, die sie aber in rühmlicher Festigkeit trotz der Martern verweigerten. Vergebens übernahm einer der angesehensten Anwälte Ungarns, der Reichstagsabgeordnete Karl Eötvös, die Verteidigung der Angeschuldigten; vergebens erliess der Grosse Orient der ungarischen Freimaurer einen Aufruf gegen das Vorurteil; vergebens legte selbst der greise Ex-Diktator Ungarns, Kossuth, feierlich Verwahrung gegen das Märchen des Ritualmordes ein. Es half nichts. Viele Tausende von Brandschriften gegen die Juden überschwemmten das Land. Im Abgeordnetenhause brachten die Antisemiten die Tisza-Eszlarer Angelegenheit mehrfach zur Sprache, um Gelegenheit zu haben, von unverantwortlicher Stelle aus die Leidenschaften zu schüren.

Endlich, am 17. Juni 1883, kam es zur schwurgerichtlichen Verhandlung in Nyireghyhaza. Die medezinische Fakultät von Budapest hatte die Ärzte von Tisza-Eszlar gänzlicher Unwissenheit überführt und die Ertrunkene als im Alter mit der Esther übereinstimmend dargetan. Die Aussagen des verleiteten Moritz Scharf widersprachen sich nicht allein vollständig, sondern wurden auch durch die Lokalinspektion als der tatsächlichen Möglichkeit entbehrend nachgewiesen. Da er aber der einzige Belastungszeuge war, wurden die Angeklagten einstimmig freigesprochen und dieses Urteil später vom höchsten Gerichtshof als rechtmässig anerkannt. Der so schändlich zum Verderben seiner Eltern verführte Moritz Scharf kehrte reuig zu diesen zurück und ist ihnen dann bis zu ihrem Lebensende ein treuer, liebevoller und fürsorgender Sohn geblieben.

Inzwischen hatte aber die Blutsage von Tissa-Esslar ihre Schuldigkeit getan, indem sie an zahlreichen Orten den Judenhass zu hellen Flammen anfachte. Den Reigen eröffnete das stets als antisemitisch berüchtigte Pressburg, wo der Pöbel am 28. und 29. Juni 1882 die Synagoge und mehrere Judenhäuser zu zerstören versuchte und erst nach erbittertem Kampfe von den Soldaten vertrieben wurde. Dafür verteilte er sich auf die kleineren Städte der Umgebung, wo er in den jüdischen Häusern

furchtbar wütete. Der Ministerpräsident Tisza drohte, über das Pressburger Komitat das Standrecht zu verhängen. 164 Ruhestörer wurden verhaftet. Aber trotz des kräftigen Eingreifens der Regierung dehnten die Unruhen sich über andere Teile des Landes aus, besonders über das ganze Wieselburger Komitat. Es bildeten sich „Schutzvereine für die Christen gegen die Juden". Zahlreiche Petitionen liefen bei dem Parlamente ein, die die Rücknahme der Judenemanzipation forderten. Immer wieder brachten die Onody, Jstoczy, Szell die Judenfrage vor das Abgeordnetenhaus, um die wahrhaft Liberalen einzuschüchtern und irre zu machen. Jstoczy, der mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses wegen roher antisemitischer Hetzartikel angeklagt war, wurde von den Geschworenen schlankweg freigesprochen. An den verschiedensten Orten glaubte das aufgehetzte Volk neue Fälle von Ritualmord zu entdecken.

Die Freisprechung der Angeklagten von Tisza-Eszlar erfüllte die Antisemiten mit neuer Wut. Selbstverständlich waren die Geschworenen von Nyireghyhaza bestochen, die Juden also doppelt schuldig. In Nyireghyhaza selbst, in Pressburg, Erlau, Egerszeg, Csurgo, Ödenburg, Tirnau, Steinamanger, an vielen anderen Orten, ja auch in Budapest kam es zu Drohungen, Aufläufen, Plünderungen, Zerstörungen von Häusern, Mordtaten, bei deren Bekämpfung diesesmal Verwaltung und Polizei eigentümliche Langsamkeit bezeugten. Die Regierung war selber eingeschüchtert, die Gefahr um so grösser. Die Bewegung, die sich über das ganze westliche Ungarn erstreckte und schliesslich auch über Kroatien verbreitete, an Orten, wo bisher die Israeliten immer mit der christlichen Bevölkerung im besten Einvernehmen gelebt hatten, war offenbar von langer Hand vorbereitet worden. Massenhaft flüchteten die Juden von den kleinen Städten in die grossen, wo Polizei und Militär ihnen immerhin einen Schutz gewährten (August 1883). Ruhe, Verkehr, geschäftliches Leben waren überall gestört.

Diese Vorgänge, die Ungarns Ehre, Sicherheit und Wohlstand bedrohten, machten schliesslich der Lauheit der Regierung ein Ende. Sie durfte die Anarchie nicht Herrin des Staates werden lassen, und alle besonnenen Elemente desselben schlossen sich ihr an. Ministerpräsident Tisza, Kultusminister Trefort,

die Häupter der reformierten Kirche, dann auch der katholische Kardinal-Erzbischof von Kalocsa, Dr. Haynald, traten offiziell und nachdrücklich gegen den Antisemitismus auf. König Franz Joseph, stets ein Freund von Gerechtigkeit und Humanität, verurteilte in einer Ansprache an den katholischen Klerus Ungarns mit scharfen Worten die Verfechtung des Antisemitismus durch einzelne Geistliche. Einer von dessen gefährlichsten Führern, Verhovay, der Redakteur des Blattes „Függetlenseg", ward der Unterschlagung ihm anvertrauter Gelder überführt und entfloh. Der Ministerpräsident als Minister des Innern forderte in einem Rundschreiben an sämtliche Munizipien diese zur Bekämpfung des Antisemitismus auf.

Von weltlichen und geistlichen Autoritäten im Namen der Religion und des Vaterlandes angegriffen, unterlag der streitbare Antisemitismus in Ungarn, und der Sturm legte sich. Das Budapester Rabbinat und das Professorenkollegium der dortigen Landesrabbinerschule suchten dessen Grundlagen zu untergraben, indem sie eine Darstellung der jüdischen Sittenlehre veröffentlichten, die hiermit wider die Anschuldigungen der Gegner und die Lauheit der angeblichen Freunde ins rechte Licht gesetzt werden sollte.

Allein das Vorurteil war zu tief gewurzelt, um gänzlich ausgerottet werden zu können. Das Oberhaus verwarf, wenn auch mit geringer Mehrheit, die vom Abgeordnetenhause beschlossene Gestattung der Not-Zivilehe zwischen Juden und Christen. Ebenso lehnte es im folgenden Jahre die regelmässige Berufung von Juden zu Vertretern ihrer Religionsgemeinschaft in das Oberhaus ab. So zeigten sich die „Magnaten", wie die preussischen Herrenhäusler, als unverbesserliche Gegner von Freiheit und Billigkeit. Und auch die äusserste Linke im Abgeordnetenhause, die „Unabhängigkeitspartei", die doch ihre antisemitischen Mitglieder ausgeschlossen hatte, huldigte dem Vorurteil insoweit, als sie in ihrem Wahlmanifeste (1884) die Juden zum Verzicht auf ihre Eigentümlichkeiten, ja zur Abänderung ihrer Glaubenssätze aufforderte. Also eine Zumutung des Religionswechsels, wie sie auch Mommsen und andere deutsche angebliche Liberale an die Juden gestellt hatten. Diesen Preis für die Gleichberechtigung zu zahlen, waren freilich die Israeliten weder in Ungarn noch in Deutschland gewillt.

Es musste auch ohne solches Opfer gehen.

Die Abgeordnetenwahlen, die im Juni 1884 stattfanden, brachten den Antisemiten einigen Gewinn; die Zahl ihrer Mandate stieg von sechs auf siebzehn. Aber das war viel weniger, als sie selber erhofft hatten. Zu den demokratischen Antisemiten hatten sich, wie in dem Bundesstaate Österreich, auch die Klerikalen gesellt. Die sogenannte „liberale" Regierungspartei war überhaupt stark zusammengeschmolzen und besass nur noch eine geringe Mehrheit. Aber Tisza blieb fest auf seinem Standpunkt der Gleichheit und Gerechtigkeit. Da die Magnaten nicht im Gesetze die Berufung von Juden in ihr Haus gestatten wollten, liess er zwei solche durch den König zu dessen Mitgliedern ernennen.

Und so verlief sich der Antisemitismus in Ungarn allmählich. Es kamen noch einzelne Ausschreitungen vor, besonders bei den Wahlen — wie die Brandstiftung im Judenviertel von Duna-Szerdahely im Juni 1887; allein im ganzen beruhigte sich das Land und wurde der ergebnislosen Hetzereien überdrüssig. Die Zahl der Antisemiten im Reichstage schmolz immer mehr zusammen, und die liberale Partei wie die Regierung nahmen eine den Juden von Jahr zu Jahr freundlichere Stellung ein. Die österreichischen Antisemiten sahen mit Grimm auf das freisinnige Ungarn und dessen zum grossen Teil durch seine israelitischen Bürger lebhaft aufblühende Hauptstadt, die sie in ihrem ohnmächtigen Neid und Zorn „Judapest" tauften.

In Österreich triumphierten sie um so mehr. Das für den Erfolg des dortigen Antisemitismus Entscheidende war, dass sich die Klerikalen oder, wie sie sich nach Stöckerschem Muster nannten, die Christlich-Sozialen auf das engste mit den Antisemiten verbanden, unter der Führung des Gemeinderats Dr. Karl Lueger, eines Mannes, der durch schönes Äussere und derbe volkstümliche Beredsamkeit der Menge bedeutend imponierte, und dessen überragender Einfluss auf seine Partei durch eine aussergewöhnliche, mit vieler Schlauheit gepaarte praktische Begabung in der Tat gerechtfertigt war. Früher Demokrat hatte er diese Partei verlassen, weil sie ihn nicht hinreichend beachtete, und sich dem Antisemitismus zugewandt, wo er sich auf die fortwährend erstarkenden Christlich-Sozialen stützte, und aus-

dessen Leitung er bald Schönerer und seinen nationalistischen Anhang verdrängte. Das tat derselbe Mann, der noch im Jahre 1886 Gott zum Zeugen angerufen hatte, dass er „keinen Unterschied des Glaubens kenne, Christ oder Jude ihm gleich gelte". Seit 1885 war er Reichstagsabgeordneter. Seine Hauptabsicht war: Sturz der liberalen Gemeinderatsmehrheit und Erlangung des Bürgermeisteramtes der Hauptstadt. Wirklich näherte er sich diesem Ziele immer mehr. Die Gemeindewahlen des Jahres 1889 brachten 35 Antisemiten in den Gemeinderat, wo sie jede Gelegenheit zu Hetzereien und Beschimpfungen ergriffen. Draussen wurden ihre Siege durch Tumulte und Lärmszenen gefeiert, denen die Polizei untätig zusah. Die Vertreter der Wiener Kultusgemeinde beschwerten sich bei dem Ministerpräsidenten Taaffe über diese Vorgänge und die seltsame Passivität der Behörden. Der leitende Staatsmann gab die bündigsten Versprechungen, aber seinen Worten folgten keine Taten. Freilich den „Deutsch-nationalen Verein" Schönerers löste die Regierung wegen gesetzwidrigen Verfahrens auf; allein dies geschah nur, weil Schönerer in seiner Schwärmerei für das Deutsche Reich und die Hohenzollern gegen Kaiser Franz Joseph und das Habsburgische Haus offene Feindschaft betätigte. Die Christlich-Sozialen, die den Juden weit gefährlicher waren, liess man unangefochten, da sie unter den hohen Beamten und am Hofe zahlreiche Anhänger besassen; einer ihrer Hauptanführer wurde Fürst Alois Lichtenstein. Diese Richtung erfocht immer neue Siege bei den Wahlen nicht nur zum Wiener Gemeinderat (März 1890) sondern auch zum Niederösterreichischen Landtage, wo neben nur drei Liberalen zehn Antisemiten aus der Urne hervorgingen. In den Reichsrat entsandte Wien mit Niederösterreich ebenfalls dreizehn Antisemiten, Österreichisch-Schlesien zwei (März 1891). Die sich verstärkenden antisemitischen Minderheiten riefen in allen drei Körperschaften unaufhörlich lärmende, mit unsagbarer Roheit geführte Judendebatten hervor, die dazu bestimmt waren und auch den Erfolg hatten, der Bevölkerung die Juden als verabscheuungswürdige und dabei wehrlose Opfer des Hasses und der Verfolgung zu bezeichnen. Daneben setzten die „nationalen" Studenten der Wiener Universität grossartige Prügeleien der anders gesinnten

und zumal der jüdischen Kommilitonen in Szene und zwangen durch wiederholte Beleidigungen den freisinnigen Rektor, den berühmten Geologen Suess, zur Niederlegung seines Rektorates. Ebenso richteten sie aus gleichem Grunde eine heftige Demonstration gegen den nicht minder berühmten Mediziner Professor Nothnagel. Und wie in der Hauptstadt, so in den Provinzen. In Graz verstiegen sich sechs Studenten soweit, nachts die Synagoge nach Kräften zu demolieren. Auch in Prag war beinahe die Hälfte der deutschen Studenten — die Mehrheit der nichtjüdischen — antisemitisch.

Endlich rafften sich die noch freiheitlich und gerecht denkenden Elemente der christlichen Einwohnerschaft zur Bekämpfung dieser schmachvollen und gemeingefährlichen Bestrebungen auf. Im Mai 1891 bildete sich in Wien ein „Verein zur Abwehr des Antisemitismus", dem sofort, was in Deutschland unmöglich gewesen wäre, Mitglieder der höchsten Aristokratie beitraten, wie Fürst und Fürstin Metternich, Graf Zichy, Fürst Wied, Graf Arthur Kinsky, Graf Hans Wilczek, Baron Leitenberger, die Schriftsteller Baron und Baronin von Suttner, Marie von Ebner-Eschenbach, sowie deren Gatte. Auch frühere Minister, der Dichter Ludwig Ganghofer, berühmte Mediziner, wie Rokitansky und Nothnagel, dann Professor Suess wurden Mitglieder. Es war eine in jeder Beziehung illustre Versammlung, die zu den lärmenden Banausen des Antisemitismus einen glänzenden Gegensatz bildete. Am 1. Juni hielt der Verein seine erste Sitzung ab, in der Hofrat Nothnagel eine zündende Rede hielt. Der Verein, an dessen Spitze Baron von Suttner trat, der Gemahl der berühmten Schriftstellerin, veranstaltete in Wien Protestversammlungen gegen das Treiben der Antisemiten, das dort von Suttner, Nothnagel, dem demokratischen Abgeordneten Kronawetter scharf beleuchtet wurde. Kronawetter verkündete als Ziel des Vereins: „Mit den Antisemiten Kampf bis zur Vernichtung". Auch bei der Regierung schritt der Verein wiederholt ein und erhielt dort die üblichen schönen Versprechungen. Aber im Grunde war er viel zu vornehm, um gegen die Demagogie der Nationalen und Christlich-Sozialen aufkommen zu können.

Deren wichtigster Gegner war noch der gerechte und wohlwollende Kaiser Franz Joseph, den die lärmende Roheit und

pöbelhafte Gewalttätigkeit der Antisemiten recht widerwärtig berührte. Er verliess in demonstrativer Weise ein Theater, als auf dessen Bühne ein antisemitisches Kuplet gesungen wurde. „Meine Macht und die vaterländischen Gesetze sichern Ihnen wie jeder Konfession in dieser Monarchie Ihre staatsbürgerlichen Rechte," sagte er zu einer Deputation der israelitischen Gemeinde in Fünfkirchen. In der gleichen Weise hat der Monarch sich bei jeder Gelegenheit, bis zur Gegenwart hin, ausgesprochen. Ja, er wandte sich (Oktober 1892) in zornigen Worten unmittelbar gegen die Antisemiten, deren Treiben im niederösterreichischen Landtage „ein Skandal und eine Schande" sei.

Aber die Verhetzung hatte schon allzu weite Verbreitung gefunden, als dass solche Worte und Beispiele, auch von der höchsten Stelle her, sie tatsächlich hätte zurückdrängen können. Dazu kam, dass, wie in Deutschland, die klerikale Partei den Antisemitismus benutzte, um die Volksmassen wieder ihrer unbedingten Leitung zu unterwerfen. Deshalb half sie ihm durch den Einfluss ihrer Geistlichkeit, durch ihre reichen Mittel. Klostersäle wurden zu antisemitischen Versammlungen hergegeben, Priester und Mönche nahmen an solchen Demonstrationen Anteil.

Ebenso wenig, wie das Ministerium Taaffe, wagte das ihm nachfolgende Kabinett Windischgrätz die Christlich-Sozialen scharf anzufassen. Durch die ungeheuerlichen Verleumdungen, die diese in den gesetzgebenden Körperschaften, im Gemeinderat, in öffentlichen Versammlungen, von der Kanzel herab immer wieder aussprachen, hielten sie ganz Wien mitsamt der Regierung unter einer wahren Schreckensherrschaft. In allen Ländern Österreichs machte sich der Antisemitismus geltend, in der Schule, im Heere, im Staats- und Landesdienste, im geschäftlichen Verkehr, im geselligen Leben, in den Sommerfrischen wie bei den winterlichen Vergnügungen.

Ein Priester, Pastor Deckert, war es, der das Blutmärchen immer wieder zu verbreiten suchte. Er und seine Helfershelfer, die die Volksmassen zum Angriffe auf die Juden aufzuwiegeln suchten, wurden deshalb im Juni 1893 zu strengen Strafen verurteilt. Aber ihre schändlichen Brandstiftungen hatten gezündet. In dem böhmischen Städtchen Kolin und Umgebung fanden

wegen angeblichen Ritualmordes Ausschreitungen gegen die Juden statt; in Benatek sollte ebenfalls ein ertrunkenes Dienstmädchen das Opfer der Juden sein. In Holleschau in Mähren wurden gleich zwei Fälle von Ritualmord durch lügnerische Dienstmädchen konstruiert, jedoch alsbald aufgedeckt. Die Tumultuanten und Verleumder verfielen der Schärfe des Gesetzes — aber die eigentlichen Veranstalter gingen meist straffrei aus, da sie sich wohl hüteten, selber mit Hand anzulegen.

Im ganzen ist nicht zu verkennen, dass die österreichischen Juden sich bei der Abwehr des Antisemitismus sehr lau benahmen, nichts von der kräftigen und zielbewussten Selbsthilfe ihrer reichsdeutschen Glaubensgenossen zeigten. Die Hauptschuld daran trug der Umstand, dass der Besitz und die Intelligenz unter den österreichischen Israeliten — also die recht eigentlich zur Führung berufenen Elemente — sich zumeist, so weit sie nicht geradezu zum Christentum übertraten, doch möglichst mit den Gegnern wohl verhielten, um sich den Unannehmlichkeiten direkter Angriffe zu entziehen. Die meisten von ihnen überliessen in unrühmlicher Weise ihre armen und hilflosen Glaubensgenossen den Misshandlungen oder doch Bedrängnissen durch das Antisemitentum. In Böhmen rafften sich, im Juni 1895, siebenunddreissig jüdische Gemeinden zur Gründung eines besonderen Gemeindebundes auf, dessen Taten sich aber auf Gewährung von Rechtsschutz an solche Glaubensgenossen beschränkten, denen wegen ihres Bekenntnisses Gesetzwidrigkeiten zugefügt würden. Ein ähnliches Rechtsschutzkomitee setzte die „Österreichisch-israelitische Union“ in Wien ein, von deren Wirksamkeit man sonst wenig hörte.

Die Regierung wurde mehr und mehr von dem antisemitischen Strome mit fortgerissen. Freilich, Ausnahmegesetze gegen die Juden brachte sie nicht in Vorschlag, allein sie benachteiligte diese in weniger auffälliger, aber desto wirksamerer Weise. Kein Jude wurde mehr in den Staatsdienst zugelassen, ja christliche Professoren und Beamte, die eine Jüdin zur Frau hatten, wurden zur Niederlegung ihrer Stellen gezwungen, wie das in den Fällen Brentano und Richter (1894) geschah. Eine Reihe von Gesetzen erfloss, die die ökonomische Lage der Juden schwer schädigten: Wiederbelebung der mittelalterlichen Zünfte, Befähigungsnach-

weis für den Handelsstand, Beseitigung des Raten- und Hausierhandels, eine ausgiebige Sonntagsruhe, die die frommen Juden zwang, an je zwei Tagen der Woche — Sabbat und Sonntag — zu feiern. Besonders die galizischen Juden wurden durch die Feindschaft des in diesem Kronlande allmächtigen polnischen Adels immer mehr der Möglichkeit eines anständigen und ehrlichen Broterwerbs beraubt, langsam aus allen Berufen verdrängt. Die Monopolisierung des dortigen Salzhandels machte mehrere Tausende von Familien brotlos. Überall in Galizien gründete der Adel mit Hilfe der Geistlichkeit christliche Warenniederlagen und landwirtschaftliche Genossenschaften. Dazu traten die soeben erwähnten allgemeinen Gesetze, die den Kleinhandel, dem seit Jahrhunderten die mittellosen galizischen Juden oblagen und obliegen mussten, ungeheuer einschränkten.

Und endlich erlangten die Antisemiten den längst erhofften Sieg im Wiener Gemeinderate. Die Wahlen des März 1895 brachten ihnen dort eine neue Verstärkung, so dass ihnen nur wenige Stimmen an der Mehrheit fehlten; die Gegner aber waren eingeschüchtert und gespalten. So setzten jene am 13. Mai 1895 die Wahl ihres Führers Lueger zum Vizebürgermeister durch. Allein da man sich über die Kürung des ersten Bürgermeisters nicht einigen konnte, fiel der Gemeinderat der Auflösung anheim, und damit erlosch auch das neue Amt Luegers. Sofort begannen die Christlich-Sozialen, unterstützt von den Deutsch-Nationalen, die die Niederlage des Liberalismus zu einer endgültigen machen wollten, eine masslose Agitation, die schliesslich durch die im September 1895 stattfindende Neuwahl eine starke antisemitische Mehrheit in den Gemeinderat brachte. Mit 93 Stimmen wurde nun Lueger, der „Herr von Wien“, am 29. Oktober zum ersten Bürgermeister gewählt.

Die Freude war einstweilen von kurzer Dauer. Der Kaiser, der den Antisemiten seine Abneigung bewahrt hatte, verweigerte die gesetzlich notwendige Bestätigung; und als der Gemeinderat von neuem am 13. November Lueger erwählte, wurde sie ihm abermals versagt. Ministerpräsident Graf Badeni gab dazu im Reichsrate die Begründung, dass die Wahl Luegers „nicht die öffentliche Bürgschaft gebe für eine streng objektive, sachliche, von jedweder

agitatorischen Tendenz freie, allen Klassen der Bevölkerung gegenüber gleichmässige, den Anforderungen der Autorität Rechnung tragende Verwaltung". Die wüsten Szenen, die darauf im Parlament, die Strassendemonstrationen, die in der Hauptstadt erfolgten, konnten den Widerwillen an der höchsten Stelle des Staates nur verstärken. Der Gemeinderat ward abermals aufgelöst, ein Regierungskommissar provisorisch mit der Verwaltung der Stadt beauftragt.

Im März 1896 fanden neue Gemeinderatswahlen statt, die die alte antisemitische Mehrheit wieder ergaben. Sie erwählte Lueger zum dritten Male zum Bürgermeister. Um sich selbst und seine Partei aus der Sackgasse herauszubringen, fasste Lueger einen sehr klugen Entschluss. Er suchte eine Audienz beim Kaiser nach, und auf dessen Wunsch verzichtete er selber einstweilen auf sein Amt. Damit hatte er dem Willen des Herrschers auf eine Weise Rechnung getragen, die ihm dessen Gunst für die Zukunft sicherte. An seiner Stelle wurde sein Vertrauter Strobach erster Bürgermeister, er selber — dessen Strohmann jener nur war — Vizebürgermeister (6. Mai 1896). Diese Wahlen wurden von der Regierung anstandslos bestätigt; sie hatte sich, mit Schonung der Form, den Antisemiten unterworfen.

Die neue Mehrheit arbeitete rasch und entschieden. Sie beschloss, dass kein Jude Stadtrat (Magistratsmitglied) werden dürfe; kein Jude solle irgend eine Anstellung oder Übertragung einer Lieferung von der Stadt erhalten — Grundsätze, die doch der österreichischen Verfassung durchaus zuwiderliefen. Die schon angestellten jüdischen Beamten wurden bei Beförderungen systematisch übergangen. Sämtlichen armen israelitischen Schülern der städtischen Gymnasien wurde der Erlass des Schulgeldes entzogen.

Ebenso schloss der niederösterreichische Landtag, der fast völlig aus Antisemiten bestand, die jüdischen Schüler aus den von ihm unterstützten Schulen aus und verweigerte den israelitischen Waisen-Unterstützungsvereinen die seit vielen Jahren gewährte Beisteuer. Da man die jüdischen Kinder nicht ganz aus den öffentlichen Schulen zu entfernen vermochte, ordnete der Wiener Schulrat an, dass sie getrennt von den christlichen Kindern

gesetzt werden sollten — ein Beschluss, den die Regierung freilich wieder aufhob.

Die Aussichten wurden immer trüber. Denn die Reichsratswahlen im März 1897 ergaben eine zerschmetternde Niederlage des deutschen Liberalismus, den Triumph der Klerikalen, Nationalisten und Antisemiten jeder Art. Nunmehr legte Strobach sein Amt nieder, und Lueger wurde zum vierten Male zum ersten Bürgermeister von Wien erkoren, auch jetzt von der Regierung ohne weiteres Zögern bestätigt. Diese konnte tatsächlich dem wiederholten und von der offenbaren Mehrheit getragenen Verlangen der städtischen Bevölkerung nicht mehr widerstehen. Die Juden, die sich bei den Wahlen sehr lau benommen, hatten am wenigsten Grund, die Regierung dafür anzuklagen. Wie schlecht schützte sich die österreichische Judenheit gegen die sich drohend wider sie erhebenden Gefahren! In religiöser und politischer Beziehung durchaus uneinig, ohne anerkannte Führer, ja ohne wirklichen Versuch tätiger Abwehr, liess sie kraftlos alles über sich ergehen, soweit sie nicht, und zwar in ausgedehntem Masse, sich durch Übertritt zum Christentum zu retten suchte.

Inzwischen wetteiferten Deutsche und Tschechen in Böhmen in Beschädigung und Plünderung jüdischer Läden und Wohnungen. Jede dieser Nationalitäten mit ihrem wilden, leidenschaftlichen Chauvinismus sah in den Juden Fremde, Gegner. Zumal die Tschechen beschuldigten die Juden, überall Agenten der Germanisierung zu sein. In Prag selbst, das durch seinen rohen Pöbel berüchtigt ist, geschahen die schändlichsten Greuel; eine jüdische Hökerin, die ihre armselige Habe verteidigte, wurde niedergestochen. An achthundert jüdischen Häusern und Kaufläden wurden die Fenster zertrümmert, vierundvierzig jüdische Geschäfte ausgeraubt. Das Standrecht musste über die tschechische Hauptstadt verhängt werden. Und der „Verein tschechischer Juden“ antwortete auf alle diese Scheusslichkeiten mit einer demütigen Bitte an die Herren Tschechen, es doch damit genug sein zu lassen! Eine bittere Ironie auf die Selbstachtung der böhmischen Judenheit. Viel wirksamer als dies Gewinsel war der Schutz des Militärs. Die Regierung ermahnte die böhmischen Beamten und Lehrer, aus allen Vereinen mit antisemitischer

Tendenz auszutreten, vielmehr in Leben und Lehre Duldung und allgemeine Menschlichkeit zu verfechten.

Auch unter den Polen Galiziens trat der Antisemitismus immer unverhüllter auf. Das leitende Blatt der herrschenden Adelspartei, der „Czas“, gab ihm offen kund, und daneben entstanden immer zahlreicher eigentlich antisemitische Hetzblätter. Die Agitation wurde in Stadt und Land systematisch betrieben, auch in der Schule. Der Adel förderte dieses Vorgehen, um den Unwillen des Volkes wegen der Unterdrückung, unter der es seufzte, auf die Juden abzulenken. Mit Erfolg. Im März 1898 fanden Ausschreitungen gegen diese in Wieliczka statt; es folgten Przemysl, Kalvarya, Tluste, Radziszow, Chodorow, Schodnim, Gorlice, im ganzen 32 Ortschaften. Die Geistlichkeit stand bei der giftigen Tätigkeit dem Adel getreulich zur Seite. Erst die Salven der Gendarmerie und des Militärs konnten die Unruhe unterdrücken. Die Strafe fiel natürlich auf die betörten Bauern und Arbeiter, während die eigentlichen Hetzer sich im Hintergrunde hielten. Vielmehr sprach der Polenklub der Reichsratsabgeordneten seine Entrüstung über Vorgänge aus, die seine Standes- und Gesinnungsgenossen selber hervorgerufen hatten. Allerdings hatten die Plünderer, einmal in Appetit gekommen, begonnen, ihre Arbeit auch gegen die adligen Gutshöfe zu richten. In ganz Westgalizien herrschte der Aufruhr, ganze Stadtviertel gingen in Flammen auf. Der Belagerungszustand musste über die Provinz verhängt werden.

Was wollte gegen die entfesselten Volksleidenschaften der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ mit seinen einigen Tausenden hochgebildeter Mitglieder ausrichten? Gewiss waren seine Absichten sehr lobenswert, und die Männer und Frauen der Geburts- und Geistesaristokratie, die ihm treu blieben, können wegen ihres sittlichen Mutes nicht genug gepriesen werden. Aber sie waren Offiziere ohne Armee, und sogar mit Geldmitteln haben die reichen österreichischen Juden den Verein allzuwenig ausgerüstet. So mussten seine tatsächlichen Leistungen geringfügig bleiben. Die Juden stritten unterdes über den Namen und die Satzungen ihres Gemeindebundes, der unter dem hochtönenden Titel „Allgemeiner österreichisch-israelitischer Bund“ endlich im November 1899 zustande kam. Mehr als 150 Gemeinden traten ihm bei, aber seine Taten waren gering.

Und doch war ein neuer Blutlügen-Prozess in Böhmen im Gange. Eine neunzehnjährige Nähterin, Agnes Hruza aus Klein-Veznic bei Polna, wurde am 1. April 1899 in einem Walde mit durchschnittenem Halse gefunden. Ein halb blödsinniger jüdischer Tagedieb, Leopold Hilsner, ward darauf, trotz mangelnder Beweise, dieser Tat und in der Eile noch eines anderen Mordes angeklagt, in zwei Schwurgerichtssitzungen schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt; der Kaiser begnadigte ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus. Die Verhandlungen der Gerichte hatten unter dem Drucke fanatischer antisemitischer Agitation von tschechischer Seite stattgefunden, die Schuld Hilsners war nichts weniger als klar dargetan. Christliche wie jüdische Wahrheitsfreunde, besonders der Professor der Soziologie an der Prager tschechischen Universität, Reichstagsabgeordneter Massaryk, haben sich wiederholt um eine Revision des Prozesses bemüht — aber sie scheiterten an der Macht der Klerikalen und Antisemiten.

Denn diese hatten sich sofort der Angelegenheit bemächtigt, um die Anklage des Ritualmordes zu erheben. Eine Protestversammlung der jüdischen Gemeinde in Wien sowie eine Verwahrung der hervorragendsten Rabbiner Galiziens und der Bukovina brachten selbstverständlich nicht den mindesten Eindruck auf die erregten Massen hervor. Es kam an verschiedenen Orten Böhmens und Mährens zu Gewalttaten gegen die Juden, denen besonders in der längst antisemitisch verseuchten Stadt Holleschau schlimm mitgespielt wurde. In erfreulicher Weise nahmen nicht nur jüdische Reichstagsabgeordnete sondern auch der Vertreter der Polen im Ministerium auf das entschiedenste gegen die Blutlüge Stellung. Aber die Antisemiten im Reichstage und draussen antworteten ihnen, indem sie im Bewusstsein ihrer durch mächtige Einflüsse gesicherten Straflosigkeit die Regierung, die Gerichte und die Prager medizinische Fakultät der Konnivenz mit den Juden beschuldigten.

Die Herrschaft des antisemitisch gefärbten Klerikalismus wurde immer fester und zuversichtlicher. Der neue Ministerpräsident von Körber gab den Juden und ihren Verteidigern gewohnheitsmässig die beruhigendsten Versicherungen, bestätigte aber das neue Statut und die neue Wahlordnung für die Stadtgemeinde Wien, die derart gestaltet waren, dass sie die Herr-

schaft der Christlich-Sozialen hier zu verewigen versprachen. Wirklich erfochten diese 1900 bei den Wiener Gemeinderatswahlen einen glänzenden Sieg, der ihnen in der Stadtvertretung eine erdrückende Mehrheit verschaffte. Inzwischen stahl die katholische Geistlichkeit in Galizien fleissig jüdische junge Mädchen und steckte sie in Klöster. Keine Klagen und Bemühungen der untröstlichen Eltern führten zu einem Erfolge: man sagte ihnen an massgebender Stelle, dass die Macht des Staates an den Klostermauern scheitere — es war ein Minister, der diese Bankrotterklärung der österreichischen Staatsgewalt offen aussprach. Wie im tiefsten Mittelalter! Erst im Jahre 1905 fand die Statthalterei in Krakau den Mut, von den frommen Dieben die Herausgabe einiger der gestohlenen Mädchen zu erzwingen. Dabei herrschte unter den galizischen Juden entsetzliches Elend. Den zahlreichen jüdischen Bergleuten in Boryslav wurde einfach der Stuhl vor die Türe gesetzt und der Hungertod vor Augen gestellt. So beförderten die polnischen Freiheitshelden die nützliche, ehrliche Handarbeit unter den galizischen Juden!

Die Reichstagswahlen, die im Januar 1901 vollzogen wurden, gestalteten sich in Galizien recht unerfreulich. Die Wahl einiger Renommier-Juden zu Abgeordneten war die Folge des Bündnisses, das die Führer der dortigen Israeliten mit dem Adelskomitee abgeschlossen hatten; dafür mussten die Juden, unter der Leitung ihrer selbstsüchtigen „Grossen", vielfach gegen Liberale für ausgesprochene Klerikale und Antisemiten stimmen. Auch ein Beitrag zu der traurigen Wahrnehmung moralischer Verkrüppelung bei unsern östlichen Stammesgenossen. Sonst verloren bei dem Wahlfeldzuge in Österreich die Christlich-Sozialen einige Sitze; um so mehr wuchsen die Deutsch-Radikalen und Alldeutschen an, die die Bekämpfung der Juden gleichfalls auf ihre Fahne geschrieben hatten. Dagegen berief der Gerechtigkeitssinn des greisen Kaisers wiederum einen Israeliten, den Universitätsprofessor Theodor Gomperz, in das Herrenhaus, wo schon dessen Bruder einen Sitz einnahm.

Einen grossen Umschwung in den parlamentarischen Verhältnissen Österreichs brachte die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes zuwege. Bei den ersten Wahlen nach dieser neuen

Verfassung, im Jahre 1907, war es selbstverständlich, dass in einem Staate, in dem eine und eine viertel Million Juden wohnten, zum Teile eng zusammengedrängt, auch einige jüdische Abgeordnete aus der Urne hervorgingen. Indessen war ihre Zahl geringer, als sie nach der Menge, der Intelligenz und dem wirtschaftlichen Einflusse der österreichischen Israeliten hätte sein sollen; sie betrug nur zwölf. Die Zwistigkeiten, grundsätzlicher und persönlicher Art, im Schosse der Judenheit selbst hatten dieses mangelhafte Ergebnis bewirkt. Viele Juden stimmten, aus Abneigung gegen den Sozialismus, für die Christlich-Sozialen. Eine haltlose Gesinnung, zu der sich nichts sagen lässt, die man nur staunend feststellen kann. Der greise Träger der Krone dagegen erwies von neuem sein Gerechtigkeitsgefühl und sein Wohlwollen für seine israelitischen Untertanen, indem er abermals einen von ihnen, den Hofrat Professor von Schey, in das Herrenhaus berief, wo nunmehr sechs Israeliten sich befanden.

Nur schwach pulsierte das Leben unter den österreichischen Juden. Sie fanden sich weder zur Abwehr der äusseren Angriffe noch zu gemeinsamer Arbeit für Hebung des religiösen Empfindens und der Kultur untereinander zusammen. Der Österreichisch-Israelitische Bund bestand lediglich dem Namen nach. Die Siege, die die Christlich-Sozialen in immer steigendem Umfange bei den Gemeindewahlen in Wien erfochten; das immer erneute Wiederauftauchen der ebenso schändlichen wie gefährlichen Blutlüge; der tiefe Kulturzustand eines grossen Teiles der österreichischen Judenheit, alles das sind Tatsachen, die gebildete und warmfühlende Israeliten Österreichs endlich aus ihrer schlaffen Gleichgültigkeit aufschrecken müssten. Freilich sind die Schwierigkeiten gross — um so energischer sollten sie an deren Beseitigung gehen.

Die Christlich-Sozialen setzten es durch, dass zwei der Ihrigen Minister wurden, davon der eine, ein ehemaliger Lohnschreiber, Minister des wichtigen Departements der öffentlichen Arbeiten. Durch solchen Erfolg ermutigt, brachte diese Partei 1908 im Abgeordnetenhause des Reichstags den Antrag ein, nach russischem Vorbilde die Zahl der jüdischen Schüler auf einen noch zu bestimmenden Prozentsatz herabzumindern. Trotz der wüsten Agitation, die die Christlich-Sozialen für diesen Vorschlag

betrieben, ist die Kraftprobe nicht zu ihren Gunsten ausgefallen; der Antrag wurde mit 205 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Aber bezeichnend bleibt es dennoch, dass ein Antrag, der nicht nur den elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit und Humanität sondern auch der beschworenen Verfassung entgegenlief, eine so bedeutende Minderheit fand, und dass die Minister, die Abgeordnete waren, sich der Abstimmung enthielten. Sie wollten offenbar ihre antisemitischen Kollegen nicht verletzen.

Solchen Vorgängen gegenüber trat im April 1908 ein österreichisch-israelitischer Delegiertentag zusammen, der zum so und so vielten Male eine engere Organisation des österreichischen Judentums beschloss und diese einem für den Herbst einzuberufenden Bundestage vorlegen wollte. Aber Galizien schloss sich sofort von der beabsichtigten Einigung aus.

Viel günstiger hatten sich zunächst die Umstände in dem ungleichen Bruderstaate Ungarn gestaltet. Nachdem die Haltlosigkeit der Blutlüge in dem Tisza-Eszlar-Prozess deutlich hervorgetreten war, hatten die Magyaren sich der ganzen antisemitischen Bewegung geschämt. Ruhe und Friede waren in dem ganzen Lande eingetreten, unter deren Segen auch die Israeliten Ungarns sich geistig und materiell in gedeihlicher Weise entwickelten. Erst im Jahre 1895 machte sich eine erhöhte Tätigkeit der klerikalen „Volkspartei“ geltend, die, wie in Deutschland und Österreich, als Sturmbock gegen die Liberalen den Antisemitismus pflegte und förderte und hierbei von dem niederen katholischen Klerus lebhaft unterstützt wurde. Selbst das Blutmärchen wieder zu verbreiten, auch von der Kanzel herab, scheuten sich, trotz der Missbilligung seitens der Bischöfe, viele Geistliche nicht. Freilich, die Regierung griff scharf zu und liess die unwürdigen Priester sowie deren Helfershelfer unter den Laien zu harten Strafen verurteilen. Aber das liess die Hetzkapläne höchstens vorsichtiger auftreten. Sie gründeten in zahlreichen Städten „christliche“ Konsumvereine und verbreiteten Flugschriften: „Kauft nicht bei Juden!“ Allmählich verlor sich wieder die Scham, zu den Antisemiten gerechnet zu werden; ihre Anhänger mehrten sich rasch an Zahl; schon kamen — 1900 — neuerdings einzelne Ausschreitungen vor. Die Regierung, die noch aufrichtig liberal war, suchte das Unheil an der Wurzel zu er-

sticken und erteilte die allgemeine Weisung (1901), die Verbreiter der Blutlüge ausfindig zu machen und zu unnachsichtiger strafrechtlicher Verfolgung zu bringen.

Allein auch in Ungarn ging es bergab mit dem Liberalismus, wie in so vielen anderen europäischen Ländern. Zwar die Reichstagswahlen des Jahres 1901 brachten so ziemlich der liberalen Partei die alte Mehrheit — aber diese Erhaltung ihres äusseren Bestandes war nur auf Kosten ihrer inneren Festigkeit und Zusammengehörigkeit geschehen; sie enthielt zahlreiche Elemente konservativ-klerikaler und infolgedessen judenfeindlicher Richtung. Diese machten sich bald (1903) in einem Einwanderungsgesetz geltend, das tatsächlich zur Erschwerung des Zuflusses galizischer, rumänischer und russischer Juden dienen sollte. Allmählich gab auch die Regierung dieser Färbung Raum. Obwohl staatsrechtlich der jüdische Kultus dem christlichen gleichgestellt war, bestimmte sie für jenen viel geringere Beträge im Staatshaushalte, als ihm nach dem Zahlenverhältnis seiner Bekenner zukam.

Die Neuwahlen zum Reichstage im Januar 1905 brachten dann eine zerschmetternde Niederlage der abgewirtschafteten und uneinigen liberalen Partei; und nach der Zwischenregierung des ausserparlamentarischen Ministeriums Féjerváry kam im April 1906 die „Unabhängigkeitspartei“ und mit ihr das Kabinett Wekerle zur Herrschaft. Hochadel und Klerus waren die Paten und Förderer der Partei und des Kabinetts. Dessen Justizminister Polonyi und Unterrichtsminister Graf Apponyi waren Klerikale mit antisemitischer Gesinnung. Das klerikale Element drängte sich immer mehr in den Vordergrund und gewann, mit zäher Beharrlichkeit verfahrend, das Übergewicht. Das trat im Gebaren der Regierung und ihrer Mehrheit deutlich hervor, die sogar den jüdischen Reichstagsabgeordneten gegenüber den parlamentarischen Anstand schroff verletzte. Der Unterrichtsminister, der sich ausser Landes auf den grossen internationalen Zusammenkünften als begeisterter Vorkämpfer aller Freiheiten gab, betrieb daheim mit seinem als offener „Antimosaist“ — wie man in Ungarn sagt — bekannten Ministerialdirektor Baron Borköczy die Säuberung der höheren Schulen von jüdischen Lehrern; an den Universitäten wurde

kein ungetaufter Jude mehr Professor. Das sind unzweifelhafte Tatsachen, die beweisen, wohin die gegenwärtige ungarische Regierung neigt. Das Volk zog daraus seine Schlüsse. Die Wahlkämpfe wurden mit Vorliebe, selbst in der Reichshauptstadt, mit antisemitischen Waffen geführt, denen man doch einen grossen Eindruck auf die Wählerschaft zuschreiben musste. Die ungarischen Juden täten gut solchem Treiben mit aller Kraft entgegen zu wirken, anstatt sich untereinander wegen konfessioneller Streitigkeiten zu zerfleischen.

Kapitel Drei.

Frankreich und andere Länder.

Nicht nur Deutschland und Österreich-Ungarn, auch das Mutterland der Gewissensfreiheit und Gleichheit aller Staatsbürger, auch Frankreich wurde von der Krankheit des Antisemitismus ergriffen; auch hier wurde die Ansteckung durch den Klerikalismus übertragen. Dieser herrschte schon in der französischen Nationalversammlung der Jahre 1871—1876 und besonders in der Regierung des Präsidenten der Republik, Marschalls Mac Mahon. Die machthabende Partei begann alsbald mit der Absetzung zahlreicher höherer Beamten jüdischen Glaubens; mit grosser Ungunst behandelte sie die Israeliten in Algerien, denen sie die 1870 verliehene Naturalisation als Franzosen wieder zu entziehen drohte. Auch an schriftstellerischer Verfechtung des Antisemitismus fehlte es nicht. Ein angeblicher Türke, der sich Major Osman Bey nannte, veröffentlichte 1875 in französischer Sprache eine Schrift „Die Eroberung der Welt durch die Juden", in der er zum ersten Male deren angebliche Bestrebungen nach der Weltherrschaft denunzierte. Die hauptsächlichsten Elemente in diesem Kampfe seien das Haus Rothschild — die jüdische Geldmacht — und die „Alliance israélite universelle" — die jüdische Geheimbündelei. Diese lügnerischen Schlagworte sind dann nicht allein in dem französischen Antisemitismus lebendig und wirksam geblieben. Vergebens liehen die Rothschilds auch judenfeindlichen Regierungen; vergebens stellte man in nicht zu bezweifelnder Weise das Wesen und die Arbeit der Alliance richtig dar. Missgunst und bewusste Unwahrheit verstanden es, immer wieder Hunderttausende über den wahren Tatbestand zu täuschen. Israel zog unter Führung der Rothschilds und der Alliance zur Eroberung der Welt aus, nach Anleitung der schauderhaften Geheimlehren des Talmuds!

Solche Anklagen erhob, neben vielen anderen, ein im Jahre 1881 entstehendes Wochenblatt, das den vielversprechenden Titel „L'Antijuif" führte und die Aufhebung der Gleichberechtigung der französischen Juden sich zur Aufgabe stellte. Aber auch altbekannte, einflussreiche französische Zeitschriften traten in den Dienst der schlechten Sache, wie der „Figaro" und die längst klerikal angehauchte Revue des deux Mondes. In ernsten Artikeln und in Romanen suchten sie die Juden verhasst und lächerlich zu machen. Beide Blätter sind für die Reichen, Eleganten und Vornehmen bestimmt, und wenn sie eine judenfeindliche Haltung annahmen, so beweist dies, dass sie solche Gesinnung als in dem Kreise ihrer Leser verbreitet voraussetzten. Die klerikale Partei, die in dem grossen politischen Kampfe seit 1877 schliesslich unterlegen war, gebrauchte den schon in Deutschland und Österreich-Ungarn bewährten Kunstgriff, den Liberalismus an dem Punkte anzugreifen, wo ihm das altüberlieferte Vorurteil am ehesten eine Schwäche schuf, nämlich an der Emanzipation der Juden. Indem man die Juden bekriegte, hatte man den Liberalismus im Auge. Allmählich tauchten bei den Abgeordnetenwahlen auch offen antisemitische Kandidaturen auf. Aber lange Zeit hindurch hatten alle diese Bemühungen keinen tatsächlichen Erfolg.

Einen entscheidenden Einfluss zur Belebung solcher dem französischen Geiste so widerstrebenden Bewegung übte das im Frühjahr 1886 veröffentlichte Buch La France juive von Eduard Drumont. Dieser bis dahin unbekannte Journalist hoffte in der neuen Laufbahn Namen und Geld zu gewinnen. Mit grosser Beredsamkeit, vielem Geschick und täuschender Vermischung von etwas Wahrheit mit vielen Übertreibungen und Unrichtigkeiten sucht er in seiner Schrift die Vorherrschaft des jüdischen Wesens in Frankreich nachzuweisen, wobei er selbstverständlich von den Juden und ihrer Tätigkeit die abschreckendste Schilderung gibt. Das verderbliche Buch fand die grösste Verbreitung und erlebte mehr als hundert Auflagen. Seine Wirkung wurde durch weitere Veröffentlichungen desselben Autors verstärkt, alle in lebhafter, drastischer, fesselnder Weise geschrieben: „Die France juive vor der öffentlichen Meinung," „Das Ende einer Welt," „Letzte Schlacht," „Das Testament eines

Israeliten". Der Erfolg dieser Schriften ist durch dieselben Umstände zu erklären, die dem Antisemitismus in Deutschland und Österreich-Ungarn zu seinen Siegen verhalfen: alles was engherzig nationalistisch, reaktionär, klerikal dachte, ferner alles, was gegen die bevorzugte Stellung einiger Israeliten Neid empfand, scharte sich um seine Fahne. Es war der Schlachtruf, den alle gegen die moderne freiheitliche und humanitäre Entwickelung feindlich Gesinnten annahmen, weil sie mit Recht voraussetzten, dass er bei der Masse geistig und kulturell Zurückgebliebener, bei den Strebern und Unfähigen Anklang finden würde. Das widerwärtige, sich überall an die Öffentlichkeit vordrängende Gebaren einiger jüdischer Emporkömmlinge begünstigte den Feldzug der Dunkelmänner. Auch manche bekannte Radikale, wie der Marquis von Rochefort und Clovis Hugues, beteiligten sich an der Fehde, teils aus Lust am Skandal, teils aus Hass gegen das Judentum als die Mutter der positiven Religionen.

Der buchhändlerische Erfolg der France juive verursachte sofort das Erscheinen einer Menge, freilich weniger geschickter Schriften von ähnlicher Richtung. Reaktionäre Gelehrte, wie der bekannte Literaturhistoriker Brunetière, suchten von angeblich höherem wissenschaftlichem Standpunkte aus das Judentum als minderwertig nachzuweisen. Verteidigungen von jüdischer Seite, wie von dem angesehenen Philosophen Adolf Franck, übten geringe Wirkung. Der Antisemitismus machte vielmehr gegen Ende der achtziger Jahre in Frankreich grosse Fortschritte. Ein gewandter Kunstgriff der Antisemiten war es, wenn sie den deutsch klingenden Namen vieler aus dem Elsass oder gar aus Deutschland stammender französischer Juden zum Vorwande nahmen, um diese überhaupt zu „Preussen" zu stempeln und als solche verhasst zu machen. Während in Deutschland der Antisemitismus die Juden als Nicht-Deutsche bezeichnete und ausschloss, beschimpfte er sie in Frankreich als Deutsche, als geborene Feinde des französischen Wesens. Das hat Hunderttausende von christlichen Franzosen tatsächlich dem Antisemitismus in die Arme getrieben.

Besonders stark trat dieser, aus den schon früher von uns angeführten Gründen, in Algerien hervor. Hier kam es

bereits 1882 in Tlemcen zu antisemitischen Demonstrationen. Um Reibungen zu vermeiden, musste das Kriegsministerium die jüdischen Rekruten aus Algerien in Regimenter einstellen, die im eigentlichen Frankreich — nicht in der Kolonie — ihren Standort hatten. Aber auch so fanden blutige Zusammenstösse in mehreren algerischen Städten zwischen Antisemiten und Juden statt. Namentlich bei Gelegenheit der Wahlen hielten viele Christen, die Radikale waren, es für angebracht, die meistens zu den gemässigt Liberalen gehörenden Juden als solche zu schmähen und anzugreifen. Übrigens fielen damals die radikalen Kandidaten durch.

Die vollständige Niederlage, die, kurz vor dem schon für sicher errachteten Triumphe,die revanchewütigen Chauvinisten unter der Führung ihres traurigen Helden, des „braven" Generals Boulanger, erlitten, beschlossen sie, im Einklang mit den Klerikalen und Antisemiten, an der verhassten freisinnigen Republik zu rächen: als Einleitung dazu sollte, nach bewährten Mustern, der Feldzug gegen die Juden dienen. Dass viele jüdische Abgeordnete und Publizisten zu den eifrigsten, wenn auch nicht heftigsten, Verteidigern der Republik gegen Boulangisten, Klerikale und Monarchisten gehört hatten, gab diesen Parteien einen erneuten Anlass und zugleich eine bequeme Handhabe für ihre Angriffe. Das Hauptorgan der also riesenhaft anschwellenden antisemitischen Partei wurde das von Drumont 1892 begründete Blatt La libre Parole („Das freie Wort"), das übrigens von den Jesuiten unterstützt und bezahlt war; sein erster Präsident des Verwaltungsrates war Odelin, der 1882—1890 Verwalter des Vermögens der Angestellten dieses Ordens in Paris gewesen war. So erblicken wir überall in Frankreich den Klerikalismus als eifrigsten Förderer des Antisemitismus.

Dieser wandte sofort alle seine gebräuchlichen Waffen an. Ein gewisser Henri Desportes hatte 1889, mit einer Vorrede Drumonts, ein Buch „Das Blutmysterium bei den Juden" veröffentlicht, das die noch fortdauernde Anwendung des Ritualmordes bei den Juden behauptete. Die Auffindung einer verstümmelten Kindesleiche im Frühjahr 1892 gab den erwünschten Anlass, hier den tatsächlichen Beweis für die Angaben Desportes' als für erbracht hinzustellen — bis sich vier Monate später er-

gab, dass das Kind von seiner eigenen katholischen Mutter getötet worden war. Auch sonst wurden gegen Juden, Protestanten und Freidenker die albernsten Verleumdungen keck geäussert, die freilich dem Hauptschreier Drumont drei Monate Gefängnis einbrachten, unter dem tosenden Gebrüll seiner Anhänger. Lärmende Volksversammlungen wurden veranstaltet, in denen sich besonders der Marquis von Morès, ein leidenschaftlicher Führer der Klerikalen, hervortat. Die Strassen von Paris, Lyon und anderer Städte wurden von Pöbelhaufen durchzogen, mit dem Rufe: „Nieder mit den Juden" — Vorfälle, die man noch wenige Jahre vorher in dem Lande der Gewissenfreiheit nicht für möglich gehalten hätte. Besonders suchten die Antisemiten die Juden aus dem Offiziersstande zu drängen, indem sie die jüdischen Offiziere beschimpften: daher zahlreiche Duelle, bei deren einem der hoffnungsvolle dreiunddreissigjährige Hauptmann Mayer von dem Marquis von Morès getötet wurde. Der Übelstand wurde so gross, dass der Kriegsminister de Freycinet und der Gouverneur von Paris, General Saussier, die jüdischen Offiziere in Schutz nahmen und ihnen empfahlen, wegen antisemitischer Anzapfungen Duelle nicht einzugehen.

Es zeigte sich jedoch, dass einstweilen die überwiegende Masse des Volkes noch nicht die Grundsätze der grossen Revolution vergessen hatten die seit einem Jahrhundert Frankreich beherrschten und erfüllten. Die Juden fanden überdies einen beredten, wenn auch gegen ihre Fehler nicht blinden Verteidiger in dem hervorragenden Historiker und Politiker Anatole Leroy-Beaulieu. Sein Buch „Israel bei den Nationen" (1893) widerlegte eingehend auf geschichtlicher und ökonomischer Grundlage die gegen Juden und Judentum erhobenen Vorwürfe. Allerdings verlangte auch er, dass der Jude seine „Stammeseigentümlichkeiten", das heisst das ihn von den Andersgläubigen scharf trennende Zeremonial und besonders die Speisegesetze, aufgebe und sich seinen Wirtsvölkern äusserlich anpasse. Dieser notwendige Prozess aber sei früher durch das Einsperren in das Ghetto und werde jetzt durch den Antisemitismus lediglich verzögert, der, an sich ungerecht, in seinen Wirkungen für Juden und Nichtjuden verderblich sei. Die Schrift, in vielen Auflagen vergriffen, brachte durch die Person ihres Verfassers sowie durch ihre würdige, gründ-

liche und dabei anziehende Darstellung einen grossen Eindruck hervor. Ebenso geisselte Emil Zola im „Figaro“ vom 16. Mai 1893 den Antisemitismus in Frankreich. Er sprach seine „Überraschung“, seinen „wachsenden Ekel“ über diese „Ungeheuerlichkeit“, diese dumme und blinde Sache, den Feldzug gegen die Juden aus. Zola war damals der gefeiertste und gelesenste Schriftsteller Frankreichs. Ihm stimmte von London der berühmteste Chirurg der Zeit, Lord Josef Lister bei, der öffentlich sagte: „Es gibt nichts Verächtlicheres, als den Hass gegen die jüdische Rasse, die die edelste auf Erden ist.“

Die Wahlen zur französischen Deputiertenkammer im August 1893 brachten wieder mehrere Israeliten in diese hohe Körperschaft, während Drumont schmählich durchfiel. Schon glaubte man das Schlimmste überstanden, als der Antisemitismus eine gewaltige, alles mit sich fortreissende Förderung erhielt durch die schändliche, von den Klerikalen im Offizierkorps angezettelte Intrige: „den Fall Dreyfus.“

Das Kundschaftsbureau im französischen Kriegsministerium hatte seit einiger Zeit den Verdacht geschöpft, dass einer der ihm zugeteilten Offiziere heimlich dem deutschen und italienischen Militärattaché in Paris Nachrichten zufliessen lasse. Es verschaffte sich durch eine Aufwartefrau im deutschen Botschaftspalais einen weggeworfenen Zettel, aus dem hervorging, dass „der Schuft D.“ dem deutschen Militärattaché Pläne der Festung Nizza ausgeliefert habe; ein Brief, offiziell das „Bordereau“ („Aufzeichnung“) genannt, enthielt verschiedene Mitteilungen über Neueinrichtungen in der französischen Artillerie. Die Leiter des Kundschaftsbureaus warfen den Verdacht auf den Hauptmann Alfred Dreyfus, einen elsässischen Juden von grosser Begabung, der jedoch wegen seines hochfahrenden Benehmens und seiner Abgeschlossenheit bei Kameraden und Vorgesetzten wenig beliebt war. Es verschlug nichts, dass Dreyfus stets ein glühender französischer Patriot gewesen war; nichts, dass seine Wohlhabenheit auf der der einen, seine ruhige, häusliche Lebensweise auf der anderen Seite die Annahme verräterischer Bestechungen unerklärlich machten. Der antisemitische Oberst Sandherr, der Chef des Bureaus, General Boisdeffre, Chef des Generalstabes, und sein Stellvertreter General Gonse waren sofort einig darüber, dass nur

der Jude das Verbrechen begangen haben könne. Man legte das Bordereau Schriftsachverständigen vor, von denen einige die Indentität seiner Schrift mit sonstigen Schriftstücken Dreyfus' behaupteten, andere entschieden in Abrede stellten. Trotz dieses Zwiespaltes wurde der Hauptmann am 15. Oktober 1894 verhaftet: der mit der Untersuchung betraute klerikal-aristokratische Major Du Paty de Clam tat alles, ihn zu einem Geständnisse zu bewegen — umsonst. Es zeigte sich nachträglich, dass alle Schriftstücke, die man von Dreyfus während seiner Haft aufsetzen liess, keine Ähnlichkeit mit den Zügen enthielten, die das Bordereau aufwies. Aber man behauptete, dass er jetzt seine Schrift verstelle.

Noch war nichts entschieden, vielmehr die Unwahrscheinlichkeit der Schuld des Hauptmanns sehr gross. Der Kriegsminister General Mercier zögerte. Allein die Antisemiten und Klerikalen wollten sich das ihnen so erwünschte Opfer nicht entgehen lassen. Die antisemitische Presse bemächtigte sich der Angelegenheit, um der militärischen Behörde Gewalt anzutun. Ein Kamerad Dreyfus', Major Henry, hatte die Sache der „Libre Parole" Drumonts verraten, mit dem charakteristischen, völlig aus der Luft gegriffenen Zusatz: „Ganz Israel ist in Aufruhr". Die Meute konservativer, klerikaler, monarchistischer, nationaler Richtung schrie die Schuld des „Juden" Dreyfus nach allen Himmelsrichtungen als erwiesen aus. Das Manöver glückte: Kriegsminister Mercier fürchtete die Bezichtigung, ein Mitschuldiger des „fremden Verräters" zu sein, und nahm von diesem Augenblicke (Anfang November 1894) an die Verantwortlichkeit für die Behauptung auf sich, dass Dreyfus' Schandtat zweifellos sei.

Die öffentliche Meinung, auf das äusserste erregt, von falsch geleitetem Patriotismus aufgewühlt, begierig, die Schmach von der vaterländischen Armee abzuwälzen, stürzte sich wuterfüllt auf Dreyfus, dessen angeblicher Verrat, der, wenn selbst erwiesen, an sich höchst unbedeutende Dinge getroffen hätte, ins Ungemessene vergrössert wurde. Da die höchsten Autoritäten des Heeres, auf die man für einen Kriegsfall alles Vertrauen setzte, gegen Dreyfus Partei ergriffen hatten, erschien die Schuldigerklärung des „Juden" als eine Ehrensache der Armee, des Landes; jeder, der zweifelte, galt als schlechter Patriot, als un-

würdiger Franzose. Hier Judenheit, dort Frankreich, wurde die Parole. Die „Affäre“ nahm eine ungeheure Bedeutung an.

So war der Unglückliche von vornherein verurteilt. Dazu kamen Lügen und Ungesetzlichkeiten bei den Verhandlungen des Prozesses. Major Henry log, indem er beschwor, das Kundschaftsbureau sei schon längst von vertrauenswürdigen Personen vor Dreyfus gewarnt worden. Du Paty log, indem er den militärischen Richtern in das „geheime“ Aktenbündel eine ganz erdichtete, von Verleumdungen erfüllte Lebensgeschichte des Angeklagten einschob. Major Freystetter log, indem er ein zu Ungunsten Dreyfus' gefälschtes Aktenstück aus dem Kriegsministerium vorlegte. Der Sicherheit halber hat dann General Mercier — der Minister! — das „geheime Aktenbündel“ zerrissen; aber Major Henry setzte dessen Stücke wieder zusammen und hob das Ganze in einem eisernen Schranke auf. Gegen das Gesetz wurden alle diese angeblichen geheimen Aktenstücke nur den Richtern, nicht dem Verteidiger des Angeklagten vorgezeigt.

Solchen „Beweisen“ und dem Drucke der Kameraden sowie der öffentlichen Meinung gegenüber mussten die sieben Beisitzer des Kriegsgerichts zum verdammenden Spruche kommen, trotz Dreyfus' beweglicher Versicherungen seiner Schuldlosigkeit: er wurde, am 22. Dezember, einstimmig zur Degradation und zu lebenslänglicher Einschliessung in eine Festung verurteilt. Des Unglücklichen erste Bewegung war, einen Revolver zu verlangen, um sich zu töten; aber die Ermahnungen seiner heldenmütigen Gattin, er möge leben, um für seine Unschuld zu kämpfen, führten ihn zu dem heroischen Entschlusse, die Schmach der öffentlichen Degradation und das Elend des Kerkers über sich ergehen zu lassen, damit er für sich und seine Familie, wenn auch erst in ferner Zukunft, seine Ehre wieder herstellen könne. „Sie beschimpfen einen Unschuldigen. Es lebe Frankreich, es lebe die Armee!“ rief Dreyfus, als man ihm in feierlicher Parade die Achselstücke abriss und den Degen zerbrach.

Aber man wollte es ihm unmöglich machen, seine niederträchtigen Gegner jemals zu widerlegen; und so schleppte man ihn nach der „Teufelsinsel“, einem fieberverpesteten kleinen Eiland an der Küste von Cayenne, und misshandelte ihn dort auf unerhörte Weise, um seinen baldigen Tod herbeizuführen.

Die Familie Alfred Dreyfus' hatte nicht einen Augenblick an seine Schuld geglaubt, und sie fasste den Entschluss, mit allen Mitteln dem Unglücklichen zu seinem Rechte zu verhelfen, wenn es dabei auch galt, gegen die Unbedenklichkeit der Machthaber, gegen die fast einstimmige Meinung des Landes anzukämpfen.

Diese sprach sich sehr erbittert wider die Glaubensgenossen des „Verräters" aus. Zweihundert Abgeordnete interpellierten im Februar 1895 die Regierung wiederholt über das angebliche Vorwiegen des jüdischen Elementes in der Verwaltung. Die Schäden, die der französischen Kolonie Algerien anhafteten, sollten nur durch die Emanzipation der dortigen Israeliten verschuldet sein. Freilich antwortete die Regierung ganz korrekt und die Antisemiten blieben in der Abgeordnetenkammer in der Minderheit; aber die Brandreden, die sie dort zum Fenster hinaus hielten, übten im Volke ihre Wirkung. Die antisemitischen Zeitungen schleuderten gegen hohe jüdische Beamte die schmutzigsten Verdächtigungen, die bei genauerer Prüfung allerdings sich als durchaus erlogen herausstellten, aber das voreingenommene Publikum dennoch beeinflussten. In öffentlichen Versammlungen veranstaltete man die üblichen Lärmszenen, an denen auch ein beträchtlicher Teil der Studentenschaft teilnahm. Die Bewegung richtete sich übrigens bald gegen alle Nichtkatholiken, gegen Protestanten, Freidenker und Freimaurer; echte Franzosen, „Franzosen aus Frankreich", sollten nur die frommen Katholiken sein. Ein gewisser Thiébaud führte in Paris und allen Provinzen einen förmlichen Kreuzzug gegen die Protestanten, ebenso gut wie gegen die Juden.

Gerade deshalb, gerade weil die Sache auf das allgemein interkonfessionelle Gebiet hinübergespielt wurde, erstanden der Familie Dreyfus edle und kräftige Helfer. So der gewandte und energische junge Publizist Bernhard Lazare, der, obwohl persönlich keineswegs religiös, doch mit Mut und Hingebung seinen angegriffenen jüdischen Stammesgenossen beistand, durch unermüdliche persönliche Bemühungen sowie durch die Schriften: „Der Antisemitismus" (schon 1892 erschienen), „Ein Justizirrtum: Die Wahrheit über die Dreyfus-Affäre" (1896) und „Wie man einen Unschuldigen verurteilt" (1897). So Anatole Leroy-Beaulieu,

der mutig in judenfeindlichen Versammlungen das Vorurteil bekämpfte. So vor allen der geniale Romandichter Zola.

Aber einstweilen blieb die Stimme der Wahrheit und Gerechtigkeit ohne Echo. Die Hetzereien der antisemitischen Blätter stachelten das Volk bis zum Wahnsinn auf, indem sie überall von Juden angezettelte Verschwörungen, Betrügereien Verrat „aufdeckten"; es stand ihnen fest, dass es ein jüdisches Syndikat gebe, das Millionen aufwende, um den Schurken Dreyfus zu befreien. In Lyon trat ein antisemitscher Kongress zusammen, der gegen die Juden politische Ausschliessung, ja geradezu Verfolgung forderte.

Diese Vorgänge belebten begreiflicher Weise den in Algerien stets fortglimmenden Antisemitismus der französischen Kolonisten. Selbst der Generalgouverneur Cambon zeigte sich den algerischen Israeliten durchaus abgeneigt und ordnete in den Listen der dortigen französischen Bürger jüdischen Glaubens nicht weniger als 1800 Streichungen an, die allerdings, bis auf 436, von den Gerichten wieder rückgängig gemacht wurden. Dieser Misserfolg brachte die antisemitischen Blätter in Algerien geradezu in Raserei, sie predigten offen die Niedermetzelung der Juden, die sie mit furchtbaren Schmähungen überhäuften. Während sie behaupteten, die Vertreter des nationalen Franzosentums gegenüber dem volksfremden Semitismus zu sein, bedienten sie sich mit wunderlicher Inkonsequenz der wilden arabisch-berberischen Eingeborenenmasse zu Erregung von Unruhen gegen die Israeliten — ohne zu bedenken, dass damit jenen Elementen, die die Europäer noch bitterer hassten als die Juden, das Beispiel zu Aufständen gegen die Christen und überhaupt gegen die französische Herrschaft gegeben wurde.

Dem sitten- und gesetzlosen Gesindel, das sich aus Italien, Malta, Spanien in den algerischen Städten zusammenfand und, obwohl erst vor kurzem oder auch gar nicht als Franzosen naturalisiert, sich als die echten Nationalfranzosen aufspielte, war es hauptsächlich um Plünderung zu tun. Diese Menschen beneideten selbstverständlich die fleissigen und nüchternen Juden, die, zum grossen Teile geschickte Handwerker, sich zu behäbigen Lebensverhältnissen hinaufarbeiteten. Dazu kam, dass gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts in Algerien mehrere Jahre des

Misswachses und der Heuschreckenplage aufeinander folgten. Die Ackerbauer mussten Schulden aufnehmen, zum grossen Teile bei Juden, die am meisten flüssiges Kapital besassen, und die zum Teil ihr augenblickliches wirtschaftliches Übergewicht missbrauchten, um den Schuldnern schwere Bedingungen aufzuerlegen. So breitete sich die Unpopularität der Juden aus.

Auch hier stellte sich die radikal gesinnte akademische Jugend in den Dienst der antisemitischen Agitation. Die Rechtshörer verhinderten den neu ernannten Professor Levy am Halten seiner Vorlesungen, beschimpften ihn und den Rektor und warfen einer gegnerischen Zeitungsredaktion die Fenster ein. Vier Blätter allein in der Stadt Algier verfochten den Antisemitismus, darunter das eine — L'Antijuif — in schmutzigster Weise. Es veröffentlichte die Liste aller Christen, die bei Juden dienten oder in einem jüdischen Geschäfte kauften, und brachte die niedrigsten Schmähungen, ja Todesdrohungen gegen die Israeliten. Dieses Treiben zeitigte endlich verderbliche Früchte. In der westlichen Provinz Oran kam es zu blutigen Kämpfen zwischen Juden und Antisemiten; die von diesen aufgebotenen Araberscharen plünderten die jüdischen Läden, verheerten die Weinberge der Juden, zerstörten die Synagogen. Die Eingeborenen glaubten mit Zustimmung der Regierung zu handeln, da sie sich von einflussreichen Franzosen geführt sahen.

Die Regierung fand sich endlich genötigt, den mit den Antisemiten liebäugelnden Generalgouverneur Cambon abzuberufen (1897); er wurde durch Lépine ersetzt, der sich zwar energisch gegen die Ruhestörer aussprach, sich aber bald ganz vereinsamt unter den Antisemiten der Kolonie fühlte.

Im Januar 1898 brachen die Unruhen in der Hauptstadt Algier selbst aus. Die jüdischen Läden wurden in Masse zerstört und ausgeraubt, jüdische Villen verwüstet. Polizei und Gendarmerie waren gegen die Tausende von Aufrührern machtlos, und das Militär musste diese mit dem Bajonett auseinander treiben. Kein Jude durfte sich auf der Strasse zeigen, ohne beleidigt und misshandelt zu werden. Die Plünderungen, die dem kosmopolitischen Pöbel sehr gefallen hatten, wurden mehrfach wiederholt, allerdings von den Behörden unterdrückt, die auch den Haupthetzer Max Régis, einen naturalisierten Italiener, einen

begabten, ehrgeizigen, aber bisher in verschiedenen Berufen gescheiterten Menschen, der sich als Vertreter der „ehrlichen Franzosen“ ausgab, verhaften liess. Darauf neue Tumulte, sogar gegen den Generalgouverneur und den Regierungspalast. Das ganze Land, auch die Dörfer, war in hellem Aufruhr, an dem selbst Frauen und Kinder leidenschaftlichen Anteil nahmen. Jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen mussten allerorten entlassen werden. Régis wurde von den Geschworenen freigesprochen, feierte wahre Triumphe und erhielt Unterstützung in der Judenhetze von dem aus Frankreich herüberkommenden Drumont. Dessen Reise blieb nicht vergeblich. Bei den Kammerwahlen im Mai 1898 entsandte Algerien fast nur antisemitische Abgeordnete, darunter Drumont selbst.

Diese Erfolge der algerischen Antisemiten hatten das Ergebnis, dass die französische Regierung vor ihnen kapitulierte. Der energische Generalgouverneur Lépine wurde im Sommer 1898 abberufen und durch den bisherigen Vizepräsidenten des Staatsrates, Laferrière, ersetzt. Die Antisemiten feierten ihren Sieg durch neue Ausschreitungen in allen grösseren Städten der Kolonie. Sie forderten mit Zuversicht die Vertreibung aller Juden aus Algerien. Laferrière selber trat, wenn auch natürlicherweise innerhalb gewisser gesetzlicher Grenzen, auf die Seite der Antisemiten und bewog die Zentralregierung, sämtliche antisemitischen Plünderer und Totschläger in Algerien zu begnadigen. Hierdurch ermutigt, stellte der offizielle Vertretungskörper dieses Landes, der Generalrat, den Antrag, den Juden die Naturalisation und damit alle politischen Rechte zu nehmen, die gegenwärtig in öffentlichen Ämtern befindlichen Israeliten aus diesen zu entfernen. Noch in keinem Lande des neunzehnten Jahrhunderts hatte eine amtliche Körperschaft eine solche Forderung einzubringen gewagt, selbst nicht in dem heftig antisemitischen Deutsch-Österreich. Max Régis, zum Bürgermeister der Stadt Algier erwählt und von der Regierung bestätigt, wurde der wahre Beherrscher von Algerien. Er durfte vor einer Versammlung von zehntausend seiner Anhänger den Generalgouverneur Laferrière bitter tadeln, weil er nicht bei dieser Huldigungsfeier für den Antisemitismus erschienen sei.

Allein soweit war dieser doch in Frankreich nicht zur Gewalt gelangt, dass die wahrhaft republikanischen Elemente dieses

grossen Landes solchen Hohn in Algerien ruhig ertragen hätten. Sie bewogen endlich die Zentralregierung, sich dieser Richtung in der Kolonie entgegenzustellen. Régis wurde im Januar 1899 seines Amtes als Bürgermeister entsetzt und der Gemeinderat von Algier, als er jenen zum Ehrenbürgermeister ernannte, aufgelöst. Ferner wurden Régis und sein Freund Philippi, der Redakteur der „Antijuif", wegen ihrer in Frankreich gehaltenen Brandreden vor das Schwurgericht des Isèredepartements gestellt, ersterer überdies in Algier selbst von dem Zuchtpolizeigericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Damit war es um die Herrlichkeit des Antisemitenhäuptlings geschehen. Er hielt es für geraten, sich in das Ausland zu flüchten, ward aber aus Belgien, wohin er sich gewandt hatte, sofort ausgewiesen.

Entscheidend wirkten die Verhandlungen der französischen Abgeordnetenkammer im Mai 1899: sie brachten eine glänzende Rechtfertigung der algerischen Israeliten, zumal durch die ebenso geistvolle wie urkundlich gestützte Rede Gustave Rouanets. Diese gipfelte in den Worten: „Ich habe Ihnen gezeigt, dass keine der gegen die algerischen Israeliten geschleuderten Anklagen begründet ist. Die Antisemiten sind es, die die Banken beschwindeln, den Arabern den Grund und Boden wegnehmen und Wucher treiben. Die Ankläger der Juden beschuldigen diese der Missetaten, die sie selber begehen."

Diese schärfere Tonart, die die Zentralregierung seitdem in Algerien betätigte, und die strengen Verurteilungen, die die nicht mehr durch den Terrorismus eingeschüchterten Gerichte gegen die Antisemitenführer aussprachen, verfehlten ihre Wirkung nicht. Seitdem die Unruhstifter nicht mehr straflos blieben, verloren sie völlig den Mut. Seit dem Sommer 1899 hörten die Strassentumulte allmählich auf, und die Israeliten konnten wieder in Frieden ihren Beschäftigungen nachgehen. Das zusammengelaufene kosmopolitische Gesindel, das die grosse französische Kolonie mit allen Mitteln des Trugs und rohester Gewalt unter die Schreckensherrschaft des Antisemitismus gebeugt hatte, ist vor der Entschlossenheit der republikanischen Regierung wie Sand vor dem Sturme zerstoben. Sein Häuptling, Max Régis, wurde nunmehr selber als „Antifranzose" öffentlich beschimpft, bei einem Strassenlärm durch einen Pistolenschuss verwundet, wegen

Nichtbezahlung von Geldstrafen, zu denen er wegen seiner Verleumdungen schuldloser Juden verurteilt worden, auf drei Jahre ins Gefängnis abgeführt. Er musste seine Entlassung als Mitglied des Generalrats der Kolonie geben und fiel nebst seinen Genossen Drumont, Morineau und anderen bei den neuen Abgeordnetenwahlen durch. Auch bei den Generalratswahlen erlitten die Antisemiten schmerzliche Niederlagen.

Das war das Ende des politisch und sozial tätigen Antisemitismus in Algerien. Er war auf das bedrohlichste angewachsen; aber das energische Auftreten des Mutterlandes und seiner Regierung hatte genügt, ihn in wenigen Monaten mundtot zu machen. Es ist das der Beweis, dass er nicht in der Gesinnung des achtbaren Teiles der Bevölkerung begründet, sondern das Werk einer allerdings zahlreichen internationalen Bande von Lumpen und Abenteurern gewesen war, denen die Nachsicht einer verschämt antisemitischen Regierung die Herrschaft in der Kolonie zeitweise überlassen hatte.

Der Umschwung zum besseren in Algerien hing mit einer ähnlichen Wandlung zusammen, die in Frankreich selbst vor sich gegangen war.

Der Präsident der Republik Felix Faure, sowie das seit dem April 1896 im Amte befindliche Ministerium Méline neigten sich, aus Gegnerschaft wider Sozialisten und Radikale, immer mehr den Nationalisten zu, wie sich jetzt die Klerikalen und Monarchisten schmückend benannten. Die Neuwahlen zur Abgeordnetenkammer im Mai 1898, die unter dem Einflusse der von der Dreyfusaffäre angestachelten reaktionären Leidenschaften standen, ergaben keine feste Mehrheit. Immerhin wurde im folgenden Monat das Kabinett Méline gestürzt und durch das radikale Ministerium Brisson ersetzt. Aber da dies gerechtere Gesinnung in der Dreyfus-Sache zeigte, erhoben sich gegen dasselbe das Heer, das seine Ehre an die Verurteilung Dreyfus' geknüpft glaubte, sowie die chauvinistische Empfindung des französischen Volkes. So mussten Brisson und seine Kollegen schon im Oktober 1898 dem mittelparteilichen Kabinett Dupuy Platz machen.

Unter solchen Umständen konnte und musste der Antisemitismus sich immer ungestümer entwickeln. Des mutigen

Anatole Leroy-Beaulieu schöner Vortrag über den Antisemitismus — der dann in Buchform erschien — wo der Konkurrenzneid, der in so weitem Umfange den Antisemitismus erklärte, gerade im Namen der Gleichwertigkeit des Ariertums mit der jüdischen Intelligenz scharf zurückgewiesen wurde, erlag dem Geheul der klerikalen Zuhörerschaft. Die Wendung in der Dreyfus-Angelegenheit, die später erwähnt werden soll, erhitzte die Leidenschaften bis zum Siedepunkte. In Paris fanden von Tausenden besuchte antisemitische Versammlungen statt, wo neben dem Hauptmatador Drumont viele Abgeordnete das Wort führten. Im Parlamente wurden immer wieder Anträge eingebracht, die Juden von allen Staatsämtern auszuschliessen. Diese Absicht war geradezu der ausschlaggebende Programmpunkt bei den Wahlen des Mai 1898 gewesen, bei denen die zahlreichen antisemitischen Kandidaten wirklich viele Tausende von Stimmen erhalten hatten, einundzwanzig von ihnen ernannt worden waren, die eine eigene Fraktion unter dem Namen „Nationalistische und judenfeindliche Gruppe" bildeten. In Paris selbst strotzten die Mauern von Anschlägen: „Tod den Juden!" „Kauft nicht bei Juden!" Die Juden sollten die nationale Verteidigung gefährdet, die wirtschaftliche Krisis herbeigeführt haben. In vielen Provinzstädten, zumal der chauvinistischen Ostdepartements, wurden die Juden auf offener Strasse beschimpft und misshandelt. In Paris, Lyon, Bordeaux, Nantes, Marseille durchzogen abermals Banden die Strassen mit dem Rufe: „Tod den Juden!" In Versailles und an anderen Orten wurde die Synagoge demoliert. In Bar-le-duc wurden jüdische Häuser verwüstet. Theater- und Singhallen erweckten durch antisemitische Reden und Lieder den johlenden Beifall des gebildeten und ungebildeten Pöbels. Alles Dinge, die man in dem freiheitlich gesinnten Frankreich für unmöglich gehalten hätte. In burgundischen Städten stellten die Kommunalbehörden die Rathaussäle den antisemitischen Versammlungen zur Verfügung, und die beste Gesellschaft nahm an ihnen teil. Allerorten wurden ebenso, wie in Algerien, die jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, brotlos gemacht als „Verräter", als „deutsche Spione". Der Herzog von Orleans hielt es als Prätendent auf den Thron Frankreichs für vorteilhaft, sich und seine Sache unzweideutig, in einem förmlichen Mani-

fest, unter das Zeichen des Antisemitismus zu stellen. Die französischen Juden aber rafften sich höchstens zu einer Geldsammlung für ihre durch die antisemitische Bewegung benachteiligten Glaubensgenossen auf und überliessen sonst die politische und soziale Verteidigung wohlmeinenden Christen. Viele Juden suchten ihre Zugehörigkeit zu der verfehmten Gemeinschaft nach Möglichkeit abzuleugnen oder traten ganz zum Christentum über. Dieselbe traurige Mutlosigkeit wie in Österreich!

Ein förmlicher Bürgerkrieg schien bevorzustehen.

Jeder gute Republikaner, jeder Franzose, der noch einen Funken von Anhänglichkeit an die Grundsätze und Ideen besass, die seit der grossen Revolution sein Vaterland über die Welt verbreitet hatte, musste vor den verderblichen Folgen des Antisemitismus zurückschrecken. Die „Intellektuellen", das heisst die Höchstgebildeten, verfochten mit Eifer die bedrohten Prinzipien der allgemeinen Gleichheit und Freiheit. Als am 16. Februar 1899 Präsident Felix Faure plötzlich starb, konnte die Mehrheit der beiden Kammern sich doch nicht dazu entschliessen, durch die Wahl eines Nationalisten das ganze Wesen der dritten Republik offen zu verleugnen, und ernannte den gemässigten aber überzeugten Republikaner Emile Loubet zu Faures Nachfolger. Rohe Demonstrationen der Nationalisten gegen den neuen Präsidenten der Republik, gegen die das Kabinett Dupuy nicht mit hinreissender Entschlossenheit einschritt, hatten nur dessen Sturz zur Folge. Es wurde, am 22. Juni 1899, durch das Kabinett Waldeck-Rousseau ersetzt, das gewillt war, die Beruhigung Frankreichs mit fester Hand, obschon mit Mässiggung durchzuführen, und diese Aufgabe tatsächlich in glänzender Weise gelöst hat. Kriegsminister André säuberte mit unbarmherziger Schärfe das Offizierkorps von den klerikal-monarchistischen Elementen, die es seit zwei Dezennien beherrscht hatten, und suchte militärische Disziplin und republikanischen Geist dort herzustellen.

Die Bekämpfung des Antisemitismus wurde wesentlich durch die Entwicklung gefördert, die inzwischen die Dreyfus-Affäre genommen hatte.

Die Familie Dreyfus sowie Bernhard Lazare hatten eifrig jede Spur verfolgt, die zum Erweise der Unschuld des gefangenen

Hauptmanns sowie zur Aufklärung der Ränke seiner Gegner führen konnte. Indes nicht sie brachten Licht in diese so künstlich verfinsterte Angelegenheit, sondern der neue Chef des Kundschaftsbureaus im Kriegsministerium, Oberstleutnant Picquart. Dieser Offizier entdeckte einen Rohrpostbrief („petit bleu“) des deutschen Militärattachés Schwarzkoppen an einen Angestellten des Bureaus, den Major Esterhazy, einen Abenteurer ungarischer Abstammung, dessen Vorleben keineswegs einwandsfrei gewesen und der stets in Geldverlegenheiten war. Es stellte sich später heraus, dass Esterhazy vom Oberst von Schwarzkoppen einen regelmässigen Sold von monatlich 2000 Mark bezog. Picquart bemerkte ferner, dass die Handschrift Esterhazys mit der des berüchtigten „Bordereau“ vollkommen übereinstimmte. Seitdem war er von dessen Schuld wie von der Unschuld Dreyfus' überzeugt und entschlossen, diese, trotz aller klerikalen Einflüsse auf die Führer des Heeres, auch vor der Welt zur Geltung zu bringen.

Aber mit diesem kühnen und uneigennützigen Vorsatze schien er sich nur gleichem Verderben zu weihen, wie die Klerikalen es bereits dem Hauptmann Dreyfus bereitet hatten. Die Generale Billot — damals Kriegsminister —, Boisdeffre und Gonse willigten nur in die Entlassung Esterhazys unter anderweitem Vorwande; denn sie wollten es weder mit dem mächtigen Nationalisten verderben noch sich selber und das Kriegsgericht eines schweren Irrtums oder gar der absichtlichen Rechtsbeugung überführen. Sie verweigerten also jede Wiederaufnahme der Dreyfus-Affäre. „Was kann es Ihnen ausmachen“, sagte zynisch General Gonse, „ob der Jude auf der Teufelsinsel bleibt oder nicht?“ Gonse hielt ferner das „geheime Aktenbündel“ verborgen, und zu allem Überfluss schmiedete, um auch ohne das Bordereau die Schuld Dreyfus' aufrecht zu erhalten, Major Henry einen angeblichen Brief des italienischen Militärattachés Panizzardi, der den Verrat des „Juden“ bekräftigte. Der unbequeme Mahner Picquart ward aus dem Wege geräumt, indem man ihn zu einem in Tunesien stehenden Regimente versetzte.

Aber inzwischen waren die von ihm entdeckten Tatsachen, obschon in unvollständiger Weise, allgemein bekannt geworden. Besonders der greise Senator Scheurer-Kestner nahm sich seitdem in edelster Weise der Sache an, indem er den Schwur tat, der

Wahrheit und Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Die Militaristen und Antisemiten dagegen behaupteten, alle die neuen Beweise seien Erzeugnisse einer Verschwörung der Juden, die fünfzig Millionen Franken für diesen Zweck zusammengebracht hätten. Boisdeffre und Gonse stimmten eifrig zu; Henry und Du Paty de Clam setzten sich mit Esterhazy, den sie nunmehr als den wahren Verräter kannten, in Verbindung, um von ihm weiteres erdichtetes Material gegen Dreyfus zu erhalten. Der ganze Generalstab, Boisdeffre an der Spitze, konferierte freundschaftlich mit dem Schurken Esterhazy und verfertigte falsche Dokumente, nur um nicht zur eigenen Schande die Wahrheit an den Tag kommen zu lassen. Die gesamte Meute der nationalistischen Presse ward in Bewegung gesetzt, um durch lautes Geschrei die Revision des Dreyfus-Prozesses zu verhindern, während diejenigen Blätter, die mit edler Kühnheit die gute Sache verteidigten, besonders Clemenceaus „Aurore“ und Jaures' „Petite République“, dem Hasse der verblendeten Menge verfielen. Zum Scheine machte man Esterhazy vor dem Kriegsgerichte einen Prozess, der im geheimen geführt wurde, damit Picquarts vernichtendes Zeugnis nicht öffentlich bekannt wurde, selbstverständlich mit des Majors einstimmiger Freisprechung endete und ihn lediglich zum Götzen der ganzen antirevisionistischen Partei machte (Januar 1898).

Aber da erschien dem Rechte ein kräftiger Kämpe. Emile Zola wagte es, dem wütenden Geschrei der Nationalisten sowie der Gesinnung von neun Zehnteln seines Volkes zu trotzen, indem er in einer Reihe von Zeitungsartikeln — „Die Wahrheit ist auf dem Marsche“, „Ich klage an“, — in edelster Sprache und mit dem beredten Zorne der verletzten Tugend den Kriegsminister und die ganze Schar der Generalstäbler wegen ihrer schamlosen Sünden gegen die Wahrheit und Gerechtigkeit angriff. Um die Wirkung dieser ergreifenden Worte zu schwächen, warf man Picquart wegen Enthüllung militärischer Geheimnisse ins Gefängnis und klagte Zola wegen Beleidigung des Kriegsgerichtes an; und so militaristisch war noch die öffentliche Meinung, dass das Schwurgericht des Seinedepartements, trotz der überzeugenden Aussagen Picquarts, der hier zum ersten Male in die Öffentlichkeit trat, auf Grund des von Gonse und

Henry geschmiedeten angeblichen Schreibens Panizzardis an Schwarzkoppen, Zola zum Maximum der höchsten gesetzlichen Strafe, einem Jahr Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe, verurteilte. Zwar hob der Kassationshof das Urteil wegen eines Formfehlers auf, aber das Schwurgericht des Departements Seine-et-Oise sprach es von neuem aus; ausserdem ward über Zola wegen Beleidigung der Schreibsachverständigen die ungeheuerliche Busse von 30000 Franken verhängt und er aus der Liste der Mitglieder der Ehrenlegion gestrichen. Der grosse Schriftsteller hielt es für das Beste, dem Gefängnis durch Flucht nach England zu entgehen.

Das Ministerium Méline entschied sich für die Antirevisionisten, und die Kammer schloss sich ihm an. Picquart ward aus dem Heere entfernt. Die Lüge hatte noch einmal gesiegt.

Es war zum letzten Male; die Wahrheit befand sich wirklich „auf dem Marsche." Ein unbefangener Offizier, Major Cuignet, entdeckte Henrys zahlreiche Fälschungen; Panizzardi protestierte gegen den ihm untergeschobenen Brief. Henry ward verhaftet, und als er sich von seinen mitschuldigen Vorgesetzten verleugnet sah, schnitt er sich im Gefängnis den Hals durch mit einem Rasiermesser, das man ihm zu diesem Zwecke belassen hatte, um dadurch seine Enthüllungen zu verhindern. Boisdeffre aber, der sich schwer kompromittiert fühlte, gab seine Entlassung. Die Nemesis hatte also schon zwei der Schuldigen ereilt.

Diese beiden Ereignisse veränderten die ganze Sachlage. Man begann, sich die Schändlichkeiten der Generalstäbler klar zu machen und ihrer zu schämen. Der Kriegsminister Cavaignac, der Billot vertraut und deshalb die Schuld Dreyfus' stets geglaubt und beteuert hatte, legte sein Amt nieder. Es war das noch vor dem Ministerium Waldeck-Rousseau. Darauf wurde du Paty auf Halbsold gesetzt und bald ganz verabschiedet. Das damalige Ministerium Brissot gab dem Wunsche nach Revision nach und übertrug die Angelegenheit dem Kassationshofe, der, in offenbarer Anerkennung von Dreyfus' Schuldlosigkeit, am 3. Juni 1899 dessen frühere Verurteilung aufhob und die „Affäre" dem Kriegsgerichte in Rennes unterbreitete. Dreyfus ward endlich aus der Teufelsinsel erlöst und nach Rennes überführt. Aber so stark war bei den militärischen Richtern noch

der Wunsch, die Spitzen des Heeres zu schonen, so stark noch ihre Beeinflussung durch die Generale, so terroristisch das Wüten der Nationalisten, dass das Renner Kriegsgericht am 9. September 1899 mit fünf gegen zwei Stimmen die Verurteilung erneuerte, allerdings mit der in solcher Sache sinnlosen Annahme mildernder Umstände, so dass es Dreyfus zu nur zehn Jahren Festungshaft verdammte. Überdies — und das war ein neuer Beweis des schlechten Gewissens der Richter — empfahlen sie den „Verräter" der Milde des Präsidenten der Republik.

Dieser unverständliche Ausgang der Angelegenheit erregte den Unwillen der gesamten zivilisierten Welt, die sich von der Schuldlosigkeit Dreyfus' längst überzeugt hatte. Das Kabinett Waldeck-Rousseau und Präsident Loubet aber, die der „Affäre" ein Ende zu machen wünschten, fochten den unbegreiflichen Spruch von Rennes nicht weiter an und begnügten sich, am 19. September 1899 die Begnadigung des früheren Hauptmanns auszusprechen; und dieser, dessen Gesundheit sehr gelitten hatte, und der sich nach Ruhe und Freiheit sehnte, war schwach genug, die Gnade anzunehmen, anstatt abermals bei dem Kassationshofe Gerechtigkeit zu suchen.

Das Endergebnis der „Affäre" war also ganz unbefriedigend: Recht war nicht Recht geworden. Die Freunde der Wahrheit in Frankreich, die so viele Opfer gebracht, waren erzürnt und betrübt. Allein der Antisemitismus in diesem Lande hatte einen tötlichen Schlag erhalten, von dem er sich nicht wieder erholt hat. Und mit ihm der Klerikalismus. Das französische Volk, mit Recht empört über die langjährige freche Täuschung, die dieser ihm in der Dreyfussache bereitet hatte, wandte sich mit stets wachsendem Zorne gegen die nationalistisch-klerikale Partei, ja gegen die römische Kirche selbst, der es bald eine Niederlage nach der anderen bereitete.

Dreyfus ward in Freiheit gesetzt und zog sich erst nach Carpentras, dann nach Genf, endlich wieder nach Paris zurück. Das Ministerium Waldeck-Rousseau gedachte die ganze Affäre abzuschliessen, indem es für alle Teilnehmer an ihr ein Amnestiegesetz einbrachte, das am 24. Dezember 1900 von beiden Kammern angenommen wurde.

Allein die Affäre kam nicht zur Ruhe; ein späteres Kabinett unter der Leitung Clemenceaus, des einstigen Redakteurs der

Dreyfusistischen „Aurore", brachte sie 1906 noch einmal vor den Kassationshof, der am 12. Juli desselben Jahres die Unschuld Dreyfus' endgültig aussprach. Nun wurde dieser durch besonderes Gesetz und mit Beförderung zum Major in das Heer wieder aufgenommen; Picquart wurde gleichfalls wieder Offizier und mit der Ernennung zum Obersten für seinen seltenen sittlichen Mut belohnt. Bald wurde dieser unerschrockene und edelmütige Offizier sogar General und Kriegsminister — an Stelle der Mercier und Billot, die ihn einst so schändlich verfolgt hatten. Freilich, Alfred Dreyfus, der seinen eigenen Verteidigern persönlich unsympathisch war, wurde bei der weiteren Beförderung übergangen und nahm am 25. September 1907 seine Entlassung. Aber auf seine Person kam wenig an — die Sache der religiösen Gleichheit und Freiheit hatte einen unvergänglichen Triumph über die Lügen und Verbrechen des Antisemitismus davongetragen.

Allerdings blieb seit dem Jahre 1899 im einzelnen noch viel zu tun, um dessen Giftsaat auszurotten. Ein so lange und tief eingewurzeltes Übel liess sich nicht mit einem Male ausjäten. Besonders im Heere spielte der Antisemitismus unter den klerikal-monarchistisch gesinnten Offizieren noch eine grosse Rolle. Sie beleidigten jüdische Kameraden und nötigten sie zum Duell und Tod; sie misshandelten jüdische Soldaten bis zum Selbstmord. Dann predigten wieder elegante Schriftsteller in Romanen und Revue-Artikeln den Judenhass. Die Stadt Paris, die stets der jeweiligen Regierung opponiert, blieb dem mit den Antisemitismus verbündeten Nationalismus treu und wählte im Mai 1900 in ihren Gemeinderat eine nationalistische Mehrheit. Vor dem Schwurgericht in Draguignan, in der Provence, wurden Max Régis und elf Mitangeklagte, die des Mordversuches auf Polizisten angeschuldigt waren, trotz überzeugender Beweise freigesprochen. Die vornehme Gesellschaft ächtete die Juden, die sich nur allzu sehr an sie herandrängten, und stiess sie von sich. Es kam so weit, dass sogar die von der Abgeordnetenkammer eingesetzte Untersuchungskommission die Aufhebung der Gleichberechtigung der algerischen Juden, allerdings ohne rückwirkende Kraft, anempfahl. Aber die Kammer im Plenum verwarf den Vorschlag, und die algerischen Israeliten blieben gleichberechtigte Franzosen.

Ausser sozialer Schädigung der Juden hatten also auch in Frankreich die Antisemiten nichts Dauerndes erreicht. Präsident Loubet aber und das Ministerium Waldeck-Rousseau arbeiteten mit Eifer an der Bekämpfung der freiheitsmörderischen Sekte. Sie verkündeten zu wiederholten Malen, dass sie „jeden Unterschied nach Abstammung, Religion und Rasse entschieden als eine Barbarei zurückwiesen.“ Sie ernannten Israeliten im Heere, in der Verwaltung, im Lehrfache zu den höchsten Stellen. Sie gingen mit äusserster Strenge gegen jede Betätigung des Judenhasses im Offizierkorps vor; Kriegsminister André und seine Nachfolger beförderten mit Ostentation eine grosse Anzahl jüdischer Offiziere. Es gab bald in Frankreich acht aktive jüdische Generale, von denen einige eifrige Synagogenbesucher sind. Das Verdienst der republikanischen Machthaber bei diesem Vorgehen war nicht gering. Sie hatten es mit einem seit zwei Jahrzehnten systematisch klerikalisierten Offizierkorps, mit der sozial überaus einflussreichen adligen und bürgerlichen Aristokratie, mit den von den Priestern fanatisierten Massen, mit den durch ihre patriotischen Schlagworte imponierenden Nationalisten, mit einem Teile der Radikalen und Sozialisten, die in den Juden das Kapital zu bekämpfen wähnten, sowie mit einer Anzahl der von der Modekrankheit des Mystizismns befallenen Dichter und Schriftsteller zu tun. Sie rangen also mit einer furchtbaren Koalition, mit einem Bunde, der mit starker Leidenschaft zu Felde zog, und dem dabei alle Mittel des Hasses, der List, der Lüge und der Gewalt recht waren. Aber sie sahen ein, dass der Angriff aller rückschrittlichen Elemente auf die Juden ein wichtiges Vorpostengefecht zu dem Sturmlaufe gegen Republik, Freiheit und bürgerliche Gleichheit war; und deshalb traten sie mit voller Kraft für die bedrohten Juden ein. Sie wollten Frankreich wieder den ihm einst zukommenden Platz an der Spitze der für Bildung, Freiheit und Zivilisation streitenden Völker verschaffen.

Allmählich begriff die französische Nation, um was es sich bei dem Antisemitismus in Wirklichkeit handle, ihre edleren Instinkte traten wieder in den Vordergrund, und mit diesen erhob sich der Abscheu gegen eine Partei, die sie durch Kunstgriffe der Verleumdung und Intrige hatte täuschen und verführen

wollen. Jede neue Wahl fiel zugunsten der freiheitlichen Richtung aus. Die städtischen Wahlen im Frühjahr 1904 hatten eine grosse Niederlage der klerikal-nationalistischen Partei zur Folge, die vor allem die Munizipalverwaltung von Paris verlor und erleben musste, dass an Stelle der früheren ihr zugehörigen Stadträte vielfach Juden erkoren wurden. Der eigentliche Antisemitismus aber hatte in so hohem Grade das Bewusstsein seiner Schwäche, dass er meist gar nicht unter eigener Flagge aufzutreten wagte. Ebenso versetzten in Algerien die Munizipalwahlen, die dort im Oktober 1905 vollzogen wurden, dem Antisemitismus in der Kolonie den Todesstoss, indem sie bewiesen, dass er seine Macht im Volke gänzlich eingebüsst habe.

Aber die Vergeltung ging weiter. Es kam als Gegenwirkung gegen die Umtriebe des Klerikalismus eine der römischen Kirche grundsätzlich feindliche Partei zur Herrschaft in beiden Kammern und infolge dessen auch in der Regierung. Das Konkordat mit der römischen Kurie wurde gekündigt, die Kirche vollständig vom Staate getrennt, seiner pekuniären Unterstützung beraubt, aus der Schule ausgewiesen. Selten hat die Vergeltung so deutlich, so schleunig und so durchgreifend gewirkt, wie bei diesen Ereignissen. Frankreich ist das Land der schnellen, temperamentvollen Entwicklung. Deshalb hatte dort der Antisemitismus eine Allgemeinheit der Verbreitung und eine Heftigkeit erhalten, wie nirgendwo sonst; deshalb wurde er aber auch ebenso schnell und allgemein aufgegeben und machte einer so umfassenden und leidenschaftlichen Gegenwirkung Platz, wie in keinem anderen Lande.

Der wahre Genius Frankreichs sprach sich in den schönen Worten aus, die Präsident Lubet im Frühjahr 1905 an den ihn begrüssenden Oberrabbiner von Bordeaux richtete: „Solange ich noch einen Lebensodem in mir habe, werde ich nicht aufhören, die Toleranz zu predigen, die Achtung aller religiösen und politischen Ansichten und den Frieden zwischen allen Staatsbürgern. Das ist das einzige Mittel, das unserem Vaterlande den Platz in der Welt behauptet, den es heute einnimmt.“ —

Auch in den kleinen Nachbarländern Frankreichs und Deutschlands hatte der Ansisemitismus versucht, Wurzel zu fassen. In Holland wieder unter dem Schutze der Ultramontanen.

Zwei katholische Mitglieder der zweiten Kammer hatten schon im Jahre 1864 darauf bezügliche Reden gehalten. In Mastricht fielen bei der Beerdigung eines Israeliten ärgerliche Ruhestörungen durch einen fanatisierten katholischen Pöbel vor. Diese Anläufe fanden aber in dem freiheitlich gesinnten Volke und bei dessen Vertretern so allgemeine Missbilligung, dass die Bewegung im Keime erstickt wurde.

Wiederum Belgien stand viel zu sehr unter französischem Einflusse, als dass der in diesem Staate zeitweilig vorherrschende Antisemitismus nicht auch auf jenen hätte abfärben sollen. In Belgien waren es ebenfalls ausser den Klerikalen besonders Radikale, wie der begabte aber verschrobene Edmund Picard, die die antisemitische Fahne entfalteten. Die klerikale Mehrheit des Senats wies die Naturalisation nicht nur aller Juden sondern auch derjenigen zurück, die durch einen jüdisch klingenden Namen Verdacht erregten (1898). Der offizielle Oberrat für Handel und Industrie stellte die ganz unwahre Behauptung auf, die Hausierer in Belgien seien zum grössten Teile Juden — während dort 17 000 Hausierer, aber nur 9000 jüdische Seelen, einschliesslich Frauen und Kinder, also höchstens 2500 erwachsene jüdische Männer vorhanden waren. - Die Geistlichkeit bemühte sich, das Volk gegen die Israeliten aufzustacheln. Im Juli 1898 wurde in Brüssel eine glänzende Prozession veranstaltet, unter Teilnahme in- und ausländischer Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, zur Erinnerung an eine angeblich im Jahre 1370 von den Juden gestohlene Hostie und das darauf erfolgte Wunder der von Dieben durchbohrten Hostie. Eine halbe Schwadron Kavallerie und zwei Kompagnien Infanterie geleiteten offiziell den Zug.

Die antisemitische Strömung in Bevölkerung und Presse wurde dann tatsächlich so gefährlich, dass das Bedürfnis kräftiger Gegenwirkung sich geltend machte. Zuerst unter den gebildeten und wohlgesinnten Katholiken: es trat ein Komitee zusammen, um durch eine Bittschrift den Papst um Verurteilung des Antisemitismus anzugehen. Das war gut gemeint, aber vergeblich, denn der greise Papst, der für seine Person wohlwollend und gerecht ist, stand ganz unter dem Einflusse seiner durchaus streitbar klerikalen Umgebung. Dann, am 13. Dezember 1900, fand in Brüssel eine von wirklich freiheitlichen Radikalen und

Sozialisten einberufene grosse Volksversammlung statt, die gegen den Antisemitismus Protest einlegte, zugunsten des jüdischen Proletariats, das unter den schmachvollen Bestrebungen der Antisemiten am meisten leide. Endlich bildete sich ein umfassender, lediglich aus Christen bestehender Abwehrverein, der seine Tätigkeit mit Verbreitung von Flugschriften begann.

Die Hauptsache war, dass der Vorgang Frankreichs auch in Belgien die Bewegung abflauen liess. Von den dortigen Ereignissen belehrt, zeigte sich die gemässigte klerikale Regierung fernerhin den Juden nicht ungünstig. Die Presse verstummte über diese Angelegenheit, und der Antisemitismus hatte in Belgien aufgehört zu leben.

In einem anderen Nachbarlande Frankreichs, in Italien, versuchte eine unter der unmittelbaren Einwirkung des Vatikans stehende Presse, unter der Führung des Osservatore cattolico, systematisch eine Judenhetze ins Werk zu setzen. Aber in diesem alten Kulturvolke blieben solche Bestrebungen erfolglos, selbst innerhalb der katholischen Partei. Von wirklich ausgedehntem und wirksamem Antisemitismus ist dort nirgends die Rede gewesen.

Auch in Griechenland fand er keine Betätigung, ausser dass die infame Blutlüge in griechisch redenden Bezirken wie des eigentlichen Königreichs Griechenland so der Türkei leider häufig ihre verderbliche Wirkung übte. Besonders in der Stadt Korfu. Hier wurde am 13. April 1891 ein jüdisches Mädchen von acht Jahren ermordet und gänzlich des Blutes entleert aufgefunden. Sofort verbreiteten Hetzer die Meinung, das Mädchen sei gar nicht die Tochter des jüdischen Schneiders Sarda, sondern ein von diesem in früheren Jahren geraubtes, für den Ritualmord aufgezogenes Christenkind. Darauf, am 14. April, drang der christliche Pöbel in das Judenviertel, mit Mord und Verwüstung, beschützt von den städtischen Behörden und deren Polizei, die der Hinmetzelung mehrerer jüdischer Männer und Weiber untätig zusahen. Die Mordgesellen wurden endlich durch das Militär hinausgetrieben, die Juden aber mussten sich in ihre Häuser einschliessen, in denen sie dreiunddreissig Tage eingepfercht blieben. Im Anschluss an diese Greuelszenen wurden aus der Insel Zante, gleichfalls unter Blutvergiessen, sämtliche Juden verjagt. Diejenigen Christen

auch der Präfekt und der Staatsanwalt, die die Juden zu beschützen suchten, sollten von diesen erkauft sein. Die gerichtliche Untersuchung stellte dann die Tatsache heraus, dass die ganze Hetze von der dem Ministerium Delyannis feindlichen Partei, darunter die städtische Verwaltung Korfus, auf diesem Eiland hervorgerufen und gefördert worden war, um die Wahlen auf den Jonischen Inseln gegen die Regierung zu lenken. Da diese nun mit Nachdruck einschritt und die Schuldigen zu strenger Rechenschaft zog, ging nach einem Monat das Ungewitter vorüber, nachdem es freilich viel Unheil angerichtet hatte.

Auch über die Grenzen Europas hinaus wogte die Flut des Antisemitismus. Überall, wo Christen durch Mangel an Umsicht und Fleiss oder durch widrige Umstände hinter jüdischer Tätigkeit und Ausdauer zurückblieben, suchten sie sich für ihre eigenen Fehler oder Unglücksfälle an den Israeliten zu rächen. So selbst am Kap der Guten Hoffnung, wo 1875 einige Blätter einen Feldzug gegen die Juden begannen, der aber infolge der scharfen Gegenwehr des um das Land hochverdienten J. Mosenthal bald im Sande verlief.

Schlimmer und dauernder war das Auftreten des gesellschaftlichen Antisemitismus in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Es war ja nicht daran zu denken, dass die vollkommene politische Gleichberechtigung der Israeliten in diesem freiheitsgewohnten Staatenbunde jemals in Frage gezogen werden könne. Nur um so schmerzlicher war die beginnende soziale Ausschliessung der Juden von allem gesellschaftlichen Verkehre mit den entsprechenden Kreisen ihrer christlichen Mitbürger. Sie hat lange vor der Masseneinwanderung der russischen Juden begonnen. Schon im Sommer 1877 wurde ein angesehener und gänzlich vorwurfsfreier Israelit, Joseph Seligmann, im Grand-Hotel des fashionablen Badeortes Saratoga nicht aufgenommen, eben weil er Jude sei. Die Geldaristokratie wollte nicht mit einem solchen unter einem Dache wohnen. Leider fand dies Beispiel zahlreiche Nachahmung, und auch aus Vereinen aller Art mussten die Juden verschwinden. Ein schmerzlicher Beweis für die niedrige soziale Einschätzung der Juden durch den Rassendünkel der tonangebenden amerikanischen Kreise! —

Das ist die traurige Geschichte des modernen Antisemitismus, einer Bewegung, die alle unschönen Eigenschaften der Volksseele

in Deutschland, Österreich, Ungarn, Frankreich, Russland entfesselte und über die Juden dieser Länder unsagbares Leid und tiefen Seelenschmerz verhängte. Der jähe Umschwung von freiheitlichen und humanistischen Tendenzen zu ihrem Gegensatze war nur innerhalb der verworrenen, widerspruchsvollen, ungeklärten Zustände der Gegenwart möglich. „Es bewältigen uns", sagte ein berühmter christlicher Philosoph, „die unmittelbaren Eindrücke und zerreiben das Leben unter ihren Widersprüchen. So treiben wir unsicher auf den Wogen der Zeit umher, wehrlos gegen alles, was uns mit starkem Bewusstsein und starker Behauptung naht, wehrlos auch gegen die eigenen Einfälle und Leidenschaften, ein Spiel von wechselnden Lagen und Launen".

Aber trotz aller schlimmen Folgen für jeden einzelnen unter den Israeliten hat der Antisemitismus der Judenheit als ganzem nur Vorteil gebracht: er hat das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Selbstschätzung, der Verantwortlichkeit innerhalb der jüdischen Gemeinschaft gestärkt. Das frische Leben, das seit Jahrzehnten wieder im Judentum, namentlich Deutschlands, pulsiert, ist zum grossen Teile eine Reflexbewegung auf die Reizung des Antisemitismus. Die „Renaissance des Judentums", die vielfach festgestellt wird, ist nicht am wenigsten durch den Antisemitismus veranlasst worden, der nicht nur Abwehrmassregeln, sondern Umgestaltung und Ausbau innerhalb des Judentums hervorrief. So bewährte er sich als

„ein Teil jener Kraft,
„die stets das Böse will und stets das Gute schafft."

Kapitel Vier.

Die Schächtfrage.

Ein Ausfluss der Abneigung gegen die Juden war das Bestreben, ihnen das Schächten nach dem überlieferten Ritus unmöglich zu machen, unter dem Vorwande, dass dieses eine Tierquälerei bedeute. Allerdings hatte dieser Gegenstand, in Deutschland wenigstens, nur noch für eine Minderheit der Israeliten unmittelbares Interesse; allein deren Gesamtheit fasste mit Recht den gegen ihre an dem Zeremonialgesetze hängenden Glaubensgenossen beabsichtigten Zwang nicht nur als eine Verletzung der ganzen Judenheit sondern auch als eine zweifellose, unerträgliche Beschränkung der Gewissensfreiheit im allgemeinen auf.

Schon seit geraumer Zeit waren die Tierschutzvereine in Deutschland eigentlich gegenstandslos geworden, da ihnen nach Erlass und genauer Innehaltung der den Tierschutz betreffenden gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften nichts mehr zu tun übrig blieb, als etwa die grausame Tierquälerei der Hetz- und Parforcejagden sowie des Taubenschiessens zu bekämpfen. Allein an die noblen Passionen der hohen und höchsten sozialen Schichten getrauten sie sich mit echt spiessbürgerlicher Servilität nicht heran. Es schien ihnen ungefährlicher und aussichtsreicher, ihr Dasein durch Beschäftigung mit dem Tierschächten der Juden als notwendig und erspriesslich zu erweisen. Unter dem Einflusse des Antisemitismus nahm dieses Bestreben eine greifbare Gestalt an. Es erlangte seinen ersten Erfolg in der Stadt Gera, deren Rat im Jahre 1885 seinem Dutzend Juden das Schächten verbot. Sie halfen sich, indem sie ihr Koscherfleisch aus der Nachbarschaft bezogen. Bald aber wurde Grösseres angestrebt. Im Februar 1886 erging eine förmliche Petition des Verbandes der deutschen Tierschutzvereine an den Reichstag, dass die Tötung von Tieren nur nach

vorheriger Betäubung gestattet werden solle. Damit wäre das rituelle Schlachten überhaupt unmöglich geworden, wären, wegen der angeblichen, aber nicht wahren, Schonung der Schlachttiere während des letzten Augenblicks ihres Daseins, hunterttausend Menschen in ihren religiösen Überzeugungen dauernd vergewaltigt. Die Petition kam aber im Plenum des Reichstags nicht mehr zur Verhandlung, und der Chef der Reichskanzlei beruhigte einen bei ihm vorstellig werdenden Rabbiner mit der tröstlichen Versicherung, dass „die Reichsregierung dem Verlangen der Tierschutzvereine, das einen Eingriff in die religiösen Satzungen des Judentums bedeute, niemals ihre Zustimmung geben werde.“ Ähnlich äusserte sich der Führer der mächtigen Zentrumspartei, Ludwig Windthorst: „Wegen eines vermeintlichen Tierschutzes will ich nicht auf Menschen einen religiösen Gewissenszwang ausüben.“ Er sollte bald sein Versprechen wahr machen.

Damit war das umfassende Bestreben der Tierschutzvereine im antisemitischen Sinne einstweilen gescheitert. Die bayrische Regierung nahm ausdrücklich von der Vorschrift der vorherigen Betäubung der Schlachttiere das Schächten nach jüdischem Ritus aus (1886).

Dieser Erfolg musste aber dauernde Sicherung erhalten. Es liefen mehr als zweitausend Petitionen jüdischer Gemeinden für fernere Gestattung des rituellen Schächtens bei dem Bureau des Reichstages ein. Die Juden erwirkten von den 150 hervorragendsten christlichen Physiologen und Veterinären wissenschaftliche Gutachten, die erwiesen, dass das Schächten nicht nur für die Qualität und die Bewahrung des Fleisches die geeignetste sondern auch, mit gewisser Vorsicht bei dem Umlegen der Tiere, die für diese selbst am wenigsten schmerzhafte Schlachtart sei. Das energische Auftreten der Juden hatte, da es auf Billigkeit und Recht beruhte, im Reichstage des Jahres 1887 vollen Erfolg. Besonders war es, seiner vorjährigen Zusage gemäss, Ludwig Windthorst, der der gerechten Forderung der Juden zum Siege verhalf. Der Antrag der Tierschutzvereine auf wirksameren Schutz der Schlachttiere durch das Strafgesetzbuch wurde nur mit dem fast einstimmig gebilligten Zusatze angenommen: „unter tunlichster Schonung religiöser Gebräuche.“ Damit war das Schächten für das Reich als Ganzes in Sicherheit gebracht.

Aber nicht in jedem einzelnen der Bundesstaaten. Abermals war es das Königreich Sachsen, das hier seine alterprobte judenfeindliche Gesinnung von neuem bewährte. Trotz der lebhaften Gegenwehr der jüdischen Gemeinden und selbst der Leipziger Schlachthofverwaltung und Handelskammer verordnete der sächsische Minister des Innern im März 1892 die vorhergehende Betäubung der Schlachttiere als ausnahmslose Massregel, auf landespolizeilichem Wege. So war das Schächten im ganzen Königreiche untersagt. Selbstverständlich liessen die am Zeremonialgesetze hängenden Israeliten sich nun das Koscherfleisch von jenseits der engen Grenzen Sachsens kommen — aber der Sieg der mit humanem Mantel umkleideten Unduldsamkeit in dem Königreiche war entschieden.

Ähnlichen Erfolg hatte die Agitation gegen das Schächten in der Schweiz, wo sie schon lange ihr Wesen getrieben hatte. Zunächst hielten die Bundesbehörden noch ihren Schild schützend über die Gewissensfreiheit. Ein Schächtverbot, das 1874 von dem Gemeinderat der Stadt St. Gallen ausgesprochen und von dem Regierungsrat des Kantons aufrecht erhalten wurde, hat der Schweizer Bundesrat, bei dem zahlreiche jüdische Gemeinden der Eidgenossenschaft deshalb petitionierten, am 29. Oktober 1875 wieder aufgehoben. Als der Kanton Aargau das Schächten nur den alten jüdischen Gemeinden Endingen und Lengnau gestattete, der von Baden aber verweigerte, verfügte der schweizerische Bundesrat: auf Grund der Bundesverfassung sei es den Kantonsbehörden nicht gestattet, durch Verbot des Schächtens einen Eingriff in die Gewissensfreiheit zu begehen. Infolge dieser Entscheidungen galt einstweilen das Schächten im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft für erlaubt.

Aber die antisemitischen Tierschützler gaben ihr Vorhaben nicht auf. Sie wussten weiten Kreisen des Schweizer Volkes einzureden, dass das Schächten eine Tierquälerei sei, und brachten die Stimmen von 83159 Bürgern zum Vorschlag folgenden Gesetzesartikels für die gesamte Eidgenossenschaft zusammen: „Das Schlachten der Tiere ohne vorherige Betäubung vor dem Blutentzuge ist bei jeder Schlachtart und Viehgattung ausnahmslos untersagt“. Nach der Bundesverfassung musste die Bundes-

versammlung ein so zahlreich unterstütztes Begehren zu allgemeiner Volksabstimmung bringen; sie tat, was sie konnte, indem sie selber bei dem Volke die Verwerfung des Vorschlags beantragte (August 1892). Allein die Stimme der Vernunft und Billigkeit drang nicht durch: mit 188668 gegen 116952 Stimmen sowie mit $11^1/_2$ gegen $10^1/_2$ Kantonen nahm das Schweizer Volk den Initiativantrag der Schächtgegner an.

Auch in Deutschland ruhte diese Agitation nicht. An einzelnen Orten wie in Harburg (1893) und Krojanke wurde durch Lokalstatut das rituelle Schlachten untersagt. Die mecklenburg-strelitzsche Regierung tat dies ebenfalls. Aber die lebhaften und durch die Zeugnisse der Wissenschaft bekräftigten Gegenvorstellungen der Juden hatten zunächst Erfolg. Der Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz machte das Verbot seiner Regierung wieder rückgängig, der preussische Minister des Innern das der Harburger und Krojanker Stadtbehörden. Eine ähnliche Untersagung seitens des Regierungspräsidenten der Provinz Westpreussen wurde von den Gerichten für ungültig erklärt, und der Regierungspräsident musste seine Verfügung zurücknehmen. Die Kommission des bayrischen Landtages beschloss, mit Zustimmung der Regierung, einhellig, dass eine antisemitische Petition um Verbot des Schächtens für die Verhandlung im Plenum sich nicht eigene. Grossen Eindruck brachte die Sammlung von 253 Gutachten anerkannter teils wissenschaftlicher, teils praktisch fachmännischer Autoritäten aus allen Ländern zugunsten des Schächtens hervor, die das — jüdische — Komitee zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin im April 1894 veröffentlichte, und die in der Tat die Frage für jeden nicht Voreingenommenen endgültig entschied. Wirklich erklärten in der Reichstagssitzung vom 25. April 1894 die Wortführer sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Antisemiten, dass die Staatsgesetzgebung in die religiösen Satzungen anerkannter Glaubensgemeinschaften sich nicht einzumischen habe, und dass im besonderen das Schächten nicht nur keine Tierquälerei sondern vielmehr die mildeste Art der Tötung von Schlachttieren sei. Die Militärverwaltung führte dasselbe sogar in ihre Konservenfabriken ein, weil es das Fleisch am schmackhaftesten und widerstandsfähigsten mache.

Ebenso verwarf im gleichen Jahre der Landtag von Mecklenburg, mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierungen, einen Antrag auf Landesverbot des Schächtens.

Trotz aller Niederlagen wollte aber die Minierarbeit der Antisemiten auf diesem Gebiete nicht zur Ruhe kommen. In einzelnen preussischen Stadtgemeinden, wie in Potsdam, Angermünde, Xanten, wurde 1901 von neuem das Schächten durch Gemeindestatut untersagt. Die Juden wandten sich an das Ober-Verwaltungsgericht, da diese Verbote einen Eingriff in die verfassungsmässige Freiheit der Religionsbekenntnisse ausmachten. Aber das Ober-Verwaltungsgericht urteilte, es sei Sache der kommunalen Behörden, in ihren Schlachthäusern solche Anordnungen zu treffen, die ihnen als richtig erschienen. Eine derartige Entscheidung war Nicht-Juristen unverständlich; denn mit dem gleichen Rechte hätten ja städtische Behörden anordnen können, dass ihre Schlachthäuser nur bestimmten Schlächtern geöffnet, anderen aber verschlossen seien; dass man einigen Bürgern mehr Abgaben auferlegen könne und den anderen weniger, und so weiter: kurz, das Ober-Verwaltungsgericht billigte, aus rein formalen Gründen, die schreiende Verletzung eines allgemeinen Verfassungsgrundsatzes. Jedenfalls eröffnete seine Entscheidung den antisemitischen Bestrebungen Tür und Tor in den einzelnen Städten. Glücklicherweise haben nur sehr vereinzelte Kommunen von dieser Freiheit tatsächlich Gebrauch gemacht. Allein sie hängt jederzeit drohend über den preussischen Synagogengemeinden.

Derart ermutigt, setzte die Mehrheit der Tierschutzvereine ihre Agitation kräftig fort. Ein vom Verbande der deutschen Juden und dem Deutsch-israelitischen Gemeindebunde gemeinsam gebildete Kommission hat eine umfassende Gegenagitation ins Werk gesetzt. Besonders Dr. Hirsch Hildesheimer wirkte hier mit grosser Selbstaufopferung. Man erhielt eine neue Sammlung von dieses Mal auf die Zahl von 400 gestiegenen wissenschaftlichen und praktischen Gutachten, die sich mit grosser Bestimmtheit zugunsten des Schächtens, in humaner wie in hygienischer Beziehung, aussprachen. So konnten, über den Kreis weniger Stadtverwaltungen hinaus, die feindlichen Bemühungen keine weiteren Erfolge erzielen.

Die Lorbeeren der schweizer und der deutschen Antisemiten liessen begreiflicherweise ihre österreichischen Gesinnungsgenossen nicht ruhen. Im Januar 1894 brachte der Abgeordnete Schneider im niederösterreichischen Landtage einen Dringlichkeitsantrag betreffend das Verbot des Schächtens ein. Er wurde damals noch verworfen. Die Staatsregierung erklärte, dass nach genauer Prüfung der Sachlage das Schächten nicht als Tierquälerei betrachtet werden dürfe. Der Grazer Gemeinderat untersagte es wenigstens für seine Stadt; aber auf die Petition von 291 israelitischen Gemeinden Österreichs hob die Statthalterei diesen Beschluss als eine Kompetenzüberschreitung der städtischen Behörden auf. Diesem Standpunkt blieb die Regierung treu. Als 1897 die böhmische Stadt Rumburg einen ähnlichen Beschluss fasste, wie Graz, entschied die Bezirkshauptmannschaft, dass solcher Beschluss gesetzwidrig und deshalb ungültig sei; und das höchste Verwaltungsgericht wies die Klage der Stadt Rumburg zurück, indem es das rituale Schlachten als eine Religionsübung bezeichnete, die unter dem Schutze der Verfassung stehe. Es ist das offenbar der einzig richtige Standpunkt, im Gegensatze zu der Entscheidung des entsprechenden preussischen Gerichtshofes. Deshalb konnte auch der Beschluss des antisemitischen Wiener Gemeinderates (1905), für die städtischen Schlachthäuser das Schächtverbot auszusprechen, keinen Bestand haben. Der Statthalter von Niederösterreich hob ihn auf, und der von dem Gemeinderat angerufene Verwaltungsgerichtshof bestätigte lediglich sein früher ausgesprochenes Urteil. So ist in Österreich die Agitation der antisemitischen angeblichen Tierfreunde gänzlich fruchtlos geblieben.

Im Mittelalter hat man die Juden verfolgt, aber ihre Religion und deren Gebräuche unangetastet gelassen. Es war der Humanität und der Gewissensfreiheit der Gegenwart vorbehalten, durch die Ausdehnung der Sonntagsruhe auf die Nichtchristen die Sabbathfeier der Juden, durch das Schächtverbot die Ausübung ihrer speisegesetzlichen Vorschriften zu bekämpfen. Man wird dereinst mit Unwillen und Staunen auf diese neue Art der Religionsverfolgung zurücksehen, als auf einen Ausfluss noch ungeklärter, nichthumaner Gesittung.

Kapitel Fünf.

Judentaufen.

Die antisemitische Bewegung, die seit der Mitte der siebziger Jahre mit einer anfänglich ungeahnten Kraft, Ausdehnung und Beharrlichkeit sich in den meisten Ländern Europas entwickelte, hat einen Abfall zur Folge gehabt, wie er seit der grossen Taufsucht unter den Juden in der Zeit der Mendelssohn-Schüler unerhört gewesen war. Seit der Wiedererstarkung des Judentums durch die historische Reform im zweiten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts hatten sich in Deutschland und Österreich-Ungarn nur noch vereinzelte Streber und einige Bewerber um christlichen Gatten zum Übertritte entschlossen, abgesehen von den erkauften Proselyten der Missionsgesellschaften. In den acht alten Provinzen Preussens wurden jährlich einige fünfzig Juden für die Kirche gewonnen; im übrigen Deutschland dreissig bis vierzig. Aber der Antisemitismus mit seiner kränkenden Beschimpfung und schweren Benachteiligung der Juden und des Judentums brachte hier einen starken und andauernden Wandel. Zunächst war es die Gewissheit, dass nur die Taufe gesellschaftliche Stellung, äussere Anerkennung, höhere Verwaltungs-, Richter-, Lehr- und militärische Ämter verschaffen könne, die zahlreiche Ehrgeizige und Eitele veranlasste, aus der vieltausendjährigen israelitischen Gemeinschaft auszuscheiden. Der eine wollte in die vornehmen christlichen Kreise aufgenommen werden, der andere seine Töchter mit Offizieren, Staatsbeamten oder Adligen verheiraten. Der dritte wünschte zu einer Professur, einem Richteramte, einer Stelle in der Verwaltung oder im Offizierkorps zu gelangen. Der vierte warf gar seinen Glauben wie ein getragenes Hemd ab, nur um in eine Burschenschaft, ein studentisches Korps, eine Ressource Eintritt zu erhalten. Ein anderer fühlte überhaupt das Bedürfnis, sich aus einer verachteten und gehassten

Gemeinschaft zu retten, sich ein behagliches und geruhiges Dasein zu bereiten. Sie alle bedachten nicht oder sahen es mit Gleichmut an, dass ihr Übertritt eine Sanktion der Unduldsamkeit und des kirchlichen Dogmatismus und Mysterientums bedeutete, dass er einen Schlag ins Gesicht der Gewissensfreiheit und Humanität, eine schwere Schädigung der ohnehin verhältnismässig kleinen Schar der Kämpfer für Toleranz, Recht und Gleichheit ausmachte. Sie trugen kein Bedenken, durch ihr ausdrückliches Bekenntnis zu den geheimnisvollen Lehren der christlichen Kirche, die doch ihrer wahren Überzeugung durchaus zuwiderliefen, einen Akt empörender Gewissenlosigkeit, der Verleugnung des Heiligsten zu begehen, nämlich der inneren Gesinnung und der Wahrhaftigkeit.

Aber es gab manche, die sich von edleren, obschon missverständlichen Beweggründen leiten liessen. Einige wenige der Übertretenden waren Mystiker, die gerade das Geheimnisvolle der christlichen Lehre oder deren edle, weiche, für die Wirklichkeit freilich unmögliche Moral anzog. Eine grössere Anzahl, die im orthodoxen Judentume erzogen war, fühlte sich durch seine strengen Zeremonien und Vorschriften, deren wahre Bedeutung sie nicht zu würdigen wusste, sowie durch einen von veralteten Vorstellungen und Empfindungen durchzogenen, lärmenden und formlosen Gottesdienst im tiefsten Innern verletzt und abgestossen. Sie verkannten den erhabenen philosophischen und sittlichen Kern des Judentums und hassten dessen Schale, die in ihrem modernen Fühlen einen unerträglich bitteren Geschmack hervorrief, ihnen als eines vorurteilslosen und gebildeten Menschen der Gegenwart unwürdig erschien. Noch mehrere leitete ein falsch verstandener Patriotismus, ein krankhafter Trieb nach restloser Assimilation mit dem Deutschtum. Hatten nicht Männer von der hohen und allgemein anerkannten Bedeutung eines Mommsen, Treitschke, Paulsen die Behauptung aufgestellt: der Jude müsse Christ werden, um ein vollkommener Deutscher zu sein? Zahllose fein gebildete und wohlmeinende Christen waren tatsächlich dieser Ansicht. Und viele Juden nahmen solche nur allzugern an: die grosse Mehrheit der echten Deutschen sei nun einmal christlich, und wenn man wahrhaft deutsch empfinde, dürfe man sich von ihr auch auf dem religiösen Gebiete nicht trennen.

Als ob ein gebildeter Jude den Anschauungen der gebildeten deutschen Protestanten nicht weit näher stände, als die dogmatisch überzeugten Katholiken oder Altlutheraner! Als ob die Kosch, Lasker, Bamberger sich als schlechtere Deutsche gefühlt hätten denn ihre christlichen Genossen im Parlamente! Als ob die Tausende von Juden, die auf den Schlachtfeldern in Böhmen und Frankreich ihr Blut für das Vaterland vergossen hatten, sich schlechtere Deutsche gedünkt hätten, denn christliche Maulhelden, die ihren Patriotismus in tönenden, hasserfüllten Phrasen erschöpften!

Allen den aufrichtigen oder heuchlerischen Abtrünnigen ward von christlicher Seite der Übertritt möglichst erleichtert. Gerade die sogenannt liberalen protestantischen Theologen, die es mit den Grundlehren ihrer eigenen Kirche nicht ernst meinten, sondern solche durch willkürliche Umdeutung bis zur Inhaltlosigkeit abschwächten, gingen eifrig auf den Judenfang aus, um die Zahl ihrer Anhänger zu vermehren. Man stellte den Täuflingen vor, es seien die mit der Vernunft unverträglichen Dogmen der Kirche nur Allegorien, unter denen sich jeder denken möge, was ihm beliebe. Im Grunde unterscheide der christliche Glaube sich wenig von dem jüdischen; er habe nur die Liebe zu seinem Mittelpunkte gemacht, während im Judentume das strenge, rein formalistische „Gesetz“ das Ausschlaggebende sei — eine höchst ungerechte, aber für die Bekehrer wie für leichtfertige oder unwissende Täuflinge sehr bequeme Verkennung des Judentums. So wurde das apostolische Glaubensbekenntnis einfach weggedeutelt; so das Verfluchen des teuflischen alten Glaubens und seiner Bekenner — also auch der Eltern des Täuflings — in eine „Verurteilung des Schlechten im Glauben der Juden“, der „gottesfeindlichen“ Lehren des Talmuds, der falschen Anschauung, als stehe das Erscheinen des Messias noch bevor, abgeschwächt. Mit vollem Rechte haben orthodox-christliche Geistliche dieses unwürdige Gaukelspiel unwillig verworfen.

Die Ergebnisse der eigentlichen, auf strenger christlicher Orthodoxie beruhenden Judenmission sind denn auch, trotz der Grösse ihrer pekuniären Mittel, gering geblieben. Sie bot jedem Täufling zwanzig bis hundert Taler, Unterkunft in Heimstätten,

Werk- und Krankenhäusern, Unterricht in eigenen Schulen. Trotzdem gewann sie nur unmündige Kinder, siechе Greise oder niedrig stehende Lumpe, die mit dem Religionswechsel einen sich oft wiederholenden Schacher trieben. Der „Evangelisch-lutherische Zentralverein für die Mission unter Israel“ beschloss auf einer Konferenz zu Hannover im Oktober 1890, innerhalb Deutschlands keine Missionare mehr auszusenden, „weil meist nur jüdische Vagabunden, der Abschaum und Auswurf des Volkes, sich bekehren liessen.“ Jeder von ihr getaufte Jude kostete der Berliner Mission im Durchschnitte 772 Mark, der Londoner gar 2000 Pfund oder 41000 Mark.

Aber ausserhalb der Mission ging seit dem Anwachsen des Antisemitismus das Judentaufen in weitem Umfange vor sich.

Während der ersten Jahre nach seinem Auftreten glaubte man noch an sein baldiges Verschwinden; fand er doch in der gebildeten christlichen Bevölkerung zunächst wenig Anklang. Infolgedessen übte er damals noch geringen Anreiz zur Judentaufe. Allein, anstatt zu erlöschen, verbreitete der Brand sich immer weiter und frass immer tiefer. Da suchten dann viele schwache, eitle und gewissenlose Menschen sich schnell durch die Besprengung mit Wasser zu retten. Während in den acht altpreussischen Provinzen innerhalb des Jahresfünfts 1875—1879 nur 62 Juden im Jahresdurchschnitt zur evangelischen Landeskirche übertraten, wurden es 1880 schon 120, und ihre Zahl wuchs stetig bis 1888, wo sie die erschreckende Höhe von 348 erreichte, für ganz Preussen 368. Im Jahre 1902 wurden in ganz Preussen sogar 413 Juden getauft, also 86 auf Hunderttausend im Jahre. Zum Katholizismus sind nur wenige übergetreten. Im ganzen kann man den Verlust, den das Judentum jährlich in Preussen durch die Taufe erleidet, auf 400 Seelen anschlagen; ein grosser Teil davon sind allerdings Kinder, die von den Eltern zum Taufbecken geführt werden.

In dem übrigen Deutschland sind in den 24 Jahren von 1880 bis 1903 2263 Juden zum Protestantismus übergetreten, das sind jährlich 94. Man darf also annehmen, das jährlich in ganz Deutschland 520 Juden die Taufe empfangen. Die grösste Zahl der Taufen im ausserpreussischen Deutschland fand 1903 statt: es waren 145.

Die meisten Taufen ereignen sich in den grossen Städten, wo naturgemäss die Mehrzahl solcher Juden wohnt, die völlig glaubenslos geworden sind, und wo sich die meisten Verlockungen des Ehrgeizes und der Eitelkeit geltend machen. Von den 353 Taufen in Preussen während des Jahres 1903 fallen 165 oder 46 Prozent auf Berlin. Die Übertritte finden übrigens nicht, wie vielfach angenommen wird, vorzugsweise unter den Reichen statt; vielmehr überwiegen die Täuflinge mit geringem oder mittlerem Einkommen — bis 10000 Mark jährlich — ganz bedeutend. Es liegt das daran, dass viele junge jüdische Handelsangestellte mit christlichen Geschäftsfräulein Verhältnisse eingehen, die sie später durch eine mit ihrem Übertritte zum Christentum verbundenen Ehe legalisieren.

In Österreich haben Galizien und die Bukowina mit 900000 Juden fast gar keine Übertritte zu verzeichnen. Von den übrigen 300000 Juden Cisleithaniens entfällt die Hälfte auf Wien, wo die Taufbewegung am stärksten auftritt — wie für Deutschland in Berlin. Im ganzen finden in Österreich jährlich 840—900 Taufen statt, eine auf 1360—1480 Juden. Am schlimmsten grassiert die Judentaufe in Wien. Hier zählte man 1868—1879 durchschnittlich 50 Taufen jährlich, oder eine auf etwa 1200 Juden. Aber 1880—1889 steigt die Taufziffer jäh auf 220 jährlich, eine auf etwa 425 Juden; und 1890—1903 gar auf 455 jährlich, eine auf etwa 265 Juden. Im Jahre 1908 wurden sogar 608 Juden in der österreichischen Hauptstadt getauft. Das ist allerdings ein erschreckendes Verhältnis, bei weitem schlimmer als in Berlin, wo erst auf 727 Juden eine Taufe jährlich kommt, also beinahe dreimal weniger als in Wien. Binnen zehn Jahren ist jeder sechsundzwanzigste Wiener Jude getauft. Allerdings wird ein grosser Teil der Übertritte in Österreich durch den Umstand veranlasst, dass nach den bestehenden Gesetzen die Mischehe zwischen Juden und Christen unzulässig ist. Dass die Verehlichung ein Hauptgrund der Übertritte ist, hier wie anderswo, wird durch die Tatsache erwiesen, dass fast die Hälfte aller Ausgetretenen in Wien im Heiratsalter von zwanzig bis dreissig Jahren steht. Das Fortkommen im Beruf ist die zweitwichtigste Veranlassung. Bekanntlich ist in dem heutigen Österreich der Taufschein die un-

abweisliche Bedingung zur Aufnahme in zahlreiche Ämter und zum weiteren Emporsteigen in allen, ja selbst für viele nichtamtliche Berufe, wie z. B. den eines Chemikers, wo ein Jude kaum Stellung findet.

Allerdings stehen diesen Austritten aus dem Judentum auch zahlreiche Übertritte zu dieser Religion gegenüber — 1172 von 1868 bis 1903, im Jahre 1908 allein 151; wohl überwiegend aus matrimonialen Rücksichten, wie schon durch den Umstand erhärtet wird, dass die Mehrzahl der zum Judentum übergegangenen Frauen sind. Nicht unbeträchtlich ist dabei auch die Zahl der ehemaligen Juden, die wieder zu ihrem alten Glauben zurückkehren.

In Ungarn haben gleichfalls die Austritte aus dem Judentume in stetigem Fortgang von 169 im Jahre 1897 bis auf 486 in 1901 und 492 in 1904 zugenommen; dagegen sind nur 79 Christen und Konfessionslose 1904 für das Judentum gewonnen worden. Im ganzen stellt sich während der Jahre 1896—1904 die Zahl der Austritte aus dem Judentum in Ungarn auf 3868, diejenige der Übertritte zum Judentume auf 805: es hat dieses also in neun Jahren 3063 Personen verloren. Beinahe die Hälfte der Austritte aus dem Judentume fällt auch in Ungarn auf die Hauptstadt, auf Budapest.

In dem benachbarten Serbien ist die Zahl der Übertritte nicht sehr bedeutend. Sie betrug in den Jahren 1894—1903 nur 40. Das kritische Jahr war 1900 mit 14 Judentaufen; seitdem ist sie wieder sehr zurückgegangen.

Für Russland gibt der Heilige Synod die Zahl der zum griechischen Katholizismus bekehrten Juden für die 62 Jahre von 1836 bis 1897 auf 58582 an — also nicht ganz tausend für das Jahr, was für die 5—6 Millionen russischer Juden nicht gar zu beträchtlich erscheint. Allerdings wird die Ziffer der zum römischen Katholizismus — in Polen — und zum Protestantismus übergetretenen Juden nicht angegeben; sie kann nicht unbedeutend sein. Am stärksten war der Übertritt unter dem Drucke des Zaren Nikolaus I sowie während der Pogrome in den 80er und 90er Jahren. Seitdem ist wieder ein Rückgang eingetreten.

Für die westeuropäischen Länder, sowie für Italien und Amerika, wo das Religionsbekenntnis nicht in der Statistik

erscheint, liegen sichere Zahlen nicht vor. Am meisten Übertritte mögen, Dank der grossen Zahl und dem Reichtum der Missionsgesellschaften, in England sich vollzogen haben.

Viele Eltern scheuen sich aus Gründen des Gewissens und des Anstandes, selber die Gemeinschaft ihrer Väter für einen Glauben zu verlassen, der nicht der ihre ist; aber sie führen dem Christentume ihre unmündigen Kinder zu, um ihnen den Lebensweg zu ebnen. So bringen sie in falscher Elternliebe einen schweren inneren Konflikt zwischen sich und ihren Sprösslingen hervor, überweisen diese einer Religion, die sie selber im Grunde verwerfen, und geben ihnen das verderbliche Beispiel der Charakterlosigkeit und Frivolität. Sie opfern also die wahren, die innerlichen Interessen ihrer Kinder äusserlichen Bequemlichkeitsrücksichten, widerlichem Strebertum. Es ist das noch verwerflicher, als die eigene Taufe ohne Überzeugung. Die Zahl der Kindertaufen ist allerdings nicht so gross, wie man wohl meint: sie betrug in Deutschland 1886—1889 etwa 30 auf das Jahr. Später ist die Ziffer etwas gestiegen. 1900 wurden allein in Berlin 38 Kinder unter 14 Jahren getauft, was für ganz Deutschland etwa 80 ergibt. Es ist das allerdings betrüblich, entspricht aber nicht der gewaltigen Überschätzung in der öffentlichen Meinung der deutschen Judenheit.

Es wäre töricht zu leugnen, dass das Judentum durch die immerhin sehr beträchtliche Taufbewegung eine moralische Schwächung erleidet, indem so viele seiner Bekenner sich von ihm abwenden und damit bekunden, dass sie keinen Wert darauf legen, fernerhin der Gemeinschaft ihrer Väter anzugehören. Auch der materielle Verlust ist nicht unbedeutend. Für die jüdische Gemeinde Berlin allein erhob sich die Einbusse an Steuerbeträgen durch die Austritte im Jahre 1896 auf 13818, 1906 auf 8869 Mark; sonst weniger. Im ganzen belief sie sich für die Jahre 1873 bis 1896 auf den Gesamtbetrag von 80000 Mark jährlich.

Weit bedauerlicher ist der Abfall vieler gerade durch Intelligenz hervorragender Mitglieder der israelitischen Gemeinschaft. Auch hier wird freilich die Schätzung des zahlenmässigen Verlustes vielfach übertrieben. Der Grund der immerhin sehr umfassenden Erscheinung liegt sicher nicht in einem vernunft-

widrigen Charakter des Judentums, sondern in der Tatsache, dass in den meisten Ländern ein Jude nicht zu höheren staatlichen Ämtern noch in die vornehmen Gesellschaftskreise gelangen kann. Unter den Abtrünnigen männlichen Geschlechtes in Berlin bestand mehr als der dritte Teil — 36 Prozent — aus akademisch Gebildeten. Viele andere gerade aus diesen Kreisen, wie die Mehrzahl der jüdischen Universitätsprofessoren, lassen doch ihre Kinder taufen. Eine geistige Auspowerung der Judenheit ist wohl ebenso wenig zu fürchten, wie eine materielle; dafür sind die Juden zu strebsam und begabt. Immerhin, es ist ihnen sehr nachteilig, dass so viele eben derjenigen sie verlassen, die zu ihren geistigen Führern und Vorkämpfern geeignet wären. Das Judentum muss und wird auch ohne jene bestehen, die Schmach eines aus äusserlichen Rücksichten, nicht aus innerem Drange hervorgegangenen Übertrittes bleibt auf den Abtrünnigen und auf dem Staate haften, der dem Reiche der Heuchelei und Lüge und damit der verwerflichsten Unsittlichkeit systematisch Vorschub leistet.

Sechstes Buch.

Das europäische und amerikanische Judentum an der Wende des neunzehnten Jahrhunderts.

Kapitel Eins.

Praktisches Judentum.

In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hatten alle politisch Denkenden auf den für selbstverständlich erachteten Sieg der Freiheit und Aufklärung als auf einen Zeitpunkt geblickt und gehofft, wo Glück, allgemeine Verbrüderung, Übereinstimmung und Befriedigung unter allen Menschen und Völkern, unter den Bekennern nicht nur derselben Glaubensgemeinschaft sondern auch aller Religionen sich ergeben werde. Das Wahre und Gute sollte, nach der Anschauung des alle Wohlgesinnten belebenden und erwärmenden Idealismus, die Kraft besitzen, sich selber durchzusetzen und die Herrschaft zu erringen. Leider zeitigte dann die Erfahrung die traurige Wahrnehmung, dass dem nicht so sei, dass vielmehr ein dauernder Fortschritt nur durch hartes, schwieriges, anhaltendes Ringen, durch unermüdliche Kleinarbeit erkämpft werden könne. Das hat sich im allgemeinen auf politischem und sozialem Gebiete erwiesen, das auch im besonderen auf dem religionspolitischen und zumal für die Bedeutung und Geltung der israelitischen Gemeinschaft. Die Empfindungen und Interessen der Vergangenheit waren noch zu fest eingewurzelt, um mit einem Male durch die Darlegungen idealistischer Schriftsteller oder durch die Paragraphen der modernen Verfassungen und Gesetze erstickt zu werden. Neid, Missgunst, Ehrgeiz, Habsucht, religiöse, gesellschaftliche und Rassen-Vorurteile erhoben immer wieder ihr Haupt und bedrohten die Stellung, ja das Dasein der Juden, trotz aller Verheissungen und staatlichen Bestimmungen. Unter den Israeliten selbst gab es zu viel Indifferentismus auf der einen, Hader- und Verfolgungssucht auf der anderen Seite, um den Frieden entstehen oder bewahren zu lassen. Bisweilen erscheint das Bemühen um Durchsetzung der allgemeinen Prinzipien der Duldung

und Gleichberechtigung als eine Sisyphusarbeit, als ein Streben ohne Ende und sichtbaren Erfolg. Allein die Israeliten Europas liessen sich auf die Länge durch keinen augenblicklichen Fehlschlag, durch keine Gegnerschaft und Anfeindung, auch nicht durch inneren Zwiespalt entmutigen. Ein unzerstörbarer Optimismus, das kostbare Erbteil ihres Stammes, erfüllte sie, trotz Enttäuschung und Missgeschick, stets von neuem mit der zuversichtlichen Hoffnung auf eine bessere Zukunft, auf ein messianisches Zeitalter. Freilich erkannten sie dabei die Notwendigkeit, durch eifriges Schaffen in fest organisierten Vereinigungen die Freiheit der Religionsübung, die bürgerliche Gleichberechtigung, die materielle Daseinsmöglichkeit der Juden zu wahren, deren Gegner zu bekämpfen, ihre Freunde zu unterstützen, gegen Angriffe und gesetzwidrige Beschränkungen mutig ins Feld zu ziehen, den erhabenen Charakter der israelitischen Lehre und Moral zu verteidigen und zur Anerkennung zu bringen; im Inneren der eigenen Gemeinschaft das sittliche und geistige Niveau zu heben, die Schäden einer traurigen Vergangenheit zu heilen, die Kenntnis der jüdischen Religion und Literatur zu verbreiten, den Sinn für diese unter den zahllosen Gleichgültigen neu zu erwecken. Es sind das grosse und schwierige Aufgaben von hoher Bedeutung, zu deren Lösung es langjähriger, allgemeiner und unermüdlicher Arbeit bedarf. Diese ist noch bei weitem nicht an ihrem Ziele angelangt. Allein sie ist in den meisten Ländern, wo Juden wohnen, in Angriff genommen; und die zahllosen Männer und Frauen, die sich ihr im Ehrenamte, ohne irgend eine Hoffnung auf pekuniäre Entlohnung, auf öffentliche Anerkennung, auf staatliche Auszeichnung, meist neben anstrengendem und aufreibendem eigenen Berufe unterzogen haben, sind lebhaften Dankes würdig. Vielleicht niemals ist in einer kleinen Gemeinschaft eine solche Fülle ehrlicher Mühe und opfervoller Tätigkeit entfaltet worden, wie von denjenigen, die sich der täglichen Arbeit für Israel gegewidmet haben. Diese Bewegung ist ein rühmliches Zeugnis für den hohen Idealismus, die Begeisterungsfähigkeit und den Opfermut, die in dieser uralten Gemeinschaft auch heute herrschen, für den frischen Geist, der sie noch jetzt durchströmt.

Der optimistische Wille zum Leben, den das Judentum seit jeher besessen und betätigt hat, und der ihm seine nie versiegende Kraft verlieh, machte sich von neuem geltend. Der Wille zum Judentum und zum Kampfe und Opfer für das Judentum erwachte abermals in zahllosen seiner bisher gleichgültig gewordenen Söhne und Töchter. Man nahm Hohn, Spott, Benachteiligung auf sich, um freudig für sein Judentum einzustehen. Freilich, körperliche Schädigung und gar Mord sind zumeist nicht, wie im Mittelalter, über die Juden verhängt worden. Aber waren den durch die moderne Bildung feinfühliger gewordenen Seelen kränkende Zurücksetzung, gesellschaftliche Ausschliessung, Vernichtung des Berufes, zu dem Begabung und zuversichtlicher Wille den Juden drängten, nicht ebenso schmerzlich?

Freilich ist die Tätigkeit der Juden für ihr Bekenntnis zum grossen Teile durch die Angriffe des Antisemitismus ausgelöst worden. Aber das ist keine Minderung ihrer Verdienstlichkeit — im Gegenteil. Die antisemitische Bewegung war eine scheinbar allgemeine; sie war und ist eine Jahrzehnte hindurch andauernde; sie wurde von einigen der hervorragendsten Elemente der verschiedenen Völker mitgemacht; sie hatte für einen jeden Juden eine Fülle von Kränkungen und Nachteilen im Gefolge. Da gab es einen doppelten Weg, den die jüdische Gemeinschaft einschlagen konnte: entweder sie unterwarf sich, sie löste sich auf, entzog sich der Anfeindung, indem sie unter den Völkern verschwand; oder sie schloss sich um so enger zusammen, tat alles, um sich innerlich gegen den übermächtigen Feind zu schützen und leistete entschlossenen, auch in kühnem Angriffe sich äussernden Widerstand. Es ist ein rühmliches Zeichen der Lebenskraft des Judentums und der Judenheit, dass der zweite Weg gewählt wurde. Einzelne Schwächlinge fielen ab, allein die ungeheure Mehrheit der Juden ist nie treuer, einiger, stärker gewesen, als unter dem Ungewitter des Antisemitismus. Die bedrohliche Krise hat lediglich reinigend, erziehend, Glauben und Anhänglichkeit befestigend auf die Judenheit gewirkt.

Bezeichnend zugleich für ihre Anpassungsfähigkeit an alle Erfordernisse der wechselnden Zeiten ist die Tatsache, dass sie in unserer hauptsächlich auf soziale Gesichtspunkte gerichteten

Gegenwart auch ihrerseits soziale Bestrebungen in den Vordergrund stellte. Die ziellose private Einzelwohltätigkeit macht immer mehr der umfassenden sozialen Fürsorge Platz. Es entwickelte sich wie für die Abwehr so für die innere Hilfe eine begeisterte und dabei durchaus praktische Tätigkeit.

Unsere Aufgabe kann es hier nicht sein, die zahllosen Vereinigungen zu schildern, die seit einem Menschenalter im Schosse der Judenheit entstanden sind; nur die wichtigsten, wirksamsten und charakteristischsten können angegeben werden. Man hat sich oft über die allzu grosse Fülle derartiger Vereine beschwert, und es ist zweifellos, dass die Begeisterung oder auch persönliche Eitelkeit des Guten viel zu viel getan und häufig so eine beklagenswerte Zersplitterung und Systemlosigkeit herbeigeführt haben. Aber es soll anderseits nicht vergessen werden, dass die ausgedehnte Vereinstätigkeit auch an sich schon nützliche Folgen zeitigte. Die zahlreichen Vereine haben durch ihre Ausschüsse, Vorstände, Kuratoren, Delegierte, Generalversammlungen eine Menge schätzenswerter und einflussreicher Persönlichkeiten, die bis dahin geringen Zusammenhang mit dem Judentume besessen, wieder an dieses herangezogen und mit der Zeit zu dessen treuen Anhängern und Verteidigern gemacht. Zuerst interessierte sich der Verstand, allmählich auch das Herz der an den Vereinen und Verbänden Beteiligten wieder für jüdische Angelegenheiten. In dieser Weise hat das Vereinswesen schon durch sein Dasein, ohne Rücksicht auf seine besondere Wirksamkeit, günstige Folgen für die innere und äusserliche Stärkung der jüdischen Gemeinschaft hervorgebracht.

Bereits gab es als nach aussen handelnde Vereinigungen: die Alliance Israélite Universelle und die aus ihr hervorgegangenen Anglo-Jewish Association und Österreichische Allianz; als Veranstaltungen für innere Verwaltungsaufgaben den Deutsch-israelitischen Gemeindebund und den englischen Board of Deputies. Der erstere, der „Deutsch-israelitische Gemeindebund“ entfaltete seine Tätigkeit besonders, seitdem er im Jahre 1882 nach der Reichshauptstadt verlegt worden war. Er unterstützt die kleinen jüdischen Gemeinden behufs Erhaltung eines würdigen Religionsunterrichts, subventioniert bedürftige und kranke Kultusbeamte, hilft ihnen zum Abschluss von Alters- und Lebensversicherungen,

bedenkt jüdische Handwerker und Techniker, erhält Erziehungsanstalten für jüdische Fürsorgezöglinge und geistig Zurückgebliebene, sowie eine jüdische Arbeiterkolonie, veranstaltet Fortbildungskurse für akademisch gebildete jüdische Religionslehrer und für Kantoren, gibt Schülern der jüdischen Lehrerbildungsanstalten Stipendien, befürwortet bei den Regierungen die Ausdehnung des jüdischen Religionsunterrichtes, erörtert die wichtigsten Fragen der Gemeindeorganisation. Besonders wirksam war die von ihm geförderte Einrichtung von Provinzial- und Bezirksverbänden der ganz zersplitterten jüdischen Gemeinden Preussens und Sachsens. Anderseits machte sich bei der etwas einseitig gewordenen Richtung der „Allianee“ das Bedürfnis der Gründung des „Hilfsvereins der deutschen Juden“ zum Besten der auswärtigen, zumal der östlichen Glaubensgenossen, geltend (1902). Die umfassende propagandistische Tätigkeit der opfermütigen Begründer dieses neuen Vereins führte ihm sofort zahlreiche Mitglieder und beträchtliche Geldmittel zu. Die grossartige Hilfsaktion, die er zu Gunsten der unglücklichen Opfer der jüngsten russischen Pogrome ins Werk setzte, sowie die Gründung von Schulen im Orient auf wahrhaft jüdischer und orientalischer Basis machen das hohe Verdienst des „Hilfsvereins“ schon in den ersten Jahren seines Bestehens aus.

Der Unterstützung der russischen, polnischen und rumänischen Juden ist auch die von Baron de Hirsch 1891 begründete und mit einem Kapital von 120 Millionen Mark ausgestattete Jewish Colonization Association gewidmet. Sie ist bestimmt, den kulturellen und ökonomischen Zustand jener Millionen unterdrückter Menschen zu heben und sie in weitem Umfange in andere, glücklichere Länder zu verpflanzen; ihr Sitz befindet sich auch nach dem Tode des Stifters in Paris. Sie begann mit Anlegung jüdischer Ackerbaukolonien in Argentinien, Brasilien sowie verschiedenen orientalischen Gegenden und förderte die amerikanischen Hilfs- und Ansiedlungsgesellschaften für die russischen Einwanderer. Als es sich herausstellte, dass jüdische Ackerbaukolonien nur unter ganz bestimmten Bedingungen guten Erfolg zu zeitigen vermögen, suchte die JCA — wie man abkürzend das grossartige Werk zu nennen pflegt — das Los der armen osteuropäischen Juden in deren eigener Heimat durch

Errichtung billiger Wohnungen, durch Gründung technischer, landbaulicher und sonstiger Schulen, gewerblicher Darlehnskassen und Kooperativgenossenschaften sowie durch Einführung neuer Industriezweige zu bessern. Die Schwierigkeiten, mit denen die JCA zu kämpfen hat, sind ungeheuer: die hemmende und feindselige Gesetzgebung der östlichen Staaten; das Übelwollen der Regierungen und ihrer Beamten; der zähe Konservatismus und religiöse Fanatismus der östlichen Juden; deren Abneigung gegen dauernde körperliche Anstrengungen und ihre Bevorzugung des reinen Almosenempfanges. Aber die Leiter des grossen Unternehmens suchen und finden ihren Weg mit unermüdlichem Eifer und Wohlwollen, mit Einsicht und Beharrlichkeit, in steter Kleinarbeit. Sie sind bestrebt, die von ihnen angelegten Kolonien auf die Grundlage der Selbstverwaltung und pekuniären Selbstständigkeit zu stellen. Allmählich glückt das. Im Jahre 1907 betrug die jüdische Kolonistenbevölkerung in Argentinien 13212 Seelen mit 64000 Hektar bestellten Ackers und 142000 Stück Vieh. In Nordamerika belief die Zahl der Kolonisten sich auf etwa 10000. Auch die von den Rothschilds begründeten jüdischen Kolonien in Palästina gingen in die Verwaltung der JCA über. Anderseits enthielten die russischen Volksschulen der JCA 7000, die 41 Handwerks- und Ackerbauschulen 2400 Zöglinge. 389 Vorschusskassen funktionierten in Russland; in Galizien 17 mit 11310 Mitgliedern. Die Darlehen wurden beinahe sämtlich von den Entleihern rechtzeitig zurückgezahlt. Abgesehen von der materiell so segensreichen Wirksamkeit dieser Kassen für die gewerbliche und bäuerliche Tätigkeit der östlichen Juden, bringen sie noch den nicht zu unterschätzenden Nutzen, diese an Pünktlichkeit, Genauigkeit, Gewissenhaftigkeit auf geschäftlichem Gebiete zu gewöhnen.

Politische und kulturelle Ziele setzte sich für inner-österreichische Angelegenheiten die 1886 gebildete „Österreichisch-israelitische Union", die freilich nur eine schwache Wirksamkeit entfaltet hat. Viel energischer ging das im Stillen wirkende „Abwehrkomite" der deutschen Juden in Berlin vor, das über ein Jahrzehnt lang politisch und wissenschaftlich gegen den Antisemitismus ankämpfte. Neben ihm und nach ihm arbeitete im vollen Lichte der Öffentlichkeit seit 1893 der „Zentralverein deutscher Staats-

bürger jüdischen Glaubens", der besonders in der Abwehr einzelner gesetzwidriger Ausschreitungen des Antisemitismus bedeutendes geleistet, damit dessen Übermut gebrochen und das Selbstvertrauen der deutschen Juden gehoben hat. Das Kräftigste, Wirksamste und Hervorragendste aber, was in dieser Beziehung die deutschen Juden geleistet haben, ist der im April 1904 nach langen und schwierigen Verhandlungen begründete „Verband der deutschen Juden", von dem schon an anderer Stelle (oben S. 64) die Rede war.

Auf geistigem Gebiete entstanden zahlreiche Veranstaltungen. Bald bildete sich in Deutschland eine Anzahl von Unterstützungsvereinen für hilfsbedürftige jüdische Lehrer und sonstige Kultusbeamte, deren Witwen- und Waisen — Einrichtungen, deren Mehrzahl nicht nur auf den Beiträgen der angeschlossenen Lehrer sondern auch auf freiwilligen Zuschüssen wohltätiger Glaubensgenossen beruhten. Ebenso vereinigten die deutschen Rabbiner, und zwar ohne Unterschied der religiösen Richtung, sich 1884 zum „Rabbinerverbande", dessen Aufgaben sind: Vertretung der Interessen des Rabbinerstandes sowie Hebung und Förderung der Wirksamkeit des Rabbiners in der Gemeinde. Neben diesem allgemeinen haben sich dann später ein orthodoxer und ein liberaler Rabbinerverband gebildet. Ähnliche Vereine bestehen in Nordamerika.

Es ist erfreulich zu bemerken, dass auch die jüdischen Studierenden sich immer mehr zu Vereinen zur Belebung des jüdischen Bewusstseins zusammenschliessen. Man wendet gegen solche Veranstaltungen ein, dass sich damit die Juden allzu sehr absondern. Aber diese Absonderung wird ihnen ohnehin von aussen her auferlegt, und deshalb haben die jüdischen Jünglinge vollkommen recht, sich nicht in die Vereinzelung und Zersplitterung hineindrängen zu lassen, sondern sich zur Pflege der akademischen Geselligkeit und zur Abwehr zu verbinden und dem antisemitischen Banner das jüdische entgegenzustellen. Diese Vereinigungen geben die Hoffnung, dass es in der neuen Generation gebildeter Juden besser stehen wird um die Treue für das Judentum, als in der alten.

Der Belehrung und Unterhaltung der unteren Klassen durch die Gebildeten dienen die Toynbee-Hallen, die von jüdischer

Seite in mehreren grossen Städten gegründet wurden, und in denen allabendlich während der Wintermonate viele Hunderte jüdischer Armer wohligen Aufenthalt, warme Getränke, sowie fesselnde und bildende Unterhaltung finden.

Die Organisation der Bnei-Briss-Logen, von denen wir schon im ersten Bande dieses Werkes sprachen, hat sich, abgesehen von Nordamerika, in Deutschland wie in Österreich in grossartiger Weise entwickelt und nicht nur für die Wohltätigkeit sondern auch für Hebung der Sitte und Kultur unter den Israeliten sehr viel getan. Eine der nützlichsten Leistungen dieser Logen ist die Schaffung der Arbeitsnachweise, die für die so weit und meist in kleinen Gruppen zerstreuten Juden einem dringenden Bedürfnis entsprechen.

Die schwerstwiegenden Angriffe auf das Judentum gingen in jüngster Zeit gerade von wissenschaftlicher Seite aus; besonders von der sogenannten liberalen protestantischen Theologie, die sich bemüht, das Christentum, dessen Dogmen sie doch selber bis auf die altjüdischen hat aufgeben müssen, dadurch in seiner Besonderheit zu retten, dass sie es als sittlich dem Judentum weit überlegen hinstellt. Mit ihren in schöne Form gekleideten und von dem Scheine wissenschaftlicher Gründlichkeit umgebenen Darstellungen hat sie nicht nur auf ihre eigenen Religionsgenossen sondern auch weithin auf die Juden einen verlockenden Eindruck hervorgebracht. Das Judentum vermochte, trotz einzelner trefflicher Abhandlungen, solchen Schriften nichts ähnlich Wirksames entgegenzusetzen, da seine Theologen wenig zahlreich und von den praktischen Amtspflichten erdrückt sind. Von desto höherer Bedeutung wurden die Vereine für Pflege und Verbreitung der Wissenschaft des Judentums. Keine Gemeinschaft geistiger Art, vor allem nicht eine an Zahl geringe Minderheit, vermag zu innerer Kraft und äusserer Würde des belebenden, glänzenden, erwärmenden Sonnenlichtes der Wissenschaft zu entbehren. Das erkannten einsichtige Israeliten sehr bald. Frankreich gab hier das Beispiel mit seinem hervorragenden Organisationstalente und den reichen Beiträgen seiner jüdischen Hochfinanz: 1880 entstand die Société des études juives, deren vierteljährlich erscheinende „Revue“ mustergültige wissenschaftliche Abhandlungen veröffentlicht. Mit ihr wetteiferte die Londoner Jewish Quarterly Review

(seit 1888), die leider nach zwanzigjährigem Bestehen einging. Die jüdischen historischen Gesellschaften in Amerika (1892) und in England (1893) tragen gleichfalls einen streng wissenschaftlichen Charakter. Aber an Ausdehnung und Wichtigkeit werden sie übertroffen von der „Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums“ (1903), deren Aufgaben sind: Unterstützung junger Gelehrten sowie Herausgabe oder Subventionierung wissenschaftlicher Werke, besonders solcher, die von allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen und in weiteren Kreisen Interesse zu erwecken im Stande sind. Sie hat, dank der Unterstützung durch Einzelne und durch Gemeinden, sogleich eine ausgedehnte Tätigkeit entfalten können. In der „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums“ besitzt sie ein vornehmes und würdiges Organ. Daneben entstanden der „Verein für Statistik der Juden“, der zugleich der Wissenschaft und dem Leben zu dienen hat, sowie, durch den Gemeindebund und die Bnei-Briss-Logen ins Leben gerufen, das „Gesamtarchiv der deutschen Juden“, dessen Sammlungen wichtige geschichtliche, kulturgeschichtliche und rechtsgeschichtliche Ergebnisse liefern und anderseits zu einer konsequenten und gleichmässigen Verwaltung der jüdischen Gemeinden Deutschlands verhelfen werden.

Mehr populär wissenschaftlichen Charakter tragen die „Vereine für jüdische Geschichte und Literatur“, die sich in Deutschland seit 1890 verbreitet haben. Den bedeutendsten Anstoss gab dieser Einrichtung Dr. Gustav Karpeles in Berlin, der 1892 in der Reichshauptstadt einen entsprechenden Verein begründete und dann — 1893 — die gesamten Vereine dieser Art zu einem „Verbande“ zusammenschloss, für dessen Ausdehnung er unausgesetzt tätig war, und dessen Organ seit 1898 das „Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur“ ist. Die Aufgabe dieser Vereine ist hauptsächlich die Veranstaltung von volkstümlichen Vorträgen über einschlagende Themata. Mit einer Schnelligkeit, die das lebhaft erwachende Interesse der Juden für ihre opfer- und ruhmvolle Vergangenheit und für die reichen Schätze ihrer Literatur bezeugt, dehnten sich diese Vereine über fast alle grösseren und mittleren Gemeinden Deutschlands aus. Im Jahre 1907 betrug ihre Zahl bereits 219 mit etwa 16000 Mitgliedern. Sie stifteten Lesehallen und Bibliotheken, zum Teil auch Fortbildungskurse in jüdischem Wissen.

Ähnliche Zwecke verfolgen die Jewish Chautauqua Society in den Vereinigten Staaten und die Jewish Study Circles in England; besonders aber die Union of Jewish Literary Societies in diesem letzteren Lande, die, nach dem deutschen Vorbilde, ein Jüdisch-literarisches Jahrbuch (Jewish Literary Annual) herausgibt. Auch die Bnei-Briss-Logen veranstalteten Vorträge über die Wissenschaft, Geschichte und Literatur des Judentums. Die Jewish Publication Society in Philadelphia (seit 1888) gibt populär wissenschaftliche, religiöse und belletristische Werke jüdischen Inhalts heraus.

Die Literaturvereine der verschiedenen Länder bilden eines der stärksten Glieder der Kette kräftigender Veranstaltungen, die das heutige Judentum umschliesst. Hier sind auch die jüdischen Lesehallen zu erwähnen, die in mehreren grösseren Städten entstanden und sich meist lebhaften Zuspruches erfreuen.

Zu gedenken ist endlich des Instituts jüdischer Krankenpflegerinnen in Deutschland, das von Berlin ausgegangen ist, sich über alle grossen Gemeinden mit erstaunlicher Schnelligkeit ausgedehnt hat und in der weiblichen jüdischen Jugend eine Hingebung und Opferwilligkeit erweist, wie man solche mit falscher Einschätzung der jüdischen Mädchenwelt für unmöglich angesehen hatte.

Überhaupt regt sich unter den jüdischen Frauen in erfreulicher Weise das Bewusstsein ihrer Aufgaben und Pflichten für die Gemeinschaft, ein kräftiges Lebensgefühl, das sie dazu treibt, im religiösen, sozialen und humanitären Sinne zu wirken. Je mehr bis vor kurzem die Frauen sich bedauerlicher und nachteiliger Weise von allen das Judentum berührenden Interessen fern gehalten hatten, um so herzlicher sind die echt jüdischen Bestrebungen zu begrüssen, die sich in dem „Frauenbunde“ kundtun, der sich dabei vor jedem Übermass, vor jeder Ausschreitung nach den Extremen hin in anerkennungswürdiger Selbstzucht und Besonnenheit hütet. Dafür legten die Versammlungen des jüdischen Frauenbundes in Frankfurt am Main (1907) und in Breslau (1908) rühmliches Zeugnis ab. Der Bund umfasst 120 jüdische Frauenvereine und verspricht bedeutendes für die Entwickelung des sozialen und religiösen Lebens in der Judenheit zu leisten. Diese Vereine arbeiten gemeinsam mit

den Andersgläubigen, wo es gilt, gemeinsame Kulturwerte zu schaffen oder zu fördern, sind aber auch gewillt, die besonderen Ziele und Interessen der jüdischen Frau zu schützen und zu betätigen. Sie wollen die Eigenart des jüdischen Stammes mit Liebe wahren, „keine Renegatinnen oder auch nur Mitläuferinnen züchten. Das jüdische Mädchen muss ebenso wie der jüdische Knabe die jüdischen Ideale verfechten lernen; das Mädchen muss ebenso die hebräische Sprache, die jüdischen Gesetze, die jüdische Geschichte kennen, dann erst wird sie die Volksseele bewundernd begreifen". So zeichnete die Vorsitzende des jüdischen Frauenbundes, Fräulein Bertha Pappenheim, dessen Programm auf dem Bundestage in Breslau. Zum ersten Male seit den fabelumsponnenen Tagen der Richter tritt so die jüdische Frau mitberatend und mittatend in der Geschichte des Judentums hervor. Das ist ein wichtiges Moment, von dem bei der Bedeutung der Frau für das gesamte Familien- und Volksleben eine starke Hebung des jüdischen Wesens, des jüdischen Selbstvertrauens, der jüdischen Religiosität zu erwarten steht. Es ist dies eine der wichtigsten Tatsachen der jüdischen Renaissance, die sich in den beiden letzten Dezennien vollzogen hat — ein neuer Beweis für die unendliche Elastizität und Bildungsfähigkeit des israelitischen Stammes.

So ist allerorten das jüdische Bewusstsein erwacht. Der Antisemitismus, der die Vernichtung des Judentums anstrebte, hat vielmehr in dieser starken und lebensvollen Gemeinschaft befruchtend und fördernd gewirkt. Das Unheil ist, wie so oft in der Geschichte Israels, zum Heile ausgeschlagen. Der Lebenswille der Judenheit ist kräftiger und fruchtbarer denn je. Überwunden ist der tote Punkt der Gleichgültigkeit, ja Geringschätzung, der in den siebziger und achtziger Jahren des verflossenen Säculums so gefahrdrohend für das Judentum erschien. Freilich von der Hochfinanz sind es nur einzelne, wie die Rothschilds in Paris und London, Franz Philippson in Brüssel, James Simon in Berlin, die mit Rat und Tat den Verfechtern des Judentums ihre Unterstützung geliehen haben. Aber gerade die Intelligenz — Juristen, Ärzte, Philologen, Philosophen, Naturwissenschaftler, Universitäts- und Gymnasialprofessoren, Schriftsteller — hat sich an die Spitze der Bewegung gestellt. Getreu der Richtung

unserer Zeit betätigt sich diese nicht so wohl im kontemplativen Gebete, in der Synagoge, wie im sozialen Schaffen, auf dem Markte des Lebens, im Kampfe gegen Unwissenheit, Gleichgültigkeit, materielles Elend, politische Zurücksetzung. Man darf wieder stolz darauf sein, Jude zu heissen. Aus der Erniedrigung hebt sich das vieltausendjährige Banner Israels stolz in die Lüfte und rückt tapfer den zahlreichen Feinden entgegen. —

Ein rühmliches Zeugnis für das Solidaritätsgefühl aller Juden da, wo es gilt, bedrängten Stammesgenossen zu Hilfe zu kommen, bietet das Werk der Unterstützung der verfolgten russischen Juden. Die Andersgläubigen haben sich daran in nennenswerter Weise nur in England, Holland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika beteiligt. Um so anerkennungswerter ist das Tun der Juden selbst. Auch die im Glauben Lauen fanden auf diesem Gebiete Veranlassung, in dem Gefühle des den Stammesgenossen geschehenen Unrechts und des Mitleids mit den Unglücklichen durch Rat und Tat bei der Rettungsarbeit mitzuwirken.

Das Beispiel gab England, wo die Entrüstung über die Ausnahmegesetze und die Verfolgungen in Russland während der Jahre 1890 und 1891 alle, auch die höchsten, Kreise ergriffen hatte. Eine von den angesehensten Personen sämtlicher Bekenntnisse gebildete imposante Versammlung im Guildhall (Rathause) von London beschloss eine feierliche Verwahrung. Freilich lehnte es Zar Alexander III. ab, eine Deputation, die ihm diese überreichen sollte, zu empfangen; sie musste durch die Post an ihn abgesandt werden. Die Königin Viktoria richtete in derselben Angelegenheit ein eigenhändiges Schreiben an den Zaren. Unter dem Vorsitze Lord Aberdeens bildete sich ein Verein zur Unterstützung der russischen Juden, dem bald reiche Geldmittel zuflossen. Zu gleichem Zwecke traten in Wien und Budapest Komitees zusammen; sie wurden durch einen Aufruf des Bischofs der ungarischen reformierten Kirche, Gabriel Pap, warm unterstützt. Ein ähnliches Komitee in Holland zählte unter seinen Mitgliedern die ersten Persönlichkeiten des Landes, darunter den Ministerpräsidenten, den Oberbürgermeister von Amsterdam, mehrere christliche Geistliche.

Allein das Hauptwerk geschah durch das Berliner jüdische Komitee. Die norddeutschen Juden bewiesen hier von neuem,

dass sie die tatkräftigsten und zur praktischen Arbeit geeignetsten unter ihren europäischen Glaubensgenossen sind. Am 28. Mai 1891 bildete sich dieses Komitee unter dem Vorsitze des Justizrats Makower; das tätigste Mitglied wurde der Schriftführer, Justizrat Bernhard Breslauer. Es setzte sich sofort als Zentralinstanz mit den übrigen Hilfskomitees in Deutschland, dann auch mit den ausländischen in Verbindung. Schon im Juni tagte auf seine Veranlassung in Berlin eine Versammlung deutscher und ausserdeutscher Vertrauensmänner, die die Regeln für die Hilfsleistung und besonders für die Auswanderung feststellten. Es wurden an der Grenze gegen Russland Sichtungskomitees, in den Häfen Beförderungskomitees eingesetzt. Wohltätigkeitsfeste erhöhten die Einnahmen. Mit Hilfe der Staatsregierung ordnete man die Eisenbahnfahrt der Auswanderer, die in Charlottenburg von den dort stets anwesenden Vertretern des Komitees mit Speise und Trank sowie im Notfalle mit ärztlicher Hilfe versehen wurden. Kurz, die Tätigkeit des Komitees war eine mustergültige.

Die schrecklichen Verfolgungen der Jahre 1905 und 1906 riefen die leidenschaftliche Entrüstung der gesamten zivilisierten Welt hervor — ohne Eindruck auf die Machthaber in Russland, denen es geeignet schien, die volle Verantwortung für die durch die unerträglichen Zustände im Zarenreiche erzeugte revolutionäre Bewegung auf die Juden zu wälzen und durch deren Hinmetzelung die Revolution einzuschüchtern. Treue und Glaube, Menschlichkeit, Gerechtigkeit sind ja diesen Menschen nur lächerliche Torheiten; nur roheste Selbstsucht leitet sie. Dieses Mal konnte aber das Hilfswerk von vorn herein durch organisierte Gemeinschaften in die Hand genommen werden: besonders durch den Hilfsverein der deutschen Juden, dann durch die Alliance universelle, die Wiener Israelitische Allianz und die Jewish Colonization Association in Europa, durch den Baron de Hirsch-Fond, die Jewish Agricultural Aid Society und ähnliche Vereine in Nordamerika. Viele Millionen wurden gesammelt und in zweckmässiger Weise verwandt, hauptsächlich unter der Leitung Dr. Paul Nathans in Berlin. So gab das unsagbare Unglück Veranlassung, das Erbarmen und den Wohltätigkeitssinn der Israeliten zu glänzender Betätigung zu bringen und

zugleich ihr praktisches Verständnis zu zeigen, das durch vielfache traurige Erfahrungen ausgebildet war.

Auf so zahlreichen und mannigfachen Gebieten hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte das praktische Judentum bewährt, das wahrlich vor der Wirksamkeit anderer Religionsbekenntnisse, die die „Liebe“ zu ihrer Spezialität machen möchten, in keiner Weise zurückzutreten braucht — in Übereinstimmung schon mit der Mosaischen Gesetzgebung, die das Wohltun und die opfermutige Hingabe an die Gemeinschaft aller Menschen als eine ganz selbstverständliche Pflicht jedes Israeliten bezeichnet.

Kapitel Zwei.

Der jüdische Nationalismus.

Die starke Entwicklung des Nationalitätsprinzips und des Nationalbewusstseins, wie sie im Anschluss an die italienischen und die deutschen Einheitsbestrebungen seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts stattgefunden, musste ihre Rückwirkung auch auf die Juden üben. Romantisch gesinnte Israeliten erfüllten sich mit dem Wunsche, auch dem zerstreuten und misshandelten jüdischen Stamme eine Heimat und eine festgeschlossene Nationalität zurückgegeben zu sehen, und zwar auf dem Boden des alten Heimatslandes, in Palästina: ein Gedanke, der zweifellos eine gesunde und tatsächliche Grundlage besass. Auch die Stellung der Israeliten in der ganzen Welt musste eine ungleich bessere, sicherere und gehobenere werden, wenn sie sich auf die materiellen Machtmittel und die völkerrechtlichen Ansprüche eines eigenen jüdischen Staates zu stützen vermochten. Jede Regierung und Volksvertretung würde auf die einheimischen Juden viel mehr Rücksicht zu nehmen gezwungen sein, wenn diese sich des Schutzes durch ein gleichberechtigtes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft zu erfreuen hätten.

Aber freilich, die Gegengründe gegen diese auf die Herstellung eines jüdischen Staates in Palästina gerichteten Bestrebungen waren nicht minder bedeutsam, ja ausschlaggebend.

Es war undenkbar, dass die Pforte freiwillig auf ihre Herrschaft über Palästina verzichten, ja auch nur dieser ihrer Provinz eine halbe Unabhängigkeit und Selbständigkeit bewilligen würde. Aber selbst wenn ihre finanzielle Notlage sie, unter irgend einer Form, zum Verkaufe Palästinas an die Juden zwang, so würden die christlichen Mächte solches nicht zugeben und niemals auf ein Land verzichten, das auch ihnen als das vorzugsweise heilige, als die Heimat ihres Stifters gilt. Haben

nicht gerade die christlichen Bekenntnisse und Nationen Palästina mit Gotteshäusern, Klöstern, Hospitälern, Schulen, mit eigenen Kolonien und Gemeinden überzogen, in der Absicht, dieses Land dem Christentum wiederzugewinnen? Gibt es dort nicht Hunderttausende eingeborener Christen? Niemals würden also die Mächte auf die Christianisierung Palästinas verzichten, und sie besitzen die Mittel, eine Judaisierung des heiligen Landes durchaus zu verhindern.

Es darf auch billig daran gezweifelt werden, dass die aus Osteuropa stammende Masse der Juden in ihrer von den Verhältnissen verhängten Unkultur imstande sein würde, ein eigenes, wohl geordnetes, kultiviertes Staatswesen zu bilden. Jeder, der diese seit Jahrhunderten gewaltsam niedergedrückten, aller Freiheit im Fühlen und Denken beraubten Israeliten Galiziens, Russlands, Rumäniens kennt und vorurteilslos betrachtet, muss auf die Möglichkeit verzichten, in ihnen staatsbildende Elemente zu erblicken — bevor sie innerlich ganz umgestaltet, intellektuell und moralisch auf eine höhere Stufe gehoben sind. Das hat der scharfsinnige und geistvolle Ideal-Zionist M. J. Ginsburg, der unter dem Namen Achad-haam, „Einer aus dem Volke", schreibt, wohl verstanden, fand damit aber bei den Zionisten keinen Anklang.

Der Gedanke des eigentlichen Zionismus ist also eine Utopie, aber eine schöne und hochherzige Utopie. Diese fand ihren ersten wirksamen Verfechter in dem Publizisten Moritz Hess, der sie im Jahre 1862 in seinem Buche „Rom und Jerusalem" mit Begeisterung und Geschick verfocht. Die Schrift begegnete indes lebhaftem und allseitigem Widerspruche. Die Juden Mittel- und Westeuropas fühlten sich vornehmlich als Bürger des Staates, in dem sie lebten, als deutsche, österreichische, ungarische, französische, englische, niederländische, italienische, nordamerikanische Staatsbürger, die sich nur durch ihr Glaubensbekenntnis von ihren Mitbürgern unterschieden. Auch die Vorstellung, dass sie ihr Dasein inmitten der Ordnung und Behaglichkeit der modernen Zivilisation mit dem Leben in dem unkultivierten und durch die türkische Misswirtschaft zerrütteten Palästina, an der Seite von Hunderttausenden ihrer geistig und seelisch zurückgebliebenen polnischen und russischen Glaubens-

brüder vertauschen sollten, war ihnen durchaus widerwärtig. Viele von ihnen standen überhaupt der modernen Entwickelung viel näher, als ihrer Glaubensgemeinschaft. — Anders war begreiflicher Weise die Denkungsart der Juden in Galizien, Rumänien und Russland. Sie wurden von den herrschenden Elementen ihrer Heimatländer derart misshandelt und unterdrückt, dass sie sich nicht als Staatsbürger zu fühlen vermochten. Jede Änderung ihres Aufenthaltes bedeutete eine Besserung ihrer Lage. Die Kultur der Gegenwart war ihnen fern geblieben und wurde von der Mehrzahl unter ihnen als etwas Fremdes, Antijüdisches, als ein „Gesetz der Ungläubigen" empfunden. So wurden David Baer Gordon aus Wilna, der Mitarbeiter und später Herausgeber der Hebräischen Zeitschrift Hamaggid, und Zebi Hirsch Kalischer aus Lissa in der Provinz Posen, der gelehrte Rabbinatsverweser in Thorn, eifrige Verteidiger des Gedankens, eine umfassende jüdische Kolonisation Palästinas als Grundlage zur Wiedergeburt des jüdischen Staates ins Werk zu setzen. Selbst der bekannte Historiker Israels, Heinrich Graetz, der glühende Anhänger jüdischen Wesens und grimme Hasser aller seiner Gegner, verfocht in einem 1864 erschienenen Aufsatze „Die Verjüngung des jüdischen Stammes" den Gedanken, die jüdische Nation müsse ihr eigener Messias werden, ihre nationale und religiöse Wiedergeburt selber bewirken.

Die furchtbaren Judenverfolgungen in Russland während der Jahre 1880 und 1881 erweckten naturgemäss mit verdoppelter Inbrunst unter den Israeliten dieses unheilvollen Landes die Sehnsucht nach Palästina, nach der alten Heimat, wo ihnen eigenes staatliches Leben nach dem Vorbilde der Ahnen, wo ihnen Sicherheit der Person und der Habe, das Gefühl des Zuhauseseins erwachsen sollten. Diese physisch und moralisch erschöpften Menschen, denen daheim die letzte Hoffnung einer Rettung aus ihrem unerträglichen Zustande genommen war, diese verfolgten, ausgehungerten, blutenden Millionen, die man mit teuflischer Berechnung der Möglichkeit des Erwerbes auch nur eines Stückes Brot beraubte, schauten sehnsuchtsvoll nach einer besseren Zukunft aus — sie konnte nur in einer fernen, nicht von Verfolgern bewohnten Gegend liegen. Und wo sollten sie diese lieber suchen als in dem Lande ihrer Vorväter, nach

dem die frommen Juden seit beinahe zwei Jahrtausenden ihre sehnsuchtsvollen Blicke gelenkt hatten? Gerade durch diese Ereignisse erhielt die bisher vereinzelte und schwache zionistische Bewegung Kraft und Nachdruck. Man begann zunächst, wie Leo Piesker in seiner Schrift „Autoemanzipation“ und die Gemeinschaft der „Chowewe Zion“, die Ackerbaukolonisation in Palästina umfassend und systematisch vorzubereiten. Aber der eigentliche politische zionistische Gedanke erlangte sofort eine prägnantere Ausbildung. Moses Löb Lilienblum, aus dem russischen Gouvernement Kowno, bisher ein Verteidiger der Aufklärung unter seinen russischen Glaubensgenossen, verkündete, dass nur nationale Unabhängigkeit Israel aus seiner unwürdigen Lage zu retten vermöge. Der begabte hebräische Schriftsteller Perez Smolenski aus dem Gouvernement Mohilew wurde ein begeisterter Vorkämpfer für die nationalistische Idee unter den Juden. Und in Deutschland war es der Rabbiner von Memel, Isaak Rülf, der, unter dem Einflusse der Verfolgungen in dem nahen Russland und infolge des häufigen Verkehrs mit den dortigen Glaubensgenossen, in der wirkungsvollen Schrift „Aruchass bass Ammi“ (1883) den gleichen Gedanken verfocht.

Dieser fand auch in Deutschland und Österreich fruchtbaren Boden. Die steigende Flut des Antisemitismus erfüllte das Herz zahlreicher Israeliten mit Bitterkeit. Sie verzweifelten daran, dass Juda jemals unter den fremden Völkern heimisch werden könne. Sogar die Fortschritte der Bildung und der politischen Freiheit, auf die die Israeliten ihre ganze Hoffnung gesetzt hatten, vermochten offenbar die Kluft nicht auszufüllen, die zwischen diesem alten Stamme und den christlichen Völkern gähnt. Sie meinten, ihre Gemeinschaft würde für diese stets etwas Fremdes, Feindliches, Abstossendes bleiben. So müsse man sich entschieden von den christlichen Nationen abwenden und trennen. Gerade die Freieren und Edleren unter den Juden, die nicht ausschliesslich auf Gelderwerb und Lebensgenuss Bedachten, die Leute mit empfindlichem Ehrbegriff fanden es unerträglich, von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, unter der sie lebten, als lästige und schädliche Eindringlinge bezeichnet und behandelt zu werden. Das Aufgeben des Judentums durch Übertritt zu den christlichen Bekenntnissen erschien

ihnen mit Recht als ein Beweis verdammenswerter Schwäche und sogar die Aufnahme der europäischen Kultur, allerdings mit Unrecht, als eine Vorbereitung zur Taufe, als ein Verrat an der jüdischen Sache. Die einzige Bürgschaft für ein würdiges Dasein der Juden sei also ihre Losreissung von den anderen Völkern und ihr Zusammenschluss zu einer eigenen Nation, die Herstellung eines jüdischen Staates, vornehmlich in Palästina, um Zion, wohin sich seit nahe zwei Jahrtausenden alle wirklich überzeugten und fromm empfindenden Juden sehnten.

Der überaus wirkungsvolle, mit Recht viel bewunderte Vertreter dieser Richtung, der Begründer des „Zionismus" als besonderer Partei innerhalb des Judentums ward Theodor Herzl (geboren 1860 in Budapest, gestorben 1904 in Edlach in Niederösterreich). Herzl war ein begabter Journalist, der durch Essays und Erzählungen sowie als Feuilleton-Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse" in Paris Ansehen und Namen erworben hatte. Dem Judentum hatte er sich, wenn auch nicht äusserlich, so doch im Innern völlig abgewandt. Allein die allgemeine Ausdehnung des Antisemitismus im Beginne der neunziger Jahre und zumal die Dreyfus-Angelegenheit, deren Entwickelung er in unmittelbarer Nähe beiwohnte, liessen in dem feurigen Liberalen ein edles und lebhaftes Gefühl für seine von allen Mächten der Reaktion ungerecht angegriffenen Stammesbrüder entbrennen: ihrer Sache widmete er sich fernerhin mit der ganzen Leidenschaft seines heissen Herzens, mit dem ganzen Zauber seiner schönen, eindrucksvollen und sympathischen Persönlichkeit. Als Mittelpunkt seiner Tätigkeit wählte er das nahe am Orient gelegene Wien, wo er 1895 das Feuilleton und den litterarischen Teil der „Neuen Freien Presse" übernahm. Hier erschien im Beginne das Jahres 1896 sein Buch „Der Judenstaat", das die Grundlage und das Programm des politischen Zionismus wurde. Mit glühender Einbildungskraft, mit hinreissender Beredsamkeit und mit wohl begründeter Logik — sobald man seine Prämissen zugibt — entwickelt er da die Möglichkeit und Notwendigkeit der Einigung Israels in eigenem Staatswesen. Die Schrift entzündete zahlreiche Herzen und zumal die Massen der Bedrückten in Galizien, Russland, Rumänien, die aus den Verheissungen Herzls die erhoffte messianische Zeit aufdämmern zu sehen meinten.

Allerdings begegnete sie sofort starkem Widerspruche. Die orthodoxen Juden mussten das Erscheinen eines von Gott gesandten, wundertätigen persönlichen Messias erwarten, sie konnten also an einen, ohne solchen von den Juden wiederhergestellten jüdischen Staat nicht glauben. Den liberalen Juden aber lag gar nichts an einem derartigen Staate, sondern ihr Ideal war lediglich die Anerkennung des einig einzigen Gottes durch die ganze Welt; sie wollten das Judentum nicht wieder zu einer Nationalreligion stempeln, auf einen kleinen Winkel der Erde beschränken; es war ihnen vielmehr die Weltreligion, die von Israel in allen Ländern des Erdkreises verkündet werden solle. Das Band, das die in ihren Anschauungen, Sitten, Sprachen so verschiedenen Juden zusammenhält, sei nur die Religion, der monotheistische Glaube — nicht aber die Nationalität. Die gleichgültigen Auch-Juden endlich wiesen den Gedanken eines Judenstaates mit Hohn zurück. Man fürchtete, dass die Betonung Palästinas als der wahren Heimat aller Juden deren Anerkennung als vollberechtigte Staatsbürger in den verschiedenen europäischen Ländern unmöglich machen werde — wie denn die Antisemiten in der Tat den Zionismus als eine Bekräftigung ihrer eigenen Lehren eifrig begrüssten und je eher desto lieber die Juden nach Asien auswandern zu sehen erklärten. Überdies musste jeder praktisch Denkende die Herstellung eines Judenstaates unter den obwaltenden politischen Verhältnissen für ebenso unmöglich erkennen wie das Zusammenbringen einer Millarde Franken, die Herzl für die Kosten seiner Staatsbegründung forderte.

Sofort erhoben sich zahlreiche ausgezeichnete Anhänger für die Ideen Herzls. Dr. Max Bodenheimer in Köln; der berühmte Schriftsteller Max Nordau in Paris, der freilich bisher dem Judentum geradezu feindlich gegenüber gestanden hatte; der aus Galizien stammende medizinische Forscher Alexander Marmorek aus Paris; der russische Mediziner Professor Max Mandelstamm aus Kiew; und viele andere. Während bei einem Auftreten in London Herzl überwiegend Widerspruch erregte, bildete sich in Wien eine Tausende umfassende Gemeinschaft von Anhängern seiner Grundsätze. Hier erschien seit dem Jahre 1897 als zionistisches Organ „Die Welt“, die alsbald für die Einberufung eines Weltkongresses der Zionisten Propaganda machte. In

Amerika wurden der Orientalist Professor Gottheil in New-York und der ehemalige Rabbiner Felsenthal in Chicago die eifrigen Vorkämpfer des Zionismus, der in dem New-Yorker Klub „Die Makkabäer" überzeugte Anhänger erwarb.

Das Vordringen der neuen Partei im Judentum musste naturgemäss auch die Gegner auf den Plan rufen. Oberrabbiner Adler in London, der Grossrabbiner von Frankreich, Isidor Kahn, der Grossrabbiner der Türkei, Mose Levi, viele russische Rabbiner, der Oberrabbiner von Wien, Güdemann, in seinem Buche „Nationales Judentum" (1897) erklärten sich nachdrücklichst gegen den Zionismus. Die Vorsitzenden des deutschen Rabbinerverbandes, Maybaum in Berlin und Vogelstein in Stettin, protestierten am 8. Juni 1897 im Namen der Religion und der Vaterlandsliebe laut gegen den beabsichtigten „Weltkongress" der Zionisten, die nicht einmal in Russland eine einzige jüdische Gemeinde hinter sich hätten. Diesem Proteste schloss sich der gesamte Vorstand des Rabbinerverbandes, dem ja orthodoxe wie liberale Geistliche angehörten, am 6. Juli an. Eine Gegenerklärung der zionistischen Rechtsanwälte Bodenheimer in Köln und Schauer in Bingen, im Namen der kleinen „Nationaljüdischen Vereinigung in Deutschland", machte geringen Eindruck; ihre Behauptung, dass der Judenstaat nichts mit der Religion zu tun habe und der Liebe der Juden zu ihren augenblicklichen Heimatsländern keinen Abbruch tue, konnte nur wenige überzeugen.

Wie gewinnend, wie einleuchtend, ja wie begeisternd musste auf den ersten Blick die Aufgabe wirken, dass nun die Judenfrage nicht mehr von übelwollenden Fremden, dass sie von den Juden selbst in die Hand genommen und gelöst werden solle. Ein schönes Ziel, wenn es nur in der harten, rauhen Wirklichkeit von den wenigen Millionen Juden gegenüber einer gegensätzlichen Welt zu verwirklichen wäre! Die Mehrzahl der westlichen Juden meinte vielmehr sich der Feindschaft der Andersgläubigen nur durch festes Beharren bei der unvergleichlich hehren Religion der Väter erwehren zu können. Es waren unversöhnliche Gegensätze.

Nachdem die Tagung des ersten Zionistischen Weltkongresses in München an dem Widerspruche des dortigen

israelitischen Gemeindevorstandes gescheitert war, trat er am 29. August 1897 in Basel zusammen. Er war von 204 Delegierten und etwa einem Hundert Privatpersonen, darunter mehreren Christen, besucht. Den Vorsitz führte Herzl, der den Auszug der Juden nach Palästina als einen freiwilligen bezeichnete, den „Assimilanten" den Verbleib in ihren bisherigen Wohnsitzen freistellte. Noch mehr Beifall fand die kunstvolle Beredsamkeit Nordaus, der die „Judennot" als das grosse Übel hinstellte: die materielle und soziale Not in den östlichen, die sittlich-religiöse in den westlichen Ländern. Das Programm des Zionismus, das auf dem ersten Baseler Kongress angenommen wurde, lief darauf hinaus: für das jüdische Volk die Schaffung einer rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina anzustreben, einstweilen das jüdische Nationalgefühl und Volksbewusstsein zu stärken. Ein Aktionskomitee wurde eingesetzt, dessen Sitz in Wien sein sollte, jedem Zionisten die Zahlung eines jährlichen „Schekels" auferlegt, die Bildung eines „Nationalfonds" beschlossen.

An den Kongress reihte sich eine überaus rührige Agitation in fast allen Ländern der Erde. Es bildeten sich 913 zionistische Lokalvereine, deren Mitgliederzahl freilich zum Teil nur gering war. Die Mehrheit dieser Vereine — 718 — gehörte übrigens Galizien, Russland und Rumänien an, das heisst jenem slawischen Osten, wo die Not der Juden allerdings himmelschreiend war. Eine recht unerwünschte Folge des Zionismus aber war das strenge Verbot, das die wegen seiner politischen Absichten auf Palästina nicht mit Unrecht misstrauische türkische Regierung gegen die Einwanderung von Juden in dieses Land erliess; sie nahm gegen den palästinensischen „Judenstaat" entschieden Stellung. So litt unter diesem Programme auch die rein wirtschaftliche Ansiedlung von Juden in der Heimat ihrer Ahnen. Jeder ruhig Denkende hatte das den Schwärmern vorhergesagt. Die Pforte untersagte überdies den Bezug der zionistischen Zeitschriften für den ganzen Umfang des Reiches.

Der zweite Zionistenkongress fand im August 1898, abermals in Basel, statt. Von einem wesentlichen Fortschritt der Bestrebungen war wenig zu berichten. Für die zionistische „Kolonialbank" waren vier Millionen Franken gezeichnet — aber nicht einbezahlt. Diese Feststellung war eigentlich das einzige

tatsächliche Ergebnis auf dem Kongresse, der von Herzl mit den schönen Worten geschlossen wurde: „Der Zionismus ist nicht nur eine traurige Notwendigkeit, wie man ihn oft nennt, er ist auch ein erhabenes Ideal. Wir aber wandeln auf neuen Pfaden. Das Judentum ist jetzt auf moralischen Wanderungen begriffen. Wohin der Pfad führt? Wir hoffen, zu besseren Tagen."

Eine offenbar melancholische Äusserung. In Wirklichkeit hatte der Kongress nur dröhnende Phrasen gebracht, die selbstverständlich immer „mit donnerndem Beifall" aufgenommen wurden, sonst aber viel Unsicherheit und sogar manchen Zwiespalt zutage gefördert. Der politische Zionismus begann seine innere Unmöglichkeit zu erweisen, sobald er von Worten in Taten umgesetzt werden sollte.

Und diese Schwierigkeiten stellten sich immer mehr heraus. Das Stammkapital der Kolonialbank war ursprünglich auf zwei Millionen Pfund Sterling — 41 Millionen Mark — festgestellt worden; dann ging man auf 250000 Pfund hinunter, und schon 1899 wurde erklärt, dass man bereits mit 50000 Pfund — einer Million Mark — die Geschäfte beginnen wolle. Mit einem so geringfügigen Kapital liessen sich aber die grossen Absichten der Zionisten nicht wesentlich fördern. Der gesamte Wohlstand in Israel hielt sich von der Sache fern, was ihm dann gesalzene Schmähreden von seiten der Zionisten eintrug.

Der Leidensweg, den edle Schwärmer auf dieser rauhen Erde zumeist durchzumachen haben, war auch für Herzl eröffnet, für den jeder menschlich Empfindende die wärmste Teilnahme fühlen muss. Der traurige Gegensatz zwischen dem Angestrebten und dem wirklich Erreichten erzeugte unter den Zionisten selbst eine heftige Opposition gegen das Aktionskomitee, die sich auf dem dritten Kongress (August 1899), gleichfalls in Basel, recht deutlich zu erkennen gab. Eine noch schlimmere Enttäuschung brachte der vierte Kongress, den man nach London einberufen hatte. Wenn die Leiter geglaubt hatten, in dem freien, weit ausblickenden, religiös gesinnten und dabei vorurteilslosen England erobernd auftreten zu können, so hatten sie sich gründlich getäuscht. Die britischen Juden verhielten sich gegenüber dem Kongresse, dem hauptsächlich russische Delegierte beiwohnten,

ebenso ablehnend, wie bisher die Baseler Israeliten. Fast kein geborener Engländer, nur etwa zehntausend eingewanderte polnische und russische Juden gehörten in England dem Zionismus an, selbst diese misstrauisch gegen die westeuropäischen Führer. Auch die englischen Christen blieben, mit vereinzelten Ausnahmen, teilnahmlos. Die Schekelsammlung in England hatte im ganzen 4000 Mark eingebracht. Weder das Aktions- noch das Kolonisationskomitee konnten den mindesten Erfolg verzeichnen. Herzl ging wiederholt nach Konstantinopel, um in Audienzen bei dem Sultan den Rechts- und Schutzbrief für die Niederlassung der Juden in Palästina mit kommunaler Selbstverwaltung zu erbitten. Abdul Hamid nahm den geistvollen und sympathischen Mann auf das huldvollste auf und zeichnete ihn persönlich durch Verleihung eines hohen Ordens aus — aber der Schutzbrief kam nicht.

In seiner Verzweiflung verzichtete das Aktionskomitee einstweilen auf seine palästinensischen Pläne, die doch die Grundlage des Zionismus gebildet hatten, und wandte sich an die britische Regierung, um ein Territorium für eine selbständige Kolonisation ausserhalb des heiligen Landes zu erlangen: sei es in El-Arisch, dem nordöstlichsten Teile des unter englischer Herrschaft stehenden Ägypten, an der Südgrenze Palästinas, sei es sogar in dem britischen Ostafrika. Aber die Seeküste und das Tal von El-Arisch wären nur durch künstliche Bewässerung vermittelst sehr kostspieliger Staudämme kultivierbar geworden und boten auch dann nur für eine recht beschränkte Menschenzahl die Möglichkeit des Daseins. Der Plan, die benachbarte Ebene von Pelusium zu kolonisieren, scheiterte an der Weigerung der ägyptischen Regierung, das dazu nötige Nilwasser herzugeben, das zur Berieselung ihres Deltas nicht entbehrt werden könne. Das englisch-ostafrikanische Uganda stellte sich nach genauerer Untersuchung, wie jeder Kundige es vorhergesagt hatte, als für nordische Kleinbauern-Kolonisation ganz ungeeignet heraus, und überdies gab sich unter den Engländern selbst eine heftige Opposition gegen Überlassung eines Gebietes an eine kosmopolitische Judengesellschaft kund.

Ehe diese Fragen noch verneinend entschieden waren, riefen sie auf dem sechsten Zionistenkongresse in Basel, vom 23. bis 28. August 1903, heftige Stürme hervor. Die demokratische

Partei erhob sich schon gegen Herzls Verhandlungen mit der russischen Regierung behufs Duldung des Zionismus im Zarenreiche: die Mehrheit der russischen Delegierten überhaupt gegen die Verwässerung des zionistischen Grundgedankens durch Suchen nach dem afrikanischen „Nachtasyl“ — wie Nordau selber sich ausdrückte — an Stelle Palästinas. Eine grosse Anzahl von Delegierten verliess unter lautem Proteste den Kongress.

Die zionistische Partei drohte in zwei feindliche Lager zu zerfallen. Die russischen Mitglieder des Aktionskomitees versammelten sich im Oktober 1903, zu Charkow, und stellten an Herzl die Forderung, als Leiter der Zionisten alle „territorialen“ Pläne ausserhalb des heiligen Landes aufzugeben.

Theodor Herzl konnte sich nicht verhehlen, dass von allen den kühnen Hoffnungen, mit denen er in die Bewegung getreten war, sich keine erfüllt hatte. Die Mehrheit der Juden, und darunter fast alle durch Intelligenz, Gelehrsamkeit, Reichtum und Stellung hervorragenden, lehnte den Zionismus ab. In Westeuropa, zumal in Frankreich und Italien, fand er keinen Anklang. Auch seine meisten Anhänger waren zu bedeutenden materiellen Opfern nicht bereit. Ein Land, wo man den Judenstaat auch nur in bescheidenstem Masse verwirklichen könne, wollte sich nicht finden. Der Misserfolg hatte heftige Parteiung innerhalb der Zionisten hervorgerufen, die sich in bitteren persönlichen Angriffen gegen den edlen Führer selbst aussprach. Schon die überwältigende Arbeit, der sich Herzl im Dienste der Sache unterzogen, hatte seine Gesundheit gebrochen; das Scheitern seiner Pläne, die Feindseligkeit, der er ungerechter Weise begegnete, die Verantwortlichkeit, die er fühlte, richteten ihn vollends zu Grunde. Am 3. Juli 1904 raffte den Vierundvierzigjährigen der Tod hinweg. Ein schwerer Schlag für den Zionismus! Das Hinscheiden Herzls, dieses glänzenden Märtyrers, und die Spaltung im Zionismus liessen die Zahl von dessen Anhängern schnell zurückgehen. In Russland fiel sie von 125220 in einem Jahre auf 66529, also die Hälfte. Von allen russischen Juden hingen ihm seitdem nur $1^1/_3$ Prozent an, eine verschwindende Minderheit. Gerade die ärmeren Klassen hielten sich von ihm fern und scharten sich lieber um den jüdisch-sozialistischen „Bund“.

An Herzls Stelle erwählte der siebente Kongress (Juli 1905) in Basel zum Präsidenten Max Nordau — einen Mann, der in seinen Lebenseinrichtungen nie Anhänglichkeit an das Judentum gezeigt hatte. Der Kongress hielt an Palästina als dem einzigen Ziele der zionistischen Bestrebungen fest. Damit waren die auf dem sechsten Kongresse siegreichen „Territorialisten" geschlagen, deren Vertreter nun ihrerseits unter Verwahrung aus der Versammlung schieden. Die Parteiung war unheilbar. Da aber die Verwirklichung des palästinensischen Judenstaates noch recht lange ausstehen zu sollen schien, beschloss der Kongress, einstweilen die geographische und wirtschaftliche Erforschung des heiligen Landes, seine Kolonisierung in grossem Massstabe und die Schöpfung von Arbeitsgelegenheiten daselbst, zumal des Kunsthandwerks, zu betreiben — ein sehr lösliches Beginnen, bei dem die Zionisten auf die tätige Mitwirkung auch der nichtzionistischen Kreise des westeuropäischen und amerikanischen Judentums rechnen können.

Anderseits lösten sich die „Territorialisten" offen von dem offiziellen Zionismus ab. Unter der Leitung des wohlbekannten Romanschriftstellers Israel Zangwill beabsichtigt die „Jüdische Territorial-Organisation", abgekürzt „Jto", denjenigen Israeliten, die in ihrer Heimat nicht verbleiben können oder wollen, ausserhalb Palästinas ein Siedlungsgebiet auf der Grundlage verfassungsmässiger Selbständigkeit zu schaffen: ein Ziel, das fast ebenso schwer zu erreichen sein wird, wie das des eigentlichen politischen Zionismus.

Das Interesse an diesem nahm nach allen den Vorgängen beträchtlich ab. Der achte Kongress, im Haag, vom 14. bis 21. August 1907, war weit schwächer besucht, als der siebente: nur vierhundert Delegierte fanden sich dort ein, etwa die Hälfte der auf dem siebenten erschienenen Anzahl. Auch die Ziffer der Schekelzahler war von 160000 auf 100263 zurückgegangen — nicht viel unter den elf Millionen Juden. Das Ergebnis des Kongresses war praktisch so gut wie null.

Erspriesslicher ist die Tätigkeit des Zionismus im einzelnen. Die Kolonialbank oder, wie sie jetzt heisst, der Jewish Colonial Trust, dessen Kapital auf etwa sieben Millionen Mark gestiegen ist, konnte alljährlich 2—$3^1/_2$ Prozent Dividende zahlen. Er hat

ferner im Jahre 1903 eine Anglo-Palestine-Company begründet, die in Jerusalem, Jaffa und Beirut Kontore besitzt und durch ihre Kreditgewährung auf rein kaufmännischer Grundlage dem Ackerbau, Gewerbe und Kunsthandwerk der Juden in Palästina wesentliche Dienste leistet. Ausserdem wird ein jüdischer Nationalfond angesammelt, der bis zur Höhe von einer Million Dollars — mehr als vier Millionen Mark — gesteigert werden soll, um dann zum Ankauf von Ländereien in Palästina zu dienen, die mit Israeliten besiedelt werden sollen. Ein Teil des Fonds ist schon neuerlich für diesen Zweck verwendet worden. Am Ende des Jahres 1908 hat er abermals einen Betrag von $1^1/_2$ Millionen Mark erreicht.

Ein bedeutender Bruchteil der Partei, die Zijone-Zionisten, strebt grundsätzlich vor allem die Belebung der jüdischen Kolonisation und Gewerbtätigkeit in Palästina an. Ihr Führer, Usischkin von Jekaterinoslaw, gebot auf dem siebenten Kongress über 365 Stimmen, die Hälfte aller anwesenden Delegierten. Diese zumal in Russland starke Partei hat, wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten, doch tatsächlich die Ideen Herzls aufgegeben und ist zu den rein kolonisatorischen Bestrebungen der alten Gesellschaften Chowewe Zion, Esra und ähnlichen zurückgekehrt. Eine wunderbare Verkettung! Auf der einen Seite die Territorialisten, die einen Judenstaat ausserhalb Palästinas — freilich vergebens — suchen; auf der anderen die Freunde der friedlichen Kolonisierung Palästinas: das ist alles, was von dem praktischen Zionismus übrig geblieben ist. Und dann der reine „Nationalismus", der aus der Judenheit, anstatt einer Religionsgemeinschaft, ein Volkstum machen will: ein Volk, dem der Staat fehlt und, aller Aussicht nach, stets fehlen wird. Das ist ein Unding.

Dennoch wäre es verfehlt, den Zionismus zu verurteilen. Er ist der unter allen Völkern herrschende Nationalismus, auf die Judenheit übertragen, und zugleich der notwendige Gegensatz zu dessen schlimmster Ausgeburt, dem Antisemitismus. Er ist eine Utopie, aber eine edle und wirksame Utopie. Sie ging hervor aus dem männlichen Zorn über die Demütigungen und das Unrecht, die den Juden zum Danke für ihr redliches Liebesmühen um den Ausgleich mit den andersgläubigen Mitbürgern

in vielen angeblich zivilisierten Ländern zugefügt werden. Und sie hat zu einer beträchtlichen Stärkung des jüdischen Bewusstseins geführt. Die entschlossene Haltung eines grossen Teiles der jüdischen Jugend im Kampfe um die Würde und die Stellung des Judentums in Mitteleuropa und Russland ist zum guten Teile dem Zionismus dankbar auf das Konto zu schreiben. Eine Gegenwirkung wider den Antisemitismus, hat er auch seinerseits bewiesen, dass die Juden sich nicht vergewaltigen lassen, dass sie sich nicht vor brutaler Gewalt beugen, sondern sich zusammenschliessen zu kräftiger Abwehr und, wo nötig, zum Angriff. So ist der Zionismus und Nationalismus, obschon er auf einem Missverständnis des eigentlichen, tiefsten Charakters des Judentums beruht und Unmögliches anstrebt, der öden Gleichgültigkeit und Servilität vieler Auch-Juden bei weitem vorzuziehen. Es darf nicht vergessen werden, dass der Zionismus, ausserhalb seiner auf Palästina gerichteten Tendenzen, viel zur Belebung und Vergeistigung der Judenheit beigetragen hat. Er hat Lehranstalten und Lesehallen begründet. Er hat die volkstümliche Jüdische Universität in Paris gestiftet. Er hat die Grossartiges für die Bildung und Moralisierung der niederen judischen Bevölkerung wirkenden Toynbee-Hallen in Wien, Berlin, Hamburg, Brünn, Lemberg, Tarnopol, Amsterdam hervorgerufen und mit schweren materiellen und geistigen Opfern unterhalten. Er hat eine zahlreiche Presse ins Leben treten lassen, die viele Tausende von Lesern besitzt. Er hat Maler, Bildhauer, Schriftsteller zu bedeutenden Schöpfungen begeistert. Er hat die Begründung des Jüdischen Verlags und des Jüdischen Künstlerverlags in Berlin veranlasst. Aus dem Zionismus entsprangen auch die jüdischen Turnvereine, die sich von den allgemeinen Turnvereinen trennten, mit einem in Deutschland unnötigen Exklusivismus, der aber in dem unduldsamen antisemitischen Österreich volle Berechtigung besitzt.

Das sind Ergebnisse, die wohl den Anspruch erheben dürfen, dass man den Zionismus nicht mit einer verächtlichen oder hasserfüllten Handbewegung beiseite schiebe. Er hat zweifellos das jüdische Bewusstsein und Selbstvertrauen kräftig belebt. Auch wenn er dereinst als gesonderte Bewegung verschwunden sein wird, werden seine günstigen Wirkungen inner-

halb weiter Kreise der jüdischen Gemeinschaft fortdauern. Begeisterung und selbstloses Streben sind an sich hohe Güter, selbst wenn sie sich auf falsch verstandene und unmögliche Ideale richten. Der Zionismus hat frisches Leben in halb abgestorbenen Zweigen des uralten jüdischen Stammes wieder erzeugt, kräftige Säfte in seinen Zellen aufsteigen lassen. So muss er, unbeschadet alles prinzipiellen Gegensatzes, als ein Lebenselement des heutigen Judentums betrachtet werden. —

Mit dem Nationalismus steht in der jüngsten Zeit auch die Wiedergeburt der hebräischen Sprache in engstem Zusammenhange; aus ihm ist sie hervorgegangen.

Der Reformator der hebräischen Literatur wurde der geistvolle und tatkräftige Begründer des jüdischen Nationalismus in Russland, Perez Smolenski (1842 bis 1885). Gegenüber den liberalen Assimilanten, die, wie Leon Gordon und — in Galizien — Josua Heschel Schorr, ihre hebräischen Gedichte und Prosaschriften zur Bekämpfung des Rabbinismus und zur Verherrlichung der modernen Bildung verfassten; gegenüber auch den Verteidigern der Orthodoxie, wie Michel Pines, endlich den Realisten und Individualisten, die, wie Moses Lilienblum, lange Zeit hindurch Wohlleben und Eigenliebe anpriesen, hat Smolenskis Feuerseele vom Beginne seiner literarischen Laufbahn an die Wiederbelebung des jüdischen Volkslebens gepredigt. Seine im Jahre 1868 begründete Zeitschrift „Haschachar“, „der Morgen“, griff sowohl die Selbstgenügsamkeit der östlichen Orthodoxie wie die Gleichgültigkeit des westlichen Liberalismus unter den Juden an. Nicht der Glaube, das Volkstum Israels war ihm die Hauptsache: „Das jüdische Volk muss den anderen Völkern gleichen; es darf sich seines Ursprungs nicht schämen und nicht die Hoffnung verschmähen, dass eines Tages seine Verbannung ein Ende nehme. Wie die andern, lernen wir unsere Sprache, den Ruhm unseres Volkes, schätzen — diese Sprache, in der unsere Propheten redeten, unsere Väter beteten und weinten, wenn ihr Blut floss.“ Seine Romane, besonders „Am Olam“ („Das ewige Volk“, 1872), waren Tendenzschriften, die mit inniger Liebe für sein Volk dessen Eigentümlichkeiten verfochten und für es selber einen Platz in der grossen menschheitlichen Entwickelung beanspruchten. Nicht einen persönlichen Erlöser,

auch nicht die Ausbreitung der israelitischen Religion über die ganze Erde erwartete Smolenski von der messianischen Zeit, sondern die Wiederherstellung des jüdischen Staates. Damit gewann er die weiten Kreise der jüdischen Jugend in Russland und Galizien, die den Glauben verloren hatten — eine grosse Schaar; damit wurde er im Osten der Vorläufer der zionistischen Bewegung. Die furchtbaren Verfolgungen, die seit dem Jahre 1880 über die russischen Juden hereinbrachen, und die den Ausgleich zwischen ihnen und dem russischen Volke und Staate auf lange hinaus unmöglich machten, führten den völligen Sieg von Smolenskis Anschauungen unter der israelitischen Jugend jenes Landes herbei. Eine grosse Anzahl von Schriftstellern, Dichtern, Gelehrten einte sich um die Zeitschrift Haschachar, die achtzehn Jahre lang der Mittelpunkt der neuen Schule der hebräischen Literatur war. Satyrische Novellisten, wie Brandstaetter, gelehrte Lexikographen und Historiker, wie Mandelkern, Harkavy und Gurland, Naturwissenschaftler, wie Poriess, gehörten zu ihren Mitarbeitern. Das hebräische Schrifttum nahm einen starken Aufschwung. Schiller, ferner Shakespeare und Heine sowie die Dramen und Novellen Ludwig Philippsons erschienen in geschmackvollen Übersetzungen, die mit Feuereifer gelesen wurden. Der hervorragende Talmudist Jakob Hirsch Weiss veröffentlichte seit 1871 eine umfassende fünfbändige „Geschichte der jüdischen Tradition“ („Dor-dor-wedorschow“), die von der nachbiblischen Zeit bis zum Ende des fünfzehnten Jahrhunderts die Entwickelung der religiösen Überlieferung bei den Juden mit bewundernswertem Wissen, allerdings von streng orthodoxem Standpunkte aus, schilderte. Eine Fülle hebräischer Zeitschriften entstand, auch in Jerusalem und in Nordamerika. Das erste politische Tageblatt in hebräischer Sprache „Hajom“ („Der Tag“) erschien 1886 in Petersburg und erhielt bald mehrere Nachfolger.

Die hebräischen Schriftsteller, auch die früher anders gesinnten, haben sich seit Smolenskis Auftreten fast alle der zionistischen Richtung zugewandt. Unter ihnen gibt es Dichter von hervorragender Begabung. So der Lyriker C. A. Schapira, dem der Groll über die von seinem Stamme erlittenen Verfolgungen leidenschaftliche Empfindungen des Hasses einflösst. Ein anderer, Bialik, zeichnet sich durch farbenreichen, poetischen Stil und durch

feines lyrisches Gefühl aus. Ein dritter, Paul Tschernichowsky, leistet mehr auf dem Gebiete poetischer Übertragung als auf dem originalen Schaffens, wo ihm sein schwerfälliger, dunkler, gekünstelter Ausdruck der besten Wirkung beraubt. Als Romanschriftsteller dringt Ben-Avigdor mit psychologischer Feinheit in die Tiefen des Menschenherzens ein. Unter den Gelehrten handhabt Jawitz, der gründliche Geschichtschreiber der Juden, den hebräischen Stil mit seltener Meisterschaft. Nachum Sokolow ist ein überaus fruchtbarer Journalist und Novellist, voll mannigfacher Begabung und auch voll heiligen Eifers für die Sache seines Stammes und Glaubens. Er übt einen bedeutenden Einfluss im Sinne nationaler und kultureller Hebung auf seine östlichen Stammesgenossen bis zu den Chassidim aus.

Eine eigenartige Stellung nimmt Ascher Ginzberg ein, der unter dem Namen Achad-ha-Am schreibt. Er bekämpft den völkischen Zionismus; Erneuerung und Entwickelung des Judentums zur Religion der Vollkommenheit, Gestaltung des jüdischen Stammes zur mustergültigen Glaubensgemeinschaft, mit Abwerfung alles überlieferten Zeremonialwerkes — das sind seine Ideale, die er mit tiefem Empfinden, originellem Geist und eindrucksicherer kritischer Schärfe verfolgt und verherrlicht. Er begründete die Monatschrift „Haschiloah“ in Odessa, die unter anderweiter Redaktion noch heute existiert. Überhaupt hat sich unter seinem Einflusse in jüngster Zeit wieder regeres Streben in der hebräischen Presse entfaltet.

So gibt sich in dem neuhebräischen Schrifttum ein mannigfaltiges, nach vielen Seiten sich kräftig entwickelndes Leben kund. Die reiche Begabung jener unglücklichen Juden des europäischen Ostens tritt in dieser ganz eigenartigen literarischen Blüte deutlich zutage. Wenn einst diese Gemeinschaft aus der ihrer Mehrheit aufgezwungenen Unkultur, aus ihrem materiellen und moralischen Tiefstand erlösst sein wird, kann man von ihm wahrhaft Grosses für die menschheitliche Zukunft erwarten. Um so verdammenswerter ist das Verbrechen derjenigen, die sie mit blutiger Gewalt in Unterdrückung und Niedrigkeit erhalten.

Wunderbarer noch als jene literarische Entfaltung ist die Ausbildung des längst zu den toten Sprachen geworfenen

Hebräisch als lebendes Idiom in Palästina — die Wiedergeburt einer Sprache, wie sie in der Geschichte unerhört ist und einzig dasteht. Voll Staunens erkennen wir auch hierin die unverwüstliche Lebenskraft des israelitischen Stammes. Wie eingefroren lag das Hebräische unter den toten Sprachkörpern; und siehe da! es bedurfte nur eines warmen Sonnenstrahles, um sie zu sprossendem Leben zu erwecken. In Palästina kamen Juden aus allen Ländern Europas, Asiens und Nordafrikas zusammen. Sie fühlten die Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung, und zu dieser wählten sie, ganz von selbst, ganz unbewusst, die ihnen allen heilige hebräische Sprache. Das Hebräische wurde ihnen das notwendige Organ des Umganges. Derselbe Umstand bewog sie, auch in den Schulen, wo jüdische Kinder verschiedener Zunge Unterricht erhielten, das Hebräische als Vortragssprache zu verwenden. Vereine entstanden zuerst in Palästina, dann auch in Europa, die sich die Wiederverbreitung des Hebräischen als lebender Sprache zur Aufgabe stellten. In die Familien wurde es als Muttersprache eingeführt. Hier gab Vorbild und Ermutigung Ben-Jehuda, der in seinem zu Jerusalem erscheinenden Wochen-Blatte „Haschkafah", das neuerdings in die Tageszeitung „Hazewi" umgewandelt worden ist, die Sache der hebräischen Muttersprache und zugleich eines besonnenen Fortschritts mit Eifer und Gelehrsamkeit verficht. „Hawachazeleth" vertritt dort die orthodoxe Richtung. Die Halbmonatschrift „Hapoel Hazair" ist das energische Organ der Jerusalemer national-jüdischen Arbeiterorganisation, während die Vierteljahrschrift „Haomer" in Jaffa mehr gemütlich literarischen Charakter trägt.

Sobald das Hebräische neben einer Schrift- auch eine mündliche Sprache wurde, musste es eine ganz neue, spontane Entwickelung nehmen; nicht als Kunsterzeugnis reiflich überlegender Schriftsteller, sondern als natürliches Ergebnis der augenblicklichen volkstümlichen Eingebung gelangte sie zu einfachen, gleichsam sich selbst erzeugenden Neubildungen, die die uralte Überlieferung mit dem Gewande moderner Begriffe und Empfindungen umkleideten. Teils wurden die technischen Fremdwörter aufgenommen, die zum Gemeingut aller zivilisierter Völker geworden sind, und die man tunlichst in hebräische Form umgoss. Anderseits wurden moderne Begriffe vielfach

durch Weiterausbildung althebräischer Wörter bezeichnet. Daneben übte der jüdisch-deutsche Dialekt des Ostens, das sogenannte „Jiddisch", einen bedeutenden Einfluss, nicht nur durch Einführung neuer Wörter oder durch Modifizierung des Sinnes althebräischer Ausdrücke, sondern auch durch Umgestaltung des Satzbaus. In gleicher Weise strömen russische und deutsche Wörter, in Palästina besonders zahlreiche Arabismen in die neuhebräische Sprache ein. Kurz, diese befindet sich in lebendigstem Flusse, im Austausche mit der Rede fremder, aber mit den Juden in Zusammenhang stehender Völker. Das Muster dieser organischen Vereinigung und Verarbeitung des neu-hebräischen Wortschatzes ist der ebenso fein durchdachte wie folgerichtig ausgebildete, und dabei natürliche und leicht flüssige Stil Aehadha-Ams, des Vaters des modernen Schrift-Hebräischen.

Aber auch der Jargon, das Jüdisch-Deutsche oder, wie man jetzt allgemein sagt, das „Jiddische", hat in der Gegenwart eine selbständige Entwickelung durchgemacht, die ihn zu einer eigenen, literarischen Sprache herausbildete. Hebräisch und Jiddisch sind die beiden selbständigen Idiome der modernen Juden.

Der Beginn der jiddischen Literatur in Russland datiert aus dem Jahre 1824, wo verschiedene polnisch-jüdische Schriftsteller sich bemühten, die deutsche Bildung ihren östlichen Glaubensgenossen in der diesen allein verständlichen Form zugänglich zu machen. Die bedeutendsten und mustergültigsten dieser Autoren waren Mendel Lefin und Günsburg, genannt Hurwitz. Ihre Übersetzungen brachten den ersten Strahl des Lichtes in diese zurückgebliebene, in Elend und Schmutz versunkene Bevölkerung. Ettinger, der erste jüdisch-deutsche Dichter, schrieb ein Drama in Nachahmung Lessings, „Serkele", sowie eine Sammlung von Fabeln und Epigrammen. Gleichfalls Dramen verfasste der hochgebildete und fruchtbare Israel Askenfeld, der darin, ebenso wie Ettinger, die Zustände der russischen Juden mit beissender Satire darstellte. Die Wunderrabbis im besonderen geisselte Gottlober in seinem Lustspiel „Der Hochzeitsschleier" (1838). Es entwickelte sich danach eine volkstümliche Dichtung, deren Verfasser entweder ganz unbekannt blieben oder doch bald vergessen wurden. Eine Sammlung dieser Lieder veranstaltete 1869 der Humorist Linetzki,

der überdies durch eigene Novellen im jiddischen Dialekt und unter ihnen durch das „Politische Jüngel" den grössten und weitreichendsten Erfolg davontrug. Michael Gordon, der zudem ein hervorragender hebräischer Schriftsteller war, kämpfte in Jiddisch tapfer für den Fortschritt, in Übereinstimmung mit der damals — um 1870 — unter den gebildeten Juden des Ostens vorherrschenden Richtung der Mendelssohnschen Haskalah, und entzückte daneben seine Stammesgenossen durch humoristische Dichtungen. Abraham Goldfaden, der sich vorher durch epische und allegorische Schöpfungen bekannt gemacht hatte, wurde im Jahre 1876 der eigentliche Begründer des volkstümlichen jüdischen Theaters, auf dem sein Drama „Die Rekruten" als erste Darstellung aufgeführt wurde.

Alle diese Dichter standen im Dienste der Aufklärung gegen die Alt-Orthodoxie, den Chassidismus und endlich die Rückständigkeit der jüdischen Massen. Ebenso die jiddischen Prosaschriftsteller dieser Periode, die sich bis zu den Judenverfolgungen im Beginne der achtziger Jahre erstreckte. Der Mittelpunkt der Haskalah wurde, seit 1863, Zederbaums Wochenschrift Kol-Mewasser. Der hervorragendste der damaligen jiddischen Prosaisten aber war Jakob Abramowitsch (geboren 1835), dessen satirische Novelle „Das kleine Menschel" (1865), herausgegeben unter seinem Pseudonym Mendele Mocher-Seforim („Mendele der Buchhändler"), sowie deren Nachfolgerinen das Leben der russischen Juden in schärfster Beleuchtung mit ebenso natürlicher wie witziger und geistvoller Darstellung schilderten. Sie übten eine tiefe Wirkung auf die jüdischen Massen, die ihre Leiden, Fehler und Irrtümer aber auch ihre altüberlieferten Vorzüge in diesen Werken getreulich wiedergegeben fanden. Die „Wanderungen Benjamins des Dritten", einer Art jüdischen Don Quixotes, der auszieht, um den sagenhaften Strom Sambation und den Stamm der Roten Juden zu suchen, verschafften Abramowitsch den nicht ganz unverdienten Namen des jüdischen Cervantes. Eine Menge zweitklassiger Novellisten bezeugte ferner die alte Erzählungslust der Juden.

Das Bestreben der Haskalah, eine Annäherung der Juden an die moderne Kultur und zumal an das russische Volk herbeizuführen, erlitt durch das furchtbare Blutbad der Jahre

1881 und 1882 einen allzu grausamen Schlag, um überhaupt weiter bestehen zu können. Die Stimme der Schriftsteller dieser Richtung verstummte, auch im jiddischen Dialekt. Teils gingen die denkenden russischen Juden zum Zionismus über, teils wanderten sie in Masse nach Amerika aus — und das waren gerade die kräftigsten und hoffnungsvollsten Elemente. Die russisch-jüdischen Novellisten begnügten sich seitdem mit der Schilderung des jüdischen Lebens, das sie freilich, in Ermangelung einer Kulturtendenz, mit einer ihm nicht eigenen Romantik ausschmückten: so Mordechai Spektor, der die niederen Schichten seines Stammes darstellte, und Salomon Rabinowitsch, der die Mittelklasse zum Gegenstande seiner Schilderungen machte. Der bedeutendste dieser Novellisten aber ist Isaak Löb Peretz, ein 1851 geborener Jurist, ein überaus feiner und wirksamer Psychologe, mit gewisser Neigung zum Symbolismus, ein vorzüglicher Erkunder der menschlichen Natur, der der Literatur einer jeden Sprache zur Zierde gereichen würde. Ein tiefes Mitgefühl mit den Leidenden und Unterdrückten durchzieht ergreifend seine Schöpfungen.

Während unter den sich immer wiederholenden blutigen Verfolgungen und der auf die Länge noch schmerzlicher wirkenden Unterdrückung seit den neunziger Jahren die jiddische Literatur in Russland fast völlig verstummt ist, auch von der verheissungsvollen Jargonpresse fast nur der treffliche „Fraind“ in Petersburg, „Unser Leben“ und „Haint“ in Warschau sowie „Die jüdische Zeitung“ in Wilna übrig geblieben sind, — erhebt sie sich in der neuen Heimat, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Viele der Schriftsteller waren dorthin ausgewandert. Die dramatische Dichtung ist da freilich, in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer quantitativen Entfaltung, dem Inhalte nach gänzlich in das Platte und Vulgäre versunken. Anderseits hat sich eine politische Dichtung von höchst radikaler Richtung herausgebildet; sie trägt aber nur der Sprache nach, in der sie verfasst ist, jüdischen Charakter und bringt die Stimmung der armen, darbenden Arbeiter zum scharfen Ausdrucke. Moritz Sternfeld, der selber alles Elend des „Schwitzsystems“ durchgemacht hat, ist in seinen „Gesängen aus dem Ghetto“ der Verkünder der Leiden und Wünsche der Arbeiter, der Prophet des Kampfes

gegen die herrschende Wirtschaftsordnung. Das Prosaschriftum der amerikanischen Juden ist gleichfalls nur eine Nachahmung des in anderen Literaturen Geschaffenen, mit einem starken sozialistischen Zuge. Eine Menge von Zeitungen in diesem Dialekte zeigen, mit geringen Ausnahmen, die gleiche Färbung. Es ist eben die jiddische Schriftstellerei in Amerika die einer Rasse, die im Begriffe steht, sich einem ganz fremden Volkstum anzuschliessen, ohne innere Festigkeit, ohne Liebe zu ihren eigenen Sonderbesitztümern, ohne Hoffnung, diese zu bewahren.

Es gibt in Nordamerika eine grosse Menge jiddischer Presserzeugnisse — aber es sind dort keine Talente entstanden, wie in der alten Heimat. Die hoffnungsvolle Blüte der jüdisch-deutschen Literatur ist durch die Gewalttaten Alexanders III. und die Pogrome, wie es leider scheint, endgültig gebrochen worden. Eine der traurigen Wirkungen dieser Verbrechen für die Juden des Ostens!

Kapitel Drei.

Reformbewegungen.

Der harte Kampf, den fast allerorten die Israeliten gegen den Antisemitismus zu führen hatten, und die Ausbildung des praktischen Judentums, die damit zusammenhing, haben die Aufmerksamkeit der Judenheit derart in Anspruch genommen, dass darüber die gottesdienstlichen und religionsgesetzlichen Fragen in den Hintergrund traten. Hierhin wirkte noch ein anderes, an sich recht erfreuliches Moment. Bei der Abwehr gegen die äusseren Widersacher machte sich naturgemäss ein lebhaftes Bedürfnis nach Einigung bemerkbar. Je geringer die Zahl der Juden an sich war, um so weniger konnten sie sich all den Feinden gegenüber noch den Luxus inneren Haders leisten. Abgesehen von einer kleinen, meist im südwestlichen Deutschland vertretenen, allerdings sehr rührigen und lauten Partikularistenpartei extrem orthodoxer Richtung, schlossen sich Liberale und Orthodoxe eng zusammen. Ein jeder blieb seinen besonderen religiösen Anschauungen getreu, aber man stellte die Gegensätze zurück, um das Gemeinsame, allen gleich Teure und Heilige besonders zu berücksichtigen und zu betonen. Dem Wesen der Sache nach sind aber die Orthodoxen die Beharrenden, die Liberalen die Fortschreitenden. Will man beisammen bleiben, so müssen die Schnellen den von Natur Langsamen Rechnung tragen, und nicht umgekehrt. So hatten die Liberalen um der Einigkeit willen auf jede entschiedene Bewegung zu verzichten, um nicht ihre orthodoxen Verbündeten vor den Kopf zu stossen. Daher kam es, dass seit den siebziger Jahren die liberalen Juden sich fast ängstlich von jeder tatsächlichen Weiterausbildung der Reformen zurückhielten. Man blieb höchstens auf der bisherigen Entwickelungsstufe stehen. Solches Beharren wurde gestützt durch den konservativ-religiösen Zug, der auch in der

Christenheit, zumal in Deutschland, die Gemüter seit dem Ende der siebziger Jahre beherrschte. Es wurde also still im deutschen Judentume von der grossen religiösen Bewegung, die in ihm seit Mendelssohn geherrscht hatte. Während die strengsten Orthodoxen sich an manchen Orten, wie in Berlin, Frankfurt am Main, Königsberg, Mainz, Darmstadt, Wiesbaden, Köln und anderswo, unter dem Schutze des von Lasker in Preussen veranlassten und auch in Hessen nachgeahmten Austrittsgesetzes, zu Sondergemeinden organisierten, führte sonst in den grösseren Gemeinden meist die gemässigte, historische Reform das Ruder, mit sorgfältiger Schonung und Berücksichtigung der orthodoxen, nicht separatistischen Minderheit. Es war ein dauernder Waffenstillstand, der freilich in sehr vielen Gemütern das Interesse für die geistige, kulturelle Entwickelung des Judentums völlig einschläferte. Es fand sich nichts mehr, was dem leidenschaftlichen aber fruchtbringenden Ringen während der dreissiger bis sechziger Jahre des neunzehnten Säkulums geglichen hätte. Sogar die Reformgemeinde in Berlin wandte sich von dem früheren Radikalismus ab und näherte sich dem gemässigten religiösen Liberalismus, wie er in den grösseren Gemeinden überhaupt herrschte. Das Hauptverdienst an dieser erhaltenden Wendung hatte ihr Prediger Moritz Levin.

Dieses dringende Streben nach Vereinigung gegenüber den antisemitischen Angriffen, das Bedürfnis gemeinsamer Abwehr sowohl der äusseren Widersacher wie des Abfalles im eigenen Lager führten sogar den Zusammenschluss derjenigen Elemente herbei, die sich bisher auf das schroffste bekämpft hatten, nämlich der orthodoxen und der liberalen Rabbiner. Sie vereinten sich zum ersten Male im Jahre 1884, um der beinahe verzweifelten Lage, in der sich damals das deutsche Judentum zu befinden schien, abzuhelfen. Freilich hatte an dieser Zusammenkunft auch der Wunsch bedeutenden Anteil, die Interessen des Standes zu wahren, der an den meisten Orten von den gewählten Gemeindebehörden ziemlich in den Hintergrund gedrängt war, und von dem viele Mitglieder weder selber genügendes Einkommen noch eine Sicherung für den Unterhalt ihrer Witwen und Waisen besassen. Es war bezeichnend, dass auf der neuen Rabbinerversammlung von vornherein jede Behandlung religiös streitiger Punkte aus-

geschlossen wurde. Damit war einer Fortführung der auf den früheren Rabbinerversammlungen gepflegten Reformbewegung ein Riegel vorgeschoben. Nicht religiöse Entwickelung, sondern Abwehr war die Aufgabe des 1884 in Berlin begründeten deutschen Rabbinerverbandes.

Die Wirkungen dieser Versammlung waren so unbedeutend, dass alsbald der Rabbinerverband wieder entschlummerte, bis er 1896 durch eine neue Zusammenkunft zum Leben erweckt wurde; gerade die orthodoxen Rabbiner Deutschlands nahmen an dieser Auferstehung lebhaften Anteil. Freilich bei näherer Überlegung reute sie ihre hochherzige Tat einigermassen, und schon nach wenigen Monaten begründeten sie neben dem allgemeinen Rabbinerverbande wieder einen besonderen, orthodoxen. Da mussten auch die Andersgesinnten sich enger aneinander schliessen, und so entstand im Mai 1898 ebenfalls eine „Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands". Abgesehen von der kräftigen Verfechtung der Interessen und der Stellung des Standes und von der Begründung einer Reliktenkasse seitens des allgemeinen Rabbinerverbandes ist nicht viel Bedeutendes aus allen diesen Veranstaltungen erwachsen. Die Orthodoxen wollen keine innere Weiterentwickelung des Judentums, und die liberalen Rabbiner fürchten, dass ihre Gemeinden ihnen auf dem Wege durchgreifender Reformen nicht folgen würden. Denn der religiöse Indifferentismus der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der grösseren und mittleren Gemeinden bewirkt, dass ihnen die weitere Ausbildung des religiösen Lebens im Judentume nicht am Herzen liegt; sie wünschen allen Streit zu vermeiden um Dinge, die ihnen gleichgültig sind; und sie meinen, dass, gerade weil der einzelne die altjüdische Überlieferung in Gottesdienst und Zeremoniell abgestreift hat, die Gemeinde und deren Kultusbeamte solche um so unverbrüchlicher bewahren müssten. Derart sehen die liberalen Rabbiner sich bei jedem Versuche einer praktischen Reform nicht nur der lauten Verketzerung durch die Orthodoxen ausgesetzt, sondern auch von den eigenen Anhängern verlassen.

Der Gegensatz, der so zwischen Lehre und Leben entstand, trieb wunderliche Blüten, wie z. B. die neueste Orthodoxie, die in einigen grossen Gemeinden, besonders in Berlin und Breslau,

aufkam, und die aus Leuten bestand, die selber von dem Zeremonialgesetz so gut wie nichts mehr hielten, in den Veranstaltungen der Gemeinde aber die strengste Bewahrung jedes überlieferten Gebrauches und die Verwerfung jeder Neuerung, besonders im Gottesdienste, unbedingt forderten — Romantiker, die für ihre eigene Person behaglich in den Anschauungen der Gegenwart lebten, für andere aber das Mittelalter in mystischer Ehrfurcht heraufbeschworen. Es war ja überhaupt eine Zeit, in der, anstatt des Materialismus, die Religiosität bei den Gebildeten und Gebildetseinwollenden wieder in Mode gekommen war; und wie konnte man die Frömmigkeit bequemer betätigen, als indem man ihre Pflichten einer Abstraktion — der Gemeinde — und deren Beamteten auferlegte? Zu wiederholten Malen trugen diese Neuest-Orthodoxen bei den Repräsentantenwahlen in Berlin den Sieg davon. Schon schöpften sie aus solchem Erfolge die Hoffnung, auch in Breslau, Frankfurt am Main, Köln die Herrschaft zu erringen. Allein es stellte sich bald von neuem heraus, dass die Mehrzahl der heutigen Juden Deutschlands sich den Forderungen der Orthodoxie nicht zu unterwerfen gedenkt: seit den Repräsentantenwahlen des November 1898 ist der gemässigte Liberalismus in der Berliner Gemeinde vorwiegend geblieben, und ähnliche Ergebnisse hat er in den übrigen Grossgemeinden errungen.

Allerdings, ein sehr gemässigter Liberalismus, der es bei den Einrichtungen verbleiben lässt, wie die Väter sie in der Reformzeit des zweiten Drittels des neunzehnten Jahrhunderts getroffen hatten. Da konnten auch die Bestrebungen vieler herzlich begeisterter Juden in Berlin nicht zum Ziele gelangen, neben dem Sabbatgottesdienste, der selbstverständlich seine alt geheiligte Geltung bewahren sollte, für alle die Unzähligen, denen der geschäftliche oder amtliche Beruf die Teilnahme an der Sabbatfeier geradezu unmöglich macht, einen Sonntagsgottesdienst einzurichten. Es sollten hierdurch viele, die dem Judentume, seinem Gebet, seiner Predigt gänzlich entfremdet worden waren, für sie zurückgewonnen werden. Im Juli 1897 erging, zunächst für die Berliner Gemeinde, ein dem entsprechender Aufruf. Gustav Levinstein verfocht „Die Forderung des Sonntagsgottesdienstes“ in wiederholten Broschüren in wahrhaft frommem Geiste;

eine entsprechende Petition an den Gemeindevorstand fand viertausend Unterschriften. Allein das in seiner Mehrheit „liberale" Berliner Rabbinat sprach sich in einem Gutachten gegen den Antrag aus, die Repräsentantenversammlung verwarf ihn zu wiederholten Malen; und als schliesslich die Anhänger eines ergänzenden Sonntagsgottesdienstes eine Liste für die Repräsentantenwahl aufstellten, erhielt sie nur 1450 Stimmen von den 4000, die die entsprechende Petition unterzeichnet hatten (1898). Seitdem liessen die vorgeschrittenen Liberalen die Sache fallen, um nicht Uneinigkeit in die Reihen der Gesamtpartei zu bringen.

So hat sich allerorten der recht bedauerliche Zustand herausgebildet, dass Lehre und Leben der Judenheit in schreiendem Gegensatze zueinander stehen. Jene beharrt durchaus auf den Überlieferungen der Vergangenheit; dieses hat sich, bei der weit überwiegenden Mehrzahl, gänzlich von ihnen losgesagt. Die Gemeinde, der Gottesdienst zeigen die Maske eines das Zeremonialgesetz wahrenden Judentums, die einzelnen aber haben das Zeremoniell, ja die Sabbatfeier entschlossen bei Seite geworfen. Offiziell weist man jede durchgreifende Reform zurück, tatsächlich geht man über jede mit dem Wesen des Judentums noch verträgliche Reform hinaus. Ein Widerspruch, der für die Zukunft des Judentums sehr gefährlich ist.

Um Leben und Lehre von neuem auszusöhnen, um die Reformtätigkeit wieder in Bewegung und zu festen Ergebnissen zu bringen, haben sich in Berlin, Breslau, Frankfurt am Main liberale Gemeindevereine gebildet, gegenüber konservativen Gegenvereinigungen. Aber sie haben eine Wirksamkeit nur bei den Wahlen geübt. An jeder weiteren, schöpferischen Tätigkeit wurden sie durch den religiösen Indifferentismus der meisten Liberalen behindert. Ihr „Liberalismus" bestand zum grössten Teile in ihrer Abweisung der Orthodoxie; aber einen positiven Inhalt hatte er selten.

Um so tatkräftiger geht die extreme Neu-Orthodoxie vor. Wie bei dem Rabbinerverein so hat sie sich auch auf anderen Gebieten von der Gesamtheit ihrer Glaubensbrüder demonstrativ getrennt. Obwohl der Deutsch-israelitische Gemeindebund auf konfessionellem Gebiete sich durchaus neutral verhielt, obwohl er hauptsächlich orthodoxe kleine Gemeinden unterstützte, obwohl

er nirgends in deren Lehre oder Gottesdienst eingriff, obwohl er alle seine Anstalten streng rituell einrichtete und unterhielt, fanden doch hyperorthodoxe Gemeinden und Rabbiner es verwerflich, dass in seiner Leitung auch liberale Juden sassen, und begründeten ihm gegenüber eine „Freie Vereinigung". Ebenso verketzerten und bekämpften sie die Bestrebungen des „Verbandes der deutschen Juden", nur weil er sich ihrer ausschliesslichen Leitung nicht unterwerfen konnte — von ihren Angriffen auf die zahmen Reformvorschläge des liberalen Rabbinerverbandes ganz zu schweigen. Ihnen trat seit dem Mai 1908 die „Vereinigung für das liberale Judentum in Deutschland" entgegen, um auch die Liberalen gegen diese steten und heftigen Feindseligkeiten zu organisieren. Sie gewann in kurzer Zeit 4000 Mitglieder und gibt eine eigene Zeitschrift heraus. Sie will der Orthodoxie nichts anhaben, ihr nicht einen einzigen Anhänger abspänstig machen, sondern nur diejenigen, die das orthodoxe Judentum nicht zu fesseln vermag, für die Lehre und das Leben Israels zurückerobern, besonders auch die Jugend mit Begeisterung für die Grösse und Schönheit der Religion erfüllen. In diesem Sinne traten die Leiter der liberalen Bewegung in Deutschland mit gleichgesinnten Veranstaltungen des Auslands, der englischen Jewish Religious Union und der Pariser „Union libérale Israélite" in Verbindung.

Diese letztere Vereinigung, im Jahre 1907 gestiftet, war vor allem das Werk des bekannten Archäologen und Historikers Theodor Reinach in Paris; sie trug einen radikalen Charakter und machte eine Reformgemeinde nach dem Berliner Muster aus. Als Geistlicher steht an ihrer Spitze der bisherige Rabbiner von Dijon, Louis Germain-Levy. Auch hier hat besonders die betrübende Wahrnehmung, dass zahlreiche gebildete Israeliten dem traditionellen Judentume sich gänzlich entfremdet haben, den Versuch einer durchgreifenden Reform hervorgerufen und gerechtfertigt. Ob derselbe gelingen wird, ist freilich noch zweifelhaft. Einstweilen hat die junge Gemeinde in der Rue Copernic in Paris einen Betsaal eingerichtet, wo unter Orgelbegleitung und Chorgesang auserwählte Gebete hebräisch und französisch vorgetragen werden und aus der Thora vorgelesen wird. Der Gottesdienst findet, wie ursprünglich auch in der Berliner Reform, sowohl am Sonnabend wie am Sonntag statt.

In England herrschte lange Zeit hindurch fast ausschliesslich der Indifferentismus auf der einen, strenger Konservatismus auf der anderen Seite. Die Zahl derjenigen, die lebhafte Begeisterung für den hohen ethischen Wert und die weltgeschichtliche Bedeutung Israels mit moderner Anschauung verbanden, war sehr gering. Sogar die 1842 als Reformgemeinde begründete West-London-Synagoge verblieb auf dem ursprünglichen, wenig entwickelten Standpunkte, wiederholte Versuche gründlicherer Umwandlung scheiterten nach mehr oder minder kurzem Verlauf. Erst die im Jahre 1901 hauptsächlich durch Claude Montefiore begründete „Jewish Religious Union" hat Dauer erlangt. Ihr Zweck ist wiederum, „diejenigen Israeliten für die väterliche Religion zurückzugewinnen, denen die bisherige Form des Gottesdienstes nicht sympatisch ist, oder die ihm nicht anwohnen können". Zu diesem Behufe sollen besondere gottesdienstliche Veranstaltungen getroffen, öffentliche Vorlesungen gehalten und Drucksachen herausgegeben werden. Demgemäss werden am Sonnabend nachmittag religiöse Versammlungen mit hauptsächlichem Gebrauch des Englischen und mit Ansprachen organisiert, die nicht immer von Geistlichen ausgehen.

Die amtliche Orthodoxie trat gegen diese Neuerung mit gewohnter Schärfe auf, an ihrer Spitze Chief-Rabbi Adler. Sie zwang die Geistlichen, die sich der Union angeschlossen hatten, diese zu verlassen. Allein die Leiter der Bewegung liessen sich durch solche Gegnerschaft nicht abschrecken, setzten ihre gottesdienstlichen Versammlungen fort und gaben 1903 ein besonderes Gebetbuch heraus. Noch in demselben Jahre ward, wie im Westen, so auch im Osten Londons, inmitten der ärmsten jüdischen Bevölkerung, ein Union-Gottesdienst eingerichtet, von dem sich freilich die offiziellen Gemeindeobrigkeiten durchaus fern halten.

Und es trat eine Gegenbewegung unter den eingewanderten russischen und polnischen Juden im Osten Londons hervor. Einem Teile von diesen galten bereits die geringen Zugeständnisse, die die Neu-Orthodoxie Englands dem Zeitgeiste gemacht hatte, für Abfall vom Judentume. Sie begründeten deshalb eine Gemeinde Machasike-Hadath („Verteidiger des Glaubens"), die im September 1898 zum religiösen Neujahrsfeste im Stadtteil Spitalfields eine grosse Synagoge eröffnete, mit zweitausend

Sitzplätzen, wo der Gottesdienst ganz nach altorthodoxer Weise vor sich geht. Daneben entstand eine Talmud-Thora-Schule, in der tausend Kindern das Hebräische beigebracht wird, und zwar mit jiddischer Unterrichtssprache. Diese Machasike-Hadath stehen den eingeborenen englischen Juden mit unverhohlener Feindschaft gegenüber und haben sich von der Autorität des Londoner Chief-Rabbi ebenso gut losgesagt wie die „Union".

Viel umfassender war die bewusste und systematische Reformbewegung in Nordamerika, wo ihre Träger, wie einst in Deutschland, hauptsächlich Rabbiner waren, die frommen Eifer mit Sachkenntnis verbanden. Im November 1885 trat eine von Dr. Kaufmann Kohler einberufene Rabbinerversammlung in Pittsburg zusammen, die ein sehr radikales Programm beschloss, nämlich dass sie „in der Mosaischen Gesetzgebung ein System der Erziehung des jüdischen Volkes zu seiner Sendung während seines Aufenthaltes in Palästina erblickt und für die Gegenwart nur solche Zeremonien beibehält, die unser Leben erhöhen und heiligen, aber alle die verwirft, die nicht den Anschauungen und Gewohnheiten der heutigen Zivilisation entsprechen". Infolge dessen entsagte sie allen „Mosaischen und rabbinischen Gesetzen betreffend Speisen, priesterliche Reinheit und Kleidung".

Dieser offene und entschiedene Bruch mit der Überlieferung, wie solchen in Europa nur die Berliner Reformgemeinde durchgeführt hatte, entfesselte begreiflicher Weise einen gewaltigen Sturm im orthodoxen Lager, der von dessen Anschauungen aus auch verständlich und gerechtfertigt war. Unter der Leitung des Rabbiners der Mikwe-Israel-Gemeinde in Philadelphia, Sabato Morris (1823—1897), eines in Livorno geborenen Abkömmlings einer alten portugiesischen Familie, vereinigte sich die orthodoxe Partei zur Begründung eines ihrer Richtung entsprechenden, dem liberalen Union Hebrew College entgegengesetzten Jewish Theological Seminary (Rabbiner-Seminars) in New-York, das schon im Januar 1886 eröffnet wurde. Morris bildete auch ferner den Mittelpunkt der orthodoxen Judenheit in Nordamerika. Seinem Einflusse ist die konservative Richtung der meisten Gemeinden in Philadelphia zu danken. Eine bedeutende Verstärkung aber erhielt die Orthodoxie durch die 1882 beginnende und dann ungeheuer anwachsende russisch-

jüdische Einwanderung. Sie gehörte freilich vorwiegend der Alt-Orthodoxie an, die, wie in England, in der den modernen Lebensanforderungen einigermassen Rechnung tragenden Neu-Orthodoxie eine abscheuliche Ketzerei erblickte. So hielt sich die russische Orthodoxie von der schon bestehenden amerikanischen fern. Diese hat, hier wie überall die von der liberalen Richtung getroffenen Einrichtungen treulich nachahmend, 1898 eine „Union der orthodoxen Gemeinden in den Vereinigten Staaten und Kanada“ begründet. Die Russen ihrerseits schufen 1901 eine besondere Institution der gleichen Art.

Die Reformer liessen sich durch solche Gegenwirkungen nicht einschüchtern. Sie stifteten 1889 in der Stadt Detroit die „Zentral-Konferenz der amerikanischen Rabbiner“, die grundsätzlich zwar jeden jüdischen Theologen zulässt, tatsächlich aber nur von Rabbinern, die der Reform huldigen, besucht wird; die Zahl ihrer Anhänger unter diesen beläuft sich auf annähernd zweihundert; sie findet alljährlich statt. Ihr Begründer und langjähriger Präsident — bis zu seinem im Jahre 1900 erfolgenden Hinscheiden — war der hochverdiente Veteran der amerikanischen Reformbewegung Isaac M. Wise. Das hauptsächliche Werk der Konferenz war die Schöpfung des Union Prayer Book, des Gebetbuches der reformistischen Gemeinden in Nord-Amerika (1894). Es ist von 234 Gemeinden, darunter den grössten und einflussreichsten der Vereinigten Staaten, angenommen worden und bildet so den festen Boden für die religiösen Anschauungen, Empfindungen und Kultübungen eines beträchtlichen Teiles der amerikanischen Judenheit.

Allerdings nahm eine Zeit lang die Konferenz einen sehr fortgeschrittenen Standpunkt ein, vielleicht weiter nach links als ihr die Mehrzahl der Gemeinden zu folgen bereit war. Sie beschloss, männliche Proselyten auch ohne vorhergehende Beschneidung in das Judentum aufzunehmen; bei selbstverständlicher Beibehaltung des altüberkommenen Sabbats auch am Sonntag einen Neben-Gottesdienst einzurichten; die Barmizwah-Feier durch eine Konfirmation von Knaben und Mädchen zu ersetzen. In den letztverflossenen Jahren ist aber in der Konferenz die weitergehende Neuerungssucht durch eine konservativere Richtung eingeschränkt worden.

Von wesentlicher Bedeutung für die Hebung des Interesses der amerikanischen Judenheit an ihrer religiösen Gemeinschaft war die Begründung der „Jüdischen Literaturgesellschaft“ (Jewish Publication Society) zu Philadelphia, im Jahre 1888. Sie gibt jährlich vier bis fünf Bände heraus und brachte es zu annähernd fünftausend Mitgliedern.

Der gesunde Sinn der Judenheit hat sich auch in Amerika dahin betätigt, dass selbst die kühnsten Reformer an den grundlegenden Sonder-Einrichtungen ihrer Glaubensgemeinschaft festgehalten haben. Der Kampf der verschiedenen Richtungen aber innerhalb des Judentums ist kein Zeichen der Zersetzung, sondern des kräftig pulsierenden Lebens.

Kapitel Vier.

Äussere Erlebnisse.

Der Antisemitismus, obwohl offiziell niemals anerkannt, hat doch auf die tatsächliche Durchführung der Gleichstellung der Juden in Deutschland einen verhängnisvoll ungünstigen Einfluss geübt.

Solange der gemässigt liberal denkende Kultusminister Falk in Preussen am Ruder blieb, wurden die Juden dort mit Gerechtigkeit, obschon ohne jede Gunst behandelt. Sie wurden als Privatdozenten auch an solchen Universitäten zugelassen, von denen sie bisher statutengemäss ausgeschlossen gewesen waren, weil solche Beschränkung der preussischen Verfassung und dem Reichsgesetze vom 3. Juli 1869 zuwiderlaufe und deshalb ungültig sei. Es wurden auch mehrere Juden zu ausserordentlichen, einzelne sogar zu ordentlichen Universitätsprofessoren ernannt. Aber auf manchen Gebieten, wie z. B. dem der Geschichte, wurden ihnen trotz der Vorschläge der Fakultäten ordentliche Professuren nicht erteilt (so erging es, unerachtet zweifacher fast einstimmiger Berufung durch die betreffenden Fakultäten, dem Verfasser dieses Werkes) — was freilich nicht sowohl an dem Minister, wie an den Vorurteilen des greisen Kaisers Wilhelm I. und seiner Beeinflussung durch anderweite Kreise lag. Auch als Lehrer und Lehrerinnen an höheren Schulen wurden mehrfach jüdische Kräfte angestellt; allerdings nur an Anstalten städtischen Patronats, aber doch mit Zustimmung der staatlichen Oberbehörden. Ebenso begegnen wir vereinzelten Juden in den unteren Richterstellen.

Aber nach dem Sturze Falks, der Ernennung Puttkamers zu seinem Nachfolger und der stillen Begünstigung Stöckers und seiner Schildträger von oben her findet ein durchgreifender Umschwung in diesen Verhältnissen statt, und die Leidenszeit

der preussischen Israeliten beginnt von neuem. Die Landtagswahlen des November 1879 bewiesen, dass unter dem Einflusse der antisemitischen Hetzereien die Bevölkerung sich von den Juden abkehrte. Die Nationalliberalen liessen ihre jüdischen Abgeordneten fallen, nur die Fortschrittspartei sandte noch zwei Juden in das Haus. Bald aber verschwanden auch diese. Keine Partei wagte mehr einen jüdischen Kanditaten in einem Wahlkreise aufzustellen, um diesen nicht zu verlieren.

Solchen Stimmungen entsprechend verfuhr die ohnehin ausschliesslich konservativ gewordene Regierung. Die von der preussischen Verfassung und dem Reichsgesetze verbürgte Gleichberechtigung der Israeliten wurde tatsächlich, wenn auch nicht grundsätzlich, wieder aufgehoben. In die höhere Verwaltung, wo doch einige Juden bei den Eisenbahndirektionen Anstellung gefunden hatten, wurden sie nicht mehr aufgenommen; die aus einer freier denkenden Zeit überkommenen jüdischen Regierungsräte wurden derart bei den Beförderungen übergangen, dass sie einer nach dem anderen den Abschied forderten. Freilich, im aktiven preussischen Heere hat, ausser dem Mathematiklehrer Major Burg, niemals ein Jude den Offiziersrang erhalten; aber auch aus Reserve und Landwehr verschwanden nunmehr die jüdischen Offiziere gänzlich. Teils wurden sie von den Regimentern überhaupt nicht dazu qualifiziert, teils wurde es ihnen unmöglich, die Wahl durch das Reserve-Offizierkorps zu erlangen. Zu Richtern wurden nur ausnahmsweise Juden ernannt, auch diese zumeist in ganz kleinen Orten kaltgestellt und bei der Beförderung zu höheren Ämtern regelmässig übergangen. Unter dem Justizminister von Schelling gab es noch einige jüdische Oberlandesgerichtsräte, aber sein Nachfolger Schönstedt (1894—1905) beförderte grundsätzlich keinen Juden über den untersten Richtergrad hinaus und scheute sich auch nicht, dieses gesetz- und verfassungswidrige Verfahren ausdrücklich zu verkünden. So gab man von den höchsten Stellen des Staates aus das verderbliche Beispiel des bewussten Rechtsbruches. Und ebenso blühte die prinzipielle Förderung und Belohnung der Heuchelei und Gesinnungslosigkeit: sowie der Jude die Taufe nahm, die meistens seinen Überzeugungen widersprach und offenbar nur aus Beweggründen der Ehrsucht, der Gewinngier

oder der Eitelkeit hervorgegangen war, erhielt er Anstellung und Beförderung. Der gewissenlose Streber war also des Amtes würdig, das dem Aufrichtigen, Gesinnungstreuen, Ehrenhaften versagt blieb. Ebenso wurden die jüdischen Anwälte bei der pekuniär so wichtigen Ernennung zum Notar hinter ihre christlichen und ihre inzwischen getauften Kollegen weit zurückgesetzt: im Ministerium führte man hierbei drei Listen, eine alt-christliche, eine neugetauft-christliche und eine jüdische. So verstand der höchste Vertreter des Rechtes und der Gesetzlichkeit in Preussen Recht und Billigkeit!

Von Beförderung von Juden zu ordentlichen Universitätsprofessoren war nicht mehr die Rede; sogar zu ausserordentlichen wurden sie nur selten ernannt, vielmehr mit dem leeren, jedes Rechtes und Einkommens entbehrenden und überdies durch grenzenlose Verschleuderung entwerteten Professortitel abgefunden. Nur bei den höheren Knabenschulen — Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen — wo ein grosser Mangel an Bewerbern eingetreten war, duldete die Regierung für Anstalten städtischen Patronats weiterhin die Anstellung jüdischer Oberlehrer, zu der sie selber sich nicht herbeiliess. Aus den öffentlichen Volksschulen aber, soweit sie nicht speziell israelitische waren, wurden jüdische Lehrer und Lehrerinnen nach Möglichkeit verdrängt, indem man diese Schulen, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich feststand, für speziell christliche erklärte. Im Jahre 1895 ordnete das Provinzialschulkollegium von Brandenburg an, dass an den Berliner städtischen Schulen ferner jüdische Lehrkräfte nur für den jüdischen Religionsunterricht angestellt werden sollten. Dies traf besonders die Lehrerinnen, die viel zahlreicher waren, als ihre männlichen jüdischen Kollegen. Im November des gleichen Jahres erweiterte dasselbe Provinzialschulkollegium seine Massregelung dahin, dass auch den schon angestellten jüdischen Lehrerinnen der Unterricht in Deutsch und Geschichte entzogen werden müsse. Auf Beschwerde der städtischen Behörden bei dem Kultusminister Bosse verfügte dieser im Februar 1896, die jüdischen Lehrkräfte an den Berliner Volksschulen müssten mindestens zwölf Stunden wöchentlich im jüdischen Religionsunterricht beschäftigt sein, dürften dann auch anderweiten Unterricht geben, aber möglichst mit Vermeidung von Deutsch und

Geschichte. Suchte derart der persönlich wohlwollende Minister noch eine Art Kompromiss herzustellen, so wurde das Verhältnis durch die Ausführungsbestimmungen des brandenburgischen Provinzialschulkollegiums abermals härter gestaltet, die Anstellung neuer jüdischer Lehrkräfte an den städtischen Volksschulen tatsächlich bis zur Unmöglichkeit erschwert. Aus seinen Verfügungen ging deutlich der Gedanke hervor, dass die Interessen der christlichen Kinder verletzt würden, wenn unter ihren Lehrern sich ein Jude befände. Mit Recht machte dagegen der Berliner Magistrat geltend, dass „dieser Satz es als ein Unrecht charakterisiere, wofür wir uns seit zwanzig Jahren als für einen Kulturfortschritt bemüht haben". Auch der Vorstand und die Repräsentanten der jüdischen Gemeinde in Berlin wandten sich an den Minister Bosse mit einer Petition um Erhaltung des bisherigen Zustandes bei der Anstellung und Beschäftigung jüdischer Lehrkräfte. Das jüdische Abwehrkomitee war im gleichen Sinne tätig. Darauf veranlasste in der Tat der Minister das Provinzialschulkollegium, am 7. Januar 1897 unter der Form einer erläuternden Erklärung den grössten Teil der von ihm verursachten Erschwerungen in jener Angelegenheit rückgängig zu machen. Immerhin ein kleiner Sieg der Gesetzlichkeit und Billigkeit, der vor allem der ernsten und beharrlichen Abwehrtätigkeit der Juden selbst zu danken war. Endlich kam es im September 1899 zu einer Vereinbarung zwischen Vertretern des Provinzialschulkollegiums und des Berliner Magistrats, die wenigstens für die Gegenwart den wohlerworbenen Rechten der israelitischen Lehrerinnen Rechnung trug, weiterhin freilich deren Neuanstellung beträchtlich einschränkte.

Erfreulicher war die Tatsache, dass infolge der unausgesetzten Bemühungen des deutsch-israelitischen Gemeindebundes der Kultusminister endlich, zum ersten Male für die altpreussischen Provinzen, 1899 den Religionsschulen der jüdischen Gemeinden Unterstützung aus Staatsmitteln nach denselben Grundsätzen zu Gebote stellte, wie sie für die christlichen Bekenntnisse seit lange galten. Leider waren die Grundsätze der Art, dass sie gerade den kleinsten, das heisst bedürftigsten jüdischen Gemeinden die Aussicht auf Staatshilfe abschnitten.

Allmählich bahnte sich wieder ein Umschwung an, entsprechend dem Zurücktreten des lauten Antisemitismus und

wohl auch einer Änderung der Gesinnung des auf mannigfachen Reisen in das Ausland durch den modernen Geist beeinflussten Trägers der Krone.

Die Landtagswahlen des Jahres 1898 brachten zum ersten Male wieder zwei Juden in die preussische Volksvertretung, darunter den um die Entwickelung des Genossenschaftswesens und der Volksbildung hochverdienten Gewerkvereins-Anwalt Max Hirsch. Auch die Regierung verschloss sich dem Zuge der Gerechtigkeit nicht. Infolge des neuen Schulgesetzes vom Jahre 1906 wurden jährlich 40000 Mark zur Unterstützung des Religionsunterrichtes unbemittelter jüdischer Gemeinden in den Etat eingestellt. Allerdings hat die Regierung den strengen Anspruch erhoben, diesen Zuschuss nur solchen Gemeinden zu erteilen, wo mindestens zwölf jüdische Kinder die Volksschule besuchen. Damit wären wieder die bedürftigsten Gemeinden ausgeschlossen. Allein es ist Hoffnung vorhanden, dass, in Übereinstimmung mit den von allen Parteien des Abgeordnetenhauses geäusserten Wünschen, die Regierung die Forderung der Minimalzahl von zwölf Kindern endlich fallen lassen und dementsprechend in Zukunft den Betrag des Fonds wesentlich erhöhen wird.

Und nicht nur für den jüdischen Religionsunterricht, sondern — zum ersten Male — auch für den israelitischen Kultus hatte im Jahre 1907 der preussische Staat Mittel übrig. Allerdings nur für den Gottesdienst in Strafgefängnissen. Aber es ist doch ein Anfang, und der bisher stets befolgte Grundsatz ist tatsächlich aufgegeben, dass für den Staat Preussen die jüdische Religion nicht existiere.

Ebenso werden, abgesehen vom Judentum, auch die Juden selber besser behandelt. Die Zurücksetzung der jüdischen Rechtsanwälte bei der Ernennung zum Notariat ist beträchtlich, man darf eigentlich sagen im Bereiche der Möglichkeit gemildert worden; ebenso bei der Ernennung zu Richtern. Nur zu leitenden Stellungen — Direktoren, Präsidenten — wagt Justizminister Beseler Juden noch nicht zu berufen. Ähnlich im Bereiche des Kultusministeriums. Neben 63 jüdischen Oberlehrern und Professoren an städtischen höheren Knabenschulen gab es 1906 immerhin 11 an königlichen Anstalten dieser Art. Freilich von jüdischen Direktoren an nicht speziell jüdischen Schulen hört man nichts.

Aber ganz ausgeschlossen sind die Juden in Preussen noch von der höheren eigentlichen Staatsverwaltung und von dem Offizierstande. Von dieser letzteren Beeinträchtigung war im Reichstage wiederholt die Rede. Das Kriegsministerium blieb bei seiner stereotypen Antwort, dass es durchaus auf dem Boden des Gesetzes stehe, aber auf die Verwerfung der Juden bei den Offizierswahlen keinen Einfluss besitze. Nun, darauf kann die Kraftprobe gemacht werden. Eine königliche Verordnung von Ende Juni 1908 hat ausdrücklich vorgeschrieben, dass auf die Konfession des Aspiranten bei den Wahlen zum Offizier keine Rücksicht genommen werden solle. Ganz vortrefflich, ganz verfassungsgemäss. Aber trotz dieses Befehles des höchsten Kriegsherrn ist bisher noch kein Jude zum Reserve-, geschweige denn zum aktiven Offizier gewählt worden. Ja, ein Vierteljahr nach dem Erlass der erwähnten Verordnung hat ein Oberst einen jüdischen Vizefeldwebel, einen hochgebildeten jungen Mann aus angesehener Familie, den er selber als einen tadellos guten Soldaten bezeichnete, direkt von der Bewerbung zurückgewiesen, unter dem lächerlichen Vorwande, derselbe habe den Beweis hinreichenden gesellschaftlichen Taktes nicht erbracht. Als ob der Aspirant, der sonst wirkliche Befähigung besass, nicht das Gegenteil von guter Erziehung hätte betätigen müssen, um so schmählich ausgeschlossen zu werden. Es muss sich zeigen, ob der höchste Kriegsherr auch auf militärischem Gebiet den Grundsatz der Reaktion: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut", zulassen oder seine oberste Kommandogewalt durchsetzen wird.

In Württemberg kam im Jahre 1878 der erste — und leider letzte — Fall vor, dass ein Jude zum Richter ernannt wurde. Nach dem Auftreten des Antisemitismus hat dieser angeblich so frei gesinnte Staat Juden weder als Richter noch als Lehrer höherer Schulen angestellt. Letztere Ausschliessung wurde, im Widerspruch zu Verfassung und Reichsgesetz, sogar grundsätzlich verkündet. Den württembergischen Juden aber darf der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie sich gegenüber solcher rechtswidriger Benachteiligung völlig stillschweigend verhielten und die Ermahnungen ihrer nicht-württembergischen deutschen Glaubensgenossen, dagegen aufzutreten, stets aus Besorgnis vor Aergernis nach oben abgelehnt haben. Ebenso wenig

gelangte ein Jude in die Verwaltung, die Verkehrsleitung, den Offizierstand — kurz, die Gleichberechtigung besteht für die württembergischen Israeliten ausschliesslich auf dem Papier.

Sachsen, Hessen, Braunschweig, Mecklenburg, die meisten übrigen Staaten ahmten getreulich dieses Beispiel der Gesetzesverletzung nach. In Bayern wurden Juden Richter, auch in höheren Stellungen, Staatsanwälte, Reserveoffiziere — aber weder im Offizierkorps des aktiven Heeres noch in dem bescheidenen Amte eines Lehrers an der nicht speziell jüdischen Volksschule fanden sie Platz. Ein Sozialdemokrat, ein Klerikaler wurde zu schweren Strafen von den deutschen Gerichten verurteilt, wenn er zu Ungesetzlichkeiten nur aufforderte — fast sämtliche deutsche Regierungen, diejenigen Kreise, die vor allem durch Stellung und Eid zur Aufrechterhaltung des Gesetzes berufen waren, verletzten es ohne Scheu, um den Juden nur ja nicht den Mitbewerb um die staatlichen Stellungen zu gestatten. —

Viel günstiger war in den siebziger Jahren die Lage der Juden in Österreich. Unter der liberalen Regierung war solche durchaus befriedigend. Man fand sie in Grossindustrie und Handel, im Beamten- und Richterstande, im Offizierkorps und an den Schulen jeder Art, gleich behandelt wie die übrigen Bevölkerungselemente. Es war charakteristisch, dass im Jahre 1879 die Dekane der juristischen und der philosophischen Fakultät der Wiener Universität Juden waren. Übrigens erwiesen die Juden Österreich-Ungarns, trotz entgegengesetzter Verleumdungen der antisemitischen Presse, fortdauernd ihre Vaterlandsliebe und ihre guten militärischen Eigenschaften. Nach den amtlichen Angaben des österreichisch-ungarischen Kriegsministeriums dienten im Dezember 1875 in dem Heere dieses Staates 16617 Juden, das heisst $1^1/_3$ Prozent der jüdischen Gesamtbevölkerung — ein höheres Verhältnis, als es sonst im österreich-ungarischen Heere statt hat. Im Jahre 1884 betrug die Anzahl der Israeliten in dieser Armee sogar 27342.

Das moderne Leben hielt auch in Galizien, der Hochburg der Orthodoxie auf der einen, des Chassidismus auf der anderen Seite, seinen Einzug. Die Reichstagswahlen des Jahres 1873 entfesselten hier eine stürmische Bewegung. Es handelte sich darum, ob die Juden, die durch ihre grosse Anzahl stark ins

Gewicht fielen, ihre Unterstützung der zentralisierenden Verfassungspartei oder den partikularistischen, der bestehenden Verfassung feindlichen Polen leihen sollten. Schliesslich verbanden die Juden sich mit den verfassungstreuen Ruthenen gegen die Tyrannei, die die Polen wider beide Volksklassen ausübten. Diese Allianz trug in den Landgemeinden den Sieg davon, während in den Städten die Polen infolge unerhörter Vergewaltigung triumphierten. Es wurden übrigens vier verfassungstreue Israeliten gewählt. Das war eine mutige und erfolgverheissende Stellungnahme der galizischen Juden.

Sie wussten aber solche nicht zu behaupten. Der Polen Schmeicheleien und Versprechungen, die nachträglich durchgehends nicht gehalten wurden, der Ehrgeiz und die Grossmannssucht einzelner jüdischer Persönlichkeiten brachten bei den Reichstagswahlen des Jahres 1879 eine solche Verwirrung unter die galizischen Israeliten, dass sie jeden Einfluss auf das Ergebnis der Wahl verloren. Diese endete mit einem völligen Siege der Polen. Die Juden, die zehn Prozent der Bevölkerung ausmachten, erhielten das klägliche Almosen von zwei Sitzen. Das war das ganze Resultat der Zusagen, die die Polen ihnen gemacht hatten! Dabei ergab sich die wunderliche Tatsache, dass der als national polnischer Kandidat erwählte Rabbi Schreiber von Krakau nicht ein Wort Polnisch verstand.

Der traurige Ausgang dieses Feldzuges war vor allem dem schroffen Gegensatze zwischen der liberalen, aufgeklärten Minderheit und der in tiefster Unwissenheit und starrem Aberglauben verharrenden ungeheuern Mehrheit der galizischen Juden zuzuschreiben. Gab es doch in der zweiten Landeshauptstadt Krakau noch 1874 keine einzige jüdische Religionsschule neuerer Art, sondern lediglich eine Anzahl von Cheder. Andere Schulen wurden nur wenig von jüdischen Kindern besucht, die so ohne wahrhaft religiöse und sittliche Bildung, ohne jede Befähigung für bessere und gelernte Berufstätigkeit aufwuchsen. Das materielle und moralische Elend all der Hunderttausende war die Folge solcher Zustände, und es wurde verstärkt durch die frühen Heiraten, die schon die Kraft der jungen Seele durch die Sorge um die Familie knickten. Die unleugbaren Gebrechen

und Verfehlungen der jüdischen Bevölkerung in Handel und Verkehr riefen die Abneigung aller christlichen Kreise gegen sie immer wieder wach, von denen sie sich überdies durch Sprache, Sitte und Tracht gänzlich abgesondert hielt.

Zur möglichen Abstellung und Besserung dieser traurigen Zustände hatte sich 1868 unter den einsichtigen und unterrichteten Juden Galiziens der Verein „Schomer Israel" gebildet, der unter der tatkräftigen Leitung des Rechtsanwalts Dr. Mansch bald eine ausgedehnte Wirksamkeit entfaltete. Auf seine Anregung wurden Ordnung und Rechtlichkeit in die zerrüttete Verwaltung der grösseren jüdischen Gemeinden eingeführt. Mansch wurde selbst erster Vorsteher der Lemberger Gemeinde. Dort ward eine Reihe israelitischer Volksschulen eröffnet, der eine sehr grosse Schülerzahl zuströmte: im Herbst 1878 allein 1600 neue Zöglinge. Aber die Orthodoxen auf der einen, die eigennützigen und gewissenlosen Freunde der materiellen und moralischen Unordnung auf der anderen Seite eröffneten einen heftigen Kampf gegen den Schomer Israel. Dieser suchte seine Feinde matt zu legen und Positives zu schaffen, indem er auf den Juni 1878 einen galizisch jüdischen Gemeindetag nach Lemberg einberief; er sollte lediglich für Kultur und Kultus wirken, die Politik war von seinen Beratungen grundsätzlich ausgeschlossen. Aber nur 26 Gemeinden waren dort vertreten. Man fasste die Begründung einer Rabbiner-Bildungsanstalt ins Auge, um den traurigen Zuständen des galizischen Rabbinertums abzuhelfen. Solchen Plan empfanden die chassidischen und alt-orthodoxen Rabbis als einen Stoss ins Herz und sprachen sich gegen den Schomer Israel in grimmigen Verdammungen und Bannbriefen aus, unter der Führung des erwähnten Krakauer Rabbiners Simon Schreiber, der sich selber, ganz wie der Papst, als „Knecht der Knechte Gottes" unterschrieb. Über diesen Zwist ging dann alles, was angestrebt war, in die Brüche. Die fortschrittfreundlichen Israeliten schlugen sich, gegenüber der Feindschaft der Jargon-Juden, ganz einfach zu den Polen und verloren dadurch jede Selbständigkeit. Der erste Angriff der Bildung auf die galizische Finsternis war abgeschlagen.

Denn hier war die „Haskalah", die Richtung auf innere Anpassung des jüdischen Volkes an die moderne Kultur, nach

Mendelssohnschem Vorbilde, immer nur eine Luxuspflanze geblieben, die lediglich unter den gebildeten Juden in Lemberg, Brody und Tarnopol sich einigermassen kräftig entfaltet hatte. Ihr letzter bedeutender Vorkämpfer war Josua Heschel Schorr (gest. 1895) gewesen, ein gründlich gelehrter, geistreicher, kühner, wenn auch einseitiger und allzu scharfer Kritiker. Seine Zeitschrift Hechaluz, an der Geiger, Krochmal der Jüngere, Pineles, Luzatto mitarbeiteten, verteidigte die Haskalah gegen die altorthodoxen Rabbiner, die Schorr leidenschaftlich hasste.

Diese waren inzwischen zum Angriff auf die gefürchteten Neuerer übergegangen. Auf Veranlassung Simon Schreibers berief die orthodoxe Vereinigung Machsike Hadas auf den 15. Februar 1882 einen „Rabbinertag" nach Lemberg ein, auf dem 200 Rebbes und 800 Gemeindevertreter aus Galizien und der Bukowina erschienen. Hier wurde nach tumultuösen Verhandlungen ein Entwurf aufgestellt, der die Gemeinden durchaus der Herrschaft der „Rebbes" zu unterwerfen bestimmt war. Aber 58 Gemeinden, darunter die überwiegend dem Fortschritte huldigende Lemberger, sowie der Verein Schomer Israel protestierten bei dem Ministerium gegen diesen Beschluss, der infolge dessen völlig ins Wasser fiel. Ja, nach dem Tode Schreibers brachten 1883 die Juden von Kolomea und Umgegend die Wahl des fortschrittlichen Rabbiners Dr. Bloch in den Reichsrat zu Stande.

Für das gesamte jüdische Gemeindeleben in Österreich war das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Gemeinden vom 21. März 1890 ein wichtiger Fortschritt. Es stellte vor allem den — in Preussen und Hessen durch das Laskersche Gesetz beseitigten — Grundsatz auf, dass an jedem Orte nur eine jüdische Gemeinde bestehen dürfe, schonte aber die Gewissensfreiheit durch die Bestimmung, dass diese Gemeinde verpflichtet sei, unter Berücksichtigung der rituellen Verschiedenheit mehrere Bethäuser zu errichten, wenn eine genügende Anzahl von Mitgliedern solche verlange. Es scheint das in der Tat die geeignetste Lösung der Aufgabe, den Bestand mittelgrosser Gemeinden mit der Berücksichtigung der Gewissensfreiheit der Einzelnen zu vereinigen. Die Verwaltung der Gemeinde steht dem gewählten Vorstande, die Leitung des Kultus dem

Rabbiner zu, dem eine hinreichende Bildung vorgeschrieben ist. Letztere Bestimmung beugte dem Eindringen ungebildeter Jeschibothzöglinge in die Rabbinerstellen vor und sicherte die allmähliche Heilung eines Krebsschadens zumal des galizischen Gemeindelebens.

Inzwischen wuchs die Anzahl der Juden in Österreich, besonders auch in Galizien, unausgesetzt. Von 822220 im Jahre 1869 stieg sie bis 1880 auf 1005505, also um 18 Prozent, für jedes Jahr durchschnittlich um 1,64 Prozent — eine weit stärkere Vermehrung, als die der allgemeinen Bevölkerung. 1890 betrug die Zahl der österreichischen Juden 1143305, um $13^3/_4$ Prozent mehr, während die Bevölkerung im allgemeinen sich nur um 7,91 Prozent gehoben hatte. 1900 zählte man 1224899 Israeliten. Die Vermehrung hatte sich verlangsamt, da sie in den zehn Jahren nur 7,17 Prozent ausmachte. In Wien allein lebten 1900 an 147000 Israeliten.

Der Sturz der liberalen Regierung und das Auftreten des Antisemitismus und Klerikalismus übten bald auf die bisher so befriedigende politische Stellung der Juden in Österreich eine schlimme Wirkung. Wenn schon Kaiser Franz Joseph selber in seinem edlen Gerechtigkeitsgefühl möglichst die Gleichheit der Staatsbürger aller Religionsbekenntnisse vor dem Gesetze verfocht, auch zum Zeichen dessen von Zeit zu Zeit Juden ins Herrenhaus berief, konnte er doch nicht verhindern, dass der Geist der Reaktion in Gesetzgebung und Verwaltung seinen Einzug hielt. Im Jahre 1882 bestimmte ein neues Schulgesetz, dass die Schulleiter dem Bekenntnisse der Mehrzahl ihrer Schüler angehören müssten. Damit wurden Protestanten und Juden von der Anstellung an der weit überwiegenden Menge der österreichischen Volksschulen ausgeschlossen. Im Richterstande verblieben die Juden in der Regel auf der untersten Stufe, der des Gerichtsadjunkts, was dem deutschen Assessor entspricht. Es galt als etwas Grosses, wenn 1893 drei Juden zu Ratssekretären (Amtsrichtern) befördert wurden, einer selbst zum Landgerichtsrat, Dr. Samuel Saro, der 1899 sogar Oberlandesgerichtsrat wurde. Dafür erklärte wenige Jahre später der Personalreferent im Justizministerium einem jüdischen Adjunkten, der, nach dreizehnjähriger Bekleidung dieses bescheidenen Amtes, so frei war sich um eine Ratssekretär-

stelle zu bewerben: „Wir haben schon zu viel jüdische Richter". Von 1887 bis 1895 wurde nur ein jüdischer Auskultant (Referendar) zugelassen, so dass für die Zukunft die Judenreinheit der österreichischen Gerichte vorbereitet wurde.

Ähnlich verhielt es sich in der Verwaltung. Nur im österreichisch-ungarischen Heere wurde, unter der unmittelbaren Einwirkung des Kaisers, die Gleichberechtigung immer aufrecht erhalten. Juden wurden zu Obersten, ja zu Generalmajoren befördert; darüber kamen sie freilich nicht hinaus. Während in Österreich der Antisemitismus viel stärker, andauernder und verbreiteter war, als in Deutschland, stiegen dort, ohne Schaden für die Heeresdisziplin, zahlreiche Juden im aktiven Dienste selbst zu höheren Chargen auf und wurden von Beginn an durch die Offizierkorps glatt gewählt. Ein schöner Beweis für den in dem österreichischen Heere und besonders bei seinem ehrwürdigen obersten Kriegsherrn herrschenden Geist der Vorurteilslosigkeit! —

In dem Bundesstaate Ungarn tobte der Kampf zwischen der liberalen und der orthodoxen Richtung der Judenheit. Zweihundert orthodoxe Gemeinden petitionierten 1874 bei dem Abgeordnetenhause gegen die Errichtung des Pester Rabbinerseminars aus dem israelitischen Schulfonds. Die liberale jüdische Landeskanzlei antwortete durch eine entgegengesetzte Petition. Der Kultusminister Trefort vertrat kräftig die Sache des Fortschritts — nichts half, das Abgeordnetenhaus, wo sich die Radikalen mit den Klerikalen gegen den Minister verbanden, verwarf mit geringer Mehrheit die Errichtung des Seminars aus dem Schulfonds (Juli 1874). Allein Trefort machte diesen Misserfolg dadurch wieder wett, dass er nach einiger Zeit, ohne parlamentarische Erlaubnis, durch den Kaiser-König als den Begründer und Verteiler des israelitischen Schulfonds die Dotierung des Seminars beschliessen liess. So konnte die vielumstrittene Anstalt in prächtigem Neubau am 4. Oktober 1877 feierlich eröffnet werden. Es war ein grosser Sieg des gemässigten, auf dem Bunde von Religiosität und Wissenschaft beruhenden Fortschritts in dem ungarischen Israel.

Allein auch Trefort konnte sich der Einwirkung des in Ungarn leidenschaftlicher denn irgendwo wütenden Antisemitismus auf die Länge nicht entziehen. Seit dem Beginne der achtziger

Jahre stellte er keinen Juden mehr als Lehrer an den öffentlichen Schulen an.

Freilich, die Juden schwächten selber ihre Stellung nach aussen durch den steten erbitterten Kampf der orthodoxen Partei gegen die religiös liberale. Der im Jahre 1880 tagende Kongress der orthodoxen Rabbiner in Budapest beschloss grundsätzlich den vollständigen Bruch mit den „Neologen". Kein in der Landesrabbinenschule ausgebildeter Rabbiner sollte als solcher anerkannt, geschweige denn in einer orthodoxen Gemeinde angestellt werden, auch dürfe er nicht das Recht besitzen, eine gültige Ehescheidung vorzunehmen. Vergebens bemühte sich 1890 der Kultusminister, einen äusserlichen Vergleich zwischen den beiden religiösen Parteien im ungarischen Judentum zustande zu bringen — es waren abermals die Orthodoxen, die sich mit Leidenschaft gegen ein solches Ansinnen zur Wehr setzten. Im Jahr 1906 hat dann die ungarische Orthodoxie das seit lange angestrebte Ziel erreicht. Sie hat sich völlig von ihren liberalen Brüdern getrennt und als „Ungarländische autonome orthodoxe Konfession" organisiert. Sie hat eine „Landesvertretung" erhalten, die aus sechzig weltlichen und vierzig rabbinischen Mitgliedern besteht und von den orthodoxen israelitischen Gemeinden auf sechs Jahre gewählt wird, einen „Zentralausschuss" von zehn Laien und fünf Rabbinern, und einen geschäftsführenden Präsidenten. Ungarn ist das einzige Land der Welt, das zwei jüdische „Konfessionen" besitzt.

So hält die entschiedene Orthodoxie in diesem Staate eine Scheidung im Judentume aufrecht, die sie in Deutschland vergebens angestrebt hatte.

Daneben trieb im nördlichen Ungarn, das von dem benachbarten galizischen und russischen Polen beeinflusst war, der Chassidismus noch sein Unwesen. Die „guten Jidden" widersetzten sich jedem Fortschritt, jeder Bildung, jeder Gründung von Schulen. Ihre eigenen Winkelschulen mussten von den Behörden mit Gewalt aufgelöst und die dort geistig misshandelten Kinder dem öffentlichen Unterricht zugeführt werden. Eine Besserung dieser traurigen Zustände ist nur ganz allmählich zu bewirken. Lediglich Unterricht, systematische Aufklärung kann hier helfen, ebenso wie in dem nahen Galizien. Die Macht

des Chassidismus ist zum grossen Teile auf einen gewissen Kommunismus begründet. Das Geld, das die Wunderrabbis ihren reichen Anhängern in Masse abnehmen, wird nicht allein auf die kostspielige Lebensführung der Rabbis und ihrer Familien, sondern auch für die Armen verwendet. Sie erhalten von der Tafel des Rabbis Speisung, aus seinen Händen Almosen. Sein Einfluss auf die Menge wird durch diese Wohltätigkeit, die ihn im Grunde nichts kostete, begreiflicherweise bedeutend gehoben — wie schwer ist es für die Einsichtigen und Gebildeten, gegen solche tatsächlichen Verhältnisse anzukämpfen! Die Gewalt der Wunderrabbis wird nicht eher aufhören, als bis die Reichen überzeugt werden, dass sie von ihnen keine göttlichen Ratschlüsse und Heilungen erwarten dürfen. Unterricht und Vernunft, nur diese können das tief eingewurzelte Ansehen der chassidischen Wundertäter beseitigen.

Nach wenigen Jahren ging es, wie früher dargelegt, glücklicher Weise mit dem Einfluss des Antisemitismus schnell bergab in Ungarn. Seitdem sind in der politischen Lage der dortigen Israeliten erfreuliche Fortschritte festzustellen. Im Frühjahr 1893 genehmigte der König — Kaiser Franz Joseph — die Einbringung eines „Gesetzentwurfs über die jüdische Konfession", der erstens diese „rezipierte", das heisst den christlichen Bekenntnissen völlig gleich setzte; zweitens den Übertritt vom Christentume zum Judentume endlich gestattete; drittens die Regierung zur tatsächlichen Durchführung dieser Bestimmungen ermächtigte. Eine Ergänzung dazu bildete das Zivilehegesetz, das die Eheschliessung von dem Belieben der Geistlichkeit unabhängig machte. Beide Gesetze wurden von dem Abgeordnetenhause wiederholt mit grosser Mehrheit angenommen, aber von dem Magnatenhause mit geringer Majorität abgelehnt, infolge der Einwirkungen der Bischöfe und der klerikalen Erzherzöge, die Mitglieder waren. Indes im Oktober 1896 gab auch dieses Haus in betreff der Rezeption nach, und endlich selbst in bezug auf die Zivilehe. Die Gleichstellung des Judentums mit den übrigen Religionsbekenntnissen und der Juden mit deren Anhängern war eine vollendete Tatsache geworden.

Die Regierung übernahm nunmehr auf den Staat die Ergänzung allzu niedriger Besoldungen jüdischer Geistlicher, wie bisher für die christliche Geistlichkeit.

Die Bevölkerung verleugnete nicht minder als die Regierung den Antisemitismus. Bei den Wahlen des Oktober 1896 wurden 13 Juden in das Abgeordnetenhaus entsandt, und bei späteren Wahlen stieg ihre Zahl gar auf einundzwanzig.

Allerdings ist die in jüngster Zeit in Ungarn zur Herrschaft gelangte Unabhängigkeitspartei weit davon entfernt, den einheimischen Israeliten dieselbe Bürgschaft paritätischer und gerechter Behandlung zu gewähren, wie die von ihr gestürzte liberale Partei. Die nunmehrigen Gewalthaber sind allzu eng mit dem Klerikalismus und dem Hochadel verknüpft, um nicht lebhaften Zweifel an ihrem wahrhaft freisinnigen Wesen zu erwecken. Es ist schwerlich ein Zufall, dass bei den im Mai 1906 stattgehabten Wahlen zum Abgeordnetenhause nur noch siebzehn Juden aus der Urne hervorgingen, deren Mehrheit — elf — sich übrigens der Unabhängigkeitspartei angeschlossen hat. Zumal der Minister des Kultus und Unterrichts, Graf Apponyi, ein Zögling der Kalksburger Jesuiten, bekämpfte in seinem Departement die Juden nach Möglichkeit und bestrebte sich sie aus dem höheren wie dem mittleren und niederen Lehrertume herauszudrängen. Auch auf dem ökonomischen Gebiete schädigte die mächtige „klerikale Volkspartei“ die Juden und suchte ihnen die geschäftliche Tätigkeit in den Dörfern und kleinen Städten unmöglich zu machen. Zur Abwehr dieser Gegner hat sich im März 1909 der „Ungarische Israelitische Kulturverein“ gebildet, der überdies die Verbreitung jüdischen Wissens unter den ungarischen Israeliten bezweckt. Eine Doppelaufgabe, zu deren Erfüllung freilich bedeutende Kräfte und grosse Hingabe nötig sein werden!

Wie in Ungarn, so haben auch in der Schweiz, wo die Juden früher so viel zu erdulden gehabt hatten, die Israeliten vollkommene Gleichstellung erlangt, wie das ja der republikanisch-demokratischen Verfassung dieses Staatenverbandes entspricht. In Stadträten und in Privatvereinen haben sie leitende Stellungen eingenommen. An den Universitäten Bern, Zürich, Genf, Basel, Lausanne wirkte eine Anzahl Juden als hochangesehene und anerkannte Professoren. In staatlicher Beziehung sind die schweizer Juden weniger hervorgetreten, was aber sicherlich nur an ihrem eigenen Willen lag.

In einem anderen Nachbarstaate Deutschlands, in Holland, entsprach der vollkommenen Emanzipation der Juden deren geistige und materielle Entwickelung keineswegs, die vielmehr auf recht niedriger Stufe verharrte. Unter den 32000 Israeliten Amsterdams gab es 1875 volle 8000 Almosenempfänger. Auch von den übrigen lebte eine beträchtliche Zahl in drückender Armut als Karrenschieber, Lastträger, Tagelöhner. Es fanden sich in der Hauptstadt höchstens 4000 einigermassen wohlhabende Juden. Diese wandten sich zumeist in oberflächlicher „Aufklärung" und frivoler Vornehmheit von der Religion ab, während die anderen Glaubensgenossen in der dunkelsten Alt-Orthodoxie verblieben, ohne einem Funken allgemeiner Bildung den Zugang zu gestatten. Ein solches, von ihren geistlichen Führern mit Eifer gefördertes Verhalten verhinderte sie am Streben nach höherer Betätigung und an Gewinnung einer besseren Lebenshaltung. Das Rabbinerseminar in Amsterdam bildete nur streng orthodoxe Geistliche aus. Das unerfreuliche Wesen der grossen Mehrheit der niederländischen Israeliten hat es zuwege gebracht, dass trotz der vollkommenen politischen Gleichstellung gesellschaftlich eine schier unübersteigliche Schranke zwischen Juden und Christen in dem freien Holland besteht. Die letzteren betrachten die Judenheit als eine fremde, abstossende Welt, mit der sie möglichst wenig in persönlichen Verkehr traten.

Anders die Judenheit Belgiens: nicht nur in politischer, auch in sozialer Beziehung kann sie über keinerlei Einschränkung und Zurücksetzung klagen. Sie wurde dennoch im Jahre 1877 durch die Friedhofsfrage in schmerzliche Aufregung versetzt. Die liberale Stadtgemeinde Brüssel hatte damals beschlossen, die Begräbnisplätze ihres konfessionellen Charakters zu entkleiden und einen allgemeinen städtischen Friedhof anzulegen, auf dem, ohne Unterschied der Bekenntnisangehörigkeit, alle Leichen in Reihe und Glied beerdigt werden sollten. Damit wollte sie für ihr Gebiet die Gewalt beseitigen, die die katholische Geistlichkeit sich in Begräbnisangelegenheiten angemasst hatte. Den Juden aber erschien es unerträglich ihre Gräber inmitten der Kreuze, der Zeichen einer fremden Religion, angebracht zu sehen. Eine heftige Zeitungsfehde entspann sich. Vergebens petitionierte das jüdische Zentralkonsistorium bei dem Gemeinderate um Über-

lassung eines besonderen Teiles des städtischen Friedhofes an die israelitische Gemeinschaft — das Gesuch wurde einstimmig abgelehnt. Da die Polizeigewalt der städtischen Verwaltung in Belgien unbegrenzt ist, konnte das Ministerium, das den Juden günstig war, nicht einschreiten. Endlich halfen diese sich selbst: sie kauften in einem von der Brüsseler Verwaltung unabhängigen Vororte, Uccle, einen Begräbnisplatz, wo sie ihren Toten ungestört die letzte Ruhe geben konnten. Es hatte sich abermals gezeigt, dass der radikale Liberalismus französischer Richtung ebenso unduldsam ist wie die extreme Kirchlichkeit.

Die Juden in den skandinavischen Königreichen haben kaum mehr eine Geschichte. In dem kleinsten von ihnen, in Dänemark, waren sie völlig emanzipiert, aber durch den dort herrschenden Rationalismus zum grossen Teile religionslos geworden. So übte denn die gewaltige anderskonfessionelle Mehrheit auf sie einen absorbierenden Einfluss aus: eine Anzahl von ihnen liess sich taufen, eine andere, weit beträchtlichere, ging Mischehen ein, deren Abkömmlinge naturgemäss der Religion der überwiegenden Majorität zufielen. So wuchs absolut die Zahl der dortigen Juden kaum und nahm verhältnismässig zur übrigen Bevölkerung ab. Im Jahre 1834 machten die 4064 Juden $3\,^1/_3$ auf das Tausend, 1890 die 4080 Juden nur noch 1,9 auf das Tausend der dänischen Bevölkerung aus. Sieben Neuntel von ihnen bewohnen die Hauptstadt Kopenhagen. Das religiöse Leben unter ihnen ist recht lau.

In Schweden war nach der im Jahre 1870 erfolgten fast vollständigen Emanzipation der Juden der letzte Funke des dort einst so düsterflammenden Judenhasses erloschen. Die Bevölkerung sandte schon 1873 von den wenigen tausend Israeliten zwei in den Reichstag; auch die Hauptstadt Stockholm ernannte 1889 einen Israeliten zum Abgeordneten. Ebenso wurden sofort in die Stadtverwaltungen Juden gewählt. 1877 ward zum ersten Male ein Jude Richter, während mehrere andere in die Stadtverwaltung eintraten. Ein Jude, Gemmy Rubenson, war länger als ein Vierteljahrhundert Polizeipräsident der Reichshauptstadt. König Oskar II., der freisinnige Dichter und Gelehrte auf dem schwedischen Throne, teilte die duldsame Gesinnung seines Volkes durchaus. Er berief einen Juden, den Rektor Valentin,

zum Lehrer seines ältesten Sohnes und Thronerben, des jetzigen Königs Gustav — der grösste und überzeugendste Beweis des Vertrauens, den er zu geben vermochte. — Die Zahl der schwedischen Israeliten beträgt jetzt etwa 4000.

In dem bis vor einem Jahrhundert zu Schweden gehörigen, seitdem aber mit Russland durch Personalunion des Herrschers verbundenen Finland herrschen in betreff der Juden noch schlimmere Zustände, als selbst in dem Zarenreiche. Die alte schwedische Unduldsamkeit, die in dem Stammlande selbst seit lange völlig überwunden ist, triumphiert noch bei den Finen. Sie umkleiden solche allerdings neuestens mit dem allerorts beliebten nationalistischen Mäntelchen. Bis zu den vierziger Jahren des neunzehnten Säkulums durften Juden in Finland überhaupt nicht wohnen. Dann ward den russischen Israeliten, die sich dort gegen das Gesetz niedergelassen hatten, das Wohnrecht bewilligt. Ihre Zahl wurde beträchtlich vermehrt durch eine Verordnung vom Jahre 1858, die den russischen Untermilitärs — Unteroffizieren und Gemeinen — die ihrer Dienstpflicht in Finland genügt hatten, gestattete, sich dort niederzulassen und Kleinhandel, aber kein anderes Gewerbe zu treiben, noch das Bürgerrecht zu erlangen. So wuchs die Menge der im Finland wohnenden Juden auf einige zweitausend. Andere Israeliten zogen nach dem für sie ungastlichen Lande und bewarben sich nach fünfjährigem Aufenthalte bei dem finischen Senate um das Wohnrecht, das aber nur etwa der Hälfte dieser Bittsteller gewährt wurde. Alle Versuche, diesen dem Geiste der Jetztzeit widersprechenden Zuständen auf gesetzgeberischem Wege abzuhelfen, sind bisher gescheitert. Jetzt ist der Senat mit der Ausarbeitung eines neuen Judengesetzes beschäftigt, das solchen Israeliten, die bereits zehn Jahre im Lande gewohnt haben, volles Bürgerrecht, den übrigen Wohn- und Gewerbefreiheit zusichert. Hoffentlich erlangt dieser Entwurf gesetzliche Geltung und nimmt von den Finen den schweren Vorwurf, dass ein Volk, das für sich Freiheit begehrt, solche einer kleinen Minderheit der eigenen Landesgenossen gehässig vorenthält.

Grossbritannien bewährte in betreff der Juden den Sinn für Gesetzlichkeit, der es überall in so hohem Grade auszeichnet. Nachdem einmal die volle Gleichberechtigung der

Juden legislatorisch festgelegt war, hat die englische Regierung — im Gegensatze zu dem, was in Deutschland, Österreich, Ungarn geschah und noch geschieht — solche als selbstverständlich betrachtet und unverbrüchlich betätigt. Im Jahre 1885 wurde der Sohn des ersten Juden, der jemals im Unterhause gesessen hat, wurde Nathaniel Rothschild von der Königin Viktoria als erster Jude zum Lord ernannt und nahm demgemäss seinen Sitz im Oberhause ein. Ein anderer Jude, Baron de Worms, der Präsident der Anglo-Jewish Association, trat als Handelsamts-Sekretär in das Ministerium ein. Viele Juden, die politische und administrative Befähigung mit herzlicher Anhänglichkeit an den väterlichen Glauben und oft sogar an dessen Zeremonialvorschriften verbanden, sind seitdem zu ähnlichen Würden gelangt. In dem liberalen Ministerium des Jahres 1906 erhielt Herbert Samuel den Posten eines Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern, unmittelbar unter dem judenfreundlichen Herbert Gladstone; neuerdings ist er sogar, als Kanzler des Herzogtums Lancaster, Minister geworden. Ein gläubiger Israelit, Sir Matthew Nathan, wurde mit dem wichtigen und ehrenvollen Posten eines Gouverneurs der Stadt und Kolonie Hongkong betraut. Dieser selbe Sir Matthew Nathan war früher zum Militärattaché der englischen Botschaft in Berlin bestimmt, aber die deutsche Regierung hatte sich geweigert, einen Juden im diplomatischen Korps zu empfangen. Solche Gegenüberstellung genügt, um die Kluft zu bezeichnen, die die deutschen Zustände von denjenigen der übrigen Kulturländer trennt.

Ein anderer Jude, Hermann M. Kisch, wurde 1905 Generaldirektor der Posten in Indien. Der edle Philanthrop und Führer der orthodoxen Partei unter den englischen Juden, Sir Samuel Montague, wurde 1907, trotz seiner politisch radikalen Richtung, als Lord Swaythling in den Hochadel erhoben. Es gibt jetzt in England zwölf israelitische Lords, vierzehn Baronets und Ritter. Und wie die Regierung, so erwies auch das Volk den hervorragenden Vertretern der britischen Judenheit unverbrüchliches Vertrauen. Dreizehn Juden wurden 1900, vierzehn 1906 in das Unterhaus gewählt. Im selben Jahre 1900 bekleideten Israeliten die Lord Mayor- (Oberbürgermeister-) Stellen in den grossen Städten Liverpool, Portsmouth und Belfast. In London wurde

1903 zum fünften Male ein Jude, der Grosshändler Sir Samuel Marcus, zum Lord Mayor gewählt. Dieser höchste städtische Würdenträger Englands hat in jeder Weise mit berechtigtem Stolze sein Judentum bekannt. Er hat zu seinem Bankette unter den fremden Gesandten einzig den Rumäniens als den Vertreter eines vertragsbrüchigen Staates nicht eingeladen; er ist auch nicht der Einladung zu den Jubiläumsfeierlichkeiten nach Petersburg gefolgt. Indem man so sein Judentum nicht etwa aufdrängt, aber kühn und rücksichtslos vor der Welt betont, bringt man dieses und sich selbst zur Geltung.

Auch als Krieger standen die englischen Juden ihren Mann. Im Jahre 1897 dienten im britischen Heere, das sich bekanntlich nur aus freiwillig Eintretenden zusammensetzt, 600 Juden, darunter 75 als Offiziere. Von diesen nahm Oberst Goldsmid eine hervorragende Stellung im Generalstabe ein. In dem Kriege gegen die Buren in Südafrika kämpften 3000 jüdische Soldaten und Offiziere, von denen eine grosse Anzahl für das Vaterland blutete; 125 von ihnen erlitten den Tod auf dem Schlachtfelde. Schon die jüdischen Knaben zeigten militärische Neigungen und Patriotismus: sie haben seit 1896 in London eine besondere Knabenbrigade gebildet, die unter der Aufsicht aktiver Offiziere fleissig exerzierte.

Allerdings wurde den geistig, moralisch und materiell fest gesicherten Juden Englands eine schwierige Aufgabe gestellt durch die unaufhörliche, massenhafte Einwanderung russischer und rumänischer Glaubensgenossen, zumal diese zum grössten Teil unbemittelt waren. Schon im Jahre 1888 war deshalb nur noch ein Fünftel der aschkenasischen Juden Londons vermögend, dagegen mehr als ein Drittel Bettler. Noch schlimmer sogar verhielt es sich um die Sephardim, deren grössere Hälfte, meistens neue Ankömmlinge aus Nordafrika, aus Unterstützungsbedürftigen bestand. Und immer höher schwoll der Strom der jüdischen Einwanderer aus dem Osten an. Er wandte sich naturgemäss nach den alten Stätten des Elends im Osten Londons, unmittelbar östlich von der City, nach den Stadtteilen Whitechapel und Stepney, und ergoss sich die grossen Strassenzüge entlang, die Whitechapel Road, Commercial Road, Old Montague Street. 92 1/2 Prozent aller jüdischen Immigranten haben sich in dieser

Gegend niedergelassen. Sie verdrängten die dort heimische Verbrecherbevölkerung, zum Teil auch die meist irischen Arbeiter. 107 Strassen wurden aus vollständig englischen und irischen in vollständig jüdische verwandelt; zahlreiche dortige Schulen haben fast nur noch jüdische Zöglinge. Vielfach kauften Juden die Häuser und vermieteten sie an ihre Glaubensgenossen, da zahlreiche christliche Hausherrn die östlichen Juden nicht aufnehmen wollten. Übrigens ein vorzügliches Geschäft, denn die Hausbesitzer liessen sich von den jüdischen Mietern sehr hohen Zins bezahlen, den diese durch Beherbergung von Aftermietern wieder einzubringen suchten — eine gewaltige Übervölkerung trat ein. Der Hauszins stieg hier um 63, 80, ja 100 bis 150 Prozent.

Das Elend der Einwanderer rief seitens hochherziger christlicher Bürger reiche Gaben, besonders aber bei den eingesessenen Israeliten die Gründung einer Reihe wohltätiger Einrichtungen hervor. Zweierlei strebten diese an: einmal, den Ankömmlingen Gelegenheit zu ehrlicher und anständig bezahlter Arbeit zu schaffen, und dann, sie möglichst schnell dem englischen Wesen und Empfinden anzupassen. Man fühlte sich um so mehr dazu veranlasst, als die Einwanderung so vieler fremdartiger, materiell und bisweilen sittlich niedrig stehender Elemente auf die Stimmung einflussreicher christlicher Volkskreise eine schlimme Wirkung zu üben begann, die auch im Parlamente zu Worte kam. Nicht sowohl die grossstädtischen Arbeiter selber zeigten einen gewissen Antisemitismus, als vielmehr die Gebildeten, die Politiker, die von den Ankömmlingen Herabdrückung der englischen Lebensgewohnheiten sowie die Errichtung eines besonderen Staates im Staate fürchteten.

In der Tat, die Gewerbe der Schneider, Schuhmacher, Tischler wurden durch die russischen Juden fast monopolisiert, da sie sich anfangs mit so niedrigem Lohn begnügten, wie ihn der eingeborene englische Arbeiter nicht zu seiner Lebensführung gebrauchen konnte. Allein dank den Einrichtungen, die die eingeborenen Israeliten trafen, und zumal der ausserordentlichen Anpassungs- und Entwickelungsfähigkeit des jüdischen Stammes tritt schon jetzt eine erhebliche Verbesserung der Verhältnisse zutage. Der Lebensstandard der jüdischen Bevölkerung des östlichen London hebt sich zusehends; ihre Ansprüche an Behandlung und Lohn steigen in schneller Weise. Sie schickt

mit dem ihr eigenen Wissensdurst und Drang nach vorwärts ihre Kinder massenhaft in die Schulen, wo sie zu modernen Menschen und speziell Engländern ausgebildet werden. Sie hat den Verdacht aufgegeben, als wolle man ihr durch die englische Kultur die Religion nehmen. Die freien Abendschulen, die das Russo-Jewish Comitee begründet hatte, waren schon 1896/97 von 57684 jüdischen Kindern und jungen Leuten besucht. Daneben gingen im Jahre 1902 nicht weniger als 31515 jüdische Kinder in die allgemeinen Schulen. Das sind hohe Zahlen bei einer jüdischen Bevölkerung in London von damals etwa 148000 Seelen, die jetzt freilich auf annähernd 180000 gewachsen ist — viermal so viel wie vor einem Vierteljahrhundert. Ausserdem gibt es jüdische Grossgemeinden in Manchester mit ungefähr 28000, Leeds mit 25000 Juden; Glasgow zählt deren etwa 7000, ebensoviel Liverpool, Birmingham 5000. Diese Zahlen mögen den ungeheuren Umschwung bezeichnen, der in dem ganzen Dasein der Judenheit Londons und Englands überhaupt in der letzten Zeit eingetreten ist.

Wir müssen es mit Freuden begrüssen, wenn die Israeliten sich nach Ländern wenden, wo ihre Religion volle Anerkennung geniesst, wo ihnen gänzliche Gleichberechtigung, Möglichkeit des materiellen Daseins und zugleich eine echt religiöse Umgebung bereitet ist.

Sobald der eingewanderte Jude sich einigermassen orientiert und die Bedingungen des Lebens in der neuen Heimat kennen gelernt hat, sucht er seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Durch die ihm innewohnenden Eigenschaften der Zähigkeit, Mässigkeit, Elastizität und unermüdlichen Arbeitsamkeit kommt er zumeist in die Höhe; abgesehen von den verderblichen Wirkungen andauernder Krankheit, haben diese Juden wenige ganz Hilflose unter sich. Sie stifteten zahlreiche Chewras, jede Art von Wohltätigkeitsvereinen, sowie Gesellschaften zu gegenseitiger Unterhaltung, und erwiesen derart von neuem die überquellende Lebenskraft des jüdischen Stammes. Auch dem neuen Vaterlande zeigten sie sich nützlich. Sie begründeten hier unter anderm die Konfektion von Damenmänteln und Damenjackets und machten darin England vollständig von der Einfuhr aus Berlin unabhängig, für die früher eine einzige Firma in London jährlich über drei Millionen Mark nach Berlin gezahlt hatte.

Allerdings machte sich infolge der Übelstände, die zunächst das massenhafte Zuströmen kulturell niedrig stehender, in Tracht, Sprache und Sitte unangenehm auffallender polnischer und russischer Juden hervorbrachte, eine starke Agitation gegen die Zulassung fremder Armer, das heisst im Grunde jener bedürftigen jüdischen Elemente geltend. Wiederholt wurde ein Gesetzentwurf gegen die Einwanderung fremder Armer im Unterhaus eingebracht. Er scheiterte die ersten Male an den altüberkommenen Grundsätzen englischer Freiheit und englischer Gastlichkeit für alle unglücklichen Ausländer. Allein die Besorgnis vor jenen Elementen war doch sehr stark. Sie hatte auch volkstümliche Ausbrüche gegen die Juden zur Folge, wie solche in England seit anderthalb Jahrhunderten unbekannt gewesen waren. Aufgehetzt von einem katholischen Priester, namens Creagh, tumultuierte der Pöbel der irischen Stadt Limerick gegen die dort erst seit zwei Dezennien wohnhaften Israeliten; über diese wurde förmlich der Boykott verhängt, und es dauerte lange, bis die Zureden Besonnener und die Einwirkung des katholischen Bischofs von Limerick die Ruhe wieder herstellten. Man gönnte den eingewanderten Juden selbst die schwerste Arbeit nicht. Die walisischen Bergleute demonstrierten wiederholt gegen die in den dortigen Stahlwerken beschäftigten jüdischen Arbeiter. Ebenso sind in den schottischen Kohlengruben 1200 jüdische Immigranten aus Polen tätig: ein Mitglied des englischen Unterhauses verlangte die Vertreibung dieser „Fremden“ aus einem britischen Bergwerke, da sie eine „Gefahr“ für dieses bildeten — eine ungeheuerliche Behauptung! Es erhielt übrigens von den Staatssekretär Aker-Douglas eine durchaus abweisende Antwort, die den armen jüdischen Arbeitern völlig gerecht wurde. Wie soll die jüdische Minderheit es einrichten, um den Angriffen zu entgehen? Beschäftigt sie sich in liberalen Berufen oder im Handel, so nennt man sie „Drohnen“ und „Blutsauger“; arbeitet sie schwer mit der Hand und im Schweisse des Angesichts, so nimmt sie den christlichen Werkleuten das Brot vor dem Munde weg!

Diese Furcht vor dem Wettbewerb der genügsamen, mit geringem Lohn zufriedenen jüdischen Arbeiter trug endlich den Sieg über die freiheitlichen Grundsätze davon. Im Jahre 1905

wurde das Gesetz gegen Einwanderung armer Ausländer tatsächlich angenommen. Zwar fand der Premierminister Balfour Worte schärfster Brandmarkung gegen die Judenverfolgungen; freilich wurde unter allgemeinem Beifall des Abgeordnetenhauses festgestellt: „Wir haben keine antisemitische Strömung in diesem Lande" — aber es drohte doch die Tatsache einzutreten, dass wieder ein grosses Reich dem überwiegenden Teile der jüdischen Auswanderung verschlossen würde. Da brachte die Regierung selber ein Amendement ein, wonach der Mangel an Mitteln zum Lebensunterhalt kein Grund sein solle, einen Fremden zurückzuweisen, der in England nur einwandern wolle, um zu vermeiden, dass er aus religiösen oder politischen Gründen oder wegen politischer Angriffe verfolgt oder bestraft werde, oder um der Verfolgung wegen seiner religiösen Überzeugungen zu entgehen. Mit der Annahme dieser Zusatzbestimmung wurde dem neuen Gesetze seine drohendste Gestalt für die russischen und rumänischen Juden, die ja vor religiöser Verfolgung fliehen, genommen; aber die Warnung blieb, dass die Ankunft dieser Elemente unerwünscht sei und streng überwacht werden würde.

Glücklicher Weise wurde bald darauf die konservative Mehrheit im Unterhause und mit ihr die konservative Regierung durch eine liberale ersetzt, und seitdem fand die Fremdenbill durch den Minister des Innern, Herbert Gladstone, eine sehr milde Auslegung, so dass sie die Einwanderung der armen Flüchtlinge wenig einschränkte. Im Jahre 1906 sind nur 489 Personen von der Einwanderung in England aus pekuniären oder hygienischen Gründen zurückgewiesen worden, 1907 noch weniger. Und dann, die Besserung der materiellen Verhältnisse sowie die zunehmende Anglisierung der eingewanderten Juden haben dahin gewirkt, das gegen sie herrschende Vorurteil beträchtlich zu mildern. Es stellte sich heraus, dass weder Verbrechen noch Bettel unter den tapfern und fleissigen jüdischen Einwanderern herrschten. Während die Kriminalität Englands im Jahre 1901 sich auf 1,16 Prozent der Bevölkerung belief, betrug sie bei den eingewanderten Juden nur ein halbes Prozent; und während es in London im ganzen 7,9 Prozent unterstützte Arme gab, waren solche unter den Juden nur 2,4 Prozent. Ein glänzendes Zeugnis für die Moralität und den Fleiss dieser armen,

mit dem Hunger ringenden heimatlosen jüdischen Masse! Auch der Umstand, dass viele junge jüdische Einwanderer tapfer für die Sache Englands in Südafrika fochten, trug zur günstigeren Gestaltung der Stimmung des englischen Volkes jenen gegenüber bedeutend bei. Es ist eine Tatsache, dass die britische Nation den plötzlichen Zustrom und die Ansiedlung von nahezu 200000 armen Ostjuden ohne allgemeine Entrüstung und Feindschaft aufgenommen hat — eine Tatsache, die in Deutschland oder Österreich undenkbar wäre, und die beweist, wieviel Gerechtigkeitssinn und Humanität, aber auch nationale Festigkeit und Selbstvertrauen in dem englischen Volke vorhanden ist.

In Frankreich hat die viele Jahre lang herrschende antisemitische Stimmung weiter Volkskreise die persönliche Gleichberechtigung der einzelnen Israeliten sowie die allgemeine des israelitischen Kultus nie in ungünstiger Weise beeinflusst. Der jüdische General Lambert erhielt 1882 die politisch und militärisch gleich wichtige Stellung des Oberbefehlshabers des Besatzungsheeres in der erst soeben dem französischen Protektorat unterworfenen Regentschaft Tunis: ein Amt, das ebensoviel Tatkraft wie Umsicht und Takt erforderte. Vom Bey auch zum Kommandeur der tunesischen Armee ernannt, bekleidete er bald noch das überaus bedeutsame Amt des Ministerresidenten, das heisst des eigentlichen Beherrschers von Tunis. Sein Posten trug ihm 1883 die Beförderung zur höchsten militärischen Würde im republikanischen Frankreich, der eines Divisionsgenerals (Generalleutnants) ein. Ausser ihm gab es damals noch einen anderen Divisions- und drei Brigadegenerale jüdischen Glaubens in Frankreich. Im ganzen sind seit Bestehen der dritten Republik sieben Juden zum Range eines Divisionsgenerals aufgestiegen. Man hat nicht gehört, dass darunter die Kampffähigkeit des französischen Heeres irgendwie gelitten hätte.

Lamberts Nachfolger in Tunis als Ministerresident sollte wiederum ein Jude, Bihourd, werden. Man zog es aber vor, ihm das noch verantwortungsreichere und repräsentativere Amt eines Generalgouverneurs des französischen Indochina zu übertragen. Und trotz der tötlichen Gefahr einer Stellung in dem fieberreichen Tropenlande, der sein Vorgänger Paul Bert erlegen war, und die verschiedene — christliche — Staatsmänner zur

Ablehnung der Würde veranlasst hatte, nahm Bihourd die Ernennung an (1886). Ferner waren 1887 vier Israeliten Direktoren in verschiedenen Ministerien. Im Jahre 1893, inmitten der antisemitischen Bewegung, erhielt ein Jude, der einer Kaufmannsfamilie in Bordeaux entsprossene David Raynal, der schon 1881—1885 Arbeitsminister gewesen war, sogar das wichtige Ministerium des Innern. So wurde die weit verbreitete Meinung widerlegt, dass ein Jude in der Staatsverwaltung höchstens bei den Finanzen zu verwenden sei.

Eine Wohltat für das französische Judentum war die Wahl des bisherigen Grossrabbinen von Paris, Zadok Kahn (geboren 1839), zum Grossrabbiner von Frankreich, im März 1890. Zadok Kahn war ein gründlich gelehrter Theologe, ein begabter Geschichtschreiber, dabei ein hochherziger, mit geistiger Initiative und vielseitigem Interesse ausgerüsteter Mensch. Obwohl zur Orthodoxie hinneigend, hat er doch allen Richtungen des Judentums seine tätige Teilnahme gewidmet. Er schuf zahlreiche Wohlfahrtseinrichtungen, begründete das französische Hilfskomite für die russischen Juden, arbeitete an den Werken der „Alliance". Er gehörte auch zu den Begründern und Leitern der Société des Etudes juives, die vorzügliches für die Wissenschaft des Judentums geleistet hat. Überdies war er ein hervorragender, von wärmster Begeisterung getragener Kanzelredner.

Über den allzu frühen Tod Zadok Kahns hinaus (1907) bewährte sich die Gestaltungskraft des Judentums auch in Frankreich. Hier war es seit einem Jahrhundert gewohnt, unter dem Schutze und mit reichlicher Unterstützung des Staates ein behagliches Stillleben zu führen. Da erfolgte plötzlich die Trennung des Staates von der Kirche, der öffentliche Charakter und die staatliche Besoldung des israelitischen Kultus nahmen ein Ende, ebenso wie des katholischen und protestantischen. Es war für das französische Judentum um so schwerer, sich in diese von Grund aus veränderte Lage der Dinge zu finden, als dort kein Zwang auf die Zugehörigkeit zu einer Religionsgenossenschaft geübt wird, keine gesetzliche Beitragspflicht zu einer solchen besteht. Die weitere Existenz der jüdischen Gemeinschaft wird also ausschliesslich auf Freiwilligkeit beruhen. Aber die Leiter der französischen Judenheit gingen frisch ans Werk.

In Gemässheit der Beschlüsse einer am 11. November 1906 tagenden Versammlung von Delegierten aus allen Teilen Frankreichs bildeten die bisherigen Gemeinden im Sinne des neuen Gesetzes „Religionsvereine", an Zahl 62. Ihnen wurden vom Staate die Synagogen und sonstigen Vermögensbestände der entsprechenden ehemaligen Gemeinden übertragen. Die Religionsvereine sollen sich zu einer Zentral-Union der Juden Frankreichs — einem Ersatze für das bisherige Zentralkonsistorium — zusammenschliessen. Diesem Gemeindeverbande soll, nach den Ergebnissen einer Rabbinerversammlung vom Juni 1907, ein Rabbinerverband von Frankreich und Algier zur Seite treten. Die Versammlung fasste auch höchst bemerkenswerte Beschlüsse, die Eheformalitäten betreffend: Get und Chalizah wurden für fakultativ erklärt. Ebenso wurde das Fahren auf elektrischen Strassenbahnen innerhalb der Stadt zum Besuche der Gotteshäuser an Sabbaten und Festtagen gestattet. Weiteren Reformen hat sich die Rabbiner- wie die Delegiertenversammlung nicht geneigt erwiesen, und selbst die Abänderungen der Ehegesetze sind schliesslich unter dem Einflusse des Barons Edmund von Rothschild wieder zurückgenommen worden. Dafür reformierte man 1909 den Gottesdienst. Am 10. Dezember 1907 fanden in voller Ordnung die Wahlen zu dem „Zentralrat" statt, unter grosser Beteiligung der Wähler. Das Werk wurde vervollständigt, indem der Zentralrat am 6. Februar 1908 einen Grossrabbiner für Frankreich ernannte in der Person des greisen, auch durch wissenschaftlich literarische Arbeiten bekannten Grossrabbiners von Lyon, Alfred Levy, dem zwei hervorragende jüdische Theologen als Beisitzer zur Seite gestellt wurden. Wir stehen nicht an, diese Wiedergeburt des anscheinend in öden Indifferentismus versunkenen französischen Judentums als eines der glücklichsten Ereignisse der jüdischen zeitgenössischen Geschichte zu bezeichnen. Auf einem Boden, den man für aussichtslos dürr und unfruchtbar ansah, entfaltete sich in überraschendster Weise die unversiegbare Lebenskraft der israelitischen Gemeinschaft und trug sofort Blüten und Früchte. Ein wie hoffnungsvoller, das Vertrauen stärkender Vorgang! Es zeigte sich von neuem, dass nicht Zwang, sondern Freiwilligkeit und Selbständigkeit der Lebensodem der israelitischen Religionsgemeinschaft ist — und

solche Tatsachen beweisen mehr für deren Zukunft, als alle Phrasen und Theorien. In der scharfen und belebenden Luft der Freiheit gedeiht das Judentum. So wird die Abstreifung des staatlichen Zwangskleides und der staatlichen Wohltaten auf die französische Judenheit einen günstigen, erweckenden, fördernden Einfluss üben.

Die Juden Italiens haben ihrem freien und hochherzigen Vaterlande überraschende Beweise aussergewöhnlicher politischer Befähigung gegeben. Sie waren stets in verhältnismässig sehr grosser Zahl im Parlamente vertreten, sowohl im Abgeordnetenhause wie im Senat. Einer von ihnen, Giacomo Salvano, blieb mehr als zwanzig Jahre lang der Vertrauensmann aller der Minister, die sich im Departement des Auswärtigen ablösten, und wurde 1885 ständiger Generalsekretär, das heisst eigentlicher Leiter dieses wichtigen Verwaltungszweiges. Ein anderer Israelit, Luigi Luzzatti, war dreimal Schatzminister des Königreiches. Leo Wollemberg, der durch Begründung der ländlichen Hilfskassen in Italien und durch Bekämpfung finanzieller Missstände grosses Ansehen und berechtigte Volkstümlichkeit erlangte, wurde 1901 Finanzminister, später — 1906 — Unterstaatssekretär im Kriegsministerium. Im Jahre 1900 befanden sich im italienischen Heere an jüdischen Offizieren: ein Generalleutnant, ein Oberst, 8 Majore, 43 Haupleute, und 109 Leutnants. Sogar Kriegsminister wurde 1907 ein Jude: General Giuseppe Ottolenghi, der frühere militärische Erzieher des jetzigen Königs Viktor Emanuel III., — zu einer Zeit, wo im preussischen Heere ein Jude nicht einmal den hohen Grad eines Leutnants der Reserve zu erklimmen vermochte. General Coën begrüsste als Kommandant von Venedig den Kaiser Wilhelm II. bei dessen Besuch in dieser Stadt. König Humbert erwählte mehrere Israeliten zu seinen persönlichen Adjutanten und gab ihnen so den sprechendsten Beweis des Vertrauens und der Zuneigung. Italien schickte auch Juden als Diplomaten in die Fremde, soweit hier die Regierungen sich nicht weigerten, solche als Gesandte anzunehmen. So vertrat ein Israelit 1889 Italien in Montevideo, ein anderer — Giulio Levi — sogar bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Allein je schneller sich die italienischen Israeliten der blendenden romanischen Kultur assimilierten, um so rascher vergassen sie die

ihres eigenen Stammes und liessen solche völlig verfallen. Die neue Generation vernachlässigte durchaus die Wissenschaft des Judentums, die einst Jünger wie Luzzatti und Della Torre gehabt hatte, und mit den Vertretern der alten religiösen Überlieferungen verschwanden auch diese allmählich. Das Rabbinat selber war tief gesunken, die jüdische Bildung erstorben.

Unter dem Antriebe der allgemeinen Wiedergeburt des Judentums in den Gemütern seiner Bekenner im letzten Dezennium des vorigen Jahrhunderts jedoch entwickelte sich auch die bisher so weit zurückgebliebene israelitische Gemeinschaft Italiens. An Stelle der alten, finsteren und kleinen Synagogen in schmutzigen, engen Strassen erhoben sich jetzt prächtige Tempel in Mailand, Bologna, Ancona, Turin, Modena, Florenz; meistens mit Orgel, Chor und wohlgeordnetem, wenn auch schwach besuchtem Gottesdienste ausgerüstet. Die nach ihrer Erlösung aus dem Ghetto zunächst der Auflösung verfallene Gemeinde in Rom, 7000 Seelen stark, gelangte endlich im Jahre 1885 zu neuer Ordnung, mit Repräsentanten für die Kultus- und einer eigenen Verwaltung für die Wohltätigkeitsangelegenheiten. Zwei prächtige Tempel wurden errichtet, die das Judentum in der italienischen Hauptstadt würdig darstellen, und ein Oberrabbiner als geistlicher Führer der Gemeinde eingesetzt. Auch sonst pulsiert in den italienischen Israelitengemeinden ein kräftigeres Leben denn zuvor; es betätigte sich durch mannigfache Kämpfe in ihrem Innern. So entbrannte 1899 und 1900 in Turin ein heftiger Streit zwischen dem Vorstande, der eigenwillig eine Reihe von Feiertagen abschaffte, und dem Rabbiner, der, bei der Veränderung gänzlich unbefragt, seine Entlassung einreichte. Der Zwiespalt wurde vor die Gemeinde gebracht, die mit 245 Stimmen gegen fünf dem Rabbiner recht gab und damit den Vorstand zur Rücknahme seines Beschlusses nötigte.

Besonders wichtig war die Wiedereröffnung des Rabbinerseminars, das früher in Padua bestanden hatte, aber seit mehr als einem Jahrzehnt eingegangen war, in Rom, am 15. Januar 1887; es wird durch freiwillige Beiträge der italienischen Juden erhalten. Der damalige Rabbiner Roms, Dr. Ehrenreich, hatte das grösste Verdienst bei der Wiederbelebung des für das geistige und religiöse Leben der italienischen Judenheit so bedeutsamen

Instituts. Zwölf Jahre später wurde es nach Florenz verlegt und durch den dortigen gelehrten Rabbiner Margulies vollständig umgestaltet und gehoben, so dass es mit seinen Schwesteranstalten nördlich der Alpen durchaus wetteifern kann. Aber im allgemeinen zeigt sich bei den italienischen Israeliten dieselbe Erscheinung, wie bei denen anderer Länder: der Kultus wird von der Mehrheit vernachlässigt, während die sozialen und wohltätigen Bestrebungen einen immer wachsenden Umfang annehmen. Diese soziale Richtung der Judenheit ist einmal eine für die Gegenwart unabänderliche Tatsache. —

Ganz anders liegen die Dinge in Spanien. Hier war den Juden gesetzlich der Aufenthalt gestattet, allein sie fürchteten mit Recht den erblichen, von der Geistlichkeit geflissentlich genährten leidenschaftlichen Hass der Bevölkerung. In ganz Spanien lebten um 1885 nur vierhundert Juden, die zumeist ihre Abstammung sorgfältig verborgen hielten. Sie würden sonst nicht nur in ihrer sozialen sondern selbst in ihrer geschäftlichen Stellung unmöglich geworden sein. Nun gab es freilich aufgeklärte Spanier, die die Einwanderung von Juden, und zwar möglichst reichen, wünschten, um der Armut und dem Mangel an Betriebsamkeit in ihrem Lande abzuhelfen. Von Revolutionen und Bürgerkriegen zerrissen, wiederholt fremden Invasionen preisgegeben, aller seiner Kolonien durch Aufstände beraubt, die die Unerträglichkeit seiner Herrschaft bewiesen, ist das unglückliche Land verarmt und heruntergekommen, in geistiger wie materieller Beziehung. Die gebildete und politisch denkende Klasse der Spanier hat längst erkannt, dass der Rückgang von dem Zeitpunkte der Vertreibung der Juden und Mauren her datiert und sich seitdem immer reissender vollzogen hat. Einsichtige Politiker haben deshalb seit Jahrzehnten für Rückberufung der Juden in das Gebiet der Halbinsel ihre Stimme erhoben, und selbst die Führer der konservativ-klerikalen Partei haben sich der Einsicht nicht verschliessen können, dass die Einführung eines so fleissigen und intelligenten Elementes ihrem Staatswesen von grossem Nutzen sein würde. Im Jahre 1886 bildete sich unter dem Vorsitze des Senators Lopez Lapuya ein Komitee zur Heranziehung der Juden. Später hat ein gelehrter Jesuit, Pater Fidel Fito, der Beichtvater der Königin-Regentin und zweite Vorsitzende der Akademie der

Geschichte, ein hervorragender Orientalist, sich eifrig um die Rückkehr der „Marannen“, von denen er abstammte, bemüht und zwar unter dem Schutze des konservativen Ministerpräsidenten Canovas del Castillo. Nach Frankreich und Deutschland wandte er sich um Beistand. Allein die Kenner des spanischen Volkscharakters setzten auf dessen Duldsamkeit ein allzu geringes Vertrauen, um zur Ausführung solcher Wünsche beizutragen. Selbst wenn Regierung und Cortesversammlung die Masseneinwanderung von Israeliten guthiessen, würde sie an der Feindschaft der allmächtigen Geistlichkeit und der von dieser seit Jahrhunderten in judenfeindlichstem Sinne bearbeiteten und verhetzten Volksmenge scheitern. Daran würden auch die edelsten Absichten und schönsten Verheissungen der gebildeten Judenfreunde nichts ändern. So ist wohl auch von den an sich sehr rühmlichen Bemühungen des liberalen Senators Angel Pulido sowie des kürzlich in Madrid gebildeten „Spanisch-israelitischen Bundes“, dem mehrere angesehene liberale und republikanische Politiker angehören, nichts Wesentliches zu erwarten.

Wagen es doch heute die wenigen Juden, die in Barcelona und Madrid leben, noch immer nicht, sich als solche zu erkennen zu geben oder gar ein Gotteshaus zu erbauen. In Madrid kommen sie am Neujahrs- und Versöhnungstage heimlich in einer Privatwohnung zum Gottesdienste zusammen.

Die portugiesische Bevölkerung unterscheidet sich von der rassenverwandten spanischen durch ihre Abwendung vom Klerikalismus, durch vorurteilsfreie Gesinnung auf interkonfessionellem Gebiete. Die Juden sind in Portugal völlig den Andersgläubigen gleichberechtigt. Im Mai 1902 weihte die dreihundert Familien zählende israelitische Gemeinde Lissabons eine neue grosse Synagoge ein, die erste wieder auf dem Boden der Pyrenäenhalbinsel, wo die letzte vor mehr denn vier Jahrhunderten geschlossen worden war. Ein endlicher Triumph des Rechts und der Freiheit!

Wenn wir das „grosse Wasser“ überschreiten, so finden wir die Judenheit der Vereinigten Staaten von Nordamerika in lebhafter geistiger Bewegung. Ihr liberal gesinnter Teil hatte sich in zwei Körperschaften organisiert. Im Jahre 1874 war die Union of American Hebrew Congregations entstanden, eine Nach-

ahmung des Deutsch-israelitischen Gemeindebundes, die die Förderung der amerikanischen Glaubensgenossenschaft in religiöser, intellektueller und sozialer Beziehung zum Ziele hatte. Dagegen setzte sich der Board of Delegates die Unterstützung und Verteidigung unterdrückter Israeliten in allen Teilen der Welt sowie die Zurückweisung etwaiger Angriffe auf die Rechte jüdischer Bürger in den Vereinigten Staaten zur Aufgabe. Im Jahre 1877 kam dann ein Zusammenschluss beider Körperschaften zustande, wobei die zweite in die erstere aufging. Eine der segensreichsten Schöpfungen dieser „Union" war das im Oktober 1875 in Cincinnati eröffnete Hebrew College, eine Rabbinerbildungsanstalt, aus der bereits 150 Rabbiner hervorgegangen sind. Ihr trat 1886 das von der Orthodoxie begründete Jüdische theologische Seminar in New-York zur Seite, das sich gleichfalls glänzend entfaltete.

Auch sonst pulsierte das Leben frisch und kräftig unter den nordamerikanischen Israeliten. Einundachtzig Tages- Wochen- und Monatsblätter, dreizehn Jahrbücher verfochten ihre Interessen und dienten ihrem religiösen Leben und ihrer Unterhaltung. Ihre theologischen Lehranstalten sind mit finanziellen Mitteln ausgestattet, die uns in Europa geradezu fabelhaft erscheinen. Im Jahre 1900 gab es in den Vereinigten Staaten 415 jüdische Unterrichtsanstalten, darunter 291 Gemeinde-Religionsschulen, mit 1127 Lehrern und 25000 Schülern; ausserdem 27 jüdische Freischulen mit 142 Lehrern und 11000 Zöglingen. Eine bewundernswerte Schöpfung jüdischer Gelehrsamkeit in Amerika war die grosse „Jüdische Enzyklopädie". Überall finden wir hier reges Schaffen und fröhliches Verwärtsstreben, in dem beglückenden Bewusstsein, einer grossen vordringenden Gemeinschaft anzugehören.

In politischer Beziehung ist die Gleichberechtigung der Israeliten nirgends gründlicher durchgeführt, als in den Vereinigten Staaten. Zweimal wurden von ihnen Juden als Gesandte an europäische Höfe geschickt, was kein anderes Land bisher gewagt hat. Um den Judenverfolgungen in Rumänien entgegen zu wirken, ernannte Präsident Grant im Jahre 1870 Benjamin Franklin Peixotto (1831—1890), den Abkömmling einer seit lange ausgezeichneten sephardischen Familie, zum Generalkonsul

in Bukarest, wo dieser nicht nur mit dem Fürsten — späteren König — Karol in freundschaftliche Beziehungen trat, sondern auch erfolgreich an der inneren Stärkung und Hebung seiner rumänischen Glaubensgenossen arbeitete. Zweimal aber, 1887 und 1897, ward der jüdische Rechtsgelehrte und Politiker Oskar Salomon Strauss (geboren 1850) zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Konstantinopel ernannt. Sein jüdisches Bekenntnis hat ihn nicht daran gehindert, als vollberechtigtes Mitglied des diplomatischen Korps in der ottomanischen Hauptstadt aufzutreten und dort zum Besten und zur Ehre seines Vaterlandes sowie für den Weltfrieden tätig zu sein. Im Jahre 1906 hat dann der grosszügig denkende Präsident Roosevelt diesem selben Oskar S. Strauss das Handelsministerium übertragen, eine Ernennung, die um so wichtiger und für Roosevelts Gesinnung um so bezeichnender ist, als der Handelsminister das gesamte Einwanderungswesen leitet und derart die Befugnis besitzt, das neue, die Einwanderung erschwerende Gesetz in einer für die armen russisch-jüdischen Immigranten möglichst milden Weise auszuführen.

Kein Wunder, dass bei dem Ausbruche des Krieges gegen Spanien im Jahre 1898 die amerikanischen Juden sich in Masse erhoben, um für das Land der Freiheit gegen die Brutstätte der Unduldsamkeit und Verfolgung zu kämpfen. Besonders die russisch jüdische Jugend stellte sich in heller Begeisterung in die Reihen des amerikanischen Heeres — sie wollte ihre Dankbarkeit der sie beglückenden neuen Heimat erweisen. Sie bildete in New-York ein jüdisches Bureau zur Ausrüstung von Freiwilligen. Sie machte den grössten Teil eines New-Yorker Infanterieregiments aus und drängte sich in ein dort errichtetes Husarenregiment. Die russischen Farmer der Ackerbaukolonien, die Zöglinge der russisch-jüdischen Handwerkerschule in New-York meldeten sich als Freiwillige. In Philadelphia trat ein nur aus Juden bestehendes Regiment zusammen. Viele dieser freiwilligen Krieger hatten schon im russischen Heere gedient und dort bereits militärische Erfahrungen erworben. So vergalten die armen Einwanderer dem Lande, das sie gütig und schützend aufgenommen hatte, mit dem Einsatze ihres Lebens.

Ihre Opferwilligkeit blieb ihnen unvergessen; das Andenken daran diente dazu, von der jüdischen Immigration einen schweren

Schlag abzuwenden. Die fremdenfeindliche Partei hatte im Bundessenat ein Gesetz zur Annahme gebracht, das allen ausländischen Ankömmlingen eine persönliche Taxe von fünf Dollars (21 Mark) anstatt der bisher erhobenen zwei Dollars auferlegte und von ihnen die Kenntnis des Lesens in einer lebenden Sprache verlangte. Danach wären viele jüdische Einwanderer von vornherein ausgeschlossen gewesen, da sie von ihren schwachen Geldmitteln die erhöhte Taxe für sich und die Ihrigen nicht hätten aufbringen können und die Frage, ob das „Jiddisch" eine lebende Sprache ist, der Willkühr der Überwachungsbeamten ausgesetzt gewesen wäre. Zum Glück verwarf das Abgeordnetenhaus (1906) beide Bestimmungen und fasste auf den Vorschlag zweier jüdischer Mitglieder nach englischem Vorbilde den Beschluss, alle diejenigen Einwanderer, die aus Gründen politischer oder religiöser Verfolgung ihre Heimat hatten verlassen müssen, ohne Nachweisung pekuniärer Mittel zuzulassen. Allerdings erschwerte ein gleichzeitiges Gesetz die bisher sehr leichte Naturalisation in den Vereinigten Staaten. Zwischen der Bewerbung um das Bürgerrecht und dessen Gewährung musste nunmehr ein Zeitraum von mindestens zwei Jahren verfliessen und es wurde nur dann erteilt, wenn die Bewerber die Kenntnis der englischen Sprache nachwiesen. Letztere Klausel kann indes als ein Vorteil für die jüdischen Immigranten betrachtet werden, da solche sie veranlasst, ihr geistiges Ghetto zu verlassen und sich der Bildung und Kultur ihrer neuen Heimat anzuschliessen. Diese Kultur-Assimilation wird ihrer religiösen Treue und Selbständigkeit nicht schaden, wohl aber sie zu nützlichen und geachteten Bürgern des grossen Freistaates machen.

Ein Nachklang der spanisch-amerikanischen Kämpfe ist die überraschend schnelle Laufbahn des Juden Marix in der amerikanischen Kriegsmarine. Er wurde „in Anerkennung seines hervorragend heldenmütigen Verhaltens in zwei Feldzügen" durch besondere Gesetze des Kongresses zweimal ausser der Reihe befördert. 1908 übertrug ihm die Regierung sogar den Oberbefehl über die atlantische Flotte.

Auch in Kanada, dem unter britischer Oberhoheit stehenden Teile Nordamerikas, führte die russische Einwanderung, wenn schon in viel bescheideneren Grenzen, einen völligen Umschwung

herbei. Die kleine Zahl von Juden, die dort längst, und zwar nach sephardischem Ritus, lebten, wurde bald überflutet durch die seit 1881 sich vollziehende Ansiedlung aus Russland. Mit Unterstützung zuerst des Barons Hirsch, dann — nach seinem Tode — der Jewish Colonization Association suchte man die Immigranten in Ackerbaukolonien unterzubringen, die freilich in ihren Anfängen bei dem überlieferten Hange dieser Juden zu Handel oder Handwerk mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Allmählich gelang es, in einigen Kolonien die Hemmnisse zu überwinden und eine gewisse Blüte zu erzeugen, zumal in Oxbow, Hirsch, Qu'appelle. Sie vermochten ihre Gemeinschaft selber zu verwalten und erzielten befriedigende Ergebnisse in Ackerbau und Viehzucht; ihre Wirtschaft wurde nicht mehr auf Wohltaten, sondern auf geregelte Kreditverhältnisse begründet. Die überwiegende Menge der Einwanderer wandte sich doch, wie überall, den grösseren Städten, besonders Montreal, zu, wo annähernd die Hälfte der Kanada bewohnenden Juden sich niedergelassen hat. Aber von den 7127 Juden, die während des Jahres 1906 dort einwanderten, waren nur 183 Händler, dagegen 267 Landwirte, 1870 Handwerker, 489 Arbeiter, 5 Bergleute, die übrigen Familienangehörige. Man sieht, was es mit dem so oft erhobenen und von den eigenen Glaubensgenossen als wahr angenommenen Vorwurf auf sich hat, die russischen Juden seien allesamt Schacherer und Hausierer. Die Gesamtzahl der Israeliten in Kanada kann man für 1908 auf 60000 veranschlagen.

Die Staatsminister Patterson und Aylesworth haben 1907 in einer jüdischen Versammlung öffentlich erklärt, dass die Regierung die Einwanderung der unglücklichen Juden Russlands mit voller Sympathie begrüsse und diesbezügliche Bestrebungen und Pläne gern unterstützen werde; denn in Kanada sei einem jeden Freiheit und bürgerliche Gleichheit gewährt. Eine gewisse Belästigung bildet freilich für die jüdischen Arbeiter und Gewerbetreibenden, soweit sie den Sabbat beobachten, das 1906 angenommene Gesetz über die Sonntagsruhe. Bisher galt in Kanada nur die Vorschrift, dass an einem Tage der Woche, gleichviel welchem, geruht werden müsse. Aber der Einfluss der Jesuiten auf den französisch redenden, katholischen Teil der Bevölkerung veranlasste die neue Gesetzgebung, die

das Feiern ausschliesslich auf den Sonntag verlegte. Ein Amendement, dass die am Sabbat ruhenden Juden von dem Zwange der Sonntagsruhe befreit werden sollten, gelangte nicht zur Annahme. Es lässt sich nicht leugnen, dass in Kanada, wie anderswo, solche Gesetze die Lage der der Überlieferung treuen Israeliten sehr erschweren. Zwei Ruhetage in der Woche, ganz abgesehen von den jüdischen und christlichen Festtagen, sind für Menschen zu viel, deren Lebensunterhalt von angestrengter täglicher Arbeit abhängt. Es muss und wird eine Zeit kommen, wo man den Juden die Feier eines ihrer Religion fremden Ruhetages abnehmen wird. —

Einen grossen Triumph erfochten Aufklärung und Gerechtigkeit in dem früher ganz ausschliesslich katholischen Mexiko. Hier nahmen im Juli 1873 die legislatorischen Gewalten das Gesetz an: „Keine Religion soll vom Staate unterstützt oder unterdrückt werden; ein mexikanischer Bürger ist nicht gehalten, einer bestimmten Religion anzugehören". Mit dieser vollkommenen Trennung des Staates von der Kirche war von selbst die politische Gleichberechtigung der Bürger aller Bekenntnisse, also auch der wenigen in Mexiko lebenden Israeliten ausgesprochen.

Sogar in den südamerikanischen Republiken, wo vier Jahrhunderte lang spanischer Fanatismus und spanische Ausschliesslichkeit geherrscht hatten, brach sich die religiöse Duldung Bahn. In Uruguay wurde 1889 ein Israelit Polizeipräfekt der Hauptstadt Montevideo, ein anderer — offenbar von österreichischer Abkunft — Ignaz Popper, sogar Provinzialgouverneur. Im Heere gab es mehrere jüdische Offiziere. Auch in Peru ist dem weit verzweigten Stamme eine friedliche Stätte geschaffen worden, und zwar auf eine Weise, die für dessen Geschichte recht bezeichnend ist. Ein amerikanischer Christ, Henry Meiggs, schenkte den dortigen Juden einen zwischen der Hauptstadt Lima und deren Hafenort Callao gelegenen Begräbnisplatz. Am 29. März 1875 wurde er feierlich eingeweiht, unter Anwesenheit der Gesandten Italiens und der Vereinigten Staaten sowie unter Mitwirkung des deutschen Musikklubs. Vier Juden hielten dabei Reden, und zwar in deutscher, spanischer, englischer und französischer Sprache. Alle diese Männer so verschiedener Vergangenheit waren einig in treuer Anhänglichkeit an ihrem altüberkommenen jüdischen Glauben!

Besondere Verhältnisse herrschen in der südamerikanischen Republik Argentinien. Seit dem Jahre 1891 hat Baron de Hirsch in Paris, kein überzeugter Jude, aber von tiefem Mitleid mit der Lage seiner osteuropäischen Stammesgenossen erfüllt, seine kolossalen Geldmittel verwandt, um für jene Unglücklichen Ackerbaukolonien in Argentinien zu schaffen. Sofort strömten 3000 russische Juden herbei, für die Moisesville, Mauricio, Clara und andere Siedlungen begründet wurden. Aber fast unüberwindliche Schwierigkeiten stellten sich dem anscheinend so hoffnungsvollen Unternehmen entgegen. Zum Teil als Folgen der Landesnatur: Trockenheit, Heuschreckenplage; zum Teil durch die Beschaffenheit der Kolonisten, von denen die meisten jeder landwirtschaftlichen, überhaupt jeder körperlichen Arbeit ungewohnt waren, viele lediglich beständige Almosen von den fabelhaften Reichtümern des Barons Hirsch erhofften; endlich fanden auch ernstliche Streitigkeiten zwischen den Einwanderern und den meist wenig für ihre Aufgabe vorbereiteten Beamten des Barons statt. Indes die Erfahrung gab allmählich selber die Mittel zur Besserung in die Hand. Unter der einsichtigen Leitung der Jewish Colonization Association haben in den letzten Jahren die argentinischen Kolonien bedeutende Fortschritte gemacht. Man liess nur noch tüchtige, arbeitswillige und arbeitskundige Ansiedler zu. Man machte ihnen klar, dass sie lediglich von eigener Tüchtigkeit zu leben und die von der JCA ihnen gemachten Vorschüsse wirklich zurückzuzahlen hätten. Man begründete unter ihnen Produktionsgenossenschaften. Man wies sie auf die Betreibung der Viehzucht hin, die in den meisten Gegenden Argentiniens sicherern und reichern Ertrag bringt als der eigentliche Ackerbau. So wuchsen die Kolonien an Besitz und Bevölkerung. Diese betrug am Ende des Jahres 1907 über 13000 Seelen; sie konnte mehr als die Hälfte der jährlich geschuldeten Amortisationsgelder tatsächlich zurückzahlen. — Andere Einwanderer, auch ehemalige Kolonisten, leben als Händler und Handwerker in den grösseren Städten Argentiniens, besonders in der Hauptstadt Buenos Aires, wo es mindestens 16000 gibt. Im ganzen zählt man in Argentinien etwa 40000 Israeliten.

Durch das endliche Aufblühen der argentinischen Kolonien ermutigt, hat die JCA 1904 auch in Brasilien eine Siedlung,

Philippson, begründet, die sich gut entwickelt, schon eine Schule und eine Kooperativgenossenschaft besitzt. Übrigens ist bereits im Jahre 1888 in Brasilien ein Gesetz erflossen, das allen Religionsgemeinschaften freie Ausübung ihres Gottesdienstes gewährleistet und ihre Bekenner politisch vollkommen gleichstellt. So haben alle diese südamerikanischen Staaten ihrer düsteren, verfolgungssüchtigen Vergangenheit entsagt.

Eine besonders massgebende Stellung haben die Israeliten in dem holländischen Südamerika, in Guyana, inne, obwohl ihre Anzahl dort, in Surinam, nur etwa 1400 beträgt. Sie haben den ganzen Handel, die Ausbeutung der Goldfelder, die wichtigsten öffentlichen Ämter in ihrer Hand. Die Kolonialtruppe, Schutterij genannt, wird, infolge des grossen gesellschaftlichen Einflusses der Israeliten fast ausschliesslich von jüdischen Offizieren befehligt. —

Auch in dem britischen Südafrika dehnte das jüdische Element sich erfolgreich aus. Diese noch sehr entwickelungsfähigen Länder bieten dem Unternehmungsgeiste und der praktischen Geschicklichkeit der israelitischen Gemeinschaft ein lockendes und fruchtbares Feld. Am glänzendsten ist der Aufschwung in dem längst in geordneten und friedlichen Verhältnissen befindlichen eigentlichen Kapland, wo die Juden seit jeher völlige Gleichstellung geniessen. Die Hauptstadt Kapstadt zählt unter ihren 200000 Einwohnern mehr als 10000 Juden mit vier grossen Synagogen und einer Schule. Der Vorsteher der Alten Synagoge, Libermann, ist zugleich Bürgermeister der Stadt. Zahlreiche andere Gemeinden bestehen im Lande. In der neuen Synagoge zu Kimberley, die 1901 eingeweiht wurde, nachdem der grosse Patriot und Unternehmer Cecil Rhodes sie mit reichen Spenden bedacht hatte, hängt eine Gedenktafel für alle Offiziere und Soldaten des britischen Heeres, die im letzten Burenkriege für das Vaterland gefallen sind. Einer der Vorsteher dieser Gemeinde war Oberst David Harris, der in allen südafrikanischen Kriegen gedient und sich noch bei der heldenmütigen Verteidigung Kimberleys gegen die Buren in den Jahren 1901 und 1902 derart ausgezeichnet hatte, dass die Königin Viktoria ihm den hohen Orden des Hosenbandes verlieh.

Von Kapland aus nahmen die Engländer den Buren 1842 das nördlich von jenem gelegene Natal ab, das 1856 als eine

besondere Kronkolonie konstruiert und 1893 mit einer freiheitlichen Verfassung bedacht wurde. Auch hier gelangten Juden zu hohen Ehren, als Bürgermeister bedeutender Orte und Mitglieder des kolonialen Parlaments. Drei jüdische Gemeinden gibt es dort mit ebensoviel Synagogen.

Die beiden früheren Burenrepubliken verfolgten den Juden gegenüber eine ganz entgegengesetzte Politik. Der Oranje-Freistaat zeigt sich ihnen günstig. Sie hatten dort, trotz ihrer geringen Anzahl, den grössten Teil des Handels im Besitze. Nachdem im Jahre 1871 zum ersten Male jüdischer Gottesdienst in der Hauptstadt Bloemfontain stattgefunden, konstituierte sich dort die Gemeinde. Isaak Baumann war Direktor der Nationalbank und zweimal Bürgermeister von Bloemfontain; zweiter Bürgermeister und Präsident der Handelskammer war der Vorsteher der jüdischen Gemeinde, W. Ehrlich; Gustav Baumann Oberleiter der Staatsdomänen. So grosse Achtung hatte sich in dem Lande die Handvoll Israeliten verschafft.

Anders verhielten sich die Buren in Transvaal. Obwohl unter den dortigen Juden sich hervorragende Geschäftsleute und Begründer der Minen, der Gold- und Diamantengewinnung befanden, versagte ihnen wie den Katholiken kalvinische Engherzigkeit den Zutritt zum Militärdienst, zu der Volksvertretung und zu den wichtigeren öffentlichen Ämtern. Der Staat unterhielt nur Schulen, die in streng kalvinischem Geiste geleitet wurden. Vergebens stritten die Juden wider diese ungerechten Beschränkungen mit Vorstellungen, Petitionen, ja sogar mit den Waffen. Ihre Führer wurden deshalb eingekerkert, einer selbst zum Tode verurteilt (1896). Eine Massen-Protest-Versammlung der jüdischen Einwohner von Johannesburg (28. Juni 1899) blieb erfolglos und hatte die Ausweisung des Predigers Dr. J. H. Hertz zur Folge. Bei der Neuberatung des Grundgesetzes, im August 1899, schlug Präsident Krüger die Emanzipation der Juden und Katholiken vor, aber der Volksraad wies diesen Antrag wiederholt zurück.

Inzwischen wuchs die jüdische Gemeinschaft an; besonders zahlreich und bedeutsam wurde sie in dem geschäftlich wichtigsten Orte, in der Nähe der Gold- und Diamantenfelder, Johannesburg. Seit 1876 erfolgte in Transvaal die Errichtung mehrerer jüdischer

Gemeinden. Als der Burenkrieg ausbrach, kämpften trotz der Zurücksetzung viele Israeliten unter Transvaals vierfarbigem Banner, dem „Vierkleur" — ebenso wie ihre Glaubensbrüder unter dem „Union Jack" der Briten. Auf beiden Seiten bewährten die Juden Vaterlandsliebe und Tapferkeit, alle Vorurteile von ihrer angeblichen Internationalität und Furchtsamkeit Lügen strafend.

Nach Beendigung des grossen Kampfes brachen unter englischer Herrschaft alle Schranken zusammen, die bisher die Juden eingeengt hatten. Sie wurden in die Stadträte, in die gesetzgebenden Körperschaften gewählt. Die Zahl der Gemeinden wuchs schnell, und Synagogen erhoben sich an mehreren Orten. Ja, sogar in die Wildnisse und Wüsten nordöstlich von Transvaal, nach Rhodesien, sind die Juden der britischen Fahne gefolgt: seit 1893 gibt es dort jüdische Gemeinden. Und noch weiter, im Betschuanaland und in der Kalahariwüste, werden jährlich Festgottesdienste an mehreren Orten abgehalten.

Es leben jetzt in Südafrika 50000 Juden, mehr als in Italien. Allerdings ist dort vieles noch ungeordnet, unfertig; die jüdisch religiöse Erziehung liegt meist sehr danieder. Doch wächst das jüdische Bewusstsein von Jahr zu Jahr, und die Glaubensgenossenschaft auf afrikanischem Boden ist eifrig am Werke, den noch vorhandenen Schäden abzuhelfen. Die Zahl der Übertritte zum Christentume sowie der interkonfessionellen Zwischenheiraten verringert sich zusehends. Im Juli 1903 bildete sich ein Board of Deputies für die Juden Transvaals und Natals, der die Verteidigung der jüdischen Gemeindeinteressen, besonders auch der russischen Einwanderung, sowie die Stärkung des jüdischen Lebens und die Assimilierung der Immigranten sich zur Aufgabe gestellt hat. 1904 entstand ein ähnlicher Board für die Kapkolonie. Sie fanden ein grosses Arbeitsfeld. Ein im Jahre 1903 gegebenes Gesetz wollte die einheimischen Arbeiter des britischen Südafrika vor dem gefährlichen Wettbewerb der genügsamen jüdischen Einwanderer beschützen. Aber es gelang den dortigen Israeliten, allerdings um den Preis grosser Anstrengungen und beträchtlicher Geldopfer, eine tatsächliche Milderung der schlimmsten Bestimmungen des neuen Gesetzes herbeizuführen, so dass mit einigen pekuniären Mitteln und einer

gewissen Bildung ausgerüstete „Fremde", das heisst russische Juden, immer noch in die Kapkolonie gelangen können. —

Auch in dem durchaus in demokratischem Sinne regierten Australien spielen die Juden fortgesetzt eine wichtige Rolle, die in ihrer Bedeutung weit über deren geringe Anzahl — 25000 — hinausgeht. Sie haben sich als Viehzüchter und Industrielle beträchtliche Verdienste um diese jungen Gemeinwesen erworben, und das wurde auch von der Bevölkerung anerkannt. Viele von ihnen bekleideten Bürgermeisterposten. Schon 1875 sassen in dem Gesamt-Australischen Parlamente zwei von ihnen im Ober- und drei im Unterhause. Sir Julian Salomons, ein hervorragender Jurist und Politiker, ward Ober-Staatsanwalt in Neu-Süd-Wales und 1899 amtlicher Vertreter dieser Kolonie in England. Zwei Juden wurden sogar Premierminister: Sir John Vogel in Neu-Seeland und V. L. Salomon in Süd-Australien. Isaak Alfred Isaacs, bisher höchster Bundesanwalt des Staatenbundes von Australien, wurde 1907 Mitglied des höchsten Bundesgerichtshofes. Aber mit dieser rühmlichen Stellung wird die Laufbahn des aus eigener Kraft von der bescheidensten Lebenssphäre aufgestiegenen Mannes nicht abgeschlossen sein; jeder sieht in ihm den zukünftigen leitenden Minister Gesamt-Australiens.

Allerdings stehen die religiösen Verhältnisse der australischen Israeliten nicht in der gleichen Blüte wie die politischen. Der Gemeinden sind so wenige, und sie liegen so entfernt von einander, dass das Judentum keinen derartigen Einfluss auf seine Anhänger und zumal auf die hier heranwachsende Generation ausüben kann, wie in den älteren Ländern. Manche Gemeinden gingen wieder zu Grunde, wegen der Abwanderung, aber auch wegen der religiösen Gleichgültigkeit ihrer Mitglieder. Zahlreiche Juden gehören keiner Gemeinde an oder machen ihre Zugehörigkeit zum Judentume überhaupt nicht geltend. Mischehen werden in weitestem Umfange geschlossen, eben weil die Juden in Australien so vereinzelt sind; und Mischehe ist hier gleichbedeutend mit der Zuführung der Kinder zur Religion der grossen kompakten Mehrheit. Die Synagogen bewahren ängstlich den überlieferten Ritus, während unter ihren Besuchern die Orthodoxie sehr wenige Anhänger besitzt. Der Gegensatz zwischen den religiösen Einrichtungen der Gemeinde und dem Leben der einzelnen Israeliten

ist nirgends so stark und deshalb so verderblich wie in Australien. Auch die Selbstsucht der dortigen Juden ist so gross, dass sie bisher jede Einwanderung russischer und rumänischer Flüchtlinge zu vereiteln gewusst haben. Allzuviel Glück, allzuviel äusserer Erfolg ist niemals für die Juden von guter sittlicher Wirkung gewesen. Ihre Vorzüge erweisen sich zumeist in den Zeiten der Prüfung. —

Wie ein gewaltiger Baum streckt das Judentum seine Zweige über alle Länder der Erde. Mag auch hasserfüllte Wut einige Zweige abhauen, mögen andere vertrocknet zu Boden fallen — der alte Stamm treibt lebensfrisch immer neue Sprossen, die wachsen und sich ausdehnen und Luftwurzeln senden in immer neues, verschiedenstes Erdreich.

Kapitel Fünf.

Lebensbedingungen des jüdischen Stammes.

Die Juden leben innerhalb der grossen europäischen, amerikanischen, asiatischen Völkergemeinschaft. Aber sie leben dabei ihr eigenes Dasein. Seit Jahrtausenden zum überwiegenden Teile in strenger Inzucht sich fortpflanzend, haben sie eine Anzahl physischer und psychischer Sondereigenschaften erworben und bewahrt, die auch in dem breiten und starken Strome des modernen Lebens nicht völlig weggeschwemmt und aufgelöst worden sind. Eine Geschichte der Juden der Gegenwart würde durchaus unvollständig sein, wenn sie nicht von der eigentümlichen biotischen, moralischen und geistigen Entwickelung des jüdischen Stammes ein Bild zu zeichnen versuchte.

Eine auffallende und beunruhigende Tatsache ist dabei die geringe absolute Zunahme der jüdischen Bevölkerung in Mitteleuropa, die, bei dem viel stärkeren Anwachsen der nicht-jüdischen Seelenzahl, tatsächlich für jene eine verhältnismässige Abnahme bedeutet. Das ohnehin ziffermässig schwache israelitische Element wird eine immer mehr verschwindende Minderheit in Deutschland und Österreich, in Dänemark und Schweden, in Italien. In den drei letztgenannten Ländern blieb seit einem halben Jahrhundert die Ziffer der jüdischen Bevölkerung ganz konstant, was verhältnismässig eine beträchtliche Verminderung ausmacht. In Österreich, wo bis zum Jahre 1890 die Israeliten in stärkerem Verhältnis zugenommen hatten, als die Anhänger der übrigen Religionsbekenntnisse, vermehrten sie sich in dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 nur um 7,14 Prozent, gegen 9,44 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dieses Ergebnis ist allerdings für Österreich insofern weniger bedenklich, als es gar nicht auf grösserer Sterblichkeit beruht, die vielmehr bei den Juden geringer war,

als bei den übrigen Konfessionsgemeinschaften, und nur zum kleinen Teil auf Abnahme der Geburtenziffer, sondern überwiegend auf den zahlreichen Übertritten zum Christentume und auf der ausserordentlich starken Auswanderung, zumal aus Galizien. Beide Ursachen verminderten die israelitische Masse während des Jahrzehnts 1890—1900 um volle $9^1/_6$ Prozent.

Anders liegen die Dinge in Deutschland. In dem grössten deutschen Lande, in Preussen, haben sich die Juden von 325436 in 1871 bis zum Jahre 1900 nur auf 392222 und bis 1905 nur auf 409501 vermehrt. In diesem letzten Jahrfünft betrug ihre Zunahme also 44 auf das Tausend, gegen 70 auf das Tausend bei den Evangelischen, 102 bei den Katholiken. Der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung Preussens ging infolgedessen immer mehr zurück. Im Jahre 1871 machten sie von dieser 1,32 Prozent, 1901 nur 1,10 aus. Sie hatten also mehr als ein Fünftel Prozent von ihrem Anteile an der Gesamtbevölkerung verloren. Ganz ebenso steht es in den übrigen deutschen Staaten, mit Ausnahme des Königreichs Sachsen, dessen grosser industrieller und kommerzieller Aufschwung eine starke Einwanderung von Israeliten angelockt hat. Im ganzen Deutschland hat sich der Prozentsatz der Juden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von 1,25 Prozent im Jahre 1871 auf 1,04 in 1905 vermindert — also etwa in dem gleichen Umfange wie insonders in Preussen.

Die Hauptgründe für diese ungünstigen Ergebnisse sind: die Minderzahl der jüdischen Ehen, die sehr geringe Fruchtbarkeit dieser Ehen und die wachsende Zahl der Mischehen, deren meiste Sprösslinge dem Judentum verloren gehen. Die Übertritte haben hier geringere Bedeutung.

Betrachten wir jene hauptsächlichen Ursachen näher.

Während in Preussen die Zahl der christlichen Eheschliessungen von 227923 im Jahre 1875 sich bis 1903 auf 282361, das heisst beinahe um 24 Prozent hob, ging die der jüdischen Eheschliessungen in demselben Zeitraum von jährlich 2675 auf 2530, das heisst um $5^1/_2$ Prozent zurück! Zwei Jahre später war die Zahl der jüdischen Ehen wieder etwas gestiegen, aber nur auf 2592. Bei den Christen heirateten 1905 auf tausend Personen jährlich 8,14, bei den Juden nur 7,08. Ebenso heiraten

in Böhmen von den Juden jährlich 7,24 auf das Tausend, von den Christen 8,26; in Ungarn von den Juden 8,04, von den Christen 8,84; in Algerien von den Christen 12,42, von den Mohammedanern 9,15, von den Juden nur 8,74. Dieses Missverhältnis in den Eheschliessungen ist um so auffallender, als es bei den Juden verhältnismässig eine grössere Menge Erwachsener gibt, als bei den Andersgläubigen. Die Erklärung besteht darin, dass die Juden der genannten Länder zum überwiegenden Teile zu den besitzenden Klassen gehören, bei denen erfahrungsgemäss eine viel grössere Vorsicht bei Abschliessung der Ehen geübt wird, als bei den besitzlosen. Die Wohlhabenden stellen eben an die Lebensführung im eigenen Haushalte so grosse Ansprüche, dass nur ein verhältnismässig beträchtliches Vermögen beider zukünftiger Gatten oder wenigstens eines von ihnen sie zur Eingehung einer Ehe geneigt sein lässt, während bei den Besitzlosen fast nur die Arbeitskraft der künftigen Gatten in Anschlag gebracht oder ohne jede weitere materielle Rücksicht geheiratet wird.

Die Zahl der Geburten ist ferner bei den mitteleuropäischen Juden noch geringer, als man es bei der Ziffer der Ehen voraussetzen sollte. Während in Österreich früher von tausend Geborenen 45,14, sind 1900 nur noch 41,30 Juden; im Verhältnis zur Seelenzahl sollten es 45 sein. In Ungarn kamen auf tausend Juden 1891—1895 jährlich $35^1/_2$, 1896—1900 nur $35^1/_5$, 1901 gar nur $32^4/_5$ Lebendgeborene. Viel schlimmer ist das Verhältnis in Preussen. Hier hätten 1896 nach dem Bevölkerungsverhältnis 13731 jüdische Kinder geboren werden müssen; tatsächlich geboren wurden nur 8308 — also vierzig Prozent unter der Sollziffer! Ja, im Jahre 1903 war die Geburtsfrequenz bei den Juden auf 7219 gefallen, 1905 auf 7190: also wurden verhältnismässig nur halb so viele jüdische Kinder geboren, als christliche! Am schlimmsten stand es in Bayern, wo 1900 auf tausend Christen 38, auf tausend Juden nur 18 Geburten kamen.

Aus einer Entartung der ganzen Rasse kann diese Erscheinung nicht hervorgehen. Denn die grosse Menge von Juden, die Russland beherbergt, zeigt eine doppelt so grosse Geburtsziffer, wie die deutschen, nämlich mehr als 36 auf das Tausend; ähnlich in Rumänien, nämlich etwa vierzig auf das Tausend, und

in Bulgarien: $38^1/_5$ auf das Tausend. Die Gründe liegen wieder auf dem ökonomisch sozialen Gebiete. Die besitzenden Klassen im weitesten Sinne, zu denen die Mehrheit der Juden gehört, wünschen in Hinblick auf das Familienvermögen nur eine beschränkte Anzahl von Kindern, eines oder zwei. Die Frauen dieser Kreise wollen ferner durch Schwangerschaften, Geburten und Säuglingsnährung nicht in ihrer persönlichen Bewegungsfreiheit und in ihren gesellschaftlichen Vergnügungen gestört noch durch jene Umstände in ihrer körperlichen Erscheinung beeinträchtigt werden. Späte Ehen, wie sie bei den Juden mehr und mehr gebräuchlich werden, haben eine geringere Fruchtbarkeit zur Folge. Das ist eine aus sich selbst verständliche und übrigens auch statistisch festgestellte Tatsache. Endlich ist ein gewisses Wohlleben auf der einen, anstrengende geistige Beschäftigung auf der anderen Seite der Fruchtbarkeit abträglich. So sind es lediglich die Standesverhältnisse, nicht Rasseneigenschaften, die die Geburtsfrequenz bei den mitteleuropäischen Juden herabsetzen.

Glücklicherweise wird das Missverhältnis einigermassen vermindert durch das seltenere Eintreten von Totgeburten und besonders durch die geringere Kindersterblichkeit bei den Juden. Auch sie sind sozial ökonomischen Charakters. Die geringere Beteiligung der jüdischen Frau am Erwerbsleben und ihre dadurch ermöglichte grössere Schonung während der Schwangerschaft und im Wochenbette, sowie die bessere und sorgfältigere Kinderpflege sind die Ursachen dieser erfreulichen Erscheinung.

Anderseits aber wird die Zahl der jüdischen Kinder noch weiter verringert durch das beständige Anwachsen der jüdisch-christlichen Mischehen. In Österreich nahm ihre Menge von einem jährlichen Durchschnitte von 51 in den Jahren 1881—1885 auf 140 in den Jahren 1900—1903 zu. In Ungarn betrugen 1900 die Mischehen sechs Prozent aller jüdischen Ehen. Viel grösser ist ihre Zahl in Preussen: im Jahre 1903 machten sie $19^1/_2$, 1904 sogar $22^1/_3$ Prozent der jüdischen Ehen aus. In Sachsen heirateten von jüdischen Männern 26, von jüdischen Frauen $14^1/_2$ Prozent Christen. Bayern zählt unter allen jüdischen Eheschliessungen etwas über acht Prozent jüdisch-christliche Mischehen. In Hamburg betrugen 1900 die Mischehen $14^1/_3$ Prozent

aller geschlossenen jüdischen Ehen. In Dänemark waren von 308 Ehen, die 1873—1891 von Juden eingegangen wurden, nicht weniger als 121 Mischehen: also zwei Fünftel. In Schweden soll sogar die Zahl der Mischehen die der rein jüdischen Ehen übersteigen. Die Kinder dieser Ehen wurden aber zu mindestens drei Vierteln in der Religion der Bevölkerungsmehrheit, also in der christlichen, erzogen und gingen so dem Judentume verloren. Allerdings sind eigentümlicher Weise die Mischehen durchschnittlich wenig fruchtbar. Sie hatten in Preussen insgesamt nur 1,7 Kinder, 35 Prozent von ihnen blieben völlig kinderlos. Es ist dies eine Erscheinung, deren Erklärung noch aussteht. Wohl aber ist sicher, dass die Mischehe die gefährlichste Gegnerin aller Minderheitsbekenntnisse ausmacht. Der völlige Stillstand und verhältnismässige Rückgang der Zahl der Juden in Italien und den skandinavischen Ländern ist hauptsächlich durch die dort ganz besonders häufigen Mischehen verursacht; und auch in Deutschland wirken sie sehr stark nach dieser Richtung hin.

Die Zahl der Juden würde ein noch ungünstigeres Verhältnis aufweisen, wenn nicht ihre Sterblichkeit geringer wäre als die der Christen. Es ist dies eine allgemein auftretende Erscheinung, auch in den minder zivilisierten Ländern. Während in Österreich in den Jahren 1895—1900 von Christen jährlich $26^3/_5$ auf das Tausend starben, betrug diese Ziffer bei den Juden nur 19; 1901 sanken diese Zahlen auf 24,4 und 17,3 auf das Tausend. Noch günstiger war das Verhältnis in Preussen. Hier fiel 1877 bis 1903 die Menge der jährlichen Todesfälle bei den Christen von 24,73 auf 20,61, bei den Juden aber von 17,38 auf 14,40 von dem Tausend Lebender. Im Jahre 1905 hatten sich diese Ziffern abermals bei den Christen auf 19,54, bei den Juden auf 14,22 vermindert. Dieser jüdische Sterbekoeffizient in Preussen ist so niedrig, dass er bei keinem Volke der Welt wieder vorkommt. Selbst in Russland ist die Sterbeziffer der Juden eine verhältnismässig sehr kleine: während dort von Griechisch-Katholischen, der ungeheuern Mehrheit der Bevölkerung, 34, sogar von den Protestanten 20 auf das Tausend starben, beträgt die Rate bei den Juden nur 18. In Rumänien starben 1896—1902 von den Juden durchschnittlich im Jahre 21, von den Griechisch-Katholischen 28. Auch in Bulgarien haben die

Juden die bei weitem niedrigste Sterbeziffer: sie machte im Durchschnitte der Jahre 1897—1902 nur $17^1/_2$ auf das Tausend der Lebenden aus, während sie bei den Griechisch-Katholischen, der weit überwiegenden Mehrheit der Einwohner, sich auf 24 Promille belief.

Die geringe Sterblichkeit der Juden ist vornehmlich in der niedrigen Kindersterblichkeit bei ihnen begründet. Nur zum Teil ist wiederum diese durch ihre kleine Geburtenziffer zu erklären, die ja bloss in einigen Ländern besteht, zum überwiegenden Teile vielmehr durch die sorgsame Pflege, die die jüdischen Eltern ihren Kindern angedeihen lassen. Hier geht es nicht an, diese Erscheinung lediglich durch den höheren Wohlstand der Juden zu erklären. Denn die geringe Sterblichkeit zeigt sich auch bei den Juden der Länder, wo sie im ärgsten Elend leben, in Galizien und Russland, sowie bei den armen jüdischen Einwanderern in England und Nordamerika so übereinstimmend, dass ihrem höheren Wohlstand in anderen Gegenden hierfür nur eine geringe Bedeutung zukommen kann. Es ist vielmehr die altjüdische Tugend der innigen Familienliebe, die sich da erhaltend und segensreich geltend macht. Der Opfersinn der Eltern für die Kinder ist tatsächlich nirgends so gross wie bei den Israeliten. Ausserdem sind bei diesen die Kinder deshalb gesünder, weil hier das verderbliche Erbteil des väterlichen Alkoholismus in Wegfall kommt. Für das höhere Alter aber wirkt eben dieser erbliche Vorzug von neuem, ihre Mässigkeit im Genusse alkoholischer Getränke. Eine grössere natürliche „Lebenszähigkeit" der Juden hat sich physiologisch nicht beweisen lassen; es sind eben die alten Tugenden des Stammes, die hier ihren günstigen Einfluss üben, und von denen nur zu hoffen steht, dass sie sich nicht durch eine falsch gerichtete „Assimilation" verlieren möchten.

Auch in ihren Krankheiten zeigen die Juden Eigentümlichkeiten, die mit ihren Lebensgewohnheiten in Zusammenhang stehen. So leiden sie in viel geringerem Masse als die Christen an Tuberkulose, an Gelenkrheumatismus sowie den aus diesem hervorgehenden Erkrankungen des Herzens und des Gehirns, ferner an Bronchialkatarrhen und deren Folgen, wie Lungen- und Rippenfellentzündung, endlich an den Krankheiten

bei Schwangerschaft und Wochenbett. Die geringere Häufigkeit der Erkältungskrankheiten wird durch die überwiegenden Beschäftigungsarten der Juden erklärt, die weniger im Freien arbeiten, als die Christen. Auffallend aber ist die verhältnismässige Immunität der Juden gegenüber der Tuberkulose, zumal sie doch in überwiegender Zahl Städtebewohner sind, bei denen sonst diese Krankheit viel häufiger auftritt, als bei den Bewohnern des flachen Landes. Auch die elenden Verhältnisse, in denen die russischen Auswanderer in New-York und in London leben, bewirken keine grössere Ausdehnung der Schwindsucht. Den Grund für diese Erscheinung sucht man in der Tatsache, dass die Juden seit zwei Jahrtausenden ihren Organismus den Anforderungen des städtischen Lebens angepasst haben. Dagegen sind, weil die Juden eben älter werden, die Erkrankungen des höheren Alters bei ihnen verhältnismässig häufiger, wie Arterienverkalkung, Emphysem, Nieren- und Blasenleiden. Auch hier kann von physiologischen Rassenverschiedenheiten nicht die Rede sein.

Die Gegenwart mit ihren hohen Anforderungen an die geistige Tätigkeit und die Gefühlssphäre, besonders innerhalb der gebildeten Klassen, weist leider ein stetes Umsichgreifen der Geisteskrankheiten auf. Da die westeuropäischen Juden in höherem Masse, als die Angehörigen anderer Bekenntnisse, zu den gebildeten Klassen zählen, da übrigens durch die wenig abhärtende Lebensweise ihrer Vorfahren bei ihnen von vornherein die Nervosität verbreiteter ist, als in der übrigen Bevölkerung, zeigen sie auch einen relativ höheren Anteil an den geistigen Erkrankungen. Während es 1880 unter den Christen Deutschlands auf 10000 nur 24 Geisteskranke gab, zählte man unter ebensoviel deutschen Juden 39 — also um drei Fünftel mehr. In den Jahren 1898—1900 betrug das Verhältnis der in den Irrenanstalten Preussens aufgenommenen Juden 3,42 Prozent — demnach sogar dreimal mehr, als es dem Bevölkerungsverhältnisse entsprechen würde. In den österreichischen Irrenanstalten gab es 1899 Juden: 7,1 Prozent, während der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung nur 4,68 Prozent ausmachte.

Auch andere Körpergebrechen sind in Preussen bei den Juden häufiger als bei den Christen: bei diesen gab es 65,5

Blinde unter 100000, bei den Juden 109,3; bei den Christen 88,9 Taubstumme gleichfalls auf 100000, bei den Juden 133. Freilich haben die Juden in Ungarn etwas weniger Blinde, aber mehr Taubstumme und weit mehr Geisteskranke als die Christen (191,26 auf 100000, die Christen 137,2).

Um eine körperliche Degeneration der Rasse kann es sich dabei nicht handeln. Denn in Russland, wo die Hauptmasse der europäischen Juden unter den denkbar ungünstigsten ökonomischen und sozialen Verhältnissen lebt, stehen die Israeliten mit ein paar tausend Blinden und etwas weniger Taubstummen sehr günstig da: die betreffenden Ziffern der Gesamtbevölkerung betragen zwei, beziehentlich mehr als ein Prozent. Das Verhältnis der nur Stummen ($3^1/_2$ auf Zehntausend) und der Geisteskranken (nicht ganz ein Promille) war allerdings höher als bei der Gesamtbevölkerung ($2^2/_3$ und dann $9^1/_3$ auf 10000), aber doch nicht in einem Masse, dass daraus allgemeine biotische Schlüsse gezogen werden könnten. In Rumänien ist die Zahl der Gebrechlichen — d. h. der Blinden, Taubstummen und Geisteskranken — unter den Juden mit 2,79 Prozent aller Gebrechlichen sogar geringer als die der allgemeinen Bevölkerung, von der die Juden 4,48 Prozent ausmachten, so dass die Juden beinahe um die Hälfte weniger Gebrechliche besassen als die übrigen Rumänen.

Die Erklärung für die entgegengesetzte Erscheinung bei den westeuropäischen Israeliten liegt vielmehr darin, dass bei ihnen die gebrechlichen Kinder weit sorgsamere Pflege finden, als bei anderen Bevölkerungsschichten; die Juden hegen das Leben ihrer Angehörigen so lange wie möglich, auch wenn es lediglich sich selbst und den anderen zur Last fällt. Für die Geisteskrankheiten im besondern kommen noch das vorzugsweise Wohnen in dem aufregenden Dunstkreis der Grossstädte und die Beschäftigung in alle Nerven anspannenden und aufregenden Berufen in Betracht.

Diese letzteren Gründe machen auch den Selbstmord bei den Juden häufiger, als bei den Anhängern anderer Religionsbekenntnisse. In Preussen endeten durch eigene Hand 1892—1901 jährlich im Durchschnitte 37 auf 100000 Juden und $12^1/_2$ auf 100000 Jüdinnen; aber nur 32 Christen und 8 Christinnen in gleichem Verhältnis. Ähnlich in Bayern: hier gab es 1883 bis

1892 im Jahresdurchschnitt $18^1/_2$ Selbstmörder auf 100000 Juden beiderlei Geschlechts; bei den Christen 13 auf 100000. Es sind aber nur die „aufgeklärten" Juden, die den ererbten Optimismus ihres Glaubens und ihrer Rasse aufgeben. —

Endlich wirken auf die Zahl der Juden vermindernd die Übertritte zum Christentum und die Kindertaufen, Vorgänge, die wir schon an anderen Stellen dieses Buches besprochen haben, sowie in einigen Ländern besonders die Auswanderung. Wie umfassend diese letztere in Galizien und Russland ist, ist allgemein bekannt und wird in diesem Werke anderswo ziffernmässig nachgewiesen. Aus Rumänien sind neuerdings, in den Jahren 1899 bis 1905, 51300 Juden ausgewandert, etwa der sechste Teil der jüdischen Bevölkerung des Landes. Die Emigration wird stark gefördert durch die ausserordentliche Anpassungsfähigkeit der Juden an das Klima aller geographischen Breiten — ein Umstand, der sich wiederum aus der Nüchternheit und Mässigkeit ihrer Lebensweise sowie aus ihrer geringen erblichen Belastung mit Anlagen zu Brustkrankheiten erklärt. —

Eine weitere Folge ihres innigen Familienlebens ist auch die kleine Anzahl unehelicher Geburten bei den Juden. Eine scheinbare Ausnahme machen nur Galizien und die Bukowina: in diesen Ländern begnügen sich nämlich die jüdischen Brautpaare zu drei Vierteln mit der religiösen Trauung, ohne die staatlichen Formalitäten zu beachten. Im Sinne des Gesetzes sind die aus solchen Ehen entsprossenen Kinder illegitim; in Wahrheit aber gehören gerade diese Ehen zu den treuesten und beständigsten. Böhmen, Mähren, ja selbst Wien, wo überall die staatlichen Ehegesetze von den Juden innegehalten werden, weisen dagegen bei ihnen eine verhältnismässig niedrige Zahl unehelicher Geburten auf: in Wien sind diese um 70, in Böhmen um 87, in Mähren um 67 Prozent geringer als bei der Gesamtbevölkerung. In Preussen waren im Jahrfünft 1886—1890 bei den Juden nur 2,66 Prozent aller Geburten unehelich, bei den Christen 8,07. Später hat sich das Verhältnis ungünstiger gestellt: 1903 hatten die Christen nur 7,06, die Juden 3,46; 1905 jene 7,45, diese 3,74 Prozent unehelicher Geburten. Bei den Christen nahmen sie also verhältnismässig ab, bei den Juden stetig zu. Allein noch immer sind sie bei diesen verhältnismässig nur halb so zahlreich wie bei

den Christen. Überdies ist die relative Zunahme der unehelichen Geburten bei den Juden in Preussen nicht in dem Anwachsen der absoluten Zahl der unehelichen Geburten, die vielmehr ungefähr gleich geblieben ist, sondern in dem Rückgange der jüdischen ehelichen Geburten begründet — ein neuer Beweis dafür, dass die Geburtenverminderung bei den Juden nicht physiologischen Gründen sondern beabsichtigter Beschränkung der Kinderzahl seitens der Ehegatten entspringt.

Ganz verschwindend ist die Menge unehelicher Geburten bei den Juden in Russland: sie betrug im Jahre 1901 nur ein halbes Prozent sämtlicher Geburten. Bei den Griechisch-Katholischen machte sie $2^1/_2$, bei den Protestanten $3^1/_3$, bei den Römisch-Katholischen $3^1/_2$ Prozent aus. Hier bewährt sich die Sittlichkeit der Juden auf das glänzendste. Der gleichen Erscheinung begegnen wir in Bulgarien, wo nur $^1/_3$ Prozent der jüdischen Geburten unehelich war. —

Ein höchst auffallender Zug im Leben der Juden ist der Drang nach den grösseren Städten; er macht sich überall geltend. So übertrifft in Österreich die Zunahme der jüdischen Bevölkerung in den Städten ihre Vermehrung im allgemeinen; selbst in denjenigen Kronländern, wo ihre Zahl zurückgegangen ist, hat die israelitische Einwohnerschaft der grösseren Städte absolut und bisweilen sogar mehr als die der christlichen Bürger zugenommen. Ebenso in Bayern. Hier ist während der Jahre 1901—1905 die jüdische Bevölkerung im ganzen nur um 1178 Seelen oder um $1^3/_4$ Prozent gewachsen; dagegen nahm sie in den „unmittelbaren", das heisst den grössern Städten um sieben Prozent zu, während sie sich in den Ortsgemeinden unter 5000 Seelen um fünf Prozent verminderte. Immermehr konzentrierte sich die jüdische Bevölkerung dieses Landes in München und Nürnberg. Im Herzogtum Braunschweig wohnen $90^1/_2$ Prozent der Israeliten in Städten, nur $9^1/_2$ auf dem Lande. Ja, die Hauptstadt Braunschweig umfasst 47 Prozent aller Juden des Herzogtums. In Preussen befanden sich 1905 nur 19 Prozent aller Christen, aber 55 Prozent aller Juden in den Grossstädten mit mehr als 100000 Einwohnern. Von den Juden Hessens wohnten 1828 noch fast zwei Drittel in Orten mit weniger als 2000 Einwohnern, 1905 nicht mehr ganz ein Drittel. Dagegen zählten die Städte mit mehr als 10000 Seelen

1828 nur 10 Prozent aller hessischen Juden, 1905 schon 36 Prozent. Am durchgreifendsten tritt diese Erfahrung im Königreich Sachsen hervor, dessen jüdische Bevölkerung keine bodenständische, sondern zu 86,7 Prozent eine eingewanderte ist. Die Immigration aber wandte sich vorzugsweise in die grossen Städte. So bewohnten 1905 volle 85 Prozent der sächsischen Israeliten die drei Grossstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz, mehr als die Hälfte allein Leipzig.

Was ganz Deutschland betrifft, so bewohnten nach der Volkszählung des Jahres 1900 von der Gesamtbevölkerung 16 Prozent die Grossstädte über 100000 Seelen, von den Juden nahezu 43 Prozent oder verhältnismässig $2\,^1/_2$ mal so viel. Am überraschendsten ist das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung Berlins. Hier befanden sich im Jahre 1816 nur 3370 Juden oder $2\,^3/_4$ Prozent aller preussischen Israeliten; 1900 aber 92000 oder fast ein Viertel ($23\,^1/_2$ Prozent), 1905 gar 130000 oder fast ein Drittel der preussischen Juden. Und so ist es ähnlich in der ganzen Welt. In den fünf Städten New-York, Warschau, London, Budapest und Wien zusammen wohnt beinahe ein Fünftel, in diesen mit Berlin, Paris, Odessa, Chicago und Philadelphia beinahe ein Viertel aller Juden der Welt.

Die grossartige industrielle und kommerzielle Entwickelung der Grossstädte erklärt es schon, dass sich ihnen die Juden zuwenden, die zum überwiegenden Teile sich diesen Berufen widmen. Ausserdem liegen dafür noch andere mannigfache Beweggründe vor, negativer und positiver Art. Die Zunahme der Konsum-, Kredit-, Kauf- und Verkaufsgenossenschaften auf dem Lande und in den kleinen Städten, die ja vom allgemeinen ökonomischen Standpunkte aus freudig zu begrüssen ist, macht den jüdischen Vermittler, Land- und Viehhändler sowie Geldverleiher immer überflüssiger. Er muss sich einen anderweiten Lebensunterhalt suchen, und den findet er, da er kein Ackerbauer oder Viehzüchter ist, nur in den grösseren Städten. In demselben Sinne wirkt der Antisemitismus. Er macht dem Juden den Aufenthalt an kleinen Orten sozial unerträglich und nimmt ihm selbst die Möglichkeit des Broterwerbs — so zieht dieser in eine grössere Stadt, wo er eine beträchtliche Anzahl von Glaubengenossen findet, die ihm Stütze und gesellschaftliche Anregung bieten, und

wo bei einer freierdenkenden, gebildeteren Bevölkerung sein Gewerbe sich im wesentlichen unbehelligt entfalten kann. Das lebhafte, ehrgeizige Streben des Juden weist ihn ebenfalls an Orte, wo er solches auf einem weiteren Schauplatze eher und erfolgreicher zu betätigen vermag. Anderseits erhofft derjenige Israelit, der sich schon ein hinreichendes Vermögen erworben hat, von der grösseren Stadt einen befriedigenderen Genuss seiner Einkünfte durch mannigfache anregende Vergnügungen. Der Familienvater erwartet, dort seinen Kindern eine bessere Bildung und eine vorteilhaftere Laufbahn schaffen zu können. Und endlich, die gewaltige Entwickelung der Verkehrsmittel erleichtert die Übersiedelung.

So trifft eine Menge von Umständen zusammen, die den Zug der Juden nach den grösseren Städten hervorrufen und unterstützen. Dieser hat aber für die innere Gestaltung des Judentums wichtige Folgen. Das Zusammenschwinden der kleinen Gemeinden macht in diesen die Erhaltung eines würdigen, erhebenden Kultus und eines angemessenen, auch für die sittliche Ausbildung des jungen Menschen so unentbehrlichen Religionsunterrichtes immer schwieriger. Indem ferner die jüdischen Familien den kleinen Ort verlassen, wo ihre Väter viele Jahrzehnte lang gewohnt hatten, wo jeder in der altüberkommenen Weise lebte und von den Nachbarn dabei überwacht wurde; indem sie in dem Lärm und weltlichen Treiben der Grossstädte untertauchen: lockern sich die Bande, die den einzelnen mit seiner Religion und besonders mit ihrem Zeremonialgesetze verknüpfen. Die Kenntnis des Judentums, seiner Überlieferungen und seiner heiligen Sprache verliert sich bei der heranwachsenden Generation, der Weg zur Synagoge scheint zu weit und wird auch durch die drängenden Ansprüche des Geschäfts oder des Berufes versperrt. Sind das Erscheinungen der Grossstadt, die sich in ähnlicher Weise auch bei den übrigen Glaubensgemeinschaften geltend machen, so doch ganz besonders bei einer Konfession, deren Bekenntnis und Ausübung weder von der Regierung noch von den herrschenden Gesellschaftskreisen begünstigt, sondern vielmehr benachteiligt werden. Der Christ weiss und fühlt, dass er durch Betätigung der Gläubigkeit, ob sie echt ist oder nicht, die Gunst der Machthaber gewinnt und einer Forderung der

feinen Sitte entspricht. Der Jude erfährt nicht allein diese Anfeuerung nicht, sondern ist im Gegenteil gewärtig, dass ein Auftreten als überzeugter Bekenner seiner Religion ihn in den massgebenden politischen und gesellschaftlichen Regionen missliebig macht. Um so auflösender und zersetzender wirkt auf ihn der Einfluss der Grossstadt. —

Eine sehr wichtige Seite der Geschichte der jüdischen Volksseele bildet die Darstellung des Anteils der Juden an Straftaten. Hier gilt es aber, keine allgemeinen, unsicheren, aus beschränkter persönlicher Erfahrung und subjektiver Anschauung geschöpften Bemerkungen zu geben, wie sie früher zahllose Male von Freund und Feind vorgebracht worden sind, sondern nur die Ergebnisse genauer amtlicher Statistik — soweit solche vorhanden sind — und die aus dieser zu ziehenden wissenschaftlichen Schlussfolgerungen.

In dem Jahrzehnt 1892 bis 1901 ist die Kriminalität in Deutschland bei Christen wie bei Juden gestiegen. Das liegt aber nicht daran, dass überhaupt die Neigung zu Straftaten gewachsen wäre, sondern nur an dem Umstande, dass durch die neueste Gewerbe- und Sonntagsruhe-Gesetzgebung eine beträchtliche Zahl kleiner Vergehungen geradezu hervorgerufen worden ist. So kommt es, dass die Menge leichter Straftaten sich sehr vermehrt hat, während deren schwerere Formen, wider Leib und Vermögen, stark abgenommen haben. Bei den Juden Deutschlands hat unter den strafmündigen, das heisst mehr als zwölf Jahre alten und nicht dem Militärstande angehörigen Personen die Zahl der Bestraften um 31,4, bei den Christen nur um 17,1 Prozent zugenommen. Trotzdem war der Anteil der Juden an der Kriminalität noch immer um 17,2 Prozent, also um mehr als ein Sechstel geringer als bei den Christen. Es kamen in dem erwähnten Jahrzehnt auf 100000 strafmündige Personen bei den Christen 1206 Verbrechen und Vergehen, bei den Juden 1030.

Die Beteiligung an den verschiedenen Arten der Straftaten in Deutschland ist bei den Juden eine ganz andere als bei den Christen. Erstere haben verhältnismässig vierzehnmal mehr Verurteilungen wegen Betrugs, dreizehnmal mehr wegen Wuchers, elfmal mehr wegen Vergehens gegen geistiges Eigentum, neunmal mehr wegen betrügerischen Bankerotts, siebenmal mehr wegen

verbotener Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen, beinahe siebenmal mehr wegen Verstosses gegen die Sonntagsruhe, sechsmal mehr wegen einfacher Konkursdelikte. Dagegen sind sie verhältnismässig dreimal weniger verurteilt wegen Körperverletzung, schweren Diebstahls und Bedrohung von Beamten, viermal weniger wegen Rückfalldiebstahls, fünfmal weniger wegen Blutschande, sechsmal weniger wegen Brandstiftung und schwerer Körperverletzung. Kindesmord, Mord, Hoch- und Landesverrat, Vergiftung, Dynamitverbrechen, Bestechlichkeit kamen bei den Juden überhaupt nicht vor. Der Anteil der Juden an Majestätsbeleidigungen hat sich verringert. Die Zunahme von Straftaten seitens der Juden besteht hauptsächlich in Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung von Jugendlichen und Arbeiterinnen (von 5,9 auf 16 unter 10000 strafmündigen nicht militärischen Personen), gegen Konzessionspflicht und Sicherheitsvorrichtungen bei gewerblichen Anlagen (von 25,2 auf 34) und ganz besonders gegen die Bestimmungen der im Jahre 1896 neu eingeführten Sonntagsruhe, nämlich seitens 125,6 Juden gegen 18,5 Christen auf je 10000 Strafmündige der entsprechenden Konfession. Die ganze Zunahme der Kriminalität der Juden unter den Vergehungen gegen die Staatsordnung ist durch diese neue Ziffer erklärt; zieht man solche ab, so ist in dieser Kategorie die Beteiligung der Christen 148,6 unter 10000, die der Juden nur 108,4. Ebenso ist dann bei der Gesamtkriminalistik die Steigerung unter den Juden geringer als unter den Christen. Die Zunahme der Betätigung der Juden ist also recht harmloser Natur, zumal wenn man in Betracht zieht, dass die Juden keinen inneren Grund für Beobachtung der Sonntagsruhe haben, und dass solche bei vielen von ihnen durch das Feiern am Sabbat sehr beschwerlich gemacht wird.

Überhaupt ist die Beteiligung der Juden an schweren Verbrechen verhältnismässig viel geringer als die der Christen. 1881 gab es in Preussen zum Zuchthaus Verurteilte unter 10000 Katholiken 41, unter 10000 Protestanten 32, unter 10000 Juden 29. Ähnlich im ganzen deutschen Reiche während des Jahres 1886: unter 100000 Katholiken 883, unter 100000 Protestanten 690, unter 100000 Juden 603 zum Zuchthause Verurteilte.

Dagegen wurden begreiflicher Weise verhältnismässig viel mehr Juden wegen Vergehungen gegen die handelspolizeilichen Vorschriften verurteilt. Die Juden nehmen am Handel relativ sechsmal mehr Anteil als die Christen, und es gibt überdies bei ihnen doppelt so viel Selbständige als bei den Christen: also verhältnismässig zwölfmal so viel den Handelsdelikten Ausgesetzte. Wenn die Ziffern bei den Juden in betreff Betrugs und Wuchers noch um ein geringes höher sind, als die obige Berechnung es erklärlich macht, so ist noch zu erwägen, dass verhältnismässig viel mehr Juden als Christen in den grossen Städten wohnen, wo die Versuchung zu Betrug und Wucher ungleich stärker ist als an kleinen Orten. Trotzdem nimmt auch bei diesen Delikten verhältnismässig die Kriminalität der Juden immer mehr ab, während sie bei den Christen anwächst. Überhaupt ist der Wucher sehr selten; wegen dieses Deliktes wurden jährlich nur 1,2 unter 100000 strafmündigen Juden verurteilt. Die Begriffe „Jude“ und „Wucherer“ sind also lange noch nicht identisch, wie die Antisemiten dies glauben machen möchten. Bei Meineid war in dem angegebenen Zeitraum ihre verhältnismässige Beteiligung grösser gewesen als seitens der Christen, hat aber doch gegen früher abgenommen: früher 4,8, jetzt 3,4 unter 100000 Strafmündigen, dagegen bei den Christen früher 2,6, jetzt 2,1. Weniger als früher begehen sie Falscheid und falsche Beschuldigung, so dass bei diesen Delikten — ebenso wie bei Kuppelei — ihr Anteil verhältnismässig nur wenig höher ist als bei den Christen. Wenn sie verhältnismässig häufiger Ärgernis durch unzüchtige Veröffentlichungen erregen, so geschieht dies, weil unter ihnen das Buchhändlergewerbe sehr verbreitet ist. Beleidigung und Zweikampf kommen bei ihnen relativ öfter vor als bei den Christen: denn einmal sind die Juden lebhafter und befinden sich infolge des Antisemitismus in exponierter Lage; und anderseits sind viele Christen Reserveoffiziere und werden als solche von der hier nicht in Betracht gezogenen Militärgerichtsbarkeit abgeurteilt.

Während des Zeitraumes der Jahre 1903—1906, dem letzten, über den genaue Zusammenstellungen vorliegen, haben diese Verhältnisse einen noch schärferen Ausdruck gefunden. Unter den Christen hat die Kriminalität sich jährlich auf 854 von

100000 vermindert, bei den Juden verhältnismässig auf 830 : 100000 vermehrt. Aber diese Steigerung bezieht sich abermals fast ausschliesslich auf Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze über Sonntagsruhe und Ladenschluss, gegen die Gewerbeordnung des Krankenversicherungsgesetzes und ausserdem gegen das Pressgesetz und das Gesetz wegen der Inhaberpapiere. Wenn die Zahlen für die Handelsdelikte aus der gesamten Kriminalitätsziffer ausgeschieden werden, bleiben auf 100000 Juden nur 608 Verurteilungen übrig, während unter der gleichen Voraussetzung auf die Christen 803 Verurteilungen kommen. Die Zunahme der Kriminalität der Juden ist also durch die Steigerung der Verurteilungen nur aus der Berufsgliederung der Juden zu erklären; im übrigen hat fast überall eine Verminderung der Verurteilungen bei ihnen stattgefunden, und zwar zum Teil in erheblichem Masse. Zu erwähnen sind hier Meineid, Verletzung der Wehrpflicht, Religionsvergehen, Vertreibung unzüchtiger Schriften, Beleidigung, Diebstahl, Hehlerei, betrügerischer und einfacher Bankerott, das heisst gerade diejenigen Straftaten, die den Juden am meisten vorgeworfen zu werden pflegen.

Im ganzen ist zu sagen, dass auf die Kriminalität der Juden in Deutschland weder Religion noch Rasse einen Einfluss ausüben, was schon dadurch bewiesen wird, dass die jüdische Kriminalistik in Österreich, Ungarn, Russland ganz andere Züge aufweist. Wenn sie sich in Deutschland im ganzen günstig gestaltet, so ist dessen die Ursache der relativ grössere Wohlstand und Bildungsgrad der Juden, gegenüber den Christen. Im einzelnen ist die jüdische Strafbetätigung in Deutschland wesentlich eine Berufskriminalität: sie begehen Delikte, die im Handelsstande die häufigen und natürlichen sind, halten sich dagegen von denjenigen fern, die aus roher und gewaltsamer Gesinnung erfliessen. Wir dürfen ferner feststellen, dass — abgesehen von Verstössen gegen die äussere Ordnung im Handelsgewerbe — gerade in denjenigen Delikten, die man früher als die typischen der Juden betrachtete: Wucher, Hehlerei, Diebstahl, deren Moralität sich unendlich gehoben hat. Indem der Staat ihnen ehrenhafte Beschäftigungen zugänglich machte, indem die Misshandlung der Einzelnen und der Gesamtheit abnahm, indem sie der allgemeinen Bildung teilhaftig wurden, hat sich ihr Ehr- und Sittlichkeitsempfinden in erfreulicher Weise gestärkt und gehoben.

Diese Tatsache erhellt deutlich aus einem Vergleiche mit der Vergangenheit. Im Jahre 1839 wurden unter je 100000 strafmündigen Personen 742 Christen, aber 1192 Juden angeklagt, also 56,45 Prozent Juden mehr als Christen; allerdings bezog sich ein sehr grosser Teil der jüdischen Delikte auf den damals von ihnen massenhaft betriebenen Schmuggel. Diesem machte die Freihandelsgesetzgebung um 1860 so ziemlich ein Ende. Das Jahrfünft 1858—1863 brachte einen grossen Umschwung zum besseren in der Moralität der Juden. Sie stellten nur noch 1,1 Prozent der Verurteilten, während sie damals 1,6 der Bevölkerung ausmachten. Sie standen also in der Kriminalität um beinahe ein Drittel günstiger als die Christen. Unter den Züchtlingen, das heisst den eigentlichen Verbrechern, gab es sogar um die Hälfte weniger Juden als Christen.

In Österreich werden nicht nur die strafmündigen, sondern alle Bewohner des Reichs bei Berechnung der Kriminalität in Betracht gezogen. In dem langen, dreiundzwanzigjährigen Zeitraum von 1869 bis 1892 haben da die Juden verhältnismässig um 22 Prozent weniger Verbrechen begangen als die Christen — also sie schneiden auch hier günstig ab. Im einzelnen haben sie 22 mal mehr Verleitungen zum Missbrauch der Amtsgewalt verschuldet, $3^2/_5$ mal mehr Betrug, dreimal mehr Verleumdungen, zwei drittel mehr Veruntreuungen. Dagegen die Christen verhältnismässig $8^1/_3$ mal mehr gefährliche Drohungen, sechsmal mehr Totschlag, viermal mehr boshafte Sachbeschädigung, $3^1/_2$ mal mehr schwere Körperverletzung, dreimal mehr Raub, $2^4/_5$ mal mehr Unzuchtsverbrechen, $2^1/_4$ mal mehr Einbruchsdiebstahl und Majestätsbeleidigung, $2^1/_3$ mal mehr Mord und Kindesmord, $2^1/_5$ mal mehr Brandstiftung, einhalbmal mehr Diebstahl, eindrittelmal mehr Münzfälschung. Ebenso im Jahre 1902: da begingen die Christen Österreichs 13,12, die Juden 8,99 Verbrechen auf zehntausend Angehörige der gleichen Konfession. Endlich im Jahre 1905 war eine weitere Besserung zu verzeichnen: auf zehntausend Juden kamen nur 8,51 Verbrechen, gegen 12,42 aller Konfessionen.

Hingegen ist in Österreich die Zahl der Vergehungen bei den Juden ungleich grösser als bei den Christen: 9,76 gegen 2,52 auf tausend Angehörige des entsprechenden Bekennt-

nisses (1905). Diese Zahl erklärt sich durch die zahlreichen Delikte gegen das Viehseuchengesetz, sowie bei Wucher, Konkurs, Kreditbetrug, Vereitelung der Zwangsvollstreckung. In Galizien und der Bukowina, wo die Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung Österreichs wohnt, liegt der gesamte Handel, besonders auch der Viehhandel in den Händen der Juden, die überdies in ihrer grossen Mehrzahl ein unbeschreiblich ärmliches Proletariat ausmachen. Von allen Vergehungen, die die Strafliste der Juden schwellen, machen diejenigen gegen das Viehseuchengesetz allein 1,1 auf das Tausend, also den neunten Teil aus, während bei den anderen Konfessionen noch nicht eine auf Zehntausend kommt. Daneben ist die Ziffer der Vergehungen hoch bei den Juden Wiens, wo sich aus allen Teilen der Monarchie unternehmungslustige und mittellose Juden zusammenfinden, die umso leichter zu Vergehungen verlockt werden, als sie losgerissen von der Familie, entfremdet der Religion und den Überlieferungen, den nötigen sittlichen Rückhalt leicht verlieren. In Galizien hat das herrschende Polentum gerade in jüngerer Zeit eine Reihe von Massregeln getroffen, die systematisch den ohnehin dürftigen Erwerb der dortigen Juden noch mehr einschränken; das Elend unter diesen ist also noch grösser und allgemeiner geworden. Trotzdem ist in vier Jahren die Ziffer der Vergehungen der Juden zurückgegangen: von 10,06 in 1898 auf 9,74 in 1902 (auf je tausend jüdische Einwohner). Diese Tatsache eröffnet die erfreuliche Aussicht, dass die zunehmende Zivilisierung der galizischen Juden sowie ihre ökonomische Unterstützung, wie beides jetzt durch den Hilfsverein der deutschen Juden und durch die Jewish Colonization Association in Angriff genommen ist, endlich das unverkennbare Aufblühen der Industrie in diesem Kronlande eine wesentliche Besserung der einschlägigen Verhältnisse herbeiführen wird.

Auch in den Niederlanden gibt es ein zahlreiches jüdisches Proletariat, aber es ist von dem Elend seines galizischen Vorbildes doch weit entfernt und auch etwas weniger ungebildet. Die Kriminalität der Juden ist dementsprechend in Holland eine verhältnismässig geringere. Im Jahre 1885 wurden dort unter 10000 Protestanten 33, unter 10000 Katholiken 30, unter 10000 Juden nur 18 verurteilt — also fast um die Hälfte

weniger als namentlich Protestanten. — Ziemlich dasselbe Bild zeigt das Jahr 1902: auf 10000 christliche Einwohner 29,78 Verurteilte, darunter 11,69 Rückfällige; auf je 10000 Juden 18,28 Verurteilte, darunter 5,39 Rückfällige. Auch hier sind die Juden stärker an Verbreitung unzüchtiger Schriften, Betrug, Hehlerei, geringer als die Christen an Gewalttätigkeit, Körperverletzung, Diebstahl, Raub, Sachbeschädigung, Betteln beteiligt. Dass unter den Christen 40, unter den Juden nur 29 Prozent aller Verurteilten Rückfällige waren, erklärt sich zum Teil durch die Seltenheit des Alkoholismus bei den Juden, der gerade als Grund für Gewohnheitsverbrechen eine grosse Rolle spielt. Bemerkenswert ist, dass 1902 kein einziger Fall betrügerischen Bankerotts bei den niederländischen Juden vorgekommen ist.

In der Schweiz stehen die wenig zahlreichen Juden in kriminalistischer Beziehung der allgemeinen Bevölkerung gleich. In Italien, wo die Statistik gar nicht die Konfession beachtet, kann man aus den dürftigen Angaben nur schliessen, dass die dortigen Juden sehr selten mit dem Strafgesetzbuche in Konflikt kommen.

Anders verhält es sich neuerdings in Frankreich. Noch 1897 war das Verhältnis ein günstiges: 3,73 Promille aller Christen, nur 2,57 Promille aller Juden verbüssten eine Strafe. Aber inzwischen fand die starke Einwanderung mittelloser und unkultivierter russischer Juden statt, und diese beeinflusste die israelitische Verbrecherrate unglücklich; im Jahre 1901 befanden sich unter den zum Zuchthaus Verurteilten 0,38 Prozent Juden, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 0,26 betrug. Es ist zu hoffen, dass der zunehmende Wohlstand und die wachsende Kultur der Eingewanderten sowie die Befestigung ihrer Verhältnisse hier bald einen Ausgleich wieder herbeiführen werden.

Ähnliche Betrachtungen drängen sich bei Gelegenheit der Kriminalität der Juden in Russland auf: entsetzliche Armut, staatlicher Druck, Unredlichkeit der Verwaltung auf allen Gebieten und Unkultur fördern die sittliche Vergehung. Auf 10000 Einwohner des Jahres 1897 trafen dort Verurteilte an Russen 19 Männer, 2 Weiber; an Polen 23 Männer, 2 Weiber; an Juden 22 Männer, 2 Weiber. So gar ungünstig ist dieses Verhältnis noch immer nicht, wenn schon es sich z. B. von den

deutschen Verhältnissen zum Schlimmen unterscheidet. Aber auch in Russland machen die Verstösse gegen die öffentliche Ordnung fast die Hälfte aller Vergehungen der Juden aus; sonst stechen diese nur bei Betrug und Hehlerei unvorteilhaft hervor. Sie sind wohl Schmuggler, Anführer von Diebesbanden und Mädchenhändler, aber zu Gewaltsamkeiten sind sie wenig geneigt. Während Juden Passvorschriften umgehen, unsittlich handeln, betrügen und besonders gern dem kaiserlichen Fiskus eine Nase drehen, sind sie am Diebstahl weniger beteiligt, als im Verhältnis alle anderen Konfessionen. Besonders auffallend ist neuerdings ihre Betätigung bei politischen Verbrechen. In den Jahren 1884—1890 waren drei-, 1901—1903 sogar siebenmal mehr Juden politische Verbrecher, als es ihrem ziffermässigen Verhältnis zur Bevölkerung entsprechen würde. Unter den 974 während der Jahre 1901—1903 wegen politischer Verbrechen angeklagten Frauen war sogar annähernd die Hälfte — 446, gleich 47 Prozent — Jüdinnen. Es liegt das einmal an der überaus gedrückten Stellung der dortigen Israeliten, die dadurch zum Widerstande gegen die grausame und ungerechte Willkür der Staatsgewalt und zum Versuche des Umsturzes der bestehenden Tyrannei veranlasst werden; anderseits an der Tatsache, dass sie vorwiegend die Städte bewohnen, die naturgemäss die eigentlichen Heimstätten des politischen Verbrechens bilden.

Kurz, die Vergehungen der russischen Juden entspringen mit Notwendigkeit dem Bestreben, sich in ihrer überaus elenden Lage durch irgendwelche, auch sittlich verwerfliche, Mittel die Notdurft des Lebens zu verschaffen. Nicht dass ihre Kriminalität eine mittelgrosse, nein, dass sie nicht viel grösser ist, das ist auffallend.

Wie wenig die russischen und polnischen Juden die über sie von sittlichem Standpunkte aus gefällten ungünstigen Urteile verdienen, beweisst die Kriminalistik der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Hier zeigen die galizischen und russischen jüdischen Einwanderer sofort eine erhöhte und befriedigende Sittlichkeit, wenn ihre materielle und soziale Lage eine erträgliche wird. In New-York begingen 1898 die Juden 8,2 Prozent aller Straftaten, während ihr Verhältnis zur Gesamtbevölkerung 11,2 Prozent betrug. In Philadelphia machen die Juden 7,7

Prozent der Einwohnerschaft aus, die jüdischen Gefängnisinsassen aber nur 2,7 Prozent. Ebenso in Boston. Und diese Juden sind doch zum grössten Teile Fremde, von ihrem Mutterboden losgelöst, gezwungen, sich erst in dem fremden Lande Heimat und Unterhalt zu schaffen. Wahrlich ein treffliches Zeugnis für die Juden Osteuropas, die viel geschmähten!

Wenn wir aus dieser Übersicht ein allgemeines Fazit ziehen dürfen, so ist es dieses: der Jude neigt nicht zu schweren Verbrechen; im übrigen gehen seine Verschuldungen aus den Berufen hervor, denen er hauptsächlich obliegt, und hängen in ihrer grösseren oder geringeren Häufigkeit von seiner sozialen und wirtschaftlichen Lage ab. Einen gewissen Einfluss freilich übt auch in den Kulturländern noch die trübe Vergangenheit, allein er wird dort immer schwächer und ist zum gänzlichen Verschwinden bestimmt.

Man darf hier eine fortschreitende Besserung um so sicherer erwarten, als die Geistesbildung unter den Juden unausgesetzt zunimmt. Es wohnt ihnen seit jeher ein lebhafter Bildungstrieb und die Hochachtung für das Wissen inne. Seit ihrer Ausschliessung aus der Völkergemeinschaft im späteren Mittelalter bis auf Moses Mendelssohn war ihr Bestreben notgedrungen auf das Studium ihrer religiösen Literatur beschränkt gewesen; aber man weiss, welcher Wertschätzung sich der Talmudgelehrte damals bei ihnen erfreute, der von der öffentlichen Meinung höher geachtet wurde als der unwissende Reiche. Seitdem haben sich die Juden mit dem ihnen eigenen Eifer und beharrlichen Ehrgeiz der modernen Bildung und Wissenschaft zugewandt. Es veranlassten sie dazu noch ferner ihr vorzugsweises Wohnen in grossen Städten, wo die höheren Unterrichtsanstalten jeder Art vorhanden sind; ihre durchschnittliche Wohlhabenheit, die sie in den Stand setzte und es ihnen als natürlich erscheinen liess, dass ihre Kinder langdauernde und kostspielige Unterweisung empfingen; endlich das Bestreben, ihre Kinder in die oberen, angesehneren Klassen der Bevölkerung aufrücken zu sehen. So kommt es, dass eine besonders grosse Anzahl jüdischer Zöglinge die mittleren und höheren Schulen besucht. Diese Frequenz ist seit Jahrzehnten im Fortschreiten begriffen gewesen.

In Preussen erhielten von jüdischen Schulkindern eine bessere als Volksschulbildung im Jahre 1886: 46 $^1/_2$, 1891: 48 $^1/_2$,

1896: 51 und 1901: $56^1/_4$ Prozent, also seit 1896 mehr als die Hälfte; während von Christen 1886 nur $6^1/_3$ und 1901 auch nur $7^1/_4$ Prozent in den mittleren und höheren Schulen untergebracht war. Die Juden sind also in solchen schliesslich beinahe acht mal mehr vertreten als die Christen. Noch grösser ist der Unterschied, wenn man lediglich die höheren Schulen — Gymnasien, Realgymnasien, Oberreal- und Realschulen, sowie die höheren Mädchenschulen — in Betracht zieht. Auf diesen befanden sich 1886 von den jüdischen Kindern $21^3/_4$, von den christlichen $2^3/_4$, 1901 von den jüdischen $25^1/_2$, von den christlichen 3 Prozent. Auch hier nimmt die Beteiligung jüdischer Kinder stärker zu als der christlichen. Die höheren Mädchenschulen im besonderen enthielten im Jahre 1889: $8^1/_4$ Prozent jüdischer Zöglinge, siebenmal mehr als es dem Verhältnis der Bevölkerung entsprach.

Wenn trotzdem in neuester Zeit die absolute Zahl der jüdischen Schüler an den höheren Schulen gesunken ist, so liegt das lediglich an der starken Verminderung der jüdischen Schulkinder überhaupt, die von 68102 im Jahre 1886 auf 59487 im Jahre 1901 zurückgegangen sind — ein Ergebnis der traurigen Abnahme der Kindererzeugung bei den modernen deutschen Juden.

Dementsprechend ist auch die Zahl der jüdischen Studierenden in Preussen verhältnismässig kleiner geworden. Im akademischen Jahre 1886—87 gab es unter den Studierenden überhaupt 10, 1899—1900 nur noch $8^1/_4$ Prozent Juden. Diese besuchen vorzugsweise die hauptstädtische Hochschule Berlin und die bedeutendste Universität des deutschen Ostens, Breslau — zusammen 85 Prozent der jüdischen Studenten, während von den christlichen Kommilitonen nur $40^1/_3$ Prozent auf diesen beiden Hochschulen immatrikuliert sind. Dagegen ist der jüdische Student sehr selten in Göttingen, Halle, Greifswald, Kiel; etwas häufiger in Bonn, Königsberg, Marburg.

Innerhalb der jüdischen Studentenschaft Preussens hat sich seit 1886 eine starke Verschiebung in der Wahl des Berufs herausgestellt. Sie hat sich zum grossen Teile von Medizin und Philologie ab- und der Jurisprudenz sowie Mathematik zugewandt. Ihre Verteilung unter die verschiedenen Studienzweige nähert sich jetzt im ganzen der ihrer christlichen Kommilitonen. Nur

in der Zahnheilkunde zeigt sich noch ein übermässig hoher, in Landwirtschaft und Kameralfächern erklärlicher Weise ein ausserordentlich geringer Anteil der Juden. Selbstverständlich fällt bei diesen das Studium der — christlichen — Theologie gänzlich aus.

Auch noch in anderer Beziehung gibt es in Preussen einen Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Studierenden. Es wird von der amtlichen Preussischen Statistik festgestellt, „dass die Juden, wie sie in jüngerem Lebensalter die Universität beziehen, so diese auch früher verlassen als die Angehörigen der beiden christlichen Hauptbekenntnisse. Die jüdischen Studierenden scheinen danach durchschnittlich mehr Befähigung zu besitzen und mehr Fleiss zu entwickeln als die Christen."

In Elsass-Lothringen besuchten 1896 die höheren Schulen $9^1/_3$ Prozent Israeliten, während diese von der Bevölkerung nicht ganz 2 Prozent ausmachten. Es gab also in den höheren Schulen der Reichslande verhältnismässig fünf mal mehr jüdische Zöglinge als anderer Bekenntnisse. Und ähnlich in den übrigen deutschen Staaten. Unter 10000 Bayern des Jahres 1896 besuchten 53 eine höhere Schule, unter 10000 bayerischen Juden aber 370, also siebenmal mehr. In Württemberg lauteten diese Zahlen 84 und 590, also ebenfalls siebenmal mehr Juden; in Baden 64 und 417, also $6^1/_2$ mal mehr Juden; in Hessen 68 und 333, also fünfmal mehr Juden; im Königreich Sachsen 40 und 357, also sogar neunmal mehr Juden, als es dem allgemeinen Bevölkerungsverhältnis entsprach.

Ähnlich liegen die Dinge in Österreich. Hier nennt man „Mittelschulen", was in Deutschland als mittlere und höhere Schule gilt: Gymnasien, Real- und Bürgerschulen jeder Art. Ihr Besuch hat sich in Österreich von 1851 bis 1903/04 in erstaunlicher Weise gehoben: bei den Christen von 12200 Schülern auf 99700, bei den Juden gar von 1250 auf 15900; die Zahl der christlichen Schüler der Mittelschulen hat sich also in diesem Zeitraum um das $8^1/_2$fache, der jüdischen aber um das $12^3/_4$fache gesteigert. Die Juden machten 1904 unter sämtlichen Zöglingen der Mittelschulen sechzehn Prozent aus, das heisst $3^1/_2$ Mal so viel, wie sie nach dem Bevölkerungsverhältnis von $4^1/_2$ Prozent sein müssten. Noch stärker ist die Beteiligung der Juden am

Hochschulstudium: 17—18 Prozent, also viermal mehr als das Bevölkerungsverhältnis beträgt. Berücksichtigt man dabei, dass sie das medizinische Studium lange Jahre hindurch bevorzugten, und dass sie in jüngster Zeit sehr zahlreich die Realschulen und technischen Hochschulen aufsuchen, also sich Studien widmen, die hauptsächlich das Anschauungsvermögen in Anspruch nehmen, so muss man die häufig vertretene Ansicht, als ob die Juden eine ausschliesslich formale, dialektische Begabung besässen, als durchaus verfehlt bezeichnen.

Es ist sehr charakteristisch für die eigentümliche Anhänglichkeit der Juden an das Deutschtum, dass sie in den zwiesprachigen Kronländern ganz überwiegend die deutschen Schulen besuchen, nur in kleiner Minderzahl die slawischen.

Ganz besonders muss auf die starke Zunahme des Besuches der Mittelschulen durch Juden in Galizien und der Bukowina aufmerksam gemacht werden. In diesen Ländern ist sie von nur 367 im Jahre 1853 auf 6944 gestiegen — also in einem halben Jahrhundert auf das neunzehnfache! Die Frequenz der jüdischen Kinder auf den Mittelschulen der beiden Provinzen übertrifft jetzt verhältnismässig sogar die der christlichen, und zwar um die Hälfte. Es ist dies ein höchst erfreulicher Beweis für die Zunahme von Bildung und Kultur unter den galizischen Israeliten. Allerdings besuchten in den beiden Ländern zusammengenommen noch 8900 Kinder das Cheder. Aber wenn die Entwickelung in der begonnenen Weise fortschreitet, wird dieses bald von der modernen Schule überholt sein — und dann hat für den altorthodoxen und chassidischen Obskurantismus die Stunde der Niederlage geschlagen.

Was nun die Richtung des Hochschulstudiums betrifft, so bilden die Juden jetzt 18 Prozent der Juristen, 27 Prozent der Mediziner, nur $12^1/_2$ Prozent der Philosophen, da sie auf eine Anstellung im mittleren und höheren Lehrfache nicht leicht rechnen dürfen. Sie haben sich aber in neuester Zeit besonders eifrig den technischen Hochschulen zugewandt, wo sie $20^1/_2$ Prozent der Hörer ausmachen, also $4^1/_2$ mal mehr, als es dem Bevölkerungsverhältnisse entspräche.

An den Kunstakademien zu Wien, Prag und Krakau gab es 1904: 23 Juden, das heisst $5^2/_5$ Prozent aller Hörer. Wenn

sie hier nicht in besonderem Masse hervortraten, so desto mehr an den Handelsakademien, wo sie unter 1526 Hörern 472, also 31 Prozent, zählten.

Nicht anders steht es in Ungarn. Die jüdischen Schüler machten dort 1876 auf den Gymnasien 12, auf den Realschulen sogar 37 Prozent der Zöglinge aus, während die Juden in der Gesamtbevölkerung nur mit $3^1/_3$ Prozent vertreten waren. 1886 gab es auf den ungarischen Universitäten und technischen Hochschulen Ungarns 1307 jüdische Studenten, ganze 29 Prozent, neunmal mehr als das Verhältnis der Juden zur Gesamtbevölkerung ausmachte.

Die statistischen Feststellungen in Rumänien bestätigen auf diesem Gebiete die in anderen Ländern gemachtan Erfahrungen. Während unter den christlichen Rumänen im Alter zwischen sieben und fünfzehn Jahren nur 41 Prozent männliche und $13^2/_3$ Prozent weibliche Schreibens- und Lesenskundige sich befanden, über fünfzehn Jahre gar nur 27 Prozent männliche und 7 Prozent weibliche, konnten von Juden zwischen sieben und fünfzehn Jahren $59^1/_5$ Prozent Knaben und $46^2/_3$ Prozent Mädchen, über fünfzehn Jahre 57 Prozent männliche und $32^3/_4$ Prozent weibliche Personen lesen und schreiben. Unter fünfzehn Jahren verhalten sich also die Alphabeten unter den Juden zu den unter den Christen wie 7 : 4, über fünfzehn Jahre gar wie 45 : 17. Und weiter: während bei den christlichen Rumänen zwischen der jüngeren Generation — sieben- bis fünfzehnjährigen — und der älteren — mehr als fünfzehnjährigen — in bezug auf Elementarbildung ein weiter Abstand herrscht, indem jene weit mehr Lesens- und Schreibkundige zählt, als diese, ist bei den Juden der Unterschied, besonders bei den Männern, weit weniger bemerkbar. Sie haben schon von Alters her die Wichtigkeit der Elementarbildung erkannt, die Rumänen aber sich dieser erst in neuester Zeit zugewandt.

Unter den Zöglingen der rumänischen Mittel- (das heisst, nach deutscher Bezeichnung, mittleren und höheren) Schulen machten im Durchschnitte der drei Schuljahre 1899—1902 die Juden sieben Prozent aus, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur $4^1/_2$ Prozent betrug. Auch der Fleiss der jüdischen Schüler war grösser, als durchschnittlich der der

christlichen: von jenen bestanden 73, von diesen nur 69 Prozent die Versetzungsprüfungen.

Ähnliche Beobachtungen macht man in betreff des Elementarunterrichts in Bulgarien, wo besonders der Unterschied zwischen Christinnen und Jüdinnen ausserordentlich stark hervortritt. In diesem Lande konnten 1902 von tausend Eheschliessenden lesen und schreiben bei der griechisch-orthodoxen Mehrheit der Bevölkerung 659 Männer und 188 Frauen; bei Juden dagegen fast alle Männer — 959 — und von den Frauen beinahe vier Fünftel: 787. Diese Zahlen sind seit dem Jahre 1897 in schnellem Steigen begriffen. Sie zeigen überdies, wie weit die junge Kulturnation der Bulgaren dem rumänischen Volke überlegen ist und solches in geistiger Regsamkeit und Bildung übertrifft. Dieser Unterschied erklärt den tückischen Neid, mit dem die Rumänen die strebsamen Juden ihres Landes betrachten und verfolgen, während die Bulgaren den Wettbewerb ihrer israelitischen Mitbürger nicht zu fürchten haben.

Wenn in Russland die Verhältnisse auf dem Gebiete des Unterrichts etwas anders liegen, so ist das nicht die Schuld der dortigen Juden, sondern der unduldsamen Gesetzgebung, die den Fortschritt der israelitischen Bevölkerung möglichst einzudämmen bemüht ist. Freilich in den Elementarkenntnissen stehen die Juden immer noch günstig da: während von der Gesamtbevölkerung nur 21 Prozent zu lesen vermag, ist dazu von den Juden 39 Prozent, also im Verhältnis beinahe die doppelte Zahl, im Stande. Die Karaiten haben sogar 60 Prozent Lesenskundige. Unter den übrigen Israeliten männlichen Geschlechts besitzen diese Kunst fast die Hälfte, nämlich 49,4 Prozent, vom weiblichen Geschlecht freilich nur 29 Prozent. Die strenggläubigen russischen Juden lassen ihre Söhne mindestens im Cheder unterrichten, während sie das Wissen bei den Mädchen für schädlich erachten. Übrigens hat die Verbreitung von Elementarbildung unter den Juden des Zarenreiches von Jahrzehnt zu Jahrzehnt Fortschritte gemacht, und zwar insbesondere bei den Frauen. Während bei den über 60 Jahre alten Juden $54^1/_3$, bei den im gleichen Alter befindlichen Jüdinnen aber nur 15 Prozent lesenskundig sind, betragen die entsprechenden Prozentsätze in der Altersgruppe 20 bis 29: 71 und $45^3/_5$.

Die Kenntnis speziell des Lesens russischer Schrift ist unter den Juden verhältnismässig verbreiteter, als unter irgend einer Nationalität des Riesenreiches, mit Ausnahmen der Frauen deutscher Abstammung. Von den Juden können $31^1/_5$ Prozent Männer und $16^1/_2$ Prozent Frauen russisch lesen: bei den Russen selbst lauten die entsprechenden Zahlen nur 29 und $8^1/_4$, bei allen nichtjüdischen Nationalitäten zusammen $21^1/_2$ und $7^1/_2$! Die Kenntnis des russisch Lesens nimmt gleichfalls innerhalb der jüngeren Generation der Israeliten zu.

Die Anzahl der Chedarim beträgt in dem Ansiedlungsrayon ungefähr 25000, denen nur etwa 820 nach modernen Begriffen organisierte jüdische Schulen gegenüberstehen. Annähernd 69 Prozent aller israelitischen Schulkinder besucht das Cheder; 20 bis 25 Prozent wächst ohne jeden Unterricht auf; der Rest besucht modern organisierte jüdische und christliche Schulen oder erhält Privatunterricht. Diese Zahlen ergeben ein treues Bild des noch sehr rückständigen Kulturwesens unter den Juden Russlands.

Die höhere Bildung ist unter diesen, im Gegensatze zu allen anderen europäischen Ländern, wenig verbreitet. Während die höheren Schulen von $1^1/_3$ Prozent russischer Männer und 0,85 Prozent Russinnen besucht werden, lauten die entsprechenden Zahlen bei den Juden: 0,85 und 0,92. Es widmen sich also mehr Jüdinnen als männliche Juden diesem Unterrichte. Der Grund für diese ganze Erscheinung liegt nicht in dem geringeren Bildungstriebe der russischen Israeliten, sondern in dem Verbote, dass diese zu mehr als drei oder, an einigen Orten, fünf Prozent aller Zöglinge in die höheren Schulen aufgenommen werden. Viele jüdische Jünglinge lassen sich zum Scheine taufen, um trotzdem ihren Studien nachgehen zu können; viele andere wandern in das Ausland: nach Deutschland, Österreich, Frankreich. Es zeigt sich aber trotz aller dieser Hemmungen unter den russischen Juden eine starke Zunahme der höheren Schulbildung in der jungen Generation. Jene ist unter den Männern der Altersklasse von 20 bis 30 Jahren verhältnismässig neunmal so verbreitet, wie unter der über 60 Jahren und sechsmal so verbreitet, wie in der von 50 bis 60 Jahren. Bei den jüdischen Frauen ist der Fortschritt noch stärker. Keine andere Nationalität des

Zarenreiches hat in den letzten Jahrzehnten auch nur annähernd solchen Zuwachs an höherer Bildung erlangt, wie die Juden.

Dies zeigt sich auch im Universitätsstudium. Ihm lagen 1880 nur 556, 1899 aber 1757 Juden ob. Damals machten sie $6^4/_5$, 1899 dagegen 11 Prozent aller Studierenden aus. Auch diese Zahl würde viel grösser sein — wie sie schon 1886 auf $14^4/_5$ Prozent gestiegen war — wenn sie nicht durch gesetzliche Beschränkungen künstlich niedergehalten würde, die freilich die Übersiedelung vieler junger Russen und Russinnen an die Universitäten Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Frankreichs und Belgiens zur Folge haben. In Deutschland studierten 1902—03 etwa 650, in der Schweiz ungefähr 1000, in Frankreich annähernd 370, in Belgien 50—60, in Österreich zirka 110 russische Israeliten, zusammen im Auslande an 2200 — also mehr als die 1757 israelitischen Studenten des Jahres 1899 im eigentlichen Russland. Dabei sind die technischen und Handels-Hochschulen noch nicht mitgerechnet. Also der lebhafte und ehrgeizige Wissensdrang, der sonst die jüdische Rasse auszeichnet, fehlt ihr auch in Russland nicht und würde den Kampf mit den Obskurantismus in dem Augenblick siegreich gestalten, wo ihm durch eine gerechte Staatsverwaltung die Tore geöffnet würden. Im Grunde zum Nutzen des Staates und ganzen Volkes nicht minder als der Juden selbst.

Kapitel Sechs.

Die Juden im Leben der Völker.

In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ist, von Russland und Finnland abgesehen, die Gleichberechtigung der Israeliten allerorten durchgeführt worden, wenigstens im Grundsatze, wenn auch an manchen Stellen auf gewissen Gebieten die Ausführung noch mangelhaft ist. Aber in den meisten Beziehungen steht der Jude rechtlich seinen christlichen Mitbürgern gleich. Die grosse, für Juden wie für Nichtjuden gleich wichtige Frage war nun: wie würden die Juden sich in der Gemeinsamkeit der Völker stellen? würden sie sich in dem grossen Strome des geistigen und geschäftlichen Wettbewerbs halten können? würden sie ein wertvoller oder ein nur unbedeutender Faktor in der allseitigen Entwickelung ihrer Wirtsvölker werden?

Die Tatsachen haben die Antwort auf diese Frage gegeben. Die Juden haben sich mit Erfolg und zum Nutzen der Allgemeinheit allen diejenigen Berufen gewidmet, die ihnen offen standen, oder in denen sie einigermassen fortzukommen hoffen durften.

Die Berufswahl der Juden in Deutschland steht unter dem Einflusse sowohl der Vergangenheit wie der Gegenwart. Die fast tausendjährige, durch den äusseren Zwang ihnen auferlegte Gewöhnung an den Handel liess sich nicht in wenigen Jahrzehnten zugunsten anderer Erwerbszweige umwandeln. Die erblich gewordene Veranlagung leitete sie wie selbstverständlich den kommerziellen Beschäftigungen zu. Und was die Gegenwart anbetrifft, so führten und führen mehrfache Umstände zu dem gleichen Ergebnisse. Indem die deutschen Regierungen, im strikten Widerspruche zu Landesverfassung und Reichsgesetz, die Juden vom

Offizierstande und von den Verwaltungsämtern ausschlossen und sie auch im Richter- wie Lehramte bedeutend beschränkten, wiesen sie die Intelligenz und den Ehrgeiz unter ihnen auf die vorzugsweise gewinnbringende Tätigkeit im Handel und in der Industrie hin. Die Regierungen sind somit die Hauptschuldigen an dem angeblichen Übergewichte der Juden im Handel, in der Hochfinanz und der Grossindustrie. Die minder hervorragenden Naturen unter den Juden sehen sich den Subalterndienst des Staates zum grössten Teile verschlossen; von Handwerk und Ackerbau werden sie durch die schlechte Behandlung abgeschreckt, die christliche Meister und Gesellen, Bauern und Landarbeiter ihnen zuteil werden lassen, wenn sie sich diesen Berufen widmen. Ein jüdischer Handwerksmeister hat es überdies schwer, den Erzeugnissen seiner Arbeit den gleichen Absatz zu verschaffen, wie ein christlicher Handwerker solchen erlangt. Endlich, der Ackerbau will, um mit Erfolg betrieben zu werden, von Jugend auf gekannt und ausgeübt sein. Keine Beschäftigung verlangt eine so intime und gleichsam instinktmässige Kenntnis, wie gerade dieser Beruf. Und daran fehlt es den Juden gänzlich.

Infolgedessen steht nach der Gewerbezählung von 1895, der letzten im deutschen Reiche, die in ihrem Einzelheiten verarbeitet worden ist, unter den Beschäftigungsarten der Deutschen jüdischen Bekenntnisses der Handel und Verkehr obenan. Diesen Berufen widmeten sich 133541, das heisst $54^1/_2$ Prozent aller Erwerbtätigen unter den Juden, während der Prozentsatz der Gesamtbevölkerung hierfür nur 9,64 Prozent beträgt. In der Industrie waren 45993 Juden tätig, oder $18^4/_5$ Prozent aller Erwerbtätigen unter ihnen. Hier stehen die Juden, weil unter ihnen verschwindend wenig eigentliche Arbeiter sind, schon hinter dem allgemeinen Verhältnis zurück, das der Industrie 34,15 Prozent aller Erwerbtätigen zuweist; denn von den Christen sind unter den Industrietätigen nur $24^3/_4$, von den Juden aber $51^3{}_{10}$ Prozent Selbständige oder leitende Beamte. Als Fabrikanten, Fabrikleiter und selbständige Handwerker sind die Juden verhältnismässig etwas häufiger, als die Christen, als Gesellen, Lehrlinge und zumal industrielle Arbeiter aber bei weitem seltener: denn den 5938882 christlichen Erwerbstätigen dieser Kategorie standen nur 16829 jüdische gegenüber — anstatt dass ihrer

nach dem Bevölkerungsverhältnisse etwa 60000 sein sollten. Das Handwerk, wo die Zahl der Selbsttätigen im Verhältnis zu den abhängigen Arbeitern eine verhältnismässig grosse ist, wird von den Juden immerhin häufig betrieben; aber in der ungeheuren Masse der Fabrikarbeiter sind solche kaum vertreten. — In öffentlichem Dienst und freien Berufen ist das Verhältnis ein annähernd normales: 5,88 Prozent der Erwerbstätigen im allgemeinen, 5,99 bei den Juden. Eine Überfüllung der sogenannten akademischen Berufe — wie man sie häufig behauptet hat — ist also von seiten der Juden nicht vorhanden. Dagegen war die Zahl der Rentner bei ihnen fast doppelt so gross, wie in der Allgemeinheit: 16,30 gegen 8,84 Prozent. Allerdings war die grösste Zahl dieser 39870 jüdischen Rentner Frauen — 21596 — zumeist Witwen, die von den Zinsen des hinterlassenen Vermögens ihres Gatten oder von der Unterstützung Anverwandter lebten. Häusliche Dienstboten gab es unter den Juden nur 2,61 gegen 5,52 der allgemeinen Bevölkerung. Am schreiendsten ist das Missverhältnis bei der Landwirtschaft. Ihr widmeten sich nur 3371 Juden, oder 1,38 Prozent der Erwerbstätigen, während von der allgemeinen Bevölkerung 34,19 Prozent dieser Beschäftigung oblagen — also verhältnismässig fünfundzwanzigmal weniger Juden als Christen! Die innere Abwendung von der Landwirtschaft ist bei den Juden zu tief eingewurzelt, und die Schwierigkeiten, die die konservative, christlich konfessionell gesinnte Landbevölkerung jüdischen Ackerbauern bereitet, sind zu gross. Es lassen sich indessen diese Verhältnisse nicht im ganzen deutschen Reiche auf gleiche Weise behandeln. In Preussen waren 1895 nur 1,03 Prozent der erwerbstätigen Juden Ackerbauer (1650 unter 160798). Unter den 23870 erwerbstätigen Israeliten des Königreichs Bayern aber gab es 893 Ackerbauer, oder 3,74 Prozent. Im Grossherzogtum Hessen betrug das Verhältnis der Landwirte unter den jüdischen Erwerbstätigen 2,4 (206 zu 8214), im Grossherzogtum Baden 1,65 (192 zu 11651). Aber bei dem Überwiegen des meist adligen Grossgrundbesitzes im ostelbischen Preussen und in der Provinz Hannover oder unter den zäh konservativen Bauern der preussischen Provinzen Westfalen und Schleswig-Holstein ist für den jüdischen Landwirt kein Platz. Dass an und für sich die Juden für diesen Beruf wohl geeignet sind,

haben die jüdischen Ackerbaukolonien in Südrussland, Argentinien und Palästina bewiesen.

Der Hausierhandel wurde nur von 3075 Juden, das heisst von 1,24 Prozent der jüdischen Erwerbstätigen betrieben. Er kann also für den jüdischen Erwerb als charakteristisch nicht mehr bezeichnet werden.

Trotz des Ausschlusses aus dem aktiven und, innerhalb des ganzen preussischen Heeres, dem Reverve- und Landwehr-Offizierstande gab es in Deutschlands Armee und Flotte 2878 Juden. Als staatliche oder städtische Beamte oder als Richter fungierten 2520 Israeliten; Rabbiner, Prediger und sonstige Kultusbeamte gab es 1219; Lehrer und Bildungsbeamte jeder Art 3188; Ärzte und Heilgehülfen 3252; Schriftsteller, Privatgelehrte und Journalisten aber nur 412, Musiker und Schauspieler 896. Man ersieht aus diesen amtlichen Zahlen, dass die Juden in den freien Berufen — weniger in dem Beamtenstande — zahlreich vertreten sind. Aber die Menge der Journalisten ist keineswegs bedeutend: ziehen wir die Privatgelehrten und sonstigen Schriftsteller ab, so bleiben noch nicht 300 jüdische Journalisten im ganzen deutschen Reiche übrig. Es ist also geradezu lächerlich oder lügnerisch, von einer „Verjudung der Presse“ zu sprechen. Ebenso ist die Anzahl der jüdischen Musiker und Schauspieler keineswegs eine besonders beträchtliche.

Deutsche Juden haben sich auf allen Gebieten des sozialen Lebens ausgezeichnet und dem Vaterlande die wesentlichsten Dienste geleistet. Auch die getauften Juden nennen wir hier, da wir nur von der Rasse reden. Als Romanschriftsteller und Novellisten sind Berthold Auerbach, Karl Emil Franzos, Leopold Kompert, A. Bernstein, Hieronymus Lorm, Max Nordau, Max Ring, Julius Rodenberg, Fanny Lewald, Felix Holländer, Ludwig Jacobowski, Jakob Wassermann in erster Linie zu erwähnen. Karl Beck war ein berühmter Lyriker. Unter den Dramatikern zeichneten sich Ludwig Fulda, Georg Hirschfeld, J. von Hofmansthal aus. Erfolgreiche Lustspieldichter waren David Kalisch, Hugo Lubliner, Adolf Larronge, Eduard Jacobsohn, Oskar Blumenthal, Gustav Kadelburg. Unter den Journalisten und Schriftstellern sind Theodor Herzl, Fritz und Eduard Mauthner, Julius Stettenheim, Georg Engel, Maximilian Harden, Rudolf Löwenstein, Alexander Moszkowski, Otto Brahm hervorzuheben.

Die Juden besitzen eine besondere Begabung für die Tonkunst. Von den Neueren haben sich Ignaz Brüll, Ferdinand Hiller, Edmund Lassen, Adalbert von Goldschmidt, Moritz Moszkowski, Friedrich Gernsheim als Komponisten berühmt gemacht. Unter den ausübenden Künstlern und Dirigenten sind an erster Stelle zu erwähnen: Joseph Joachim, Heinrich Grünfeld, David Popper, Moritz Rosenthal, Leopold Damrosch, Herrmann Levi, Sal. Jadassohn, Gustav und Alexis Holländer, Siegfried Ochs, Anton Taussig, Heinrich Ehrlich, Julius Stern. Julius Lieban, H. Sontheim, Lola Beeth, Theresa Rothauser, Emil Klar, N. Rothmül haben sich als Sänger und Sängerinnen hervorgetan.

Auch in der Schauspielkunst leisteten Juden hervorragendes, wie Ludwig Barnay, Bogumil Davison, Josef Jarno, Ludwig Chronegk, Otto Lehfeld, Maximilian Ludwig, Ernst Possart, Emanuel Reicher, Emmerich Robert, Emil Thomas, Siegmund Lautenburg, Max Pohl, Irene Triesch, Friederike Bognar.

Unter den Malern ragten die Juden Eduard Bendemann, Max Liebermann, Paul Meyerheim hervor; in zweiter Linie: Eduard Magnus, Moritz Oppenheim, N. Sichel, und viele andere. Der geist- und phantasievollen, leidenschaftlich bewegten jüngeren jüdischen Kunstrichtung dienen Struck und Lesser Ury, sowie der Zeichner Lilien. Jüdische Bildhauer gibt es weniger; hier ist vor allem Sussmann-Hellborn zu nennen. Jüdische Architekten der Neuzeit sind, unter andern, Max Fleischer, Theodor von Goldschmidt, Ludwig Levy, B. Oppler, Richard Wolfenstein und vorzüglich der geniale Pfadfinder Alfred Messel.

Unendlich ist die Reihe bedeutender jüdischer Gelehrten des letzten halben Jahrhunderts. Da sind die Orientalisten Benfey, Aufrecht, Salomon Munk, Gustav und Julius Oppert, Georg Ebers, Goldstücker, Gustav Weil. Von klassischen Philologen sind Wilhelm Freund und Jakob Bernays rühmlichst zu nennen. Zahlreicher sind die Literaturhistoriker: Michael Bernays, Ludwig Geiger, Gurauer, J. L. Klein, Richard M. Meyer, Bielschowsky. Daniel Sanders war ein hervorragender deutscher Sprachforscher. Adolf Beer, Ernst Bernheim, Harry Bresslau, Jakob Caro, Martin Philippson, G. F. Herzberg, Philipp Jaffé, Ludwig Friedländer, G. Simonsfeld, G. Steindorf haben sich als Historiker Namen erworben; als Philosophen: Herrmann Cohen,

Moritz Lazarus, Haim Steinthal, Ludwig Stein; J. Freudenthal war ein hervorragender Geschichtschreiber der Philosophie. Originelle und geistvolle Nationalökonomen sind Ignaz Jastrow und Gustav Cohn.

Die Naturwissenschaften sind von zahlreichen deutschen Juden mit grossem Erfolge angebaut worden. Neben dem Pharmokologen Oskar Liebreich seien die Chemiker Adolf Frank, A. Pinner und Emil Warburg genannt. Als Botaniker zeichneten sich besonders aus: Paul Ascherson, Ferdinand Cohn, N. Pringsheim, Eduard Strassburger. Als geniale Physiker besitzen europäischen Ruf: Viktor Meyer und Heinrich Hertz. Die Physiologen Valentin, Julius Bernstein, L. Herrmann, H. Munk, J. Rosenthal, Moritz Schiff gehören zu den anerkanntesten Vertretern ihres Faches; nicht minder die Mathematiker Moritz Cantor, J. L. Fuchs, Leopold Cronecker, N. Wilhelm Meyer, J. Minkowski, Leo Königsberger. Die wissenschaftlichen Reisenden Emin Pascha, Eduard Glaser, Max von Oppenheim, Eduard Schwarz sind allgemein bekannt, ebenso unter den Geographen Alfred Philippson.

Unter den Medizinern gibt es besonders zahlreiche Juden, die ja dieses Fach seit vielen Jahrhunderten mit Vorliebe betrieben haben. Viele haben sich durch wissenschaftliche Leistungen oder als Praktiker ausgezeichnet; in Deutschland besonders während der neuen Zeiten: A. Baginski, Paul Ehrlich, P. Weigert, Julius Cohnheim, G. Gluge, David Gruby, Alb. Neisser, O. Lasser, J. Neumann, S. Traube, E. Henoch, Julius Hirschberg, August Hirsch, E. Mendel, Julius Wolff, H. Senator, J. Israel, Wilhelm Winternitz, Otto und Gustav Hirschfeld.

Kaum minder häufig sind die hervorragenden Juristen, wie Ferdinand Frensdorf, Paul Laband, Levin Goldschmidt, H. Staub, H. Rosin, H. Friedberg, Max Nenda, Josef Unger, E. Glaser, Julius Baron, Ernst Landsberg, Heinrich Dernburg, E. Rubo, Edgar Löhning, Max Pappenheim — alles Universitätsprofessoren, zum Teil Minister. Reichstags- und Reichsgerichtspräsident wurde Eduard Simson. Jüdische Richter, getaufte und ungetaufte, sind in Preussen sehr zahlreich. Ungetaufte wurden mehrfach Oberlandes- und Kammergerichtsräte, während viele getaufte sogar zum Reichsgerichte aufgestiegen sind.

Unter den Politikern sind der Freikonservative Otto Arendt; die gemässigt Liberalen Gabriel Riesser, Max Ellstädter,

E. Friedberg, R. Friedenthal, Eduard Lasker, Ludwig Bamberger; die Linksliberalen Johann Jacoby, Leopold Sonnemann und Max Hirsch; die Sozialisten Karl Marx, Ferdinand Lassalle, Paul Singer zu nennen, von denen ein jeder zu den Führern seiner Partei gehörte — von einer ganzen Anzahl sonstiger Abgeordneten in den verschiedenen Landtagen zu geschweigen.

Selbstverständlich gibt es unter den deutschen Juden viele ausgezeichnete Finanzmänner, Fabrikanten und Grosshändler, von denen eine beträchtliche Anzahl bei den deutschen Einzelstaaten Erwähnung finden wird. Von europäischer Bedeutung aber sind Gerson Bleichröder, Baron Cohn, Karl Meyer von Rothschild, Samuel Ritter von Hahn, die Familie Mendelssohn, die ihren jüdischen Ursprung noch keineswegs vergessen hat, Ludwig Max Goldberger. Von Grosshändlern sind in erster Reihe zu nennen James Simon, Arnhold, N. Israel, W. Kuhnheim, Cäsar Wollheim, Fritz Friedländer, Georg Wertheim, Hermann Tietz, V. Manheimer. Die Familien Löwe, Reichenheim, Ginsberg, Caro, Hulschinsky, Kaufmann haben sich zu Grossindustriellen ersten Ranges aufgeschwungen. An der Spitze der bedeutendsten Schiffahrtsgesellschaft der Welt, der Hamburg-Amerika-Linie, steht der Jude Albert Ballin; an der Spitze der grössten aller Elektrizitätsgesellschaften — der Berliner Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft — als ihr Begründer der Jude Emil Rathenau. Schöpfer und Besitzer einer der mächtigsten Zeitungsunternehmungen ist Rudolf Mosse. Viele dieser Männer haben nicht nur durch unerschöpfliche private Wohltätigkeit sondern auch durch fürstliche Schenkungen an Kunstinstitute und patriotische Veranstaltungen die sprichwörtliche Hochherzigkeit und Freigebigkeit ihrer Stammesgenossen bewährt.

Diese Liste ist sehr unvollständig. Sie versucht es nicht einmal — um allzugrosse Ausdehnung und Ermüdung zu vermeiden — den Verdiensten jedes einzelnen der in ihr Genannten auch nur oberflächlich gerecht zu werden. Aber sie beweist, welche reichen Kräfte an Geist, wissenschaftlicher, künstlerischer, literarischer, industrieller und kommerzieller Begabung durch die Emanzipation unter den deutschen Juden ausgelöst worden sind, welche Fülle von Talenten unter diesen wenigen Hunderttausenden erstanden, deren Urgrossväter oder gar Grossväter noch in

Trödelbuden standen, mit dem Hausiererpacken auf dem Rücken durch das Land strichen oder gar lichtscheue Pfandleihegeschäfte betrieben. Geknechtete Juden werden zu einer Gefahr, befreite und zur Menschenwürde erhobene sind ein Segen für ihr Heimatland. Diese Lehre predigt die Geschichte der Judenemanzipation in Deutschland. —

Besonders hervorzuheben ist der gewaltige Umschwung, der binnen eines halben Jahrhunderts unter den Juden der Provinz Posen vor sich gegangen ist. Mehr als 28 Prozent von ihnen widmen sich jetzt der Industrie und dem Handwerke, fast zwei Prozent der Landwirtschaft, nicht weniger als acht Prozent dem Staatsdienste und den freien Berufsarten. Sie nehmen im öffentlichen Leben eine hochgeachtete Stellung ein; überall erblicken wir sie in den städtischen Vertretungen und Magistraten. In der Provinzialhauptstadt Posen und an mehreren anderen Orten bekleiden sie seit Dezennien die Stelle als Stadtverordneten-Vorsteher. In dem Städtchen Jarotschin war ein Jude — Goldring — viele Jahre hindurch Bürgermeister.

Alle diese neuen preussischen Bürger wurden völlig germanisiert. Sie gaben ihren alten Jargon, das „Jiddisch“ auf und nahmen die rein deutsche Sprache an; sie wurden treue Söhne des Vaterlandes. Sie haben ferner Industrie und Handel der Provinz in hervorragendem Masse gefördert. So hat Joseph Jakob Flatau den jetzt in der Provinz weit verbreiteten Hopfenbau in Neutomischl begründet. Anstatt 500 Zentner im Jahre 1837, ergab der in der Provinz angebaute Hopfen bald 15000 Zentner jährlich. Michel Levy schuf das Salzbergwerk in Hohensalza, sein Sohn Julius die Kalkwerke von Wapno (Regierungsbezirk Bromberg) — eine ganz neue Industrie in der Provinz. Das früher roh ausgeführte Holz liess die Familie Jaffé durch Anlage von Sägemühlen in der Provinz zerschneiden. Moritz Milch begründete eine chemische Fabrik für Kunstdünger in Posen, die dann als Aktiengesellschaft unter Leitung Nazary Kantorowicz' einen glänzenden Aufschwung genommen hat. Aber die grösste Einwirkung auf den Wohlstand der Provinz hat Samuel Auerbach in Posen gehabt durch Anlegung von Zuckerfabriken in Amsee und Kruschwitz. Nach seinem Beispiele entwickelte sich die grossartige Zuckerindustrie des Grossherzogtums

Posen, die den Zuckerrüben-Anbau hervorrief, der seinerseits der posenschen Landwirtschaft einen ungeahnten Aufschwung und Wohlstand verschafft hat. Es werden jährlich im Durchschnitte zwanzig Millionen Doppelzentner Zuckerrüben gewonnen.

Die Posener Spritfabrik, die grosse Posener Druckerei, die blühende Konfektionsindustrie sind von Juden gestiftet und geleitet und geben zahlreichen Arbeitern Brot, für die sie zum Teil mustergültige Wohlfahrtseinrichtungen begründet haben.

Die Abgeordneten Kosch, Lasker, Wolff, Peltasohn, Aronsohn entstammen der Provinz Posen. Von den schon genannten geistigen Autoritäten jüdischen Ursprungs sind die Historiker Philipp Jaffé und Jakob Caro, der Physiologe Hermann Munk, die Mathematiker Königsberger und Fuchs, der Nationalökonom Jastrow, der Philosoph Lazarus, die Mediziner Senator und Cohnheim, der Dichter Jakubowski sowie mehrere hervorragende Gelehrte des Judentums aus der Provinz gebürtig.

Ein neuer glänzender Beweis, dass die den Juden gewährte bürgerliche Freiheit deren Kräfte nicht nur zu eigenem Vorteile, sondern auch zum Wohl und Nutzen ihres engeren und des weiteren Vaterlandes entfesselt und befruchtet!

Die Emanzipation der Israeliten hat im Grossherzogtum Hessen gleichfalls für Staat und Gesellschaft goldene Früchte getragen. Juden haben der hessischen Industrie den Anstoss zu hoher Entwickelung gegeben. In der Bijouterie begründete Martin Mayer in Mainz eine Weltfirma. In der Textilbranche hat Homberger in Giessen, in der Möbelfabrikation, der Installations- und Beleuchtungsmanufaktur, der Maschinenindustrie, der Konfektionsfabrikation, der weltberühmten Offenbacher Leder- und Portefeuillefabrikation haben mehrere jüdische Firmen einen hohen Rang erworben. Die maschinelle Schuhfabrikation in Deutschland, die jetzt mehr als zehntausend Arbeitern Brot gibt, wurde von den Mainzer Juden Herz und Nass begründet. Der Weltmarkt in dieser Branche wird jetzt von Kommerzienrat Simon Wolf beherrscht. Andere jüdische Häuser betreiben grosse Schaumwein-, Malz-, Konserven- und Likörfabriken, Bierbrauereien und Branntweinbrennereien. Die hessischen Israeliten nehmen auch im Grosshandel, im internationalen Warenverkehr eine leitende Stellung ein.

An der Landesuniversität Giessen und der Technischen Hochschule in Giessen wirkten mehrere Juden. Jüdisch hessischen Ursprungs waren auch Michael und Theodor Creizenach, der berühmte Orientalist Joseph Dernburg und sein nicht minder berühmter (getaufter) Neffe, der Berliner Rechtslehrer Heinrich Dernburg, der freilich in Hamburg geborene klassische Philologe Jakob Bernays und sein (getaufter) Bruder, der Literarhistoriker Michael; nicht minder der Musiker Hofkapellmeister Schlösser in Darmstadt, sowie die Maler Nathanael Sichel und Schlösser.

Das Rabbinat im Grossherzogtum Hessen kann sich hervorragender Männer, wie Formstecher, Rothschild (Alzey) und Salfeld (Mainz), rühmen.

In die städtische Verwaltung wurden zahlreiche Juden durch das Vertrauen ihrer Mitbürger berufen: hervorzuheben ist, dass die Stadt Worms einen Juden, Eberstadt, zu ihrem Bürgermeister erwählte. In den Magistraten, Stadtverordnetenkollegien, Schulvorständen und Erziehungsbeiräten sitzen überall Juden. Landtagsabgeordnete waren Edinger, Hirschhorn, Otto Wolfskehl, der lange Zeit Vizepräsident der Abgeordnetenkammer gewesen ist. Der berühmte Reichstagsabgeordnete Ludwig Bamberger war ein Jude aus Rheinhessen. Die Handelskammern und Handelsgerichte weisen gleichfalls zahlreiche Juden auf; einer von ihnen, Baruch, war Präsident der Handelskammer in Worms.

Ist es nicht der Beachtung wert, dass das Häuflein hessischer Juden — 25000 Seelen — nach mehr als tausendjähriger Knechtschaft, sofort nach der Befreiung, die erst vor einem halben Jahrhundert stattfand, eine so glänzende und nützliche Entfaltung genommen hat?

Auch im Grossherzogtum Baden machte sich der Segen der Emanzipation der Juden für den ganzen Staat je länger desto fühlbarer. Die Bürger, auch derjenigen Städte, die früher die Israeliten von sich fern gehalten hatten, beriefen nunmehr solche in ihre Vertretungs- und Verwaltungskörperschaften und bedienten sich mit Nutzen ihres regen Sinnes für das Gemeinwohl, ihres weiten Blicks und ihrer geschäftlichen Gewandtheit. In den Hauptstädten Karlsruhe und Mannheim leiteten zeitweilig Juden als Vorsteher die Stadtverordneten-Versammlung.

Im badischen Staatsdienste fanden die Juden vielfach Anstellung, besonders in der Justiz, wo man sie als Staatsanwälte, Landgerichts- und Oberlandesgerichtsräte findet. Die während langer Zeit, aus Besorgnis vor judenfeindlicher Gesinnung der Bevölkerung, gehegten Bedenken, sie als Einzelrichter, besonders auf dem flachen Lande, und als Notare anzustellen, sind längst aufgegeben worden, und die Erfahrung eines Vierteljahrhunderts hat nicht die mindeste Bekräftigung jener Furcht erbracht. Ebenso wurden Juden und Jüdinnen an den Volksschulen beschäftigt; wir begegnen ihnen als Lehrern an den Gymnasien, Real- und höheren Mädchenschulen, der Baugewerkschule, sowie als ordentlichen und ausserordentlichen Professoren an den Universitäten, und zwar bei allen Fakultäten, mit selbstverständlicher Ausnahme der theologischen. Die Erfahrungen hierbei sind anerkannt günstige. Man trifft Juden in hohen Verwaltungsstellen an, was sonst in keinem deutschen Staate der Fall ist; hier sind der Geheime Regierungsrat Mayer als Chef der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der bautechnische Referent des Ministeriums des Innern, Baurat Professor Levy, zu nennen. Ellstätter leitete sogar ein Vierteljahrhundert hindurch das Finanz- und das Eisenbahnministerium mit einem von der Geschichte anerkannten glänzenden Erfolge. Dieser bisher in Deutschland einzige jüdische Minister hat sich vollkommen bewährt.

In der Abgeordnetenkammer haben viele Juden Platz genommen: die Rechtsanwälte Kusel und Naef, der Geheime Kommerzienrat Ladenburg sowie der Kommerzienrat Lenel. Alle haben nur die allgemeinen Interessen, nicht die besonderen jüdischen, im Auge gehabt und gefördert.

Was den Handel und das Bankfach anbetrifft, so ist es allbekannt, dass deren grossartige moderne Entwickelung in Baden, wenigstens in ihren Anfängen, jüdischem Unternehmungsgeist und weitem Blick zu verdanken ist. Die Blüte des Mannheimer Handels im besonderen ist hauptsächlich aus der Anregung und Unterstützung des Bankhauses Ladenburg entstanden. Auf dem Gebiete der Industrie sind Juden in den Zweigen der Chemie, der Metallwaren-, Cellulose-, Papier-, Linoleum-, Woll-, Tuch-, Zigarrenfabrikation u. s. w. tätig und beschäftigen darin Tausende von Arbeitern.

Allerdings hat die Freizügigkeit bewirkt, dass die früher vorzugsweise ländliche jüdische Bevölkerung sich zumeist in die Städte gezogen hat. Dadurch kamen einerseits der Viehhandel und die Produktenmäklerei vielfach zum Fortfall, anderseits aber der von den Juden betriebene Landbau, der, ohnedies durch die Einfuhr billiger auswärtiger Erzeugnisse benachteiligt, neuerdings von den badischen Israeliten fast ganz aufgegeben worden ist. Um so notwendiger sind die Bemühungen einsichtiger badischer Juden in führender Stellung, ihre Glaubensgenossen aus den veralteten und immer schwierigeren Verhältnissen des Vieh- und ländlichen Produktenkleinhandels zum Handwerk hinüberzuführen, wo ihre Gewöhnung an genaues Rechnen und ordentliche Buchführung ihnen sowie dem ganzen Handwerk wesentlichen Nutzen zu bringen verspricht. Gegenwärtig sind in Industrie und Handwerk von den badischen Israeliten 1294 Männer und 453 Frauen beschäftigt, das heisst 17 und 26 Prozent aller Berufstätigen.

Seit der Emanzipation in den sechziger Jahren des jüngstverflossenen Säkulums bilden die Israeliten Württembergs einen, wenn nicht so hervorragenden wie in Baden, doch höchst ehrenwerten und nützlichen Bestandteil der Bevölkerung. Sie erfüllen ihre staatsbürgerlichen Pflichten mit voller Hingabe, was in der Volksvertretung oft in nachdrücklicher Weise anerkannt worden ist. Ihre treue Mitarbeit an dem Wohlbefinden der städtischen Gemeinden wurde durch Wahl in deren Vertretungen häufig gewürdigt. In gewerblicher Beziehung wurden sie ein Segen für viele Landesteile durch Regsamkeit, Unternehmungsgeist und Fleiss: so in Jebenhausen-Geppingen durch Einführung von Trikotwebereien, Buntwebereien und Zwirnereien. Heute noch zählt eine grosse Menge jüdischer Industrieller zu den bedeutendsten ihrer Branche. Ebenso nehmen die Juden Württembergs im Grosshandel wie im Woll- und Tuchhandel eine achtunggebietende Stellung ein. Die Fabrikation und den Grosshandel in Gardinen haben Israeliten im Lande begründet.

Auf finanziellem Gebiete haben seit einem Jahrhundert die Familien Benedikt, Kaulla, Pfeiffer dem Lande grosse Dienste geleistet. Die beiden letzteren Häuser sowie Geheimer Kommerzienrat von Pflaum stehen noch heute an der Spitze fast aller grösseren Unternehmungen und haben durch die von ihnen begründeten

bedeutenden Banken dem Handel und der Industrie eine sichere und zuverlässige Stütze gegeben. Die Württembergische Vereinsbank ist durch den Geheimen Kommerzienrat K. von Steiner ins Leben gerufen worden. Ein hervorragender Landwirt ist Direktor Landauer-Gerabronn, der Begründer der weltbekannten Hohenloheschen Präservenfabrik.

Das wissenschaftliche Leben ist gleichfalls ein reges. Als Gelehrte auf jüdischem Gebiete seien die Kirchenräte von Maier, von Wassermann und Kroner erwähnt; als Professoren an den Hochschulen Kaufmann, Marx, Schmidt. Regierungsrat Dr. Schmal steht im Verwaltungsdienste. In der Musik zeichnen die Juden sich gleichfalls aus, wie der später in London wirkende Hofkapellmeister Dr. Benedikt.

Die Gleichstellung der Juden diente auch in Bayern zum Wohle des Staates und des Volkes. Die Gewährung voller Freizügigkeit führte 7000 Juden nach Nürnberg, die diese Stadt zum Mittel- und Hauptpunkte des deutschen Hopfenhandels machten, durch Gründung von Fabriken vielen Tausenden von Arbeitern Brot schafften und den Exporthandel Nürnbergs neu belebten. Zahlreiche von Juden dieser Stadt und des Nachbarortes Fürth angelegte industrielle Betriebe nahmen einen solchen Umfang an, dass sie in blühende Aktiengesellschaften verwandelt wurden. In Fürth errichteten Juden eine grosse Spiegelmanufaktur, Georg Benda eine Bronzegiesserei; Ulmann und viele andere führten in die ganze Welt die Erzeugnisse der Fürther und Nürnberger Spielwarenindustrie aus.

Und wie im gewerblichen Leben, so nahmen in der Rechtswissenschaft und Rechtspflege bayrische Israeliten eine hervorragende Stellung ein. Karl Faust, Ortenau, von Hausmann, Rau, Philipp Gotthelf haben sich durch gelehrte juristische Schriften einen Namen erworben. Max Berlin in Nürnberg wurde 1874 der erste jüdische Berufsrichter in Bayern und stieg später zum Oberlandesgerichtsrat auf. Die gleiche Würde bekleideten noch vier Juden; einer — Heinrich Harburger — erhielt sogar die Stellung eines Rates am Obersten Landesgerichte. Auch mehrere jüdische Staatsanwälte hat es gegeben, selbst bei den höheren Gerichten. Kurz, hier ist in Bayern die Gleichberechtigung so voll und unbedingt durchgeführt worden, wie in

keinem anderen deutschen Lande. Als Rechtsanwälte und Notare haben die Juden sich durch strenge Ehrenhaftigkeit, Kenntnisse und Geschick ausgezeichnet: aus der Zahl hervorragender Männer soll da nur der in ganz Bayern verehrte Geheime Hof- und Justizrat Josephthal in Nürnberg genannt werden.

Die höchste Beamtenstellung nahm der Regierungsdirektor Dr. Jakob von Henle ein; aber auch andere Juden gab es unter den hohen Beamten.

Als ordentliche Professoren wirkten an der Universität Erlangen der Physiologe Dr. Rosenthal und der durch seine tätige Menschenliebe nicht weniger als durch seine wissenschaftlichen Leistungen hochverdiente Mediziner Dr. Koppel Herz, dem auf dem Hauptplatze der Stadt ein Denkmal gesetzt wurde. Leo Grätz ist Professor an der philosophischen Fakultät der Universität München, Oberstlandesgerichtsrat Harburger Ehrenprofessor der dortigen staatswissenschaftlichen Fakultät. Die Rabbiner Perles in München und Gross in Augsburg gehören zu den bedeutendsten jüdischen Gelehrten. Kapellmeister Hermann Levi war ein hervorragender Vertreter der Wagnerschen Musik; Toby Rosenthal ein anerkannter Maler orientalischen Wesens.

Auch im Dienste der Städte waren Juden tätig. Der Handelsrichter Moritz Guggenheimer war lange Jahre hindurch Vorsitzender des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten der Haupt- und Residenzstadt München.

Im Heere gab es, ehe der preussische Einfluss allmächtig wurde, mehrere aktive Offiziere jüdischen Bekenntnisses, wie den Major Marx und die Hauptleute Ortenau und Henle. Bankier Obermaier wurde Oberst der Landwehr, Notar Dr. Ortenau Auditor eines Reserveregiments. Der Adel wurde den beiden Brüdern Henle, dem Konsul Wilmersdörfer, dem Justizrat Hausmann und dem Kommerzienrat Gerngross verliehen.

Die reichen Israeliten Bayerns haben einen beträchtlichen Teil ihres Besitzes hochherzig zugunsten ihrer Mitbürger verwandt. So hinterliess Dr. Wilhelm Königswarter, Ehrenbürger von Fürth, sein ganzes Vermögen dieser Stadt (1887). Kommerzienrat von Gerngross hat schon bei Lebzeiten viele Hunderttausende für die künstlerische Ausschmückung seiner Vaterstadt Nürnberg, Kommerzienrat Berolzheimer andere Hunderttausende derselben

Stadt und dem Nachbarorte Fürth für gemeinnützige Bauten gespendet. Gerbereibesitzer und Magistratsrat Michael Kohn in Nürnberg hat dieser Stadt letztwillig Millionen zu wohltätigen Zwecken zugewandt.

Das bayrische Volk hat die Verdienste seiner jüdischen Mitbürger bereitwillig anerkannt, indem es solche zu seinen Vertretern wählte. Schon 1849 wurde der Fabrikbesitzer Dr. Morgenstern in Fürth zum Landtagsabgeordneten erkoren. Ihm folgten Dr. Arnheim, Wolfgang Frankenburger, Geheimrat Siegfried von Henle, Justizrat Gunzenhäuser, Konsul Karl Maison, Gabriel Löwenstein. Der politisch bedeutendste unter ihnen war Frankenburger, während zweier Dezennien ein Führer der liberalen Partei im Abgeordnetenhause, auch vier Jahre lang Mitglied des Deutschen Reichstages.

Das hat in vierzig Jahren die Emanzipation aus den einst kulturell so zurückgebliebenen und armen bayrischen Juden gemacht. Sie sind ein Segen für ihr Heimatland geworden, seitdem es sie als seine echten Söhne behandelte. Nicht philo- oder antisemitische Phrasen sind beweisend, sondern die soeben erwähnten unleugbaren Tatsachen und Namen.

Nicht minder hatte im Königreich Sachsen die Emanzipation eine glänzende Entwickelung des Judentums zur Folge. Die Dresdener Gemeinde hat am wenigsten zugenommen und wurde von der Leipziger überflügelt, die von tausend Seelen auf 7676 im Jahre 1905 stieg. Daneben wuchs die Chemnitzer Gemeinde, die im selben Jahre bereits 1280 Seelen zählte; und endlich eine ganze Reihe kleiner Gemeinden, die zum Teil in schneller Zunahme begriffen sind.

Die Staatsbehörden sind noch immer sehr vorsichtig in Anstellung von Juden im öffentlichen Dienste. Doch wirkten Johannes Meyer und Ortenstein als Landgerichtsräte, ersterer auch als Vorsitzender des Schwurgerichts. Rechtsanwalt Emil Lehmann wurde schon 1865 in die Dresdener Stadtverordnetenversammlung berufen, deren stellvertretender Vorsitzender er mehrere Jahre hindurch war, sowie 1875—1880 von der Stadt Dresden in die zweite Kammer des sächsischen Landtags entsandt.

Dr. Richard Koppel ist Professor und stellvertretender Direktor an der Königlichen Handelsschule, an der auch Ober-

lehrer Robert Herz doziert. An der Universität Leipzig lehrt ein Jude als ausserordentlicher Professor, Dr. Hausdorff.

Industrie und Handel haben auch in Sachsen von den Juden lebhafte Förderung erfahren. Die Solidität und kommerzielle Befähigung der Israeliten ist dadurch anerkannt, dass unter ihnen Italien, Österreich und Serbien ihre Generalkonsule, Württemberg seinen Konsul für Sachsen wählten. Die jüdischen Bankfirmen Knauth, Nachod und Kühne sowie H. C. Plauth geniessen eines Weltrufs, und ebenso der Musikverlag Peters und die Rauchwarenfirma Joseph Ullmann. Die Juden stehen in Sachsen wie überall in Werken der Wohltätigkeit voran. Jakob Plauth vermachte 1895 der Stadt Leipzig ein Kapital von 300000 Mark zu gunsten gering besoldeter Lehrer; Dr. Max Abraham, ehemals Inhaber der Firma Peters, der gleichen Stadt seine Musikbibliothek, deren Wert auf eine halbe Million Mark beziffert wurde, sowie ein Kapital von 400000 Mark. Solche Gaben sind um so rühmlicher, als gerade die sächsische Bevölkerung eine den Juden wenig wohlwollende Gesinnung zur Schau trägt.

Trotz vieler Hemmnisse in ihrer Betätigung haben die deutschen Juden in den vierzig Jahren, die seit ihrer theoretischen, teilweise auch wirklichen Gleichstellung verflossen sind, den Beweis ihres Vollwertes glänzend erbracht und sind nutzbare, ja unentbehrliche Glieder des deutschen Volkes und Staatswesens geworden. Ihre Betriebsamkeit, ihre geistige Begabung, ihre Vaterlandsliebe, ihre Wohltätigkeit, ihr Sinn für Wissenschaft, Kunst und Literatur haben aus ihnen einen wichtigen Faktor in der nationalen Gesamtentwickelung gemacht. —

Das Gleiche darf und muss man, trotz mancher Mängel, von den Juden in Österreich sagen.

Sie haben im politischen Leben eine hervorragende Rolle gespielt. Einer der Führer der revolutionären Bewegung des Jahres 1848 war der durch edelsten Charakter, spartanische Einfachheit und Opfermut ausgezeichnete Arzt Adolf Fischhof. Seine Anschauung, den österreichischen Liberalismus mit der Rücksicht auf die verschiedenen Nationalitäten zu verbinden, fand zu dessen Schaden keine Berücksichtigung bei der liberalen Verfassungspartei. Zwei Rabbiner, der berühmte Mannheimer

in Wien, sowie Meisels in Krakau, sassen in dem konstituierenden Reichstage zu Kremsier (1848—1849); der Dichter und Schriftsteller Moritz Hartmann in der Frankfurter Nationalversammlung. Simon Winterstein schwang sich durch seine finanzielle Begabung vom einfachen Spediteur zum Mitglied des Reichsrates, dann des Herrnhauses auf. Eine ganz ausgezeichnete Stellung nahm im politischen Leben Ignaz Kuranda ein, der Begründer der einst höchst wirksamen „Grenzboten", ein ebenso begabter wie makellos ehrenhafter Staatsmann und zugleich begeisterter Jude, Ehrenbürger der Stadt Wien und Vorsitzender des jüdischen Gemeindevorstandes, bis zu seinem Tode Mitglied des Reichrates.

In das österreichische Herrnhaus wurden mehrfach Juden berufen, wie das schon früher erwähnt worden ist. Jetzt sitzen dort mehrere Professoren der Wiener Universität sowie Präsidenten von wichtigen Handelskammern. Kaiser Franz Joseph hat durch solche Berufungen stets das Verdienst von Juden unparteiisch, ja wohlwollend anerkannt. Im Abgeordnetenhause des Reichsrats haben sich stets zahlreiche Juden befunden, gegenwärtig dreizehn, von denen einige Nationalisten und Zionisten einen besonderen „Jüdischen Klub" begründet haben — ein Unicum unter den heutigen Parlamenten. Ein Jude gehört dem Polenklub an, zwei liberale in Wien gewählte blieben unabhängig.

Im Gemeinderat der Stadt Wien haben Männer wie Kuranda, Leopold Kompert, besonders Moritz Pollak von Borkenau, dieser als Finanzreferent, Tüchtiges geleistet. Noch jetzt findet man in dieser Körperschaft einige Israeliten, wie den ausgezeichneten Baurat Stiassny, aber sie spielen unter der erdrückenden christlich-sozialen Mehrheit keine Rolle.

Auch in Böhmen haben an dem unversöhnlichen Kampfe zwischen Tschechen und Deutschen Juden einen hervorragenden Anteil genommen. Zuerst standen sie alle auf deutscher Seite; aber die nationale Ausschliesslichkeit und der fanatische Antisemitismus der All- und Nurdeutschen haben viele Israeliten zu eifrigen Anhängern der tschechischen Sache gemacht. Trotzdem waren die deutschen Studenten, die in Prag allsonntäglich sich von den Tschechen anrempeln, prügeln und anspucken liessen, zum grossen Teile Juden. Sie lieben nicht allein ihre Feinde, die deutschen Antisemiten, sondern lassen sich auch für sie verhauen — was sogar das Evangelium nie verlangt hat.

Was die Berufswahl der österreichischen Juden anbetrifft, so haben sie etwas stärkere Beteiligung an der Landwirtschaft als anderswo: Ende 1900 mit 11,4 Prozent; von diesen 57000 jüdischen Landwirten wohnten nicht weniger als 53500 in Galizien und der Bukowina. Sie besitzen dort mehrere Musterwirtschaften, wie auch das dem Ritter von Gutmann gehörige Gut bei Tolitschau in Mähren eine solche ist. In der Industrie und dem Handwerke sind 28,7 Prozent der Juden tätig. Hier ist unter ihnen die Entwickelung vom Klein- und Zwischenhandel zum Grossbetriebe in verhältnismässig kurzer Zeit sehr schnell vor sich gegangen. Ein grosser Teil der Zuckerfabriken befindet sich in Händen von Israeliten; einer von ihnen, Rudolf Auspitz, hat Hunderttausende von Gulden zum Wohle seiner Arbeiter angelegt. Gebrüder Gutmann haben die Kohlenberg- und Eisenwerke von Witkowitz bei Mährisch-Ostrau, eine der mächtigsten Anstalten der Welt, zu ihrer gegenwärtigen Höhe gebracht. Wilhelm Ritter von Gutmann und dessen Bruder, Ritter David, haben Zucker-, Soda- und andere Fabriken begründet und zu ausserordentlicher Grösse entwickelt. Diese Familie ist stets dem Judentum begeistert anhänglich gewesen und hat für ihre Religionsgemeinschaft tätig gewirkt. Die Jenbacher Berg- und Hüttenwerke verdanken ihre Blüte den Brüdern Reitlinger. Max Springer begründete die grösste Presshefefabrik in Österreich; sein Sohn Baron Gustav, spielte in der höchsten Aristokratie Österreichs eine glänzende Rolle. Andere Israeliten schufen Fabriken der gebogenen Möbel, Seidenwarenfabriken, Glashütten, Fezfabriken, Kleidermanufakturen, Baumwollenwarenfabriken, Porzellanmanufakturen. Fast die gesamte Ausfuhr von Konfektion nach dem Orient liegt in jüdischen Händen. Auf allen Gebieten der Industrie sind die jüdischen Fabrikanten von Bedeutung, nur wenige dieser Firmen aber dürften älter sein als 30—40 Jahre: ein schönes Zeugnis für den Anteil, den die Juden an dem glänzenden Aufschwung des Fabrikwesens im jetzigen Österreich genommen haben.

In der Kleinindustrie sind die Juden besonders häufig in der Bekleidungsbranche (Schneider und Schuhmacher), als Gastwirte und in der Verarbeitung von Nahrungsmitteln. In anderen Industrien und besonders als Fabrikarbeiter stehen sie unter dem normalen Durchschnitt.

Sehr zahlreich widmen sie sich natürlich dem Handel, dem beinahe die Hälfte — 437 unter Tausend — von ihnen angehört. In der Gruppe der Handelsagenten und verwandter Beschäftigungen sind 42 Prozent aller hierhergehörigen Personen Juden. Im Warenhandel sind über $^1/_3$, im Geld- und Kredithandel fast $^1/_5$ der Berufzugehörigen israelitischen Bekenntnisses. Noch vor vierzig Jahren haben Juden wie Baron Jonas Königswarter und Baron Eduard Todesco, neben dem Bankhaus S. M. von Rothschild, eigentlich das Finanz- und Bankwesen in Österreich vertreten. Die seitdem entstandenen Gross-Aktienbanken haben die Privatbankiers in den Hintergrund gedrängt, aber jene sind teils von Juden begründet — wie der Wiener Bankverein von Bauer, der ein sehr guter Jude war — teils werden sie von ihnen in leitender Stellung verwaltet. Besonders tritt da Theodor Ritter von Taussig, lange im Vorstande der israelitischen Gemeinde in Wien, hervor, der 1908 einstimmig von dem Verwaltungsrate der grossen Österreichischen Bodenkreditanstalt zu deren Gouverneur gewählt wurde: eine Stelle, die bisher immer aus dem Hochadel besetzt worden war — und dies inmitten der christlich sozialen Aera!

In Lohnarbeit wechselnder Art und als häusliche Dienstboten sind in Österreich 10,7, in Deutschland nur 2,97 Prozent berufszugehörig, was auf höhere soziale Stellung, speziellere Berufsbildung und grössere Festigkeit der wirtschaftlichen Lage der deutschen Israeliten gegenüber den österreichischen schliessen lässt.

Endlich sind an öffentlichem Dienste und freien Berufen von Juden 16,2 Prozent — gegenüber $10^1/_2$ Prozent der Christen — beteiligt. Dieser hohe Prozentsatz der Israeliten erklärt sich daraus, dass einerseits das Sanitätswesen und die Advokatur, anderseits der Journalismus und die Bühne hier mit einbezogen sind, Berufe zu denen die Juden ein starkes Kontingent stellen.

Unter den Gelehrten zeichneten sich der bedeutende Philologe Theodor Gomperz, der Semitist David Heinrich Müller, der Anatom Emil Zuckerkandl, der Otologe Adam Politzer, der Mediziner Dr. Oser, der Zoologe Bertold Katschek, der Chemiker Adolf Lieben, der Jurist Karl Samuel Grünhut, die Historiker

Heinrich Friedjung und — später getauft — Max Büdinger aus. Fast alle Genannten sind Professoren an der Universität.

Als Maler ist in erster Reihe zu nennen der Porträtist Leopold Horwitz und der Genremaler Isidor Kaufmann; als Architekten Hofrat Siegmund Taussig und Wilhelm Stiassny, als Musiker der Opernkomponist Karl Goldmark und der Operettenkomponist Oskar Strauss, sowie der Klaviervirtuose Alfred Grünfeld. Berühmte Sängerinnen sind Karolina Bettelheim und Selma Kurz, und von den vielen ausgezeichneten jüdischen Schauspielern sei nur Adolf Sonnenthal erwähnt.

Dramatische Schriftsteller sind S. H. Mosenthal und Arthur Schnitzler; unter den zahlreichen bedeutenden jüdischen Journalisten ragte zumal Eduard Bacher, der verstorbene Chefredakteur des Weltblattes „Neue freie Presse", hervor.

In der Beamtenlaufbahn sind viele Juden zu finden, doch rückten sie niemals bis zum Sektionschef (Ministerialdirektor) auf; es sei denn dass sie sich taufen liessen, wie der Rabbinerssohn Dr. jur. Singer, der als Exzellenz Sieghart kürzlich den österreichisch-ungarischen Ausgleich mit dem ungarischen Unterstaatssekretär Szterenyi, gleichfalls einem getauften Rabbinerssohn, verhandelte und abschloss.

Im Heere dienen verhältnismässig genau ebenso viele Juden, wie Christen, nämlich 1,6 Prozent. Die zahlreichen jüdischen Offiziere gelangen nur bis zum Oberst und erhalten bisweilen bei der Verabschiedung den Charakter als Generalmajor, wie noch jüngst der Oberst Simon Vogel. Ein wirklicher Generalmajor war der jüngst verabschiedete von Schweitzer.

Die Juden machen einen der markantesten Züge im Wiener Stadtbilde aus. Sie füllen die Theater und Konzertsäle und stehen bei allen wohltätigen Veranstaltungen vorn an. Ihrer Vaterstadt sind sie, trotz des dort vorherrschenden Antisemitismus, mit schwärmerischer, stark pointierter Vorliebe ergeben. Die jüdischen Künstlerinnen, unter denen es Malerinnen und Bildhauerinnen gibt, wie die Russin Theresa Ries, stehen mit der Aristokratie auf vertrautem Fusse. Die Salons des Baron Eduard Todesco und des Ritters Leopold von Wertheimstein waren im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts Sammelstätten der Schriftsteller- und Künstlerwelt, sowie Ausgangspunkte

für die Schaffung wohltätiger Einrichtungen. Zumal die Frauen der beiden Häuser, zwei Schwestern Gomperz und Fräulein Franzi von Wertheimstein wussten durch Geist und Anmut viele ausgezeichnete Persönlichkeiten anzuziehen. Dort verkehrten Grillparzer, Bauernfeld, Saar, der grosse Münchener Maler Lenbach, der Minister Unger — ein getaufter Jude — Adolf Wilbrandt. Diese Wiener jüdischen Salons erinnern an die Berliner um das Jahr 1800, doch hielten sie sich von dem in diesen herrschenden frivolen Ton frei. Franzi von Wertheimstein, die unvermählt als letzte ihrer Familie 1907 gestorben ist, hat ihren grossen Garten der Stadt geschenkt, die ihn als Wertheimsteinpark der öffentlichen Benutzung geöffnet hat. —

Eine besondere Betrachtung verdienen die Verhältnisse der Juden in Galizien, wo sie einen so bedeutenden Teil der Bevölkerung ausmachen.

Galizien ist ein vorzugsweise agrarisches Land; über 86 Prozent seiner christlichen Bevölkerung befasst sich mit der Landwirtschaft, von den Juden freilich nur $17^2/_3$ Prozent. Dagegen wenden sich der Industrie von den Christen $4^1/_5$, von den Juden $26^2/_5$ Prozent zu. Sind das schon schneidende Widersprüche in der Beschäftigung der beiden Bevölkerungsteile, so treten solche noch lebhafter im Handelsberufe hervor: hier ist nur ein Prozent der Christen tätig, von den Juden $29^2/_5$, also beinahe das Drittel. In der Tat haben diese ziemlich den ganzen Warenhandel inne. Die liberalen Berufe sind bei den Juden Galiziens achtmal mehr vertreten als bei den Christen: ein Beweis ihres lebhaften geistigen Strebens. Immerhin ist die Beschäftigung mit der Landwirtschaft bei den galizischen Israeliten (49000 Tätige in diesem Berufe) viel häufiger, als bei denen irgend eines anderen Landes. Auch dass in Westgalizien die Juden ein volles Drittel, in Ostgalizien gar $82^2/_5$ Prozent aller Handwerker und Industrieller ausmachen, muss hier mit Nachdruck hervorgehoben werden: zusammen 73206 Berufstätige, fast ebenso viel wie die 81671 in Handel und Verkehr Tätigen. Rechnen wir zu jenen die 49000 Landwirte hinzu, so sehen wir, dass um die Hälfte mehr (rund 122000 gegen 82000) in den sogenannten „produktiven“ Erwerbzweigen beschäftigt sind, als im Handel. So verschwinden vor den positiven Zahlen die Verleumdungen

und Vorurteile! Besonders sind von den galizischen Juden die Nahrungsmittelerzeugung und die Bekleidungsindustrie bevorzugt — in jener waren 1900: 11036, in dieser 20298 Juden tätig. In Gasthöfen, Schänken und Cafés arbeiteten nicht weniger als 22981 Juden — auch dieses Gewerbe gehört ihnen in Galizien vorzugsweise an. Ohne Berufsangabe findet man 44,8 Prozent galizischer Juden — ein sprechender Beweis für die Nahrungslosigkeit, das ökonomische Elend, das „Luftmenschentum" unter ihnen.

Für späterhin ist jedoch eine Besserung mit Bestimmtheit zu erhoffen. Die Zukunft Galiziens liegt in seiner ernsthaft angestrebten industriellen Entwickelung — an dieser aber werden, dem Charakter der Bevölkerungen nach, in grossem Masse die Juden beteiligt sein und aus ihr in hervorragender Weise ökonomischen Nutzen ziehen.

Sie hierfür auszurüsten, daran arbeitet mit Eifer die Jewish Colonization Association. Sie hat für Kleinhandel und Gewerbe Kreditgenossenschaften eingerichtet in der Form von Genossenschaften mit beschränkter Haftung. Es gibt jetzt zwölf solcher Kassen. Sie zählten im Jahre 1906: 8563 Mitglieder, die 173883 Kronen eingezahlt hatten. Die Menge der Darlehen betrug in diesem Jahre 7350 in Höhe von zusammen 1390428 Kronen, so dass durchschnittlich jedes Darlehen etwa 190 Kronen umfasste. Diese Darlehen ergingen nicht allein an Kaufleute und Krämer, sondern an Handwerker jeder Art, an Guts- und Ziegeleibesitzer, Ackersleute beiderlei Geschlechts, Kellner, Beamte, Apotheker, Ärzte, Rechtsanwälte. Man ersieht wiederum aus den Listen, in wie hohem Grade der Beruf der galizischen Israeliten sich über alle nützlichen Beschäftigungsweisen erstreckt. Die Rückzahlungen erfolgten mit überraschender Pünktlichkeit; Verluste an Darlehen kamen ungemein selten vor. Im Gegenteil, die zwölf Vorschussgenossenschaften erzielten im Jahre 1906 nach Abzug aller Zinsen noch einen Reingewinn von 7774 Kronen: ein Beweis für die Gewissenhaftigkeit der viel geschmähten galizischen Juden, die man im Auslande immer nur nach ihren Schnorrern beurteilt.

Auch Arbeitsgelegenheiten hat die „Association" geschaffen, so eine Puppenfabrik, eine Tischlerwerkstatt, eine Lehrfarm.

Aber man könnte nicht sagen, dass sie damit einen gleichen Erfolg erzielt hat, wie mit den Vorschusskassen. Der Besuch der Anstalten ist gering, und die Mehrheit der auf dem Lehrgute herangebildeten Zöglinge ist nach Kanada ausgewandert und so mit seinen landwirtschaftlichen Kenntnissen und Fertigkeiten der galizischen Heimat verloren gegangen. Die Landwirtschaft bietet dort den Juden augenblicklich keine lohnende Aussicht.

Daneben war der „Wiener Hilfsverein für die notleidende jüdische Bevölkerung Galiziens" tätig, der unter den dortigen Frauen Spitzenhäkelei, Klöppelei, Haarnetzerei, Kleiderkonfektion, Wäschefabrikation und dergl. einbürgerte und damit 3100 Arbeiterinnen im Jahre 1907 einen Verdienst von 267 846 Kronen schaffte; in dem vorhergehenden Jahre war der Verdienst ein annähernd gleicher gewesen. Auch die Industrie männlicher Arbeiter wurde gefördert und galizische Handwerkslehrlinge bei Wiener Meistern ausgebildet. Der „Hilfsverein der deutschen Juden" unterhielt Kindergärten in Stanislau und Tarnow, die Baron-Hirsch-Stiftung mannigfache Schulen, wo jüdische Kinder für Ergreifung ehrenhafter und nutzbringender Berufe vorbereitet werden. Freilich kommen alle diese Veranstaltungen nur einem geringen Teile der jüdischen Bevölkerung Galiziens zugute, und deren materielle und geistige Not bleibt um so grösser, je mehr einerseits sie noch immer von Wunder- und Aberglauben sowie von Hass gegen alle moderne Kultur beherrscht wird, anderseits Gegenstand der Abneigung und Zurückdrängung für die Leiter der Polenpartei ist.

In Ungarn gleichen die wirtschaftlichen Zustände der Juden vielfach noch den osteuropäischen, während andere Teile dieser Gemeinschaft schon inmitten der westeuropäischen Entwickelung stehen. An die ersteren gemahnt der Umstand, dass es dort zahlreiche jüdische Handwerker gibt. In Budapest finden wir z. B. im Jahre 1891: 425 Schneider und 173 Schuhmacher, daneben 103 Schlosser, 94 Klempner, 80 Tischler, 70 Tapezierer, 97 Juweliere. Auch waren dort von Juden 100 Kommissionäre (Hordars) und 544 Tagesarbeiter tätig.

Sehr bedeutend ist die Zahl der jüdischen Künstler in Ungarn. Einen besonders grossen Ruf haben sich die Maler Isidor Kaufmann, Alexander Bihari, Leopold Horowitz, Gustav

Mannheimer, Philipp Szenes, Adolf Fenyes, Ludwig Mark, Ludwig Kunfy, Isak Perlmutter, Ferdinand Katona, Emerich Knopp, Josef Köves erworben. Unter den Bildhauern stehen Julius Donath, Josef Rona, Eduard Teles im Vordergrunde. Von Architekten nennen wir vor allem Leopold Baumhorn, der sich auch als Erbauer schöner Synagogen ausgezeichnet hat, Alexander von Fellner, Bela Leitersdörfer. Die Begabung der Juden für die Musik macht sich auch auf ungarischem Boden bemerkbar. Isidor Bator ist ein allerorten bekannter Komponist. Willy Deutsch war ein Klaviervirtuose, der sich um das musikalische Leben der ungarischen Hauptstadt, besonders um die Pflege der klassischen Musik, sehr verdient gemacht hat. Operetten komponierten Bela Hagyi und Josef Konti, der erste Kapellmeister des Volkstheaters. Ein sehr bedeutender Musiker ist Julius Major, der Opern, Symphonien und religiöse Gesänge, auch musikalische Lehrbücher verfasste und als Klaviervirtuose und Kapellmeister sich auszeichnete. Er wurde Direktor der von ihm begründeten Musikschule und Redakteur des „Ungarischen Orpheus". Der berühmteste ungarisch-jüdische Musiker aber ist Karl Goldmark aus Keszthely (geb. 1832), der freilich bald seinen dauernden Aufenthalt in Wien nahm. Unter seinen Operdichtungen erlangte „die Königin von Saba" einen Weltruf, und nicht minderen Beifall Symphonien und Ouvertüren. Auch die Schauspielkunst fand zahlreiche Vertreter, unter denen Ludwig Barnay, der Theaterdirektor Sigmund Feld, der Opernsänger David Ney, Maria Barkany besonders hervorzuheben sind.

Der geschätzteste lebende ungarische Dichter ist ein Jude, Josef Kiss, geboren in Mezö-Csat im Jahre 1843. Insbesondere erwarben seine Balladen, deren Stoffe er gern der jüdischen Sage oder der jüdisch-ungarischen Gesellschaft entnahm, allgemeinen Beifall; auch religiöse Dichtungen und Tempellieder entstammten seiner Feder. Seit 1890 redigierte er die belletristische Zeitschrift A het („Die Woche"). Seine Gedichte sind mehrfach ins Deutsche übersetzt. Im Jahre 1908 wurde er im ganzen Lande mit Begeisterung gefeiert. Simon Bacher (1823—1891) machte sich besonders auf dem Felde der hebräischen Dichtung einen Namen. Schauspieldichter sind Franz Molnar, Alexander Brody und der 1901 verstorbene Emil

Makai, der auch durch poetische Übertragungen sowie als Bearbeiter jüdischer Dichter des Mittelalters Treffliches leistete.

In der Wissenschaft zeichneten sich die Orientalisten Wilhelm Bacher, Ignaz Goldziher, Ignaz Kunos aus, sowie der berühmte Reisende und Orientalist Hermann Vambery, geboren 1832 in Szerdahely; die Sprachforscher Bernhard Munkacsi, Ignaz Halasz, Moritz Szilasi, Josef Balassa; als Historiker Ignaz Aesadi, Heinrich Marczali, Eduard Mahler. Von Philosophen sind zu nennen: Moritz von Karman, der sich besonders als Pädagoge betätigte, als solcher auch im Auslande geschätzt ist und einen sehr bedeutenden Einfluss auf das ungarische Schulwesen ausgeübt hat; Bernhard Alexander, der zumal in der Aesthetik tätig war und als Literarhistoriker; Josef Banaczi, Herausgeber der Bibliothek philosophischer Schriftsteller. Der schon genannte Wilhelm Bacher, ferner David Kaufmann, Ludwig Blau, Moses Bloch, Meyer Kayserling haben auf dem Gebiete der Wissenschaft des Judentums die weiteste Anerkennung erworben.

Die Mathematik fand Förderung durch Moritz Rethy, Julius König, Ludwig Schlesinger; die Astronomie durch Moritz Loewy, den berühmten Direktor der Pariser Sternwarte, der freilich schon lange in der französischen Hauptstadt lebt; die Meterologie durch Ignaz Kurländer.

Juden gehören, wie überall seit vielen Jahrhunderten auch in dem gegenwärtigen Ungarn zu den geschätztesten Medizinern: so Ignaz Hirschler, Adolf von Szili, Adolf Onodi, Arthur Schwarz, Jonas Baron, Emanuel von Herzel, Kornel Lichtenberg, Wilhelm Goldzieher und viele andere. — Ministerialrat Ludwig Ballai, Arthur Jellinek, David Pap, Ministerialrat Michael Szanto, Hermann Neumann, Moritz Stiller, Moritz Mezei, Jakob Schreyer sind hervorragende Juristen; dazu die Senatspräsidenten von der königlichen Kurie (oberstem Gerichtshof) Hugo Beck, Sigmund Deisey, Ignaz Neuberger, die Kurialrichter Ignaz Divai und Desiderius Markus, der Tafel- (Oberlandes-) richter Wilhelm Lippe, der Kronanwalts-Substitut Isidor Baumgarten. Ein allgemein geschätzter Nationalökonom ist Theodor Hertzka, der überdies in seinem „Freiland“ ein interessantes soziales Zukunftsbild enthüllte.

Überaus zahlreich sind die Schriftsteller und Redakteure jüdischen Glaubens in Ungarn. Adolf Kohut hat seine fruchtbare Feder zumeist in Deutschland geführt. Adolf Dux wirkte bildend und fördernd durch seine im Pesther Lloyd erschienenen vielfachen ästhetischen und kritischen Arbeiten und verbreitete durch wohlgelungene Übertragungen ins Deutsche die Kenntnis der ungarischen Literatur im Auslande. Adolf Agai ist ein ausgezeichneter Humorist und Jugendschriftsteller. Die übrigen führen wir hier nicht auf, da sie, trotz ihrer Verdienste um die heimische Literatur und Journalistik, dem nichtmagyarischen Leser blosse Namen bleiben würden.

Im Offizierkorps finden sich gleichfalls viele jüdische Offiziere, von denen Feldmarschalleutnant (Generalleutnant) Eduard Schweitzer und Generalstabsarzt Dr. Julius Kepes, der Chef des gesamten Sanitätswesens, die höchsten Grade erlangt haben.

Als Politiker haben die Juden während der vierzig Jahre seit ihrer Gleichberechtigung eine bedeutende Rolle gespielt: Moritz Wahrmann, Kornel Visontai, Samuel Bakonyi, der Demokrat Wilhelm Varzsonyi, Eduard Horn, Paul Sandor gehören zu den markantesten politischen Persönlichkeiten der Zeit. Franz Chorin, Alexander Hatvany-Deutsch, Sigmund Kornfeld, Wilhelm Ormody, Karl von Svab waren Mitglieder des Magnaten- (Herren-) Hauses. Unter den Finanzgrössen sind Sigmund Kornfeld, Wilhelm Ormody, Adolf Ullmann, Baron Ferdinand Madarassy-Beck, Franz Szekely, Dionysius Beck, als Grossgrundbesitzer Karl von Svab und Baron Sigmund Schonberger zu nennen. Auch in der Grossindustrie finden wir zahlreiche Juden, unter ihnen Goldberger de Buda, Moritz und Ignaz von Fischer, Bernhard von Deutsch, Alexander Josef von Hatvany-Deutsch, Baron von Gutmann. Generaldirektor der Budapester Strassenbahn ist Heinrich von Jellinek, Generaldirektor der elektrischen Bahn Josef von Hüvös, Direktor der Südbahn Ministerialrat Ritter von Bram, Direktorstellvertreter an dieser Moritz Breuer, Oberinspektor Ignaz Wittenberg. Direktor des Budapester Handelsmuseums ist der Nationalökonom Franz Hellai. Sehr vielseitig schaffte Moritz Gelleri, nicht nur als Direktor des Landesindustrievereins und Sekretär der grossen Landesausstellung

von 1896, sondern auch als Redakteur und hervorragender Beamter der Freimaurer-Grossloge. Emanuel Konyi, der Chef des Stenographenbureaus des ungarischen Reichstages, sowie sein Nachfolger Adolf von Fenyvessy sind auch litterarisch tätig gewesen. Philipp und Arthur Wodianer gehören zu den bedeutendsten Buchdruckern und Verlegern Ungarns und haben mehr als zweitausend Schulbücher herausgegeben.

Ist es nicht erstaunlich, dass die ungarische Judenheit, die erst seit sechs oder sieben Dezennien überhaupt der europäischen Kultur zugänglich geworden ist, eine solche Fülle von Talenten auf den verschiedensten Gebieten hervorgebracht, dem Vaterlande und der Nation so hervorragende Dienste geleistet hat? Ein neuer Beweis von der ungewöhnlichen Fruchtbarkeit des jüdischen Geistes. Wo man ihm die Tore öffnet, schafft er Bedeutendes und oft Grosses für das Heimatsvolk und für die Weltentwickelung, nicht nur die materielle, auch die geistige. —

Seit der vollständigen Einigung Italiens im Jahre 1870 hat dieses Land sich mit erstaunlichem Erfolge seiner intellektuellen, politischen und industriellen Entwickelung gewidmet. Die Israeliten haben an den schnellen und bedeutenden Fortschritten dieser klugen und feingeistigen Nation ihren vollen Anteil genommen, wenigstens als Individuen, während ihre Gesamtheit als solche eine minder erfreuliche Gestaltung zeigt. Der Tätigkeit, dem Streben, der allseitigen Entfaltung der Israeliten war staatlicherseits keine Grenze gesetzt, und so stiegen sie zu den höchsten Ämtern, zu den massgebendsten Stellungen auf allen Gebieten des Lebens in einer Anzahl und Bedeutung auf, die mit ihrer geringen Menge: etwa 40000 Seelen unter dreissig Millionen Italienern, in gar keinem Verhältnisse steht. In der Politik übten sie einen grossen Einfluss aus; sie haben stets zwischen sechs und fünfzehn Abgeordnete in der Kammer, zwischen vier und sieben Senatoren gezählt. Mehrere von diesen wurden Staatsminister, wie Luzzatti im Schatz-, Ottolenghi im Kriegsdepartement. In den übrigen Staatsämtern, auch den höchsten — wie denen der Unterstaatssekretäre und Ministerialdirektoren — sind sie zahlreich vertreten. Nicht anders verhält es sich im Heere: die jüdischen Soldaten und Offiziere haben sich mutig für das Vaterland geopfert, wie z. B. der ausgezeichnete Hauptmann

Enrico Segrè im Jahre 1896 bei Abba Carinna gegen die Abessinier den Heldentod fand.

Die Provinzial- und Gemeindeverwaltungen zählten gleichfalls viele Juden in ihrer Mitte. Einige von diesen erhielten die Bürgermeisterwürde, wie Alessandro d'Ancona in Pisa und besonders Ernesto Nathan in der Reichshauptstadt Rom.

Die Vorliebe für geistige Beschäftigungen, die den Juden aller Länder eigen ist, tritt auch unter denen der Apenninenhalbinsel hervor. Die Zahl der jüdischen Studenten und Professoren an den Universitäten und den übrigen Hochschulen ist überraschend gross und steigt bis zu dem Prozentsatz von 20, während die Israeliten nur 0,13 Prozent der Gesamtbevölkerung bilden. Im Jahre 1887 gab es 37 jüdische Hochschulprofessoren, unter denen besonders der ausgezeichnete Sprachvergleicher Graziadio Ascoli, der hervorragende Philologe und Literarhistoriker Alessandro d'Ancona, der sich auch auf dem Gebiete der Politik und Verwaltung betätigte, sowie der berühmte Cesare Lombroso zu nennen sind.

Unter den Schriftstellern und Künstlern finden wir nicht minder bedeutende Israeliten, wie den Dichter Tullo Masserani, den Dramatiker Sabatino Lopes, den Maler Hercolano Navarra, den Musiker Federico Consolo. Claudio Treves, Edoardo Arbib, Achille Tedeschi gehören zu den namhaftesten Journalisten des neuen Italien.

Selbstverständlich spielen die Juden im Handel dieses Landes eine bedeutende Rolle. Aber auch in der Industrie zeichnen sie sich aus: wir erwähnen nur die Spitzenfabrik von Jessurun in Venedig und die Tuchmanufaktur Kössler in Prato.

Eine überraschende Fülle des Lebens in einer so kleinen Gemeinschaft! Die gleiche Beobachtung machen wir in Frankreich, wo bis zu der jüngsten Einwanderung aus Russland die Zahl der Israeliten nicht viel grösser war als in Italien. Und doch finden sich solche in überraschender Menge auf allen Gebieten des ökonomischen, wissenschaftlichen, sozialen und künstlerischen Lebens.

Sie haben sich stets durch einen brennenden Patriotismus ausgezeichnet; in der Tat mussten sie ihrem Vaterlande, der Heimat der Gleichberechtigung der Israeliten, von ganzer Seele

dankbar und ergeben sein. Auch hat der französische Geist viel Ähnlichkeit mit dem jüdischen. Juden haben dort in der Hochfinanz stets eine massgebende Stellung eingenommen: die Rothschild, Fould, Pereire, Bischofsheim, Reinach und viele andere Häuser gehörten zu den herrschenden finanziellen Firmen des reichen Landes. Als Ingenieure taten sich Josef Hirsch, Maurice Levy, L. Bachman hervor. Im Heere und in der Verwaltung sind Juden zu den höchsten Stellen und Würden aufgestiegen. Adolf Crémieux, Achille Fould, Michel Goudchaux, David Raynal nahmen Ministerposten ein. In der Wissenschaft zeichneten sie sich auf den mannigfachsten Gebieten aus: so Salomon Munk, Josef und Hartwig Derenburg, Michel Bréal, Julus Oppert, H. Weill, Salomon und Theodor Reinach, Arsène und James Darmesteter, Josef Halévy in klassischer oder orientalischer Sprachwissenschaft; Gustav Bloch in Archäologie; M. Loewy, Albert Levy, Gabriel Lippmann in Astronomie und Naturwissenschaft; Bédarrides, A. Bloch, Lyon-Caen in Rechtswissenschaft; Georges Hayem, Hippolyte Bernheim, Mathieu Hirtz und Germain Sée in Medizin; Adolf Frank und H. L. Bergson in Philosophie. Im Jahre 1904 gab es 13 jüdische Mitglieder des „Instituts“, der grossen Akademie der Wissenschaften, sechs Professoren am Collége-de-France. Die schönen Künste fanden hervorragende Vertreter in den Musikern Fromental Halévy, Samuel David, Jonas Waldteufel, Léonce Cohen, Ernest Cohen; in den Bildhauern Emile Soldi, Emmanuel Hannaux, Z. Astruc; in den Malern Benjamin Ulmann, Emile Lévy, Jules Worms, E. Brandon, Edouard Lièvre, Alfons Hirsch; in den Schauspielerinnen Rachel, Amélie Hirsch, Rosine Bloch, Sarah Bernard. Crémieux, Albert Wolff, Blowitz, Arthur Meyer, Millaud, Josef Reinach sind hervorragende Journalisten und Politiker; Schriftsteller Léon Halévi und Catulle Mendès; dramatische Dichter Ludovic Halévy, Adolf d'Ennery, Ernest Blum, Hector Crémieux, Albin Valabrègue, Bernstein. Unter den Philanthropen und Wohltätern nehmen zahlreiche Juden hervorragende Stellungen ein: Bischofsheim — der die grossartige Sternwarte von Nizza geschaffen hat; — die Damen Fourtado, Heine, Beer, Coralie-Cohen, Baronin Hirsch, die Herrn Königswarter, Rothschild, Salvador und viele andere. So hat die französische Kultur begeisterte

und begabte Förderer unter den Israeliten gefunden in einer Anzahl und Bedeutung, deren sie schwerlich entraten könnte.

Die Israeliten Englands im letzten halben Jahrhundert haben sich individuell weniger ausgezeichnet durch reiche wissenschaftliche, künstlerische und literarische Begabung als die irgend eines anderen westeuropäischen Landes. Hier ist fast nur der Dichter des neuesten englischen Ghetto, Israel Zangwill, zu nennen. Im Bankwesen und in der Jurisprudenz liegt die Stärke der englischen Juden, von denen sich viele durch ihre Vorzüge in diesen beiden Richtungen zur Aristokratie des Landes aufgeschwungen haben. Ganz hervorragende Wirksamkeit entfalten die englischen Israeliten durch ihre unbegrenzte Wohltätigkeit, durch die vor allem sie sich die Achtung und Sympathie ihrer andersgläubigen Mitbürger erworben haben.

Wenn wir von diesen freiheitlichen Staaten Westeuropas nach Rumänien hinübergehen, so ist es, als ob wir um ein halbes Jahrtausend in der Kultur zurückschritten. Die Rumänen haben es in engherziger Unduldsamkeit und Trägheit verschmäht, die Vorzüge der unter ihnen lebenden Juden auszunützen und deren durch die Unterdrückung ihnen aufgezwungenen Fehler durch die Gewährung der Freiheit zu heilen. Sie ziehen es vor, die Juden immer mehr zu entrechten und zu knechten. Und doch sind diese weit davon entfernt, lediglich Hausierer, Kleinhändler, Kaufleute zu sein. Handeltreibende gab es 1904 unter ihnen nur 22590, etwa 21 Prozent oder wenig mehr als ein Fünftel aller Handeltreibenden in Rumänien. Dagegen zählte man 122 Unternehmer sowie 2092 Angestellte und Arbeiter jüdischen Glaubens in der Gross-, 338 Unternehmer sowie 738 Angestellte und Arbeiter in der Extraktiv-, endlich 9817 Unternehmer sowie 5694 Gesellen und 3989 Lehrlinge jüdischen Bekenntnisses in der Kleinindustrie. In letzterer finden wir Juden besonders als Schneider und Schuhmacher; in der Metall-, Holz- und Möbelindustrie. Papiermanufaktur, Kistenmacherei, Graveurgewerbe, Klempnerei, Uhrmacherei, Buchbinderei, Hutfabrikation, Tapezierindustrie, Schildmalerei sind gleichfalls vorzugsweise jüdische Beschäftigungen, in denen sie die Mehrheit aller darin Tätigen ausmachen. Der Anteil der Juden am Handwerk — 19,70 Prozent aller Handwerker — ist $4^1/_2$ mal so gross, wie

es ihrem Anteile an der Bevölkerung entsprechen würde. Diese Tatsache widerlegt schon einen grossen Teil der gegen sie von ihren Feinden gerichteten Anklagen. Ihre geringe Zuwendung zur Landwirtschaft erklärt sich aus dem Umstande, dass die Gesetzgebung sie dort so gut wie völlig von dem ländlichen Grundbesitze, ja Wohnrecht ausschliesst. Der Rumäne betrachtet das Handwerk als eine Erniedrigung. Er wendet sich lieber der Staatskarriere zu, wo ihm die „Fremden" keine Konkurrenz machen können. Allerdings erwächst daraus für die rumänischen Juden eine neue Gefahr. Aufmerksam gemacht durch die verhältnismässig geringe Beteiligung der Rumänen am Handwerke, hat die Bukarester Regierung den Plan gefasst, die Juden aus demselben zu verdrängen, und die trägen Rumänen an ihre Stelle zu setzen. —

Ähnliche Bemerkungen kann man über die ökonomischen Zustände der Israeliten in Russland machen. In dem ungeheuren Zarenreiche gibt es die bedeutendste Ansammlung von Juden — nicht weniger als sechs Millionen, $4^1/_5$ Prozent der Gesamtbevölkerung Russlands, etwa die Hälfte der ganzen Judenheit der Welt. Es ist für den Bildungsgrad dieser grossen Masse sowie für die Stärke ihrer Absonderung von den sie umgebenden Nationen der Russen und Polen bezeichnend, dass nahezu 97 Prozent von ihr das „Jiddische" als Umgangssprache gebrauchen und angeben. Die russischen Israeliten leben eng zusammengedrängt in dem ihrer grossen Mehrzahl allein zum Wohnsitze verstatteten „Ansiedlungsrayon", der die zehn polnischen und von den übrigen fünfzig Gouvernements des europäischen Russland nur fünfzehn umfasst. Der ganze Osten sowie die Mitte des Staates sind lediglich einzelnen bevorrechteten Juden geöffnet; auch im asiatischen Russland sind sie selten. Dagegen machen sie in sechs Gouvernements des Rayons 15—19 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, in den Kreisen mit grossen Industriestädten — wie Warschau, Lodz, Bialystock — sogar 25 bis 29 Prozent.

Es ist völlig irrtümlich, wenn man annimmt, dass die russisch-polnischen Juden zum überwiegenden Teile Handelsleute seien. Vielmehr liegen nicht ganz 43 Prozent von ihren Berufstätigen den Beschäftigungen des Verkehrs und Handels ob —

verhältnismässig weniger als in Österreich oder gar in Deutschland, wo $54^1/_2$ Prozent in diesen Lebenszweigen arbeiten. Der Industrie widmen sich in Russland $34^2/_3$, dem öffentlichen Dienste und den freien Berufen $6^1/_3$ Prozent der Juden. Die Landwirtschaft betreiben nahezu 4 Prozent, und zwar zumeist als wirkliche Landwirte, nicht nur als Inhaber oder Verpächter ländlicher Grundstücke. Die Zahl der so Beschäftigten würde noch weit grösser sein, wenn die Juden nicht vielfach vom flachen Lande ausgeschlossen wären.

Unter den freien Berufen, in denen ja die russischen Juden gleichfalls mannigfachen Beschränkungen unterworfen sind, wird vorzugsweise der ärztliche von ihnen ergriffen. Es gibt an zehntausend jüdische Ärzte und Hebammen. In der Industrie überragt bei ihnen alle anderen Zweige die Bekleidungsindustrie, in der 1897 nicht weniger als 254384 tätig waren, so dass mit den Angehörigen aus ihr 782454, also mehr als ein Siebentel der damaligen gesamten israelitischen Bevölkerung Russlands, ihren Lebensunterhalt zogen. Besonders die Anfertigung von Männerkleidung ist in dem Ansiedlungsrayon so gut wie ausschliesslich in jüdischen Händen; weniger zahlreich sind jüdische Schneiderinnen. Aber auch die Nahrungsmittel-Industrie umfasst 183316, das Baugewerbe 152678, die Metall-Industrie 148329, Tischlerei und Drechslerei 139476 israelitische Berufsangehörige. Man sieht, dass die russischen Juden auch in den den Körper anstrengenden Arbeitsarten sehr zahlreich vertreten sind. Volle 334857 Juden — ohne die Angehörigen — waren überdies Tagelöhner oder Dienstboten. Der Wissenschaft, Literatur und Kunst lagen unter tausend jüdischen Berufstätigen $32^1/_2$ ob, während die Grossrussen für diese Berufe nur $3^1/_2$ Promille zählten. Damit wird von neuem die grosse Anziehungskraft erwiesen, die höhere Bildung und Gelehrsamkeit, selbst unter den schwierigsten ökonomischen und politischen Verhältnissen, auf die Juden ausüben.

Wie energisch diese, trotz eben solcher Zustände, den Kampf ums Dasein aufnehmen und durchführen, kann wiederum durch einige Zahlen erwiesen werden. Es gibt unter ihnen 196 erbliche und 3366 persönliche Adlige, 6171 Ehrenbürger, 71848 Grosskaufleute. Aus solchen Tatsachen wird es erklärlich,

dass die russische Regierung die Israeliten hauptsächlich deshalb einschränkt und verfolgt, weil sie deren Intelligenz, Fleiss, Nüchternheit und Streben in dem Wettbewerb mit der griechisch-orthodoxen russischen Bevölkerung fürchtet.

Die russischen und polnischen Juden, die in England einwanderten, sind gleichfalls zum überwiegenden Teile Handwerker, nicht Händler. An erster Stelle stehen hier wieder die Schneider. Ein volles Drittel aller männlichen Russen und Polen in England über zehn Jahre gehört diesem Zweige des Handwerks an. Besonders die Herstellung billiger Männerröcke sowie von Frauen-Mänteln und Jacketts ist jüdisches Monopol geworden. In der Schuhmacherei halten diese Juden durch ihre billige Arbeit den Übergang von der Hand- zu der Maschinenfertigung erfolgreich auf. Viele sind Tischler und haben einen bedeutenden Aufschwung der britischen Ausfuhr in den einschlägigen Artikeln bewirkt. Viele von ihnen stellen auch Zigarren und Zigaretten her. Die jüdischen Arbeiter haben eigene Gewerkvereine (Trade-Unions) begründet, aber dem Sozialismus bleibt die Mehrzahl von ihnen fern.

Seit dem Auftreten der Judenverfolgungen in Russland, also seit dem Jahre 1881, ergiesst sich dann ein immer stärker anschwellender, erst in allerjüngster Zeit etwas nachlassender Strom jüdischer Auswanderer aus dem Zarenreiche, ein schwächerer aus Rumänien, nach dem gelobten Lande der Freiheit, nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Er umfasste bis 156000 Seelen im Jahre. Die Zahl dieser Einwanderer in der Zeit von 1881 muss auf mindestens 1400000 berechnet werden. In dem Lustrum von 1903/4 bis 1907/8 betrug er allein 642463 Personen. Die ganzen Verhältnisse, der gesamte Anblick der nordamerikanischen Judenheit wurden durch diese in der mehr als dreitausendjährigen Geschichte Israels unerhörte Völkerwanderung von Grund aus umgestaltet. Die Regierung und die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten gaben einen Beweis der Vorurteilslosigkeit und des Mutes, indem sie dieser ungeheuren Invasion keine anderen Schwierigkeiten entgegenstellten, als dass sie nur den ganz Unbemittelten oder Schwerkranken — Christen wie Juden — den Eingang verweigerten. Ja, das Gesetz vom Jahre 1906 bestimmte, dass bei den wegen religiöser

und politischer Gründe aus der Heimat Geflüchteten — und das war die grosse Mehrzahl der jüdischen Emigranten — selbst von der Nachweisung pekuniärer Mittel abgesehen werden solle. Die Folge davon war, dass im Jahre 1907/8 kein einziger Jude wegen fehlender Subsistenzmittel von der Einwanderung zurückgewiesen wurde. Die Menge aber von Arbeit, opfervoller Hingebung, einsichtiger Bemühung, die diese Einwanderung der alt-amerikanischen Judenheit auferlegte, ist unbeschreiblich.

Naturgemäss sammelte sich die jüdische Immigration in den grossen Städten, wo sie zunächst landete, wo sie eine ihren Gewohnheiten entsprechende Beschäftigung und schon zahlreiche Glaubens- und Schicksalsgenossen antraf: vor allem in New-York, das jetzt weit über eine Million Juden zählt — mehr als Deutschland, Frankreich, die Schweiz, Grossbritannien und Italien zusammengenommen; ferner in Philadelphia, Baltimore; dann in dem westlichen Chicago. Überall siedelte sie sich — ganz wie in London — in bestimmten Stadtteilen an, wo sie die bisherige Bevölkerung nach und nach verdrängte, und aus denen sie ein freiwilliges Ghetto schuf. Dieses Streben nach örtlicher Konzentration wird zum Teil durch die Forderungen der jüdischen Zeremonial- und Speisegesetzgebung sowie durch die Notwendigkeit des gemeinsamen Gottesdienstes erklärt; aber doch nur zum Teil. Es erweist daneben die innige Kohärenz des jüdischen Stammes, die eine der festesten Bürgschaften seines Fortbestandes ausmacht. Dies wird auch durch die Tatsache erwiesen, dass seit einigen Jahren die einwandernden Juden in ihrer grossen Mehrzahl zu schon in Amerika wohnenden Verwandten gingen: so 1907,8 93 Prozent, daneben $4^2/_3$ Prozent zu Freunden. Nur $2^1/_3$ Prozent standen bei ihrer Ankunft fremd da und waren vollständig auf eigene Kraft angewiesen. In den freiwilligen Ghetti sitzen die russischen Juden dicht gedrängt zusammen; allein die Enge ist verhältnismässig nicht gar zu schlimm, da immerhin nur $1^1/_2$ Personen auf ein Zimmer kommen — ein viel günstigeres Verhältnis als in den Proletarierviertels unserer deutschen Grossstädte.

Die Ankömmlinge sind in geringerer Zahl Händler, in grösserer Handwerker. Letztere bevorzugen solche Beschäftigungen, die leicht zu erlernen sind und keine bedeutende Körperkraft er-

fordern. So sind in New-York als Schneider 53 Prozent der handwerktreibenden Männer, als Näherinnen und Stickerinnen sogar 77 Prozent der handwerktreibenden jüdischen Frauen, zusammen $58^1/_2$ Prozent der jüdischen Handwerker tätig. Ausserdem sind viele Bäcker, Goldarbeiter, Stubenmaler, Tapezierer, Maurer, Maschinisten. Dann kommen Drogisten und Manufakturwarenhändler. Aber auch 600 jüdische Ärzte, zahlreiche Ingenieure, Tausende jüdischer Lehrer und Lehrerinnen gibt es in New-York. Unter den 60000 Juden Philadelphias im Jahre 1905 befanden sich etwa tausend Schneider und Näherinnen, ebenso viele Zigarrenarbeiter, 500 bis 1000 Trödler und Hausierer. Im ganzen gelingt es den Juden, die arm und hilflos in das fremde Land mit einer ihnen unbekannten Sprache kommen, sehr bald, sich einen, wenn auch zunächst dürftigen Lebensunterhalt zu verschaffen. Ihr Fleiss, ihre Strebsamkeit, Nüchternheit und Anstelligkeit helfen ihnen schnell vorwärts. Sie suchen so bald wie möglich selbständig zu werden, die Arbeit für andere zu verlassen und sich auf eigene Füsse zu stellen. Viele gelangen in verhältnismässig kurzer Zeit zum Wohlstande, einige zu Reichtum. Die Fabrikation von Kleidungsstücken und Wäsche sowie der Handel mit diesen Waren, im grossen und im Detail, sind zum guten Teil in ihren Händen. Eine gewisse Anzahl russischer Juden hat sich in wenigen Jahren Vermögen von 25000 bis 200000 Dollars erworben. Nun bewohnen sie behaglich ausgestattete Häuser; schöne Läden und glänzende Cafés, von Juden geleitet und besucht, sind in dem grossen New-Yorker Ghetto keine Seltenheit mehr.

Ursprünglich fürchteten die einheimischen Arbeiter, dass die blutarmen und bedürfnislosen russischen Ankömmlinge den Lohnsatz herabdrücken würden. Das war zuerst in der Tat vielfach der Fall; mussten doch viele von den Einwanderern um jeden Preis Brot finden und arbeiteten für geringe Bezahlung zehn bis zwölf Stunden des Tages — unter ihnen auch ehemalige Gymnasiasten und Studenten, Leute, die früher bessere Tage gesehen hatten. Allein nur während der ersten Monate ihrer Anwesenheit werfen sie ihre Arbeit für den niedrigen Lohn weg: sie finden sich bald in die amerikanischen Verhältnisse und fordern dann ebenso hohe Bezahlung wie die geborenen Amerikaner.

Ihre Intelligenz ist durch eine für ihre materiellen Verhältnisse immerhin bedeutende Geistesbildung geschärft. Fast alle können lesen und schreiben: vor allem hebräisch oder „jiddisch", viele auch russisch oder polnisch. Sie kennen die Bibel, die rabbinischen Schriften. So vorbereitet, eignen sie sich bald die englische Sprache an. Die jüdischen Immigranten — unähnlich z. B. den italienischen, die nach Erwerbung einiger Geldmittel in ihre alte Heimat zurückkehren — bleiben im Lande und führen diesem somit dauernd neue Kräfte zu. Trotz der wirtschaftlichen Depression in den Vereinigten Staaten sind 1907/8 nur 7702 Juden zurückgewandert, also nur solche, die von der äussersten Not dazu gezwungen waren. Das Streben nach Bildung für die Kinder beseelt die Eltern. In den öffentlichen Schulen des New-Yorker Ghettos gab es 1905 unter 64600 Schülern 61000 jüdische; im Ghetto von Philadelphia unter 21500 Volksschülern 11700 jüdische; in dem von Chicago unter 11430 Volksschülern 7930 jüdische. Auch der höhere Unterricht wurde von jüdischen Kindern, trotz ihrer durchschnittlichen Armut, eifrig aufgesucht. In vielen höheren Schulen sind über vierzig Prozent jüdische Zöglinge, unter den 2500 Studenten der New-Yorker städtischen Universität sogar zwischen 1800 und 1900, volle 75 Prozent. Dazu kommen in New-York das jüdische Technikum und die Baron Hirsch'sche Handelsschule. Auch die medizinischen Fakultäten in Chicago zählen viele jüdische Besucher. In dem New-Yorker Stadtviertel Brownsville, das fast ausschliesslich von 90000 Juden, darunter 99 Prozent Russen, bewohnt wird, ist eine öffentliche Bibliothek entstanden, die monatlich 23000 Bücher ausleiht. Allerdings wird sie mehr von der Jugend als von der älteren Generation in Anspruch genommen. Aber dass 90000 Juden jährlich 276000 Bücher lesen, ist ein Beweis ungewöhnlichen Bildungseifers. Der Sozialismus, dem besonders während des ersten Dezenniums der Einwanderung zahlreiche jüdische Jünglinge sich ergaben, hat einen geistig anregenden Einfluss auf sie geübt und zahlreiche Vorlesungskurse und belehrende Gesellschaften unter ihnen ins Leben treten lassen. Eine grosse Anzahl von Tageszeitungen, Wochen- und Monatsschriften in deutscher, englischer und besonders „jiddischer" Sprache erscheint unter ihnen; eine umfassende Literatur in

diesem letzteren Idiom ist wie durch Zauber entstanden. Eine bewundernswerte geistige Regsamkeit, die die Eingewanderten und zumal deren Nachkommen bald zum Lesen amerikanischer Zeitungen und Bücher führt.

Dieses geistige Interesse zeigt sich auch in der Menge jiddischer Theater, die in den grossen städtischen Zentren der Union sich aufgetan haben. Es wird hier nicht nur vulgäres Zeug gespielt, sondern auch die besten englischen und deutschen Dramen und Lustspiele in jiddischer Bearbeitung. Einige der Schauspieler erregen durch ihre Kunst die Bewunderung auch der nichtjüdischen Zuschauer und Kritiker.

Die Juden erscheinen als körperlich schwach und kraftlos; und doch betätigen sie eine merkwürdige Lebenskraft. Ihre Todesziffer ist verhältnismässig viel geringer als die der christlichen Bevölkerung, und sie sind besonders den ansteckenden Krankheiten weit weniger unterworfen, trotz der ärmlichen Verhältnisse, in denen sie leben. Während in den Städten im Jahre 1900 die allgemeine Todesziffer von 14,68 bis 19,59 auf das Tausend betrug, machte sie in dem von den Juden bewohnten Stadtteil Chicagos nur 11,99 auf das Tausend aus. Die Ursachen dieser auffallenden Besserstellung der Juden liegen in ihrem sittlich reinen Leben und in ihrer Abneigung gegen Völlerei und Trunksucht. Auf den Polizeistationen sind betrunkene Juden unbekannt. Aus den jüdischen Stadtvierteln verschwinden die Branntweinschenken und machen Kaffeehäusern Platz. Ja, einem weit verbreiteten Vorurteile zum Trotz, herrscht unter den armen russischen Juden grössere Reinlichkeit als in den entsprechenden Klassen der christlichen Bevölkerung. Zahlreiche Badehäuser gibt es im New-Yorker Ghetto; in Winter nehmen viele Juden jede Woche mindestens ein Schwitzbad, und im Sommer sind die öffentlichen Flussbäder von morgens bis abends von Juden angefüllt.

Im moralischer Beziehung stehen die Juden höher als die übrige Bevölkerung, trotz ihrer Armut und schwierigen materiellen Lage. Mit 11,2 Prozent der Seelenzahl von New-York hatten sie 1905 nur 8,2 Prozent der Verbrecher. Noch besser ist das Verhältnis in Philadelphia, wo sie 7,7 Prozent der Bevölkerung ausmachten, aber nur 2,66 Prozent der Einwohnerschaft der

Gefängnisse. Wahrlich ein günstiges Zeugnis für diese unglücklichen, über die halbe Erde versprengten Flüchtlinge!

Auch an der Politik nehmen die russischen Juden Amerikas schon lebhaften Anteil — ein Beweis, wie schnell sie mit dem Volkstum der Vereinigten Staaten verwachsen und die für sie so neuen Interessen erfassen. Sie stehen zumeist auf Seiten der republikanischen Partei und sind deren eifrige Verfechter. Die bei ihnen natürliche Hinneigung zur Sozialdemokratie, die ihnen in ihrer alten Heimat durch die Verfolgungen eingeflösst worden war, verliert sich unter den gesünderen Verhältnissen Amerikas. Die sozialistische Partei unter den dortigen Juden hat beständig abgenommen und ist jetzt verschwindend klein geworden. Der Jude ist eben von Natur konservativ — wenn ihm nicht eine entgegengesetzte Richtung von aussen aufgezwungen wird.

Verschiedene jüdische Gesellschaften in Amerika, besonders die Hebrew Emigrant Aid Society, der Board of Deputies und die Jewish Agriculturists' Aid Society, haben sich mit Recht bemüht, die sowohl für den einzelnen wie für die jüdische Gesamtheit bedrohliche Anhäufung der Einwanderer in den grossen Städten zu bekämpfen und die Ankömmlinge in das Innere, nach Westen und Süden zu verpflanzen. In der Tat machten sich 1908 nur noch 60 Prozent der eingewanderten Juden in New-York ansässig, 20 Prozent in sonstigen grossen Städten des Ostens; die übrigen 20 Prozent gingen nach den übrigen Teilen der Union. Die obengenannten Gesellschaften suchten ihre östlichen Glaubensgenossen vorzüglich auf das flache Land zu führen. Diese Bestrebungen freilich haben nur einen recht begrenzten Erfolg gehabt, da Gewohnheit und verhältnismässige Leichtigkeit der Arbeit und des Verdienstes die Einwanderer auf das städtische Leben hinweisen, und weil überdies die Verpflanzung in das Innere des ungeheuer weiten Gebietes sowie die Ausstattung mit Landbesitz sehr kostspielig sind. Ungunst der Witterung, Schwierigkeit des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse taten das Übrige. Sieben der neu begründeten Agrikulturkolonien gingen bald wieder zu Grunde. Immerhin ist mit der Zeit ein gewisses Ergebnis erzielt. In Süd-Jersey sind verschiedene jüdische Ackerbaukolonien in Betrieb, deren blühendste Woodbine mit 2500 Seelen und vollständigen industriellen und kommunalen

Anlagen ist. In den Neu-England-Staaten gibt es ungefähr 400 jüdische Landbebauer, deren Grundbesitz von 40000 Acres etwa 1100000 Dollars wert ist. Im Westen, zwischen den Alleghany- und den Rocky Mountains-Gebirgen, arbeiten mehr als tausend jüdische Landwirte. So bildet sich der Kern einer tüchtigen jüdischen Bauernbevölkerung, die unter günstigen Umständen und bei weiterer Opferwilligkeit der wohlhabenden amerikanischen Glaubensgenossen sicher noch einen viel grösseren Aufschwung nehmen wird. Die jüdischen Landbewohner erstreben möglichst rasch die Naturalisation in den Vereinigten Staaten, um deren getreue und nützliche Bürger zu werden.

Sehr merkwürdig und zum Teil recht unerfreulich war aber die religiöse Entwickelung der russischen Juden Amerikas.

Die Mehrzahl der alten jüdischen Gemeinden der Vereinigten Staaten war einer mehr oder minder ausgeprägten Reformrichtung zugetan gewesen. Die neuen Ankömmlinge dagegen waren fast sämtlich streng orthodoxer Gesinnung und Überlieferung. Sie führten in ihre Synagogen alle die Traditionen und auch Missbräuche ein, die in ihrer russischen oder galizischen Gemeinde im Schwange gewesen waren. In der Familie herrschte unbedingt das Zeremonialgesetz. Mit der Synagoge wurde oft ein Beth-hamidrasch verbunden; Chedarim in der ganzen alten abscheulichen Weise wurden eröffnet. So ward die Orthodoxie in Nordamerika neu begründet und verstärkt, und zwar in einer besonders bildungsfeindlichen Gestalt. Diese hätte mit der Zeit abgestreift und eine gesunde Orthodoxie hergestellt werden können. Aber die Jugend, die plötzlich mit der Denk- und Anschauungsweise der modernen Kultur bekannt wurde und diese in unversöhnlichem Gegensatze zu einer oft abergläubischen und in abstossenden Formen sich ergehenden Frömmigkeit der Eltern sah, gab sich mit missverstandener Begeisterung allen neuernden Elementen hin und erblickte in der Religion und zumal im Judentume geradezu etwas Feindliches, Schädliches, Kulturwidriges — Erscheinungen, die ja auch in der Vergangenheit des europäischen Judentums sich unter ähnlichen Bedingungen gezeigt hatten. Ein mit der zeitgenössischen Entwickelung ausgesöhntes Judentum kannte jene Jugend nicht. So brach sie völlig mit der Religion ihrer Väter; das Barbiermesser schabte

jede jüdische Färbung ab. Versuche, unter den russischen Juden einen zeitgemässen Gottesdienst einzurichten, scheiterten an der Feindschaft der Alten und der Gleichgültigkeit der Jungen.

Das war eine sehr gefährliche Entwickelung, die das aufstrebende Judentum Amerikas geradezu mit der Auflösung bedrohte. Allein in den letzten Jahren ist eine entschiedene Besserung der Lage eingetreten. Religionsschulen sind begründet worden, die die Jugend mit dem wahren, ewig sich verjüngenden, unvergänglichen Wesen der jüdischen Religion bekannt machen und ihrem Einflusse die Herzen eröffnen. Im Anschluss an diese Schulen entstanden Gesellschaften für jüdische Geschichte und Literatur, jüdische Leseklubs, die auf die Erwachsenen in derselben Richtung wirken. Vor allem aber hat die zionistische Bewegung eine Belebung des jüdischen Gefühls und Selbstbewusstseins veranlasst, wenn auch zunächst nur in nationalistischer Richtung. Der Zionismus verleiht den russischen Juden Amerikas die Gesamtorganisation, die ihnen bisher gefehlt hatte. Und so wird mit dem jüdischen Empfinden auch die Sympathie für die Religion Israels wieder geweckt. Die zionistischen Gesellschaften lehren von neuem das Studium der jüdischen Vergangenheit und des jüdischen Schrifttums; gerade die Zionisten begründen mit Eifer Religionsschulen. Derart wird die Jugend dem Judentume wieder gewonnen, wenn auch nicht dem orthodoxen oder gar dem chassidischen, und es gibt eine Zukunft für das neu-amerikanische Israel.

Auch in London bildete sich 1907 ein Komitee, dem gleichfalls mehrere deutsche Mitglieder angehören, um einen Teil der Einwanderer vom Nordosten Nordamerikas nach den südlichen Häfen der Vereinigten Staaten abzulenken. Der „Hilfsverein der deutschen Juden“ und das Komitee der zionistischen „Ito“ unterstützen eifrig dieses segensreiche Unternehmen. In New-York selbst steht der rühmlichst bekannte Philanthrop Jakob H. Schiff an der Spitze eines „Fortführungskomitees“. Es wird hier eine gewaltige Summe edler und verheissungsvoller Arbeit geleistet. In der Tat, es wird immer wahrscheinlicher, dass die nordamerikanische Judenheit dazu bestimmt ist, einst der Kern und das Rückgrat des gesamten Israel zu werden. Im vollen Genusse

der Freiheit und Gleichberechtigung entfaltet sie sich der Zahl und dem Wesen nach zu einer gewaltigen materiellen und geistigen Macht unter ihrer Glaubensgenossenschaft.

Den Mittel- und Kristallisationspunkt aber für diese Neuschöpfung bilden die alt-amerikanischen Juden. Sie haben sich von jeher als eifrige Söhne ihres Vaterlandes ausgezeichnet. In dem aktiven Heere und der Kriegsmarine dienten viele jüdische Offiziere, wie der Artilleriemajor Mordecai (1804—1887), Oberst Lauchheimer, Commodore Uriah E. Levy (1792—1862). Ebenso waren Juden in der Politik mit Erfolg tätig und wurden in die höchsten gesetzgebenden Körperschaften der Union gewählt. Unter ihnen hat Senator Juda P. Benjamin eine leitende Stellung eingenommen und war eine Zeitlang Staatssekretär der Union. Dass in Heer, Flotte und Politik diese lebhafte Beteiligung der Juden auch in neuester Zeit fortdauert, haben wir schon früher gesehen. In Jurisprudenz und Medizin sind die Juden besonders stark vertreten und haben auch als Forscher und Universitätslehrer diese Wissenschaften gefördert. Von den zahlreichen jüdischen Künstlern sollen nur der Bildhauer Moses Ezekiel und der berühmte Maler Louis Loeb erwähnt werden. Mendes Cohen ist einer der angesehensten Ingenieure Amerikas, wie schon durch die Tatsache erwiesen wird, dass deren Gesellschaft ihn zu ihrem Vorsitzenden erwählt hat. Viele Juden sind ordentliche Universitätsprofessoren; unter ihnen ragen besonders der Anthropologe Franz Boas, der Pathologe Simon Flaxner, der Biologe Jacques Loeb, der Orientalist Morris Jastrow hervor. Auch unter den Dichtern, Romanschriftstellern, Schauspielern werden Juden rühmlichst genannt. Jakob H. Schiff und James Speyer zählen zu den leitenden Finanzleuten des Landes. Der Kleiderhandel ist ganz in den Händen der Juden; sie spielen ebenfalls eine grosse Rolle im Baumwollhandel, in der Fabrikation von Kleiderstoffen, Zigarren und Juwelen aller Art. Aber viele Juden sind auch industrielle Arbeiter. Solche gibt es in New-York allein 75000, von denen zwei drittel Russen sind. Und ebenso gehören die Juden in den Seidenfabriken von New-Jersey, in den Maschinenbauanstalten von Connecticut, in den Juwelenateliers von Rhode-Island zu den besten Arbeitern. —

Mehr als $1^3/_4$ Million Juden haben in dem letzten Menschenalter ihre osteuropäische Heimat verlassen, um nach den Ver-

einigten Staaten, Kanada, Südamerika, Afrika, Palästina, England, besonders eben nach den Ländern englischer Zunge auszuwandern. Sie tauschten gegen die denkbar ungünstigsten die günstigsten Lebensbedingungen ein. Staatlich und ökonomisch unterdrückte Menschen sind in freie Bürger verwandelt, aus Elend und hassvollem Drucke zu ungehemmter Betätigung erlöst. An Stelle einer niedrigen Kultur, zurückgebliebener ökonomischer und geistiger Verhältnisse befinden sie sich inmitten des höchst entwickelten geschäftlichen und technischen Betriebes und grosser intellektueller Ausbildung. Sie brauchen nicht mehr hungernde Kleinkrämer, Hausierer und Schundhandwerker zu sein, sie können sich an dem grosszügigen Leben moderner Völker erheben und in ihm betätigen. Die Kräfte, die in diesen Massen intelligenter, ausdauernder, rühriger Menschen geschlummert hatten, dürfen sich seitdem frei entfalten, zu deren eigenem Besten, aber auch zugunsten des neuen Vaterlandes und der Zivilisation, die durch sie einen verheissungsvollen Zuwachs erhalten hat. Mag auch der junge Most noch vielfach trübe gähren, er wird sich abklären, er wird sich kräftig und stärkend entfalten.

Siebentes Buch.

Der Orient, 1830–1908.

Der Orient ist die wahre Heimat des Judentums und der Juden; und auch nach der Zerstörung des zweiten Tempels, in den ersten Jahrhunderten der Zerstreuung der Juden über die Erde ist der Sitz ihrer Lehre und der Mittelpunkt ihrer Gemeinschaft im Orient geblieben. Palästina, sowie die Lehranstalten von Sura und Pumbeditha waren die Stätten, zu denen die Israeliten der ganzen Welt ihre Augen wandten. Der bei weitem grösste Teil von ihnen blieb im Morgenlande wohnen, und noch zu den Zeiten des grossen Reisenden Benjamin von Tudela, in der zweiten Hälfte des zwölften Jahrhunderts, waren die Juden des Orients zehnmal zahlreicher als die des Abendlandes. Erst der grosse Mongolensturm des dreizehnten Jahrhunderts und die durch ihn verursachten furchtbaren Kämpfe, Zerstörungen und Metzeleien haben die morgenländischen Judengemeinden gelichtet, ihren Wohlstand und ihre geistige Bildung untergraben. Seitdem vegetieren die Juden des Orients, ohne für die Menschheit oder auch nur für die israelitische Gemeinschaft irgend ein wesentliches Element der Kultur zu bilden. Sie aus diesem Schlummer zu erwecken, ihnen materielle und intellektuelle Bedeutung zurückzugeben, sie aus ihrem allseitigen Tiefstand zu erlösen und zu erheben, das ist eine der bedeutendsten und wichtigsten Aufgaben ihrer westlichen Brüder und ein hervorragendes Element in der neuzeitlichen Geschichte des jüdischen Volkes.

Kapitel Eins.

Damaskus.

Die unmittelbarste Rückwirkung auf das Abendland hat der Orient in der Angelegenheit der Verfolgungen von Damaskus geübt, die im Jahre 1840 die gesamte Kulturwelt erregten, zumal sie in engem Zusammenhange mit der grossen Politik standen.

In den dreissiger Jahren des neunzehnten Säculums war die politische Lage Syriens sehr unsicher und gespannt. Mehemed Ali, der hochbegabte, zähe, schlaue und gewalttätige Vizekönig von Ägypten, hatte sich in offenem Aufstande gegen seinen Oberherrn, den Sultan Mahmud, auch Syriens bemächtigt, das ihm durch den Frieden von Kutahijeh (5. Mai 1833) förmlich abgetreten war. Allein der türkische Lehnsherr verzichtete in seinem Herzen nicht auf den Wiedergewinn des Verlorenen; und anderseits hegte der ehrgeizige und ruhelose ägyptische Vasall den Plan, sich selber an die Stelle der verkommenen osmanischen Herrschaft zu setzen und in Stambul den Thron des Khalifen einzunehmen. So kam es zwischen beiden im Jahre 1839 zu neuem Kriege. Noch einmal erfocht das ägyptische Heer bei Nisib einen glänzenden Sieg über die Türken, und deren Flotte ging ohne Kampf zu dem Khedive über. Immer trüber wurde die Lage der Osmanen: Sultan Mahmud starb in demselben Jahre, und es folgte ihm ein sechzehnjähriger, der Regierung noch unfähiger Knabe, sein Sohn Abdul Medschid. Niemals war Mehemed Ali seinem vollständigen Triumphe näher gewesen.

Allein die europäischen Mächte, und zumal Russland, wünschten nicht in der Levante eine jugendkräftige mohammedanische Herrschaft an Stelle des entarteten, schwachen Türkentums sich erheben zu sehen. Zar Nikolaus I. warf sich also im Namen des legitimen Rechtes zum Beschützer des wankenden Throns der Osmanen auf und machte sich fertig, zu dessen

Aufrechterhaltung ein Heer vorrücken zu lassen. Solche Schutzherrschaft über den Orient gönnte aber den Russen wiederum Frankreich nicht. Es sandte den Major Callier an die Ägypter, gebot ihnen auf ihrem Siegeszuge Halt und verhiess ihnen dafür die Unterstützung durch Frankreich sowie den ferneren Besitz von Syrien. Dem einseitigen Vorgehen der Pariser Regierung gegenüber näherte sich nun Russland der englischen Politik, und Österreich und Preussen in ihrer konservativ-legitimistischen Gesinnung schlossen sich diesen beiden Mächten an. Ein scharfer Gegensatz erhob sich zwischen den vier Staaten und Frankreich, wo öffentliche Meinung und Presse unbedingt für Mehemed Ali Partei nahmen und dessen Aufrechterhaltung forderten, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin.

So war Syrien der Einsatz eines Weltkampfes geworden. In dieser gefahrvollen Lage geschah es, dass ein sardinischer Kapuziner, Pater Thomas, der in Damaskus die Heilkunst ausgeübt und sehr viel mit Mohammedanern und Juden verkehrt hatte, seit dem 5. Februar 1840 mit seinem Diener plötzlich verschwand. Sicher waren sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen, aber der Täter blieb unbekannt. Das wahrscheinlichste ist, dass fanatische Mohammedaner den Pater, der sich kurz vor seinem Verschwinden über den Islam in lästerlichster Weise ausgesprochen, aus Rache ermordet hatten. Aber der französische Konsul, ein Abenteurer namens Ratti-Menton, der den Schutz über die Christen in Syrien beanspruchte, hielt es für das geratenste, leichten Ruhm und zugleich die Sympathie der Mohammedaner zu erwerben, indem er den Verdacht auf die wehrlosen Juden lenkte; die Mönche in Damaskus stimmten ihm eifrig zu, damit nicht die Ermordung des Kapuziners als die natürliche Strafe seiner Beschimpfung der herrschenden Religion erschiene. Der ägyptische Gouverneur, Scherif Pascha, stellte sich sofort dem Vertreter einer Macht zur Verfügung, die die einzige Verbündete und Beschützerin seines Herrschers Mehemed Ali war, und der man deshalb jeden Dienst auf Kosten einiger elender Juden leisten musste. Natürlich liess er gerade die reichsten unter ihnen als des Mordes verdächtig verhaften, da er und seine Beamten bei dieser Gelegenheit beträchtliche Beute zu machen hofften. Die Unglücklichen, darunter betagte Männer, ja ein achtzigjähriger

Greis, wurden grausam gefoltert, um von ihnen das Geständnis ihres angeblichen Verbrechens zu erpressen. Da sie dennoch ihre Unschuld beteuerten, liess man einen verkommenen, wegen Schulden gefangenen Muselman, Mohammed El-Telli, auftreten, der früher einem der beschuldigten Juden vergeblich durch Drohungen hatte Geld abnehmen wollen; er bezichtete nun sich selber, auf Anlass mehrerer Juden den Pater Thomas getötet zu haben, dessen Blut sie für die Passahbrote hätten gebrauchen wollen. Zwei Mohammedaner dagegen, die bezeugten, den Pater nach seiner angeblichen Ermordung durch die Juden gesehen zu haben, wurden von dem Gerichte zu Tode geprügelt. Nach der Aussage El-Tellis wurden nicht allein die Häuser der bisherigen Angeklagten von Scherif Pascha geplündert und zerstört, diese selber neuen Martern unterworfen, sondern auch weitere Verhaftungen von Juden vorgenommen, darunter die eines österreichischen Untertanen Picciotto. Das war ein arger Missgriff der Verfolger, der das Scheitern ihres ganzen Planes zur Folge gehabt hat.

Denn nunmehr trat der österreichische Konsul in Damaskus, Merlato, in die Schranken, und zwar nicht nur für seinen Schutzbefohlenen, sondern indem er laut und öffentlich das ganze schändliche Verfahren angriff. Waren doch vier der unglücklichen Juden bereits den Qualen der Folter erlegen. Und jetzt schritt neben der von ihrem Konsul angerufenen österreichischen Regierung auch die verbündete englische gegen die französischen Machenschaften ein. Der englische Generalkonsul Laurin in Alexandrien, ja der britische Minister des Äusseren, Palmerston, wandten sich direkt an Mehemed Ali. So gab dieser der dringenden Petition der israelitischen Gemeinde in Damaskus nach und befahl den Aufschub des Verfahrens am (6. April). Achthundert Soldaten wurden nach Damaskus entsendet, um etwaige Ausbrüche des Fanatismus gegen die Juden zu verhindern. Die Gefangenen blieben freilich in Haft, und der Tod schwebte über ihren Häuptern.

Zu gleicher Zeit führte griechische Unduldsamkeit aus ähnlichem Vorwande eine Judenverfolgung auf der der Türkei gehörigen Insel Rhodus herbei. Auch hier wurden Juden angeschuldigt, einen christlichen Knaben zum Abzapfen des Blutes

für die Mazzot getötet zu haben. Auch hier fanden Verhaftungen statt, Folterungen, Absperrung des ganzen Judenviertels, und zwar auf Veranlassung der europäischen Konsuln selbst, die sich von ihren griechischen Glaubensgenossen hatten gewinnen lassen. Später hat sich die Schuldlosigkeit der Juden glänzend erwiesen, ist der Pascha von Rhodus — Jussuf — von der Pforte zur Strafe abgesetzt worden. Der islamitische Obergeistliche von Rhodus selber hatte zugunsten der Juden nachdrücklich Zeugnis abgelegt.

Aber einstweilen — im Frühjahr 1840 — erregten diese Vorgänge in Vorderasien einen allgemeinen Sturm gegen die Juden. Der unermüdliche Ratti-Menton liess ein italienisches Buch, das lügnerischer Weise aus dem Talmud die Wahrheit der Blutbeschuldigung darzulegen behauptete, ins Arabische übersetzen und unter die Mohammedaner verbreiten. Die Folge davon war, dass in verschiedenen Städten Syriens und Kleinasiens Ausbrüche der Volkswut gegen die Juden stattfanden.

Die tragischen Vorgänge in Damaskus hatten in Europa das grösste Aufsehen erregt. In der Gegenwart, wo man an die gigantischen Pogrome in Russland mit ihrem Meere von Blut und Tränen gewöhnt ist, würde man über die Todesqualen einiger gemarterter Damaszener Juden mit Achselzucken hinweg gehen. Damals aber wurde diese Sache von der europäischen Menschheit mit leidenschaftlichem Ernste ergriffen. Viele Zeitungen, besonders die englischen, sowie natürlich die jüdische Presse nahmen sich der Märtyrer gegen ihre blutigen Unterdrücker an. Aber die französischen Journale, getreulich nachgeahmt von einigen reaktionären Blättern in Deutschland, verherrlichten insgesamt das tatkräftige Auftreten des Konsuls Ratti-Menton, der die schlauen jüdischen Verbrecher ausgekundschaftet und der verdienten Strafe überliefert habe.

Diese parteiische und grausame Haltung der französischen Presse erklärt sich aus der immer schärfern Zuspitzung des politischen Zwistes zwischen Frankreich und den übrigen vier Grossmächten — da glaubten die Franzosen sich auf Seite ihres Konsuls stellen zu müssen. Das Ministerium Soult, das Frankreichs Isolierung in der orientalischen Frage nicht hatte verhindern können, war gestürzt worden und an seine Stelle am

1. März 1840 als Ministerpräsident Adolf Thiers getreten, der sofort leidenschaftlich die Sache Mehemed Alis in die Hand nahm, als eine Ehrenpflicht Frankreichs, für deren Durchführung auch der Krieg nicht zu scheuen sei. Ägypten und Syrien sollten als französische Schutzstaaten weiter bestehen, in der Erneuerung Napoleonischer Überlieferungen, die ja Thiers selber durch sein berühmtes Geschichtswerk im ganzen Volke wiederbelebt hatte. Da musste auch die Autorität des khedivischen Gouverneurs Scherif Pascha in Damaskus aufrecht erhalten, das Ansehen des französischen Konsuls in dieser Stadt verteidigt, solchen Zielen mussten die unglücklichen gefangenen Juden geopfert werden.

Die französischen Israeliten befanden sich in schlimmer Lage zwischen den Anforderungen des französischen Chauvinismus auf der einen, dem Mitleid mit ihren syrischen Glaubensgenossen und der Ehre ihrer Religion auf der anderen Seite. Es wird dem feurig edlen Vizepräsidenten des israelitischen Zentralkonsistoriums in Paris, Adolf Crémieux, auf immer zum Lobe gereichen, dass er nur der Stimme der Wahrheit und des Rechtes Gehör gab, die Verteidigung der verfolgten Damaszener Glaubensgenossen auf sich nahm und hierfür die französischen Juden mit sich fortriss. Es gehörte dazu grosser Mut und viel Selbstverleugnung inmitten der entgegengesetzten allgemeinen Strömung im französischen Volke. Aber Thiers wies ihn mit kühlen Worten ab. Auch in der Deputiertenkammer nahm der Ministerpräsident die Partei Ratti-Mentons, indem er mit skrupelloser Geschicklichkeit dessen Sache als die Frankreichs gegenüber den anderen Mächten hinstellte und sich dabei Ausfälle wider den übermässigen Einfluss der jüdischen Finanz gestattete. Crémieux musste mit Schmerz den englischen Freunden der Menschlichkeit erklären: „Frankreich ist gegen uns".

Die übrigen europäischen Israeliten liessen sich durch die Haltung Frankreichs nicht davon abschrecken, für ihre beklagenswerten Damaszener Glaubensgenossen einzutreten. Denn ausser dem Mitgefühl für diese bewegte sie der Selbsterhaltungstrieb. Wenn die Schuldlosigkeit der syrischen Juden nicht erwiesen wurde, wenn die Anklage des Ritualmordes, die die katholische Kirche des Orients und eine sonst so aufgeklärte

Regierung, wie die französische, gegen die Israeliten im allgemeinen erhob, bestehen blieb, so war auch für die europäischen Juden, die sich inmitten des Kampfes für ihre Gleichstellung befanden, der härteste Rückschlag zu befürchten. Das jüdische Herz, aber auch das eigene Interesse musste sie zu den grössten Anstrengungen in der Sache von Damaskus anfeuern. Zum Glücke fanden sie bei allem, was menschlich fühlte und nicht vom politischen Eifer geblendet war, auch unter den christlichen Völkern ausgiebige Unterstützung.

In England hatten sich die angesehensten Juden, Baron Nathan Rothschild, Salomons, die Brüder Goldsmid, vor allem Sir Moses Montefiore, der Damaszener Angelegenheit angenommen. Moses Montefiore, geboren 1784, stammte aus einer Livorner Familie, die sich um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts in England niedergelassen hatte. Ein erfolgreicher, hervorragender Geschäftsmann, war er zugleich ein begeisterter, strenggläubiger Jude, der sich aber auch unter seinen christlichen Mitbürgern der höchsten Achtung erfreute. Nach Salomons wurde er der zweite Sheriff jüdischen Bekenntnisses (1837) und von der Königin Viktoria durch die Ritterwürde ausgezeichnet. Die englischen Juden erwählten ihn zum Vorsitzenden ihres Board of Deputies. Er hegte das lebhafteste Mitgefühl für das Elend seiner orientalischen Glaubensgenossen. Da er in Verbindung mit dem ihm verschwägerten Nathan Rothschild, dem Chef des Londoner Hauses dieser mächtigen Familie, bedeutenden Reichtum erworben, beschloss er schon 1825, sein weiteres Leben nur öffentlichen und zumal jüdischen Angelegenheiten zu widmen. Bereits zweimal hatte er, in Gesellschaft seiner edlen und hochgebildeten, ihm an geistigen Gaben überlegenen Gattin Judith, Palästina besucht und dort wohltätige Einrichtungen getroffen. Er und die übrigen Häupter des britischen Israel hielten, in Gemeinschaft mit Crémieux, am 21. April 1840 eine Versammlung ab, die beschloss, die Regierungen von England, Frankreich und Österreich um ihre Dazwischenkunft zugunsten der Menschlichkeit und Gerechtigkeit anzugehen. In weiteren Versammlungen (15. und 23. Juni) entschieden sich die englischen Juden, Sir Moses Montefiore zur Verteidigung der in Damaskus verfolgten Brüder nach dem Orient zu entsenden, in Gesellschaft von Adolf Crémieux,

der im Auftrage des französischen Zentralkonsistoriums die gleiche Mission übernommen hatte. Mit dem ihr eigenen Gerechtigkeitsgefühl trat auch die christliche Bevölkerung Englands für die Sache ein, sowohl im Parlamente wie in Versammlungen, wo die angesehensten Männer das Wort ergriffen, und die sich nicht ohne Erfolg an die europäischen Regierungen wandten. Ähnliches ging in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vor sich.

Am 21. Juli verliessen Crémieux und der mit amtlichen Empfehlungen reichlich ausgestattete Montefiore in Gesellschaft des gelehrten Orientalisten S. Munk, des mit dem Oriente wohl vertrauten deutschen Israeliten Dr. Loewe sowie eines Rechtsgelehrten und eines Arztes den Hafen von Marseille, um sich nach Alexandrien einzuschiffen, wo sie am 4. August anlangten.

Der Erfolg dieser von hochherzigen und opferbereiten Männern unternommenen Reise hing aber zum grössten Teile von der Wendung ab, die die grossen politischen Ereignisse nehmen würden. Ein kaltherziger, berechnender Despot wie Mehemed Ali war ja nicht den Eingebungen der Milde und Gerechtigkeit, sondern nur des selbstsüchtigen Interesses zugänglich. So wurde das Schicksal der Juden von Damaskus eine Episode in dem Drama der Weltgeschichte.

Die vier verbündeten Mächte gingen immer entschlossener in dem Bestreben voran, Frankreich und seinen Schützling, den Khedive, lahm zu legen. Mit englischer Unterstützung brach in Syrien ein Aufstand gegen dessen Herrschaft aus. Am 15. Juli 1840 unterzeichneten die vier Mächte einen Vertrag, durch den sie, nötigenfalls mit Gewalt, Syrien dem Ägypter abzunehmen und dem Sultan zurückzuerstatten sich verpflichteten. Es war das eine arge Demütigung Frankreichs, das hiermit nicht allein in seinen laut verkündeten politischen Bestrebungen durchkreuzt, sondern auch — wie nach dem Sturze Napoleons — von dem europäischen Konzerte einfach ausgeschlossen wurde. Die öffentliche Meinung in Frankreich war deshalb auf das höchste erregt und forderte den Krieg, und Thiers war gewillt, ihr Verlangen zu erfüllen. Allerorten wurde gerüstet, ganz Europa schien vor einem gewaltigen Kampfe zu stehen.

Mehemed Ali hatte zunächst die Forderungen Montefiores und Crémieux', obwohl diese von dem englischen Generalkonsul tatkräftig unterstützt wurden, um so mehr ausweichend beantwortet, als der französische Konsul ihnen jede Beihilfe verweigerte. Drei Wochen hindurch vermied der Vizekönig jede Entscheidung. Vor Aufregung und Kummer erkrankten Montefiore und seine Gemahlin, aber sie harrten heldenmütig aus und wollten Alexandrien nicht eher verlassen, als bis ihre Sendung entweder vollen Erfolg erlangt habe oder rettungslos gescheitert sei. Und ihre Ausdauer wurde belohnt. Als Mehemed Ali von dem Abschlusse des Viererbündnisses vernahm, zog er mildere Seiten auf, aus Furcht vor England. Sämtliche europäische Konsuln in Alexandrien, mit Ausnahme des französischen, hatten sich für die von Montefiore und Crémieux vertretene Sache erklärt. Am 28. August befahl der Khedive die Befreiung der in Damaskus noch im Kerker schmachtenden Juden; aber — um Ratti-Menton und Scherif Pascha nicht Lügen zu strafen — bezeichnete er, auf des französischen Konsuls Cochelet Betreiben, diesen Akt als eine Begnadigung von Schuldigen. Das durfte selbstverständlich nicht geduldet werden, sonst waren Juden und Judentum vor der Welt des Ritualmordes überführt. Crémieux setzte es noch am 29. August durch, dass an Stelle des Wortes „Begnadigung" die Ausdrücke „Freiheit und Sicherheit" gesetzt wurden.

So war das grosse Ziel verwirklicht, und den Männern, die — mit Hilfe der politischen Entwickelung — es erreicht hatten, gebührte der Dank und die Ehrerbietung nicht nur ihrer Glaubensgenossen sondern aller rechtlich Denkenden. Es muss hier zum Lobe jener wahrhaft edlen Menschen auf das nachdrücklichste hervorgehoben werden, dass sie ihre schöne, reine Sache nicht durch Ausübung irgend einer Bestechung oder eine Schenkung beschmutzt haben. Verschiedene Male wurde ihnen käufliche Hilfe angeboten, sie haben solche immer mit Verachtung von sich gewiesen. Nicht ein Pfennig Montefiores oder der Rothschild ist für derartige Zwecke verwendet worden. Freilich die vier Märtyrer, die den Qualen der Folter erlegen waren, konnten nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden; aber die übrigen neun erhielten am 6. September 1840 Freiheit und Ehre wieder.

Die boshafte Intrige war gescheitert, und alle ihre Urheber traf die gerechte Strafe. Ratti-Menton erntete die Verachtung ganz Europas. Scherif Pascha wurde des Hochverrates bezichtigt, in Ketten nach Kairo geführt und dort enthauptet. Bald darauf stürzte die ägyptische Herrschaft in Syrien zusammen. Eine englisch-türkische Flotte mit 10000 Mann Landungstruppen verbreitete den Aufstand durch das ganze Land und zwang die Küstenstädte zur Ergebung. Im Oktober war Syrien für Ägypten verloren. König Ludwig Philipp aber fühlte kein Verlangen, einen neuen Krieg wie den von 1813, einen Kampf ganz Europas gegen Frankreich zu entfesseln. Er entliess (Ende Oktober 1840) Thiers und vertraute die Leitung des Ministeriums dem friedfertigen, konservativen, England freundlichen Guizot an. So war auch Thiers, trotz aller seiner Zweideutigkeiten, gefallen. Mehemed Ali und die Pforte mussten sich aussöhnen, indem diese dem reuigen Vasallen die erbliche Statthalterschaft in Ägypten beliess.

Der edle Montefiore aber hielt seine Aufgabe noch nicht für erfüllt. Er wollte sich nicht damit begnügen, die Juden von Damaskus gerettet zu haben, sondern auch die Wiederkehr solcher Ereignisse, wie sie dort und in Rhodus vorgekommen waren, verhindern. Er begab sich also nach Konstantinopel und erhielt, immer unter Beihilfe der hochherzigen und menschenfreundlichen Diplomatie Englands, von Sultan Abdul Medschid am 6. November 1840 einen Ferman, der grundsätzlich die Verwerfung der Ritualmord-Beschuldigung aussprach und den türkischen Beamten die Beschützung der Juden gegen alle Angriffe und Beunruhigungen anbefahl. Dieser Ferman war eine tatsächliche Stütze für die osmanischen Juden und zugleich eine prinzipielle Rechtfertigung der israelitischen Religion.

So schlossen die traurigen Ereignisse von Damaskus noch glücklich genug ab. Die Befriedigung der europäischen Juden äusserte sich in überschwänglichen Freudenbezeugungen und Ehrungen für die beiden wackeren Sendboten. Diese hatten auch das Verdienst unter den geistig tief gesunkenen Juden Ägyptens die ersten beiden Volksschulen nach europäischem Muster zu gründen: eine für Knaben und eine für Mädchen, die beide den Namen Crémieuxschulen empfingen und eine jährliche Unterstützung aus dem Abendlande bezogen — eine

Tatsache, die besonders für die Zukunft als Muster und Anregung wichtig wurde. Es war der Beginn der später so ausgedehnten Tätigkeit der europäischen Juden für ihre orientalischen Glaubensbrüder, die erste geistige Verbindung zwischen diesen viele Jahrhunderte lang getrennten Zweigen desselben Stammes. Für den Augenblick ist freilich eine wesentliche Hebung der levantinischen Judenheit damals nicht erreicht worden.

Später — im Jahre 1860 — haben Montefiore und Crémieux die Feindschaft, die zwanzig Jahre früher die syrischen Christen den Juden bewiesen hatten, auf das edelste vergolten. Als damals die Christen in Syrien von den Drusen des Libanon massenhaft ermordet oder vertrieben wurden, haben die beiden Männer sich an die Spitze einer Geldsammlung unter den Juden für jene Verfolgten gestellt, und zwar mit glänzenden Erfolgen; Montefiores Komite hat allein 460 000 Mark gesammelt. Ein jüdischer Bankier in Damaskus, Schemaja Angel, die Vorsehung seiner Glaubensgenossen in Syrien, bei den Mohammedanern nicht weniger beliebt als bei den Israeliten, hat ebenso nach der noch schlimmeren Christenmetzelei in Damaskus (1863) dreitausend türkische Pfund, gleich 55000 Mark, aus eigener Tasche unter die christlichen Familien verteilt. So vergalten, nicht nach dem Evangelium, sondern nach den uralten Lehren der eigenen Religion, die Juden das von den syrischen Christen ihnen zugefügte Unrecht! Wir würden vergeblich bei einer anderen Glaubensgenossenschaft nach einer ähnlichen Betätigung suchen.

Kapitel Zwei.

Der mohammedanische Orient.

Schon Montefiore gegenüber hatte der Sultan der Türkei, Abdul Medschid (1839—1861), seine den Juden günstige und gerechte Gesinnung erwiesen, und er ist ihr während seiner ganzen Regierung treu geblieben, wie er denn überhaupt ein, wenn auch schwacher, so doch gutherziger Herrscher gewesen ist. Ein Jude, Dr. Spitzer aus Nikolsburg in Mähren, wurde sein Leibarzt und dann sein diplomatischer Vertreter in demselben Neapel, wo dessen Glaubensgenossen kaum geduldet wurden. Sogleich bei dem Beginne seiner Regierung, am 3. November 1839, wurde in Stambul in Gegenwart einer ungeheuren Menschenmenge der Hatti-Scherif von Gül-Khane verkündet, eine grosse Reform-Akte, die im besonderen den Juden das Anerkenntnis ihres Eides vor Gericht, die Abschaffung der Tortur, die Sicherung der Unverletzlichkeit von Person und Eigentum brachte. Überhaupt ist unter allen mohammedanischen Stämmen der türkische der duldsamste und im Grunde wohlwollendste, und so ging es den Juden des Reiches nicht schlecht. Ihre Gemeinden durften sich frei nach eigener Wahl verwalten, unter ihren Rabbinern und deren erwählten Beiräten. In Konstantinopel gibt es neben dem Grossrabbiner (Chacham-Baschi) einen grossen Rat von achtzig gewählten Notabeln, einen kleinen von sieben gewählten Laien und einen geistlichen von neun Rabbinern.

Nach der Besiegung Russlands im Krimkriege (1853—1856) berieten die auf den Friedenskongresse in Paris versammelten Vertreter der Grossmächte mit der hohen Pforte auch über die zukünftige Stellung der Nicht-Mohammedaner — Rajah — im türkischem Reiche. Denn die Verbündeten der Türkei — Frankreich, England, Sardinien — wünschten im Sinne der modernen Ideen einen Lohn für die dem Sultan geleistete Hilfe, und sie wollten zugleich Russland einen stets bereiten Vorwand

für dessen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des osmanischen Reiches nehmen. Nun lag freilich die Gefahr vor, dass die Mächte sich nur um die christliche Rajah kümmern, die Juden aber ganz vernachlässigen und diese damit vollends in eine Pariah-Stellung gedrängt würden. Es war solches um so mehr zu fürchten, als der vierte der fünf Friedenspräliminar-Punkte nur Verhandlungen wegen Sicherung der Lage der christlichen Untertanen des Sultans in Aussicht nahm. Zum Glücke legten die Diplomaten wie auch Sultan Abdul Medschid dieses Programm in freisinniger Weise aus, wozu die eifrigen Bemühungen englischer und französischer Israeliten sowie Ludwig Philippsons bei den Machthabern und in der Presse viel beigetragen haben. Das Endergebnis war der Hatti-Scherif vom 21. Februar 1856: er bestätigte alle früheren Berechtigungen und religiösen und kirchlichen Einrichtungen der nicht-mohammedanischen Untertanen des Sultans im allgemeinen, gewährte ihnen volle Freiheit der Religionsübung sowie bürgerliche Gleichheit und setzte für Handels- und Strafprozesse, an denen Untertanen verschiedenen Glaubens beteiligt seien, gemischte Gerichtshöfe ein. Weitere Reformen wurden für die Zukunft in Aussicht genommen. Sie wurden Jahrzehnte lang nicht eingeführt; allein der Hatti-Scherif hat zweifellos die Lage der Juden im türkischen Reiche wesentlich verbessert, indem er sie wenigstens den Christen gleichstellte.

Leider blieb das geistige Niveau der türkischen Juden ein sehr niedriges. Dass sie sich nach ihren eigenen Gesetzen regierten, kam lange Zeit hindurch nur der Unwissenheit und der Engherzigkeit zugute. Die orthodoxen Eiferer unter ihnen stützten sich auf den islamitischen Fanatismus, um die kaum unter ihnen begründeten modernen Schulen wieder zu unterdrücken: das gelang ihnen 1859 in Konstantinopel. Graf Abraham Camondo, ein reicher Bankier italienischer Nationalität, der, in Konstantinopel wohnhaft, seinen dortigen Glaubensgenossen durch persönlichen Einfluss und durch Wohltaten die wesentlichsten Dienste leistete und besonders Schulen einrichtete, sah sich deshalb von den orthodoxen Eiferern heftig angegriffen und sogar mit dem Banne belegt. Dabei wurden die Einkünfte der Gemeinden gewissenlos verwaltet, durch die herrschenden Rabbiner

und Notabeln geradezu geplündert, so dass überall Uneinigkeit und Hader herrschten, die beständig die Einmischung der türkischen Behörden und sogar der fremden Konsuln nötig machten.

Ein Glück für die Juden, dass die Regierung sie grundsätzlich mit Wohlwollen behandelte und den Provinzialgouverneuren wiederholt ein dementsprechendes Verfahren einschärfte. Nur durch die Bemühungen des türkischen Gouverneurs gelang es den Israeliten Kretas, die Zulassung eines Abgeordneten aus ihrer Mitte in die gesetzgebende Versammlung dieser Insel zu erreichen (1875). In Cypern bildete sich seit Jahrhunderten wieder eine jüdische Gemeinde. Eine Judenhetze durch die Griechen in Smyrna, im Jahre 1872, wurde mit Strenge unterdrückt, deren Urheber in Ketten nach Konstantinopel gebracht und dort zu schweren Strafen verurteilt. Sultan Abdul Asis sagte: „In meinem Reiche gibt es nicht mehr Mohammedaner, Christen und Juden mit verschiedenen Rechten, sondern nur Staatsbürger mit gleichen Rechten".

Dieses schöne Wort schien zur Wahrheit zu werden durch die Verfassung, die Sultan Abdul Hamid II. unter der Einwirkung des aufgeklärten Midhat Pascha im Dezember 1876 seinem Reiche gewährte. Sie verkündete allen Religionsgemeinschaften Schutz der freien Ausübung ihres Kultus und verlieh deren Bekennern ohne Unterschied auch staatsbürgerliche Rechte, indem sie solche zur Bekleidung öffentlicher Ämter und zum Eintritt in die Volksvertretung gleich fähig erklärte. Wirklich wurden drei Juden in das Abgeordnetenhaus gewählt, ferner durch den Sultan zwei in den Senat, einer in den Staatsrat berufen. Freilich, der alsbald ausbrechende unglückliche Krieg mit Russland bereitete der Verfassung ein schnelles Ende; allein der Geist der Duldsamkeit, der sich in ihr ausgesprochen hatte, blieb auch den Juden der Türkei gegenüber herrschend.

Die Gründung zahlreicher Schulen im türkischen Orient durch die Alliance israélite universelle hat wenigstens unter den begabtesten der dortigen Israeliten den geistigen Standpunkt beträchtlich gehoben, wenn sie auch durch ihren ausschliesslich abendländischen Charakter und den Mangel an Fortbildungsanstalten den jüdischen Massen nicht den Segen gebracht haben,

den man von ihnen hätte erwarten dürfen, und der der grossen Summe der aufgewandten Mühen und Geldmittel entspräche. Noch immer steckt in der europäischen wie in der asiatischen Türkei die überwiegende Anzahl der Israeliten in den überaus schmutzigen Judenvierteln, hat das in der Schule Gelernte längst vergessen, weil es fremdartiger, nicht bodenständiger Natur war, und beschäftigt sich mit Kleinhandel, Trödel, Hausierertum, Kleinhandwerk und Vermittlungen aller und jeder Art. Eine Besserung kann nur durch Unterrichtsanstalten bewirkt werden, die auf der Landesart beruhen und die Landesbedürfnisse vor Augen haben, sowie durch höhere wissenschaftliche, technische und kommerzielle Schulen, die die Juden in den Stand setzen, als Ärzte, Juristen, Ingenieure, Industrielle, Grosskaufleute und Reeder mit den aufstrebenden christlichen Bevölkerungen der Levante, besonders mit den Griechen, in Wettbewerb zu treten. Eine Verheissung besserer Zukunft gibt die beabsichtigte Gründung einer Technischen Erziehungsanstalt für Israeliten in Haifa und Palästina, deren Plan von Paul Nathan in Berlin herrührt, und für die amerikanische und russische Glaubensgenossen beträchtliche Summen (650000 Mark) gestiftet haben. Aber bisher hat sich nur einzelnen, den hervorragendsten unter den Juden, das Reich der europäischen Bildung dauernd und ganz eröffnet, und sie streben erfolgreich aus den krummen und dunklen Bahnen ihrer Voreltern hinaus; freilich oft, um mit den schlimmen Überlieferungen zugleich jedes religiöse Empfinden aufzugeben und sich kopfüber in die gefährlichen Freuden und Eitelkeiten der abendländischen „Zivilisation“ zu stürzen.

Die Masse der türkischen Juden hat mit bewundernswerter Zähigkeit die spanische Sprache ihrer Vorväter bewahrt, in der altertümlichen Form des hispanischen Idioms des fünfzehnten Jahrhunderts, nur wenig mit türkischen und arabischen Wörtern vermischt. Zwei Blätter, El Tiempo und El Telegrafo, erscheinen für sie in Konstantinopel, in spanischer Sprache, aber in hebräischen Lettern. Es ist ein Zeichen der wachsenden Kultur, dass jetzt eine spanisch-jüdische Zeitung in lateinischen Schriftzeichen begründet wird.

Es kam den Juden zugute, dass die revolutionären Bestrebungen der christlichen Griechen und Armenier die Pforte

veranlassten, auf die Dienste dieser Nationalitäten für den Staat zu verzichten und an ihrer Stelle die Juden heranzuziehen, die sich stets als treue und dankbar ergebene Untertanen des Sultans erwiesen haben. Der bis vor Kurzem regierende Sultan Abdul Hamid II. hat diesen ihren Vorzug immer anerkannt. Er stellte die Juden in weitem Umfange als Militärärzte an, wie auch seine persönlichen Leibärzte Juden waren; der eine von ihnen, Elias, wurde zum Pascha ernannt und mit dem höchsten türkischen Orden, dem Grosskordon des Medschidje, ausgezeichnet (1894). Ein Israelit sass im Staatsrate. Im Ministerium des Äuswärtigen gibt es zahlreiche Juden als Dragomanen — darunter auch der erste Pforte-Dragoman — Korrespondenten, Übersetzer, Konsuln; ebenso andere in ähnlichen Eigenschaften in den übrigen Ministerien. Auch in den Provinzen erhielten die Juden gleiche, zum Teil hervorragende Stellungen. Handelsrichter, Domänenverwalter, höhere Telegraphenbeamten, Lehrer an den höheren Schulen gibt es unter den Israeliten. Ein gesetzestreuer Jude aus altportugiesischer Familie, Harary-Bey, wurde Direktor im Finanzministerium und mit dem Pascha-Titel ausgezeichnet. Selbst in der Kriegsflotte waren mehrere Juden als Offiziere angestellt, unter denen der Kontreadmiral Isaak Molcho-Pascha den höchsten Rang bekleidete.

Eine Zeitlang fürchtete freilich die Pforte, nach den russischen Verfolgungen des Jahres 1881, durch massenhafte Einwanderung dortiger Juden in Palästina hier ein der Integrität des türkischen Reiches gefährliches Element sich einbürgern zu sehen, und suchte solcher einen Riegel vorzuschieben. Sie untersagte deshalb im Dezember 1882 die Neuansiedlung von Juden in Palästina überhaupt. Allein die Vorstellungen der jederzeit edelmütig für Religionsfreiheit eintretenden britischen Regierung, dass solches Verbot den feierlichen Zusagen des Sultans widerspreche, hatte schon 1883 dessen Widerruf zur Folge.

In dem Kriege gegen Griechenland, im Jahre 1897, fochten zahlreiche jüdische Freiwillige in den Reihen des türkischen Heeres. Voll Freude rief der Sultan aus: „Unsere jüdischen Untertanen waren Uns stets treu ergeben und gehen mit Uns durch Feuer und Wasser“. Zum Danke erkannte die Pforte die Gerichtsbarkeit der Rabbiner über deren Glaubensgenossen in

zivilrechtlichen Fällen an und befahl den politischen Behörden, solchen Urteilen die Vollzugsgewalt zu verleihen. Das Verhältnis der Regierung zu den Juden war ausgezeichnet.

Dennoch begrüssten diese es mit Freuden, als 1908 das Offizierkorps der in Europa stationierten Regimenter den Sultan zur Wiedereinführung der Verfassung von 1875 nötigte und damit eine neue Aera für das Osmanenreich herbeizuführen verhiess. Die Juden nahmen an den Begeisterungstaumel für die verheissungsvoll winkende Freiheit vollen Anteil. Sie beriefen einen „Volksrat" ein, um ihren Stammesgenossen den Weg vorzuzeichnen, den sie in der neuen Zeit einzuschlagen hätten; sie setzten ihren bisherigen Chacham-Baschi ab, der in religiöser wie politischer Beziehung ein echter Vertreter starren Konservatismus gewesen war, und wählten an seiner Stelle einen Mann modernen Wesens und aufgeklärter Gesinnung, Chaim Nahum, bis dahin Dozenten an dem Konstantinopler Rabbinerseminar. So bewiesen die Israeliten, dass sie mit patriotischer Treue für Sultan und Reich auch Verständnis für Freiheit und Fortschritt verbinden.

Bei den Wahlen zum Parlamente im November 1908 wurden dem entsprechend fünf Juden ins Abgeordnetenhaus gewählt: in Konstantinopel, in Saloniki, in Adrianopel, in Smyrna und selbst in dem unduldsamen Bagdad. Ebenso wurde ein Jude in den Senat berufen. Ein anderer Israelit, der als feiner hebräischer und türkischer Schriftsteller berühmte Bohor Effendi Askenasi, wurde zum Unterpräfekten von Konstantinopel ernannt. Die Israeliten sind somit zu einem integrierenden Bestandteile der osmanischen Nation geworden. Das ist das erfreuliche Ergebnis ihrer neuesten Geschichte in der Türkei. —

Die wenigen Tausende von Juden, die um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts Palästina, das Land ihrer Ahnen, bewohnten, befanden sich in dem denkbar traurigsten materiellen und geistigen Zustande. Nur zehn Prozent von ihnen erwarben durch Handwerk oder Kleinhandel einen dürftigen Lebensunterhalt, einige waren Geldwechsler oder Wucherer; die überwiegend grosse Mehrzahl erwartete alles von der Wohltätigkeit der europäischen Glaubensgenossen, zumal von der Organisation — aber sehr schlechten und missbräuchlichen Organisation — der „Chalukka". Sie brachte jährlich aus allen Teilen des

Abendlandes an zwei Millionen Franken ein, die von den Rabbinern und Vorstehern in Jerusalem nach Gunst und Einfluss verteilt wurden. Die meisten palästinensischen Juden waren elende und verachtete Bettler. Die Sephardim besassen noch einige Chedarim, die Aschkenasim blieben in völliger Unwissenheit. Alle standen unter der despotischen Herrschaft fanatischer Rabbis. Sir Moses Montefiore tat vieles, um die Not zu lindern, aber dauernde Einrichtungen hatte er nicht getroffen. Ein bleibendes segensreiches Eingreifen in diese Entwickelung schreibt sich erst von dem Jahre 1854, von dem Aufenthalte Albert Cohns (1814—1877) her, des in orientalischen wie europäischen Sprachen gründlich bewanderten, einsichtigen und tatkräftigen Almoseniers der Pariser Rothschilds. Er schuf in Jerusalem, ausser dem Rothschild-Hospital, ein Wöchnerinnenstift, eine Brotverteilungsanstalt, eine Mädchenschule, ein Lehrlingsheim und eine Darlehnskasse. Seinem Beispiele folgend, begründete man einige Jahre später aus der Hinterlassenschaft eines jüdischen Menschenfreundes von New-Orleans in Nordamerika, Juda Touro, in Jerusalem eine zweite Mädchenschule, ein weiteres Hospital und zwanzig Armenhäuser für Israeliten.

Aber diese Einrichtungen genügten nicht, um der materiellen und geistigen Not abzuhelfen, besonders als infolge der Unterdrückung der Israeliten in Russland und Rumänien eine immer stärker anschwellende Einwanderung von Juden aus diesen Ländern nach Palästina einsetzte und nicht nur in Jerusalem, sondern auch an anderen Orten die Zahl der jüdischen Bewohner bis auf das Fünffache vervielfältigte. Da fasste die „Alliance" den zukunftsreichen Plan, die palästinensischen Juden zu der gesunden, fruchtbringenden und moralisch segenvollen Tätigkeit des Ackerbaues hinüberzuführen. Schon 1868 legte sie in der Nähe von Jaffa die Ackerbauschule Mikweh Israel an, die bald zwischen achtzig und neunzig Schüler zählte und deren jährlich etwa dreissig entliess, von denen sich die grössere Hälfte dauernd dem Ackerbau widmete. Dann gründeten russische und deutsche Komites eine grössere Anzahl von Landbaukolonien. Allein diese Unternehmungen hatten mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen: ungesundem Klima, Mangel an Kommunikationswegen, ungünstigen Bewässerungsverhältnissen, Unsicherheit, Steuerüber-

bürdung und Willkür der Beamten; anderseits — wie in Argentinien — mit der Unkenntnis und Arbeitsunlust der Kolonisten selbst. Darauf nahm sich im Jahre 1878 Baron Edmund von Rothschild der Kolonien an und errettete sie vor dem Untergange. Allein nun trat der Übelstand hervor, dass die Kolonisten sich hauptsächlich auf die unversiegbaren Geldmittel des Barons Edmund verliessen, die ihnen in der Tat stets zu Gebote standen, und deshalb von eigener Arbeit und Mühewaltung möglichst absahen. Kurz, es war schliesslich das alte Bettelwesen in neuer Form. An dem Erfolge aller seiner Opfer verzweifelnd, übertrug Edmund von Rothschild im Jahre 1900 die Leitung seiner palästinensischen Kolonien, für die er übrigens noch weitere Geldspenden bestimmte, der Jewish Colonization Association. Diese führte ein neues, richtigeres System ein. Sie verzichtete auf die eigentliche Wohltätigkeit und verwies die Kolonisten auf deren eigene Anstrengungen, indem sie ihnen nur unter streng kaufmännischen Bedingungen Darlehen gewährte. Sie begründete neben dem bisher überwiegenden Weinbau, der wegen der Menge der eigenen Erzeugnisse und wegen der Grösse der anderweiten Konkurrenz keinen genügenden Gewinn brachte, andere Kulturen, besonders Öl-, Mandel- und Orangenpflanzungen, sowie Geflügelzucht und Milcherzeugung. Sie suchte die Kolonisten zu Fleiss, Umsicht und Unternehmungsgeist zu erziehen. Damit ist es ihr in grossem Umfange geglückt. Man nimmt allerorten in den Kolonien ein Fortschreiten wahr. Wohlhabendere palästinensische Juden legen jetzt selber Pflanzungen an; industrielle Unternehmungen entstehen mit ausschliesslich jüdischen Arbeitern. Die „Association“ konnte noch einige neue Kolonien begründen. Aber als Land der unbegrenzten Niederlassung kann Palästina nicht gelten: dazu eignen sich weder seine natürlichen noch seine politisch-sozialen Verhältnisse. Nur solche Kolonisten, die ein gewisses Kapital mitbringen, haben dort als Landbebauer eine Zukunft. Eines bleibenden Erfolges sind fast nur die Ölbaumkulturen sicher, bei denen man aber mehrere Jahre warten muss, ehe sie Ertrag bringen. Die blossen Handarbeiter besitzen auf dem Lande wenig Aussicht, da sie vor der Billigkeit der gänzlich bedürfnislosen einheimischen Arbeitskräfte das Feld räumen müssen. — Im ganzen zählten 1907 die jüdischen

Kolonien Palästinas 6519 Seelen, mit einem Grundbesitz von 25455 Hektar.

Auch in Jerusalem selbst, das jetzt neben 7000 Mohammedanern und 13000 Christen mindestens 45000 jüdische Bewohner umfasst und immer mehr sich wieder zu einer überwiegend jüdischen Stadt gestaltet, mit hebräischer Umgangssprache, blieb man nicht untätig. Zahlreiche neue Hospitäler und Schulen entstanden, letztere allerdings unter der heftigen Gegnerschaft fanatischer Rabbis, die die volle Unwissenheit der Gläubigen als die beste Bürgschaft ihrer eigenen unbedingten Macht betrachteten und tatsächlich durch die in ihren Händen ruhende Gewalt über die Verteilung der Chalukka die Masse der Bevölkerung beherrschten. Trotz ihrer Bannflüche ging aber das Werk des Fortschritts voran. Im Jahre 1908 gab es in Jerusalem nicht weniger als 25 jüdische Knaben- und 8 Mädchenschulen mit zusammen 4470 Schüler und Schülerinnen. „Alliance" und „Association" unterhalten eine Handwerkschule für junge Leute beiderlei Geschlechts, mit bestem Erfolge. Sie zählt 115 Zöglinge und bestreitet mit dem Verkaufe ihrer Erzeugnisse den grössten Teil ihrer Kosten. Der von Deutschland aus begründete „Bezaleel" befördert das Kunstgewerbe unter den Israeliten Jerusalems; Teppichwebereien wurden angelegt. Höchst bedeutsam war die Eröffnung eines jüdischen Lehrerseminars in Jerusalem durch den „Hilfsverein der deutschen Juden". Es ist geradezu ein rettender Gedanke, die Ausbildung der jüdischen Lehrer für den Orient auf die heimischen Verhältnisse, Anschauungen, Bedürfnisse und Umgebungen zu begründen, und nicht auf die durchaus abweichenden, für den Orient ganz ungeeigneten, geradezu gefährlichen des Abendlands. Dem Lehrerseminar ist eine Handelschule angegliedert worden. Kindergärten, mit hebräischer Sprache, von dem „Hilfsverein" angelegt; Volksschulen, in denen neben dem Hebräischen hauptsächlich die arabische Landessprache gelehrt und hervorragend praktische Beschäftigungen getrieben werden, schaffen ein gesundes und aussichtsreiches Unterrichtssystem, dessen weitere Ausbreitung über Palästina und die gesamte Levante dringend zu wünschen wäre. Sehr wichtig und verheissungsvoll endlich ist die Begründung einer technischen und polytechnischen Schule in Haifa durch Dr. Paul Nathan,

den „Hilfsverein der deutschen Juden“ und ein amerikanisches Komitee. Nur die Schaffung höherer Unterrichtsanstalten für Israeliten kann diesen in der Levante eine angemessene Stellung innerhalb der aufstrebenden Kulturelemente verschaffen und sichern. Die Nachahmung des Vorgehens in Haifa durch Stiftung medizinischer und juristischer Fakultäten ist deshalb dringend zu wünschen.

In der entlegenen türkischen Provinz Tripolis, zwischen dem englischen Aegypten und dem französischen Algerien, wohnen gleichfalls zahlreiche Juden, 7000 von ihnen in der Hauptstadt Tripolis, etwa der vierte Teil der gesamten Bevölkerung. Sie sind Goldschmiede, Schneider, Tischler, Maurer, Schuhmacher, Blechschläger, kleine Fabrikanten — zumeist sehr arm. Italienische und Alliance-Schulen überlieferten einem Teile der israelitischen Jugend Unterricht nach europäischem Vorbilde. Der duldsamen Gesinnung der Pforte getreu, hielten deren Behörden die Sicherheit auch für die jüdischen Bewohner mit Strenge aufrecht. Räuberische Anfälle auf sie wurden so hart bestraft, dass sie zu einer Seltenheit wurden.

Unter den günstigeren rechtlichen und politischen Bedingungen, wie der jüngste konstitutionelle Umschwung solcher der Türkei zu verleihen scheint, wird diese eines der hauptsächlichsten Immigrationsländer für die russischen und rumänischen Juden werden. Je schwieriger deren Einwanderung in andere Staaten sich mit der Zeit gestaltet, um so mehr muss auf die wiedergeborene Türkei in dieser Beziehung das Augenmerk gelenkt werden. Die geringe Zahl der Bevölkerung in manchen ihrer Provinzen, wo guter Boden und der schnell sich ausdehnende Bau von Kommunikationswegen, besonders Eisenbahnen, ein weit dichteres und zahlreicheres Wohnen ermöglichen, lässt die Ansiedlung neuer Ankömmlinge allen Teilen als wünschenswert erscheinen — allerdings unter einer Bedingung: die parlamentarische türkische Regierung ebenso wie die bisherige absolute kann die jüdische Einwanderung nur erlauben oder gar begünstigen, wenn diese auf jede politische Sonderstellung verzichtet und sich lediglich als türkische Staatsbürger jüdischen Glaubens zu betrachten gewillt ist. Es kann dieser Hinweis gar nicht nachdrücklich genug betont werden. —

Viel ungünstiger als in dem türkischem Reiche ist die Lage der Juden in dem von dem glühenden Glaubenshasse der schiitischen Sekte der Mohammedaner erfüllten Persien. Hier ist ihr Zustand in sozialer, ökonomischer und geistiger Beziehung ein überaus trauriger. Ein persischer Würdenträger schilderte ihn vor nunmehr achtzig Jahren einem christlichen Missionar mit den bezeichnenden Worten: „Jedes Haus mit einem niedrigen engen Eingange ist das eines Juden. Jedes Kleid, das sehr zerrissen oder auf dem Rücken geflickt ist, ist das eines Juden. Jeder, der ein altes zerbrochenes Glas aufliest oder schmutzige Lumpen sucht, um alte Schuhe und Sandalen bettelt, ist ein Jude. Jedes Haus, in das kein vierfüssiges Tier hineinkommt, ausser einer Gais, ist das eines Juden". Und diesen Armseligen pressten die Misshandlungen der Beamten noch Geld ab! Vor allem waren es aber die Geistlichen, die, bis in die neuesten Zeiten, die Bevölkerung zu Gewalttaten, Plünderung und Mord gegen die Juden aufhetzten. Klagen bei dem Schah hatten nur neue Schändlichkeiten zur Folge, da die Höflinge dann Lust bekamen, sich gleichfalls auf Kosten der unglücklichen Juden zu bereichern. Die Tötung eines Juden durch einen Rechtsgläubigen wurde höchstens mit einer Geldstrafe gebüsst. Wenn ein Jude aber zum Islam übertrat, fiel ihm das gesamte Vermögen seiner Familie zu. Diese langdauernde entwürdigende Misshandlung der persischen Juden hatte bei ihnen einen tiefen geistigen und moralischen Verfall zur unvermeidlichen Folge.

Erst in neuester Zeit ist in diesen traurigen Verhältnissen eine Besserung eingetreten. Einmal fanden die Juden in den europäischen Leitern und Lehrern der von der „Alliance" in mehreren persischen Städten begründeten Schulen eifrige und von der französischen und englischen Diplomatie erfolgreich unterstützte Verteidiger. Zweitens aber hat Schah Muzaffer-ed-Din Mirza (1896 bis 1909), durch wiederholte Reisen nach Europa über die Atmosphäre beschränkten Fanatismus erhoben, die Israeliten mit seinem Schutze bedacht und gegen sie gerichtete Unruhen mit Strenge bestraft. Im Jahre 1899 erklärte sein erster Minister: „Die Juden sind persische Untertanen, und Se. Majestät machen keinen Unterschied zwischen ihren Untertanen, welchem Glaubensbekenntnisse sie auch angehören". Der Schah förderte auf alle

Weise die Gründung jüdischer Schulen durch die „Alliance“ und schützte die jüdischen Kaufleute gegen den Brotneid ihrer mohammedanischen Mitbewerber.

Eine ganz neue Ära der Sicherheit, Freiheit und Gleichberechtigung schien für die persischen Israeliten anzubrechen, als im Jahre 1906 der Volkswille dem Schah eine konstitutionelle Verfassung abnötigte. Diese verkündete vollkommene Gleichstellung aller die Landessprache redenden persischen Untertanen, Gewerbe- und Handelsfreiheit für jedermann, freie Ausübung und Selbstverwaltung aller Religionsbekenntnisse. Die Verfassung ist freilich noch keineswegs gesichert. Aber dass die grosse Mehrheit des persischen Volkes jene fortgeschrittenen Grundsätze gebilligt und feierlich ausgesprochen hat, ist ein ungeheurer Fortschritt in einem Lande, wo bisher der roheste Fanatismus unbedingt geherrscht hat. —

Ebenso schlimm wie den persischen Juden war es ihren 35000 Glaubensgenossen in Yemen, dem südwestlichen Arabien, ergangen, wo sie schon seit den Zeiten des zweiten Tempels wohnten und vor allem dem Töpfergewerbe und sonstigem Handwerke oblagen. Sie wurden dort seit Jahrhunderten von den fanatischen Mohammedanern — Sunniten — auf das ärgste misshandelt; in neueren Zeiten sind sie dann, wie so viele geknechtete Israeliten, schaarenweise nach Jerusalem ausgewandert, das ihrer Einbildungskraft noch in dem vergoldenden Glanze hoher Erinnerungen erschien. Den Zurückgebliebenen brachte der Aufstand der Eingeborenen gegen die türkische Oberherrschaft völligen Untergang. Tausende von ihnen fielen dem Schwerte der Europäer oder dem Hunger zur Beute. Andere Tausende flüchteten das nackte Leben über das Rote Meer nach Ägypten, wo zumal die „Alliance“ sich ihrer annahm. Erst die Wiederherstellung der türkischen Regierung hat für die Juden in Yemen wenigstens die Möglichkeit des Daseins von neuem geschaffen.

Dagegen hat die Schutzherrschaft, die in neuester Zeit die Engländer über Afghanistan erworben haben, auf die Lage der dort lebenden 40000 Israeliten sehr günstig eingewirkt. Eine Judenvertreibung in der Provinz Herat, im Jahre 1891, die aus der Beschuldigung entstanden war, sie hätten es dort mit den Russen gehalten, war nur vorübergehend und wurde schnell

wieder zurückgenommen. Im ganzen leben die Juden in Afghanistan frei von Bedrängung und Verfolgung in etwa sechzig Gemeinden, deren grösste die der Hauptstadt Kabul ist; es entspricht den orientalischen Sitten, wenn in jedem Orte die Juden sich in einem besonderen Quartiere zusammenfinden.

Nicht gleich günstig, wie das Protektorat der Engländer über Afghanistan, wirkte das der Franzosen über Tunesien.

Dieses Land war nur dem Namen nach ein Vasallenstaat der Türkei gewesen, hatte tatsächlich unter seinem Bey unabhängig dagestanden. Hier lebten seit den römischen Zeiten etwa 40000 Juden, in zahlreichen Gemeinden. Auch sie wohnten, wie im ganzen Orient, in besonderen Stadtvierteln, genossen aber sonst recht guter Behandlung. Sie waren Kaufleute, Handwerker — besonders Goldschmiede und Teppichwirker — Ärzte, selbst öffentliche Beamte. Wie in den meisten mohammedanischen Ländern bildeten sie einen kleinen Staat im Staate, indem sie ihre Gemeinde-Angelegenheiten selbständig verwalteten und von ihren Rabbinern nach jüdischem Gesetze gerichtet wurden; nur die Kapitalverbrechen unterlagen dem Urteil der Landestribunale. Freilich, ihre Unwissenheit war gross, und das wenige, was sie an hebräischen Büchern gebrauchten, erhielten sie von Livorno. Eine weitere erfreuliche Entwickelung schien ihnen gesichert, als Bey Mohammed-es-Zadok im Jahre 1861 seinem Lande eine Verfassung erteilte, die eingehende Bestimmungen über die allseitige Gleichstellung der Bekenner aller Religionen enthielt — Sätze, die damals vielen europäischen Konstitutionen hätten als Muster dienen können. Unglücklicherweise führte gerade der freisinnige und duldsame Charakter dieser Verfassung einen Aufstand der fanatischen Araber herbei, der ihre Beseitigung zur Folge hatte (1864). Allein trotz einzelner gelegentlich gegen die Juden verübten Gewalttaten blieb doch ihre Lage im ganzen günstig, zumal die Behörden ihnen gewogen waren. Sie brauchten weder eine besondere Tracht mehr anzulegen noch schwere ausserordentliche Steuern zu zahlen und durften Grundbesitz erwerben.

Einen völligen Umschwung der politischen Verhältnisse in Tunesien bedeutete die Einführung des französischen Protektorats, das heisst der französischen Verwaltung, im Jahre 1881. Aber

für die Juden kam nicht viel dabei heraus. Die französische Regierung beliess sie in ihrer bisherigen gesetzlichen Lage — nur dass sie die persönliche Sicherheit wirksamer schützte. Die Juden blieben sogar, nach mohammedanischem Rechte, vom Kriegsdienste und fast von der gesamten Beamtenlaufbahn ausgeschlossen. In die städtischen Vertretungen wird nur je ein Jude aufgenommen, obschon die jetzt 40000 Israeliten der Stadt Tunis fast ein Fünftel von deren Bevölkerung ausmachen. Die Lage der Juden hat sich sogar unter der französischen Herrschaft insofern noch verschlechtert, als es ihnen nicht mehr gestattet ist, sich in den Schutz fremder Regierungen zu begeben, um der Willkür der mohammedanischen Obrigkeiten zu entgehen. Die Naturalisation als Franzosen hat man ihnen bisher grundsätzlich verweigert — nur wenige von ihnen sind naturalisiert worden, obwohl sie es dringend wünschten und sich tatsächlich mit Eifer der französischen Kultur zuwandten. Im Jahre 1904 wurden die französischen Unterrichtsanstalten der Regentschaft von 4368 Juden und Jüdinnen besucht, gegen nur 4301 Franzosen und nur 3061 Mohammedaner. Aber der algerische Antisemitismus hat gewaltig auf die Vertreter Frankreichs in Tunesien zurückgewirkt. Die Regierung glaubt in den Kolonien die Unterstützung des nationalistisch gesinnten Teiles der französischen Bevölkerung gegenüber den Eingeborenen nicht entbehren zu können.

Die Juden in Tunesien, deren Zahl sich in den letzten Dezennien auf annähernd 70000 vermehrt hat, lassen es an Bemühungen nicht fehlen, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Seit dem Sommer 1907 erscheint dort eine Wochenschrift „Défenseur“, die Reformen nach innen, Verteidigung nach aussen sich zur Aufgabe stellt, und deren geschickte, überzeugungskräftige Redaktion guten Erfolg verheisst. Erfreulich ist auch die Errichtung einer rabbinischen Rechtsschule durch die Regierung, mit Unterstützung der „Alliance“ und der israelitischen Gemeinde Tunis. Sie ist dazu bestimmt, die zukünftigen Richter, Anwälte und Sekretäre an dem rabbinischen Gerichtshofe des Landes heranzubilden, dem alle eingeborenen Israeliten — mit Ausnahme der schweren Verbrecher — unterstehen. So findet sich in Tunis ein eigentümliches Gemisch altorientalischer und modern abendländischer Zustände, das unmöglich von Dauer sein kann.

Am übelsten unter allen mohammedanischen Ländern behandelt Marokko seine Juden; der finstere Fanatismus der nordafrikanischen Berber kommt hier zu seinem ärgsten Ausdrucke. In diesem Sultanat sind die Juden den schlimmsten Demütigungen unterworfen. Sie müssen in den Städten ein eigenes Viertel, die Mellah, bewohnen. Sie dürfen mit den Mohammedanern nur mit leiser Stimme und in demütiger Haltung sprechen. Sie müssen im Vorübergehen bei einer Moschee die Schuhe ausziehen. Sie dürfen nicht auf einem Pferde, sondern nur auf einem Maultier oder Esel reiten, innerhalb einer Stadt aber nur zu Fusse gehen. Sie dürfen erst diejenigen Waren kaufen, die der Mohammedaner nicht hat erwerben wollen. Ist der Jude dreizehn Jahre alt, so muss er Kopfsteuer zahlen, und zwar haben die Bemittelten sie für die Armen mit zu entrichten, ganz abgesehen von den zahlreichen ausserordentlichen Abgaben.

Die Unterwerfung Algeriens durch die Franzosen seit dem Jahre 1830 verschärfte nur den Haß der Marokkaner gegen die Ungläubigen; und diesen konnten sie am ehesten gegen die heimischen Juden auslassen, die verteidigungslos waren, nicht den Schutz der europäischen Kriegsschiffe und Bajonette genossen. Immer wieder kamen seitdem Misshandlungen und Ermordungen von Juden vor, ohne Strafe nach sich zu ziehen. Gegen diese Tatsachen stumpfte sich das Empfinden der Juden ab, wie gegen den natürlichen Tod. Dafür lebten sie unter eigener Gerichtsbarkeit und nach eigenen Gesetzen, hatten sich auch eine Anzahl Schulen eingerichtet. Überhaupt trösteten sie sich über die Bedrückungen, die ihnen von aussen zu Teil wurden, durch reich entwickeltes Innenleben, durch inniges Zusammenhalten der Familie und der Gemeinde, durch herzliche Religiosität. Sie wussten sich auch durch ihre Betriebsamkeit einen gewissen Wohlstand zu schaffen, den sie freilich vor den Augen der Mohammedaner und zumal der Obrigkeiten sorgfältig verbargen. Der Handel mancher Städte, wie z. B. Mogadors, liegt ganz in ihren Händen. Durch die kommerziellen Dienste, die einzelne den grossen europäischen Handelshäusern leisten, erlangen sie bisweilen den Schutz der fremden Gesandtschaften und sind dann vor Beleidigungen und Angriffen geschützt. Ein grosser Teil der marokkanischen Juden legt schon europäische Tracht an, die

ihm ein Talisman gegen die Angriffe des Moslemin zu sein scheint, und die Kinder dieser nach Aufklärung strebenden Israeliten besuchen massenhaft die Schulen der „Alliance“. Die Gesamtzahl der marokkanischen Juden aber beträgt etwa ein Viertel Million Seelen.

Von Zeit zu Zeit brach der Fanatismus der muselmännischen Bevölkerung in wilden Greueltaten aus. So belagerten 1844 die Mohammedaner von Mogador und Umgebung die Mellah dieser Stadt. Einen Tag lang verteidigten die Juden sich mit dem Mute der Verzweiflung; endlich erlagen sie der Übermacht, und ein furchtbares Blutbad fand unter ihnen statt. Der unermüdliche Sir Moses Montefiore legte sich für die Unglücklichen ins Mittel. Stets war dieser seltene Mann bereit, für seine gedrückten und verfolgten Glaubensgenossen mit seiner Person einzutreten — in Russland, Rumänien, Syrien, Palästina, Aegypten, Marokko. Nicht immer hatte er Erfolg; aber sein Verdienst ist deshalb nicht geringer. In Marokko gab ihm Sultan Abd-er-Rachman die tröstlichsten Versicherungen für die Zukunft. Aber was halfen sie? Selbst wenn der Sultan den Willen gehegt hätte, seine Zusagen zu halten, fehlte ihm doch die Macht, sie zu verwirklichen. Immer wieder wurde die Welt durch Nachrichten von Greueltaten erschreckt, die wilde Marokkaner an wehrlosen Juden verübt hatten. Dann erfolgten regelmässig Intervention der europäischen Konsuln, Zahlung einer Entschädigungssumme, Zusage künftiger Aufrechterhaltung von Gerechtigkeit und Ordnung, bisweilen auch einige Hinrichtungen, die nicht immer die Schuldigen betrafen. Aber das nützte nur für kurze Momente. Der Fanatismus der dortigen Mohammedaner und ihre grenzenlose Verachtung der Ungläubigen konnten durch die schwache Gewalt des Sultans nicht immer im Zaume gehalten werden.

Besonders hervorzuheben sind die traurigen Ereignisse des Jahres 1864, die, in kleinerem Umfange, denjenigen von Damaskus im Jahre 1840 gleichen. Ein spanischer Untertan in Saffi, an der marokkanischen Westküste, starb plötzlich, wie man behauptete, an Gift. Sofort lenkte die maurische Obrigkeit den Verdacht auf die Juden, von denen zwölf verhaftet und zum Teil grausam gefoltert, zwei hingerichtet wurden. Der spanische Konsul in Saffi hatte sich mit Eifer an dem blutigen und un-

begründeten Verfahren beteiligt. Die marokkanischen Israeliten fürchteten mit Recht, aus diesen schmerzlichen Tatsachen eine neue allgemeine Verfolgung hervorgehen zu sehen. Sie wandten sich also um Hilfe abermals an Sir Moses Montefiore, und der edle Greis, obwohl achtzig Jahre alt und längst seiner klugen und treuen Gattin und Gefährtin beraubt, zögerte nicht einen Augenblick, die weite und beschwerliche Reise nach dem gesetzlosen Lande zu unternehmen. Mit einflussreichen Empfehlungen von der englischen und der spanischen Regierung ausgerüstet, begab er sich nach Saffi und dann zum Sultan selbst, nach der Stadt Marokko. Er setzte die Befreiung der noch lebenden jüdischen Gefangenen und eine — freilich ziemlich wirkungslose — Verordnung des Sultans durch, die Juden sollten gleich seinen übrigen Untertanen behandelt werden. Jedenfalls wurde für den Augenblick schlimmeres Unheil verhütet. Es war nur gerecht, wenn die englische Regierung im Unterhause amtlich die Menschenfreundlichkeit und den Opfermut Sir Moses' anerkannte, die City von London ihm in feierlicher Weise den Dank der britischen Hauptstadt, ja der Welt ausdrückte.

Recht übel erging es wieder den Israeliten, seitdem im Jahre 1902 gegen den reformfreundlichen Sultan Abdul Asis ein Aufstand ausgebrochen war. Die nun von allen Parteien gleich misshandelten und geplünderten Juden gerieten in die schlimmste Lage: überdies bedrohten die Verödung der Äcker und die allgemeine finanzielle Krise sie mit dem Hungertode. Bei Casablanca plünderten und töteten die Empörer die Juden; in Tazza taten es die Truppen des Sultans. Der Pöbel griff die Mellah in der Hauptstadt Marokko an. Als die bewaffnete Einmischung Frankreichs sich ankündigte, im Sommer 1907, brach der Religionshass der Marokkaner gegen alle Ungläubigen von neuem in heftige Flammen aus, indem er sich selbstverständlich vor allem gegen die wehrlosen Juden richtete. In Casablanca wurden von diesen mehr als fünfzig ermordet, allen aber die Häuser ausgeraubt und schliesslich angezündet. Ähnlich ging es in Mogador zu. Tausende flüchteten sich nach dem unter dem Schutze der europäischen Konsuln stehenden Tanger, ja nach Europa. Die „Allianee" und der „Hilfsverein" nahmen sich der Beraubten und Mittellosen an, kauften viele Gefangene von ihren Peinigern los.

Aber rechtliche und gesicherte Zustände werden in diesem Lande erst eintreten, wenn es unter europäische Verwaltung genommen ist. Alles andere Reformieren bedeutet nur Stückwerk.

Freilich, nicht besser als in diesem mohammedanischen Lande sah es in einem christlichen, in Rumänien, aus.

Kapitel Drei.

Der christliche und heidnische Orient.

In keinem christlichen Lande der Welt — mit Ausnahme Russlands — ist die Lage der Juden so traurig, wie in dem sich seiner Zivilisation rühmenden Rumänien. Wenn in einzelnen mohammedanischen Ländern der Glaubenshass gegen sie in gelegentlichen Ausbrüchen sich kundgibt, so lässt man sie doch sonst gewähren: in Rumänien werden alle Mittel einer raffinierten Staatskunst und einer zentralisierten modernen Verwaltung gegen sie in Tätigkeit gesetzt.

Vor ihrer Vereinigung zu einem halb unabhängigen Staate nannte man die beiden Bestandteile des jetzigen Rumäniens, die Moldau und die Wallachei, die „Donaufürstentümer". Sie nahmen eine besondere Stellung innerhalb des weiten türkischen Reiches ein, indem jedes von einem von der Pforte ernannten christlichen Fürsten regiert wurde, tatsächlich aber unter der Schutzherrschaft Russlands stand. Die dortigen Juden waren äusserst unwissend und nicht nur in ihren Riten, dem sephardischen und dem aschkenasischen, sondern auch nach den verschiedenen Ländern, aus denen sie eingewandert waren, in sich gespalten. Von den christlichen Bewohnern mit Geringschätzung behandelt, schlossen die Juden sich von ihnen ab und bewahrten ihre „jiddische" Sprache und ihre patriarchalischen Sitten. Fleissig, nüchtern, betriebsam, aber auch im Gelderwerb wenig bedenklich, erlangten sie zumal in der Moldau, wo sie besonders zahlreich waren, ein wirtschaftliches Übergewicht, das sie öfters gegen ihre Bedränger missbrauchten. Die Landbevölkerung, unwissend, träge, dem gröbsten Sinnengenusse ergeben, geriet deshalb von ihnen in drückende materielle Abhängigkeit, und die Grossgrundbesitzer, die sich mit den Äusserlichkeiten der französischen Bildung alle Laster einer überfeinerten Zivilisation angeeignet hatten, waren

infolge ihres Leichtsinns und ihrer Liederlichkeit den Juden stark verschuldet. Diese waren als Gläubiger aller naturgemäss Gegenstand grosser Abneigung seitens der übrigen Bevölkerung, und man legte ihnen mannigfache Beschränkungen auf. Das Wohnen auf dem flachen Lande war ihnen zuerst ganz verboten, dann — seit 1853 — nur unter erschwerenden Bedingungen gestattet. Besonders seit dem Jahre 1844 erflossen gegen sie strenge Gesetze. Sie durften keine christlichen Dienstboten halten, in den Hauptstrassen der Städte keine Mietwohnungen innehaben. Ärmere Juden, die nicht ein Handwerk betrieben, wurden wie Vagabunden betrachtet und behandelt. Noch im Jahre 1853 wurde ein Gesuch der Juden, in den Staatsdienst treten und Grundbesitz erwerben zu dürfen, obwohl von der Pforte warm befürwortet, von der Bukarester Regierung abgelehnt. Eine grosse Anzahl der die Donaufürstentümer bewohnenden Israeliten setzte sich freilich über deren Gesetze hinweg, indem sie als fremde Untertanen den Schutz der auswärtigen Regierungen und ihrer Konsuln genossen.

Einige umsichtige und wohltätige Juden suchten der Emanzipation ihrer rumänischen Glaubensgenossen dadurch vorzuarbeiten, dass sie deren Geistesnot abhalfen: sie begründeten in Bukarest eine österreichische und eine wallachische Schule. Aber die grosse Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung begnügte sich mit elenden Chedarim, wo nicht einmal richtiges Hebräisch gelehrt wurde.

Nach Beendigung des Krimkrieges gab der Pariser Friede vom 30. August 1856 den Donaufürstentümern eine neue Stellung. Die russische Schutzherrschaft wurde aufgehoben, die beiden Länder vereint und Volksvertretungen zur Schaffung einer gemeinsamen neuen Verfassung einberufen. Sofort regte es sich auch bei den dortigen Juden; sie verlangten in einer Petition volle Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern. Allein die Volksvertretung, in der die rohen und selbstsüchtigen Adligen, die Bojaren, überwogen, sprach allen nicht orthodox griechisch-katholischen Rumänen die politischen Rechte ab (24. November 1857.) Zwar erteilten dann die sieben Mächte, die an dem Pariser Kongress des Jahres 1856 teilgenommen hatten, selber 1858 den Fürstentümern eine Verfassung;

indes deren Artikel 46, der die staatsbürgerlichen Rechte betraf, war derart zweideutig abgefasst, dass man daraus schliessen konnte, solche seien nur den christlichen Bürgern vorbehalten.

Und dies wurde die Quelle alles weiteren Unglücks für die rumänischen Juden. Die hier versäumte Gelegenheit ihrer Gleichstellung ist nie wieder gekommen. Die Unduldsamkeit ist seitdem Grundsatz der Verfassung Rumäniens geblieben.

Man erlebte bald das traurige Schauspiel, dass der neue konstitutionelle Staat, der von sogenannten Liberalen regiert wurde, an Judenhass Unglaubliches leistete. Im Grunde herrschten nach wie vor die Bojaren, träge, genusssüchtige, verderbte Leute, die fürchteten, dass die betriebsamen und nüchternen Israeliten oder wenigstens die Gebildeten unter diesen ihnen das Monopol einer regierenden Kaste beeinträchtigen würden. Sie beschlossen also den Vernichtungskrieg gegen die Juden, den sie um so ungehinderter führen konnten, als die Pforte jede Macht zur Einmischung verloren hatte. Eine Reihe schändlicher Massregeln erfolgte.

Im Juni 1861 wurden durch Erlass des „liberalen“ Ministers des Innern, Orbescu, die Juden binnen vierzehn Tagen vom flachen Lande vertrieben. Indes die einmütige Verdammung dieser Massregel, die Tausende schuldloser Familien an den Bettelstab gebracht hätte, durch die öffentliche Meinung und Presse Europas verhinderte die Ausführung der grausamen Verordnung. Unter dem Drucke der Mächte war Fürst Alexander Cusa (1859 bis 1866) geneigt, den Juden volle Emanzipation zu bewilligen. Allein die Mehrheit der Minister war nur dafür zu haben, die staatsbürgerlichen Rechte denjenigen Israeliten zu bewilligen, die einen wissenschaftlichen Grad oder den Offizierrang oder ein besonderes Verdienst um die Industrie erworben hätten. Die Kammer stimmte dem im März 1864 zu, auch nur mit geringer Mehrheit. Vielmehr wurde im stillen der Kampf gegen die Juden weitergeführt, nicht nur durch Beschimpfungen und Hetzereien in der offiziösen Presse, sondern auch durch gesetzliche Massregeln. So wurde allen Juden, sogar den fremden, unter dem Schutze der auswärtigen Konsuln stehenden, der Erwerb von Grundbesitz ausdrücklich untersagt. Ebenso schloss ein Gesetz des Jahres 1864 die Juden vom Advokatenstande aus.

Bald darauf — 1866 — fand in den jetzt Rumänien genannten vereinigten Donaufürstentümern ein grosser Umschwung statt. Der schwache und ausschweifende Fürst Cusa ward durch einen Aufstand vertrieben und in allgemeiner Volksabstimmung Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen zum Fürsten gewählt. Er beschwor eine freisinnige Verfassung nach belgischem Muster, die freilich für ein Land wenig passte, dessen Volksmasse gänzlich roh und verständnislos, dessen gebildete Stände selbstsüchtig und sittlich verderbt waren. Die unmittelbare Folge der Revolution waren Angriffe des Pöbels auf die Juden, zuerst auf dem flachen Lande, dann in Bakau und besonders in Bukarest, wo die Menge vor das Abgeordnetenhaus zog, die Rücknahme des soeben eingebrachten Gesetzentwurfs behufs Emanzipation der Juden forderte, eine Anzahl unglücklicher Juden erschlug, den prächtigen neu erbauten Tempel zerstörte. Diese Missetaten blieben ungesühnt, ja die Regierung gab gern dem künstlich aufgestachelten Pöbel nach und verzichtete auf die Gleichstellung der Israeliten; vielmehr wurde auch fremden Juden durch einen besonderen Verfassungsartikel die Möglichkeit der vollen Nationalisierung in Rumänien benommen. Fürst Karl selber zeigte freilich, dass er persönlich menschliche und gerechte Gesinnungen hege. Er sprach den geängsteten Juden Mut zu und widmete aus seiner Privatschatulle für Wiederaufbau des zerstörten Tempels 2000 Dukaten, die freilich bei einem Schaden von 30000 Dukaten bei weitem nicht ausreichten; im Grunde mussten die Juden ihre Synagoge auf eigene Kosten wieder erbauen. Der Fürst war machtlos, ebenso wie die Vorstellungen der fremden Staaten. Vielmehr gingen die Verfolgungen unausgesetzt weiter. Zahlreiche ausländische Juden wurden, mit Ketten beladen, ausser Landes geschleppt (1867). Man sprach ungescheut von der Ausrottung aller Juden und inszenierte inzwischen neue Pöbelexzesse. Ministerpräsident Johann Bratianu war der eigentliche Urheber der ganzen Bewegung. Nur dem tatkräftigen Eingreifen der österreichischen, englischen und französischen Regierung war es zu danken, dass er seinen grausamen Eifer zügeln musste.

Allein wenn einstweilen die blutigen Ausschreitungen aufhörten, ging doch die gesetzliche Verfolgung immer weiter.

Damals kam unter der Aegide Bratianus und Cogalniceanus die allen bisherigen Rechtsüberlieferungen und Gesetzen widersprechende Anschauung auf, dass die Juden, ganz abgesehen von ihrer Herkunft, als solche eine der Rumänen fremde Nationalität ausmachten. Seitdem richtete sich des Scheines halber die Ausnahmegesetzgebung nicht gegen die Juden, sondern gegen die „Fremden". Darin fand man einen Vorwand, um die Missbilligung Europas wegen der konfessionellen Unduldsamkeit und die Vorstellungen der auswärtigen Mächte abzulehnen. Während man so den heimischen Juden alle politischen Rechte nahm, zog man sie zum Militärdienst heran; nur durften sie keinerlei militärische Beförderung erwarten, wurden also Soldaten zweiter Klasse. Ärzte durften die Juden werden, Apotheken aber nicht eröffnen.

Die Schutzmächte nötigten endlich den Fürsten Karl zur Entlassung des Ministeriums Bratianu im August 1867. Aber diese Nachgiebigkeit war nur eine Komödie. Im November trat Bratianu wieder in das Kabinett, und zwar als Minister des Innern, als welcher er die Quälereien und Verfolgungen der unglücklichen Juden aus erster Hand betreiben konnte. Zu Tausenden wurden sie vom flachen Lande verjagt: sie wurden von allen öffentlichen Lieferungen ausgeschlossen und abermals des Rechtes der Haltung christlicher Dienstboten beraubt. Wiederum intervenierten die europäischen Regierungen, und besonders der österreichische Generalkonsul von Wolfarth zeichnete sich durch Tatkraft und Festigkeit aus. Man nahm darauf das Dekret der Vertreibung vom flachen Lande zurück, freilich ohne den bereits Geschädigten ihre Verluste zu ersetzen.

Die einmal entfesselte Bewegung liess sich auch nicht so leicht in Schranken halten. Es fanden neue Unruhen in Galaz statt, bei denen siebzehn Juden schwer verwundet, sechs Synagogen zerstört wurden. Auch anderswo belästigte und misshandelte man gelegentlich die Israeliten.

Bessere Zeiten schienen anzubrechen, als das Ministerium Bratianu im Dezember 1868 wirklich fiel. Das Kabinet Ghika gestattete den Israeliten wieder die Teilnahme an öffentlichen Verdingungen, da das Staatsinteresse selber dies erforderte.

Allein die Illusionen dauerten nicht lange. Der Minister des Innern, Cogalniceanu, bezeichnete öffentlich die Juden als

Fremde, die am Marke des Landes nagten; das Anrufen ausländischer Hilfe von seiten der Juden beweise am schlagendsten ihren Mangel an Vaterlandsliebe. Er erliess ein Dekret, das wiederum alle Juden vom flachen Lande auswies, und verhöhnte die Noten der Grossmächte, die gegen solches Vorgehen abermals protestierten. Als 1872 das staatliche Tabaksmonopol aufgerichtet wurde, schloss das betreffende Gesetz die Juden von dem Anbau, dem Handel und der Verarbeitung des Tabaks aus und machte derart Tausende von jüdischen Arbeitern und Verkäufern mit einem Schlage brotlos. Selbstverständlich rief so feindseliges und ungerechtes Vorgehen der Regierung und der Volksvertretung in den unteren Schichten neue Gewalttaten hervor, da die Fanatiker und Mordbrenner der Straflosigkeit sicher zu sein glaubten. Im Februar 1872 brachen furchtbare Verfolgungen in Ismail und Cahul aus; die Verbrecher wurden von den Schwurgerichten freigesprochen, dagegen unschuldige Juden verurteilt, freilich vom Fürsten Karl begnadigt. Endlich riss die Geduld Europas über diese höhnischen Frevel. Die Parlamente verschiedener Staaten nahmen energisch gegen sie Partei; in London fand in gleichen Sinne eine Versammlung von Bürgern aller Bekenntnisse unter dem Vorsitze des Lord-Mayor statt. Überall bildeten sich Hilfskomitees zugunsten der unglücklichen Opfer. Die acht Schutzmächte Rumäniens bedrohten dieses schliesslich mit gemeinsamer bewaffneter Einmischung.

Zum Scheine gaben die Rumänen etwas nach: der wegen seiner Vorurteilslosigkeit bekannte Epureanu trat im November 1872 als Justizminister in das Kabinett und hielt die Ruhe aufrecht. Sonst war er einflusslos. Er konnte nicht verhindern, dass ein im Februar 1873 votiertes Gesetz die Juden auch vom Verkaufe von Spirituosen ausschloss.

Es war ja für die Rumänen so bequem, die Unbildung, Armut und Roheit, die in ihrem Lande herrschten, und die die Folge ihrer eigenen Trägheit, Sittenlosigkeit und Unredlichkeit waren, der angeblich verderblichen Tätigkeit der Juden in die Schuhe zu schieben.

Die gebildeten Israeliten bestrebten sich, da sie die politische und soziale Emanzipation ihrer Glaubensgenossen einstweilen nicht durchzusetzen vermochten, diese innerlich durch geistige

und moralische Unterweisung zu heben. Sie begründeten neue Schulen nach europäischer Weise in Bukarest, Botuschan und anderen Städten, allerdings unter heftigem Widerstreben der Dunkelmänner in den eigenen Reihen. Auf Veranlassung des — jüdischen — Generalkonsuls der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Rumänien, Peixotto, bildeten die dortigen Juden im Jahre 1875 nach dem Muster der Bnei Briss einen Bund „Zivi" genannt, zur seelischen und materiellen Entwickelung ihrer Glaubensgenossenschaft. Dieser Verband errichtete weitere Schulen und übte zahlreiche Akte der Wohltätigkeit. Wenigstens neue Verfolgungen fanden in den nächsten Jahren nicht statt, und man durfte wieder von dem natürlichen Fortschritte der Humanität und Einsicht eine bessere Zukunft erhoffen.

Da führte der russisch-türkische Krieg der Jahre 1877 und 1878 einen völligen Umschwung in den Verhältnissen Rumäniens herbei. Von den russischen Heeren überzogen, musste es an deren Seite gegen den türkischen Schutzherrn kämpfen, und nur der Rumänen Beistand hatte den endlichen Sieg der Russen zur Folge. Dafür erhielt Rumänien im Friedensschlusse volle Unabhängigkeit von der Pforte, so dass Fürst Karl wenige Jahre später den Königstitel annehmen konnte. Die Juden hatten tapfer ihre Blutsteuer dem Vaterlande entrichtet. Allein in dem Heeresteile, der vor Plewna focht, standen sechshundert Israeliten, darunter mehrere Offiziere. Viele jüdische Krieger erhielten Ehrenzeichen und Beförderungen. Man wusste aber ihren Glaubensgenossen dafür wenig Dank.

Der Berliner Friede vom 13. Juli 1878, der die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel endgültig regelte, hatte in seinem 44. Artikel für die Anerkennung der Selbständigkeit Rumäniens eine unumgängliche Bedingung vorgesehen: die Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse. Vergeblich hatten die leitenden Klassen Rumäniens, die Bojaren und die grossen christlichen Geschäftsleute und Spekulanten, alles aufgeboten, um eine solche Verpflichtung, die den Juden völlige Emanzipation zu bringen schien, abzuwenden; deren Annahme war durch die öffentliche Meinung Europas und den Willen der Grossmächte erzwungen. Die Partie schien also für die Sache der Unduldsamkeit verloren, als deren schlaue und gewissenlose Führer, wie

Johann Bratianu und sein Freund Rosetti, beschlossen, sich aus der Schlinge zu ziehen, indem sie mit Aufnahme einer schon früher verwandten Rechtsfiktion alle Juden Rumäniens für Fremde erklärten — diese selben Juden, die noch soeben im Kriege gegen die Türken tapfer und treu für das Vaterland gefochten hatten. Sie behaupteten, die Juden seien sämtlich erst seit kurzem eingewandert; weder sie noch ihre Söhne seien also Rumänen, sie seien „Fremde ohne auswärtigen Schutz".

Diese Konstruktion war eine geschichtliche und staatsrechtliche Ungeheuerlichkeit. Die Juden lebten nachgewiesener Massen in der Moldau seit dem Ende des vierzehnten Jahrhunderts. Es ist also durchaus unwahr, sie als „Fremde" hinzustellen. Aber wenn sie selbst damals seit erst siebzig bis achtzig Jahren in Rumänien vorhanden gewesen wären, so war doch unter ihnen inzwischen ein zweites und drittes Geschlecht erwachsen, die in dem Lande geboren, niemandem anderen untertan und also rumänische Staatsangehörige waren. So fassten ganz Europa und alle seine Staatsmänner die Sachlage auf. Ganz sinnlos ist der Begriff der „Fremden ohne auswärtigen Schutz". Es hat immer einzelne Leute gegeben, die nach langer Abwesenheit von ihrem Geburtslande ihr dortiges, ursprüngliches Heimatsrecht verloren haben, ohne ein anderes zu erwerben. Aber dass eine ganze zahlreiche im Lande geborene und sesshafte Bevölkerung plötzlich für fremd und jedweder Staatsangehörigkeit entbehrend erklärt werde, das war eine neue, jeder Vernunft, jedem Rechtsbegriffe widersprechende Erfindung der verschmitzten und gewissenlosen Betrüger in Bukarest. In der Tat hat der oberste Gerichtshof Rumäniens selber wiederholt das Bürgerrecht der in dem Lande geborenen und keinem fremden Schutze unterstehenden Juden anerkannt und damit der ganzen gegen diese gerichteten „Fremdengesetzgebung" das Urteil gesprochen.

Eine eigens zu diesem Zwecke erwählte Volksvertretung fügte also der rumänischen Verfassung einen 7. Artikel ein, der die Erwerbung der Naturalisation in jedem Einzelfalle von einem besonderen Gesetze abhängig machte und allen nicht naturalisierten Fremden die Erwerbung ländlicher Grundstücke untersagte. Da nun die Juden sämtlich für Fremde erklärt wurden, waren sie von dem ländlichen Grundbesitze und allen politischen

Rechten ausgeschlossen, in hellem Widerspruche zu den Bestimmungen des Berliner Vertrages.

Die europäischen Mächte, die damals noch sämtlich auf den Pfaden des Liberalismus wandelten, zeigten sich über diesen Vertragsbruch sehr entrüstet — am meisten Deutschland, das sogar den diplomatischen Verkehr mit Rumänien abbrach. Bismarck drohte, im Sommer 1879, durch eine neue europäische Konferenz Rumänien wieder der Türkei unterstellen und es von dieser zur Beobachtung der Vorschriften des Berliner Vertrages zwingen zu lassen. Allein das dauerte nicht lange, der schöne humanitäre Eifer des Reichskanzlers verflog bald. Der wachsende Gegensatz gegen Russland liess Bismarck das Bündnis Rumäniens als erwünscht erscheinen; und als dieses in der Frage seiner Eisenbahnen, wo grosse pekuniäre Interessen Kaiser Wilhelms und vieler preussischer Hochadliger auf dem Spiele standen, in einer für diese günstigen Weise nachgab, verzichtete Bismarck auf weiteren Widerstand. Sein damals in ganz Europa vorwiegender Einfluss bestimmte allmählich die anderen Grossmächte, zuletzt, widerstrebend, auch England und Frankreich, die Unabhängigkeit Rumäniens selbst mit dem neuen Verfassungsparagraphen 7 anzuerkennen.

Das Ergebnis war: die Einmischung des Auslands zugunsten der Juden hatte die Abneigung der Rumänen gegen diese zu leidenschaftlichem Hasse verstärkt, und die Leichtigkeit, mit der dann Europa seine Intervention aufgab, flösste den Rumänen die Überzeugung ein, dass sie sich hier alles erlauben könnten und auf das Dreinreden der Grossmächte nicht die mindeste Rücksicht zu nehmen brauchten. Sie haben noch etwa siebenhundert jüdische Soldaten aus dem Türkenkriege naturalisiert, dann einige reiche und mit offener Hand verfahrende Israeliten — hierauf ein Vierteljahrhundert hindurch fast keinen mehr. Im Jahre 1899 waren nur 4272 jüdische Männer und Frauen naturalisiert, davon waren aber 3115 aus der Dobrudscha, deren sämtliche Bewohner — also auch die jüdischen — in Gemässheit des Berliner Vertrages sofort bei der Vereinigung mit Rumänien dessen Bürger geworden waren.

Freiwillig hatte also Rumänien während zweier Jahrzehnte im ganzen 1157 Juden und Jüdinnen naturalisiert. Dazu kamen

neuerdings noch zehn Israeliten. Dagegen sind 256288 Juden „Fremde unter einheimischem Schutz!“ Rosetti konnte frohlockend in einem ministeriellen Rundschreiben 1881 ausrufen: „Wir dürfen es jetzt gestehen, wir haben die Judenfrage im Gegensatze zu dem offenbaren Willen der Mächte und zu dem eigentlichen Geiste des Berliner Friedensvertrages gelöst“.

Und nun ging es unaufhörlich weiter mit der Gesetzgebung, die dahin zielte, die „Fremden“, das heisst die Juden, aus möglichst vielen Erwerbszweigen zu stossen. Schon war Anbau, Bereitung und Verkauf des Tabaks den „Rumänen“ vorbehalten und ebenso der Vertrieb geistiger Getränke auf dem Lande. Um letzterer Massregel eine möglichst weite Ausdehnung zu geben, erklärte man zahlreiche kleine Städte und Märkte zu Dörfern. 1880 wurden die Juden aus den Handelskammern sowie aus der Verwaltung der Nationalbank entfernt. 1882 wurden sie endgültig zum Militärdienste angehalten, ohne dass sie irgend einen Grad im Heere erreichen könnten; auch der jüdische Arzt und Apotheker muss als einfacher Sanitätssoldat dienen. 1884 unterdrückte man den ausschliesslich von Juden betriebenen Hausierhandel in den Städten und untersagte ihnen 1886 die Berufe eines Börsen- und Warenmaklers. Im selben Jahre verbot man ihnen die Eröffnung einer Apotheke oder Drogenhandlung. 1893 erging ein Gesetz, das den staatlichen Sanitätsdienst den „Rumänen“ vorbehielt. Zwei Drittel der Arbeiter einer Fabrik müssen Rumänen d. h. Nicht-Juden sein. Aus dem Eisenbahnbetrieb wurden die Juden allmählich beseitigt. Es ist also klar: nicht nur dem jüdischen Geschäftsmann, dem Hausierer, dem Wucherer, sondern dem jüdischen Handarbeiter wollte man das Leben unmöglich machen — Leuten, die doch nicht am Marke des Volkes als Parasiten sogen! So lügenhaft sind die Vorwände, die die Rumänen gebrauchen, um ihrem faulen Volke den Mitbewerb fleissiger Juden zu ersparen.

Man ging noch weiter, man wollte die geistige Entwickelung der jüdischen Bevölkerung an der Wurzel töten. Die jüdischen Kinder wurden 1896 einem besonders hohen Schulgeld unterworfen und nur dann in eine Schule überhaupt zugelassen, wenn nicht genügend „rumänische“ Kinder da seien, um die vorhandenen Plätze zu füllen. Infolge dieser Massregeln fiel die

jüdische Schulbevölkerung von 16 auf $5^1/_2$ Prozent. Als die Juden in ihrem lebhaften Drange nach Ausbildung ihrer Kinder eigene Schulen anlegten, wurden diese unter allen nur denkbaren Vorwänden bedrängt und geschädigt. Ein einziger staatlicher Inspektor schloss fünfzig solcher Schulen in wenigen Wochen. So suchte man die Juden geistig und sittlich zu verelenden. Besonders die Gymnasien wurden der Mehrheit lernbegieriger jüdischer Schüler verschlossen. Die Juden haben darauf selbsttätig Gymnasialklassen für ihre Kinder eröffnet.

Ferner benutzte man das Gesetz über den Wohnsitz der „Fremden" in Rumänien, um von neuem die Juden zu Hunderten aus den Landgemeinden auszuweisen. Kein Wunder, gehörten doch im Jahre 1900 drei der amtierenden Minister, der Präsident und zwei Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, sowie der Bürgermeister von Bukarest dem Grossrate der Antisemitenloge an.

Dieses Kabinett Cantacuzenu ging so weit, ein Gesetz vorzubereiten, das den Juden die Ausübung eines Handwerkes versagte, also ganz einfach eine ungeheuere Zahl der Juden Rumäniens brotlos machte. Denn es gibt unter ihnen 19500 Handwerker, mit den Angehörigen 100000 Seelen, verhältnismässig $4^1/_2$ mal mehr, als unter den Christen. Wird man noch der Lüge Glauben schenken, dass die rumänischen Juden die ehrliche Handarbeit scheuten und nur als Blutsauger auf dem Körper des redlichen rumänischen Volkes sässen?

Allein diesesmal übte die allgemeine Entrüstung Europas doch einen Einfluss aus, und zwar aus einem besonderen Grunde, nämlich weil der üble Zustand der rumänischen Finanzen den Staat zwang, sich abermals an das europäische Kapital zu wenden. Das Ministerium fiel, und die Leitung des neuen Kabinetts übernahm der gerechter denkende Carp. Man duldete ihn so lange, bis man das europäische Geld eingesteckt hatte — dann musste Carp wieder einer so genannten „liberalen", das heisst antisemitischen Regierung Platz machen.

Ein Gesetz vom Jahre 1902 suchte durch indirekte Massregeln die Juden vom Handwerker- und Arbeiterstande sowie von den Staats- und Gemeindelieferungen auszuschliessen. Jedenfalls wurde der israelitische Handarbeiter durch die neuen Bestimmungen der Willkür der Beamten und zumal der Polizei

überliefert. Da nahm sich, wo Europa versagte, die mächtige Union von Nordamerika der Bedrängten an, und zwar mit der Begründung, dass alljährlich Tausende der von den rumänischen Gewaltmassregeln ruinierten und verjagten Juden die Vereinigten Staaten überfluteten und ihnen als mittellose, körperlich und seelisch herabgedrückte Bettler zur Last fielen. Präsident Roosevelt erliess also im September 1902 ein Rundschreiben an die europäischen Mächte, um sie zum Einschreiten in Bukarest aufzufordern. Das machte dort tiefen Eindruck. Es wurde für einige Jahre ruhig, und die Kammern naturalisierten 1905 ganze elf Juden, 1906 sogar fast zwei Dutzend. Allein der Eindruck jener Tatsache verwischte sich dann allmählich. Der Präfekt des Botuschaner Kreises verwies 230 jüdische Familien vom flachen Lande in die Städte, ohne ihnen nur Zeit zur Abwickelung ihrer Geschäfte zu lassen. Eine Eingabe christlicher Bürger gegen diese Verfügung blieb wirkungslos.

Ein grösseres Unheil brachte der März 1907. Die Grossgrundbesitzer, alles echte Rumänen, hatten die Gewohnheit, ihre Bauern auf das unbarmherzigste auszusaugen und auch ihren, zum grossen Teile jüdischen Pächtern derartige Bedingungen aufzuerlegen, dass diese wiederum die Bauern drücken mussten. Eine missratene Ernte, ein ungewöhnlich harter Winter brachten die Bauern vollends zur Verzweiflung; radikale und antisemitische Agitatoren schürten nach Kräften. So empörten sich die Bauern in der Moldau gegen die Bojaren und die jüdischen Pächter. Fünfundvierzig von diesen wurden verwundet, 3040 Familien an 26 Orten um vier Millionen Franken an Geldeswert geschädigt, abgesehen von den Millionen an Einkünften, die die verjagten Pächter einbüssten. Da es sich nicht nur um Israeliten, sondern auch um Bojaren handelte, schritt die Regierung mit vieler Tatkraft ein und unterdrückte die Aufstände unter furchtbarem Blutvergiessen. Nachdem aber die Ruhe wieder hergestellt war, untersagte sie den geflüchteten Juden die Rückkehr in deren frühere Wohnsitze — weil sie solche vor den Drohungen der Aufständischen verlassen hätten! Eine tückischere Verhöhnung der einfachsten Rechtsbegriffe ist kaum denkbar. Zugleich ein neues Beispiel, wie die Existenz der rumänischen Juden von der Laune eines jeden Polizeigewaltigen abhängt.

Eine grosse Anzahl von Israeliten wurde in demselben Jahre 1907 ausgewiesen; die Mehrheit von ihnen war in Rumänien geboren und hatte dort ihrer Militärpflicht genügt. Der Kassationshof hatte bisher die Vertreibung dieser Kategorie von Israeliten als ungesetzlich erklärt. Allein er kam nunmehr auf diesen Beschluss zurück und widerrief sein früheres die Juden schützendes Urteil. Mehr als 5000 Israeliten verliessen darauf das Land ihrer Väter. In dem vorhergehenden Jahrzehnt waren 50000 Juden, darunter viele besitzende, aus Rumänien ausgewandert.

Einen kleinen Sieg errangen die Juden in ihrem steten Ringen gegen Unterdrückung und Missachtung im Jahre 1908 durch die opfervolle Tätigkeit des Jassyer Oberrabbiners Dr. Nierimower. Der Kassationshof erklärte den entwürdigenden Eid more judaico für ungültig und machte damit dessen Dasein ein Ende. Bis einst ein anderer Senat desselben hohen Gerichtshofes ein entgegengesetztes Urteil fällen wird. Herrscht doch nicht Gesetzlichkeit, sondern Willkür und Gewalt in diesem Lande. Zum erneuten Beweise dessen ist im Jahre 1908 die Gewerbtätigkeit der Juden von neuem beschränkt und der Versuch gemacht worden, den von den Juden begründeten und unterhaltenen Schulen christliche Lehrer aufzudrängen. —

Viel Besseres und Erfreulicheres ist von der Entwickelung der übrigen jungen christlichen Balkanstaaten zu berichten. In ihnen erinnerten sich Regierung und Volksmehrheit, dass es einer Nation, die sich soeben im Namen der Freiheit kämpfend unabhängig gemacht hat, nicht geziemt, die Freiheit anderer zu unterdrücken.

Das Zarentum Bulgarien, bis vor kurzem dem Namen nach ein Vasallen-Fürstentum der Pforte, ist eine Schöpfung des Berliner Kongresses vom Juni 1878. Es hat sich acht Jahre später durch die Einverleibung Ostrumeliens, im Süden des Balkans, bedeutend vergrössert. Der junge Staat verstand es, die russische Oberherrschaft, die schwer auf ihm lastete, abzuschütteln, sich durch den siegreichen Krieg der Jahre 1885 und 1886 der Angriffe Serbiens zu erwehren und schliesslich auch die inneren Kämpfe beizulegen. Unter der Regierung des Fürsten Ferdinand (seit 1887) nahm Bulgarien immer mehr die Gestalt

eines wohlgeordneten Staatswesens an und entwickelte seine inneren Hilfsquellen in ungeahnter Weise. Die Verfassung des Landes vom April 1879 sanktionierte, in Übereinstimmung mit den Festsetzungen des Berliner Kongresses, die volle Freiheit des Glaubens und Kultus, sowie die Gleichberechtigung aller Bulgaren, ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses. Und diese gesetzlichen Vorschriften sind auch, trotz einzelner Gegenwirkungen, zur Wahrheit geworden. Im Jahre 1894 wurde ein Jude, sogar ein aus Russland eingewanderter, übrigens ein Landwirt, in die Abgeordnetenkammer gewählt. Andere Wahlen dieser Art sind darauf gefolgt, und auch in den Gemeinderäten der bedeutenden Städte sitzen Israeliten.

Freilich, die altüberkommene Unduldsamkeit der griechisch-katholischen Bevölkerung gegen die Israeliten brach noch einige Male aus, wurde aber immer von der Regierung in Schranken gehalten. Die Fürsten Alexander und Ferdinand haben stets das Beispiel der Gerechtigkeit, ja der Gunst für ihre jüdischen Untertanen gegeben. Anderseits bewährten diese glänzend ihre Vaterlandsliebe in den Kämpfen mit Serbien. Die israelitische Gemeinde in Rustschuk rüstete 600 Husaren mit den dazu gehörigen Pferden aus, und die von Sofia leistete ähnliche Dienste. Leutnant David Misrachi zeichnete sich durch seinen Mut derart aus, dass Fürst Alexander selber ihm die goldene Tapferkeitsmedaille an die Brust heftete. Ministerpräsident Karawelow sagte damals zu den Vertretern der jüdischen Gemeinde von Sofia: „Das Vaterland wird nie vergessen, dass die bulgarischen Israeliten in den Tagen der höchsten Gefahr patriotischen Opfermut bekundet haben. In jenen schweren Zeiten haben sich die Juden als treue Bürger gezeigt, das dankbare Vaterland erkennt sie dafür in den Tagen des Glückes und Triumphes als bulgarische Bürger an. Ihr seid zu Bulgaren geworden in dem Augenblicke, da sich das Blut eurer Söhne mit dem Blute unserer Kinder auf dem Schlachtfelde vermischt hat. Das auf diese Weise vergossene Blut ist das beste Vereinigungsmittel."

Warum hat ein rumänischer, ein russischer Staatsmann nie solche Worte der natürlichsten Gerechtigkeit gefunden und zu hören gegeben?

Trotz einzelner Kundgebungen eines latenten Antisemitismus in manchen Volkskreisen verwächst im ganzen die jüdische Bevölkerung Bulgariens — 35000 Seelen — immer mehr mit der christlichen. In Übereinstimmung mit der grossen Mehrheit der Nation und mit dem deutlich ausgesprochenen Willen des Fürsten — jetzt Königs — Ferdinand hat die Regierung die Nachahmung russischer Pogrome mit starker und erfolgreicher Entschiedenheit verhindert; vielmehr nahm sie hochherzig und ohne Zögern die Flüchtlinge auf, die vor den russischen Greueltaten in Bulgarien eine Zuflucht suchten. Bei Gelegenheit seines Regierungsjubiläums hat Fürst Ferdinand dem Grossrabbiner seine volle Sympathie mit dem Judentume und sogar seine besonders „heissen Wünsche für dessen gedeihliche und fortschreitende Entwickelung" zum Ausdrucke gebracht. Man muss bis auf die Balkanhalbinsel gehen, um zu hören, dass neben dem Christentume auch seine Mutterreligion Gegenstand der Würdigung und warmer Segenswünsche seitens des Herrschers ist.

Ein vom Staate anerkannter und teilweise besoldeter Oberrabbiner leitet die geistlichen Angelegenheiten der bulgarischen Israeliten. Das Gemeindeleben blühte in erfreulicher Weise, neue Synagogen wurden an mehreren Orten erbaut, bei deren Einweihung die Zivil- und Militärbehörden sich in freundlichen Kundgebungen beteiligten. Zahlreiche jüdische Volksschulen entstanden, mit bulgarischer Unterrichtssprache und nach dem Programme der Staatsschulen, und in jeder gab es eine beträchtliche Schülerzahl. Staat und Stadtgemeinden haben diese Schulen in freigebiger Weise mit Geldunterstützungen bedacht. Das geistige Leben der dortigen Israeliten wird von drei jüdischen Zeitschriften wirkungsvoll gefördert.

Einen Schatten auf dies helle Bild warf lange Zeit hindurch die Trennung der bulgarischen Judenheit in eine sefardische Mehrheit, etwa 26000 Seelen, und die 4000 „Todescos" (Aschkenasim); wobei sich die ersteren als eine bevorzugte Rasse betrachteten und mit Geringschätzung auf ihre aschkenasischen Brüder herabsahen, ja diesen die Zwischenheirat und sogar den Umgang verweigerten. Und doch waren gerade die Spagnolen geistig zurückgeblieben. Allmählich haben sie aber die grossen Schäden erkannt, die ihnen dieser Zustand geistiger Unterordnung

zufügte: und da sie ihm aus eigener Kraft nicht abzuhelfen vermochten, haben sie sich Rabbiner und Lehrer aus Deutschland geholt. Sie vereinigten sich 1893 mit ihren aschkenasischen Glaubensgenossen zu einem alle bulgarischen Israeliten umfassenden „Bruderbunde", behufs gemeinsamer Verteidigung gegen alle Angriffe von aussen, wie solche noch im Jahre 1900 hier und da versucht, aber von der Mehrheit der Bevölkerung und der Regierung durchaus zurückgewiesen wurden. —

Auch in Serbien sind die Israeliten, allerdings erst nach harten Kämpfen, zur Gleichberechtigung mit den christlichen Bewohnern durchgedrungen.

Von spanischen Flüchtlingen abstammend, hatten sich die serbischen Juden hauptsächlich in der Hauptstadt Belgrad zusammengeschlossen, wo sie eine blühende Gemeinde bildeten. Sie genossen unter der Regierung der fürstlichen Familie Obrenowicz — seit 1817 — bester Behandlung; das Volk war ihnen freundlich gesinnt und lebte mit ihnen in vollkommenem Einvernehmen. Aber die Herrscherfamilie Kara Georg, die durch die Revolution von 1842 zur Macht gelangte, verbündete sich mit dem Adel und den reichen Kaufleuten, um, entgegen der Verfassung, dem Willen des Pariser Kongresses von 1856, den Vorschriften des Suzeräns, des Sultans, und auch den Wünschen des Volkes, die Juden von den meisten Erwerbszweigen auszuschliessen und vom flachen Lande zu vertreiben — ganz wie es damals und später die gleichen bevorrechteten Klassen in Rumänien machten. Die Folge jener Massregeln war völlige Verarmung der Israeliten. Zwar der greise Milosch Obrenowicz, der 1858 durch eine neue Revolution abermals auf den fürstlichen Thron gesetzt wurde, war den Juden günstig und gab ihnen die verfassungsmässige Freiheit zurück; sie erhielten das aktive und passive Wahlrecht und wurden zum Militärdienst zugelassen. Allein er starb schon nach einer Regierung von zwei Jahren, und unter seinem Sohne Michael Obrenowicz III. untersagte ein Gesetz des Jahres 1861 den Juden wieder den Aufenthalt auf dem flachen Lande, ja allen Detailhandel. Sie verfielen dem schlimmsten Elend, und eine grosse Anzahl von ihnen verliess das ungastliche Land. Auch eine Dazwischenkunft der stets gerecht und menschenfreundlich gesinnten englischen Regierung

bei dem Fürsten und dem Sultan, im Jahre 1867, hatte keinen Erfolg. Die neue Verfassung von 1869 verkündete ausdrücklich den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Bürger, behielt aber die gegen die Juden erlassenen Gesetze aufrecht, während sie jene doch zum Militärdienste nötigte. Vergebens legten England, Frankreich und Oesterreich gegen die Ausnahmebestimmungen Verwahrung ein.

Die Lage der serbischen Juden war demnach eine ganz eigentümliche. Sie waren dem Namen nach gleichberechtigte Staatsbürger, und einige von ihnen wurden sogar zu Abgeordneten gewählt; aber sie waren in ihrem Berufe sehr eingeschränkt und in die Hauptstadt eingepfercht. Trotzdem zeigten die wenigen Israeliten, die noch im Lande geblieben waren, hier wie überall in Zeiten der Gefahr Vaterlandsliebe und Mut. Von den etwa 1100 jüdischen Seelen Serbiens kämpften 1876 nicht weniger als 55 Männer gegen die Türken, und vier von ihnen erhielten Orden wegen ausgezeichneter Tapferkeit.

Um so weniger konnte sich Serbien den Vorschriften des Berliner Kongresses von 1878 entziehen, die den neuen Balkanstaaten die Gleichheit der Rechte aller Konfessionen auferlegten. So wurden endlich, im Jahre 1879, die Beschränkungen des Aufenthaltes und der Berufswahl für die Israeliten beseitigt, und damit war deren völlige Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern verwirklicht. Sofort nach dem Kriege wurden zwei Israeliten als Abgeordnete in die Volksvertretung — Skuptschina — gewählt, mehrere in der Justiz- und Staatsverwaltung angestellt. Ein Rundschreiben des Justizministers brachte 1884 sämtlichen Behörden nachdrücklichst in Erinnerung, dass die Juden derselben bürgerlichen und politischen Rechte genössen, wie ihre andersgläubigen Landsleute. Die neue Staatsverfassung, die im Januar 1899 von König Milan und der konstituierenden Skuptschina beschlossen wurde, hat dann die Gleichberechtigung aller Serben und die Freiheit aller anerkannten Religionsbekenntnisse feierlich bekräftigt. Wirklich gab es schon 1892 im höheren Staatsdienste drei Juden, von denen einer sogar Staatssekretär des Äusseren war, also eine hervorragende diplomatische Stellung innehatte.

Demnach trägt, wie in Bulgarien, so auch in Serbien der Berliner Vertrag mit seinen interkonfessionellen Bestimmungen segensreiche Früchte.

Eine Folge der früheren Beschränkungen ist, dass die serbischen Juden noch heute zum ganz überwiegenden Teile — mehr als 99 Prozent — in den Städten wohnen, in die sie ehemals zusammengedrängt waren. Ihre Zahl nimmt übrigens schneller zu als die der christlichen Einwohnerschaft. Seit ihrer Emanzipation assimilieren sie sich immer vollständiger mit der übrigen Bevölkerung und geben ihre Sonderstellung immer mehr auf. Während bis zum Jahre 1895 die serbischen Juden fast ausschliesslich spagnolisch oder auch jiddisch redeten, bediente sich schon im Jahre 1900 beinahe die Hälfte von ihnen — 46 Prozent — der serbischen Sprache. Sie werden in wachsendem Masse echte Kinder des Vaterlands. —

Viel früher war Griechenland von der Türkenherrschaft befreit und zum selbständigen Königreiche geworden. Hier zeigte die Bevölkerung lange Zeit hindurch nichts von der Gehässigkeit, die ausserhalb des unabhängigen Staates der griechische Stamm oft gegen die Juden betätigt hat. Im Mai 1874 wurde ein solcher sogar zum Bürgermeister der Stadt Korfu erwählt. Übrigens bewährten auch in diesem Lande die Juden ihre lebhafte und opfermutige Vaterlandsliebe. Als es 1877 galt, Thessalien und Mazedonien den Türken zu entreissen, reihten sich zahlreiche jüdische Jünglinge aus Griechenland und seinen Inseln unter die Insurgenten, die dort die Osmanen bekämpften; und ein jüdischer Dichter, der zu den hervorragendsten neugriechischen Schriftstellern gehört, Samuel Romani, schuf begeisternde Kriegslieder für die hellenischen Streiter.

Abgesehen von den vorübergehenden antisemitischen Unruhen des Jahres 1891 auf Korfu und Zante (s. oben Seite 120f.) lebten die Juden im Königreich Griechenland in verhältnismässiger Ruhe. Nur nach dem Ende des unglücklichen Türkenkrieges des Jahres 1897 suchte die nationale Verstimmung sich ein Opfer in den Juden, die man des Verrates zugunsten der türkischen Invasion beschuldigte, und gegen die in dem verwüsteten und verarmten Thessalien ein förmlicher antisemitischer Feldzug begann. Allein das 1899 zur Regierung gelangende

Ministerium Theotokis zeigte sich entschlossen, Gesetzlichkeit und Gleichberechtigung nicht nur den Worten nach sondern auch durch die Tat aufrecht zu erhalten. Die fälschlich angeklagten Juden in Thessalien wurden auf Antrag des Staatsanwaltes selbst gerichtlich freigesprochen; die Erregung in der Bevölkerung legte sich, und diejenigen Israeliten, die in der ersten Besorgnis Thessalien verlassen hatten, kehrten in ihre Heimat zurück. Die Regierung hat dann der kleinen jüdischen Gemeinde in Athen ein Stück Land zur Anlage eines Friedhofs geschenkt, und die Gemeinde mietete endlich einen angemessenen Saal für den Gottesdienst, der bisher in einem schmutzigen Lokal gehalten worden war. So dringt das Judentum auch an dem Mittelpunkte des alten hellenischen Geisteslebens vor.

Und ebenso hält es sich in den Ländern der Barbaren jenseits der europäischen Grenzen.

Im Kaukasus sind die Juden offenbar in sehr alter Zeit eingewandert, da sie erst um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts durch ihre russischen Glaubensbrüder Kenntnis vom Dasein des Talmud erhalten haben. Eine ihrer Sekten sind die Sabbatianer, die in und um Tiflis wohnen und von den rabbinischen Riten wenig wissen. Ganz verschieden an Sprache, Tracht und Sitten sind von ihnen diejenigen Juden, die Grusien, das mittlere Transkaukasien, bewohnen, und die ganz wie ihre mohammedanischen und christlichen Landesgenossen gekleidet und bewaffnet einhergehen, auch wie jene ihre Frauen und Töchter in das Innere des Hauses einschliessen. Ebenso unterscheiden sich die Bergjuden im östlichen Kaukasus — Viehzüchter, Pächter, Gärtner und Schmiede — nur durch ihre Religion von ihren mohammedanischen Nachbarn; sie pflegen auch der Vielweiberei. Alle diese jüdischen Stämme des Kaukasus, zusammen 30—40000 Seelen stark, geniessen dieselben Rechte wie die Andersgläubigen. In neuester Zeit wandern viele von ihnen nach Jerusalem aus, wo man sie in ihrer stolzen kriegerischen Tracht die Strassen durchwandern sieht.

Die Juden Abessiniens, die „Falascha“, dass heisst die „Verbannten, Fremden“, behaupten gar, von den Israeliten zur Zeit des Königs Salomo abzustammen; aber ihre meist tiefschwarze Hautfarbe und ihr gelocktes Haar strafen diesen Anspruch

Lügen und beweisen, dass ihre Vorväter zum Judentume bekehrte Afrikaner gewesen sind. Sie beobachten Sabbat und hohe Feiertage, jedoch nicht Purim und Chanukka, ferner die Speisegesetze und das Gebot der Beschneidung, verehren die Bibel und die Apokryphen, kennen aber Mischna und Talmud ebenso wenig wie überhaupt die hebräische Sprache. Sie sind streng monogam. Sie bewohnen Dörfer, deren jedes fünf bis dreissig Familien umfasst. Neben dem Ackerbau betreiben sie vorzugsweise das Handwerk, dessen einzige berufsmässige Vertreter sie in Abessinien sind. Eben deshalb führt man sie bisweilen zwangsweise von einer Stadt zur andern, um ihre Geschicklichkeit als Schlosser, Maurer, Weber und Zimmerer auszunutzen. Auch sonst sind sie mancherlei aus Aberglauben entstehenden Verfolgungen ausgesetzt und werden von den Provinzgouverneuren mit häufigen Erpressungen heimgesucht. Während der letzten Jahre ging ihre Zahl bedeutend zurück, hauptsächlich infolge zwangsweiser Bekehrung zum Christentume, der im Lande herrschenden Religion; doch bleiben die Übergetretenen im Herzen Juden und bilden eigene Vereinigungen. Man nennt diese heimlichen Juden, die sich nur aus Furcht öffentlich als Christen bezeichnen, „Tabiban", „die Wissenden". Es hat sich neuerdings ein Internationales Komitee zum Schutze und zur moralischen Unterstützung der Falascha, dieses interessanten Teiles der israelitischen Gemeinschaft, gebildet.

Noch vereinzelter sind die Juden in dem unter britischer Hoheit stehenden Indien; hier gibt es ihrer nur etwa 21000 — ein verschwindender Bruchteil einer Bevölkerung von nahezu 300 Millionen Seelen. Zwei Drittel der indischen Judenheit leben an der Westküste, in der Präsidentschaft Bombay. Den ältesten Bestandteil dieser westlichen Juden bilden die Beni-Israel, die vor sehr langer, aber nicht näher zu bestimmender Zeit aus Arabien eingewandert sind. Sie besassen in früherer Zeit einige andere Festtage und Gebräuche als ihre sonstigen Glaubensgenossen. Aber ein jüdischer Soldat in britischen Diensten, Samuel Divekar, hat seit 1796 und wiederum Salomon Surrabi hat 1836 die Verbindung zwischen ihnen und der übrigen Judenheit hergestellt. Seitdem herrscht unter ihnen der sephardische Ritus. Sie erbauten neue Synagogen und besitzen seit 1875 eine

Schule in der Stadt Bombay, die von dreihundert Kindern besucht wird, sowie ein Krankenhaus, wo nach jüdischer Sitte auch Bekenner anderer Religionen bereitwillig Aufnahme finden. In jener Schule konnten jüdische Studenten für die Universität Bombay herangebildet werden. Indes die Mehrheit der Juden dieser Stadt gehört nicht den Beni-Israel an und ist nach diesen zumeist aus Bagdad eingewandert. Ihrer Gemeinschaft wurde neues Leben eingeflösst durch David Sassoon, der, 1792 in Bagdad aus vornehmer und reicher jüdischer Familie geboren, sich 1832 in Bombay niederliess. Er verband mit einem hervorragenden Bankhause das Monopol des Opiumhandels mit China und Japan; und aus den durch diese Geschäfte erworbenen Reichtümern verwandte er ungeheure Summen auf wohltätige Anstalten für Christen und Juden und erbaute letzteren mehrere Synagogen, in und ausser Bombay. Ein Denkmal ist ihm in dieser Stadt durch deren dankbare Bevölkerung errichtet worden. Nach seinem Tode (1864) hielt sein ältester Sohn, Sir Albert (1817—1896), das Ansehen seines Hauses, der „indischen Rothschild", in würdiger Weise aufrecht. Er legte die erste Schiffswerft in Indien an und betrieb in grossem Massstabe Seiden- und Baumwollenfabrikation. Seine gemeinnützige Tätigkeit galt vorzugsweise dem Unterrichtswesen; auch für die Juden begründete und unterhielt er Schulen. Er war Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung für die Präsidentschaft Bombay. Diesem vorzüglichen Manne wurden auch im Mutterlande reiche Ehrungen zuteil: die City von London ernannte ihn zu ihrem Ehrenbürger, und Königin Viktoria erteilte ihm die Ritterwürde.

Sehr merkwürdig ist die etwa 1150 Seelen betragende jüdische Gemeinschaft in Kotschin, einem Vasallenstaate der britischen Präsidentschaft Madras, an der Ostküste des Dekkan. Ein Sechstel von ihnen sind die sogenannten Weissen Juden, aus Familien gebildet, die im sechzehnten Jahrhundert mit den ersten europäischen Eroberern aus Spanien, Deutschland und Aleppo eingewandert sind. Sie besitzen eine Synagoge. Die Mehrheit aber bilden die Schwarzen Juden, deren Typus ganz dem der Inder gleicht. Ihre Vorväter kamen angeblich nach der Zerstörung Jerusalems durch Titus in das Land, wurden jedenfalls schon um das Jahr 750 unserer Zeitrechnung erwähnt

und vermischten sich mit den Eingeborenen. Sie haben zwei Synagogen. Die Weissen sondern sich scharf von den Schwarzen ab, indes beide befolgen den sephardischen Ritus. Die Weissen sind Kaufleute und Landbauer; die Schwarzen Fischer, Gärtner, Tischler und Ölpresser. Sie sind aber alle gleich unwissend.

Endlich in der Hauptstadt Indiens, in Kalkutta, gibt es, neben 150 europäischen, etwa 2000 eingeborene Juden: Grosshändler und mittlere Kaufleute, im ganzen wohlhabend, aber mit Ausnahme einiger junger Elemente wenig gebildet. Die Gemeinde besteht seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts, da Salomon David Cohen sie begründete und ihr eine Synagoge erbaute. Im öffentlichen Leben Indiens spielen die Israeliten, wenn man von der Familie Sassoon absieht, keine Rolle. —

In dem „Reiche der Mitte", in dem fernen China, befanden sich Juden schon im Beginne des Mittelalters: aber wann sie dorthin gekommen, weiss niemand. Die Chinesen nannten sie Tiao-kiu-kiu, „Die Ausschneider der Nerven" (aus dem Hinterviertel der geschächteten Tiere): ein Beweis, dass diese Juden die tradionellen Zeremonialvorschriften streng beobachteten. Ihre Anzahl wurde später durch Einwanderer aus Persien verstärkt. Ihr vornehmster Wohnplatz war die Hauptstadt der äusserst fruchtbaren, im Innern Nordchinas gelegenen Provinz Honan, Kai-fung-fu, wo sie etwa sechshundert Seelen zählten und eine stattliche Synagoge besassen, die zahlreiche Inschriften in hebräischer und chinesischer Sprache aufwies. Andere Gemeinden befanden sich in Nanking und Hang-cho-fu. Als aber der Zusammenhang Chinas mit dem westlichen Asien verloren ging, übte die vollständige Vereinzelung einen verderblichen Einfluss auf die zahlenmässig so schwache Judenheit in China. Sie vergaß das Hebräische, vermischte sich mit den Chinesen und geriet auch materiell in völligen Verfall. Seit dem Beginne des neunzehnten Jahrhunderts besass sie keinen Rabbiner mehr und bewahrte nur einige Zeremonien sowie das Gedächtnis der Festtage. Ihre Bibel ist in chinesischer Sprache abgefasst, allerdings mit hebräischen Buchstaben geschrieben. Von den übrigen Gemeinden ist schon seit dem achtzehnten Jahrhundert keine Spur mehr. Der furchtbare Aufstand der Tai-ping in den fünfziger Jahren des neunzehnten Säculums

führte dann die Auflösung auch der Gemeinde von Kai-fung-fu herbei, wo sich später nur etwa 140 Juden zusammenfanden. Ausserdem lebten einige jüdische Familien unter englischem Schutze in Shangai und Hong-kong.

Aber auch in diesem kleinen, weit entlegenem Teile der Judenheit entfaltete sich die diesem Stamme eigentümliche Lebenskraft. Die Einwanderung zumal englischer Glaubensgenossen liess neue zukunftsreiche Organisationen entstehen. In Shangai bildete sich kürzlich eine ansehnliche Gemeinde, die ein lebhaftes Interesse für die Angelegenheiten und Bestrebungen der Glaubensgemeinschaft auch ausserhalb ihres Bezirkes erweist. Zum Zeugnis dessen entstand im Jahre 1900 hier eine jüdische Zeitschrift in englischer Sprache, „Der Bote Israels“ (Israels Messenger).

Selbst in dem kaum der Kultur eröffneten Japan liessen sich Juden nieder, in der Hauptstadt Tokio, sowie in mehreren Hafenstädten, wo sich, zumal in Nagasaki und in Kobe, beträchtliche Gemeinden mit Synagogen bildeten.

So umfasst die jüdische Gemeinschaft mehr und mehr den gesamten Erdkreis. Ueberall, wo sich nur eine geringe Spur fruchtbaren Bodens zeigt, dringen ihre Samenkörner ein, durchbrechen selbst den felsigen Untergrund und entfalten sich unwiderstehlich zu lebenskräftigen Gebilden. Eine Zeit des Aufschwungs, der Universalität, wie Israel sie noch nicht gekannt!

Anmerkungen.*)

Buch V.

Kapitel 1. Vor allem die jüdischen Zeitungen 1872—1908, auf die der Historiker bei dem Mangel sonstiger zusammenfassender Arbeiten vorzugsweise angewiesen ist. — Die Sammlung von Zeitungsausschnitten, die aus dem Erbe des Sanitätsrates Neumann in die Bibliothek der jüdischen Gemeinde Berlin übergegangen ist, bot manches Nützliche, besonders in Personalien. — Die ungeheure Literatur der Antisemitica und Prosemitica konnte nur in ihren hervorragendsten Erscheinungen berücksichtigt werden. Eine Zusammenfassung der wichtigsten einschlägigen Literatur bis zum Jahre 1896 findet man bei Johannes Menzinger, Friede in der Judenfrage (Berlin 1896) im Anhang. — Vgl. die „Antisemiten-Chronik" (Zürich, 1894). Sie enthält für die Jahre 1888—1894 zahlreiche Beispiele an Begünstigung der Antisemiten durch Gericht und Polizei, sowie von ehrenrührigen Verbrechen von Antisemitenführern. — Zur Statistik der Gründerzeit: Allg. Zeit. d. Judent., 1875, S. 661. — Über die Gesinnungen Kaiser Friedrichs: M. Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III. (2. Aufl. Wiesbaden 1908, S. 357f.) — Über die sächsischen Verhältnisse: Alphons Levy, Geschichte der Juden in Sachsen (Berlin 1900). — Die antisemitischen Neigungen der Staatsanwaltschaften und Gerichte: Parmod (Prof. Apt), Antisemitismus und Strafrechtspflege (Berlin 1894). — Über den Xantener Prozess: Paul Nathan, Der Prozess Buschoff (Berlin 1892); Der Xantener Knabenmord vor dem Schwurgericht zu Cleve (Berlin 1893). — Über die Konitzer Vorgänge: Mitteilungen aus dem Verein zur Bekämpfung des Antisemitismus, 1900 und folgende Jahre; Allgemeine Zeitung des Judentums; Jüdische Presse; zahlreiche Pamphlete und Flugblätter. — Veröffentlichungen des Verbandes der deutschen Juden. — Der politische Antisemitismus 1903 bis 1907, herausg. vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Berlin 1907).

Kapitel 2. Über den „Krach", zumal in Oesterreich: Max Wirth, Geschichte der Handelskrisen (Frankfurt a. M., 1874). — Paul Nathan, Der Prozess von Tisza-Eszlar (Berlin 1892). — G. Masaryk, Die Notwendigkeit der Revision des Polnaer Prozesses (1899); (Anonym), Die Bedeutung des Polnaer Verbrechens für den Ritualaberglauben (Berlin 1900).

Kapitel 3. Unter der ungeheuren, den Fall Dreyfus betreffenden Literatur seien hervorgehoben: Alfred Dreyfus, Cinq années de ma vie (Paris 1901); Lettres d'un Innocent (das. 1898); Marin, Histore de l'affaire D. (des. 1898); Guyot, L'affaire D. (das. 1898); Jaures, Les preuves, affaire

*) Nur die wichtigeren von mir benützten Schriften werden hier angeführt.

D. (das. 1898); Mittelstädt. Die Affaire D. (Berlin 1899); Zola. L'affaire D. (das. 1901); Josef Reinach. Histoire de l'affaire D. (6 Bände. das. 1901 bis 1908); Francfort. Guide dans le maquis de l'affaire D. (das. 1904). — Die algerischen Verhältnisse kennt der Verfasser dieses Buches, der die Kolonie während der antisemitischen Unruhen besucht hat, aus eigener Wahrnehmung und hat darüber in mehreren Artikeln der „Nation" berichtet. — Der am Schlusse des Kapitels erwähnte berühmte christliche Philosoph ist Rudolf Eucken (Geistige Strömungen der Gegenwart, 4. Aufl., Leipzig 1909, S. 2).

Kapitel 5. Zu dem ganzen Kapitel: St. Samter. Judentaufen im 19. Jahrhundert (Berlin 1908). — Zahl der Judentaufen in Preussen seit 1875 in der „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden", 1906, November, S. 168. — Vermögenslage der Täuflinge, das. 1908, Jan., S. 12f. — Taufen in Oesterreich: Bureau für Statistik der Juden, Die Juden in Oesterreich, S. 69ff. 80f.; Zeitschr. f. Demogr. und Statistik d. Juden, 1909, S. 63. — Taufen in Ungarn: Zeitschr. f. Demogr. und Statist., 1907, März, S. 45. — Serbien: ebendas., 1906, Nov., S. 170. — Zahl der Kindertaufen in Preussen 1886—1889: Allg. Zeit. d. Judent. 1894, S. 169. — Kindertaufen in Berlin 1903: berechnet nach Zeitschr. f. Demogr. und Stat., 1907, Okt., S. 148f. — Steuerausfall durch die Übertritte in Berlin: ebendas., S. 152. — Akademisch gebildete Täuflinge in Berlin: ebendas. S. 151.

Buch VI.

Kapitel 1. S. Jahresberichte des Hilfsvereins der Deutschen Juden, sowie Rapports de l'Administration centrale de la Jewish Colonization Association. — Die jüdischen und sonstigen Zeitungen.

Kapitel 2. Unter der umfassenden Literatur über den Zionismus heben wir hervor: J. B. Sapir, Der Zionismus (deutsche Übers. Bonn 1903); Hugo Schachtel, Register zu den Protokollen der Zionistenkongresse (Berlin 1905); Theod. Herzl, Zionistische Schriften, herausg. von Leo Kellner (Berlin 1906); F. Heman, Das Erwachen der jüdischen Nation (Basel 1897); D. Farbstein, Der Zionismus und die Judenfrage (Berlin 1898); Was will der Zionismus? (Berlin 1903); Zehn Jahre Zionismus, vom Zionistischen Zentralbureau (Köln 1907); Zionistisches A-B-C-Buch, von der Zionisten-Vereinigung für Deutschland (Berlin-Charlottenburg 1908). — Die beabsichtigte Christianisierung Palästinas hebt der christliche Professor Heman, der sonst sehr zionistenfreundlich ist, in seiner obengenannten Schrift, S. 98ff., nachdrücklich hervor. — Das Sinken der Zahl der russischen Zionisten nach dem Tode Herzls: M. Weinberg in der Zeitschrift f. Demogr. u. Statist. d. Juden, 1906, S. 136f. — Über die jüngste Entwickelung der hebräischen Sprache: Nahum Slouschz, La renaissance de la littérature hébraïque (Paris 1903); derselbe, in der Jewish Encyclopädia, Bd. VIII, S. 116ff.; Leo Metman, Die hebräische Sprache (Jerusalem 1907); Max Weinberg, Die neuhebräische Aufklärungsliteratur in Galizien (Leipzig und Wien 1898). — Das Jiddisch: Leo Wiener, The history of yiddish literature in the 19th century (London 1899). — Ueber jiddische und hebräische Presse: Jos. Lin, in „Ost u. West", 1909, S. 247ff.

Kapitel 3. Über die religiösen Verhältnisse der Juden im Osten Londons: Russel und Lewis, The Jew in London (London 1901) S. 101ff. — Über die Reformbewegung in England und Amerika: David Philipson, The Reform Movement in Judaism (New-York 1907); sowie die Jewish Encyclopaedia. passim.

Kapitel 4. Über das preussische Schulgesetz von 1906: Felix Makower. Bericht über die Tätigkeit des Verbandes der deutschen Juden bei der Vorbereitung des preussischen Volks-Schulunterhaltungsgesetzes von 1906 (Berlin 1907). — Die Anzahl der israelitischen Soldaten in Oesterreich-Ungarn: Allg. Zeit. d. Judent., 1876, S. 181; 1886, S. 154 — nach amtlichen Quellen. — Über die galizische Haskala: Max Weinsberg, die neuhebräische Aufklärungsliteratur in Galizien (Leipzig und Wien 1898), S. 66ff. — Für England S. W. Goldstein, Zur Geschichte der Anti-Aliens-Bewegung in England: (Zeitschr. f. Demogr. u. Stat. d. Juden, 1909, S. 38ff.); vgl. das. S. 63; C. Russel und H. S. Lewis, The Jew in London (London 1901) — ein Buch, das weniger bietet, als sein Titel verspricht, da es sich ausschliesslich mit den jüdischen Einwanderern aus Russland und Galizien beschäftigt; Major W. Evans-Gordon, The alien Immigrant (das. 1903); Jewish Year Book; The Jewish Chronicle; The Jewish Encyclopaedia. — Über Frankreich besonders die Archives Israélites. — Über Italien: freundliche Mitteilungen des Dozenten am Florentiner Rabbinerseminar Herrn Dr. Umberto Cassuto. — Über Finnland: Frankfurter Zeitung vom April 1909. — Vereinigte Staaten: Annual Rapports of the Union of American Hebrew Congregations; Jewish Encyclopaedia. — Für Südafrika: J. Hertz, The Jews in South-Africa (Johannesburg 1906). — Für Argentinien u. Brasilien: Rapports annuels de l'Administration centrale de la Jewish Colonization Administration. — Das Emanzipationsgesetz Brasiliens von 1888: Allg. Zeit. d. Judent., 1888, S. 557.

Kapitel 5. Zur Biotik der Juden: A. Ruppin, Die Juden der Gegenwart (Berlin 1904); Veröffentlichungen des Bureaus der Statistik der Juden: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden (1905 bis 1909), Die sozialen Verhältnisse der Juden in Russland (Berlin-Charlottenb. 1906). Die Juden in Oesterreich (Berlin-Halensee 1908), Die Juden in Rumänien (Berlin 1908). — Über die Mischehen: N. Samter, Judentaufen im 19. Jahrhundert (Berlin 1906), S. 82f. — Geisteskrankheiten bei den deutschen Juden, 1880: Allg. Zeit. d. Judent., 1882, S. 625f. — Tuberkulose unter den Juden: Dr. Maurice Fishberg in „Die Welt", Jahrg. 1909, S. 222. Hier wird bewiesen, dass die Seltenheit der Tuberkulose bei den Juden keineswegs mit der Beobachtung der rituellen Speisegesetze zusammenhängt. — Die jüdischen Irren in Oesterreich: Ruppin, die Juden der Gegenwart, S. 103ff. — Über den Zug der Juden nach den grossen Städten: die verschiedenen statistischen Veröffentlichungen. — Körperliche Gebrechen der Juden in Russland: die schon zitierte Schrift: Die sozialen Verhältnisse der Juden in Russland. — Für die Kriminalistik der Juden ist das wichtigste, grundlegende, mit grosser Sachkenntnis nach scharfsinnigen neuen Methoden ausgearbeitete Werk das von Rud. Wassermann, Beruf, Konfession und Verbrechen (München 1907).

Daneben: Ludw. Fuld, Das jüdische Verbrechertum (Leipzig 1885); Arthur Ruppin, Die Juden der Gegenwart (Berlin 1904), S. 225ff.; Bruno Blau, Die Kriminalistik der Juden (Berlin 1906); Ders. Die Kriminalität der Juden in Deutschland (Zeitschr. f. Demogr. u. Stat. d. Juden, 1909, S. 49ff.); Franz von Liszt, Das Problem der Kriminalität der Juden (Giessen 1907); Bureau für Statistik der Juden, Die Juden in Oesterreich (Berlin 1908), S. 137ff. — Kriminalität in Oesterreich 1905: Zeitschrift f. Stat. d. Jud., Febr. 1909, S. 29f. — In Holland im Jahre 1885: Allg. Zeit. d. Judent., 1888, S. 665. — In Russland: Leop. Ambrunn, Die Kriminalität der Juden in Russland (Zeitschr. f. Demogr. u. Stat. d. Jud., 1909, Januar, S. 6ff.). — Für die Stellung der Juden im preussischen Unterrichtswesen: Bureau für Statistik der Juden, Der Anteil der Juden am Unterrichtswesen in Preussen (Berlin 1905). — Das Zitat aus der amtlichen „Preussischen Statistik" findet sich dort Bd. C II, S. 66ff. — Schulstatistik für andere deutsche Länder: Allg. Zeit. d. Judent., 1896, Gemeindebote Nr. 28, S. 3, Nr. 31, S. 1. — Über österreichische Unterrichtsverhältnisse: Bureau f. Statistik d. Juden, Die Juden in Oesterreich, S. 91ff. — Die ungarischen Unterrichtsverhältnisse: Allg. Zeit. d. Judent., 1876, S. 9. 87, 1886, S. 80. — Die rumänischen: Bureau f. Statist. d. Juden, Die Juden in Rumänien, S. 36ff. — Die bulgarischen: Zeitschr. für Demogr. und Statist d. Jud., 1907 Heft 8/9, S. 136. — Die russischen: Bureau f. Statist. d. Juden, Die sozialen Verhältnisse der Juden in Russland, S. 41ff.

Kapitel 6. Zur Schilderung der öffentlichen Wirksamkeit der Juden für ganz Deutschland ist mir besonders mein verehrter, nun dahingeschiedener Freund Gustav Karpeles behilflich gewesen. — Die öffentliche Tätigkeit der Juden der Provinz Posen nach freundlichen Angaben des Herrn Rabbiner Dr. Ph. Bloch. — Die der hessischen Juden: nach freundlichen Angaben des Herrn Rabbiners Dr. Salfeld. — Die der badischen Juden nach denjenigen des Herrn Geheimen Regierungsrates Dr. Mayer (Karlsruhe). — Die der württembergischen Juden nach denjenigen des Herrn Kirchenrates Dr. Kroner. — Die der bayrischen Juden nach derjenigen des Herrn Justizrat Faist (München). — Die der sächsischen Juden nach denjenigen des Herrn Oberrabbiners Dr. Winter (Dresden). — Über die öffentliche Wirksamkeit der Juden in Oesterreich hat Herr Oberrabbiner Dr. Güdemann (Wien) gütigst sehr eingehende Mitteilungen eingesandt. — Über die Berufsverhältnisse der österreichischen Juden: Bureau für Statistik der Juden, Die Juden in Oesterreich, S. 112ff.; vgl. auch Franz Servaes, Wien (Leipzig 1908). — Über jüdische Zustände in Galizien: Rapports de l'Administration centrale de la Jewish Colon. Assoc. (Paris); Jahresberichte der von der JCA ins Leben gerufenen Kreditgesellschaften in Galizien (Wien); Bureau f. Stat. d. Jud., Die Juden in Oesterreich Sechster Geschäftsbericht (1907) des Hilfsvereins der deutschen Juden (Berlin 1908). — Über die öffentliche Betätigung der Juden in Ungarn gab Herr Oberrabbiner Dr. Eduard Neumann in Nagy-Kanizsa freundlichste Auskunft. Daneben vgl. A. Ruppin, Die Juden der Gegenwart, S. 185f. — Die öffentliche Tätigkeit der Juden in Italien nach den gütigen Angaben des

Herrn Dr. Umberto Cassuto in Florenz. — Hervorragende französische Juden: Maurice Bloch, La société juive en France (Revue de études juives, XLVIII, XVII ff.; Jew. Encycl., V 469 f. — Englische: ebendas. S. 173 f. — Die ökonomischen Verhältnisse der rumänischen Juden: Bureau für Statistik der Juden, Die Juden in Rumänien (Berlin 1908), S. 27 ff.; M. Schweig, die jüd. Handwerker in Rumänien (Zeitschr. f. Demogr. und Stat. d. Juden, April 1909). — Die der russischen Juden: Bureau f. Statistik d. Juden, Die sozialen Verhältnisse der Juden in Russland (Berlin-Charlottenburg 1906). — Über die Beschäftigung der jüdisch-russischen Immigranten in England: Russel und Lewis, The Jews in London (London 1901). — Über die jüdisch-russische Immigration in Nord-Amerika: Charles S. Bernheimer, The Russian Jews in the United States (Philadelphia 1905); N. M. Goldstein, Die jüdischen Ackerbaukolonien in den Vereinigten Staaten, Zeitschr. f. Demogr. u. Stat. d. Juden, Mai 1908; Jak. Segall, Die Einwanderung von Juden in die Vereinigten Staaten, 1907/8, ebendas., April 1909; verschiedene andere Arbeiten in derselben Zeitschrift, besonders von Dr. Arthur Ruppin; Allg. Zeit. d. Judent. Die Bibliothek in Browesville: Frankfurter Zeitung v. 25. März 1909, 2. Morgenblatt. — Über die öffentliche Betätigung der alt-amerikanischen Juden s. die ausgezeichneten Abhandlungen von Herbert Friedenwald und Juda David Eisenstein in der Jewish Encyclopaedia, XII 363 ff.

Buch VII.

Kapitel 1. Über die Vorgänge in Damaskus: ausser den Zeitungen, L. H. Löwenstein, Damassia, Die Judenverfolgung in Damaskus, Rödelheim 1840), eine freilich recht deklamatorische und stellenweise übertreibende Darstellung; D. Salamons, An Account of the recent Persecution of the Jews at Damascus (London 1840). — Über Frankreichs Stellung zum ägyptisch-türkischen Streite: Hillebrand, Geschichte Frankreichs von der Thronbesteigung Louis Philipps bis zum Falle Napoleons III., Bd. II (Gotha 1879). — Grätz (S. 521) spricht merkwürdiger Weise von dem „noch lebenden Greise Adolf Crémieux". Crémieux war 1796 geboren, also damals 44 Jahre alt und hat nachher noch vierzig Jahre lang, bis 1880, gelebt! — Über Moses Montefiore: Lucian Wolf, Sir Moses Montefiore (London 1884); Israel Davis, Sir Moses Montefiore (das. 1884); L. Loewe, Diaries of Sir Moses and Lady Montefiore (2 Bde., London 1890).

Kapitel 2. Ausser den Zeitungen, die für das ganze Kapitel in Betracht kommen, für die Türkei: Isid. Loeb. La situation des Israélites en Turquie, en Serbie et en Roumanie (Paris 1877); M. Franco, Essai sur l'histore des Israélites de l'empire ottoman (das. 1897). — Über die palästinensische Chalukka: Semesterbericht der „Alliance", 1880, I. — Über die Wirksamkeit Albert Cohns in Palästina: Isid. Loeb, Albert Cohn (Paris 1877). — Die jüdische Kolonisation in Palästina, u. a.: A. M. Luncz. Die jüdischen Kolonien Palästinas (Jerusalem 1902); Willy Bambus, Die jüdischen Ackerbaukolonien in Palästina (Berlin 1895), und Die jüdischen Dörfer in Palästina

(das. 1896); die jährlichen Rapports de l'Administration centrale de la Jewish Colonization Association, seit 1901. — Zahl der jüdischen Kolonisten 1907: Zeitschr. f. Demogr. u. Stat. d. Juden, Dez. 1907. S. 191. — Zahl der jüdischen Schulen in Palästina: Französische Konsularberichte für 1907 S. angeführte Zeitschr. f. Demogr. und Stat. d. Juden, 1909, S. 64. — Unternehmungen des Hilfsvereins der deutschen Juden in Palästina: Jahresbericht des Hilfsvereins für 1907. — Über Tripolis: Semestralberichte der „Alliance". — Dieselben und die Allg. Zeit. d. Judent. über Persien. — Über Yemen: Jewish Encyclopaedia; Semestralberichte der „Alliance" von 1898; Allg. Zeit. d. Judent. — Tunesien: Jacques Chalom, Les Israélites de la Tunisie (Paris 1908). — Marokko: Aubin, Le Maroc d'aujourd'hui (Par. 1904); Allg. Zeit. d. Judent., seit 1839.

Kapitel 3. Isid. Loeb, La situation des Israélites en Turquie, en Serbie et en Roumanie (Paris 1877); S. Jericho Polonius, China auf der Balkanhalbinsel (Lemberg 1901). Allg. Zeit. d. Judent. — Rumänien seit 1877. Hauptwerk: Edmond Sincerus, Les Juifs en Roumanie depuis le traité de Berlin (London 1901). — N. Petresco-Comnène stellt in ganz wahrheitswidriger Weise die Juden Rumäniens als erst seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts eingewandert hin, in seinem echt rumänisch lügnerischen Buche: Étude sur la condition des Israélites en Roumanie (Paris 1905). — Selbst ein so konservativer und wenig judenfreundlicher Historiker wie Theodor Schiemann spricht von „der Korruption der französisch gebildeten höheren Stände und dem elenden Zustande des an Knechtschaft und Vergewaltigung gewöhnten Landes" in Rumänien (Geschichte Russlands unter Kaiser Nikolaus I., Bd. II [Berlin 1908], S. 242). — Die Darstellung des Sieges der rumänischen List über Europa aktenmässig nach „Aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien", Bd. IV (Stuttgart 1900). — Die Zahl der in Rumänien naturalisierten Juden A. Ruppin, Die Juden in Rumänien (Berlin 1908); Dieses Werk ist auch sonst hier vielfach benutzt. — Über Bulgarien: Rabbiner Bierer, in der Allg. Zeit. d. Judent., 1892; Berichte der „Alliance"; andere Zeitungen. Es gab am 31. Dez. 1900: 33 661 bulgarische Juden (Zeitschr. f. Stat. d. Juden, Febr. 1909, S. 31). Die Zahl von 35 000 für das Jahr 1909 ist also nicht zu hoch gegriffen. — Über Serbien: Isid. Loeb, La situation des Israelites en Turquie, en Serbie et en Roumanie (Par. 1877); für die spätere Zeit die Berichte der „Alliance" und die Zeitungen. — Die kaukasischen Juden: Alb. Katz, Die Juden im Kaukasus (Berlin 1894). — Über die Falascha: Jak. Faitlowitsch, Notes d'un voyage chez les Falaschas (Paris 1905) sowie handschriftlicher Bericht desselben Reisenden von seinem zweiten Besuche Abessyniens; die Jewish Encyclopaedia. — Bericht des Oberrabbiner Nahum über seine Mission in Abessynien, v. 17. März 1909 (Bulletin de l'All. Isr. Univ. 1909, Heft 1—3, nicht erschöpfend). — Über Indien: Jacobs im Jewish Year Book, 1900 01 S. 506 ff.; Allg. Zeit. d. Jud. 1886, S. 828; Jewish Encyclopaedia, VI 580. — Über Sir Albert Sassoon: Jewish Chronicle, 1896, 30. Okt. — Von der ausgedehnten Literatur über die Juden Chinas sei hier nur erwähnt: James Finn, The Jews in China

(London 1843); Cordier, Les Juifs en Chine (Paris 1891); L'Univers israélite. 1901, Nrs. 28—30; Jewish Encyclopaedia, IV 33ff. — Die Synagoge von Kai-Fung-hu hat Dr. Lauterer vor wenigen Jahren besucht und dort die Bibeln eingesehen: Jos. Lauterer, China (Leipzig 1910), S. 61.

Buchdruckerei des Torgauer Kreisblattes G. m. b. H.

University of California
SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
305 De Neve Drive - Parking Lot 17 • Box 951388
LOS ANGELES, CALIFORNIA 90095-1388
Return this material to the library from which it was borrowed.

REC'D YRL OCT 0 2 2003

A 000 046 098 0